



Kanton Zürich
Regierungsrat

Geschäftsbericht 2018

Teil II: Direktionen und Staatskanzlei



Der Geschäftsbericht des Regierungsrates besteht aus drei Teilen:
Teil I: Regierungsrat, dieses Jahr mit Bericht über die Legislatur 2015–2019
Teil II: Direktionen und Staatskanzlei (vorliegend)
Teil III: Finanzbericht

Sämtliche Inhalte sind in elektronischer Form auf folgender
Internetseite abrufbar:
www.gb.zh.ch

Inhaltsverzeichnis

01 Staatskanzlei	1
Überblick	2
Legislaturziele	3
Finanzierung	4
Personal- und Lohnstatistik	4
Parlamentarische Vorstösse	4
Leistungsgruppen	5
02 Direktion der Justiz und des Innern	9
Überblick	10
Legislaturziele	12
Finanzierung	14
Personal- und Lohnstatistik	14
Parlamentarische Vorstösse	15
Leistungsgruppen	16
03 Sicherheitsdirektion	57
Überblick	58
Legislaturziele	59
Finanzierung	61
Personal- und Lohnstatistik	61
Parlamentarische Vorstösse	62
Leistungsgruppen	63
04 Finanzdirektion	85
Überblick	86
Legislaturziele	88
Finanzierung	90
Personal- und Lohnstatistik	91
Parlamentarische Vorstösse	92
Leistungsgruppen	93
05 Volkswirtschaftsdirektion	119
Überblick	120
Legislaturziele	122
Finanzierung	124
Personal- und Lohnstatistik	124
Parlamentarische Vorstösse	125
Leistungsgruppen	126
06 Gesundheitsdirektion	143
Überblick	144
Legislaturziele	146
Finanzierung	147
Personal- und Lohnstatistik	147
Parlamentarische Vorstösse	148
Leistungsgruppen	149
07 Bildungsdirektion	171
Überblick	172
Legislaturziele	173
Finanzierung	176
Personal- und Lohnstatistik	177
Parlamentarische Vorstösse	178
Leistungsgruppen	179
08 Baudirektion	213
Überblick	214
Legislaturziele	216
Finanzierung	218
Personal- und Lohnstatistik	219
Parlamentarische Vorstösse	220
Leistungsgruppen	221

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat	252
Abrechnung Budgetkredite	252
Rücklagen und Gewinnverwendung	258
Anhang	261
Behörden	263
Rechtspflege	269
Zu konsolidierende Organisationen	289
Nicht konsolidierte Organisationen	325
Kreditübertragungen	327
Bewilligte Kreditüberschreitungen	332

01

Staatskanzlei

Überblick

2

Legislaturziele

3

Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

3

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

3

Finanzierung

4

Übersicht

4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

4

Personal- und Lohnstatistik

4

Beschäftigungsumfang

4

Lohnaufwand

4

Anstellungsverhältnisse

4

Parlamentarische Vorstösse

4

Unerledigte Vorstösse und Initiativen

4

Leistungsgruppen

5

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei

5

Überblick

Die Staatskanzlei erbringt Leistungen, die für das reibungslose Funktionieren des Regierungsrates als Kollegialbehörde sorgen. Sie berät und unterstützt den Regierungsrat und wirkt für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend sowie unterstützend.

Verfahren zur Legislaturplanung

Im März des Berichtsjahres hat die Staatskanzlei dem Regierungsrat Varianten zum Verfahren zur Legislaturplanung 2019–2023 vorgelegt und dieser hat das Verfahren festgelegt. Für die Lagebeurteilung hat die Staatskanzlei materielle Grundlagen (Standortmonitoring, Umfeldanalyse) erstellt und das Verfahren mit Beteiligung der Direktionen gestartet. Zudem hat sie den Legislaturbericht vorbereitet, der neu in den Teil I des Geschäftsberichts 2018 integriert wird (Publikation im April 2019).

Strategie Digitale Verwaltung 2018–2023

Die kantonale Verwaltung steht bezüglich Digitalisierung der eigenen Aufgabenerfüllung und bezüglich Geschäftsverkehr mit wichtigen Anspruchsgruppen, wie den Gemeinden, der Bevölkerung oder der Wirtschaft, vor grossen Herausforderungen. Am 25. April hat der Regierungsrat mit RRB Nr. 390/2018 die Strategie Digitale Verwaltung 2018–2023 und ein zugehöriges Impulsprogramm festgesetzt. Dazu gehören 28 Vorhaben, die vor allem von der Öffentlichkeit stark nachgefragte Leistungen umsetzen, wie bargeldlose Zahlungsmöglichkeiten, elektronische Abwicklung von Bewilligungsverfahren oder kantonsweit einheitliche und einfache Online-Angebote. Die Umsetzung der Projekte erfolgt dezentral in den Direktionen bzw. der Staatskanzlei. Operative Führungs- und Koordinationsaufgaben (z. B. Programmkoordination und -kommunikation, Wissensmanagement, Beratung, Business Engineering, Projektleitung bei mehreren Vorhaben des Impulsprogramms) erfolgen durch die Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government der Staatskanzlei, die per 1. Juli des Berichtsjahres aus der vormaligen Stabsstelle E-Government hervorgegangen ist.

Steuerungsgremium Digitale Verwaltung und IKT

Für die Steuerung der Strategie Digitale Verwaltung 2018–2023 und der darauf ausgerichteten IKT-Strategie wurde das Gremium «Steuerung Digitale Verwaltung und IKT» (SDI) unter Vorsitz der Staatsschreiberin eingesetzt (RRB Nrn. 392/2018 und 383/2018). Für den direktionsübergreifenden Wissens- und Erfahrungsaustausch betreffend Digitalisierung wurde zusätzlich auf operativer Ebene eine Koordinationsgruppe mit Schlüsselpersonen aus allen Direktionen und der Staatskanzlei ins Leben gerufen.

Ausbau der digitalen direktionsübergreifenden Geschäftsabwicklung

Im Berichtsjahr wurde die digitale direktionsübergreifende Geschäftsabwicklung mit zusätzlichen Geschäftsfällen weiter ausgebaut, unter anderem für die Abwicklung der Präsidialverfügungen, der Geschäfte des Gesetzgebungsdienstes bzw. der Redaktionskommission und des «Gut zum Druck»-Prozesses.

Projekt «reLex»

Im Berichtsjahr wurde das Projekt «reLex» eingeleitet. Hauptgegenstand des Projekts ist die vollständige Digitalisierung des Rechtsetzungsverfahrens. Das Projekt ist auch Gegenstand des Impulsprogramms Digitale Verwaltung (Projekt IP 6.2).

Amtsblatt in elektronischer Form

Auf den 1. Januar des Berichtsjahres trat das neue Publikationsgesetz vom 30. November 2015 und die neue Publikationsverordnung vom 25. Oktober 2017 (PublV), mit Ausnahme von § 12, in Kraft. Die gegen § 12 PublV (Erscheinungsweise des Amtsblattes) eingereichten Beschwerden wurden im Februar 2018 vom Verwaltungsgericht und im November 2018 vom Bundesgericht abgewiesen. Seit September 2018 erscheint das Amtsblatt auf einer vollständig erneuerten elektronischen Plattform des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO).

Post-Tourenplanung sowie Digitalisierung der Personaldossiers

Die Tourenplanung des Postdienstes wurde grundlegend überarbeitet, womit der personelle Aufwand deutlich reduziert werden konnte. Die Personaldossiers wurden im Berichtsjahr digitalisiert und die physischen Unterlagen den Mitarbeitenden angeboten bzw. vernichtet.

Erklärvideos zur Belebung der Demokratie

Mit der Lancierung von Erklärvideos für die kantonalen Abstimmungsvorlagen wurde dem Bedürfnis nach gut verständlichen audiovisuellen Inhalten Rechnung getragen. Die Erklärvideos bringen den Inhalt der Vorlagen und die Argumente von Befürworterinnen und Befürwortern sowie Gegnerinnen und Gegnern auf den Punkt. Damit sollen auch Stimmberechtigte angesprochen werden, die sich nicht in die Abstimmungszeitung vertiefen möchten.

Vorbereitung des Kantonstags an der Fête des Vignerons 2019

Im Sommer 2019 findet in Vevey VD wieder eine Fête des Vignerons statt. Der Anlass, zu dem rund eine Million Besucherinnen und Besucher erwartet wird, wird alle 22 bis 25 Jahre durchgeführt und befindet sich auf der Liste des immateriellen Kulturerbes der Unesco. Alle Kantone wurden eingeladen, sich am Anlass mit einem Kantonstag zu beteiligen. Der Zürcher Kantonstag wurde auf den 4. August 2019 festgelegt. Der Regierungsrat hat dafür einen Beitrag von Fr. 500 000 aus dem Lotteriefonds bewilligt. Die Staatskanzlei hat mit den umfangreichen Vorbereitungsarbeiten für diesen Auftritt begonnen.

Stellenplan als internes Steuerungsinstrument

Im personalpolitischen Schwerpunkt «Stellenplan als internes Steuerungsinstrument» hat die Staatskanzlei die Projektleitung wahrgenommen und im Projektausschuss mitgewirkt. Das Projekt verläuft planmässig, der Abschluss ist für das erste Quartal 2019 geplant.

Legislaturziele

Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG

bis

RRZ 9.1 Die Steuerbarkeit von Budget und Finanzplanung ist erhalten.

RRZ 9.1b Die Transparenz über Kostentreiber verbessern als Voraussetzung zur Priorisierung von Leistungen und Aufwendungen

1000

2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG

bis

RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.

RRZ 10.1a Die Struktur der Leistungsgruppen des Kantons überprüfen, um die Aufgabenerfüllung, Kompetenzen und Verantwortung besser abzubilden

1000

2019

RRZ 10.1b Regierungsratsgeschäfte und Mitberichtsverfahren medienbruchfrei abwickeln

1000

2019

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

1000

2019

RRZ 10.1e Die organisatorischen Grundlagen für die verwaltungsweite elektronische Geschäftsabwicklung schaffen und formell regeln

1000

2019

RRZ 10.2 Der Kanton Zürich hält mit der Dynamik der Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft Schritt und nutzt ihre Möglichkeiten. Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.

RRZ 10.2a Ein bedarfsgerechtes Angebot an offenen Behördendaten bereitstellen (Open Government Data) gemäss OGD-Strategie Schweiz

1000

2019

RRZ 10.3 Die Interessen des Kantons in den föderalen Strukturen sind gewahrt.

RRZ 10.3a Die Positionierung der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich als interkantonale Regionalkonferenz stärken

1000

2019

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.0	1.2	1.7	0.5	38.1
Aufwand	-18.5	-19.2	-18.2	1.0	5.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	-16.5	-18.0	-16.5	1.5	8.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		-0.9		0.9	100.0
- Kreditübertragungen					
Saldo		-0.9		0.9	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
1.5		Abweichungen total R18 zu B18
0.9	1000	- Verzögerung bei der Neubesetzung von Stellen und bei Projekten der Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government
0.3	1000	- Mehrertrag bei der Herausgabe des kantonalen Amtsblattes
0.2	1000	- Reduktion von internen Posttouren und entsprechendem Personaleinsatz
0.1		- Übrige Abweichungen

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
	53.7	56.3	52.7	-3.5	-6.3

Δ abs.	LG	Begründungen
-3.5		Abweichungen total R18 zu B18
-1.5	1000	- Verzögerung bei der Neubesetzung von Stellen in der Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government
-2.0	1000	- 2 Stellen im Postdienst wurden wegen der Reduktion der internen Posttouren nicht mehr besetzt
0.0		- Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Total	9102	9473	9198	-275	-2.9
	9102	9473	9198		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2018)

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
Total	62	25	37	39	23
	62	25	37	39	23

Parlamentarische Vorstösse

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
15/2017	Digitalstrategie für die kantonale Verwaltung (Postulat Beat Habegger, Zürich, Martin Arnold, Oberrieden, und Katharina Kull-Benz, Zollikon)	08.05.2017

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei

Zu den Hauptereignissen der Staatskanzlei vgl. Kapitel Überblick.

Aufgaben

- A1 Den Regierungsrat und das Präsidium beraten und unterstützen (Sitzungsvor- und -nachbereitung, Rechtsberatung, Rekursinstruktion, gesamtpolitische Planung und Berichterstattung, Organisation von Anlässen)
- A2 Den Regierungsrat in der Wahrnehmung seiner Aussenbeziehungen optimal unterstützen
- A3 Den Regierungsrat bei der Kommunikation und Information der Öffentlichkeit unterstützen (Medienarbeit und -beobachtung, Bewirtschaftung des Internetauftritts des Kantons, amtliche Publikationsorgane, Umsetzung IDG)
- A4 Für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend und unterstützend wirken (Betreuung direktionsübergreifender Gremien, Förderung und Koordination E-Government, Bewirtschaftung der Inhalte im Intranet, Postdienst, Weibeldienst)
- A5 Lohnadministration und -überweisung an die Mitglieder des Regierungsrates

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Vor- und nachbereitete Regierungsratsbeschlüsse	A1	1248	1200	1288	88	7.3
L2	Vorbereitete Rekurse (Zielwert)	A1	21	30	30	0	0.0
L3	Vorbereitete Regierungsratsbeschlüsse zur gesamtpolitischen Planung und Berichterstattung (Zielwert)	A1	13	14	15	1	7.1
L4	Entgegengenommene und weitergeleitete Eingaben an den Regierungsrat und Petitionen	A1	1398	2200	1225	-975	-44.3
L5	Schriftliche Informationen an die Zürcher Kommissionsmitglieder in den eidg. Räten	A2	40	65	31	-34	-52.3
L6	Für den Regierungsrat organisierte Anlässe	A1	251	245	263	18	7.3
L7	Medienkonferenzen (Zielwert)	A3	81	60	68	8	13.3
L8	Medienmitteilungen	A3	380	300	350	50	16.7
L9	Erstellte Seiten der amtlichen Publikationsorgane und des Regierungsratsprotokolls im Format A5	A3	20110	18000	16862	-1138	-6.3
L10	Geleitete direktionsübergreifende Koordinationsgremien (Zielwert)	A4	8	6	6	0	0.0
L11	Koordinierte E-Government-Projekte (Zielwert)	A4	26	26	36	10	38.5
L12	Auf ZHservices bereitgestellte E-Government-Angebote	A4	20	21	29	8	38.1
L13	Bearbeitete Postsendungen (intern/extern) Bearbeitete	A4	7779391	4260000	4203000	-57000	-1.3
L18	Gesuche um Herausgabe von Regierungsratsbeschlüssen	A3	159	200	176	-24	-12.0
W1	Durchschnittliche Seitenansichten im Internet pro Tag (gerundet)	A3	115000	120000	115000	-5000	-4.2
W2	Auf ZHservices abgewickelte Transaktionen	A4	252014	260000	294000	34000	13.1

Bemerkungen

- L4 Die Erfassungsmethode wurde mit der Einführung der neuen elektronischen Geschäftsverararbeitung geändert. Es werden neu nur eröffnete Geschäfte in der Zählweise erfasst. Mit dem KEF 2019-2022 wurden die Planwerte 2019 an die veränderte Zählweise angepasst.
- L5 Der Leistungsindikator ist in Abhängigkeit der behandelten Geschäfte in den Kommissionen.
- L9 Wegfall von Einmalaufwendungen für Anwendungsdokumentationen für das Projekt GEVER.
- L11 Mit der Festsetzung der Strategie Digitale Verwaltung und dem Impulsprogramm sind weitere Projekte dazu gekommen. Generell hat im Berichtsjahr der Bedarf an Unterstützung und Beratung bei der Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben stark zugenommen.
- L12 Im Berichtsjahr sind keine neuen Anwendungen dazugekommen. Durch eine veränderte Segmentierung des Angebots werden die Anwendungen nun differenzierter ausgewiesen als in den Vorjahren (2017: 20).
- W2 Im Unterschied zu den Vorjahren werden Geschäftsfälle, die Ende Jahr den Status «in Bearbeitung» aufweisen, nicht mehr berücksichtigt. Es werden nur noch effektiv durchgeführte Geschäftsfälle ausgewiesen. Diese Zahl lässt sich somit nur bedingt mit der Vorjahreszahl vergleichen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 9.1b Die Transparenz über Kostentreiber verbessern als Voraussetzung zur Priorisierung von Leistungen und Aufwendungen

Die Staatskanzlei hat die Direktionen bei der Weiterentwicklung des Kostencontrollings bzw. der Leistungs- und Wirtschaftlichkeitsindikatoren in KEF und Geschäftsbericht gemäss RRB Nr. 544/2017 unterstützt. Bei der Erarbeitung des KEF 2019–2022 wurden die Direktionen auf die Anforderungen an Aufgaben und Indikatoren aufmerksam gemacht und es fand mit ihnen ein intensiver Austausch dazu statt. Die Ergebnisse sind in den KEF 2019–2022 eingeflossen. Aufgrund der Analyse der Budgets gemäss Ersteingabe zum KEF wurde jeder Direktion der Erklärungsgrad der Globalbudgets ihrer Leistungsgruppen mit Leistungs- und Wirtschaftlichkeitsindikatoren bekannt gegeben.

Abgeschlossen 2019

RRZ 10.1a Die Struktur der Leistungsgruppen des Kantons überprüfen, um die Aufgabenerfüllung, Kompetenzen und Verantwortung besser abzubilden

Nach konzeptionellen Vorarbeiten wurden weitere Abklärungen zur Struktur der Leistungsgruppen des Kantons durchgeführt, um die Aufgabenerfüllung, Kompetenzen und Verantwortung in den Leistungsgruppen besser abzubilden. Bezüglich einer besseren finanziellen Abbildung der Aufgabenerfüllung (Kohärenz von Sachplanung und finanzieller Planung bzw. Geschäftsberichterstattung und Rechnung) haben Gespräche mit der Finanzdirektion ergeben, dass diese eine allgemeine Verwaltungsreform als Voraussetzung für Anpassungsschritte in den Leistungsgruppen (Harmonisierung mit funktionaler Gliederung) als erforderlich erachtet. Um die Zweckmässigkeit des Vorgehens zu prüfen, hat die Staatskanzlei eine verwaltungsinterne Umfrage vorbereitet.

Abschluss 2019 2019

RRZ 10.1b Regierungsgeschäfte und Mitberichtsverfahren medienbruchfrei abwickeln

Im Rahmen des Projekts KP04 wurden Grundlagen geschaffen, um neben den Regierungsgeschäften auch weitere Geschäftsfälle elektronisch abwickeln zu können. Seit 2017 werden Mitberichtsverfahren, besondere Stellungnahmen und Antragsbereinigungen elektronisch abgewickelt.

Abgeschlossen 2019

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Die Umsetzung des Controllings der bedeutenden Beteiligungen auf Stufe Regierungsrat wurde in der Berichterstattungsrunde über das Jahr 2017 weiter untersucht. Zudem wurde der Handlungsbedarf bei den Beteiligungen mit Zuständigkeit der Direktionen geprüft. Die beiden Themen, einschliesslich der Auswirkungen auf die Regulierung, wurden dem Regierungsrat im September bzw. November zur Aussprache unterbreitet. Während des ganzen Berichtsjahres wurden zudem die Geschäfte des Regierungsrates mit PCG-Bezug auf ihre Übereinstimmung mit den PCG-Richtlinien geprüft.

Abschluss 2019 2019

RRZ 10.1e Die organisatorischen Grundlagen für die verwaltungsweite elektronische Geschäftsabwicklung schaffen und formell regeln

Ebenfalls im Rahmen des Projekts KP04 wurden die für die Massnahme RRZ 10.1b notwendigen Regelungen in der VOG RR mit RRB Nr. 738/2017 beschlossen. Die Änderung trat am 1. November 2017 in Kraft.

Abgeschlossen 2019

RRZ 10.2a Ein bedarfsgerechtes Angebot an offenen Behördendaten bereitstellen (Open Government Data) gemäss OGD-Strategie Schweiz

Die Aufbauphase konnte bereits 2017 abgeschlossen werden. Der Auftrag für die Weiterführung bzw. Weiterentwicklung von OGD wurde mit RRB Nr. 776/2017 an die Direktion der Justiz und des Innern übergeben.

Abgeschlossen 2019

RRZ 10.3a Die Positionierung der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich als interkantonale Regionalkonferenz stärken

Die Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich hat Themen von gemeinsamem kantonalem Interesse festgelegt, die ab 2019 bearbeitet werden sollen. Dabei setzt sich die Regierungskonferenz mit gemeinsamen Herausforderungen auseinander und strebt eine Annäherung von Positionen an.

Abgeschlossen 2019

1000 10a Die Interessenvertretung bei Bundesgeschäften verbessern durch Weiterentwicklung des zentralen Monitorings sowie der Koordination in der parlamentarischen Phase

Die Staatskanzlei führt eine kommentierte und periodisch aktualisierte Agenda der Bundesgeschäfte mit Relevanz für den Kanton Zürich. Sie unterstützt weiterhin ein Projekt der ch Stiftung und der interkantonalen Konferenzen für eine elektronische Monitoringdatenbank für Bundesvorlagen, welche die Interessen der Kantone tangieren.

Planmässig 2019

1000 10b Die Kenntnisse über Instrumente und Abläufe der Interessenvertretung innerhalb der Verwaltung stärken, insbesondere durch Veranstaltungen

Da die Zukunft der elektronischen Monitoringlösung für die Konferenzen und Kantone lange ungeklärt war, wurden im Berichtsjahr keine weiteren Informationsveranstaltungen oder Workshops für die Direktionen angeboten.

Verzögert 2019

1000 10c Massnahmen umsetzen, um die Strategie Digitale Verwaltung zu unterstützen und direktionsübergreifend zu koordinieren

Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 390/2018 die Strategie «Digitale Verwaltung 2018–2023» festgesetzt. Teil der Strategie ist ein Impulsprogramm mit Digitalisierungsvorhaben, die vorrangig und eng koordiniert angegangen werden. Vgl. Überblick Staatskanzlei. Planmässig 2021

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	53.7	56.3	52.7	-3.5	-6.3

Bemerkungen R18 zu B18

- 1.5 Verzögerung bei der Neubesetzung von Stellen in der Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government
- 2.0 2 Stellen im Postdienst wurden wegen der Reduktion der internen Posttouren nicht mehr besetzt

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.0	1.2	1.7	0.5	38.1
Aufwand	-18.5	-19.2	-18.2	1.0	5.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	-16.5	-18.0	-16.5	1.5	8.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		-0.9		0.9	100.0
- Kreditübertragungen					
Saldo		-0.9		0.9	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.5		Abweichungen total R18 zu B18
0.9		- Verzögerung bei der Neubesetzung von Stellen und bei Projekten der Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government
0.3	A3	- Mehrertrag bei der Herausgabe des kantonalen Amtsblattes
0.2	A4	- Reduktion von internen Posttouren und entsprechendem Personaleinsatz
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.9	0.0	0.9	
- Erneuerung ZH-Lex	-0.1	0.0	0.1	- Es wurden keine Investitionen getätigt.
- E-Government-Projekte	-0.8	0.0	0.8	- Es wurden keine Investitionen getätigt.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
377961	22191	0	355770	-22191

Bemerkungen

Die Rücklagen wurden für Anlässe mit Mitarbeitenden verwendet.

02

Direktion der Justiz und des Innern

Überblick	10
Legislaturziele	12
Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)	12
Kultur und Freizeit (Politikbereich 3)	12
Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	12
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	12
Finanzierung	14
Übersicht	14
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	14
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	14
Personal- und Lohnstatistik	14
Beschäftigungsumfang	14
Lohnaufwand	15
Anstellungsverhältnisse	15
Parlamentarische Vorstösse	15
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	15
Leistungsgruppen	16
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	16
2204 Strafverfolgung Erwachsene	19
2205 Jugendstrafrechtspflege	22
2206 Amt für Justizvollzug	25
2207 Gemeindeamt	29
2216 Kantonaler Finanzausgleich	32
2217 Abwicklung Investitionsfonds	34
2221 Handelsregisteramt	35
2223 Statistisches Amt	37
2224 Staatsarchiv	39
2232 Fachstelle Opferhilfe	43
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich	45
2234 Fachstelle Kultur	47
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	49
2251 Bezirksräte	52
2261 Statthalterämter	54
2270 Religionsgemeinschaften	56

Überblick

Zu den Kernaufgaben der Direktion der Justiz und des Innern gehören die Strafverfolgung und der Vollzug von Strafen und Massnahmen sowie die Wiedereingliederung. Die meisten Mitarbeitenden sind in diesen Bereichen tätig. Dazu kommen weitere Aufgaben wie die Beziehungen zu Gemeinden und Religionsgemeinschaften, die Kulturförderung, das Archivwesen, die Statistik, die Gleichstellung und die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung. 15 Ämter, Fachstellen und angegliederte Bereiche kümmern sich um diese äusserst vielfältigen Aufgabenbereiche.

Schlüsselressource: Mitarbeitendenpotenzial

In einem anspruchsvollen Arbeitsumfeld hat das Kader der JI Führungsgrundsätze erarbeitet. Das Mitarbeitendenpotenzial ist eine der wichtigsten Schlüsselressourcen. Dieses Potenzial kann von der Führung gefördert werden, indem Mitarbeitenden Verantwortung übergeben und Freiheiten gewährt werden. Die Führungsgrundsätze lassen sich in der Kurzformel «zutrauen, loslassen und experimentieren» zusammenfassen. Direktionsvorsteherin Jacqueline Fehr hielt diese Grundsätze im Film «Wenn Begeisterte begeistern» fest.

Datenerhebung Kindes- und Erwachsenenschutzrecht

Das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR) regelt einen besonders sensiblen Bereich des gesellschaftlichen Zusammenlebens und ist nunmehr seit gut fünf Jahren in Kraft. Eine Evaluation soll die kantonale Umsetzungsvorlage auf Wirksamkeit, Tauglichkeit und Effizienz überprüfen, und die bestehenden Strukturen, Abläufe und Schnittstellen hinterfragen. Die Datenerhebung fand im Berichtsjahr statt, der Schlussbericht wird 2019 erwartet.

Synergien nutzen

Mit dem Bau des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) in Zürich Aussersihl-Hard entsteht ein Kompetenzzentrum zur Bekämpfung der Kriminalität. Das PJZ erlaubt die Zusammenführung der heute auf über 30 Standorte verteilten Strafverfolgungsbehörden und der Polizei- und Justizgefängnisse. Durch diese Bündelung können Arbeitspartner im Bereich der Strafverfolgung, des Justizvollzugs und der Polizei im PJZ ihre Zusammenarbeit stärken.

Jahresmedienkonferenzen

Die jeweiligen Kommunikationsabteilungen in den Bereichen Justizvollzug, Jugendstrafrechtspflege und Staatsanwaltschaften führten Jahresmedienkonferenzen durch, um die breite Bevölkerung über aktuelle Themen zu informieren. Das jährlich stattfindende Jahresmediengespräch im «Roten Turm» fand bereits zum zweiten Mal statt und gab Einblicke in die Arbeit mit dem Tool Octagon, das zur Risikoanalyse von Täterinnen und Tätern im Strafvollzug eingesetzt wird. Ein zweites Thema war die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gemeinden.

Pionierprojekt: Muslimische Seelsorge

Im Politikbereich «Gesellschaft und soziale Sicherheit» beauftragte der Regierungsrat die Direktion der Justiz und des Innern in den Richtlinien der Regierungspolitik 2015–2019 damit, eine gesellschaftliche Diskussion zum Verhältnis von

Staat und Religion anzustossen. Die dazu bereits 2017 erarbeiteten sieben Leitsätze schafften Klarheit darüber, wo die Zürcher Regierung in dieser Frage steht. Im Berichtsjahr fanden verschiedene Aktivitäten in diesem Zusammenhang mit internen und externen Stakeholdern statt. Exemplarisch zeigt dies die Anfang des Berichtsjahres durchgeführte Medienkonferenz zur muslimischen Spital- und Notfallseelsorge. Es handelt sich dabei um ein Pionierprojekt, das auch den rund 100 000 Zürcher Musliminnen und Muslimen zu einem geregelten Angebot an Seelsorgedienstleistungen in akuten Krisensituationen verhelfen soll. Die Direktion unterstützt das Projekt mit einer Anschubfinanzierung. Danach soll der Seelsorgeauftrag und die Finanzierung durch die muslimische Gemeinschaft übernommen werden.

Strategie geschlossener Vollzug

In einem strukturierten Strategieprozess erarbeiteten das Amt für Justizvollzug und das Immobilienamt die Standortstrategie «Geschlossener Vollzug», unter Berücksichtigung der bestehenden Justizvollzugsinfrastruktur im Kanton und der Konkordate. Am Schluss stand die Erkenntnis, dass die Weiterentwicklung des geschlossenen Vollzugs im Kanton Zürich innerhalb der Justizvollzugsanstalt Pöschwies stattfinden soll. Diese Lösung zeichnet sich gegenüber anderen dadurch aus, dass eine Verdichtung der Vollzugsarten innerhalb der bestehenden Umfassungsmauer und in Anbindung an die allgemeinen Sicherheitsanlagen möglich ist. Sie verringert auch das Risiko von Fehlinvestitionen in bestehende und sanierungsbedürftige Gefängnisse, die betrieblich nicht den Bundesstandards genügen.

Vorlesungsreihe an der Universität Zürich

Das Amt für Justizvollzug führte sechs Vorlesungen an der Universität Zürich durch. Zahlreiche Mitarbeitende des Amtes für Justizvollzug und Jacqueline Fehr referierten zum Thema «Aktuelle Herausforderungen einer Disziplin im Spannungsfeld von Sicherheit und Wiedereingliederung straffällig gewordener Menschen». Die Reihe bot Gelegenheit, Wissen zu vermitteln und Diskussionen zu führen.

Medienbesuch bei der Strafverfolgung

Das Sendegefäss «10vor10» von TV SRF strahlte im April des Berichtsjahres eine vierteilige Serie mit dem Titel «Die Staatsanwälte» aus. Während sechs Monaten hatte der Journalist Stefan Rathgeb davor die Staatsanwaltschaft IV begleitet und Einblick in deren Schaffen gewonnen. Er war bei Einvernahmen und Hausdurchsuchungen dabei. Die Zusammenarbeit mit den Medienschaffenden ermöglichte es den Staatsanwaltschaften Zürich, die Arbeit einer Staatsanwältin oder eines Staatsanwaltes einer breiten Öffentlichkeit zu erklären.

Gemeindeforum im Hallenstadion

Was brauchen die Gemeinden im Kanton Zürich, damit sie auch im Jahr 2030 stark und selbstbestimmt bestehen können? Diese Frage diskutierten über 300 Vertreterinnen und Vertreter von Kanton und Gemeinden am Gemeindeforum 2018 im Zürcher Hallenstadion. Der Anlass bildete den Höhepunkt des Austauschprozesses «Gemeinden 2030», den Direktionsvorsteherin Jacqueline Fehr im Sommer 2017 angestossen hatte. Die Plattform bleibt weiterhin bestehen und die

Ergebnisse werden in einen Bericht einfließen. Die Steuerungsgruppe wird sich gestützt darauf überlegen, welche Ideen weiterverfolgt werden sollen. Die Gemeinden tragen entscheidend zu einem gut funktionierenden und lebenswerten Kanton Zürich bei. Aus diesem Grund reiste Jacqueline Fehr zum Start der Legislatur in alle Bezirke im Kanton und ging die Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der Gemeindebehörden feierlich an. Die hohen Teilnehmerzahlen zeigten, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden den persönlichen Besuch der Direktionsvorsteherin vor Ort schätzten.

Staatsarchiv baut aus

Die Arbeiten für das dritte Gebäude des Staatsarchivs auf dem Areal Irchel waren durch das ganze Berichtsjahr hindurch in Gang. Mit der Fertigstellung des Rohbaus fand am 1. November das Richtfest statt. Die Untergeschosse werden Platz für rund 16 Laufkilometer Akten bieten. Im Parterre werden für die Arbeit mit Originalakten Seminarräume und Büros zur Verfügung stehen, zudem eine Cafeteria für das Publikum. Im ersten Obergeschoss werden zusätzliche Räume für die Aktenerschliessung und für die Restaurierung/Konservierung realisiert. Mit diesem Bauprojekt wird die Aufnahmefähigkeit des kantonalen Archivs bis 2035 sichergestellt.

Buchvernissage «Menschen korrigieren»

Im November des Berichtsjahres fand die Vernissage des Buches «Menschen korrigieren» statt. Das Buch ist das Ergebnis eines Forschungsprojekts, das vom Regierungsrat in Auftrag gegeben worden war. Vier Buchbeiträge beleuchten unterschiedliche Aspekte der komplexen Realität anhand von Zürcher Quellen. Fachleute arbeiten die Geschichte von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen im Kanton Zürich bis 1981 auf. Staatsarchivar Beat Gnädinger ist Mitherausgeber des Buches.

Vielfalt in der Kultur

Im September des Berichtsjahres lehnte die Bevölkerung des Kantons Zürich die Volksinitiative für ein Film- und Medienförderungsgesetz ab. Damit scheiterte die mit der Initiative beabsichtigte spezielle Förderung der Zürcher Film- und Gamebranche sowie der Medienkunst. In einem Video zur Abstimmungsvorlage machte die Fachstelle Kultur klar, dass eine Regelung der Film- und Medienförderung in einem Spezialgesetz der aktuellen Kulturpolitik im Kanton Zürich zuwiderlaufen würde.

Die Führung des Opernhauses bleibt konstant: Andreas Homoki wird bis 2025 als Intendant tätig sein. Die Vertragsverlängerung um weitere drei Jahre wurde durch den Verwaltungsrat des Opernhauses Zürich bestätigt.

Kantonales Integrationsprogramm 2

Die Fachstelle Integration konzipierte im Berichtsjahr das Kantonale Integrationsprogramm 2018–2021 (KIP 2) und setzte dieses laufend um. Aufgrund von Erfahrungen, die im Rahmen des ersten Programms gemacht wurden, kristallisierten sich für das KIP 2 folgende Handlungsschwerpunkte heraus: Gemeinden bei der Konsolidierung und der Weiterentwicklung von Angeboten unterstützen und das Zusammenleben durch Begegnung und Austausch fördern. Zweiter

Schwerpunkt ist die Förderung der Teilhabe der Migrationsbevölkerung am gesellschaftlichen Leben hinsichtlich ihrer Mitsprache-, Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten.

Richtungsweisende Integrationsagenda

Der Bundesrat verabschiedete im Frühjahr die Integrationsagenda Schweiz, die einen verbindlichen Integrationsprozess, konkrete Wirkungsziele und erhöhte Investitionen für die Integration von vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen vorsieht. Der Regierungsrat hat die Direktion der Justiz und des Innern mit der Umsetzung der Integrationsagenda im Kanton Zürich beauftragt und eine Projektorganisation «Integrationsagenda Zürich» eingesetzt. Die Erarbeitung des Grobkonzepts erfolgte bis Ende des Berichtsjahres in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen kantonalen und kommunalen Stellen und erforderte erhebliche Personalressourcen. Zudem stellte die Leiterin der Fachstelle Integration die Eckpunkte und Bestrebungen der Integrationsagenda an einem Mediengespräch der breiten Öffentlichkeit vor.

Die interdirektionale Zusammenarbeit wurde weiter verstärkt, wobei insbesondere die Umsetzung der rechtlichen Anpassungen auf Bundesebene (revidiertes Ausländer- und Integrationsgesetz und Asylgesetz) und deren Folgen für Kanton und Gemeinden im Fokus standen.

zukurass.ch

Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des Opferhilfegesetzes lancierte die kantonale Opferhilfestelle die Kampagne zukurass.ch. Sie soll zur Steigerung der Bekanntheit der Opferhilfe bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen beitragen. Im Zentrum standen vier Videoclips, die Opfersituationen, und den Umgang der Betroffenen damit beispielhaft zeigen, sowie eine Website mit zusätzlichen Informationen. Am 19. Juni des Berichtsjahres präsentierten die Direktionsvorsteherin und die Fachstellenleiterin die Filme anlässlich einer Medienkonferenz und eines Festaktes der Öffentlichkeit. In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres wurden die Filme erfolgreich über Social-Media-Kanäle, Werbung in öffentlichen Verkehrsmitteln und als Kinowerbung verbreitet.

Der Weg zum kantonalen Jugendparlament

Jugendparlamente sind eine Plattform für engagierte und politisch interessierte Jugendliche. Seit dem Berichtsjahr gibt es auch in Zürich ein kantonales Jugendparlament. Es ist das grösste der Schweiz. Der Zürcher Kantonsrat hat gestützt auf Vorarbeiten der Direktion der Justiz und des Innern die für ein Jugendparlament notwendigen rechtlichen Grundlagen geschaffen.

Portfolioanalyse Bezirksbehörden

Zusammen mit den Bezirksbehörden beauftragte die Direktion der Justiz und des Innern einen Wirtschaftsprüfer damit, das Portfolio der Bezirksbehörden zu analysieren. Auslöser dafür waren Ressourcen-Diskussionen. Die Erkenntnisse aus der Analyse sollen bei der strategischen Ausrichtung der Bezirksbehörden berücksichtigt werden. Die Analyse erfolgt unter folgenden Rahmenbedingung: Die Bezirksstruktur wird nicht infrage gestellt und die Entwicklung soll im Rahmen des geltenden Rechts stattfinden.

Legislaturziele

Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 1.1	Die Kriminalität ist trotz Bevölkerungswachstums reduziert.		
RRZ 1.1b	Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern	2205 2204	2019 2019
RRZ 1.1d	Vermögenskriminalität mit innovativen Methoden präventiv und repressiv bekämpfen	2204	2019
RRZ 1.2	Auf aktuelle Kriminalitätsentwicklungen wird wirksam reagiert und die Deliktahndung erfolgt rasch und konsequent.		
RRZ 1.2a	Bekämpfung der Internetkriminalität verstärken	2204	2019
RRZ 1.2b	Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen	2204	2019
RRZ 1.2c	Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren	2205 2204	2019 2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
JI 1.1	Der Justizvollzug ist verstärkt auf die Risikoorientierung ausgerichtet.		
JI 1.1a	Die organisatorischen und betrieblichen Voraussetzungen für den Einsatz von «Electronic Monitoring» schaffen	2206	2018
JI 1.2	Die Justizvollzugsinfrastruktur ist erhalten.		
JI 1.2a	Neue geschlossene Haftplätze im Polizei- und Justizzentrum (PJZ) erstellen	2206	2020
JI 1.2b	Schaffung zusätzlicher geschlossener Plätze für den Vollzug von Freiheitsstrafen und stationären Massnahmen nach Art. 59 StGB in Abstimmung mit den kantonalen und konkordatlichen Planungen	2206	2019
JI 1.2c	Umbau und Erweiterung des Vollzugszentrums Bachtel mit zusätzlichen offenen Plätzen	2206	2020

Kultur und Freizeit (Politikbereich 3)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
JI 3.1	Die Kulturförderung ist vielfältig und finanziell gesichert.		
JI 3.1a	Ausbau der Zusammenarbeit mit den urbanen Zentren Zürich und Winterthur und den grossen Kulturinstitutionen	2234	2020
JI 3.1b	Ausbau der Filmförderung mit dem Ziel, Zürich als nationales und internationales Zentrum des Filmschaffens zu etablieren	2234	2020
JI 3.1c	Regionale Strukturen und Kooperationen stärken	2234	2020
JI 3.1d	Förderung der Entstehung künstlerischer Werke und deren Vertrieb und Vermittlung	2234	2020

Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 5.1	Die im Kanton lebende Bevölkerung ist in das Gesellschafts- und Erwerbsleben integriert.		
RRZ 5.1a	Zusätzliche Integrationsmassnahmen in den Gemeinden entwickeln und umsetzen, Integrationsförderprojekte mit Arbeitgebern verwirklichen, mit Migrantenorganisationen zusammenarbeiten, um Projekte der sozialen Integration zu realisieren	2241	2019
RRZ 5.1b	Die Strategie für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge umsetzen	2241	2019
RRZ 5.1h	Information zu Migration und Integration verbessern: Öffentlichkeits- und Informationskampagne durchführen	2241	2019
RRZ 5.1j	Ein Leitbild des Regierungsrates zum Verhältnis von Staat und Religion erarbeiten, um über eine einheitliche und klare Haltung im Umgang mit Glaubensgemeinschaften zu verfügen	2270	2019
RRZ 5.2	Die Akzeptanz der Systeme der sozialen Sicherheit ist verbessert.		
RRZ 5.2c	Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren	2241 2207	2019 2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 10.1	Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.		
RRZ 10.1c	Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	2201	2019

RRZ 10.2 Der Kanton Zürich hält mit der Dynamik der Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft Schritt und nutzt ihre Möglichkeiten. Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.

RRZ 10.2i	Die kantonale Einwohnerplattform (KEP) entwickeln und betreiben	2207	2018

RRZ 10.4 Die kommunalen Strukturen sind eigenständige und eigenverantwortliche Träger des Service Public.

RRZ 10.4a	Verordnung zum neuen Gemeindegesetz mit den Einzelheiten zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen ausarbeiten	2207	2018

RRZ 10.4b	HRM2-Rechnungslegungshandbuch erarbeiten und in allen Gemeinden implementieren	2207	2018

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen	LG	bis

JI 10.1 Die Sonderlasten der Gemeinden werden adäquat berücksichtigt.

JI 10.1a	Finanzausgleich auf seine Wirksamkeit überprüfen und allfällige Anpassungen vorschlagen	2207	2021

JI 10.2 Einführung der digitalen Geschäftsführung

JI 10.2a	Einführung eines GEVER im Generalsekretariat	2201	2018

JI 10.2b	Förderung integrierte Informationsverwaltung bei den öffentlichen Organen	2224	2020

JI 10.2c	Archivierung elektronischer Unterlagen	2224	2020

JI 10.3 Die Rollen im Bereich der Betreuung der Gemeindearchive zwischen Kanton und Gemeinden sind geklärt.

JI 10.3a	Durchführung Pilotprojekt Gemeindearchive	2224	2018

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	984.6	1 148.9	1 160.3	11.4	1.0
Aufwand	-1842.3	-1913.3	-1872.9	40.4	2.1
- Kreditübertragungen		-1.0			
Saldo	-857.8	-764.4	-712.6	51.8	6.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	4.6	7.7	12.8	5.1	66.1
Ausgaben	-22.0	-79.3	-36.0	43.3	54.7
- Kreditübertragungen		-9.8			
Saldo	-17.3	-71.6	-23.2	48.4	67.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
51.8		Abweichungen total R18 zu B18
30.9	2216	- Tieferer Individueller Sonderlastenausgleich und Fusionsbeiträge
14.8	2204	- Höhere Erträge wegen Sharing-Verfahren
3.5	2205, 2206	- Tiefere Straf- und Massnahmekosten
2.7	2204, 2261	- Höhere Wertberichtigungen
1.2	2201, 2204, 2205, 2206, 2207, 2221, 2223, 2224, 2232, 2233, 2234, 2241, 2251, 2261	- Tieferer Personalaufwand
-1.3		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R18	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	-23.2			
- Bau 3 (Erweiterung der räumlichen Kapazitäten des Staatsarchivs per 2019)	-6.7	-24.7	-12.5	-12.2
- Umbau und Erweiterung Vollzugszentrum Bachtel	-2.2	-44.5	-6.7	-37.8
- Diverse Einzelprojekte, Pöschwies	-3.2	-14.2	-12.5	-1.7
- Kantonale Einwohnerplattform	-1.1	-2.3	-1.7	-0.6
- Informatikprojekte	-0.6	-25.3	-20.4	-4.9
- Opernhaus, Kugeliloo	-8.0	-16.0	-11.0	-5.0
- Übrige	-1.4			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
	1 660.0	1 714.4	1 684.9	-29.5	-1.7
Δ abs.	LG	Begründungen			
-29.5		Abweichungen total R18 zu B18			
-5.6	2205	- Jugendstrafrechtspflege: Der Unterbestand ist auf eine zurückhaltende Besetzung vakanter Stellen zurückzuführen.			
-6.8	2204	- Strafverfolgung Erwachsene: Die Abweichung ergibt sich aus zeitlich verzögerten Stellenbesetzungen.			
-13.4	2206	- Amt für Justizvollzug: Es konnten nicht alle Stellen besetzt werden.			
-3.7		- Übrige Abweichungen			

Direktion der Justiz und des Innern
Personal- und Lohnstatistik, Parlamentarische Vorstösse

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	8917	9025	9166	141	1.6
2204 Strafverfolgung Erwachsene	44933	46738	46156	-582	-1.2
2205 Jugendstrafrechtspflege	9244	9735	9318	-417	-4.3
2206 Amt für Justizvollzug	89800	92134	91931	-203	-0.2
2207 Gemeindeamt	5834	6067	6185	118	1.9
2221 Handelsregisteramt	5759	5802	5738	-64	-1.1
2223 Statistisches Amt	3210	3517	3490	-27	-0.8
2224 Staatsarchiv	4975	4390	4704	314	7.2
2232 Fachstelle Opferhilfe	697	727	713	-14	-1.9
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich	388	402	355	-47	-11.7
2234 Fachstelle Kultur	1213	1205	1232	27	2.2
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	1033	1199	1031	-168	-14.0
2251 Bezirksräte	6110	5962	6005	43	0.7
2261 Statthalterämter	7643	8392	8371	-21	-0.3
Total	189756	195295	194395		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2018)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	77	32	45	53	24
2204 Strafverfolgung Erwachsene	425	271	154	296	129
2205 Jugendstrafrechtspflege	89	57	32	42	47
2206 Amt für Justizvollzug	979	343	636	715	264
2207 Gemeindeamt	65	43	22	31	34
2221 Handelsregisteramt	65	46	19	47	18
2223 Statistisches Amt	32	8	24	20	12
2224 Staatsarchiv	67	36	31	22	45
2232 Fachstelle Opferhilfe	8	8	0	4	4
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich	6	4	2	1	5
2234 Fachstelle Kultur	10	8	2	2	8
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	15	11	4	5	10
2251 Bezirksräte	61	47	14	16	45
2261 Statthalterämter	106	75	31	44	62
Total	2005	989	1016	1298	707

Parlamentarische Vorstösse

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
248/2015	Finanzielle Neuregelung der Kulturförderung (Postulat Beatrix Frey-Eigenmann, Meilen und Ralf Margreiter, Zürich); KR-Beschluss über Fristerstreckung bis 6. Juni 2019	06.06.2016
87/2017	Verwendung der Integrationspauschale: Personenbezogen und zielorientiert (Postulat Linda Camenisch, Wallisellen, Jörg Kündig, Gossau, und Astrid Furrer, Wädenswil)	21.08.2017

2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen

Die Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung besteht im Wesentlichen aus einem Impulsprogramm, in dem Personen aus dem Generalsekretariat mitarbeiten und Projekte mit Innovationscharakter planen. Dazu gehören von der Öffentlichkeit stark nachgefragte Leistungen wie bargeldlose Zahlungsmöglichkeiten, Rechtsgrundlagen für den elektronischen Geschäftsverkehr mit der Verwaltung oder kantonsweit einheitliche und einfache Online-Angebote.

Die Hauptabteilung Informatik steht seit Beginn des Berichtsjahres unter neuer Leitung. Sie legt den Fokus stark auf Kundenservice: Neu können beispielsweise Schulungsangebote und Serviceanfragen online erfasst werden. Die Evaluation und Beschaffung einer neuen Druckerflotte erfolgte ebenfalls im Berichtsjahr. Die Planung der SAP-Einführung für die Be-

reiche Staatsanwaltschaft, Justizvollzug und Jugendstrafrechtspflege beschäftigte die Abteilung Finanzen, Controlling und Logistik stark. Neben Vertretenden dieser Bereiche unterstützten die Finanzdirektion und die Hauptabteilung Informatik die Arbeiten. Die Einführung ist auf den 1. Januar 2019 geplant. Die Leitung beschäftigte sich im Berichtsjahr – in allen möglichen Gefässen – mit der Einführung der potenzialorientierten Führung. Das Team Human Resources arbeitete intensiv an den Vorbereitungen einer neuen Personalumfrage, führte fünf Willkommensanlässe für neu eintretende Mitarbeitende durch, erarbeitete das Konzept für ein Austauschprojekt unter Mitarbeitenden namens JI@work und führte das E-Dossier ein.

Aufgaben

- A1 Das Generalsekretariat unterstützt die Vorsteherin bei der Führung der Direktion. Neben der Stabsarbeit wie etwa Unterstützung bei parlamentarischen Geschäften, Aufsicht und Rechtsprechung, Betreuung der nachgeordneten Verwaltungseinheiten oder Einsitz in direktionsübergreifenden Arbeitsgruppen werden auch eigene Projekte bearbeitet.
- A2 Das Generalsekretariat führt bei sich einen Gesetzgebungsdienst (GGD).
- A3 Der Personaldienst ist innerhalb der Direktion verantwortlich für die Umsetzung der Personalinstrumente sowie der kantonalen Personalpolitik. Er unterstützt die Organisationseinheiten bei der Personaladministration, -entwicklung, -information und -marketing. Er berät die Direktionsvorsteherin, das Kader sowie die Mitarbeitenden. Ferner ist er für den Stellenplan und das Personalcontrolling zuständig und vertritt die Anliegen der Direktion in direktionsübergreifenden Projekten.
- A4 Die Hauptabteilung Informatik (IT) erbringt Dienstleistungen für Betrieb/Betreuung aller PC-Arbeitsplätze, Hardware- und Softwareprodukte, Rechenzentrumsdienste usw. Die beiden Service Center Lotus Notes und PKI betreuen direktionsübergreifend die Betriebe für Lotus Notes, PKI/Security-Lösungen Kantonspolizei, Hosting/Housing-Dienstleistungen für Applikationen PJZ-Datenbank und E-Voting Kanton Zürich.
- A5 Die Abteilung Finanzen (Buchhaltungsdienste für Fachämter und Fachstellen, Einhaltung IKS-Grundsätze [Internes Kontrollsystem]), Controlling (Direktionscontrolling) und Logistik (Gebäude, Raumplanung, Sicherheit, Telefonie) erbringt zentrale Dienstleistungen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Rekurserledigungen (inkl. Begnadigungen)	A1	178	170	161	-9	-5.3
L2	Betreuung PC-Arbeitsplätze	A4	1886	1882	1985	103	5.5
B1	Durchschnittliche Erledigungszeit spruchreifer Rekurse, in Mt. (Maximalwert)	A1	<1	3	--		-100.0
B2	Kosten Basis-Arbeitsplatz JI	A4	1576	1900	1717	-183	-9.6
B3	Gesamtkosten PC-Arbeitsplatz JI	A4	10240	10050	9189	-861	-8.6
W1	Vom Verwaltungsgericht gutgeheissene Beschwerden, in %	A1	17	10	3.12	-6.88	
W2	Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse (Anfragen, Interpellationen, Postulate, Motionen), in % aller eingegangenen Geschäfte	A1	100	100	100	0	
W3	Bearbeitung von Gesetzesvorlagen der Direktionen - Rückweisungen durch Redaktionskommission an GGD, in % (Maximalwert)	A2	<5	5	0	-5	
W4	Zufriedenheit der Mitarbeitenden der Direktion (Messinstrument: Resultate der Personalumfrage alle 3 Jahre)	A3		gut	--		
W5	Professionalisierung der Rekrutierung: Geringe Fluktuation in den ersten zwei Dienstjahren, in % (Maximalwert)	A3	<10	10	<10		
W6	IKS-Prozesse werden überprüft, in %	A5	100	100	100	0	

Bemerkungen

- L2 Die Zunahme des Personalbestandes führte zu einem Anstieg der betreuten PC-Arbeitsplätze.
B1 Mit der Einführung der neuen Geschäftsverwaltung wird der Indikator nicht mehr erhoben.
W4 Die Mitarbeiterumfrage wird neu konzipiert (potenzialorientierte Führung).

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Die Richtlinien betreffend PCG betreffen schwergewichtig die Opernhaus Zürich AG.

Abschluss 2019 2019

J1 10.2a Einführung eines GEVER im Generalsekretariat

Mit Axioma wurde eine Standardlösung eingeführt, die schrittweise auf alle Organisationseinheiten ausgeweitet wird.

Abgeschlossen 2018

2201 10a Revision Gesetz über die politischen Rechte

Die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen verzögerte sich (u.a. wegen der aktuellen Diskussion beim Bund zu E-Voting).

Verzögert 2020

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
66.8	68.1	69.2	1.1	1.6

Bemerkungen R18 zu B18

- 1.3 Bei Teilzeitstellen wurde der Beschäftigungsumfang erhöht. Wegen eines Krankheitsfalles erfolgte eine Doppelbesetzung.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	20.4	19.5	20.8	1.3	6.6
Aufwand	-28.8	-28.8	-28.3	0.5	1.7
- Kreditübertragungen		-0.1		0.1	100.0
Saldo	-8.5	-9.3	-7.5	1.8	19.1

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.3	-13.6	-1.1	12.4	91.5
- Kreditübertragungen		-2.7		2.7	100.0
Saldo	-0.3	-13.6	-1.1	12.4	91.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.8		Abweichungen total R18 zu B18
1.2	A4	- Höherer Informatikertrag (v.a. Interner Ertrag)
0.4	A4	- Tieferer Informatikaufwand infolge Verschiebung von Projekten (z.B. FaJUV, Mediennetz/-server) oder Buchung über die Investitionsrechnung
0.3	A4	- Weniger Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen infolge tieferer Investitionen
0.1	A3	- Verschiebung der Personalumfrage (Interne Verrechnung)
-0.1		- Höherer Personalaufwand wegen krankheitsbedingter Doppelsetzung und höheren Beschäftigungsumfangs
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-13.6	-1.1	12.4	
- Mobiliar IT-Arbeitsplätze	-0.7	0.0	0.7	- Verzögerte Umsetzung der kantonalen IKT-Strategie (RRB Nr. 383/2018)
- Langzeit Archiv	-0.1	0.0	0.1	- Abhängig von Verschiebung Projekt Ersatzbeschaffung Rechenzentrum
- Rechenzentrum PJZ	-0.6	0.0	0.6	- Verzögerung wegen PJZ
- Ersatz bestehendes Rechenzentrum Informatik	-2.7	0.0	2.7	- Spätere Publikation der öffentlichen Ausschreibung
- CR-Business (Branchenlösung Handelsregisteramt)	-0.1	0.0	0.1	- Verzögerung der Software-Fertigstellung durch den Lieferanten
- Ersatz Druckerflotte	-0.6	0.0	0.6	- Verzögerung im Netzwerk-Ausbau

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2201

- Service-Provider-Organisation	-0.4	0.0	0.4	- Abwarten der Veränderungen aus Umsetzung der kantonalen IKT-Strategie (RRB Nr. 383/2018)
- 2. Standort Rechenzentrum	-2.5	0.0	2.5	- Verzögerung bei Ausarbeitung des gemeinsamen RRA (JI, DS, BD)
- Fachapplikation JUV	-1.6	0.0	1.6	- Aufschiebende Wirkung einer Beschwerde und hängiger Entscheid des Verwaltungsgerichts
- Verordnung über die Datenverarbeitung	-1.5	0.0	1.5	- Generelle Überarbeitung und anstehende Vernehmlassung der IVSV
- GEVER	-0.5	0.0	0.5	- Zeitliche Verschiebung
- Beschaffung Medienserver	-0.5	0.0	0.5	- Abhängig von Verschiebung Projekt Ersatzbeschaffung Rechenzentrum
- Ablösung GEMRIS (Gemeindeamt)	-0.5	0.0	0.5	- Abhängig von Verschiebung Projekt Fachapplikation JuV
- WaMoRIS	-0.1	-0.1	0.0	- Zeitliche Verschiebung
Weiterentwicklung/Modernisierung RIS1 und RIS2				
- Oracle Enterprise Lizenzen (Cluster Version)	-0.3	0.0	0.3	- Abhängig von Verschiebung Projekt Ersatzbeschaffung Rechenzentrum
- Einführung SAP in der JI	-0.2	-0.3	-0.1	- Kassenapplikation und Schnittstelle zu RIS (aus KÜ17)
- Ersatz PC-Flotte	-0.1	-0.1	0.0	- Zusätzliche Notebooks (aus KÜ17)
- Scanning	-0.5	-0.5	0.0	- IBM Spectrum Protect Suite, Nachlizenzierung
- Check Point Next Generation Threat	0.0	-0.1	-0.1	- Neues Vorhaben
- Übrige	-0.1	0.0	0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017	Verwendung	Antrag Bildung 2018	Bestand 31.12.2018	
plus Bildung 2017	2018	(verbucht 2019)	plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
325 100	58 936	60 000	326 164	1 064

Bemerkungen

Der positive Rechnungsabschluss ist dem Einsatz der Mitarbeitenden zu verdanken. Trotz Aufwandsunterschreitung konnten Mehrerträge erwirtschaftet werden. Die Rücklagen in der Leistungsgruppe Nr. 2201, Generalsekretariat, werden für das Personal verwendet. Das Generalsekretariat beantragt Rücklagen von Fr. 60 000.

2204 Strafverfolgung Erwachsene

Die Konzeptphase des Strategieprojekts STR2020 konnte Mitte des Berichtsjahres abgeschlossen werden. Das Projekt befindet sich nun in der Umsetzungsphase mit folgenden acht Umsetzungspaketen: Überprüfung Zweigstelle Flughafen, Anpassung rechtlicher Grundlagen, Einführung Fachkarriere, teilzentrale Fallzuteilung, Stärkung der Stellung der Abteilungsleitung, Optimierung Brandtour-/Transportdienst, Strukturen und Öffentlichkeits-/Medienarbeit. Bereits umgesetzt ist die neue Struktur der kantonalen Staatsanwaltschaften mit nunmehr drei statt vier Amtsstellen (I Schwere Gewaltdelikte / II Schwerpunktkriminalität, Cybercrime und Besondere Untersuchungen / III Qualifizierte Wirtschaftskriminalität und Internationale Rechtshilfe). Im Februar 2017 bewilligte

der Regierungsrat fünf zusätzliche Stellen für Staatsanwälte - einerseits zur Verstärkung des besonders komplexe Verfahren bearbeitenden Kompetenzzentrums und andererseits zur Implementierung von Spezialisten für komplexe Cybercrime-Verfahren sind im Berichtsjahr rekrutiert und eingesetzt worden. Parallel zur Verfahrensbearbeitung absolvieren diese neuen Spezialisten die erforderliche Weiterbildung. Ende des Berichtsjahres hat der Regierungsrat zudem sechs Stellen für zusätzliche Staatsanwälte zur Verstärkung der Bekämpfung der mittelschweren Wirtschaftskriminalität, der sogenannten Para-Wirtschaftskriminalität, bewilligt. Die Umsetzung dieses Regierungsratsbeschlusses wird ab Frühjahr 2019 erfolgen.

Aufgaben

- A1 Führung von Strafverfahren gegen Erwachsene im Kanton Zürich. Als Grundlage dafür gelten die Strafgesetze des Bundes und des Kantons Zürich, die Strafprozessordnung sowie das Gerichtsorganisationsgesetz. Strafverfahren werden als Anklagen, Strafbefehle oder Einstellungen erledigt.
- A2 Die Oberstaatsanwaltschaft plant, führt und steuert die Erwachsenenstrafverfolgung.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Anklagen	A1	1498	1900	1416	-484	-25.5
L2	Einstellungen der Verfahren (inkl. Sistierungen)	A1	15989	16300	16910	610	3.7
L3	Strafbefehle	A1	15841	16800	16072	-728	-4.3
L4	Total der Erledigungen (Summe L1-L3)	A1	33328	35000	34398	-602	-1.7
L5	Rekurs- und Beschwerdeentscheide	A1	54	25	79	54	216.0
L6	Pendenzen total (Zielwert)	A2	9508	9000	9639	639	7.1
L7	Pendenzen älter als 1 Jahr, in % (Zielwert)	A2	14.3	11.5	15.6	4.1	
L8	Pendenzen älter als 2 Jahre, in % (Zielwert)	A2	5.4	3.5	6.1	2.6	
B1	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Allgemeinen Staatsanwaltschaften, in Fr.	A2	2111	2045	2039	-6	-0.3
B2	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Besonderen Staatsanwaltschaften, in Fr.	A2	18607	18024	17965	-59	-0.3
W1	Anteil Einstellungen und Nichteintretensverfügungen ohne Sistierungen, in %	A1	42.7	40	42.7	2.7	
W2	Anteil erstmalige Strafbefehle, in %	A1	82.4	78	82.1	4.1	
W3	Zugelassene Anklagen, in %	A1	97.7	98.5	95.8	-2.7	

Bemerkungen

- L1, L2, Die Erledigungen verzeichnen gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 1070 bzw. 3.2%. Trotz dieser Steigerung
- L3, L4 konnte der Budgetwert von 35 000 Erledigungen nicht erreicht werden.
- L5 Der Wert ist aufgrund der veränderten Erfassung angestiegen.
- L6 Der Pendenzenbestand hat gegenüber dem Vorjahr um 131 bzw. 1.4% zugenommen. Der leicht erhöhte Pendenzenbestand resultiert aus erhöhten Eingängen.
- L7, L8 Die Altersstruktur hat sich wegen der Zunahme von zeitintensiven Verfahren verschlechtert.
- W2 Der Anteil erstmalige Strafbefehle liegt auf dem Niveau des Vorjahres und ist ein Indikator für die präventive Wirkung der ausgefallten Strafen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 1.1b Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern

Die Umsetzung des Kantonalen Bedrohungsmanagements (KBM) wurde im Rahmen des regierungsrätlichen Schwerpunktes Gewaltprävention gefestigt. Die Arbeitsabläufe wurden weiter optimiert, organisatorische Strukturen sinnvoll ergänzt und bestehende Lücken geschlossen. Das KBM-Netzwerk umfasst heute rund 550 Ansprechpersonen bei allen relevanten Behörden und Institutionen. Die Angebote der Fachstelle Forensic Assessment und Risk Management (FFA) zur Risikoeinschätzung werden von Staatsanwaltschaft und Polizei stark beansprucht und unterstützen die Strafverfolgung erheblich.

Abschluss 2019 2019

RRZ 1.1d Vermögenskriminalität mit innovativen Methoden präventiv und repressiv bekämpfen

Durch systematischen Konkursmissbrauch entstehen Privaten und Gemeinwesen enorme finanzielle Schäden. Durch die enge Vernetzung von Staatsanwaltschaft und Polizei mit den Betreibungs- und Konkursämtern wurden die Möglichkeiten der frühzeitigen Erkennung solcher Delikte und konsequenter Ahndung erheblich verbessert. Ein standardisiertes und koordiniertes Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden ist zudem auch im interkantonalen Verhältnis entwickelt worden.

Abschluss 2019 2019

RRZ 1.2a Bekämpfung der Internetkriminalität verstärken

Neben der bereits erwähnten Umsetzung des Regierungsratsbeschlusses zur Verstärkung der personellen Ressourcen zur Bekämpfung von Cybercrime wurden interkantonale Absprachen, insbesondere jene mit dem Bund getroffen. Initiiert wurde die Überarbeitung der Verwaltungsvereinbarung KOBK aus dem Jahr 2001. Auf operativer Stufe umgesetzt wurde das sogenannte Cyberboard, ein interkantonales Gremium, zusammengesetzt aus je einem «Cyber-Single Point of Contact»-Staatsanwalt pro Kanton, in dem auf justizieller Ebene, unter Einbezug des Netzwerks Ermittlungsunterstützung digitale Kriminalität, gesamtschweizerisch Cybercrime-Phänomene diskutiert, koordiniert und interkantonale Zuständigkeitsfragen einvernehmlich geregelt werden.

Abschluss 2019 2019

RRZ 1.2b Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen

Siehe Kommentare zu den Entwicklungsschwerpunkten RRZ 1.1b, RRZ 1.1d, RRZ 1.2a und RRZ 1.2c. Darüber hinaus kann mit den vom Regierungsrat bewilligten zusätzlichen Stellen zur Bekämpfung der Para-Wirtschaftskriminalität der Teilschwerpunkt nun abgeschlossen werden.

Abschluss 2019 2019

RRZ 1.2c Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren

Oberstaatsanwaltschaft und Kantonspolizei haben einen direkten strategischen Dialog im Rahmen von vierteljährlichen Lagebesprechungen etabliert. Dabei werden gegenseitig aktuelle Informationen von gesamtbetrieblicher Bedeutung ausgetauscht und strategischer Entscheidungsbedarf geprüft. Letzteres erfolgt insbesondere unterstützt durch ein einfaches Instrument zur Lagedarstellung, dem sogenannten Kriminalitätsradar.

Abschluss 2019 2019

Die Feedbackkultur unter den Strafverfolgungsbehörden wurde durch vermehrte Vernetzungstreffen von Kadmern der regionalen Staatsanwaltschaften und der Polizei zwecks Besprechung spezifischer Fälle und allgemeiner Fragestellungen, die unter anderem auch der Anpassung von Praktiken bzw. Vorgehensweisen an die neueste höchstrichterliche Rechtsprechung dienen, gestärkt.

Zudem finden in allen Untersuchungen nach der Zustellung des Ermittlungsauftrages durch die Staatsanwaltschaften an die Polizei regelmässig Treffen von Verfahrensleitung und Sachbearbeitung statt, anlässlich deren das gemeinsame Vorgehen bzw. die Fallplanung festgelegt wird.

2204 1a Verbesserung der Altersstruktur der Pendenzen (L7/L8: Pendenzen älter als 1 Jahr / 2 Jahre)

An der Verbesserung der Altersstruktur wird weiterhin stark gearbeitet. Aufgrund nicht einfacher Rahmenbedingungen – sehr hohe Arbeitsbelastung bei gleichzeitiger Verpflichtung zum Abbau von Mehrzeitguthaben – stellt sich die Verbesserung nur in kleinen Schritten ein.

Verzögert 2021

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
346.0	358.2	351.3	-6.8	-1.9

Bemerkungen R18 zu B18

-6.8 Der Beschäftigungsumfang liegt wegen verzögerter Stellenbesetzungen mit 6.8 Stellen unter dem Budget.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	30.2	34.3	47.0	12.7	36.9
Aufwand	-103.4	-105.1	-103.0	2.1	2.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-73.2	-70.8	-56.0	14.8	20.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.1				
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.1				

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
14.8		Abweichungen total R18 zu B18
16.5	A1	- Höhere Einnahmen von Beschlagnahmen und Einziehungen auf Staatskasse (TEVG)
1.7	A1	- Tieferer Sachaufwand; Dienstleistungen Dritter (Dolmetscherkosten, fedpol-Beitrag für Zeugenschutzprogramm) und Auszahlungen von Entschädigungen und Genugtuungen
0.6	A1	- Tieferer Personalaufwand; Lohnkosten (Beschäftigungsumfang -6.8 ggü. B18), weniger DAG-Leistungen bezogen und höhere Rückerstattung Personalaufwand
-0.2	A1	- Höherer interner Aufwand (Informatikmittel und Dienstleistungen)
-3.8	A1	- Tiefere Entgelte, Gebühren für Amtshandlungen und Ertrag aus Bussen und Geldstrafen
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017	Verwendung	Antrag Bildung 2018	Bestand 31.12.2018	
plus Bildung 2017	2018	(verbucht 2019)	plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
1701406	190	0	1701216	-190

2205 Jugendstrafrechtspflege

Die Jugendstrafrechtspflege verzeichnete im Berichtsjahr gegenüber den Vorjahren einen konstanten Falleingang. Eigentliche Grossereignisse blieben aus, mehrere Anklageerhebungen in öffentlichkeitswirksamen Fällen sorgten jedoch für ein grosses mediales Interesse. Die vom Regierungsrat verabschiedete «Strategie Digitale Verwaltung 2018–2023» unterstützte die Jugendstrafrechtspflege aktiv, indem sie mehrere Projekte mit dem Ziel lancierte, die digitale Transformation voranzutreiben. Bereits bestehende präventive Bemü-

hungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wurden konsolidiert, die wissenschaftliche Analyse in deliktrelevanten Bereichen verstärkt. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf den internen Weiterbildungen, wobei durch den aktiven Einbezug von allen Mitarbeitenden der Praxisbezug in den Vordergrund rückte. Das bereits vorhandene Wissen wurde – beispielsweise auf dem Gebiet des Gewaltschutzes, der Jugendforensik und des Hooliganismus – vertieft, eingespielte Arbeitsprozesse und Handlungsfelder kritisch hinterfragt.

Aufgaben

- A1 Strafverfolgung bei fehlbaren Jugendlichen, einschliesslich Verfahrensabschluss durch Strafbefehl, Verfahrenseinstellung oder Anklageerhebung beim Jugendgericht sowie Rechtsmittelverfahren
- A2 Pädagogisch ausgerichteter Vollzug der durch die Jugendanwaltschaften und Jugendgerichte angeordneten jugendstrafrechtlichen Sanktionen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Verurteilungen von Jugendlichen (mit Strafbefehl verurteilte Jugendliche)	A1	3815	4100	3944	-156	-3.8
L2	Anklagen an das Jugendgericht	A1	19	40	36	-4	-10.0
L3	Einstellungen der Verfahren (inkl. Teileinstellungen, Sistierungen und Nichtanhandnahmen)	A1	1484	1600	1657	57	3.6
L4	Stationäre Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich angeordnete Unterbringungen bei Privatpersonen und in Erziehungs- oder Behandlungseinrichtungen)	A2	67	75	56	-19	-25.3
L5	Ambulante Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich und jugendanwaltschaftlich angeordnete Aufsichten, persönlicher Betreuung und ambulanter Behandlungen)	A2	254	300	234	-66	-22.0
L6	Vorsorgliche stationäre Schutzmassnahmen (Jugendliche in einer Unterbringung während des Untersuchungsverfahrens)	A1, A2	80	90	82	-8	-8.9
L7	Vorsorgliche ambulante Schutzmassnahmen (Jugendliche in einer ambulanten Schutzmassnahme während des Untersuchungsverfahrens)	A1, A2	80	70	75	5	7.1
L8	Zu persönlichen Leistungen verurteilte Jugendliche	A1, A2	847	1000	808	-192	-19.2
L9	Angeordnete persönliche Leistungen von Jugendlichen, in Tg.	A1, A2	2649	3300	2833	-467	-14.2
L10	Haftfälle (Untersuchungshaft und Freiheitsentzüge)	A1, A2	68	60	64	4	6.7
L11	Schutzaufsichten (Begleitungen/Bewährungshilfen bei bedingten Strafen)	A2	540	600	582	-18	-3.0
L12	Pendenzen pro Jugendanwältin/-anwalt (Zielwert)	A1	74	70	69	-1	-1.4
L13	Durchschnittliches Pendenzalter, in Tg. (Zielwert)	A1	123	125	156	31	24.8
L14	Anteil der Pendenzen > 365 Tage, in % (Zielwert)	A1	5.9	6.5	9.3	2.8	
B1	Durchschnittliche Untersuchungsdauer, in Tg.	A1	95	100	100	0	0.0
B2	Anteil der innert 180 Tagen abgeschlossenen Untersuchungen, in %	A1	85	85	84	-1	
W1	Soziale Integration von Jugendlichen (Anteil der als sozial integriert aus dem jugendstrafrechtlichen Massnahmenvollzug Entlassenen), in %	A2	55	65	52	-13	
W2	Rechtsmittel (von Angeschuldigten und Geschädigten eingelegte Rechtsmittel, inkl. Rechtsbehelfe), in %	A1	1	5	1	-4	

Bemerkungen

- L1, L2 Insgesamt wurden von den Jugendanwaltschaften und Jugendgerichten 66 (Vorjahr: 62) Schutzmassnahmen, davon 6 (7) stationäre und 60 (55) ambulante Schutzmassnahmen, sowie 3826 (3693) Strafen ausgesprochen. Als Strafen wurden ausgefällt: 2047 (2134) Verweise, 808 (847) Persönliche Leistungen, 820 (624) Bussen und 87 (75) Freiheitsentzüge. In 7 (13) Fällen wurde von einer Bestrafung abgesehen. Bei 36 (17) Verurteilten ordneten die Jugendanwaltschaften und Gerichte 57 (26) Erwachsenenstrafen an.
- L4, L5, L6, L7 Der Rückgang der Straftaten in den Vorjahren wirkte sich auch im Berichtsjahr auf die zu vollziehenden Schutzmassnahmen aus. Am 31. Dezember befanden sich 41 (Vorjahr: 44) Jugendliche im Vollzug einer stationären und 154 (158) Jugendliche im Vollzug einer ambulanten Schutzmassnahme.
- L13, L14 Der Abschluss verschiedener umfangreicher Strafuntersuchungen ist pendent.
- W1 Die Beendigung mehrerer Schutzmassnahmen mit umfassenden und ausgeprägten Problemstellungen führte zum Rückgang.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 1.1b Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern

Das bewährte Handlungsmodell «Kompetenz- und Risikoorientierung in der Jugendstrafrechtspflege» (KORJUS), das mittlerweile in zehn deutschsprachigen Kantonen zum Einsatz kommt, wurde weiterentwickelt. Im Bereich der Falltriagierung wurden neue Abläufe eingeführt; 2019 folgt deren Evaluation. Abschluss 2019 2019

RRZ 1.2c Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren

Die traditionell engen Kontakte mit der Strafverfolgung Erwachsene und der Polizei mit ihren Jugenddiensten wurden kontinuierlich gepflegt. Zugleich fand eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich der Zwangsmassnahmen (Blut- und Urinproben, DNA-Profil-Erstellung usw.) und der Intensivtäter, statt. Im Straf- und Massnahmenvollzug wurde die Zusammenarbeit mit Institutionen wie dem Massnahmenzentrum Uitikon (MZU) und der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) noch einmal verstärkt. Abschluss 2019 2019

2205 1a Wirkungsorientierte Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität

Die finanziellen und personellen Ressourcen wurden weiterhin vorrangig zur Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität eingesetzt. Die Bemühungen, das Phänomen der Jugendkriminalität und Jugendgewalt vermehrt deliktenspezifisch zu analysieren, wurden intensiviert. Planmässig 2019

2205 1b Verkürzung der Verfahrensdauer bei jugendstrafrechtlichen Verfahren

Die durchschnittliche Untersuchungsdauer stieg zwar leicht gegenüber dem Vorjahr, trotzdem konnten weiterhin rund 70% der Strafverfahren im Berichtsjahr innert 90 Tagen abgeschlossen werden. Planmässig 2019

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	76.9	81.3	75.7	-5.6	-6.9

Bemerkungen R18 zu B18

Allg. Der tiefe durchschnittliche Personalbestand ist - aufgrund der weiterhin moderaten Geschäftseingänge - auf eine zurückhaltende Besetzung vakanter Stellen zurückzuführen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.8	1.6	1.7	0.1	6.4
Aufwand	-34.7	-35.9	-34.7	1.2	3.4
- Kreditübertragungen					
Saldo	-33.0	-34.3	-33.0	1.3	3.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.1	-0.2	-0.1	0.0	10.2
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.1	-0.2	-0.1	0.0	10.2

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2205

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.3		Abweichungen total R18 zu B18
2.1	A1, A2	- Tieferer Sachaufwand, tiefere Kosten für Dienstleistungen Dritter, insbesondere für jugendstrafrechtliche Strafen und Schutzmassnahmen
0.5	A1, A2	- Tieferer Personalaufwand, zurückhaltende Besetzung vakanter Stellen
0.1	A2	- Höhere Erträge, Beiträge von Schulgemeinden an Schutzmassnahmen
-1.4	A1, A2	- Interne Verrechnungen, Mehrkosten für den Straf- und Massnahmenvollzug durch interne Leistungserbringer
-0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
94531	0	0	94531	0

2206 Amt für Justizvollzug

Das Berichtsjahr war wegweisend für das Amt für Justizvollzug (JuV) und seine Institutionen: Der Kantonsrat bewilligte eine Investitionssumme von 44,5 Mio. Franken für das Vollzugszentrum Bachtel. Bis 2021 soll es saniert und um 30 Plätze auf 94 erweitert werden. 120 zusätzliche Plätze sind mittelfristig auch in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies geplant. Im Gegenzug sollen im Rahmen der vom Regierungsrat beschlossenen Standortstrategie «Geschlossener Vollzug» die Standorte Affoltern am Albis und Horgen geschlossen werden. Ebenfalls geschlossen wird das Gefängnis Meilen. Das Flughafengefängnis wird in ein Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft (ZAA) umgewandelt (130 bis 150 Plätze). Die Abteilung des Flughafenge-

fängnisses, die bis anhin dem Strafvollzug diente, wird aufgehoben. Begonnen wurden die Bauarbeiten für eine Kriseninterventions-Abteilung (KIA) im Gefängnis Limmattal (9 Plätze). Die geplante Abteilung ist die Reaktion auf die Erkenntnis, dass gerade die Untersuchungshaft für Angeschuldigte besonders belastend ist – im Krisenfall bestehen zu wenig geschlossene forensische Klinikplätze. Nicht zuletzt war das Berichtsjahr aber überschattet von einem gewichtigen Abgang. Frank Urbaniok trat nach 21 Jahren aus gesundheitlichen Gründen als Leiter des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes zurück. Matthias Stürm und Michael Braunschweig übernahmen Urbanioks Posten.

Aufgaben

- A1 Vollzug aller durch zürcherische Gerichte und Strafbehörden ausgefallten Freiheitsstrafen, Massnahmen und Nebenstrafen einschliesslich Bewährungshilfe und Weisungskontrolle
- A2 Durchführung von Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie ausländerrechtlicher Haft
- A3 Betrieb und Planung der notwendigen Justizvollzugsinstitutionen
- A4 Betreuung, Beschäftigung und Ausbildung inhaftierter und verurteilter Personen
- A5 Durchführung, Evaluation und Weiterentwicklung von Therapie-/Behandlungsformen und Interventionsprogrammen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Aufenthaltstage Justizvollzugsinstitutionen, gesamt	A3	422631	455000	395438	-59562	-13.1
L2	Aufenthaltstage Untersuchungs- und Sicherheitshaft	A2	116453	130000	107371	-22629	-17.4
L3	Belegung aller Gefängnisse und Vollzugseinrichtungen, in %	A3	87.70	93	86	-7	
L4	Freiheitsstrafen (Bestand Vollzugsfälle Jahresende)	A1	2159	2400	2153	-247	-10.3
L5	Stationäre Massnahmen (Bestand Vollzugsfälle Jahresende)	A1	376	410	351	-59	-14.4
L6	Ambulante Massnahmen (Bestand Vollzugsfälle Jahresende)	A1	333	360	263	-97	-26.9
L7	Gemeinnützige Arbeit (Bestand Vollzugsfälle Jahresende)	A1	488	600	590	-10	-1.7
L8	Psychiatrisch-psychologische Konsultationen und Behandlungen	A5	14318	14200	13520	-680	-4.8
L9	Lerngruppen «Bildung im Strafvollzug» (Bestand Jahresende; Zielwert)	A4	26	29	26	-3	-10.3
B1	Kosten pro Aufenthaltstag Justizvollzugsanstalt Pöschwies, in Fr.	A3	305	320	341	21	6.6
B3	Kosten pro Aufenthaltstag Massnahmenzentrum Uiten, in Fr.	A3	843	810	874	64	7.9
B4	Kosten pro Aufenthaltstag Vollzugseinrichtungen Zürich, in Fr.	A3		220	256	36	16.4
B5	Kosten pro Aufenthaltstag Untersuchungsgefängnisse Zürich, in Fr.	A3		210	253	43	20.5
W1	Ausbrüche aus gesicherten Gefängnissen und Vollzugseinrichtungen	A3	0	0	1	1	
W2	Übergriffe auf Personal	A4	15	10	13	3	30.0
W3	Suizide	A4	1	2	1	-1	-50.0
W4	Quote korrekt absolvierte Urlaube aus geschlossenem Regime, in %	A4	95.20	95	96.2	1.2	
W5	Bedingte Entlassungen aus dem Strafvollzug	A1	338	420	299	-121	-28.8
W6	Erfolgreiche Abschlüsse Gemeinnützige Arbeit, in %	A1	79.30	85	79.3	-5.7	

Bemerkungen

- L1, L2 Die Gesamtzahl der Aufenthaltstage (L1) liegt unter Budget. Rund zwei Drittel des gesamten Rückgangs gegenüber dem Vorjahr macht die sinkende Anzahl Erwachsener im geschlossenen Straf- und Massnahmenvollzug aus, ein Drittel entfällt auf den Rückgang bei der Untersuchungs- und Sicherheitshaft (L2). Leicht angestiegen ist hingegen die Anzahl Personen in ausländerrechtlicher Administrativhaft.
- L3 Als Folge des Rückgangs der Aufenthaltstage (L1) wird die budgetierte Auslastung (L3) nicht erreicht. Dank der unterdurchschnittlichen Auslastung konnte die noch hälftig vorhandene Doppelbelegung im Erweiterungsbau der Justizvollzugsanstalt Pöschwies im Berichtsjahr vollständig aufgehoben werden. Daneben fanden in diversen Institutionen Instandsetzungsarbeiten statt, aufgrund deren die Platzzahlen temporär reduziert werden mussten.
- L4, L5, L6 Die Vollzugsfälle der Bewährungs- und Vollzugsdienste liegen allesamt klar unter den Budgetwerten. Der Bestand an Freiheitsstrafen (L4) ist entgegen den Erwartungen im Vergleich zum Vorjahr praktisch unverändert geblieben. Die stationären Massnahmen (L5) sind leicht, die ambulanten (L6) deutlich zurückgegangen. Letzterer Rückgang bezieht sich auf ambulante Massnahmen infolge psychischer Störungen gemäss Art. 63 StGB, während die ambulanten Massnahmen wegen Alkohol oder Betäubungsmitteln praktisch unverändert geblieben sind.
- L7 Die Gemeinnützige Arbeit ist seit dem 1. Januar des Berichtsjahres keine von den Gerichten angeordnete Sanktion mehr, sondern eine Vollzugsform. Der Fallbestand per Ende Jahr (L7) entspricht dem Budget.
- L8 Die Anzahl der psychiatrisch-psychologischen Konsultationen und Behandlungen (L8) bleibt unter dem budgetierten Wert und ist gegenüber dem Vorjahr um rund 5% gesunken. Im Berichtsjahr standen aus infrastrukturellen Gründen (Umbauten etc.) vorübergehend weniger Gefängnisplätze zur Verfügung, weshalb im Rahmen der psychiatrischen Grundversorgung im Vergleich zum Vorjahr weniger ärztliche Konsultationen zu verzeichnen waren. Dieser Rückgang steht in direktem Zusammenhang mit dem Rückgang der Aufenthaltstage in den JuV-Institutionen (L1).
- L9 Die Anzahl Lerngruppen für «Bildung im Strafvollzug» (L9) entspricht derjenigen des Vorjahres. Die Differenz zum Budget resultiert aus der Tatsache, dass besonders im Flughafengefängnis aufgrund von Bauarbeiten Lerngruppen zurückgestellt werden mussten.
- W1 In der Nacht vom 2. auf den 3. Juni überwand ein 40-jähriger Mann die Ausbruchsschutzvorrichtungen des Gefängnisses Horgen. Beim Sprung in die Tiefe verletzte er sich schwer und konnte noch am selben Tag wieder verhaftet werden.
- W2 Die körperlichen Übergriffe auf das Personal (W2) liegen zwar über Budget, haben aber im Vergleich zum Vorjahr abgenommen. Bei der Mehrzahl der Fälle resultierten keine oder nur Bagatelverletzungen. In einem Fall wurde eine ärztliche Intervention notwendig.
- W3 Im Vollzugszentrum Bachtel wurde im September ein Häftling tot in seiner Zelle aufgefunden. Der Mann befand sich zur Verbüssung verschiedener Ersatzfreiheitsstrafen in Haft.
- W5 Im Berichtsjahr kam es zu deutlich weniger bedingten Entlassungen aus dem Strafvollzug als budgetiert. Ebenso wurde der Vorjahreswert klar unterschritten. Obwohl der Bestand der Freiheitsstrafen (L4) konstant ist, wurden im Berichtsjahr sowohl weniger neue als auch weniger abgeschlossene Fälle und damit zusammenhängend weniger bedingte Entlassungen gezählt.
- W6 Die Quote der erfolgreichen Abschlüsse Gemeinnützige Arbeit (W6) hat den budgetierte Wert nicht erreicht, bewegt sich aber im Bereich der Vorjahre.
- B1 In der JVA Pöschwies wurden im Kurzstrafenvollzug die Doppelbelegungen aufgehoben. Dies reduzierte die Platzzahl und somit erhöht sich der Indikator durchschnittliche Kosten pro Aufenthaltstag.
- B3 Die Reduktion von 6 Plätzen im Massnahmenzentrum Uitikon per September führen zu einer Erhöhung der durchschnittlichen Kosten pro Aufenthaltstag.
- B4 Tiefere Auslastungen in den Vollzugseinrichtungen führen zu einer Erhöhung der durchschnittlichen Kosten pro Aufenthaltstag.
- B5 Tiefere Auslastungen in den Untersuchungsgefängnissen führen zu einer Erhöhung der durchschnittlichen Kosten pro Aufenthaltstag.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

J1 1.1a Die organisatorischen und betrieblichen Voraussetzungen für den Einsatz von «Electronic Monitoring» schaffen

Für den Regierungsantrag «Electronic Monitoring» (EM) wurden EM-Überwachungstage pro Anwendungsfeld geschätzt. Die heutigen EM-Überwachungstage liegen deutlich unter diesen Schätzungen (Schätzung 2014 der Überwachungstage für das Berichtsjahr: rund 15 000; effektive Überwachungstage im Berichtsjahr: knapp 2500). Diese Diskrepanz lässt sich mit der damals fehlenden Erfahrung mit der Technik begründen, die sich inzwischen eingestellt hat. Heute kennt man Nutzen und Grenzen des Systems EM.

Abgeschlossen 2018

J1 1.2a Neue geschlossene Haftplätze im Polizei- und Justizzentrum (PJZ) erstellen

Seit der Grundsteinlegung für das neue Polizei- und Justizzentrum 2017 geht es auf dem Güterbahnhof-Areal stetig vorwärts und das Projekt gedeiht planmässig. Die Übergabe des Baus erfolgt 2021, die Inbetriebnahme ist für Anfang 2022 geplant.

Verzögert 2020

JI 1.2b Schaffung zusätzlicher geschlossener Plätze für den Vollzug von Freiheitsstrafen und stationären Massnahmen nach Art. 59 StGB in Abstimmung mit den kantonalen und konkordatlichen Planungen

Im Kanton Graubünden wird am Standort der JVA Realta ein Neubau mit 152 geschlossenen Plätzen, davon rund 70 für Zürcher Fälle, errichtet. Die JVA Cazis Tigneuz soll Anfang 2020 eröffnet werden. Im Zentrum für Stationäre Forensische Therapie (ZSTF) der Psychiatrischen Universitätsklinik in Rheinau ist ein Neubau als gesicherte Zwischenstufe (mittlere Sicherheit) mit insgesamt 39 zusätzlichen Behandlungsplätzen geplant.

Verzögert 2019

JI 1.2c Umbau und Erweiterung des Vollzugszentrums Bachtel mit zusätzlichen offenen Plätzen

Der Kantonsrat hat im August des Berichtsjahres einen Objektkredit von 44,5 Mio. Franken für das Vollzugszentrum Bachtel bewilligt. Die neue Gesamtanlage wird 94 Plätze aufweisen und soll im Frühjahr 2021 in Betrieb genommen werden.

Verzögert 2020

2206 1a Die Integration des Polizeigefängnisses von der Kantonspolizei in die Leistungsgruppe des Amtes für Justizvollzug sicherstellen

Nachdem 2017 beschlossen wurde, eine mit Vertreterinnen und Vertretern der Direktionen der Kantonspolizei und des Amtes für Justizvollzug besetzte Arbeitsgruppe zu bilden, ist diese nun einsatzfähig und hat ihre Arbeit aufgenommen, damit Budgetmittel eingestellt und Personalstellen wie vereinbart übertragen bzw. zusätzlich geschaffen werden können.

Planmässig 2020

2206 1b Einer älter werdenden Gefangenengeneration unter Einbezug praktischer und ethischer Aspekte durch entsprechende Konzepte und Massnahmen wirkungsvoll begegnen

In der neuen JVA Cazis Tigneuz (vgl. JI 1.2b) ist eine Spezialabteilung für ältere und pflegebedürftige Gefangene geplant. Die Realisierungsmöglichkeiten möglicher weiterer Spezialangebote für diese und andere Gruppen von Gefangenen mit besonderen Bedürfnissen werden zudem in der Standortstrategie «Geschlossener Vollzug» bearbeitet, die der Regierungsrat im Berichtsjahr verabschiedet hat. Im Rahmen dieser Standortstrategie wird auch die Ausgestaltung der zusätzlich zu schaffenden Plätze in der JVA definiert werden.

Verzögert 2018

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	853.3	878.5	865.1	-13.4	-1.5

Bemerkungen R18 zu B18

-13.4 Nicht alle Stellen im Berichtsjahr konnten besetzt werden.

Finanzierung

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	64.8	69.6	70.2	0.5	0.8
Aufwand	-245.3	-251.5	-248.4	3.2	1.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	-180.5	-181.9	-178.2	3.7	2.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	2.2	7.7	12.4	4.7	60.9
Ausgaben	-12.8	-40.4	-18.8	21.6	53.5
- Kreditübertragungen					
Saldo	-10.7	-32.8	-6.4	26.3	80.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.7		Abweichungen total R18 zu B18
4.1	A1	- Höherer Kostgeldertrag durch ausserkantonale Einweisungen in die JVA Pöschwies
2.4	A1	- Tieferer Aufwand infolge Rückgang der Aufenthaltstage im offenen Vollzug
1.0	A1	- Tieferer Intercompany-Aufwand durch weniger Einweisungen in die PUK (Psychiatrische Universitätsklinik) durch den Psychiatrisch-Psychologischen Dienst
0.8	A1	- Höherer Ertrag durch Verrechnung der Betriebskosten EM (Electronic Monitoring) an andere Kantone
0.7	A1	- Höherer Ertrag durch stringenter Bussenbewirtschaftung
0.5	A3	- Höherer Transferertrag durch Bundessubventionen für JVA Pöschwies, Massnahmenzentrum Uitikon und Vollzugseinrichtungen Zürich
0.3	A4	- Tieferer Personalaufwand infolge Mutationsgewinn
-0.4	A4	- Höherer Transferaufwand bei SKJV (Schweizerisches Kompetenzzentrum für den Justizvollzug) ehemals SAZ (Schweizerisches Ausbildungszentrum) sowie Team72

Direktion der Justiz und des Innern Leistungsgruppe 2206

-0.4	A4	- Tieferer Verkaufsertrag durch die Gewerbe der JVA Pöschwies
-0.4	A4	- Tieferer Mahlzeitertrag der JVA Pöschwies durch tiefere Auslastung in den UGZ- und VEZ-Betrieben.
-2.4	A1	- Tieferer interner Ertrag durch geringere Einweisungen durch das Migrationsamt und der Kapo im Flughafengefängnis
-2.5	A1	- Tieferer Kostgeldertrag durch tiefere Auslastung und weniger Einweisungen in die UGZ-Betriebe
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-32.8	-6.4	26.3	
- Ersatzinvestitionen «Technische Sicherheit»	-13.7	-10.7	3.0	- Verzögerungen in der Projektierung bei Projekten für den Ersatz von Sicherheitsanlagen (besonders JVA Pöschwies und Gefängnis Affoltern)
- Ersatzinvestitionen «Betriebliche Sicherheit»	-4.4	-2.3	2.1	- Verzögerungen bei einem Grossprojekt in der JVA Pöschwies sowie Verschiebung/Einstellung verschiedener Kleinprojekte in den Gefängnissen und Vollzugseinrichtungen
- Ersatzinvestitionen «Nebengebäude»	-1.1	-1.2	-0.1	- Minderaufwand für Projekte im Massnahmenzentrum Uitikon kompensiert durch fortgeschrittenes, vorgezogenes Instandsetzungsprojekt in den Vollzugseinrichtungen Zürich
- Umbau und Erweiterung Vollzugszentrum Bachtel	-8.0	9.1	17.1	- Vorgezogene Auszahlung von Bundessubventionen bei gleichzeitig verzögertem Baubeginn wegen Projektüberarbeitung aufgrund Kantonsratsbeschluss
- Diverse Einzelprojekte	-4.5	-1.0	3.5	- Längere Projektierungsdauer für ein Grossprojekt in der JVA Pöschwies
- Mobilien	-1.1	-0.4	0.7	- Tiefere Ausgaben als budgetiert für Electronic Monitoring
- Übrige	0.0	0.1	0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
2754877	0	900 000	3654877	900 000

Bemerkungen

Durch eine stringenter Bussenbewirtschaftung konnte der Ertrag gesteigert werden. Auch konnte der Personalaufwand unter dem Budget gehalten werden. Das Amt für Justizvollzug beantragt Rücklagen von 0,9 Mio. Franken.

2207 Gemeindeamt

Nach der Inkraftsetzung des neuen Gemeindegesetzes vom 20. April 2015 genehmigte der Regierungsrat 49 Neufassungen und neun Änderungen von politischen Gemeinde- und Schulgemeindeordnungen sowie 27 Neufassungen und eine Änderung von Zweckverbandsstatuten. Ausserdem nahm er von der Vereinigung je dreier politischer Gemeinden zu einer Gemeinde, von der Vereinigung zweier Schulgemeinden mit ihrer politischen Gemeinde sowie der Auflösung von acht Zweckverbänden Kenntnis. Rund 1250 Teilnehmende (Behörden- und Verwaltungspersonal) wurden an 54 Kursen in der Umsetzung des neuen Gemeindegesetzes geschult. Die Kurse werden bis 2019 weitergeführt. Die Abteilung Zivilstandswesen wirkte im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen massgeblich an der Erstellung einer Wissensdatenbank für ausländische Urkunden mit. Davon profi-

tieren neben den schweizerischen Zivilstandsbehörden auch das Migrationsamt und die Zentralbehörde Adoption. Die Einbürgerungsgesuche sanken auf 6501 (-11%). Als Folge der vielen Gesuche im Vorjahr erhielten 8453 Personen das Bürgerrecht (+13%). Der Bund überwies 1674 Gesuche zur erleichterten Einbürgerung (-48%) und verfügte 1779 Einbürgerungen (+1%). Das Gemeindeamt baute während 18 Monaten die kantonale Einwohnerplattform (KEP) auf und verband sie mit den Einwohnerregistern der politischen Gemeinden. Sie enthält Einwohnerregisterdaten aller Kantonseinwohnerinnen und -einwohner. Die neu geschaffene Abteilung Einwohnerwesen wird die KEP betreiben. Das Gemeindeamt organisierte ein Gemeindeforum zum Thema «Gemeinden 2030», das rund 350 Personen besuchten.

Aufgaben

- A1 Aufsicht über die rechtskonforme Organisation, Haushaltführung und Rechnungslegung der Gemeinden und gemeinderechtlichen Organisationen
- A2 Vollzug des kantonalen Finanzausgleichs (vgl. Leistungsgruppe Kantonaler Finanzausgleich, Nummer 2216)
- A3 Aufsicht über das Meldewesen und die Einwohnerregister der Gemeinden
- A4 Aufsicht über das Zivilstandswesen der Gemeinden, Erfüllung der kantonalen Zivilstandsaufgaben und Bearbeitung der Namensänderungsgesuche
- A5 Aufsicht über das Bürgerrechtswesen der Gemeinden und Vollzug der kantonalen Einbürgerungen
- A6 Aufsicht über den Kindes- und Erwachsenenschutz

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Behördenschulungstage (Zielwert)	A1	17	24	47	23	95.8
L2	Berichtigungen/Löschungen im Informatisierten Standesregister	A4	2620	2500	2455	-45	-1.8
L3	Erledigte Namensänderungen	A4	1200	1150	1341	191	16.6
L4	Erledigte ordentliche Einbürgerungen	A5	5619	5000	6864	1864	37.3
L5	Erledigte erleichterte Einbürgerungen	A5	2707	2700	2510	-190	-7.0
B1	Durchschnittliche Anzahl Arbeitsstunden je ordentliche Einbürgerung	A5	2.3	3	1.8	-1.2	-40.0
W1	Anteil Zufriedenheit Kursteilnehmer mindestens «gut», in %	A1	93.3	85	94.9	9.9	
W2	Durchschnittliche Verfahrensdauer bei ordentlichen Einbürgerungen, in Mt.	A5	17.2	19	17.4	-1.6	-8.4
W3	Durchschnittliche Verfahrensdauer bei erleichterten Einbürgerungen, in Mt.	A5	4.0	5	5.1	0.1	2.0
W4	Durchschnittliche Verfahrensdauer bei Namensänderungen, in Mt.	A4	2.2	2	2.6	0.6	30.0
W5	Anteil Beantwortung telefonischer juristischer Anfragen innert 24 Stunden, in %	A1	93	85	95	10	

Bemerkungen

- L1 Das Gemeindeamt bietet Schulungsveranstaltungen für Mitglieder von Gemeinde- sowie von Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden an. Daneben organisiert es Weiterbildungskurse für Verwaltungsfachleute sowie im Berichtsjahr für die katholische und reformierte Kirche. Seine Mitarbeitenden unterrichten an der Gemeindefachschule sowie an der ZHAW. Mit Inkrafttreten des neuen Gemeindegesetzes wurden zahlreiche Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt, die sich vordringlich an Verwaltungsfachleute richteten. Die genannten Veranstaltungen werden vom Leistungsindikator nicht wiedergegeben. Er bezieht sich ausschliesslich auf Schulungsveranstaltungen, deren Zielpublikum die Gemeindebehörden waren. Wie immer nach Gemeindewahlen war die Nachfrage nach Grundlagenkursen gross.
- L2 Mit Berichtigungen/Löschungen im Informatisierten Standesregister korrigiert die kantonale Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen fehlerhafte Einträge der kommunalen Zivilstandsämter. Der Korrekturbedarf verharrt auf hohem Niveau.
- L3 Wer seinen Vor- oder Nachnamen ändern will, muss dafür achtenswerte Gründe nennen. Die Nachfrage nach Namensänderungen stieg erneut.

- L4 Im ordentlichen Einbürgerungsverfahren ist das Gemeindeamt die verfahrensleitende Behörde. Die Zahl der Gesuche stieg im Vorfeld der Anfang des Berichtsjahres erfolgten bundesrechtlichen Verschärfung der Einbürgerungsvoraussetzungen. Die im Vergleich zum Vorjahr und zum Planungswert hohe Zahl der ordentlichen Einbürgerungen ist einerseits eine Folge der Vielzahl von Gesuchsabschreibungen gleich zu Beginn des Verfahrens. Andererseits konnten dank des Einsatzes zusätzlicher personeller Ressourcen mehr Gesuche erledigt werden, als ursprünglich geplant.
- L5 Im erleichterten Einbürgerungsverfahren liegt die Verfahrensleitung bei den Bundesbehörden. Die Zahl der erleichterten Einbürgerungen sank als Folge fehlender personeller Ressourcen.
- B1 Die durchschnittliche Arbeitszeit zur Erledigung eines Gesuchs um ordentliche Einbürgerung lag unerwartet tief. Dieser Rückgang ist einerseits auf die vielen Gesuchsabschreibungen gleich zu Beginn des Verfahrens und andererseits auf die neue Gestaltung des Einbürgerungsverfahrens zurückzuführen.
- W1 Die Veranstaltungen wurden von rund 67% der Teilnehmenden mit «sehr gut» und von rund 28% mit «gut» bewertet.
- W2 Trotz vermehrter Gesuche um ordentliche Einbürgerung konnte die Verfahrensdauer dank des Einsatzes zusätzlicher personeller Ressourcen beinahe auf Vorjahresniveau gehalten werden. Zu diesem Ergebnis trug aber auch die Vielzahl von Gesuchsabschreibungen gleich zu Beginn des Verfahrens bei.
- W3 Die längere Verfahrensdauer ist eine Folge der bundesrechtlichen Verschärfung der Einbürgerungsvoraussetzungen und des sich daraus ergebenden grösseren Arbeitsaufwands.
- W4 Angesichts vermehrter Gesuche um Namensänderungen und beschränkter personeller Ressourcen stieg die durchschnittliche Verfahrensdauer erneut.
- W5 Das Gemeindeamt beantwortet in all seinen Tätigkeitsbereichen telefonische Anfragen von Gemeindebehörden, Verwaltungsfachleuten und Privatpersonen. Der Indikator bezieht sich ausschliesslich auf juristische Anfragen an die Abteilung Gemeinderecht. Gegenüber den Vorjahren stieg die Zahl der telefonisch erteilten Auskünfte erneut von 728 im Jahr 2016 und 822 im Jahr 2017 auf 865 im Berichtsjahr. Trotzdem konnte die überwiegende Zahl innert 24 Stunden beantwortet werden.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren

Das Projekt steht unter der Leitung der Gesundheitsdirektion.

Stand	bis
Abschluss 2019	2019

RRZ 10.2i Die kantonale Einwohnerplattform (KEP) entwickeln und betreiben

Die kantonale Einwohnerdatenplattform (KEP) wurde planmässig bereitgestellt.

Abgeschlossen	2018

RRZ 10.4a Verordnung zum neuen Gemeindegesetz mit den Einzelheiten zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen ausarbeiten

Der Kantonsrat hat die Verordnung am 7. November 2016 genehmigt.

Abgeschlossen	2018

RRZ 10.4b HRM2-Rechnungslegungshandbuch erarbeiten und in allen Gemeinden implementieren

Das Handbuch wurde den Gemeinden im April des Berichtsjahres zur Verfügung gestellt.

Abgeschlossen	2018

Jl 10.1a Finanzausgleich auf seine Wirksamkeit überprüfen und allfällige Anpassungen vorschlagen

Die Arbeiten für den Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht sind in Planung.

Planmässig	2021

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
48.7	50.2	53.4	3.2	6.5

Bemerkungen R18 zu B18

3.2 Besetzung der bewilligten Stellen zur Bearbeitung der Gesuche um ordentliche Einbürgerungen und Namensänderungen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	4.3	4.0	5.3	1.3	31.6
Aufwand	-9.8	-10.9	-10.9	-0.0	-0.2
- Kreditübertragungen		-0.6		0.6	100.0
Saldo	-5.5	-6.9	-5.7	1.2	18.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.3				
Ausgaben	-1.0	-1.0	-1.1	-0.0	-2.6
- Kreditübertragungen		-1.0		1.0	100.0
Saldo	-0.6	-1.0	-1.1	-0.0	-2.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.2		Abweichungen total R18 zu B18
0.6	A5	- Höhere Einnahmen aus Gebühren für ordentliche und erleichterte Einbürgerungen
0.3	A1	- Höhere Einnahmen aus HRM2-Fachveranstaltungen, Behördenschulungen und Honorare für Referate sowie für die Unterstützung bei der Einführung von HRM2
0.2	A3	- Höhere Einnahmen aus Zahlungen anderer Kantone für den eUmzug sowie aus Gebühren für eUmzüge
0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
26670	26670	0	0	-26670

2216 Kantonaler Finanzausgleich

Eine Gemeinde reichte für das Jahr 2019 ihr Budget ein und beantragte einen individuellen Sonderlastenausgleich von 0,3 Mio. Franken. Unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Fachdirektionen und des Fachbeirates sicherte das

Gemeindeamt Beiträge von rund 0,3 Mio. Franken zu. Die Abgeltung der Zentrumslasten für Zürich und Winterthur beliefen sich im Berichtsjahr auf 401,1 Mio. bzw. 83,7 Mio. Franken.

Aufgaben

- A1 Vollzug des kantonalen Finanzausgleichs mit den folgenden fünf Instrumenten: 1) Der Ressourcenausgleich vermindert die grossen Steuerkraftunterschiede, welche die Hauptursache für die unterschiedliche Steuerbelastung in den Gemeinden sind. Er stärkt finanzschwache Gemeinden mit Zuschüssen. Die finanzstarken Gemeinden werden durch Abschöpfungen an seiner Finanzierung beteiligt. 2) Der demografische Sonderlastenausgleich unterstützt Gemeinden mit ausserordentlichen Aufwendungen als Folge eines besonders hohen Bevölkerungsanteils an Personen unter 20 Jahren. 3) Der geografisch-topografische Sonderlastenausgleich gleicht besondere Lasten dünner Besiedlung und schwieriger Topografie aus. 4) Der individuelle Sonderlastenausgleich trägt übermässige Lasten einzelner Gemeinden, die sich mit den generellen Instrumenten nicht fassen lassen. 5) Der Zentrumslastenausgleich gleicht den Städten Zürich und Winterthur die finanziellen Folgen ihrer zentralörtlichen Leistungen und Lasten ab.

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
W1	Ressourcendisparität vor Finanzausgleichsgesetz, in Fr.	A1	11 308	11 384	11 129	-255	-2.2
W2	Ressourcendisparität nach Finanzausgleichsgesetz, in Fr.	A1	3209	3169	3094	-75	-2.4
W3	Ressourcenbedingte Steuerfussdisparität, in %	A1	42.39	42	41	-1	
W4	Ausgleichsvolumen, in Mio. Franken	A1	1168	1211	1192	-19	-1.6

Bemerkungen

- W1 Die Ressourcendisparität drückt sich in der Differenz der Steuerkraft pro Einwohner zwischen der ressourcenstärksten und ressourcenschwächsten Gemeinde aus. Obwohl der Wert von Fr. 11 129 tiefer lag als geplant, ist er im zeitlichen Vergleich hoch und zeigt vor allem, dass den ressourcenstarken Gemeinden sehr hohe Steuereinnahmen zufließen.
- W2 Mit dem Finanzausgleich soll die Ressourcendisparität zwischen der ressourcenstärksten und ressourcenschwächsten Gemeinde verringert werden. Die Verringerung der Disparität von Fr. 11 129 (vor Finanzausgleich) und Fr. 3 094 (nach Finanzausgleich) zeigt die Wirkung des Finanzausgleichs.
- W3 Der Wert zeigt die Differenz der notwendigen Steuerfüsse zur Deckung eines Normaufwandes (Fr. 3000 indexiert; aktuell bei Fr. 2919.39) zwischen der steuergünstigsten und am stärksten steuerbelasteten Gemeinde nach Angleichung der Ressourcen. Die ressourcenschwachen Gemeinden erhalten eine Mindestausstattung und somit einen garantierten ressourcenbedingten Steuerfuss.
- W4 Das Volumen zeigt den Bruttoaufwand des Finanzausgleichs und hat sich gegenüber dem Budget nur unwesentlich verändert. Veränderungen ergaben sich durch die Fusion der Politischen Gemeinden Hirzel und Horgen auf den 1. Januar 2018 und bei der Zusicherung und Rückerstattung des individuellen Sonderlastenausgleichs (Budgetwert 24 Mio. Franken, Rechnungswert -1.5 Mio. Franken) Ausserdem musste die Fusion der Politischen Gemeinden Hütten, Schönenberg, Wädenswil wegen hängiger Beschwerden gegen die Abstimmung um ein Jahr verschoben werden (Entlastung 7.6 Mio. Franken).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	765.1	922.6	919.1	-3.5	-0.4
- Ressourcenabschöpfung	753.0	910.4	907.0	-3.5	-0.4
- Beitrag aus Strassenfonds	12.1	12.1	12.1	-0.0	-0.0
Aufwand	-1 167.8	-1 226.7	-1 192.3	34.4	2.8
- Ressourcenzuschuss	-662.5	-675.3	-676.2	-0.9	-0.1
- Zentrumslastenausgleich	-484.8	-484.8	-484.8	0.0	0.0
- Geografisch-topografischer Sonderlastenausgleich	-20.3	-20.6	-20.5	0.2	0.9
- Demografischer Sonderlastenausgleich	-6.6	-6.9	-5.8	1.1	15.5
- Übergangsausgleich	0.6		1.1	1.1	0.0
- Individueller Sonderlastenausgleich	7.4	-24.0	1.5	25.5	106.2
- Beiträge an Veränderungen der Gemeindeeinteilung	-1.6	-15.0	-7.5	7.5	49.8
- Steuerfussausgleichsbeiträge					
- Kreditübertragungen					
Saldo	-402.7	-304.1	-273.2	30.9	10.2

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
30.9		Abweichungen total R18 zu B18
25.5	A1	- Tieferer Sonderlastenausgleich; einerseits beantragten viel weniger Gemeinden und in bedeutend geringerem Ausmass, statt der budgetierten 24 Mio. Franken lediglich 1.6 Mio. Franken, andererseits konnten Rückerstattungen von Übergangsausgleich und individuellem Sonderlastenausgleich von rund 4 Mio. Franken vereinnahmt werden.
7.5	A1	- Verzögerung des auf den 1. Januar 2018 geplanten Zusammenschlusses der Politischen Gemeinden Wädenswil, Schönenberg und Hütten aufgrund Beschwerden gegen die Urnenabstimmung.
-2.1		- Übrige Abweichungen

2217 Abwicklung Investitionsfonds

Seit Inkrafttreten des neuen Finanzausgleichsgesetzes am 1. Januar 2012 wurden keine neuen Investitionsbeiträge mehr bewilligt. Die letzten Beiträge wurden 2016 ausbezahlt.

Im Berichtsjahr beschränkt sich der Aufwand deshalb auf die Verzinsung und Abschreibung des Fonds.

Aufgaben

- A1 Die Zielsetzung orientiert sich an den im per 31.12.2013 aufgelösten Investitionsfonds definierten Aufgaben: Verminderung von Investitionslasten der Gemeinden durch Beiträge des Staates.
- A2 Die Leistungsgruppe «Abwicklung Investitionsfonds» dient der Auszahlung der bereits gesprochenen Investitionsbeiträge, deren Bilanzierung sowie Abschreibung und Verzinsung.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag					
Aufwand	-4.5	-3.7	-3.7	0.0	0.8
- Abschreibungen	-4.2	-3.5	-3.5	0.0	0.8
- Kreditübertragungen					
Saldo	-4.5	-3.7	-3.7	0.0	0.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

2221 Handelsregisteramt

Dem Handelsregisteramt war es ein wichtiges Anliegen, die bereits bestehenden digitalen Prozesse weiter zu optimieren und nach Vereinfachungen zu suchen. Da trotz bereitstehender Infrastruktur noch immer sehr wenige Handelsregisteranmeldungen elektronisch eingereicht werden, hat das Handelsregisteramt die Initiative ergriffen und eine Analyse durchführen lassen und Kundenmeinungen eingeholt. Daraus resultierte eine Arbeitsgruppe zwecks Förderung des elektronischen Anmeldeverfahrens, in der unter anderem Vertretungen verschiedener kantonaler Handelsregisterämter, des Bundes und der Staatskanzlei des Kantons Zürich mitarbeiteten. Ferner wurde zusammen mit dem Obergericht und dem Notariatsinspektorat ein Projekt initialisiert, um auch im Kanton

Zürich die elektronische öffentliche Beurkundung einzuführen und einen kundenfreundlichen Workflow zwischen den Notariaten und dem Handelsregisteramt zu ermöglichen.

Die Anzahl der eingetragenen, aktiven Gesellschaften erhöhte sich im Berichtsjahr um 2708 auf 110853. Damit haben über 17% aller Unternehmen in der Schweiz ihren Sitz im Kanton Zürich. Den stärksten Zuwachs erfuhren die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (+1743). Diese stellen nun einen Drittel aller Unternehmen dar (36589). Zusammen mit den Aktiengesellschaften (34160) und den Einzelunternehmen (28834) machen sie rund 90% aller eingetragenen, aktiven Unternehmen aus. Den geringsten Bestand weisen die Kommanditgesellschaften mit 402 Unternehmen aus.

Aufgaben

- A1 Das Handelsregister dient der Konstituierung und der Identifikation von Rechtseinheiten. Es bezweckt die Erfassung und Offenlegung rechtlich relevanter Tatsachen und gewährleistet die Rechtssicherheit sowie den Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts (Art. 1 Handelsregisterverordnung).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
L1	Zu bewirtschaftende Gesellschaften	A1	345686	351000	354420	3420	1.0
L2	Rechtsauskünfte	A1	25237	25000	24570	-430	-1.7
L3	Eintragungen ins Tagesregister	A1	45583	45000	47137	2137	4.7
L4	Registerrückkündigungen	A1	50767	51000	49671	-1329	-2.6
L5	Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen, in % (Zielwert)	A1	100	80	100	20	
B1	Kostendeckung Leistungsgruppe Handelsregisteramt, in %	A1	123	113	121	8	
W2	Periodische Kundenumfrage bezüglich Zufriedenheit, 3-jährliche Gesamtwertung	A1	-	gut	-		
W3	Revisionsbericht EHRA	A1	-	gut	sehr gut		
W4	Kundenumfrage: Beratungsqualität	A1	-	gut	-		

Bemerkungen

- L1 Die Anzahl der zu bewirtschaftenden Gesellschaften nimmt kontinuierlich zu.
- L3 Die Zunahme der Eintragungen ins Tagesregister ist insbesondere auf eine erhöhte Anzahl von Änderungen der Personalangaben zurückzuführen.
- L4 Die Anzahl Registerrückkündigungen liegt leicht unter Budget und Vorjahr.
- L5 Die Überprüfung des Registers auf Wahrheit und Aktualität wurde vollumfänglich durchgeführt. Das heisst, alle Unternehmen, die seit mehr als fünf Jahren weder einen Handelsregistereintrag noch einen anderen Geschäftsfall zu verzeichnen hatten, wurden aufgefordert, die eingetragenen Angaben zu bestätigen oder deren Korrektur zu veranlassen.
- W2, W4 Die Kundenumfrage wurde auf 2019 verschoben.

Entwicklungsschwerpunkte

2221 10a Aktuell nachgeführtes und wahres Register

Im Berichtsjahr wurden systematisch Bereinigungen durchgeführt und amtliche Verfahren eingeleitet. Stand bis
Planmässig 2021

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	57.6	58.0	56.8	-1.2	-2.1

Bemerkungen R18 zu B18

Allg. Verzögerte Anstellungen führten zu einem tieferen durchschnittlichen Personalbestand.

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2221

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	13.1	12.7	12.8	0.1	0.7
Aufwand	-10.7	-11.3	-10.6	0.7	6.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	2.5	1.4	2.2	0.8	55.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.8		Abweichungen total R18 zu B18
0.4	A1	- Tieferer Sachaufwand (insbesondere Unterhalt Software, Dienstleistungen Dritter und tatsächliche Forderungsverluste)
0.2	A1	- Tieferer Personalaufwand
0.1	A1	- Höherer Gebührenertrag wegen höherer Anzahl Eintragungen ins Tagesregister
0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017	Verwendung	Antrag Bildung 2018	Bestand 31.12.2018	
plus Bildung 2017	2018	(verbucht 2019)	plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
323737	0	0	323737	0

2223 Statistisches Amt

Im Berichtsjahr wurde an vier Sonntagen über zehn eidgenössische und sechs kantonale Vorlagen abgestimmt. An vier zusätzlichen Sonntagen wurden Gemeinderatswahlen durchgeführt. Die Bundeskanzlei entwickelte die «Züri stimmt App» zur nationalen App «VoteInfo» weiter. Diese stellt an Abstimmungstagen ab 12 Uhr die Resultate aller eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen bis auf Ebene Gemeinde zur Verfügung. Die neu eröffnete Fach- und Koordinationsstelle Open Government Data (OGD) konnte mit dem Gemeindeamt und dem Staatsarchiv bereits zwei neue Organisationen für die Veröffentlichung von Open Government Data auf dem Portal opendata.swiss gewinnen. Die Schweizerischen Statistiktag wurden im Rahmen des 150-jährigen Bestehens des

Statistischen Amtes zusammen mit Statistik Stadt Zürich durchgeführt. Die Organisation von und die aktive Teilnahme an Meetups und Hackathons stärkte die Sichtbarkeit der Daten des Kantons und das Image des Kantons als fortschrittlicher Partner und Arbeitgeber. Das Statistische Amt publizierte unter anderem Analysen zu folgenden Themen: Sprachlandschaft des Kantons Zürich, Entwicklung des Heiratsverhaltens und der Geburten und zu den Resultaten von Urnengängen. Der Liegenschaftsmarkt bildete einen weiteren Schwerpunkt der analytischen Tätigkeit. Die Website wurde erneut stark genutzt – die Twitter-Accounts @statistik_zh und @OpenDataZH zählten Ende des Berichtsjahres 2500 Follower und generierten über 600 000 Impressionen.

Aufgaben

- A1 Sicherstellung der statistischen Grundversorgung im Kanton Zürich
- A2 Organisation von kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen
- A3 Kundenspezifische Dienstleistungen (Auswertungen, Studien, Befragungen)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L3	Veröffentlichungen von vertieften statistischen Analysen (Zielwert)	A1	18	18	18	0	0.0
L5	kundenspezifische Dienstleistungen mit Honorar > Fr. 1000 je Fall (Zielwert)	A3	152	100	104	4	4.0
B1	Kostendeckungsgrad kundenspezifische Dienstleistungen (variable Kosten), in %	A3	102	100	117.8	17.8	
W1	Berichte in den Medien über statistische Analysen	A1	94	80	80	0	0.0
W3	Beurteilung des Angebots (Web, Publikationen, Dienstleistungen) durch Nutzer (Anteil zufriedener Nutzer, in %)	A1	75				
W4	Kundenorientierung des Auskunftsdienstes: Rangfolge unter 7 vergleichbaren Ämtern	A1	1				
W5	Zufriedenheitsgrad der beteiligten Instanzen bei Wahlen und Abstimmungen, in %	A2	-				
W6	Zufriedenheitsgrad der Kunden, in %	A3	97				
W7	Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse auf Kantonsebene, in Min. nach Eintreffen des letzten Gemeinderesultats	A2	2	5	1.7	-3.3	-66.0

Entwicklungsschwerpunkte

2223 10a Ausbau der Nutzung von Register- und Stichprobenerhebungen

Zunehmend stehen Mehrjahresdatensätze aus kantonalen Registern (z.B. Einwohner- und Gebäuderegister) und den Erhebungen des Bundesamtes für Statistik zur Verfügung. Diese erlauben es, Themengebiete inhaltlich und räumlich detaillierter zu analysieren und entsprechend Mehrwert zu schaffen.

Stand bis
Planmässig 2019

2223 10b Ausbau des Statistikangebots auf dem Internet

Die Datenbestände des Statistischen Amtes wurden weitgehend harmonisiert und liegen nun datenbankgestützt vor. Dies ermöglicht einen standardisierten Zugriff über Applikationen und Tools, die laufend technologisch modernisiert und im Internet aufgeschaltet werden.

Planmässig 2019

2223 10c E-Voting

Das weitere Vorgehen nach Abschluss des Vorprojekts «Flächendeckendes E-Voting» wurde mit RRB Nr. 299/2018 festgelegt. Nächster Schritt ist die Ausarbeitung einer Vernehmlassungsvorlage für die Revision des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR), welche die flächendeckende Einführung von papierarmem E-Voting ermöglicht. Ende des Berichtsjahres hat der Bundesrat die Vernehmlassung für die Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte zur Überführung des E-Voting-Versuchsbetriebs in den regulären Betrieb eröffnet. Die Erkenntnisse aus dieser Vernehmlassung werden in die kantonale Vernehmlassungsvorlage einfließen.

Planmässig 2019

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2223

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	25.8	30.0	27.4	-2.6	-8.8

Bemerkungen R18 zu B18

R18 zu B18 Der Stellenplan war nicht durchgehend vollständig besetzt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.0	0.8	1.0	0.2	25.8
Aufwand	-5.8	-6.5	-6.5	0.1	0.8
- Kreditübertragungen					
Saldo	-4.8	-5.7	-5.5	0.3	4.6

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.3		Abweichungen total R18 zu B18
0.2	A3	- Höherer Ertrag
0.1		- Tieferer Personalaufwand
-0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017	Verwendung	Antrag Bildung 2018	Bestand 31.12.2018	Veränderung Bestand
plus Bildung 2017	2018	(verbucht 2019)	plus Bildung 2018	
173655	0	0	173655	0

2224 Staatsarchiv

Die Arbeiten an Bau 3 des Staatsarchivs verlaufen finanziell und zeitlich planmässig. Die Eröffnung wird am 5. Juli 2019 stattfinden. Die Unterstützung von Betroffenen von fürsorglichen Zwangsmassnahmen konnte Ende des Berichtsjahres praktisch abgeschlossen werden; es wurden gegen 900 Aktensuchen durchgeführt. Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten zu fürsorglichen Zwangsmassnahmen im Kanton Zürich wurden in Buchform publiziert (Gnädinger/Rothenbühler: Menschen korrigieren, Zürich 2018).

Das Pilotprojekt «Integrierte Informationsverwaltung in den Gemeinden» wurde erfolgreich abgeschlossen. Das Angebot wird 2019 verstetigt; 23 Gemeinden haben Verträge mit dem Staatsarchiv abgeschlossen. Das Projekt DigDataZH (Schaffung einer Infrastruktur für die Archivierung von digitalen Da-

ten für den Kanton und die Zürcher Gemeinden) wurde gestartet (Auftraggeber sind die Direktion der Justiz und des Innern, der Gemeindepräsidentenverband und der Verein Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute). Die Bewilligung zusätzlicher personeller Ressourcen für 2019–2021 durch den Regierungsrat (RRB Nr. 169/2018) schafft die Voraussetzung dafür, dass das Staatsarchiv seinen Auftrag auch in den kommenden Jahren erfüllen kann. Die Nutzung der Online-Werkzeuge durch die Kundinnen und Kunden intensiviert sich weiter. Die laufenden und geplanten Online-Publikationsprojekte sind auf Kurs. Die zuständige Abteilung wird auf 2019 von «Editionsprojekte» in «Nacherschliessung und Digitalisierung» umbenannt.

Aufgaben

- A1 Überlieferungsbildung: Bildung und Gewährleistung einer authentischen Überlieferung gemäss archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten (Bewertung und Übernahme der angebotenen Akten)
- A2 Aktenerschliessung: Erschliessung der übernommenen Unterlagen unter Berücksichtigung der Kundeninteressen
- A3 Individuelle Kundendienste, Editionsprojekte: Gewährleistung bzw. Herstellung einer möglichst weitgehenden Benutzbarkeit der Archivbestände durch die Öffentlichkeit
- A4 Beständeerhaltung: Gewährleistung der dauernden Lesbarkeit aller Unterlagen durch konservatorische und restauratorische Massnahmen

Indikatoren

Leistungskindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Gemeindearchivberatungen pro Jahr	A1, A2, A3, A4	49	50	51	1	2.0
L2	Ablieferungen anbieterpflichtiger Stellen	A1	86	80	70	-10	-12.5
L3	Ablieferungen nicht anbieterpflichtiger Stellen	A1	30	30	30	0	0.0
L4	Abgelieferte Akten anbieterpflichtiger Stellen, in Laufmetern	A1	723	700	565	-135	-19.3
L5	Abgelieferte Akten nicht anbieterpflichtiger Stellen, in Laufmetern	A1	92	100	50	-50	-50.0
L6	Erschlossene, im Durchschnitt der letzten vier Jahre abgelieferte analoge Unterlagen +400 Laufmeter Restanzen, in % (ab 2017)	A2	65	100	48	-52	
L7	Nacherschliessungen von Endarchivbeständen, in Laufmetern	A2	337	200	274	74	37.0
L8	Besucher/innen und schriftliche Anfragen	A3	2224	2000	2435	435	21.8
L10	Online editierte Rechtsquellen (Projektende Teilprojekt 1 2018)	A3	100	600	300	-300	-50.0
L11	Konservierte/restaurierte Bestände, in Laufmetern	A4	448	200	416	216	108.0
L12	Konservierte/restaurierte audiovisuelle Bestände (bestellbare Einheiten)	A4	3291	5000	15 109	10 109	202.2
B1	Anteil Ablieferungen mit elektronischen Metadaten, die für die Aktenerschliessung direkt verwendbar sind, in %	A1	34	35	47	12	
B2	Innerhalb einer Woche beantwortete schriftliche Anfragen, in %	A3	95	90	95	5	
B3	Innerhalb von drei Monaten katalogisierte Neuzugänge in der Bibliothek, in %	A3	98	90	90	0	
B4	Verfügbarkeit des Online-Archivkatalogs und des Online-Bestellschalters, in %	A3	98	98	98	0	
W1	Anzahl Nennungen in den Medien (Reichweite; in Mio.)	A1, A2, A3, A4	2.2	3	6.1	3.1	103.3
W2	Pilotprojekt Gemeinden: Erfüllungsgrad der Dienstleistungsverträge mit den zehn Pilotgemeinden, in % (Projektende 2018)	A1, A2, A3, A4	94	100	93	-7	
W3	Positive Rückmeldungen der anbieterpflichtigen Stellen in Bezug auf die Dienstleistungen in den Bereichen Records Management und Ablieferungsprozess, in %	A1	100				

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2224

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
W4 Verbesserung der durchschnittlichen Überlieferungslage aller anbietepflichtigen Stellen, in %	A1	7.1				
W5 Brauchbarkeit und Zweckmässigkeit neu erarbeiteter und überarbeiteter elektronischer Findmittel, in %	A2	90				
W6 Zufriedenheit der externen Kunden mit den Dienstleistungen vor Ort und auf dem Korrespondenzweg, in %	A3	-				
W7 Zufriedenheit der externen Kunden mit der Qualität und der Verfügbarkeit des Online-Angebots, in %	A3	-				
W8 Anzahl Recherchen auf Online-Datenbank	A3	2024000	750000	2124691	1374691	183.3
W9 Verfügbarkeit nachgefragter Unterlagen, in %	A4	100	100	100	0	

Bemerkungen

- L2, L4 Es gab weniger Ablieferungen und Aktenmengen gegenüber Vorjahren u.a. wegen Nachlassen der Auswirkungen vom Ablieferungsstopp für Patientendokumentationen. Zur Bearbeitung von Gesuchen Betroffener Fürsorgerischer Zwangsmassnahmen wurden Personalressourcen in die Abteilung Kundendienste verschoben.
- L5 Aufgrund tieferer Personalressourcen wurde bei den nicht anbietepflichtigen Stellen weniger aktive Überlieferungsbildung betrieben.
- L6 Infolge anhaltend hoher Mengen an abgelieferten Unterlagen, Erschliessung von Beständen mit extrem vielen Dossiers pro Laufmeter (Krankengeschichten [KG]) der Orthopädischen Universitätsklinik Balgrist, KG Kinderspital, Fotokartei Tiefbauamt, Ausrückfotos Kapo) und zu wenig personeller Ressourcen für die Erschliessung wurde der Zielwert nicht erreicht.
- L7 Die Akten Notariatswesen (Projekt Notariatsbestände) wurden nacherschlossen.
- L8 Es wurden sehr viele Forschungsgesuche und Gesuche Betroffener Fürsorgerischer Zwangsmassnahmen verzeichnet.
- L10 Restliche Rechtsquellen werden erst zum Projektabschluss in der ersten Jahreshälfte 2019 publiziert.
- L11 Eine grosse Anzahl Bücher (viele Laufmeter) wurde restauriert.
- L12 Ein Praktikant wurde eingesetzt.
- B1 Die Anstrengungen zur Beschaffung von digitalen Metadaten wurden verstärkt.
- W1 Es fanden umfangreiche Berichterstattungen u.a. zu Fürsorgerischen Zwangsmassnahmen, Rechtsquellen und Ausstellung 1218 statt.
- W8 Die Anzahl online verfügbarer Dateien (u.a. Projekt Transkription und Digitalisierung Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse seit 1803) wurde weiter stark erhöht.

Entwicklungsschwerpunkte

JI 10.2b Förderung integrierte Informationsverwaltung bei den öffentlichen Organen

Der Entwurf für eine Verordnung über die Informationsverwaltung und -sicherheit (IVSV) ist verabschiedungsreif. Die allgemeinen Informationssicherheitsrichtlinien stehen ebenfalls kurz vor der Verabschiedung. Zahlreiche Direktionen wurden bei der Umstellung auf eine elektronische Geschäftsverwaltung unterstützt.

Stand bis

Verzögert 2020

JI 10.2c Archivierung elektronischer Unterlagen

Die Neuausrichtung für eine gemeinsame Lösung für Kanton und Gemeinden wurde im Berichtsjahr mit dem Gemeinschaftsprojekt DigDataZH in die Wege geleitet. Das Projekt hat zum Ziel, bis 2020 eine mandantenfähige Infrastruktur für die elektronische Archivierung aufzubauen, die vom Kanton und interessierten Gemeinden genutzt werden kann.

Planmässig 2020

JI 10.3a Durchführung Pilotprojekt Gemeindearchive

Die Projektarbeiten konnten im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen werden. Die Rückmeldungen der Gemeinden waren positiv. Es zeigte sich, dass der Bedarf an Beratungsdienstleistungen in den Bereichen Informationsverwaltung und Archivierung weiterhin sehr hoch ist bzw. noch zugenommen hat. Die Leistungen des Staatsarchivs werden ab 2019 23 Gemeinden zur Verfügung gestellt. In der Regel werden mit den Gemeinden 5-Jahres-Verträge abgeschlossen. Die Gemeinden finanzieren die bezogenen Dienstleistungen vollumfänglich.

Abgeschlossen 2018

2224 2a Betrieb von Lehrstellen in den Bereichen Handbuchbinderei, Information und Dokumentation

Die Ausbildungen der Lernenden in beiden Berufsgruppen laufen planmässig.

Abgeschlossen 2018

2224 10a Projektierung/Realisierung Bau 3: Am 21.3.16 bewilligte der Kantonsrat den Objektkredit (Vorlage 5211a). Die Bauphase findet 2017/2018 statt, der Bezug ist für März 2019 und die Eröffnung für Mai 2019 geplant.

Der Bezug von Bau 3 findet im Juni, die Eröffnung im Juli 2019 statt. Das geplante Abschlussjahr wurde im KEF 2018-2021 fälschlicherweise mit 2018 statt 2019 erfasst.

Planmässig 2018

2224 10b Aktenerschliessung Akten 20./21. Jahrhundert

Die vorhandenen Ressourcen reichten nicht für die planmässige Zielerreichung. Durch die bewilligten zusätzlichen Personalstellen 2019–2021 wird der Output erhöht. Verzögert 2021

2224 10c Abbau Restanzen Zwischenarchiv

Die vorhandenen Ressourcen reichten nicht für die planmässige Zielerreichung. Durch die bewilligten zusätzlichen Personalstellen 2019–2021 wird der Output erhöht. Verzögert 2021

2224 10d Betrieb leistungsfähiger Kundendienst vor Ort und für korrespondierende Kundschaft

Die Administrationsaufwand zur Begleitung von Betroffenen fürsorgerischer Zwangsmassnahmen war auch im Berichtsjahr mit erheblichen Mehrarbeiten verbunden. Planmässig 2021

2224 10e Betrieb Online-Plattform (Portal, Query, Bestellschalter) / Koppelung mit Portal Museum

Die Online-Werkzeuge werden immer intensiver genutzt. Planmässig 2021

2224 10f Tiefenerschliessung und Edition zentraler Quellenserien

Das Projekt Rechtsquellen-Edition Zürich wird im ersten Quartal 2019 erfolgreich abgeschlossen. Ein weiteres Projekt ist in Planung. Planmässig 2021

2224 10g Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Lesbarkeit/Zugänglichkeit von Beständen

Das Volumen konservatorisch zu behandelnder Unterlagen ist weiterhin beträchtlich. Durch die bewilligten zusätzlichen Personalstellen 2019 bis 2021 wird der Output erhöht. Planmässig 2021

2224 10h Betrieb Kompetenzzentrum Konservierung/Restaurierung moderne Medien

Das Kompetenzzentrum Konservierung/Restaurierung ist intern und extern gefragt. Die erbrachten Leistungen sind essenziell für den Fortgang der Geschäfte. Planmässig 2021

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	53.6	51.7	48.3	-3.4	-6.5

Bemerkungen R18 zu B18

Allg. Im Beschäftigungsumfang von 3.9 Stellen sind Lernende und Praktikanten nicht miteinberechnet. Der Total Beschäftigungsumfang einschliesslich Lernender und Praktikanten beträgt 52.2 Stellen und die effektive Abweichung in der Höhe von 0.5 Stellen ist auf eine nicht budgetierte, befristete Stelle für die Behandlung der Gesuche Betroffener Fürsorgerischer Zwangsmassnahmen zurückzuführen.

Finanzierung

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	2.5	0.9	2.7	1.8	208.1
Aufwand	-9.8	-8.4	-10.1	-1.7	-19.7
- Kreditübertragungen		-0.1		0.1	100.0
Saldo	-7.3	-7.5	-7.4	0.2	2.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	2.0		0.4	0.4	0.0
Ausgaben	-3.9	-16.1	-6.8	9.3	57.9
- Kreditübertragungen		-6.1		6.1	100.0
Saldo	-1.9	-16.1	-6.4	9.7	60.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.2		Abweichungen total R18 zu B18
1.4		- Drittmittelfinanzierte Projekte
0.2	A1, A2, A3, A4	- Tiefere Dienstleistungen Dritter
0.1	A1, A2, A3, A4	- Tiefere Zinsen
0.1	A1, A2, A3, A4	- Tiefere Anschaffungen Maschinen, Geräte
-0.3	A1, A2, A3, A4	- Höherer Personalaufwand (Bearbeitung Gesuche Betroffener Fürsorgerischer Zwangsmassnahmen, Einarbeitung Personal Integrierte Informationsverwaltung Gemeinden, Aushilfen)
-1.4		- Drittmittelfinanzierte Projekte
0.1		- Übrige Abweichungen

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2224

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-16.1	-6.4	9.7	
- Bau 3 (Erweiterung der räumlichen Kapazitäten des Staatsarchivs per 2019)	-10.0			- Aufwand Bau 3: 6.8 Mio. / Subventionen für Kulturgüterschutz Bau 3: 0.4 Mio. / Ersatz Bestuhlung: 0.1 Mio.
- Übrige	-6.1	-6.4	-0.3	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
156982	0	0	156982	0

2232 Fachstelle Opferhilfe

Insgesamt wurden an Opfer und Angehörige finanzielle Leistungen von Fr. 3 461 308 (Vorjahr: Fr. 3 733 186) erbracht. Mittels Regress auf Täter konnten Rückforderungen von Fr. 81 552 (Vorjahr: Fr. 138 046) erhältlich gemacht werden. Die anerkannten Opferberatungsstellen erhielten Staatsbeiträge von Fr. 6 227 995 (Vorjahr: Fr. 6 166 430) als Abgeltung für ihre Leistungen. Für die Beratung von Opfern mit ausserkan-

tonalem Wohnsitz hat der Kanton Einnahmen von Fr. 467 928 (Vorjahr: Fr. 445 014) netto erzielt. Aus Anlass des 25-Jahr-Jubiläums des Opferhilfegesetzes lancierte die kantonale Opferhilfestelle die Kampagne zukrass.ch zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Opferhilfe bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Aufgaben

- A1 Beurteilung von Gesuchen von Opfern um finanzielle Hilfe
A2 Administrative Aufsicht über Beratungsstellen, Finanzierung der Beratungsstellen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
L1	Neu eröffnete Opferhilfverfahren	A1	512	580	561	-19	-3.3
L2	Beurteilte Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe	A1	532	600	531	-69	-11.5
L3	Neu eröffnete Beschwerdeverfahren	A1	9	10	3	-7	-70.0
L4	Neu eröffnete Regressverfahren	A1	46	50	47	-3	-6.0
L5	Abgeschlossene Leistungsverträge mit Beratungsstellen (alle zwei Jahre)	A2	8				
B2	Durchschnittliche Kosten je Opferhilfverfahren, in Fr. (inkl. Leistungen an Opfer)	A1	5994	4500	6755	2255	50.1
W1	Durchschnittliche Dauer der Opferhilfverfahren (ohne Dauer einer allfälligen Sistierung), in Monaten	A1	1.1	2	1.1	-0.9	-45.0
W2	Durchschnittliche Anzahl Beratungsfälle pro Berater/in à 100 Stellenprozent	A2	255	240	282	42	17.5

Bemerkungen

- L3 Der tiefe Wert spiegelt eine hohe Akzeptanz der Entscheide der Fachstelle wider.
B2 Mit der Einführung von SAP wurden die Innenaufträge (Kostenträger) neu definiert und bebucht. Im Budget wurde von einer höheren Anzahl beurteilter Gesuche ausgegangen. Zudem ergeben tiefere Regresseinnahmen im Kostenträger einen höheren Kostenausweis.

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	6.0	6.0	5.9	-0.1	-1.5

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag		0.8	1.2	1.1	-0.1	-6.8
Aufwand		-11.1	-11.5	-11.7	-0.2	-1.5
- Kreditübertragungen						
Saldo		-10.3	-10.3	-10.6	-0.3	-2.4

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben						
- Kreditübertragungen						
Saldo						

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.3		Abweichungen total R18 zu B18
0.4	A1	- Tiefere Genugtuungs- und Entschädigungsleistungen an Opfer
0.2	A2	- Höhere Leistungsabgeltungen von anderen Kantonen
-0.3	A1	- Mehraufwand für Jubiläum 25 Jahre Opferhilfegesetz und Kampagne
-0.3	A2	- Abgeltung AFZFG (Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen) an Opferberatung Zürich
-0.3	A1	- Tiefere Regresseinnahmen v.a. wegen fehlender Rechtsöffnungstitel
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017	Verwendung	Antrag Bildung 2018	Bestand 31.12.2018	
plus Bildung 2017	2018	(verbucht 2019)	plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
34394	5010	0	29384	-5010

2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich

Der Prozess der Digitalisierung inspirierte und forderte die Fachstelle im Berichtsjahr heraus. Am zweiten «Vo Züri für Züri»-Tag nahm der Zukunftsforscher Gerd Leonard Teilnehmende aus KMU, Verwaltung, Wissenschaft und Non-Profit-Organisationen mit auf seine Reise in neue Arbeitskulturen und ihre Wirkung auf die Vielfalt und Inklusion der Belegschaft. Noch immer wählen Jungen und Mädchen stereotype Berufe, statt abseits vorgespurter Berufspfade ihren Interessen zu folgen. Dadurch zementiert sich auch der Fachkräftemangel. Der verwaltungsinterne kantonale Zukunftstag, durchgeführt von der Fachstelle, hilft dabei, Veränderungen in diesem Bereich anzustreben. Neu fand der Workshop «Ein Tag als Chefin» statt, zudem wurde die Arbeit einer Forst-

wartin / eines Forstwarts vorgestellt und eine Führung in einer Klär- und einer Kehrichtverbrennungsanlage angeboten. Im Rahmen der Berufsmesse Zürich konnten 1172 Jugendliche, 238 Eltern/Bezugspersonen und 59 Lehrpersonen begrüsst und involviert werden. Mit dem elektronischen Lern-tool Jobmatcher wurden Interessierte ermuntert, über Rollenbilder in der Berufswahl nachzudenken. Die Fachstelle berät kantonale Mitarbeitende und Einwohnerinnen bzw. Einwohner in den Themen Lohnungleichheit, sexuelle Belästigung und Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes. Grossen Anklang finden auch die Gleichstellungs-Workshops bei Arbeitgebenden in der Verwaltung und in Bildungsinstitutionen.

Aufgaben

- A1 Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen
- A2 Unterstützung von Regierungsrat und Kantonsrat in der effizienten Steuerung der Gleichstellungspolitik
- A3 Sensibilisierung der Bevölkerung und der Arbeitgebenden in der Umsetzung von Chancengleichheit

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1 Gleichstellungsprojekte: Anzahl pro Jahr (Zielwert)	A1	18	15	15	0	0.0
L2 Erarbeiten von Stellungnahmen (Zielwert)	A2	13	11	15	4	36.4
L3 Auskünfte und Beratungen, in Std., Durchschnitt/Mt. (Zielwert)	A1, A3	28	25	43	18	72.0
W1 Einbezug der Fachstelle durch öffentliche Verwaltungen und Bildungsinstitute	A1, A2	5	10	6	-4	-40.0
W2 Einbezug der Fachstelle durch Arbeitgebende	A1, A3	62	35	38	3	8.6
W3 Öffentlichkeitsarbeit Information: Besuche auf Website pro Jahr	A1, A3	25600	20000	6148	-13852	-69.3

Bemerkungen

- L3 Im Berichtsjahr war ein Anstieg der Anfragen zu den Themen Lohnungleichheit, sexuelle Belästigung und Diskriminierung zu verzeichnen.
- W3 Die grösseren Anlässe wurden mit externen Partnern organisiert; die auch die Kommunikation übernahmen. Der Kommunikationskanal Social Media wurde für die Events auf- und ausgebaut.

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	3.1	3.1	2.9	-0.2	-7.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.1	0.0	0.1	0.0	44.8
Aufwand	-0.9	-0.8	-0.8	0.0	4.5
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.8	-0.8	-0.7	0.1	6.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.1		Abweichungen total R18 zu B18
0.1	A3	- Tieferer Personalaufwand (weniger Kommissionsentschädigungen und unbezahlter Urlaub eines Mitarbeiters)
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017	Verwendung	Antrag Bildung 2018	Bestand 31.12.2018	
plus Bildung 2017	2018	(verbucht 2019)	plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
12039	839	0	11200	-839

2234 Fachstelle Kultur

Auf der Grundlage des Kulturförderungsgesetzes von 1970 richtet die Fachstelle Kultur Subventionen an öffentliche und private Kulturinstitute aus, unterstützt kulturelle Veranstaltungen von Gemeinden und vergibt Beiträge an Kulturschaffende und Projekte. Als Leitfaden dient das 2015 verabschiedete Leitbild Kulturförderung. Den Kulturpreis 2018 vergab der Regierungsrat an die Jazzpianistin Irène Schweizer, mit der Goldenen Ehrenmedaille zeichnete er das Filmfestival Pink Apple aus. Die beiden Förderpreise vergab der Regierungsrat an die Dramatikerin Katja Brunner und die Tänzerin/Choreografin Lea Moro. Subventionen von rund 99,9 Mio. Franken gingen an über 100 Kulturbetriebe und kulturelle Institutionen (einschliesslich Opernhaus Zürich und

Theater Kanton Zürich) sowie an die Kulturprogramme von 60 Gemeinden. Im Bereich der Projekt- und Personenförderung wurden 1537 Dossiers von der kantonalen Kulturförderungskommission geprüft und in 838 Fällen ganz oder teilweise gutgeheissen. Die Fachstelle Kultur hat den Aufbau regionaler Förderstrukturen im Zürcher Oberland und Unterland aktiv begleitet und mit Beiträgen von Fr. 80 000 und Fr. 50 000 unterstützt. Mit dem Ziel, breiten Bevölkerungskreisen den Zugang zu Kultur zu ermöglichen, fördert der Kanton Zürich Vorhaben im Bereich der kulturellen Teilhabe. Im Rahmen der Umsetzung dieses Schwerpunkts vergab die Fachstelle Kultur drei Anerkennungsbeiträge an die Abendschule Import, die Kulturfabrik Wetzikon und das Schalktheater.

Aufgaben

- A1 Unterstützung von kulturellen Werken und künstlerisch Begabten
- A2 Unterstützung öffentlicher und privater Kulturinstitutionen und -organisationen
- A3 Subventionierung von professionellen kommunalen Kulturprogrammen
- A4 Mitfinanzierung des Opernhauses Zürich (Kostenbeitrag Betrieb, Kostenanteil Bauunterhalt und Subvention Bauvorhaben)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Unterstützte Projekte (Zielwert)	A1	737	650	838	188	28.9
L2	Unterstützte öffentliche und private Kulturinstitutionen (Zielwert)	A2	106	98	107	9	9.2
L3	Unterstützte kommunale Kulturprogramme (Zielwert)	A3	71	60	60	0	0.0
L4	Opernhaus Zürich: Aufführungen Hauptbühne (Zielwert)	A4	252	200	250	50	25.0
L5	Opernhaus Zürich: Premieren (Zielwert)	A4	12	10	12	2	20.0
L6	Opernhaus Zürich: Volksvorstellungen (Zielwert)	A4	35	20	29	9	45.0
B1	Anteil Verwaltungskosten am Total der Förderbeiträge (ohne Subvention Bauvorhaben und ohne Kostenanteil Opernhaus Zürich)	A1, A2, A3, A4	1.78	2	1.85	-0.15	
B2	Opernhaus Zürich: Eigenwirtschaftlichkeit, in %	A4	37	30	37.4	7.4	
W1	Nachwuchsprojekte und Starthilfebeiträge	A1	74	50	55	5	10.0
W2	Unterstützte Veranstaltungen in den Gemeinden (ohne Zürich und Winterthur)	A3	1345	1000	1290	290	29.0
W3	Opernhaus Zürich: Auslastung, in %	A4	85.1	74	90	16	

Bemerkungen

- L1 Die Anzahl Gesuche im Bereich der Projekt- und Personenförderung hat weiter zugenommen.
- L3, W2 Die Schwankung liegt im normalen Rahmen. Sie betrifft insbesondere kleinere Gemeinden mit niederschwelligem Kulturangebot.
- L4, L5, Die budgetierten Werte für das Opernhaus Zürich sind Mindestwerte gemäss Leistungsvereinbarung.
- L6, B2

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

JI 3.1a Ausbau der Zusammenarbeit mit den urbanen Zentren Zürich und Winterthur und den grossen Kulturinstitutionen

Mitwirkung in den Aufsichtsgremien von ausgewählten Kulturinstitutionen der Städte Zürich und Winterthur; regelmässiger Austausch mit den Kulturabteilungen der Städte Zürich und Winterthur; gemeinsame Planung einer Tagung für die Kulturinstitutionen der beiden Zentren sowie des übrigen Kantons zum Thema Digitalisierung im Frühjahr 2020.

Planmässig 2020

JI 3.1b Ausbau der Filmförderung mit dem Ziel, Zürich als nationales und internationales Zentrum des Filmschaffens zu etablieren

Per 2017 wurde der Beitrag für die Zürcher Filmstiftung um 3 Mio. auf 4.65 Mio. Franken erhöht. Die im Leitbild Kulturförderung von 2015 formulierte Massnahme zur Stärkung des Filmproduktionsstandortes Zürich konnte damit abgeschlossen werden.

Abgeschlossen 2020

Jl 3.1c Regionale Strukturen und Kooperationen stärken

Die regelmässigen Treffen mit den Kulturbbeauftragten von Städten und Gemeinden wurden weitergeführt. Die regionalen Strukturen im Zürcher Oberland wurden konsolidiert und ein Pilotprojekt im Zürcher Unterland wurde weiterentwickelt. Es haben verschiedene (d.h. gemeindeübergreifend initiierte) Kulturprojekte stattgefunden.

Planmässig 2020

Jl 3.1d Förderung der Entstehung künstlerischer Werke und deren Vertrieb und Vermittlung

Die Ausrichtung von Anerkennungsbeiträgen im Bereich Kulturelle Teilhabe wurde fortgesetzt. Gemeinsam mit der Stadt Zürich und Migros Kulturprozent wurde im Bereich Tanz/Theater der Aufbau einer Beratungsstelle für Produktionsleiterinnen und -leiter initiiert und unterstützt mit dem Ziel, die Tourneetätigkeiten von Zürcher Theatergruppen sowohl im Kanton als auch in der ganzen Schweiz zu stärken. Im Bereich Literatur hat der Kanton Zürich zusammen mit den Ostschweizer Kantonen im Rahmen eines dreijährigen Pilotprojekts ein neuartiges Förderprogramm zur Vernetzung der unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure gestartet.

Planmässig 2020

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
	7.6	7.9	7.6	-0.3	-3.9

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	30.8	31.0	30.5	-0.5	-1.5
Aufwand	-111.2	-111.8	-111.1	0.6	0.6
- Kostenbeitrag Betrieb Opernhaus Zürich		-80.0	-80.0	0.0	0.0
- Kostenanteil Opernhaus Zürich		-4.1	-4.1	0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-80.4	-80.8	-80.6	0.2	0.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-3.0	-8.0	-8.0	0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-3.0	-8.0	-8.0	0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.2		Abweichungen total R18 zu B18
0.5	A1, A2, A3	- Tieferer Aufwand Lotteriefondsmittel, saldoneutral (davon 0.3 Mio. Franken Kürzung infolge Subventionsanpassung Theater Kanton Zürich)
0.1	A2	- Tieferer Aufwand Theater Kanton Zürich
0.1	A1, A2, A3, A4	- Tieferer Aufwand Verwaltungskosten
-0.5	A1, A2, A3	- Tieferer Ertrag Lotteriefondsmittel, saldoneutral (davon 0.3 Mio. Franken Kürzung infolge Subventionsanpassung Theater Kanton Zürich)
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017	Verwendung	Antrag Bildung 2018	Bestand 31.12.2018	
plus Bildung 2017	2018	(verbucht 2019)	plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
35271	3553	0	31718	-3553

2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen

Mit dem Start des zweiten kantonalen Integrationsprogramms (KIP 2, 2018–2021) wurde die Informationsarbeit zu Inhalt und Bedeutung der Integrationsförderung in verschiedenen Gremien und Vernetzungstreffen sowie die Zusammenarbeit mit den kantonalen und kommunalen Partnern verstärkt. Seit Beginn des Berichtsjahres bestehen neu Verträge mit 58 Gemeinden. Wegen gekürzter Bundesmittel war es der Fachstelle nicht möglich, mit weiteren Gemeinden Verträge abzuschliessen. Insgesamt gibt es aktuell rund 330 kommunale Integrationsangebote, die im Rahmen des KIP gefördert werden. Mehrheitlich sind die Angebote den folgenden Förderbereichen zuzuordnen: Sprache und Bildung (Deutschkurse), Frühe Kindheit (vor allem Spielgruppen mit Sprachbildung) und Erstinformation von neuzugezogenen Migrantinnen

und Migranten. In den Vertragsgemeinden wohnen rund 83% der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung des Kantons Zürich.

Die mit der Integrationspauschale finanzierten und zentralen Angebote wurden wiederum rege durch die Gemeinden genutzt. Es wurden rund 2500 neue Anmeldungen von vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen vorgenommen und mittels Gesprächen abgeklärt, welche Integrationsmassnahmen im Einzelfall angezeigt sind. Rund 720 Personen wurden in intensive Deutschkurse und rund 370 Personen in begleitete Arbeitsintegrationsangebote triagiert. Daneben wurden 470 Personen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammen sowie weiterführenden Deutschkursen zugeteilt.

Aufgaben

- A1 Information, Beratung und Unterstützung von Migrantinnen und Migranten im Sinne von «Fördern und Fordern»
- A2 Zusammenarbeit mit Gemeinden zur Realisierung von Integrationsfördermassnahmen und -projekten
- A3 Kooperation mit Dritten (Projektanbietern, Migrantenorganisationen, Arbeitgebern usw.) zur sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration
- A4 Sensibilisierung der Bevölkerung und Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Integration
- A5 Zusammenarbeit mit Partnerkantonen und den Bundesbehörden, insbesondere dem Staatssekretariat für Migration (SEM)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L2	Leistungsvereinbarungen mit Gemeinden (Zielwert)	A2	61	61	58	-3	-4.9
L3	Finanziell unterstützte Integrationsmassnahmen Dritter	A3	70	50	57	7	14.0
L4	Gemeinsame Anlässe mit Migrantenorganisationen (Zielwert)	A3	5	7	2	-5	-71.4
L5	Öffentlichkeitsauftritte (Kampagnen, öffentliche Veranstaltungen u.a.)	A4	4	4	10	6	150.0
L6	Gemeinsam mit anderen Kantonen oder dem Bund realisierte Vorhaben	A5	4	4	4	0	0.0
B1	Durchschnittlich vereinbarter Kantonsbeitrag an die Gemeinden pro Ausländerin und Ausländer, in Fr.	A2	17	14	12.9	-1.1	-7.9
B2	Betreuungsaufwand pro Kooperationsgemeinde, in Std.	A2	113	95	109	14	14.7
B3	Arbeitsaufwand für Anfragen von Migrantinnen und Migranten, in Std.	A1	409	450	377.5	-72.5	-16.1
W1	Zielgruppenerreichung der Informations- und Beratungsangebote in den Gemeinden, in %	A2	25	30	30	0	
W2	Zielgruppenerreichung durch die von Gemeinden realisierten Deutsch- und Integrationskurse, in %	A2	11	10	11	1	

Bemerkungen

- L2, B1 Aufgrund der Reduktion des Integrationsförderkredites konnte mit drei kleinen Gemeinden keine Leistungsvereinbarung im Rahmen von KIP2 abgeschlossen werden. Die Reduktion des Integrationsförderkredites wirkte sich auch auf den Kantonsbeitrag aus.
- L3 Die Ausschreibung für Integrationsprojekte im Bereich Partizipation stiess auf reges Interesse. Es konnten mehr Projekte als erwartet unterstützt werden bei fixer Ausschreibungssumme.
- L4 Die Konzeption der Integrationsagenda Zürich (IAZH) band viele personelle Ressourcen. Ein Teil der Veranstaltungen mit Migrantenvereinen konnte aus Kapazitätsgründen nicht durchgeführt werden.
- L5 Der Informationsbedarf für das neue System der Verwendung der Integrationspauschale führte zu einer Zunahme der öffentlichen Auftritte.
- B3 Der rückläufige Trend bezüglich Anfragen von Migrantinnen und Migranten setzte sich weiterhin fort.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 5.1a Zusätzliche Integrationsmassnahmen in den Gemeinden entwickeln und umsetzen, Integrationsförderprojekte mit Arbeitgebern verwirklichen, mit Migrantenorganisationen zusammenarbeiten, um Projekte der sozialen Integration zu realisieren

Im Berichtsjahr wurden Leistungsvereinbarungen mit insgesamt 58 Gemeinden (Vorjahr: 61) und 57 mit Drittanbietern abgeschlossen. Ausgebaut wurden Angebote im Bereich Schutz vor Diskriminierung, insbesondere auch in Zusammenarbeit mit Akteurinnen und Akteuren der Migrationsbevölkerung. Im Förderbereich Zusammenleben wurden im Rahmen einer thematischen Ausschreibung 17 Projekte zum Thema Partizipation unterstützt.

RRZ 5.1b Die Strategie für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge umsetzen

Die Strategie zur Verwendung der Integrationspauschale wird seit 2016 umgesetzt. Im Berichtsjahr wurde das IP-System extern evaluiert. Gestützt auf die Erkenntnisse und Empfehlungen der Evaluation wurde die Strategie weiterentwickelt und weitere Massnahmen wurden vertieft geprüft – insbesondere im Rahmen der Umsetzung der Integrationsagenda Zürich.

RRZ 5.1h Information zu Migration und Integration verbessern: Öffentlichkeits- und Informationskampagne durchführen

Die konzeptuellen Arbeiten für ein neues Kommunikations- und Informationskonzept wurden aufgenommen. Dieses wird in einem partizipativen Projekt mit den relevanten Partnerinnen und Partnern erarbeitet und ab 2019 umgesetzt. Aus der Zivilgesellschaft wurden verschiedene öffentlichkeitswirksame Massnahmen unterstützt, die einen Beitrag leisten zur Förderung einer vielfältigen Gesellschaft und zum Abbau von Vorurteilen und ethnisch-kultureller Diskriminierung, so zum Beispiel die Produktion von Alternativnarrativen muslimischer Biografien, Sensibilisierungsveranstaltungen zu Rassismus und Living Libraries.

RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren

Im Berichtsjahr wurden die Informationsarbeiten zum neuen Meldeverfahren für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge bei den regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) unterstützt. Der Wechsel der vorläufig Aufgenommenen von der Sozialhilfe in die Asylfürsorge per 1. Juli des Berichtsjahres stellt eine Herausforderung dar. Das System zur Verwendung der Integrationspauschale ist weiterhin offen sowohl für vorläufig Aufgenommene als auch für Flüchtlinge.

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R17 8.5	B18 10.1	R18 10.1	Δ abs. 0.0	Δ % 0.4

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	16.5	17.7	16.6	-1.1	-6.2
- Beiträge vom Bund, Integrationsförderung	7.3	5.7	5.5	-0.2	-3.9
- Beiträge vom Bund, Asyl- und Flüchtlingsbereich	9.3	12.0	11.1	-0.9	-7.4
Aufwand	-18.5	-20.3	-19.1	1.1	5.4
- Beiträge an Gemeinden	-6.5	-5.7	-5.3	0.4	6.4
- Beiträge an andere Direktionen	-0.1		-0.1	-0.1	0.0
- Beiträge an Dritte	-10.2	-12.1	-11.9	0.2	1.9
- Kreditübertragungen		-0.3		0.3	100.0
Saldo	-2.0	-2.5	-2.5	-0.0	-0.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.0		Abweichungen total R18 zu B18
1.1A2, A3, RRZ		- Tieferer Aufwand für Integrationsförderung aufgrund der Kürzung der Bundesmittel sowie tieferer Aufwand für Asyl- und Flüchtlingsbereich wegen des rückläufigen Trends bei den Asylgewährungen
5.1a, RRZ		
5.1b		
-1.1A1, A2, RRZ		- Tieferer Ertrag für Integrationsförderung aufgrund der Kürzung der Bundesmittel sowie tieferer Aufwand für Asyl- und Flüchtlingsbereich
5.1a, RRZ		
5.1b		
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
34934	0	0	34934	0

2251 Bezirksräte

Als Aufsichtsbehörde visitierten die Bezirksräte die Gemeinden und Zweckverbände sowie die Alters- und Pflegeheime, Invalideneinrichtungen und Spitex-Organisationen. Sie prüften sodann die Jahresrechnungen sämtlicher Gemeinden und Zweckverbände. Bei festgestellten wesentlichen Mängeln schritten die Bezirksräte aufsichtsrechtlich ein und stellten die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes sicher. Schliesslich wurden die Bezirksräte vom Regierungsrat aufgefordert, über die Einhaltung von § 119 Abs. 2 und 3 des Gemeindegesetzes (Abgrenzung des Ressourcenausgleichs) in den Gemeindebudgets 2019 Bericht zu erstatten und bis 31. März 2019 die Prüfungsdokumentationen einzureichen. Im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes stand die

Konsolidierung der Rechtsprechung im Vordergrund. In diesem Bereich war die Zahl der Geschäftseingänge im Vergleich zum Vorjahr auf sehr hohem Niveau. Da die Anzahl der Rechtsmitteleingänge in allen Rechtsgebieten leicht rückläufig war, konnten die pendenten Geschäfte insgesamt geringfügig abgebaut werden. Die stark angestiegene Anzahl erledigter Fälle bei den erstinstanzlichen Entscheiden und Bewilligungen war insbesondere auf die Gesuche gemäss Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland zurückzuführen. Die Zahl der Aufsichtsbeschwerden nahm leicht ab. Die Anzahl Weiterzüge der bezirksrätlichen Rechtsmittelentscheide war leicht rückläufig und befand sich auf einem weiterhin sehr tiefen Niveau.

Aufgaben

- A1 Rechtspflegefunktion: Der Bezirksrat ist erste Rechtsmittelinstanz für die Behandlung von Rekursen oder Beschwerden gegen Entscheide der Gemeinde oder deren Behörden einschliesslich Sozialbehörden und Schulpflegen sowie gegen Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden.
- A2 Aufsichtsorgan: Der Bezirksrat überwacht die Gemeindebehörden und -verwaltungen einschliesslich deren Anstalten und Zweckverbände, die gemeinnützigen privatrechtlichen Stiftungen sowie im Sozialbereich die Fürsorgebehörden, Heime und Spitexorganisationen.
- A3 Rechtspflegefunktion: Der Bezirksrat ist wahlleitende Behörde für Bezirkswahlen und entscheidet über Bewilligungen von Grundstückserwerb durch Personen im Ausland (Lex Koller) sowie über die Entbindung vom Amtsgeheimnis und Entlassungen der unter seiner Aufsicht stehenden kommunalen Behörden.
- A4 Auskunft-, Beratungstätigkeit, Auffangzuständigkeit: Der Bezirksrat übernimmt Bezirksaufgaben, für die keine andere Behörde zuständig ist und steht sowohl den Gemeindebehörden als auch Privaten für Auskünfte zur Verfügung.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigte Rechtsmittel	A1	1573	1520	1534	14	0.9
L2	Rechtsauskünfte für das Gemeinwesen sowie Privatpersonen erteilt	A4	8364	7800	8274	474	6.1
L3	Entscheide und Bewilligungen von erstinstanzlichen Rekursen oder Beschwerden erledigt	A3	468	510	556	46	9.0
L4	Jahresrechnungen, Visitationen und Revisionsberichte: beim Gemeinwesen im Rahmen des Aufsichtsrechts durchgeführt	A2	1617	1890	1673	-217	-11.5
L5	Visitationen: bei Heimen, Stiftungen, Spitex-Organisationen und Sozialbehörden im Rahmen des Aufsichtsrecht durchgeführt	A2	989	900	974	74	8.2
L7	Pendente Geschäfte spruchreif	A1	521	450	442	-8	-1.8
L8	Pendente Geschäfte total	A1, A3	965	870	847	-23	-2.6
B1	Fristgerecht erledigte Rechtsmittel, in % (§ 27c VRG)	A1	72.55	70	67.62	-2.38	
W1	Weiterzüge der Rechtsmittelentscheide, in %	A1	13.07	12.2	12.00	-0.20	

Bemerkungen

- L3 Die Zunahme ist auf die vorsorgliche Fallklärung durch Behörden betreffend «Lex Koller»-Erwerb von Grundstücken durch ausländische Personen zurückzuführen.
- L4 Weniger Schulgemeinden bzw. mehr Einheitsgemeinden durch Zusammenschlüsse verursachen weniger Prüfaufwand bei den Bezirksratskanzleien.
- L8 Zur Erledigung von Rechtsmitteln wurden vermehrt ausserordentliche Ratsschreiberinnen und Ratsschreiber beigezogen, was zu einem Abbau der Pendenzen führte.
- B1 Die hohe Anzahl komplexer Falleingänge führte zu einer grösseren Belastung der Mitarbeitenden, die einen grösseren Zeitaufwand pro Fall benötigen.

Entwicklungsschwerpunkte

2251 10a Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtsmittelverfahren (§ 27c VRG)

Die speditive Behandlung der eingegangenen Rekurse und Beschwerden wird fortlaufend angestrebt.

Stand bis
Planmässig 2020

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
39.1	39.0	39.0	-0.0	-0.1

Bemerkungen R18 zu B18

39.0 BU entspricht dem Budget

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
1.1	1.2	1.3	0.1	5.5
-9.4	-9.4	-9.4	0.1	0.5
-8.3	-8.2	-8.1	0.1	1.4

Saldo

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
0.1				
-0.3				
-0.2				

Saldo

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.1		Abweichungen total R18 zu B18
0.1	A1, A2, A3	- Höherer Ertrag durch vorsorgliche Fallklärung durch Behörden betreffend «Lex Koller»-Erwerb von Grundstücken durch ausländische Personen
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017
plus Bildung 2017

Verwendung
2018
43264

**Antrag Bildung 2018
(verbucht 2019)**
0

Bestand 31.12.2018
plus Bildung 2018
117882

Veränderung Bestand
-43264

2261 Statthalterämter

Die stetige Steigerung bei den Geschäftseingängen in den vergangenen Jahren hat sich auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Bei den 12 Statthalterämtern haben die Eingänge der Straffälle gegenüber dem Vorjahr wiederum eine Steigerung erfahren und damit einen neuen absoluten Höchststand erreicht. Im Besonderen stieg die Anzahl der komplexeren Fälle, weshalb mit den bestehenden Ressourcen weniger Straffälle erledigt werden konnten. Parallel dazu nahmen deshalb die Pendenzen zu. Das deutlichste Anwachsen von Straftaten ist in den Bereichen des Ausländerstrafrechts, des Tierschutzes, des Betäubungsmittelgesetzes sowie des Transportgesetzes zu verzeichnen. Die Eingänge bei den Rekursen im Strassen-

wesen und in Polizei- und Feuerwehrangelegenheiten, den Gebieten der Fachaufsicht der Statthalterinnen und Statthalter, hielten sich auf dem Niveau der Vorjahre. Bei den Busbenutzungsmassnahmen ist eine markante Erhöhung festzustellen, was einerseits mit der steigenden Zahl der Falleingänge, andererseits aber auch mit dem schlechten Zahlungsverhalten der Straftäterinnen und Straftäter zusammenhängt. Im Berichtsjahr konnte das Projekt zur medienbruchfreien Polizeiaktenübermittlung an die Statthalterämter vorangetrieben und in die Testphase geführt werden. Wo immer möglich, soll in Zukunft der Aktenfluss digitalisiert abgewickelt werden.

Aufgaben

- A1 Übertretungsstrafrecht von Bund und Kanton vollziehen (Untersuchen, Aufklären und Urteilen)
- A2 Aufsicht über Polizei- und Feuerwehrewesen und bearbeiten von Rekursen, Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinden in diesen Bereichen. Aufsicht über die Feuerpolizei, Inspektionen der Feuerwehren
- A3 Ausstellen von Invalidenbegleitkarten, Ausgabe von Mofavignetten und die Abnahme von Handgelübden
- A4 Meldungen von Brand- und Elementarschäden für kantonale Gebäudeversicherung sowie Wirkung als Präsidenten der Schätzungskommission bei der Abschätzung grösserer Schadenereignisse
- A5 Durchsetzung der Rechtsordnung im Übertretungsstrafrecht, Umsetzung des Waffenrechts, Zusammenarbeit mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1 Erledigte Straffälle	A1	69896	65000	66268	1268	2.0
L2 Rechtsmittelverfahren	A1	41	50	40	-10	-20.0
L3 Ausgestellte Bewilligungen/Ausweise	A3, A5	4729	2800	1657	-1143	-40.8
L4 Übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen	A2, A4	139	700	216	-484	-69.1
L5 Bussenbezugs-massnahmen	A1	112473	106700	139469	32769	30.7
B1 Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht, in %	A1	84.56	83	73.71	-9.29	
W1 Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen	A1	2965	2900	2646	-254	-8.8
W2 Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen, in % der erledigten Fälle	A1	4.24	4.4	3.99	-0.41	
W3 Pendente Straffälle Ende Jahr	A1	7570	7500	13008	5508	73.4
W4 Pendente Straffälle Ende Jahr, in % aller Fälle	A1	9.77	8.7	16.41	7.71	
W5 Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als sechs Monate; Anzahl Fälle	A1	1822	1270	2345	1075	84.6
W6 Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als sechs Monate, in % der erledigten Fälle	A1	2.61	1.95	3.54	1.59	

Bemerkungen

- L1 Es resultierten steigende Fallzunahmen beim Übertretungsstrafrecht wie SVG, Umweltschutzgesetz und Abfallgesetz sowie Transportgesetz. Die Rapportierung erfolgt durch die Polizei und ist deshalb nicht beeinflussbar.
- L3 Die Gültigkeitsperiode der Ausweiskarten ist auf vier Jahre ausgestellt (2017–2020), deshalb müssen in den Zwischenperioden (2018) weniger neue Ausweispapiere ausgestellt werden.
- L4 Die Meldung von Brand- und Elementarschäden an Gebäuden ist weiterhin sinkend, da immer mehr Personen die Online-Plattform der GVZ direkt nutzen.
- L5 Wie in den Vorjahren steigt der Falleingang bei den Verzeigungen, die durch die Polizei rapportiert wird und nicht beeinflussbar ist.
- W1 Strafbefehle müssen wegen zunehmender Komplexität mit grösserem Untersuchungsaufwand erledigt werden. Diese sind klarer nachvollziehbar und führen so zu mehr Akzeptanz von juristischen Entscheiden. Dies führt zu weniger Rechtsmittelbeanspruchung durch die Betroffenen.
- W3 Der steigende Falleingang kann nur teilweise abgebaut werden, da die personellen Ressourcenumöglichkeiten beeinflusst durch die Komplexität der Fälle begrenzt sind.
- W5 Auf die Erledigungsdauer kann kein Einfluss ausgeübt werden, da dies von der Gerichtspraxis abhängig ist (siehe auch W3).
- B1 Da nicht alle eingehenden Fälle (Komplexität) bearbeitet werden können, steigen die Pendenzen. Dies führt zu sinkenden Erträgen und zu einem sinkenden Kostendeckungsgrad.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

2261 1a Fristgerechte Umsetzung massgeblicher Rechtsentscheide

Massgebliche Rechtsentscheide werden regelmässig in der Statthalterkonferenz besprochen.

Planmässig 2021

2261 6a Konsequentes Anwenden und Durchsetzen des Strassenverkehrsgesetzes (SVG)

Die Zunahme von komplexeren Fällen wegen vielschichtigerer Verkehrskontrollen führt zu Ressourcenknappheit bei der Fallbearbeitung.

Verzögert 2021

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
67.0	72.4	72.2	-0.1	-0.2

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	32.1	31.8	30.3	-1.5	-4.9
Aufwand	-20.7	-20.5	-22.3	-1.8	-8.6
- Kreditübertragungen					
Saldo	11.5	11.3	8.0	-3.3	-29.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.1				
Ausgaben	-0.5				
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.4				

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-3.3		Abweichungen total R18 zu B18
-1.5	A1, A5	- Tieferer Ertrag wegen geringerer Erledigungen
-1.8	A1, A5	- Höhere Abschreibungen bei Debitoverlusten, tendenziell steigende Forderungsverluste wegen Nichtzahlenden
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017
plus Bildung 2017
378171

Verwendung
2018
60800

Antrag Bildung 2018
(verbucht 2019)
0

Bestand 31.12.2018
plus Bildung 2018
317371

Veränderung Bestand
-60800

2270 Religionsgemeinschaften

Der Kantonsrat stimmte am 26. November des Berichtsjahres dem Rahmenkredit für die Kostenbeiträge an die anerkannten Religionsgemeinschaften für die Beitragsperiode 2020–2025 im Umfang von insgesamt 300 Mio. Franken zu. Die Zustimmung erfolgte auf der Grundlage der Tätigkeitsprogramme.

Beitragsberechtigt sind folgende fünf Religionsgemeinschaften: die Evangelisch-reformierte Landeskirche, die Römisch-

katholische Körperschaft, die Christkatholische Kirchgemeinde, die Israelitische Cultusgemeinde und die Jüdische Liberale Gemeinde. Die anerkannten Religionsgemeinschaften leisten Jugendarbeit, bieten Sozialberatungen an und betreiben Jobbörsen, dies und vieles mehr im Dienst der gesamten Bevölkerung. Dafür erhalten sie einen finanziellen Beitrag.

Aufgaben

A1 Begleitung Erstellung Tätigkeitsprogramme und Entrichtung der Kostenbeiträge nach §§ 19 ff. Kirchengesetz

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 5.1j Ein Leitbild des Regierungsrates zum Verhältnis von Staat und Religion erarbeiten, um über eine einheitliche und klare Haltung im Umgang mit Glaubensgemeinschaften zu verfügen

Der Regierungsrat verabschiedete im Dezember 2017 zum Verhältnis zwischen Staat und Religion eine Orientierung mit sieben Leitsätzen. Abgeschlossen 2019

2270 5a Begleitung und Evaluation Beitragsphase 2014-2019

Mit der Widmer-Studie 2017 «Kirchliche Tätigkeiten mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung im Kanton Zürich» wird die Tauglichkeit der bisherigen Kriterien für die kirchliche Tätigkeit von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung überprüft. Abgeschlossen 2019

2270 5b Überprüfung und allenfalls Anpassung Datengrundlagen für System der Kostenbeiträge

Die bisherigen Kriterien für kirchliche Tätigkeiten von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung wurden optimiert und enger gefasst. Abgeschlossen 2019

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag					
Aufwand	-50.0	-50.0	-50.0	-0.0	-0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-50.0	-50.0	-50.0	-0.0	-0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

03

Sicherheitsdirektion

Überblick	58
Legislaturziele	59
Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)	59
Kultur und Freizeit (Politikbereich 3)	59
Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	59
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	60
Finanzierung	61
Übersicht	61
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	61
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	61
Personal- und Lohnstatistik	61
Beschäftigungsumfang	61
Lohnaufwand	61
Anstellungsverhältnisse	61
Parlamentarische Vorstösse	62
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	62
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	62
Leistungsgruppen	63
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	63
3100 Kantonspolizei	65
3200 Strassenverkehrsamt	68
3300 Migrationsamt	71
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	73
3500 Sozialamt	75
3700 Sportamt	78
3910 Sportfonds	80
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht	82
3930 Schutzraumfonds	84

Überblick

Mit ihrer Arbeit trägt die Sicherheitsdirektion dazu bei, dass Zürich ein sicherer, sozialer und sportlicher Kanton ist.

Polizei

Unverändert stellt der dschihadistisch motivierte Terrorismus, der Urheber von Anschlägen in verschiedenen europäischen Ländern ist, auch für die Schweiz eine Bedrohung dar. Die Kantonspolizei hat unter der Bezeichnung «SOKO MASTER» eine ständige Einrichtung ins Leben gerufen, an der alle an der Terrorismusbekämpfung beteiligten Stellen des Kantons, der Stadtpolizeien Zürich und Winterthur und der Bundeskriminalpolizei beteiligt sind. Diese stellt den Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Akteuren sicher und verbessert deren Vernetzung. Präventive Massnahmen sind von besonderer Bedeutung, weil Zürich der bevölkerungsreichste Kanton der Schweiz ist und auf seinem Kantonsgebiet regelmässige Grossveranstaltungen stattfinden.

Mit der Schaffung von 30 neuen Stellen für die Grenzkontrolle leistet der Kanton Zürich einen wichtigen Beitrag an den Erhalt des hohen Sicherheits- und Serviceniveaus am Flughafen Zürich.

Auch die Kriminalität befindet sich im digitalen Wandel. Die Arbeit im Bereich Cybercrime wird gestärkt durch die Gründung des Netzwerks für die Ermittlungsunterstützung in der digitalen Kriminalität (NEDIK), in dem die Kantonspolizei Zürich eine zentrale Rolle einnimmt.

Die für die Ausbildung notwendige Infrastruktur konnte durch Sanierungen von bestehenden Anlagen verbessert werden. Im Bau befindet sich die Ausbildungsanlage Trockenloo in Regensdorf.

Asylwesen

Die auf dem neuen Asylgesetz beruhende Neustrukturierung des Asylbereichs soll zu einer Beschleunigung der Verfahren beitragen und tritt am 1. März 2019 in Kraft. Zur Umsetzung ist der Bund auf zusätzliche eigene Strukturen angewiesen. Der Kanton Zürich wird 870 Plätze für Bundesunterkünfte an den Standorten Stadt Zürich, Embrach und Rümlang zur Verfügung stellen. Als letzter Schritt dazu hat die Sicherheitsdirektion das Vergabeverfahren für die Asylbetreuung abgeschlossen. Aufträge erhalten die bereits bestehenden Dienstleisterinnen AOZ und ORS Service AG (ORS), die als einzige Offerten eingereicht hatten. Die AOZ wird unverändert die Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (MNA) sowie Durchgangszentren betreuen, die ORS die Rückkehrzentren und ein Durchgangszentrum.

Der Wechsel der Unterstützung der vorläufig Aufgenommenen von den Regeln der ordentlichen Sozialhilfe auf diejenigen der Asylfürsorge wurde auf den 1. Juli des Berichtsjahres umgesetzt.

Die Aufnahmequote der Gemeinden blieb unverändert bei 0,7% (7 Asylsuchende pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Alle Gemeinden erfüllen diese Aufnahmequote. Die Anstrengungen im Hinblick auf die tatsächliche Ausreise von Personen, welche die Schweiz verlassen müssen, blieben gross. Damit und mit der Überprüfung von Dossiers von Nothilfebeziehenden sowie der Prüfung der Erteilung von Härtefallbewilligungen von Amtes wegen konnte die Zahl der Nothilfebeziehenden weiter reduziert werden.

Soziales

Im Berichtsjahr erfolgte eine breite Vernehmlassung zum Entwurf für ein neues Sozialhilfegesetz. Diese Möglichkeit wurde von einer grossen Zahl von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen genutzt. Die Auswertung wird einige Zeit in Anspruch nehmen.

Weiter unterstützt die im Berichtsjahr vorgelegte Studie zum Umsetzungsstand der UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK) die umfangreichen Projektarbeiten, die für die Bearbeitung der überwiesenen Motion KR-Nr. 100/2017 betreffend «Selbstbestimmung ermöglichen durch Subjektfinanzierung» notwendig sind. Diese verlangt eine Umgestaltung der Finanzierung der Behindertenhilfe. Die Arbeiten erfolgen unter Einbezug der Betroffenen.

Zur Minimierung der unterschiedlichen Belastungen der Familienausgleichskassen wurde eine gesetzliche Grundlage für einen teilweisen Lastenausgleich ausgearbeitet und dem Kantonsrat zugeleitet (Vorlage 5501).

Sport

Im Zentrum der Tätigkeiten des Sportamtes stand unverändert die Förderung des Jugend- und Breitensports. Dabei kommt dem Jugendsport eine wichtige Rolle bei der Integration ausländischer Jugendlicher im Allgemeinen und von Mädchen mit Migrationshintergrund im Besonderen zu. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Zürcherischen Kantonalverband für Sport (ZKS), der sein 75-Jahr-Jubiläum feierte, kann mit dem Abschluss einer erneuerten Leistungsvereinbarung fortgesetzt werden.

Die Erweiterung und Anpassung des kantonalen Sportzentrums Kerenzerberg in Filzbach, das zu einem grossen Teil durch Jugend+Sport-Kurse aus dem Kanton Zürich genutzt wird, sind mit dem Spatenstich gestartet. Die Arbeiten für die Instandsetzung der Anlage, eine zusätzliche Dreifachsporthalle sowie einen neuen Unterkunftstrakt mit zusätzlichen Betten sollen bis 2021 abgeschlossen sein.

Das Leiternachwuchsprogramm «1418coach», das mittlerweile fester Bestandteil des Ausbildungsangebotes des Sportamtes ist, überschritt im Laufe des Berichtsjahres die Zahl von 1000 Teilnehmenden.

Legislaturziele

Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 1.1 Die Kriminalität ist trotz Bevölkerungswachstums reduziert.

RRZ 1.1a	Auf kurzfristige Kriminalitätsschwerpunkte mit gezielten Aktionen reagieren	3100	2019
RRZ 1.1b	Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern	3100	2019
RRZ 1.1c	Früherkennung und Bekämpfung der Entwicklung junger Menschen zur Bereitschaft für Straftaten	3100	2019
RRZ 1.1d	Vermögenskriminalität mit innovativen Methoden präventiv und repressiv bekämpfen	3100	2019
RRZ 1.1e	Früherkennung und Bekämpfung neuer Entwicklungen bandenmässiger Deliktsbegehung verstärken	3100	2019

RRZ 1.2 Auf aktuelle Kriminalitätsentwicklungen wird wirksam reagiert und die Deliktahndung erfolgt rasch und konsequent.

RRZ 1.2a	Bekämpfung der Internetkriminalität verstärken	3100	2019
RRZ 1.2b	Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen	3100	2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

DS 1.1 Verkehrssicherheit weiter erhöhen

DS 1.1a	Einführung der neuen IVZ-Datenbank des Bundes (Informationssystem Verkehrszulassung)	3200	2018
DS 1.1b	Umsetzung der «Via sicura»-Gesetzesänderungen	3200	2019
DS 1.1c	Redesign der Geschäftsapplikation Viacar	3200	2020
DS 1.1d	Totalrevision und Umsetzung der Verkehrszulassungsverordnung (VZV) des Bundes, Projekt «OPERA-3»	3200	2020

DS 1.2 Kundenorientierter Vollzug des Ausländerrechts des Bundes unter Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Anspruchsgruppen

DS 1.2a	Umsetzung des geänderten Bundesrechts	3300	2019
DS 1.2b	Förderung des elektronischen Datenaustauschs mit unseren Partnerbehörden	3300	2019

DS 1.3 Ausbildungsstand des Zivilschutzes und Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes optimieren

DS 1.3a	Ausbildungsqualität im Zivilschutz weiter verbessern	3400	2019
DS 1.3b	Inspektionsübungen der Zivilschutzorganisationen weiterführen	3400	2019
DS 1.3c	Zivilschutzkommandanten zur Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes befähigen	3400	2019
DS 1.3d	Gemeinsame Übungen des Zivilschutzes mit den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes durchführen	3400	2019

Kultur und Freizeit (Politikbereich 3)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

DS 3.1 Erhöhung des Anteils von Kindern (insbesondere von Mädchen), die sportlich aktiv sind, und des Anteils Erwachsener, die sich regelmässig sportlich betätigen

DS 3.1b	Ausbildungs- und Unterstützungsprogramm für jugendliche Hilfsleitende einführen	3700	2018
DS 3.1c	Angebote im schulischen Umfeld fördern, damit Kinder und Jugendliche täglich sportlich aktiv sein können	3700	2019
DS 3.1d	Teilnehmerintensive, insbesondere wiederkehrende Sportveranstaltungen als Anreize für regelmässige sportliche Aktivitäten stärken	3700	2019

Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 5.1 Die im Kanton lebende Bevölkerung ist in das Gesellschafts- und Erwerbsleben integriert.

RRZ 5.1g	Den Einstieg in den Sport erleichtern, namentlich für Kinder aus sportfernen Familien	3700	2019
RRZ 5.1i	Ein leistungsabhängiges Finanzierungssystem für Invalideneinrichtungen umsetzen	3500	2018

RRZ 5.2 Die Akzeptanz der Systeme der sozialen Sicherheit ist verbessert.

RRZ 5.2a	Die Mittel wirksam und wirtschaftlich einsetzen und die Zusammenarbeit der Institutionen koordinieren	3500	2019
RRZ 5.2b	Die ausrichtenden Stellen, Behörden und Dritte im Bereich der Sozialhilfe beraten	3500	2019
RRZ 5.2c	Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren	3500	2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis

RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.

RRZ 10.1c	Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	3000	2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis

DS 10.1 Kundenorientierte Ausstellung von Ausweisen und Bewilligungen

DS 10.1a	Prozessoptimierungen mithilfe des Prozessunterstützungs- und Monitoringsystems (PUM)	3300	2019
DS 10.1c	Umsetzung des Bundesprojekts zur Erneuerung des Passes und der Identitätskarte	3000	2019

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1 159.4	1 158.0	1 151.5	-6.5	-0.6
Aufwand	-2 262.2	-2 267.1	-2 265.4	1.7	0.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	-1 102.8	-1 109.1	-1 113.9	-4.8	-0.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	1.0	2.6	7.7	5.1	194.6
Ausgaben	-55.8	-106.9	-68.1	38.7	36.2
- Kreditübertragungen		-22.5			
Saldo	-54.8	-104.3	-60.5	43.8	42.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
-4.8		Abweichungen total R18 zu B18
-4.8	3500	- Höhere Aufwendungen beim Sozialamt
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R18	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	-60.5			
- ICT, Funknetz (Polycom) und Fahrzeuge der Kantonspolizei	-15.3			
- Verschiedene Hochbauprojekte in der Sicherheitsdirektion (v.a. Sanierungen)	-22.0			
- Investitionsbeiträge an Soziale Einrichtungen des Sozialamtes	-21.2			
- Sportfondsfinanzierte Erweiterung und Anpassung im Sportzentrum Kerenzerberg, Filzbach (Projekt Silhouette)	-2.8			
- PJZ (v.a. Nutzereinrichtungen der Kantonspolizei)	0.0			
- Übrige	0.8			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
	4 458.0	4 540.3	4 467.4	-72.9	-1.6

Δ abs.	LG	Begründungen
-72.9		Abweichungen total R18 zu B18
-72.9	3100	- Kantonspolizei: tieferer Beschäftigungsumfang als geplant (v.a. Sicherheitsbeauftragte Flughafen)
0.0		- Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	8 161	8 013	8 069	56	0.7
3100 Kantonspolizei	364 353	368 538	367 300	-1 238	-0.3
3200 Strassenverkehrsamt	36 316	38 260	36 450	-1 810	-4.7
3300 Migrationsamt	14 305	14 580	13 869	-711	-4.9
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	13 223	13 386	13 131	-255	-1.9
3500 Sozialamt	19 092	19 183	18 994	-189	-1.0
3700 Sportamt	1 595	1 449	1 564	115	7.9
Total	457 045	463 409	459 377		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2018)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	76	50	26	47	29
3100 Kantonspolizei	3 980	1 313	2 667	2 992	988
3200 Strassenverkehrsamt	416	155	261	365	51
3300 Migrationsamt	172	109	63	136	36
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	143	42	101	111	32
3500 Sozialamt	232	138	94	89	143
3700 Sportamt	20	11	9	7	13
Total	5 039	1 818	3 221	3 747	1 292

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
223/2015	Zusätzliche Kosten der Eichmeister (Postulat Peter Preisig, Hinwil, Martin Farner, Oberstammheim, und Peter Uhlmann, Dinhard)	Vorlage 4578 vom 11.07.2018	07.09.2015
196/2016	Bedarf und Finanzierung von begleitetem Wohnen für Menschen mit Behinderung (Postulat Daniel Frei, Uster, Markus Schaaf, Zell, und Josef Widler, Zürich)	Vorlage 5485 vom 22.08.2018	29.08.2016
404/2016	Betreutes Wohnen statt verfrühter Heimeintritt (Postulat Silvia Rigoni, Zürich, und Linda Camenisch, Wallisellen)	Vorlage 5485 vom 22.08.2018	30.01.2017
414/2016	Lastenausgleich unter den Familienausgleichskassen (Motion Ernst Bachmann, Zürich, und Hans-Peter Göldi, Meilen)	Vorlage 5501 vom 12.12.2018	12.03.2018

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
46/2016	Gleicher Schutz für alle Stalking-Opfer (Motion Michael Biber, Bachenbülach, Yvonne Bürgin, Rüti, und Davide Loss, Adliswil)	03.04.2017
58/2016	Weitergabe von Informationen sowie Übernahme von Auflagen, Weisungen und Sanktionen in der Sozialhilfe bei Wohnortwechseln (Motion Stefan Schmid, Niederglatt, Linda Camenisch, Wallisellen, und Rico Brazerol, Horgen)	03.04.2017
297/2016	Mehr Sicherheit, Umweltschutz und Markt im Strassenverkehr durch Selbstkontrolle der Branche (Postulat Barbara Schaffner, Otelfingen, Christian Müller, Steinmaur, und Orlando Wyss, Dübendorf)	12.03.2018
	Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben (Volksinitiative)	23.05.2018
100/2017	Selbstbestimmung ermöglichen durch Subjektfinanzierung (Motion Beatrix Frey-Eigenmann, Meilen, Daniel Frei, Uster, und Markus Schaaf, Zell)	25.06.2018

3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzungsaufgaben und Rekursabteilung

Die Leistungsgruppe ist unterteilt in das Generalsekretariat als Direktionsstab, die Zentralen Vollzungsaufgaben, die sich aus dem Passbüro, dem Schalter Gewerbebewilligungen und Beglaubigungen und den Eichämtern zusammensetzen, sowie die Rekursabteilung.

Für das Generalsekretariat standen die Unterstützung des Direktionsvorstehers im gesamten Aufgabenbereich der Direktion und das Koordinieren der Aufgabenerfüllung der unterstellten Amtsstellen im Vordergrund. Die Gesetzgebungsvorhaben erfolgten mit Unterstützung der Amtsstellen unter Federführung des Generalsekretariats. Hervorzuheben ist der in die Vernehmlassung gegebene Entwurf zur Totalrevision des Sozialhilfegesetzes.

Das Generalsekretariat vertrat die Direktion in verschiedenen direktionsübergreifenden Querschnittprojekten, vor allem in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik und Infrastruktur. Die Zahl der durch das Passbüro bearbeiteten Ausweisgeschäfte ist gegenüber dem Vorjahr erneut zurückgegangen, was hauptsächlich im Zyklus der Passerneuerung begründet ist.

Die Rekursabteilung behandelt im Auftrag des Sicherheitsdirektors Rekurse gegen Verfügungen der Amtsstellen. Im Vordergrund stehen Verfügungen im Ausländerrecht (Migrationsamt) sowie im Strassenverkehrsrecht (Strassenverkehrsamt). Die Zahl der erledigten Rekurse hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Aufgaben

- A1 Unterstützung des Direktionsvorstehers und der Amtsstellen. Politische Lagebeurteilung und Planung («Think Tank»)
- A2 Koordination der Aufgabenerfüllung der unterstellten Ämter
- A3 Dienstleistungen und Unterstützung für die Sicherheitsdirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Personal, Finanzen, IT, Infrastruktur, Controlling und Kommunikation
- A4 Sicherstellen eines einheitlichen, kompetenten Auftretens der Direktion nach aussen
- A5 Gewerbepolizeiliche Bewilligungen, Bewilligungen von Lotterien, Unterschriftenbeglaubigungen, Messwesen
- A6 Bearbeitung von Ausweisgeschäften (Pässe und Identitätskarten) sowie Ausstellung von provisorischen Pässen
- A7 Bearbeitung der Rekurse gegen Verfügungen der unterstellten Verwaltungseinheiten

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftsleistungsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB	A1, A2, A3, A4	120	100	97	-3	-3.0
L2	Gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Lotterien	A5	511	500	540	40	8.0
L3	Beglaubigungen	A5	34301	33000	33749	749	2.3
L4	Geeichte/geprüfte Messmittel	A5	13313	13000	13111	111	0.9
L5	Statistisch geprüfte Fertigpackungs-Lose	A5	1275	900	1476	576	64.0
L6	Ausweisgeschäfte	A6	229293	220000	202786	-17214	-7.8
L7	Erledigte Rekurse	A7	901	900	962	62	6.9
B1	Anteil Mitarbeitende Führungsunterstützung am Gesamtpersonalbestand der Direktion, in % (Beschäftigungsumfang)	A2	0.5	0.5	0.5	0.0	
B2	Anteil Sachaufwand Führungsunterstützung am Sachaufwand der Direktion, in %	A2	0.4	0.6	0.3	-0.3	
W3	Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen und Vernehmlassungen, in %	A1, A2, A3, A4	100	100	100	0	

Bemerkungen

- L2 Leicht höhere Anzahl gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Lotterien infolge erstmaliger Erteilung von Betriebsbewilligungen für Sicherheitsunternehmen ab 2018
- L5 Die Anzahl statistisch geprüfter Fertigverpackungs-Lose nahm gegenüber den Vorjahren leicht zu (Budgetwert zu tief).
- L6 Rückgang der Anzahl Ausweisgeschäfte infolge sinkenden Bedarfs, u.a. aufgrund der zehnjährigen Gültigkeitsdauer

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Über die Erfüllung der Aufgaben und Ziele sowie der Finanzen und Risiken der Gebäudeversicherung Kanton Zürich wird jährlich Bericht erstattet (RRB Nr. 377/2015). Abgeschlossen 2019

DS 10.1c Umsetzung des Bundesprojekts zur Erneuerung des Passes und der Identitätskarte

Bei den Projekten «Erneuerung Pass» und «Erneuerung Identitätskarte» haben sich beim Bund gegenüber der ursprünglichen Planung Verzögerungen ergeben. Die Einführung der neuen Passfamilie ist für Herbst 2020 vorgesehen, die neue Identitätskarte wird nach heutigem Planungsstand Ende 2021 vorliegen. Verzögert 2019

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	68.8	71.8	66.9	-4.9	-6.9

Bemerkungen R18 zu B18

-4.9 Verzicht auf Personalrekrutierung infolge geringerer Anzahl Ausweisgeschäfte im Passbüro gegenüber dem Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	9.5	9.1	8.2	-0.9	-9.8
Aufwand	-14.7	-14.0	-13.5	0.5	3.6
- Kreditübertragungen					
Saldo	-5.2	-4.9	-5.3	-0.4	-8.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.1	-0.1		0.1	100.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.1	-0.1		0.1	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.4		Abweichungen total R18 zu B18
-0.4	A6	- Minderertrag infolge Rückgang der Anzahl Ausweisgeschäfte im Passbüro
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.1	0.0	0.1	
- Passbüro: insbesondere schweizweiter Ersatz der Biometrieerfassungsstationen (Bundessystem)	-0.1	0.0	0.1	- Projektverzögerung (gemäss Ablaufplan des Bundes)
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017	Verwendung	Antrag Bildung 2018	Bestand 31.12.2018	
plus Bildung 2017	2018	(verbucht 2019)	plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
38442	23491	0	14951	-23491

3100 Kantonspolizei

Die Kantonspolizei Zürich setzte sich folgenden Jahres-schwerpunkt: «Für mehr Sicherheit zu sorgen, heisst, Strafta-ten zu verhindern, frühzeitig zu intervenieren und konsequent zu ermitteln gegen Gewalt und kriminelle Strukturen, überall und vor allem im Internet, gegen psychisch verwirrte, radikali-sierte, fanatisierte Gefährder und Szenen und gegen Ver-kehrsteilnehmer, die Gefahren schaffen.» In allen diesen Bereichen ergriff das Polizeikorps Massnahmen und entfalte-te gezielt Wirkung.

Der Regierungsrat hat im Frühjahr des Berichtsjahres die Schaffung von 30 neuen Stellen für die Grenzkontrolle am Flughafen Zürich bewilligt. Dies war eine der Massnahmen, mit denen die Kantonspolizei auf das stark angestiegene Pas-sagieraufkommen am Flughafen Zürich reagierte.

Die Kriminalität insgesamt befindet sich im digitalen Wandel. Auch die Polizei muss sich dieser Entwicklung anpassen. Pri-mär braucht es eine enge Vernetzung aller Polizeikorps. Des-wegen wurde im Berichtsjahr das Netzwerk für die Ermitt-lungsunterstützung in der digitalen Kriminalität (NEDIK) gegründet. Die Kantonspolizei Zürich nimmt darin eine zen-trale Rolle ein.

Im Berichtsjahr wurde viel für die Verbesserung der Ausbil-dungsanlagen und die Sanierung bestehender Infrastrukturen getan. So konnte zum Beispiel der Schiessplatz Tobel umfas-send saniert und verbessert werden. Ebenso schritten die Arbeiten an der neuen Ausbildungsanlage Trockenloo in Regensdorf rasch voran.

Aufgaben

- A1 Durchsetzen der Rechtsordnung
- A2 Prävention (sichtbare Präsenz, Beratung und Information)
- A3 Aufrechterhaltung/Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung
- A4 Ermittlung/Aufklärung/Strafverfolgung
- A5 Schutz von Menschen und Sachwerten vor kriminellen Handlungen, polizeiliche Ermittlungen bei strafbaren Handlungen
- A6 Grenzkontrolle im Flughafen Zürich

Indikatoren

Leistungskindern (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Spezialkontrollen (z.B. Schwerverkehrs- und Schwer-punktkontrollen)	A1	278	350	277	-73	-20.9
L2	Aktivitäten Kinder-/Jugendinstruktion (Unterricht, Aktio-nen)	A2	8930	9000	9514	514	5.7
L3	Notrufe	A5	162803	180000	186887	6887	3.8
L4	Interventionen über Einsatzzentralen	A1	109330	110000	114038	4038	3.7
L5	Verkehrsunfälle (ohne Städte Zürich und Winterthur)	A3	9608	8500	9629	1129	13.3
L6	Ordnungsdienst-Stunden	A3	32941	36000	37329	1329	3.7
L7	Geschwindigkeitskontrollen	A1	2640	2500	2016	-484	-19.4
L8	Erfasste Straftaten StGB/BetmG	A4	101714	105000	104031	-969	-0.9
L9	Erfasste Straftatenverdächtige StGB/BetmG	A4	22435	22500	22722	222	1.0
L10	Ordnungsbussen	A1	26857	35000	25607	-9393	-26.8
L11	Arrestanteneingänge	A4	11203	11500	11105	-395	-3.4
L12	Arrestantentransporte	A4	36874	40000	34988	-5012	-12.5
L13	Patrouillenstunden der Flughafenpolizei	A2	234298	240000	234297	-5703	-2.4
L14	Sicherheitskontrollierte Passagiere, in Mio.	A3	14.7	13.4	15.5	2.1	15.7
L15	Sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrier-ten Gepäck	A3	71894	55000	68379	13379	24.3
L16	Ausschaffungen auf dem Luftweg	A1	4947	5800	4528	-1272	-21.9
L17	Grenzkontrollierte Passagiere durch Flughafenpolizei, in Mio.	A6	10.5	11.9	11.7	-0.2	-1.7
B1	Budgetunterschreitung Erfolgsrechnung, in %		0.2	0	1.5	1.5	
B2	Interventionen pro Korpsangehörige/r	A1	63	60	63	3	5.0
W1	Zufriedenheit der Bevölkerung mit Polizeikontakt, Befra-gung, in %	A1	92	90	98	8	
W2	Durchschnittliche Interventionszeit bei Notrufen, in Min.	A1	15	19	15	-4	-21.1
W3	Anteil Interventionszeit über 30 Min., in %	A1	9	10	9	-1	
W4	Aufklärungsquote (alle Delikte StGB/BetmG), in %	A4	44	43	45	2	
W5	Aufklärungsquote (Verbrechen gegen Leib und Leben), in %	A4	82	84	82	-2	

Bemerkungen

- L1 Anzahl Spezialkontrollen auf Vorjahrsniveau; Budgetwert zu hoch.
- L7 Weniger Geschwindigkeitskontrollen (Laser) aufgrund schwerpunktorientierter Verkehrskontrolltätigkeit (v.a. bei Raser-delikten)

L10	Weniger Ordnungsbussen wegen erhöhter Tätigkeit der Kommunalpolizeien in diesem Bereich.
L12	Weniger Arrestantentransporte aufgrund des leichten Rückgangs bei den Arrestanteneingängen.
L14	Der Anstieg des Passagieraufkommens am Flughafen erfordert mehr Sicherheitskontrollen.
L15	Mehr sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck infolge Anstieg des Passagieraufkommens und der Nichtbeachtung von Vorschriften (u.a. bezüglich des Transports von Batterien, Akkus usw.); Budgetwert zu tief.
L16	Die Anzahl der Ausschaffungen (Rückführungen auf dem Luftweg) nimmt ab. Für die Ausschaffungen sind das Bundesamt für Migration (Asylgesetz) und die kantonalen Migrationsämter (Ausländer- und Integrationsgesetz, AIG) zuständig.
B2	Mehr Interventionen pro Korpsangehörige/n aufgrund der gestiegenen Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen.
W1	Bezüglich Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit Polizeikontakt wurden Opfer von versuchten und vollendeten Einbruchdiebstahlsdelikten befragt.
W2	Senkung der durchschnittlichen Interventionszeiten bei Notrufen aufgrund der verstärkten Patrouillentätigkeit.
W3	Senkung der durchschnittlichen Interventionszeit über 30 Minuten, u.a. aufgrund der verstärkten Patrouillentätigkeit.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 1.1a Auf kurzfristige Kriminalitätsschwerpunkte mit gezielten Aktionen reagieren

Die jährlich wiederkehrenden Schwerpunktaktionen wurden erneut erfolgreich durchgeführt. Ergänzt wurden diese laufend durch kurzfristige Ad-hoc-Aktionen. Vor allem bei aufkommenden Kriminalitätsbrennpunkten zu digitaler Kriminalität wurde einerseits die koordinierte, interkantonale Strafverfolgung verstärkt und andererseits die Zahl der Betroffenen durch kurzfristige Präventionsmassnahmen und -aktionen reduziert.

Abgeschlossen 2019

RRZ 1.1b Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern

Das Netzwerk des Kantonalen Bedrohungsmanagements (KBM) wurde ausgebaut (rund 550 Ansprechpersonen). Die Informationsplattform www.kbm.zh.ch dient dem Wissenstransfer und der Stärkung des KBM-Netzwerks. Mit der Schaffung der Interventionsstelle gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus (IRE) wurden strukturelle Lücken geschlossen und gleichzeitig der Massnahmenempfehlung des Nationalen Aktionsplans zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus (NAP) nachgelebt.

Diese Massnahme wird gemeinsam mit den Leistungsgruppen Nrn. 2204, Strafverfolgung Erwachsene, und 2205, Jugendstrafrechtspflege, umgesetzt.

Abgeschlossen 2019

RRZ 1.1c Früherkennung und Bekämpfung der Entwicklung junger Menschen zur Bereitschaft für Straftaten

Die positive Wirkung der dezentralen Organisation der Jugendintervention bestätigt sich laufend. Die Nähe zu den Jugendlichen sowie die enge Vernetzung mit den Schulen und Jugendinstitutionen sind etablierte Erfolgsfaktoren. Der seit 2016 an den Schulen erteilte Unterricht zur Kriminalprävention erweist sich für Lehrpersonen und Eltern als wertvolle Unterstützung. Zeitnahe Klasseninterventionen bei heiklen Entwicklungen haben sich als wirkungsvolles Instrument bewährt.

Abgeschlossen 2019

RRZ 1.1d Vermögenskriminalität mit innovativen Methoden präventiv und repressiv bekämpfen

Neben der gezielten Bekämpfung des systematischen Konkursmissbrauchs wurden auch gegen verschiedene Formen von Telefonbetrug gezielt präventive und repressive Massnahmen konzipiert und rasch umgesetzt. Ebenso wurden Konzepte gegen international agierende, organisierte Ladendiebe erarbeitet und umgesetzt. Mit der neuen Bildfahndungsgruppe konnten international agierende Täterinnen und Täter verstärkt identifiziert und verhaftet werden.

Diese Massnahme wird gemeinsam mit der Leistungsgruppe Nr. 2204, Strafverfolgung Erwachsene, umgesetzt.

Abgeschlossen 2019

RRZ 1.1e Früherkennung und Bekämpfung neuer Entwicklungen bandenmässiger Deliktsbegehung verstärken

Mit gezieltem Abgleich von Lageinformationen (gemeinsames Lagebild) und Analysen stellen die Zürcher Strafverfolgungsbehörden die Früherkennung neuer Deliktsphänomene (beispielsweise Abrechnungsbetrug bei Pflegedienstleistungen oder neue Formen von Geldwäscherei) fest. Die interkantonale, aber auch internationale Vernetzung und Kooperation (beispielsweise durch aktive Beteiligung an Joint Investigation Teams [JIT]) wurden weiter verstärkt.

Abgeschlossen 2019

RRZ 1.2a Bekämpfung der Internetkriminalität verstärken

Neben der personellen Verstärkung der Zürcher Strafverfolgungsbehörden zur Bekämpfung der Internetkriminalität wurden die erforderlichen Kompetenzen durch verschiedene Ausbildungsmassnahmen erworben. Die kantonsübergreifende Vernetzung und Zusammenarbeit wurde durch die Gründung von NEDIK (Netzwerk Ermittlungsunterstützung Digitale Kriminalitätsbekämpfung) gestärkt. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit wurde die notwendige Gefahrensensibilisierung der Bevölkerung erreicht.

Diese Massnahme wird gemeinsam mit der Leistungsgruppe Nr. 2204, Strafverfolgung Erwachsene, umgesetzt.

Abgeschlossen 2019

RRZ 1.2b Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen

Die festgelegten Schwerpunkte fokussierten einerseits auf fachliche Themen (Gewaltprävention, Vermögensdelikte und Internetkriminalität) und andererseits auf die Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaften und Polizei. Die Arbeiten wurden gemäss Planung vorangetrieben, sodass zahlreiche neue Prozesse und Zusammenarbeitsabsprachen in die Regelversorgung überführt werden konnten. Diese Massnahme wird gemeinsam mit der Leistungsgruppe Nr. 2204, Strafverfolgung Erwachsene, umgesetzt.

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	3505.2	3567.8	3521.0	-46.8	-1.3

Bemerkungen R18 zu B18

-46.8 Tieferer Beschäftigungsumfang als geplant (Sicherheitsbeauftragte Flughafen)

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	179.3	187.7	181.6	-6.1	-3.3
Aufwand	-580.4	-591.3	-579.2	12.1	2.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-401.1	-403.6	-397.6	6.0	1.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.1	0.1	4.1	4.0	4020.0
Ausgaben	-25.1	-56.5	-35.5	21.0	37.2
- Kreditübertragungen		-17.4		17.4	100.0
Saldo	-25.1	-56.4	-31.4	25.0	44.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
6.0		Abweichungen total R18 zu B18
6.0	A1, A2, A3, A4, A5, A6	- Geringerer Sachaufwand, u.a. wegen Projektverzögerungen (Erneuerung Polizeiuniform und Informatik) sowie weniger DNA-Auswertungen
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-56.4	-31.4	25.0	
- ICT, Funknetz (Polycom), Fahrzeuge	-23.1	-15.3	7.8	- Minderausgaben aufgrund von verzögerten IT-Projekten
- Hochbauprojekte (u.a. Sanierung Verkehrsstützpunkte)	-29.9	-14.8	15.1	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerungen (u.a. Seepolizeistützpunkt Oberrieden, Verkehrspolizeistützpunkt Hinwil)
- PJZ (v.a. Nutzereinrichtungen)	-2.5	0.0	2.5	- Projektverzögerungen
- Übrige	-0.9	-1.3	-0.4	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
1593000	0	0	1593000	0

3200 Strassenverkehrsamt

Der Fahrzeugbestand hat gegenüber dem Vorjahr von 973897 auf 980528 Fahrzeuge zugenommen. Der Anteil an Personenwagen beträgt 720745. Davon sind 4440 mit einem rein elektrischen Antrieb ausgerüstet, womit sich der Bestand an E-Fahrzeugen gegenüber dem Vorjahr um 1333 Einheiten erhöht hat. Im ersten Quartal des Vorjahres wurde das Informationssystem Verkehrszulassung

(IVZ) des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) unter Mitwirkung der Kantone erfolgreich eingeführt. Das neue Informationssystem, das die drei Datensysteme MOFIS (Fahrzeugzulassung), FABER (Führerzulassung) und ADMAS (Administrativmassnahmen) ablöst, vereinfacht den Online-Datenverkehr aller Führer- und Fahrzeugdaten zwischen dem ASTRA und den Kantonen erheblich.

Aufgaben

- A1 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugneulenkern und Fahrzeugneulenkern anlässlich der Führerprüfungen
- A2 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung des Fahrzeugzustandes anlässlich der Fahrzeugprüfungen sowie Überprüfung der Konformität mit den Bundesvorschriften
- A3 Zulassung von Fahrzeugen, Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern gemäss Bundesvorschriften sowie Beantwortung von Anfragen
- A4 Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Anordnung von Administrativmassnahmen nach dem Strassenverkehrsrecht (SVG) gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgerechten Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern (Verwarnung, Führerausweisentzug, Verkehrsunterricht usw.)
- A5 Kontrollschilderentzüge (fehlende Motorfahrzeugversicherung bzw. geschuldete Verkehrsabgaben), Rechnungsstellung und Inkasso kantonaler Verkehrsabgaben und Gebühren sowie der pauschalen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (PSVA)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1 Theoretische Führerprüfungen (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A1	28087	30000	28601	-1399	-4.7
L2 Praktische Führerprüfungen (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A1	32129	30000	32421	2421	8.1
L3 Technische Fahrzeugprüfungen (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A2	298869	330000	298399	-31601	-9.6
L4 Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer)	A2	511	500	448	-52	-10.4
L5 Zulassungsgeschäfte (Geschäftsfälle)	A3	834136	835000	833730	-1270	-0.2
L6 Beantwortete Anfragen (Fahrzeug- und Führer-Zulassung)	A3	484834	490000	478548	-11452	-2.3
L7 Eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte	A4	53829	52000	50332	-1668	-3.2
L8 Administrativrechtliche Anordnungen, inkl. Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle)	A4	118035	115000	102546	-12454	-10.8
L9 Erstellte Rechnungen, in Mio.	A5	1.81	1.88	1.82	-0.06	-3.19
L10 Erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge)	A5	253014	260000	235861	-24139	-9.3
L11 Beantwortete Anfragen (Rechnungswesen)	A5	98563	100000	101553	1553	1.6
L12 Chauffeurfahrten		1325	1500	1248	-252	-16.8
L13 Selbstfahrten durch Verwaltungsmitarbeiter/innen		5636	6000	5629	-371	-6.2
B1 Theoretische und praktische Führerprüfungen pro Verkehrsexperten (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A1	446	460	429	-31	-6.7
B2 Technische Fahrzeugprüfungen pro Verkehrsexperten (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A2	2214	2300	2095	-205	-8.9
B3 Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle)	A3	7323	7500	7359	-141	-1.9
B4 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führerzulassung)	A3	4257	4600	4224	-376	-8.2
B5 Administrativrechtliche Anordnungen, inkl. Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle), pro Mitarbeiter/in	A4	2134	1900	1875	-25	-1.3
B6 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen)	A5	8353	8900	8353	-547	-6.1
W1 Kundenzufriedenheit (Erhebung alle 3-5 Jahre)						

Bemerkungen

- L4 Weniger Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer) infolge geringerer Nachfrage von neuen Garagenbetreibern und -betreibern, die ohne Fähigkeitsausweis eine Fahrzeugwerkstatt betreiben wollen.
- L8 Weniger Administrativrechtliche Anordnungen (inkl. Verkehrsmedizin), da Autolenker/innen neu erst nach Vollendung des 75. Altersjahres zur Kontrolle aufgeboden werden.
- B2 Weniger technische Fahrzeugprüfungen pro Verkehrsexpertin/-experten infolge höheren Ausbildungsaufwands für zusätzliche Verkehrsexpertinnen und -experten
- W1 Im Berichtsjahr wurde wie geplant keine Kundenzufriedenheitsumfrage durchgeführt (gemäss KEF 2019-2022 erfolgt die Umfrage 2019).

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

DS 1.1a Einführung der neuen IVZ-Datenbank des Bundes (Informationssystem Verkehrszulassung)

Die Informatikdatenbank des Bundes konnte im Berichtsjahr planmässig eingeführt werden. Abgeschlossen 2018

DS 1.1b Umsetzung der «Via sicura»-Gesetzesänderungen

Nach Vorgabe des ASTRA werden laufend weitere Massnahmen betreffend die Verkehrssicherheit «Via sicura» umgesetzt. Planmässig 2019

DS 1.1c Redesign der Geschäftsapplikation Viacar

Die Softwareeigentümerin (Viacar AG) der Strassenverkehrsamtsapplikation wird die Modernisierung der Software voraussichtlich Ende 2022 abschliessen. Im Rahmen einer Submission werden weitere Informatiklösungen evaluiert, welche die bestehende Geschäftsapplikation ablösen könnten. Verzögert 2020

DS 1.1d Totalrevision und Umsetzung der Verkehrszulassungsverordnung (VZV) des Bundes, Projekt «OPERA-3»

Die vom Bundesrat beschlossenen Änderungen der Verkehrszulassungsverordnung werden laufend umgesetzt. Planmässig 2020

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	390.5	408.0	395.0	-13.0	-3.2

Bemerkungen R18 zu B18

-13.0 Geringerer Beschäftigungsumfang infolge vorübergehend unbesetzter Stellen, insbesondere Verkehrsexpertinnen und -experten

Finanzierung

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	420.3	420.5	415.8	-4.7	-1.1
- Verkehrsabgaben	331.6	328.0	326.9	-1.1	-0.3
Aufwand	-403.2	-402.9	-397.8	5.1	1.3
- Übertrag an Strassenfonds	-330.2	-326.5	-325.1	1.4	0.4
- Kreditübertragungen					
Saldo	17.1	17.6	18.0	0.4	2.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-2.8	-5.3	-3.5	1.8	34.4
- Kreditübertragungen		-0.4		0.4	100.0
Saldo	-2.8	-5.3	-3.5	1.8	34.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.4		Abweichungen total R18 zu B18
0.4		- Mehrertrag, v.a. aus Kontrollschilderversteigerungen
0.0		- Übrige Abweichungen

	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Bemerkungen zur Investitionsrechnung				
Nettoinvestitionen total	-5.3	-3.5	1.8	
- Diverse Sanierungen Hochbauten	-3.5	-2.8	0.7	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerungen und -verschiebungen
- Übrige	-1.8	-0.7	1.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
31 836	13 885	200 000	217 951	186 115

Bemerkungen

Die erneute Zunahme des Fahrzeugbestandes sowie verschiedene Projektarbeiten (u.a. Submission für Strassenverkehrsamt-Kernapplikation, derzeit "VIACAR") erforderten einen Mehreinsatz des Personals in sämtlichen Geschäftsbereichen des Strassenverkehrsamtes.

3300 Migrationsamt

Der Bestand der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung (Personen mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung) ist im Berichtsjahr auf 399889 Personen angestiegen (+7122 Personen). Wie bereits im Vorjahr liegt der Zuwachs unter den Durchschnittswerten der früheren Jahre.

Im Berichtsjahr wurden in der Schweiz 15255 Asylgesuche eingereicht. Damit nahm die Zahl der Asylgesuche im Vergleich zum Vorjahr um 15,7% ab. Dementsprechend verringerte sich die Anzahl Asylsuchender, die dem Kanton Zürich zugewiesen wurden. Die Schutzquote (Asylgewährung oder vorläufige Aufnahme) war mit knapp über 60% indessen hoch. Ende November 2018 hielten sich 8236 vorläufig aufgenommene Personen im Kanton Zürich auf, was einem Zugang von rund 10% gegenüber November 2017 entspricht. Diese Entwicklung belastete die Administration im Asylbereich, führte im Gegenzug aber zu einer Entspannung im Wegweisungsvollzug.

Das Migrationsamt führte im Berichtsjahr die bereits im Vorjahr eingeleiteten Massnahmen zur Reduktion der Anzahl Nothilfebeziehender im Kanton Zürich fort. Neben der Anordnung der gesetzlich vorgesehenen Zwangsmassnahmen zur Sicherstellung des Wegweisungsvollzugs (Rayonverbote, Administrativhaft) sowie Ausreisegesprächen und Ausreiseunterstützung prüfte das Migrationsamt die Erteilung von Härtefallbewilligungen (Aufenthaltsbewilligungen B) von Amtes wegen. Mit diesen Massnahmen gelang es, die Anzahl Nothilfebeziehender weiter zu reduzieren.

Wesentliche Änderungen des Ausländerrechts auf den 1. Januar 2019 erforderten vom Migrationsamt erhebliche Vorarbeiten zur Umsetzung und die Ausbildung der Mitarbeitenden.

Aufgaben

- A1 Vollzug des Ausländerrechts des Bundes unter möglichst optimaler Abstimmung der Interessen und Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen (Personen ausländischer Nationalität, Öffentlichkeit, Arbeitgebende, Behörden, kommunale, kantonale und eidgenössische Amtsstellen u.a.).
- A2 Vollzug der kantonalen Aufgaben im Rahmen des Asylrechts des Bundes (u.a. Ausweiserstellung und -verlängerung, Befragungen, Prüfung und Entscheid über Härtefallgesuche).
- A3 Treffen von Rückkehrmassnahmen im Falle von Wegweisungen und Ergreifen von angemessenen Massnahmen im Falle von Straffälligkeit, Missbräuchen, illegaler Anwesenheit, dauerhaftem Sozialhilfebezug oder Verstössen gegen öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Bewilligte Einreisegesuche	A1 18619	16000	13133	-2867	-17.9
L2	Visageschäfte/Schaltevorsprachen	A1 45371	50000	45550	-4450	-8.9
L3	Geschäfte zur Anwesenheitsregelung	A1 146024	120000	164315	44315	36.9
L4	Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit	A1 8145	9000	7887	-1113	-12.4
L5	Massnahmen gegen ausländische Personen	A3 8222	7000	11461	4461	63.7
L6	Hafttage abgewiesener Asylsuchender	A2 13028	28000	18351	-9649	-34.5
L7	Beantwortete telefonische Anfragen (Durchschnitt pro Tag)	A1 583	600	588	-12	-2.0
L8	Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige	A1 62189	72000	78783	6783	9.4
B1	Saldo pro Bewilligung, in Fr. (Berechnung auf Teilkostenbasis)	A1 1	0	3	3	
B2	Mittlere Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall, in Tg.	A1 1	3	1	-2	-66.7
W2	Anteil der gutgeheissenen Rekurse, in %	A1 12	13	15	2	

Bemerkungen

- L1 Weniger bewilligte Einreisegesuche aufgrund rückläufiger Zuwanderung
- L3 Die Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung ist stark vom Bestand der ausländischen Wohnbevölkerung sowie von der Gültigkeitsdauer der Ausweise abhängig. Deshalb können erhebliche, nicht budgetierbare Schwankungen auftreten.
- L5 Die Anzahl Massnahmen gegen ausländische Personen nahm u.a. infolge mehr Wegweisungsverfügungen und Haftanordnungen zu (siehe auch L6)
- B1 Positiver Saldo pro Bewilligung wegen hoher Gesuchszahlen (siehe L3) mit entsprechend höheren Gebührenerträgen
- B2 Geringere mittlere Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall wegen Prozessoptimierungen mit Informatikmitteln

Entwicklungsschwerpunkte

DS 1.2a Umsetzung des geänderten Bundesrechts

Am 1. Juli trat die Änderung des Ausländergesetzes (AuG) zur Steuerung der Zuwanderung und zu Vollzugsverbesserungen bei den Freizügigkeitsabkommen und am 1. Januar 2019 diejenige zur Verbesserung der Integration in Kraft. Beide Gesetzesänderungen konnten ohne besondere Probleme umgesetzt werden.

Die vom Stimmvolk am 5. Juni 2016 angenommene Revision des Asylgesetzes zur Beschleunigung der Asylverfahren wird am 1. März 2019 in Kraft treten. Das Migrationsamt wirkte bei der Ausarbeitung der Vollzugsverordnungen sowie bei der innerkantonalen Umsetzung mit. Die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten verlaufen planmässig.

Stand bis
Planmässig 2019

DS 1.2b Förderung des elektronischen Datenaustauschs mit unseren Partnerbehörden

Seit Anfang des Berichtsjahres werden die meisten Rapporte der Polizeikörpers elektronisch übermittelt und medienbruchfrei in die Informatiksysteme des Migrationsamtes übernommen. Zudem reichen seit April rund 20 Gemeinden ihre Gesuche digitalisiert ein, und seit Herbst werden die Gesuche des Amtes für Wirtschaft und Arbeit ebenfalls medienbruchfrei übernommen.

Planmässig 2019

DS 10.1a Prozessoptimierungen mithilfe des Prozessunterstützungs- und Monitoring-systems (PUM)

Die Einführung des PUM hat dazu beigetragen, dass das Migrationsamt die gestiegene Geschäftslast effizient bearbeiten konnte. Weitere Prozesse wurden digital umgesetzt.

Planmässig 2019

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	163.4	162.0	156.3	-5.7	-3.5

Bemerkungen R18 zu B18

-5.7 Vorübergehend nicht besetzte Stellen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	16.8	19.2	17.7	-1.5	-7.7
Aufwand	-28.1	-30.9	-27.8	3.1	9.9
- Kreditübertragungen					
Saldo	-11.2	-11.7	-10.1	1.6	13.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	0.0	-0.1	-0.1	-0.0	-37.9
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	-0.1	-0.1	-0.0	-37.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.6		Abweichungen total R18 zu B18
1.6		- Geringerer Personalaufwand (0.7 Mio. Franken), weniger Netto-Haftkosten (0.2 Mio. Franken) sowie höhere Gebührenerträge (0.6 Mio. Franken, vgl. L3)
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
79997	58345	60 000	81652	1655

Bemerkungen

Die Zunahme des Ausländerbestandes führte erneut zu einer höheren Geschäftslast, die u.a. dank Prozessoptimierungen bewältigt werden konnte.

3400 Amt für Militär und Zivilschutz

Das Amt für Militär und Zivilschutz begleitet die Dienstpflichtigen vom Anfang der Militär- oder Zivilschutzlaufbahn bis zur Abrüstung und Entlassung. So informierte die Militärverwaltung an den Orientierungstagen gegen 6000 Stellungspflichtige über die Möglichkeiten der Dienstleistungen und entliess im Gegenzug über 3500 Angehörige der Armee feierlich aus der Militärdienstpflicht. In Zusammenarbeit mit der Kantonalen Offiziersgesellschaft wurden die neu brevetierten Leutnants an einem besonderen Anlass begrüsst.

Der Zivilschutz bildete in einer zweiwöchigen Grundausbildung 1200 Stabsassistenten, Unterstützer (Pioniere), Betreuer, Material- und Anlagewarte aus und führte Weiterbildungskurse für die Kader und Spezialisten der 40 Zivilschutzorganisationen (ZSO) durch. Das Ausbildungszentrum Andelfingen war weiterhin gut belegt und ist ein modernes Ausbildungszentrum für den Zivilschutz, die Feuerwehr und die Polizei. Im Rahmen von Einsätzen zugunsten der Gemeinschaft und bei Katastrophen- und Notlagen, wie beispielsweise nach Unwettern, wurden 10500 Einsatztage geleistet. Die Dienstleistungen der Retablierungsstelle (Logistikbasis der Armee) im kantonalen Zeughaus wurden von fast 7500 Armeeangehörigen in Anspruch genommen. Dank den Infanterie-Durchdienerschulen und der Militärakademie an der ETH Zürich waren der Waffenplatz Zürich-Reppischtal und seine Schiess- und Ausbildungsplätze erneut gut ausgelastet. Auf hohem Stand bleiben die Einnahmen der Wehrpflichtersatzverwaltung, die über 47 000 Ersatzpflichtige veranlagte, was sich auch für den Kanton positiv auswirkt, da ihm 20% der Einnahmen als Bezugsprovision zufallen.

Aufgaben

- A1 Die Militärverwaltung führt die Orientierungstage durch, bietet zur Rekrutierung auf und entlässt die Armeeangehörigen aus der Militärdienstpflicht. Sie erledigt das Kontroll-, Schiess-, Straf- und Dienstverschiebungswesen.
- A2 Der Zivilschutz (ZS) bildet Stabsassistenten, Pioniere und Betreuer sowie das Gros der Kader und Spezialisten für die Zivilschutzorganisationen der Gemeinden aus und ist für den Unterhalt der Zivilschutzinfrastrukturanlagen zuständig.
- A3 Die Waffenplatzverwaltung stellt im Auftrag des VBS den Unterhalt der Kasernenanlagen und die Infrastruktur der Ausbildungsplätze sicher.
- A4 Das Zeughaus ist zuständig für die persönliche Ausrüstung der Angehörigen der Armee und des Zivilschutzes und betreibt einen Armee-Shop.
- A5 Die Wehrpflichtersatzverwaltung veranlagt die Ersatzpflichtigen, bezieht die Ersatzabgabe, setzt deren Eingang durch, klärt die Befreiung oder den Erlass von Ersatzabgaben ab und prüft Rückerstattungsansprüche.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete Geschäftsfälle im Kontrollwesen (Mutationen, Gesuche)	A1	32359	35500	37249	1749	4.9
L2	Informierte Stellungspflichtige und entlassene Armeeangehörige	A1	8449	9500	9566	66	0.7
L3	Durchgeführte Kursteilnehmertage im Bereich des Zivilschutzes	A2	9439	9500	8978	-522	-5.5
L4	Belegungspersonentage in der Kaserne Zürich-Reppischtal	A3	149000	177000	167000	-10000	-5.6
L5	Revisionen und Instandhaltungen von Sturmgewehren	A4	4000	4500	4500	0	0.0
L6	Rechnungen im Bereich des Wehrpflichtersatzes	A5	45293	40000	41027	1027	2.6
B1	Durchschnittliche Kosten pro Teilnehmer an Orientierungstagen und Entlassungen, in Fr.	A1	40.3	38	44.8	6.8	17.9
B2	Aufwand pro Geschäftsfall im Kontrollwesen, in Std.	A1	0.2	0.2	0.2	0.0	0.0
B3	Auslastung des Ausbildungszentrums Andelfingen, in %	A2	81	80	80	0	0.0
B4	Aufwand pro Gesuch betreffend Schutzraumbauten, in Std.	A2	3	3	3	0	0.0
B5	Kosten pro Belegungspersonentag in der Kaserne Zürich-Reppischtal, in Fr.	A3	58	50	50	0	0.0
W1	Genügend informierte Stellungspflichtige an Orientierungstagen, in %	A1	97	94	97	3	
W2	Zivilschutzorganisationen, welche die Inspektionsübung erfüllt haben, in %	A2	100	90	100	10	
W3	Zufriedene Kunden des Zeughauses, in %	A4	90	90	90	0	

Bemerkungen

- L3 Weniger durchgeführte Kursteilnehmertage im Bereich des Zivilschutzes aufgrund geringerer Rekrutierungen
- B1 Höhere durchschnittliche Kosten pro Teilnehmende/n an Orientierungstagen und Entlassungen aufgrund des Wechsels des Verpflegungsanbieters; das Verpflegungszentrum der Armee kann diese Aufgabe aus Kapazitätsgründen nicht mehr wahrnehmen.

Entwicklungsschwerpunkte

DS 1.3a Ausbildungsqualität im Zivilschutz weiter verbessern

Die Trennung von allgemeiner Grundausbildung und Fachgrundausbildung steigert die Ausbildungseffizienz und erhöhte die Planungssicherheit für die Kurse.

Stand bis
Planmässig 2019

DS 1.3b Inspektionsübungen der Zivilschutzorganisationen weiterführen

Als Grundlage für eine gezielte Verbesserung in den Zivilschutzorganisationen finden regelmässig Inspektionsübungen statt.

Planmässig 2019

DS 1.3c Zivilschutzkommandanten zur Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes befähigen

Mit gemeinsamen Kommandantenkursen Feuerwehr/Zivilschutz wird die Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen gefördert.

Planmässig 2019

DS 1.3d Gemeinsame Übungen des Zivilschutzes mit den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes durchführen

Kombinierte Einsatzübungen in der Offiziersausbildung vertiefen die Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen.

Planmässig 2019

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	131.3	134.5	130.3	-4.1	-3.1

Bemerkungen R18 zu B18

-4.1 Geringerer Beschäftigungsumfang, u.a. infolge vorübergehend vakanter Stellen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	31.4	28.0	28.7	0.7	2.4
Aufwand	-41.6	-41.0	-39.6	1.4	3.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	-10.2	-13.0	-11.0	2.0	15.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.9	2.5	1.1	-1.4	-55.3
Ausgaben	-7.2	-6.9	-3.6	3.2	46.9
- Kreditübertragungen					
Saldo	-6.3	-4.4	-2.5	1.8	42.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.0		Abweichungen total R18 zu B18
2.0	A1, A2, A3, A4, A5	- Mehrertrag (0.7 Mio. Franken; u.a. Wehrpflichtersatz, höhere Entschädigung vom Bund für Waffenplatz Zürich-Reppischtal) sowie geringerer Personal-, Sach- und Abschreibungsaufwand (1.3 Mio. Franken)
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-4.4	-2.5	1.8	
- Zeughaus Zürich und Waffenplatz Zürich-Reppischtal, diverse Sanierungen Hochbauten (u.a. Fenster/Fassaden, Sicherheitsmassnahmen, Sanitär- und Elektroverteilanlagen)	-2.5	-1.2	1.3	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerungen
- Übrige	-1.9	-1.3	0.6	

3500 Sozialamt

Im Hinblick auf die Neustrukturierung des Asylwesens wurden im Berichtsjahr die Dienstleistungsverträge für die Unterbringung und Unterstützung der Asylsuchenden in der ersten Aufenthaltsphase neu ausgeschrieben und vergeben.

Der Wechsel der Unterstützung der vorläufig Aufgenommenen von den Regeln der ordentlichen Sozialhilfe auf diejenigen der Asylfürsorge wurde auf den 1. Juli des Berichtsjahres umgesetzt. Im Rahmen des Resettlement-Programms des Bundes wurden ab März bis Ende des Berichtsjahres rund 250 Flüchtlinge durch den Kanton aufgenommen.

Im Berichtsjahr wurden die Ergebnisse einer Untersuchung zum Umsetzungsstand der UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK) im Kanton Zürich vorgelegt. In diesem Zusammenhang von Belang ist die im Berichtsjahr über-

wiesene Motion KR-Nr. 100/2017 «Selbstbestimmung ermöglichen durch Subjektfinanzierung». Sie verlangt eine Umgestaltung der Finanzierung der Behindertenhilfe, namentlich für die Einrichtungen gemäss dem Gesetz über die Invalideneinrichtungen im Erwachsenenbereich (IEG) (rund 10 000 Wohn- und Arbeitsplätze, jährliche Staatsbeiträge von über 300 Mio. Franken). Die diesbezüglichen umfangreichen Projektarbeiten wurden gestartet. Der Einbezug der Betroffenen ist sichergestellt.

Zur Minimierung der unterschiedlichen Belastungen der Familienausgleichskassen wurde eine gesetzliche Grundlage für einen teilweisen Lastenausgleich ausgearbeitet und dem Kantonsrat unterbreitet (Vorlage 5511).

Aufgaben

- A1 Prüfung und Auszahlung des Kostenersatzes und der Staatsbeiträge an Gemeinden sowie Behandlung von Kostengut-sprachegesuchen von Dritten. Durchführung der Verfahren bei interkantonaler Weiterverrechnung von Sozialhilfekosten und Finanzierung bei Zuständigkeit. Erbringung von Beratungsdienstleistungen für die Gemeinden
- A2 Koordination der Asylfürsorge
- A3 Prüfung und Auszahlung der Staatsbeiträge an die Gemeinden für die Zusatzleistungen zur AHV/IV sowie Abrechnung mit dem Bund
- A4 Auszahlung der Familienzulagen für Nichterwerbstätige an die Familienausgleichskassen des Kantons Zürich. Vergütung der Durchführungsentschädigung sowie Kontrolle der jährlichen Revisionsberichte der Familienausgleichskassen
- A5 Aufsicht, Bewilligung und Subventionierung von Sozialen Einrichtungen für Erwachsene

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Unterstützungsanzeigen im Bereich öffentliche Sozialhilfe	A1	5643	6000	4876	-1124	-18.7
L2	Vom Bund zugewiesene Asylsuchende	A2	2073	3300	1395	-1905	-57.7
L3	Fürsorgeabhängige Asylsuchende im Kanton Zürich	A2	4000	4000	2747	-1253	-31.3
L4	Plätze in Invalideneinrichtungen mit Leistungsvereinbarung	A5	10019	10104	10019	-85	-0.8
L5	Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV	A3	49050	49350	49654	304	0.6
L6	Fälle im Bereich Familienzulagen für Nichterwerbstätige	A4	4376	4300	4435	135	3.1
B1	Auslastungsgrad Asylunterkünfte, in %	A2	90	90	90	0	
B2	Auslastungsgrad Invalideneinrichtungen mit Leistungsvereinbarungen, in %	A5	95	96	95	-1	
W1	Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an Soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen, in Mio. Franken	A1, A2, A3, A4, A5	1083	1084.9	1089	4.1	0.4

Bemerkungen

- L1 Weniger Unterstützungsanzeigen im Bereich der öffentlichen Sozialhilfe aufgrund des Wechsels der vorläufig Aufgenommenen von der öffentlichen Sozialhilfe zur Asylfürsorge (per 1.Juli des Berichtsjahres; vgl. Sozialhilfegesetz, Änderung vom 3.4.2017)
- L2 Die Zahl der vom Bund zugewiesenen Asylsuchenden im Kanton Zürich ist rückläufig wegen gesamtschweizerisch geringerer Gesuchszahlen.
- L3 Die Anzahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden im Kanton Zürich sinkt wegen der geringeren Zuweisung von Asylsuchenden vom Bund (siehe L2) und den kürzeren Verfahrensdauern beim Bund stärker als prognostiziert.
- L6 Die Anzahl Fälle für Familienzulagen für Nichterwerbstätige ist leicht über dem Budget und Vorjahresniveau.
- W1 Der Gesamtaufwand bzw. der Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an Soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen bewegt sich auf dem Vorjahresniveau.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 5.1i Ein leistungsabhängiges Finanzierungssystem für Invalideneinrichtungen umsetzen

Im Berichtsjahr wurden mit allen beitragsberechtigten Einrichtungen gemäss IEG Leistungsvereinbarungen abgeschlossen. Damit konnte die Vereinheitlichung der leistungsorientierten Beitragssätze vorbehaltlich der in den Richtlinien definierten Ausnahmen abgeschlossen werden. Abgeschlossen 2018

RRZ 5.2a Die Mittel wirksam und wirtschaftlich einsetzen und die Zusammenarbeit der Institutionen koordinieren

Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (iiz) im Rahmen des iiz-Netzwerks Kanton Zürich (RRB Nr. Abschluss 2019 517/2014) wird gestützt auf das iiz-Konzept vom April 2014 laufend den Bedürfnissen der Partnerinstitutionen angepasst. Der Bereich iiz-Sozialhilfe bearbeitete im Berichtsjahr rund 400 Dossiers. 2019

RRZ 5.2b Die ausrichtenden Stellen, Behörden und Dritte im Bereich der Sozialhilfe beraten

Das webgestützte Sozialhilfe-Behördenhandbuch wurde aktualisiert und auch im Berichtsjahr rege besucht. Ausserdem wurden wöchentlich rund 100 telefonische und schriftliche Fachanfragen zur Sozialhilfe der Gemeinden und Dritter beantwortet. Das Kantonale Sozialamt führte in Zusammenarbeit mit dem Weiterbildungsprogramm «metier» der Sozialkonferenz des Kantons Zürich sowie auf Anfrage von Gemeinden und Dritten hin verschiedene Schulungen und Beratungssitzungen durch. Abschluss 2019 2019

RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren

Im Berichtsjahr wurde unter Federführung der Gesundheitsdirektion der Zwischenbericht erstellt. Dieser bildet die Grundlage für den von der Gesundheitsdirektion voraussichtlich per Ende des ersten Quartals 2019 zu erstellenden Abschlussbericht. Abschluss 2019 2019
Diese Massnahme wird gemeinsam mit den Leistungsgruppen Nrn. 2241, Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen, und 6000, Steuerung Gesundheitsversorgung, umgesetzt.

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	184.3	182.0	183.3	1.3	0.7

Bemerkungen R18 zu B18

- 1.3 Höherer Beschäftigungsumfang wegen befristeter Anstellungen zur Überbrückung von personellen Engpässen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	461.9	452.7	459.9	7.2	1.6
- Rückerstattung an wirtschaftliche Hilfe	136.7	118.7	146.0	27.3	23.0
- Rückerstattungen an Asylaufgaben	79.5	83.0	57.7	-25.3	-30.5
- Rückerstattungen an Zusatzleist. und Familienzulagen	230.4	235.3	241.5	6.2	2.6
Aufwand	-1 150.9	-1 143.1	-1 164.7	-21.6	-1.9
- Beiträge an wirtschaftliche Hilfe	-254.2	-232.1	-270.7	-38.6	-16.6
- Beiträge an Asylaufgaben	-83.3	-93.6	-56.0	37.6	40.2
- Beiträge an Zusatzleist. und Familienzulagen	-413.4	-426.1	-425.3	0.8	0.2
- Beiträge an Soziale Einrichtungen	-332.5	-333.1	-336.7	-3.6	-1.1
- Beiträge an Sozialversicher. des Bundes	-1.8	-2.1	-3.7	-1.6	-73.9
- Kreditübertragungen					
Saldo	-689.0	-690.4	-704.8	-14.4	-2.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen			2.4	2.4	0.0
Ausgaben	-14.4	-26.3	-21.6	4.7	18.0
- Kreditübertragungen		-3.1		3.1	100.0
Saldo	-14.4	-26.3	-19.2	7.2	27.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-14.4		Abweichungen total R18 zu B18
-14.4	A1, A2, A3, A4, A5	- Höhere Aufwendungen, u.a. bei der wirtschaftlichen Hilfe (-11.3 Mio. Franken, insbesondere für anerkannte Flüchtlinge), bei sozialen Einrichtungen, sowie interne Verrechnungen an die Gesundheitsdirektion (Prämienverbilligungen für vorläufig Aufgenommene)
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-26.3	-19.2	7.2	
- Investitionsbeiträge an soziale Einrichtungen	-21.8	-21.2	0.6	
- Diverse Sanierungen Hochbauten	-4.0	-0.3	3.7	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerungen und Projektverschiebungen
- Übrige	-0.5	2.3	2.8	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
187 836	20 143	0	167 693	-20 143

3700 Sportamt

Weil der Einfluss von Eltern auf Sporttalente für deren Sportkarriere entscheidend ist, hat das Sportamt Anfang des Berichtsjahres die «Sporteltern Toolbox» lanciert. Der Informationsordner zeigt Eltern von sporttalentierten Jugendlichen Handlungsmöglichkeiten auf und soll sie unterstützen, ihre zentrale Rolle in der Begleitung zukünftiger Spitzensportler optimal wahrzunehmen. 1 806 Toolboxes wurden von Eltern sowie von Leistungszentren und Sportschulen bereits bestellt.

Das Leiternachwuchsprogramm 1418coach ist mittlerweile ein fester Bestandteil im Ausbildungsangebot des Sportamtes und erreichte mit der Ausbildung des 1000. Jugendlichen einen Meilenstein. Insgesamt haben 1215 Zürcher Jugendliche das Ausbildungsweekend zum 1418coach absolviert. Die Evaluation von 1418coach zeigte, dass dieses bei den Vereinen grossen Anklang findet und die Ausbildung als hilfreich eingeschätzt wird. Der grösste Teil der 1418coaches will mit 18 Jahren eine Jugend+Sport-(J+S-)Leiteraus- bzw. -weiterbildung besuchen. Das Angebot an freiwilligen Sportangeboten im Kanton

Zürich ist seit der Einführung des Förderprogramms schulsport.zh vor fünf Jahren jährlich um rund 10% gewachsen und verzeichnete mit 1468 Kursen einen neuen Höchstwert. Auch J+S verzeichnet weiterhin einen erfreulichen Zuwachs an Kindern und Jugendlichen. Das Sportamt organisierte 144 Aus- und Weiterbildungskurse, um den wachsenden Bedarf zu decken. Auch die 32 Jugendsportcamps waren mit 1280 Teilnehmenden sehr gut besucht.

Die Leistungsvereinbarung mit dem Zürcher Kantonalverband für Sport, der im Berichtsjahr sein 75-Jahr-Jubiläum feierte, wurde erneuert. Damit wird die langjährige Zusammenarbeit zwischen dem Sportamt und dem Dachverband fortgesetzt.

Das zweite «Zürcher Sportfest» in Bülach war sehr gut besucht. Das Sportamt organisierte wiederum eine «Kantonale Sportkonferenz» für Gemeinden und Städte, das «Symposium Nachwuchsförderung» sowie das «Forum Sportkanton Zürich».

Aufgaben

- A1 Bearbeiten der Belange des Sportfonds zur Förderung des organisierten (Vereinssport) und ungebundenen Sports mit dem Ziel, dass sich möglichst viele Menschen im Kanton Zürich sportlich betätigen.
- A2 Fördern von Aktivitäten, damit Kinder und Jugendliche im Kanton Zürich täglich sportlich aktiv sind (Jugend+Sport).
- A3 Unterstützen von Gemeinden und Dritten bei Bau und Sanierung von Sportanlagen für eine bedarfsgerechte Abdeckung des Kantons Zürich mit Sportanlagen.
- A4 Koordinieren des kantonalen Auftritts im Bereich des ausserschulischen Sports, insbesondere bei breitenwirksamen Anlässen und bei Sport-Grossveranstaltungen.
- A5 Koordinieren der kantonalen Aktivitäten im Nachwuchsleistungssport für eine gute Vereinbarkeit von Schul- bzw. Berufsbildung und sportlicher Laufbahn sowie Fördern der Qualität der Leistungszentren im Kanton Zürich.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete Gesuche für den Bau und die Sanierung von Sportanlagen	A1, A3	67	50	69	19	38.0
L2	Bearbeitete Gesuche für Projekte und Veranstaltungen	A1, A4	115	110	113	3	2.7
L3	Abgerechnete J+S-Kurse und -Lager	A2	12369	12000	13512	1512	12.6
L4	Unterstützte freiwillige Schulsportkurse	A1, A2	1341	1200	1468	268	22.3
L5	J+S-Leiteraus- und -weiterbildungskurse	A2	141	132	144	12	9.1
L6	Kantonale Jugendsportlager	A2	34	32	32	0	0.0
L7	Bearbeitete Gesuche von Leistungszentren	A1, A5	76	75	75	0	0.0
B2	Nettoaufwand pro Einwohner, in Fr.	A1, A2, A3, A4, A5	2	2	2	0	0.0
W1	Bevölkerungsanteil der mehrmals wöchentlich sportlich Aktiven, in % (Erhebung alle fünf Jahre)	A1					
W2	Mitglieder in Sportvereinen	A1	373421	355000	373991	18991	5.3
W3	Teilnahmen an J+S-Kursen und -Lagern	A2	156386	150000	165717	15717	10.5
W4	Teilnehmende an J+S-Aus- und -Weiterbildungskursen	A2	4438	4000	4425	425	10.6
W5	Teilnehmende in Jugendsportlagern	A2	1310	1300	1280	-20	-1.5
W6	Sportliche Talente (Swiss Olympic Talent Cards)	A5	2659	2800	2908	108	3.9

Bemerkungen

- L1 Höhere Anzahl bearbeitete Gesuche für den Bau und die Sanierung von Sportanlagen wegen mehr Neubauten und Instandsetzungsarbeiten in den Gemeinden
- L3 Mehr abgerechnete J+S-Kurse und -Lager infolge Nachfragewachstum (insbesondere in den Sportarten Fussball, Tennis und Turnen), vgl. auch W3
- L4 Höhere Anzahl unterstützte freiwillige Schulsportkurse infolge Angebotsausbau in den Zürcher Gemeinden
- W1 Der Bevölkerungsanteil der mehrmals wöchentlich sportlich Aktiven liegt gemäss Erhebung 2014 bei 46%. Die nächste Erhebung erfolgt (alle 5 Jahre) 2019. Die Resultate liegen 2020 vor.
- W2 Leicht zunehmende Anzahl Mitglieder in Sportvereinen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen

- W3 Mehr Teilnahmen an J+S-Kursen und -Lagern infolge Nachfragewachstum (insbesondere in den Sportarten Fussball, Tennis und Turnen), vgl. auch L3
- W4 Mehr Teilnehmende an J+S-Aus- und -Weiterbildungskursen infolge nachfragebedingten Ausbaus des Kursangebots (vgl. auch L3 und W3)

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 5.1g Den Einstieg in den Sport erleichtern, namentlich für Kinder aus sportfernen Familien

Im schulischen Umfeld sowie im Freizeitbereich wurden weitere Massnahmen umgesetzt und neue niederschwellige Projekte unterstützt. Abschluss 2019 2019

DS 3.1b Ausbildungs- und Unterstützungsprogramm für jugendliche Hilfsleitende einführen

Das Leiternachwuchsprogramm «1418coach» für jugendliche Hilfsleiterinnen und Hilfsleiter hat sich als fester Bestandteil des Ausbildungsangebotes des Sportamtes etabliert. Abgeschlossen 2018

DS 3.1c Angebote im schulischen Umfeld fördern, damit Kinder und Jugendliche täglich sportlich aktiv sein können

Das Angebot an freiwilligen Schulsportkursen ist weiter gewachsen. Zudem haben sechs weitere Schulen das Label für sportfreundliche Schulkultur erhalten. 22 Schulen wurden rezertifiziert. Planmässig 2019

DS 3.1d Teilnehmerintensive, insbesondere wiederkehrende Sportveranstaltungen als Anreize für regelmässige sportliche Aktivitäten stärken

Bei der Beitragsbemessung für die Unterstützung von Sportveranstaltungen werden die Anzahl der Teilnehmenden sowie die wiederkehrende Durchführung speziell berücksichtigt. Die Anzahl unterstützter Veranstaltungen hat sich erneut erhöht. Planmässig 2019

3700 3a Sanierung und Erweiterung Sportzentrum Kerenzerberg (Projekt Silhouette)

Der Spatenstich für den Ausbau und die Erneuerung des kantonalen Sportzentrums Kerenzerberg ist erfolgt. Planmässig 2021

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	14.6	14.2	14.6	0.4	3.0

Bemerkungen R18 zu B18

0.4 Zusätzliche, befristete Anstellungen für Vertretungen während Mutterschaftsurlaub

Finanzierung

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	1.7	1.6	1.9	0.3	21.9
Aufwand	-4.8	-4.7	-5.0	-0.4	-7.7
- Kreditübertragungen					
Saldo	-3.1	-3.1	-3.1	-0.0	-0.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo		0.0		0.0	0.0

3910 Sportfonds

Aus dem kantonalen Anteil am Ertrag der Genossenschaft Interkantonale Landeslotterie Swisslos wurden dem Sportfonds rund 23,9 Mio. Franken zugewiesen. Dies entspricht 30% des Ertragsanteils. Insgesamt wurden Beiträge von rund 19,3 Mio. Franken zur Unterstützung des Jugend-, Breiten- und Amateursports ausbezahlt: Fr. 5242900 an 68 Sportanlagen, Fr. 1199800 für Förderbeiträge im Nachwuchsleistungssport, Fr. 1887078 (einschliesslich Fr. 1007287 J+S-Beiträge) an 1468 «schulsport.zh»-Kurse, Fr. 250000 an den Kantonalverband Zürich für Sport in der Schule für 135 Schülerturniere und -meisterschaften, Fr. 763000 an 87 Sportveranstaltungen, Fr. 224800 an 24 Sportprojekte, Fr. 168892 für «1418coach», Fr. 53000 an 15 Schulen mit dem Label für sportfreundliche Schulen und Fr. 8329836 an den Zürcher Kantonalverband für Sport für seine Mitgliederverbände

und -vereine. Der Betrieb des kantonalen Sportzentrums Kerenzerberg und somit die vergünstigte Nutzung für Zürcher Sportlerinnen und Sportler wurde mit Fr. 1133786 unterstützt. Der Bau und der Unterhalt des Sportzentrums belasteten den Fonds (einschliesslich Zinsen und Abschreibungen) mit 2,7 Mio. Franken. Das Sportzentrum beherbergte 4301 Anlässe und Kurse mit 29183 Übernachtungen. Im Dezember des Berichtsjahres erfolgte der Spatenstich für den Ausbau und die Erneuerung des Sportzentrums Kerenzerberg. Das Projekt «Silhouette» sieht den Neubau einer Dreifachsporthalle mit integriertem Werkhof vor. Zudem wird das über vierzigjährige Unterakunftsgebäude rückgebaut und durch einen neuen, grösseren Unterakunfts- und Schulungstrakt ersetzt. Die Bauarbeiten sollten bis 2021 abgeschlossen sein.

Aufgaben

A1 Einsatz/Verwendung der Gelder des kantonalen Sportfonds zur Förderung des Jugend-, Breiten- und Amateursports (Beiträge an Sportorganisationen, Gemeinden und Private [vor allem Sportveranstaltungen, Kurse, Sportmaterial, Sportanlagen und Sportprojekte]; Betrieb des Sportzentrums Kerenzerberg, Filzbach GL)

Fonds

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	88.2	83.9	90.4	6.5	7.7

Bemerkungen R18 zu B18

- 6.5 Erhöhung des Fondsbestandes gegenüber dem Budget aufgrund Mehrertrag aus Reingewinn der Swisslos und höherer Bundesbeiträge sowie noch nicht eingereichter Abrechnungen für zugesicherte Beiträge. Der Fondsbestand erhöht sich gegenüber dem Vorjahr (88.2 Mio. Franken) um 2.2 Mio. Franken und beträgt am 31. Dezember 2018 neu 90.4 Mio. Franken. In diesem Betrag enthalten sind rund 34 Mio. Franken Immobilienbestand des Sportzentrums Kerenzerberg (SZK) sowie rund 29 Mio. Franken offene Verpflichtungen zu bewilligten, von Gemeinden und Dritten noch nicht abgerechneten Baubeiträgen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	27.1	27.3	25.0	-2.3	-8.4
- Swisslos	26.1	23.0	23.9	0.9	4.0
- Zinsen		0.0		0.0	0.0
- Entnahme Bestandeskonto		4.3		-4.3	-100.0
Aufwand	-27.1	-27.3	-25.0	2.3	8.4
- Beiträge	-20.1	-24.0	-19.3	4.7	19.7
- Einlagen in Bestandeskonto	-4.0		-2.2	-2.2	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.1				
Ausgaben	-6.2	-11.6	-3.8	7.8	67.6
- Kreditübertragungen		-1.7		1.7	100.0
Saldo	-6.1	-11.6	-3.8	7.8	67.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R18 zu B18
	A1	- Statt der budgetierten Fondsentnahme (-4.3 Mio. Franken) war eine Fondseinlage (-2.2 Mio. Franken) möglich, u.a. wegen weniger ausbezahlter Beiträgen (4.7 Mio. Franken, noch nicht eingereichte Projektrechnungen) sowie höherer Erträge (1.9 Mio. Franken; Bundesbeitrag für schulsport.zh-Pauschale und Swisslos)
0.0		- Übrige Abweichungen

Sicherheitsdirektion Leistungsgruppe 3910

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-11.6	-3.8	7.8	
- Fondsfinanziertes für Erweiterung und Anpassung des Sportzentrums Kerenzerberg (Projekt Silhouette)	-8.3	-2.8	5.5	- Minderausgaben aufgrund Änderungen im Projektverlauf; Baustart (Baugrube und Rohbau Sporthalle 4) erfolgte erst im Dezember 2018
- Übrige	-3.3	-1.0	2.3	

3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht

Gemäss Bundesverfassung erhalten die Kantone 10% des Reinertrags aus der Besteuerung der gebrannten Wasser für die Bekämpfung des Alkoholismus. Diese Mittel sind für die Bekämpfung der Ursachen und Folgen von Suchtproblemen zu verwenden. Beiträge gingen an verschiedene Einrichtungen im Präventions- und Behandlungsbereich (Alkoholberatungsstellen). Die Leistungsabgeltung an die Alkoholberatungsstellen erfolgte auf der Grundlage von Berechnungen des Schweizer Instituts für Sucht- und Gesundheitsforschung. Der Fondsbestand wird durch zusätzliche jährliche Ausschüttungen von Fr. 300 000 an die Alkoholberatungsstellen über einen Zeitraum von bis zu acht Jahren schrittweise auf die Hälfte des Bestandes 2012 gesenkt (vgl. Vorlage 4945).

Nach der Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten erhalten die Kantone 0,5% des Bruttospielertrags der Lotterieunternehmen. Diese Mittel sind zur Prävention und Bekämpfung von Spielsucht zu verwenden (Art. 18 der Interkantonalen Vereinbarung). Der Regierungsrat hat mit Beschluss vom 4. Dezember des Berichtsjahres (RRB Nr. 1181/2018) der Weiterführung des Zentrums für Spielsucht bis Ende 2021 zugestimmt. Das Zentrum wird vom Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention der Universität Zürich fachlich begleitet. Im Berichtsjahr wurde mit Safer Gambling ein digitaler Selbstcheck des persönlichen Spielverhaltens lanciert.

Aufgaben

- A1 Der Alkoholfonds dient der Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen und richtet finanzielle Beiträge an öffentliche und private Institutionen aus. Übertrag von Mitteln an die Erfolgsrechnung der Gesundheitsdirektion (Bereich Prävention)
- A2 Der Lotteriespielsuchtfonds dient der Bekämpfung der Spielsucht im Lotterie- und Wettbereich in ihren Ursachen und Wirkungen. Er richtet finanzielle Beiträge an die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht und an Institutionen aus.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstellen (Vorjahreswert), in Fr.	A1	35.1	37.6	37.5	-0.1	-0.3
B1	Bestand Alkoholfonds, in % der jährlichen Ausgaben	A1	67	65	61.3	-3.7	
W1	Erfüllung der Grundvoraussetzungen durch die Alkoholberatungsstellen gemäss kantonalem Behandlungskonzept, in %	A1	100	100	99	-1	
W2	Erfüllung der Grundvoraussetzungen für die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht, in %	A2	100	100	100	0	

Bemerkungen

- B1 Der Bestand des Alkoholfonds in % der jährlichen Ausgaben hat sich gegenüber dem Vorjahr reduziert wegen geringeren Fondsbestandes (vgl. Vorlage 4945).

Fonds

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	5.4	4.9	5.0	0.1	2.0

Bemerkungen R18 zu B18

- 0.1 Erhöhung des Fondsbestandes gegenüber dem Budget aufgrund geringerer Fondsentnahme im Alkoholfonds. Der Fondsbestand reduziert sich gegenüber dem Vorjahr (5.4 Mio Franken) um je 0.2 Mio Franken im Alkohol- und Lotteriespielsuchtfonds.
Total Fondsbestand am 31. Dezember 2018 (gerundet): 4.96 Mio. Franken, davon:
Alkoholfonds (gerundet): 2.93 Mio. Franken
Lotteriespielsuchtfonds (gerundet): 2.03 Mio. Franken

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5.4	5.4	5.6	0.2	3.8
Alkoholfonds:					0.0
- Anteil am Eid. Alkoholmonopol	4.4	4.3	4.5	0.2	5.8
- Zinsen aus Bestandeskonto		0.0		0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.3	0.3	0.2	-0.1	-24.6
Lotteriespielsuchtfonds:					0.0
- Anteil aus Bruttospielerträgen d. Lotterieuunternehmen	0.7	0.6	0.6	0.1	10.1
- Zinsen aus Bestandeskonto		0.0		0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.0	0.3	0.2	-0.0	-10.0
Aufwand	-5.4	-5.4	-5.6	-0.2	-3.8
Alkoholfonds:					0.0
- Betriebsbeiträge	-2.6	-2.5	-2.7	-0.2	-7.2
- Übertrag an GD/Prävention Alkoholismus	-2.0	-2.0	-2.0	0.0	0.5
- Einlagen in Bestandeskonto					
Lotteriespielsuchtfonds:					0.0
- Dienstleistung Dritter		-0.2	-0.1	0.1	50.0
- Betriebsbeiträge	-0.7	-0.7	-0.7	-0.1	-13.7
- Einlagen in Bestandeskonto					
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R18 zu B18
	A1	- Alkoholfonds: Höhere Erträge am Anteil des Alkoholzehntels verbunden mit leicht höheren Betriebsbeiträgen haben eine geringere Fondsentnahme zur Folge.
0.0		- Übrige Abweichungen

3930 Schutzraumfonds

Für nicht erstellte Schutzräume im Sinne von Art. 46 des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) flossen im Berichtsjahr Ersatzbeiträge von rund 7,0 Mio. Franken (Vorjahr: 5,9 Mio.) in den kantonalen Schutzraumfonds (§22a Zivilschutzgesetz). Das Amt für Militär und Zivilschutz entschädigte die Gemeinden für das Inkasso der Ersatzbeiträge im Umfang von Fr. 140 200 (Vorjahr: Fr. 128 800) gemäss §27 Abs. 2 des Kantonalen Zivilschutz-

verordnung (KZV). Im Rahmen von Planungsarbeiten wurde ein Betrag von rund Fr. 4500 ausbezahlt. Weitere Ausschüttungen wurden nicht vorgenommen, da die Gemeinden zurzeit noch über genügend Mittel aus früheren Ersatzbeiträgen verfügen für die Finanzierung der öffentlichen Schutzräume, die Erneuerung von privaten Schutzräumen sowie für weitere Zivilschutzmassnahmen (vgl. KZV, Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 18. Januar 2012, Abs. 3).

Aufgaben

- A1 Der Kanton führt einen Schutzraumfonds, der aus Ersatzbeiträgen für nicht erstellte Schutzräume im Sinne von Art. 46 des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG) gespeisen wird. Das Amt für Militär und Zivilschutz verwendet die Mittel gestützt auf Art. 47 BZG, Art. 22 Zivilschutzverordnung (ZSV) und § 28 der Kantonalen Zivilschutzverordnung (KZV) für die Finanzierung der öffentlichen Schutzräume der Gemeinden, die Erneuerung privater Schutzräume sowie für weitere Zivilschutzmassnahmen.

Fonds

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	39.6	45.8	46.5	0.7	1.6

Bemerkungen R18 zu B18

- 0.7 Erhöhung des Fondsbestandes gegenüber dem Budget, v.a. dank höherer Ersatzbeiträge der Bauherren. Der Fondsbestand erhöht sich gegenüber dem Vorjahr (39.6 Mio. Franken) um 6.9 Mio. Franken und beträgt am 31. Dezember 2018 neu 46.5 Mio. Franken.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5.9	6.5	7.0	0.5	7.8
- Ersatzbeiträge d. ersatzpflichtigen Bauherren an Gemeinden	5.9	6.5	7.0	0.5	7.8
- Zinsen		0.0		0.0	0.0
- Entnahme Bestandeskonto		0.0		0.0	0.0
Aufwand	-5.9	-6.5	-7.0	-0.5	-7.8
- Kostenbeiträge/Entschädigungen an Gemeinden	-0.2	-0.4	-0.1	0.2	59.8
- Abschreibungen und Zinsen		0.0		0.0	0.0
- Einlagen in Bestandeskonto	-5.8	-6.1	-6.9	-0.7	-11.8
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo		0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R18 zu B18
0.0	A1	- Höhere Fondseinlage (-0.7 Mio. Franken), u.a. dank höherer Ersatzbeiträge der Bauherren
		- Übrige Abweichungen

04

Finanzdirektion

Überblick	86
Legislaturziele	88
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	88
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	88
Finanzierung	90
Übersicht	90
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	90
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	91
Personal- und Lohnstatistik	91
Beschäftigungsumfang	91
Lohnaufwand	91
Anstellungsverhältnisse	92
Parlamentarische Vorstösse	92
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	92
Leistungsgruppen	93
4000 Generalsekretariat FD	93
4100 Finanzverwaltung	95
4300 Amt für Tresorerie	98
4400 Steuern Betriebsteil	99
4500 Personalamt	103
4600 Direktionsübergreifende Informatik	106
4610 Amt für Informatik	107
4700 Drucksachen und Material	109
4910 Steuererträge	111
4921 Schadenausgleich	112
4930 Kapital- und Zinsendienst Staat	113
4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen	114
4960 Nationaler Finanzausgleich	115
4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen	116
4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich	117

Überblick

Kompromiss der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) zum Nationalen Finanzausgleich (NFA)

An der Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) vom Juni des Berichtsjahres haben 22 Kantone einem Massnahmenpaket zur Optimierung des nationalen Finanzausgleichs (NFA) zugestimmt. Der Bundesrat unterstützt die Forderungen der Kantone und hat eine entsprechende Botschaft im September des Berichtsjahres an das Parlament verabschiedet. Der Finanzdirektor hatte sich im Vorfeld stark für eine ausgewogene Reform im Sinne eines landesweiten Kompromisses eingesetzt.

Die Dotation des Ressourcenausgleichs soll künftig über einen bedarfsorientierten Automatismus gesteuert werden. 2019 erreichte der ressourcenschwächste Kanton eine Ressourcenausstattung von 88,2% des Schweizer Durchschnitts, was deutlich über dem anzustrebenden Zielwert gemäss geltender gesetzlicher Regelung (FiLaG) von 85% liegt. Als Kompromiss haben sich die Kantone auf eine garantierte Ausstattung von 86,5% geeinigt. Zudem soll der Abbau der Überdotation schrittweise von 2020 bis 2022 erfolgen. Die frei werdenden Bundesmittel im Umfang von 280 Mio. Franken sollen weiterhin an die Kantone fliessen: Die eine Hälfte soll dauerhaft zur besseren Abgeltung der soziodemografischen Sonderlasten (SLA) verwendet werden. Die andere Hälfte soll als Übergangshilfe zur Abfederung des Systemwechsels an die ressourcenschwachen Kantone fliessen.

Mit dem Optimierungsvorschlag werden zentrale und langjährige Anliegen des Kantons Zürich eingelöst. Der Ständerat hat dem Gesamtpaket in der Wintersession des Berichtsjahres zugestimmt. Die Schlussabstimmung ist in der Sommersession 2019 vorgesehen.

Erarbeitung der kantonsinternen Umsetzung der Steuervorlage 17 (SV17)

Der Regierungsrat hat am 19. September des Berichtsjahres die Vorlage zur Umsetzung der Steuervorlage 17 (SV17) verabschiedet und an den Kantonsrat überwiesen. Die Erarbeitung der kantonalen Umsetzungsvorlage zur SV17 erfolgte parallel und abgestimmt auf die Beratungen der Bundesvorlage in den eidgenössischen Räten. Das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) wurde von den eidgenössischen Räten am 28. September verabschiedet. Die Bundesvorlage und die kantonale Umsetzung sollen bereits am 1. Januar 2020 in Kraft treten.

Der Regierungsrat will einerseits die heute speziell besteuerten Gesellschaften (Holdings, gemischte Gesellschaften, Finanzierungsgesellschaften usw.) mit einer breiten Auswahl an neuen steuerlichen Instrumenten im Kanton halten (Abzug für Eigenfinanzierung, Zusatzabzug für Forschung und Entwicklung, Patentbox, Entlastungen beim Eigenkapital). Um die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich auch bei den ordentlich besteuerten Gesellschaften zu erhalten, plant der Regierungsrat andererseits eine moderate und etappierte Senkung des Gewinnsteuersatzes von 8 auf 7% (ein Jahr nach Inkrafttreten der SV17) und von 7 auf 6% zwei weitere Jahre später. Damit würde die Gesamtsteuerbelastung der Unternehmen von heute 21,15 auf dann zumal 18,19% sinken (Bundes-, Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuer zusammen). Gemäss einer Schätzung führt die Steuervorlage 17 (einschliesslich der Senkung des Gewinnsteuersatzes von 8 auf 6%) für den Kanton zu Mindererträgen von 205 und für die

Gemeinden von 195 Mio. Franken. Die Mindererträge der Gemeinden werden aber praktisch ausgeglichen, weil der Kanton den um rund 180 Mio. Franken erhöhten kantonalen Anteil an der direkten Bundessteuer vollumfänglich den Gemeinden zur Verfügung stellt (über einen höheren kantonalen Anteil an den Zusatzleistungen, über den Finanzausgleich und mit einem Übergangsausgleich für besonders betroffene Gemeinden und Städte).

Personalpolitische Schwerpunkte 2016–2019

Die personalpolitischen Schwerpunkte 2016–2019 (RRB Nr. 1231/2016) umfassen drei Massnahmen:

- HR 2020: Es wurden insbesondere Gefässe der direktionsübergreifenden Zusammenarbeit definiert und ein einheitliches Rollenverständnis im Bereich HR erarbeitet.
- Stellenplan: Das Projektteam hat Vergleiche mit anderen öffentlichen Verwaltungen und der Privatwirtschaft angestellt und mögliche Varianten erarbeitet. Diese wurden in einem Bericht dargestellt, auf Umsetzbarkeit und Nutzen bewertet und eine Variante zur Umsetzung empfohlen.
- Kompetenzmodell 2020: Es wurde ein Prototyp erarbeitet und bereits eine erste Validierung bei ausgewählten internen Führungskräften durchgeführt.

Die Arbeitsergebnisse werden dem Regierungsrat im ersten Quartal 2019 vorgestellt.

Im Berichtsjahr wurde zudem direktionsübergreifend und unter Leitung des Personalamtes in verschiedenen Workshops mit der Erarbeitung der neuen Personalstrategie 2019–2023 begonnen. Diese umfasst auch die HR-IT-Strategie und soll dem Regierungsrat zu Beginn der neuen Legislaturperiode vorgelegt werden.

HR-IT-Weiterentwicklung

Im Berichtsjahr wurde der Rollout des E-Dossiers für die Direktionen mehrheitlich abgeschlossen. Das umfasste insbesondere das Initialscanning von rund 40 000 bestehenden Dossiers. Auch das Projekt «Einheitliches Organisationsmanagement (OM)» konnte abgeschlossen werden. Die Weisung zum OM wurde umgesetzt und damit die Grundlage für Auswertungen, Berechtigungsvergaben und Zugriffsregelungen im E-Dossier geschaffen. Weiter wurde in zwei Direktionen das HR-Informationsportal eingeführt. Dieses ermöglicht den Vorgesetzten die Einsichtnahme in Unterlagen ihrer Mitarbeitenden und auch das Erstellen von eigenen Auswertungen. Der Rollout in die übrigen Direktionen wird nach deren Bedürfnissen im nächsten Jahr erfolgen. Im Projekt Evaluation SAP-HCM-Standard für Mehrfachanstellungen wurden die Grundlagen für die zukünftige HR-IT-Roadmap erarbeitet. Diese wird – in Abstimmung mit der neuen Personalstrategie 2019–2023 – festgelegt.

Programm zur Umsetzung der IKT-Strategie

Noch 2017 hatte der Regierungsrat die Eckwerte für die neue kantonale Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) festgelegt (RRB Nr. 780/2017). Gestützt darauf ist die neue IKT-Strategie und deren Umsetzungsplanung im Amt für Informatik (AFI) mit der Unterstützung eines externen Beratungsunternehmens erarbeitet worden. Im April des Berichtsjahres hat der Regierungsrat die neue IKT-Strategie festgesetzt und auf den 1. Juli in Kraft gesetzt (RRB Nr. 383/2018). In einem ersten Schritt zur Umsetzung der IKT-Strategie ist

das Gremium «Operative Informatiksteuerung (OIS)» besetzt und dessen Arbeit in einem Geschäftsreglement geregelt worden. Die OIS hat ihre Arbeit im Oktober des Berichtsjahres aufgenommen. Parallel dazu hat auch das strategische Gremium «Steuerung Digitale Verwaltung und IKT (SDI)» mit seiner Arbeit begonnen.

In einem weiteren Schritt ist die externe Unterstützung der Programmleitung öffentlich ausgeschrieben und im Dezember vom Regierungsrat vergeben worden. Zudem ist das externe Qualitäts- und Risikomanagement im Einladungsverfahren gesucht worden. Der Qualitäts- und Risikomanager unterstützt den Finanzdirektor als Auftraggeber-Vertreter im Programm mit einer unabhängigen Beurteilung und gibt Empfehlungen für Massnahmen zur Erreichung der Programm- und Projektziele ab. Der Zuschlag ist Anfang 2019 vorgesehen.

Nach der Bestimmung der Projektleitenden sind prioritär die Arbeiten in den Projekten Organisation, Steuerungs- und Führungsprozesse, Aufbau- und Ablauforganisation AFI sowie Digitaler Arbeitsplatz aufgenommen worden.

Ausweitung der Nutzung des elektronischen Geschäftsverkehrs

Nachdem die Finanzdirektion im Bereich des Steuer-, Finanz- und Rechnungswesens schon seit einiger Zeit auf elektronische Verfahren setzt (z.B. im Bereich der E-Rechnungen), hat sie im Berichtsjahr ihre internen Geschäftsprozesse weitestgehend auf eine elektronische Grundlage gestellt.

Seit dem Berichtsjahr wird der Grossteil der direktionsinternen und der direktionsübergreifenden Geschäftsprozesse der Finanzdirektion nur noch elektronisch und ohne Medienbrüche gesteuert.

Ein weiterer Schritt wird im kommenden Jahr sein, im Generalsekretariat auch die Voraussetzungen für eine elektronische Archivierung zu schaffen. Damit wird die Finanzdirektion einen weiteren Beitrag zur kantonsinternen Digitalisierung der Betriebs- und Supportprozesse leisten.

Unterwegs im Interesse des Kantons

Die Finanzdirektion und ihr Vorsteher waren im Berichtsjahr besonders stark mit externen Aufgaben im Interesse des Kantons Zürich engagiert. So war der Finanzdirektor in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), deren Leitendem Ausschuss er als Vertreter des Kantons Zürich angehört, massgeblich daran beteiligt, dass für die Reform des nationalen Finanz- und Lastenausgleichs (NFA) im Einvernehmen mit einer grossen Mehrheit der Nehmerkantone ein Kompromiss für eine Reform gefunden werden konnte. Auf sein Betreiben war es auch zurückzuführen, dass die Finanzdirektorenkonferenz (FDK), dessen Vorstand er angehört, dem Zürcher Anliegen für einen fakultativen Eigenfinanzierungsabzug auf Kantonsebene in der Steuervorlage 17 (SV17) schliesslich zugestimmt hat – die Ergänzung fand zuletzt erfreulicherweise auch in den eidgenössischen Räten eine Mehrheit. Hinzu kamen rund 60 grössere Auftritte des Finanzdirektors, mehrheitlich im Kanton Zürich, für die ihn vor allem das Generalsekretariat, die Finanzverwaltung und das Steueramt unterstützten. Dazu zählten unter anderem auch ein Empfang einer hochrangigen Delegation aus der chinesischen Partnerprovinz Chongqing in Zürich und ein Informationsbesuch des Finanzministers von New South Wales, der sich gemeinsam mit einer Delegation des grössten australischen Bundesstaates in der Finanzdirektion über die Finanzierung der Schwei-

zer Kantone und den nationalen Finanz- und Lastenausgleich ins Bild setzen liess.

Endphase Programm ZüriPrimo

Der Regierungsrat legte mit Beschluss Nr. 307/2004 die strategische Ausrichtung für das Vorhaben «ZüriPrimo» (Projekt Informatik mit Organisation) fest. Mit «ZüriPrimo» wird ein System verwirklicht, das eine umfassende und integrierte Ausrichtung des Prozesses «Steuern erheben» vorsieht. Das Vorhaben «ZüriPrimo» umfasst die Programmführung sowie zwölf Realisierungseinheiten, die inhaltlich und zeitlich eng aufeinander abgestimmt sind.

Das Programm befindet sich Ende des Berichtsjahres in der Endphase. Die inhaltlichen Ziele des umfassenden IT-Vorhabens wurden laufend hinsichtlich Gesamtzielsetzung, Wirtschaftlichkeit und veränderter Rahmenbedingungen überprüft und bei Bedarf angepasst. Der 2006 auf 126,7 Mio. Franken reduzierte Programmkreditrahmen wird unterschritten.

Zwei der zwölf Realisierungseinheiten, die Ersatzbeschaffungen der Systeme für den Bezug der Quellensteuer ausländischer Arbeitnehmer und der direkten Bundessteuer, waren zum Zeitpunkt des ursprünglich geplanten Programmabschlusses Ende des Berichtsjahres noch nicht vollständig eingeführt. Deshalb verlängert sich auch die Programmführung um ein Jahr, und «ZüriPrimo» wird voraussichtlich 2019 vollständig abgeschlossen.

Lernmanagementsystem

Das Personalamt hat im Berichtsjahr ein Projekt zur Einführung eines neuen Learning Management Systems (LMS) gestartet. Das LMS wird sowohl die administrativen und organisatorischen Prozesse im Rahmen von Seminaren als auch deren methodische Umsetzung (z. B. E-Learning) unterstützen. Es muss ausserdem «mandantenfähig» sein, damit neben dem Personalamt auch weitere Verwaltungseinheiten das LMS nutzen können. Zunächst wurden mit einer Vorstudie die Prozesse und Anforderungen an ein LMS überprüft und definiert. Dann wurde direktionsübergreifend eine Bedarfsanalyse durchgeführt und das Pflichtenheft sowie der Anforderungskatalog erstellt. Auf dieser Grundlage wurde sodann zusammen mit der Baudirektion und dem Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) eine Submission durchgeführt und der Zuschlag noch Ende des Berichtsjahres erteilt. Die Einführung des Systems im Personalamt, in der Baudirektion und im AWA ist auf das dritte Quartal 2019 geplant. Weitere Verwaltungseinheiten können sich jederzeit dieser Kantonsapplikation anschliessen.

Aufbau Amt für Informatik

Das neu gegründete Amt für Informatik startete Anfang des Berichtsjahres mit der Überführung des Kompetenzzentrums SAP der Finanzverwaltung und der KITT-Geschäftsstelle. Im ersten Halbjahr lag der Fokus auf der Schaffung der nötigen Grundlagen im Bereich Organisation, Personal, Berichtswesen und Technologiekompetenz. Letztere wurde als Konsequenz der Verabschiedung des Umsetzungsplans der IKT-Strategie durch den Regierungsrat im April des Berichtsjahres beschlossen und bereits zur Jahresmitte mit der erfolgreichen Überführung der IKT-Grundversorgung der Baudirektion und der Staatskanzlei umgesetzt. Damit konnte sichergestellt werden, dass das AFI von der Erfahrung der Baudirektion in der Grundversorgung profitiert.

Legislaturziele

Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG

bis

RRZ 9.3 Das Steuersubstrat ist durch Erhalt der Position im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb gesichert.

RRZ 9.3a	Die Steuerreform 17 (SV 17) nach Verabschiedung durch die eidgenössischen Räte umsetzen und dabei die Konkurrenzfähigkeit des Kantons erhalten	4400	2019
RRZ 9.3b	Das Steuermonitoring betreffend natürliche und juristische Personen im bisherigen Rahmen weiterführen	4400	2019
RRZ 9.3c	Eine Steuerstrategie formulieren unter Berücksichtigung des Monitorings und in Abhängigkeit von der Steuerreform 17 (SV 17) sowie unter Berücksichtigung der Entwicklungen in anderen Kantonen, auf nationaler und internationaler Ebene	4400	2018

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG

bis

RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.

RRZ 10.1c	Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	4100	2019
RRZ 10.1d	Erarbeitung der Informatikstrategie 2018-2020 mit der Stossrichtung Standardisierung, Professionalisierung und Automatisierung der direktionsübergreifenden IT-Services sowie der Stossrichtung Voraussetzung schaffen für die komplette Digitalisierung in den Direktionen	4610	2019
RRZ 10.1g	Die direktionsübergreifenden Personaladministrationsprozesse standardisieren, dokumentieren und umsetzen sowie die Verantwortlichkeiten klar zuordnen. Damit die Grundlagen für weitergehende Automatisierungen und Systeme schaffen (z.B. Workflowlösungen)	4500	2018
RRZ 10.1j	Umsetzung der personalpolitischen Schwerpunkte 2016-2019 mit den Projekten HR 2020, Stellenplan als internes Steuerungsinstrument und Kompetenzmodell 2020	4500	2019

RRZ 10.2 Der Kanton Zürich hält mit der Dynamik der Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft Schritt und nutzt ihre Möglichkeiten. Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.

RRZ 10.2b	Vollständige elektronische Personaldossiers aller aktiven Personen im SAP HCM (PULS) einführen (inkl. Lohndossiers). Neue Akten nur noch elektronisch führen	4500	2018
RRZ 10.2d	Vermehrte Möglichkeiten der elektronischen Übermittlung von steuerlich relevanten Daten prüfen und umsetzen. Mit den Gemeinden eine einheitliche IT-Plattform für sämtliche Prozesse im Steuerbereich anstreben	4400	2021
RRZ 10.2j	Umsetzung der weiteren Projekte der HR Informatik Weiterentwicklung, namentlich Sicherstellung einheitliches SAP-Organisationsmanagement, HR-Informationsportal für Führungskräfte und Überführung der Absenzdaten in SAP HCM	4500	2018

RRZ 10.3 Die Interessen des Kantons in den föderalen Strukturen sind gewahrt.

RRZ 10.3c	Die Entwicklung des Steuerrechts auf Bundesebene durch Einsitz in Arbeitsgruppen und Nutzung der Vernehmlassungsrechte mitgestalten	4400	2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG

bis

FD 10.3 Abschluss des Informatikprogramms «ZüriPrimo»

FD 10.3a	Umsetzung des Informatikprojekts «ZüriPrimo»	4400	2018
FD 10.3b	Einführung Register/Veranlagung «ZüriPrimo», Realisierungseinheit RE01	4400	2018
FD 10.3c	Ablösung der Applikation Direkte Bundessteuer im Rahmen von «ZüriPrimo», Realisierungseinheit RE04	4400	2018
FD 10.3d	Ablösung der Applikation Quellensteuer im Rahmen von «ZüriPrimo», Realisierungseinheit RE07	4400	2018
FD 10.3e	Ablösung der Applikation Erbschafts-/Schenkungssteuer im Rahmen von «ZüriPrimo», Realisierungseinheit RE09	4400	2018
FD 10.3g	Programmführung «ZüriPrimo», Realisierung Liegenschaftsportfolio, Entwicklungs- und Betriebsplattform, Realisierungseinheiten RE00, RE06, RE11, RE12	4400	2018

FD 10.4 Standardisierung der Personalprozesse

FD 10.4a	Innerhalb der Finanzdirektion wird ein HR-Standardisierungsprojekt durchgeführt. In dessen Rahmen soll die Personalarbeit durch definierte HR-Dienstleistungen, die Standardisierung der Prozesse und die Vereinheitlichung der Formulare für die ganze Finanzdirektion sowie damit verbunden die Einführung IT-unterstützter Supportfunktionen markant optimiert werden.	4500	2018

FD 10.5 Optimierung der Personalinformatik in der Finanzdirektion

FD 10.5a	Evaluation der Ablösung der bisherigen SAP-HCM-Lösung (PULS) durch den SAP-Mehrfachanstellungsstandard. Damit wird die Aufgabe A5 unterstützt, insbesondere die strategische Weiterentwicklung der kantonalen HR-IT-Lösungen.	4500	2018

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	8342.0	8344.4	8413.5	69.1	0.8
Aufwand	-1124.7	-1165.3	-1106.9	58.4	5.0
- Kreditübertragungen		-9.2			
Saldo	7217.3	7179.0	7306.6	127.5	1.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	1.8	0.7	15.8	15.1	2196.9
Ausgaben	-4.9	-9.5	-1.6	7.9	83.4
- Kreditübertragungen		-2.9			
Saldo	-3.1	-8.8	14.2	23.0	261.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
127.5		Abweichungen total R18 zu B18
118.3	4930	- Höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank
57.1	4910	- Höherer Steuerertrag bei den juristischen Personen für die laufende Periode aufgrund von höheren Erträgen bei der Gewinnsteuer
49.0	4910	- Die Bundessteuereinnahmen liegen auf Vorjahresniveau. Der budgetierte Ertrag wurde zu tief prognostiziert.
33.8	4930	- Auszahlung einer Sonderdividende (+32.75 Mio. Franken) sowie höhere ordentliche Dividende (+1.02 Mio. Franken) der Flughafen Zürich AG
32.1	4910	- Höhere Verrechnungssteuererträge aufgrund des höheren Ertrages beim Bund
24.5	4910	- Höhere übrige Erträge der Staatssteuern aus Nachsteuern und Bussen (21.5 Mio. Franken) und Zinserträgen (3.0 Mio. Franken)
23.1	4910	- Höherer Ertrag bei den natürlichen Personen für die laufende Periode wegen Mehrerträgen aus der Vermögenssteuer
22.5	4950	- Der zentral eingestellte Teuerungsausgleich 2018 von 0.5% fiel in den übrigen Leistungsgruppen an.
12.7	4930	- Geringerer Zinsaufwand aufgrund tieferer Kapitalaufnahmen sowie tieferer Kapitalmarktzinsen
10.0	4930	- Höhere Gewinnausschüttung der Zürcher Kantonalbank (ZKB; B18: 220 Mio. Franken; RE18: 230 Mio. Franken)
4.7	4930	- Zinsertragsüberschuss aus Geldmarktgeschäften
4.2	4950	- Geringere Rückstellungsbildungen aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren der Universität Zürich (RE18: 3.9 Mio. Franken) als budgetiert (B18: 8.2 Mio. Franken)
4.1	4400	- Tieferer Hard- und Softwareaufwand im Steueramt aufgrund der Projektverzögerung bei den Realisierungseinheiten von «ZüriPrimo» sowie tieferer Kosten für die im Berichtsjahr abgeschlossenen Realisierungseinheiten von «ZüriPrimo». Tieferer Aufwand wegen Verschiebung des Vorhabens «einheitliche IT-Plattform im Steuerbereich und Übermittlung steuerlich relevanter Daten» und tieferer Aufwand durch die Beschränkung auf einen Release für die Veranlagungslösung.
-17.0	4950	- Tieferer kalkulatorischer Zinsertrag wegen geringerer Investitionen in den übrigen Leistungsgruppen
-27.7	4910	- Tiefere Quellensteuererträge nach Abbau des Arbeitsvorrates und aufgrund eines durchschnittlich tieferen Ertrages der quellenbesteuerten Personen
-30.0	4930	- Keine Gewinnausschüttung der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich aufgrund pender Rechtsverfahren
-30.0	4950	- Die Abschöpfung der Rotationsgewinne aus der Leistungsüberprüfung 2016 (Lü16; B18: 15 Mio. Franken) sowie aus deren Verdoppelung durch den Kantonsrat (B18: 15 Mio. Franken) musste in den übrigen Leistungsgruppen umgesetzt werden.
-59.0	4910	- Tiefere Nachträge bei den juristischen Personen für die laufende Periode (-19.9 Mio. Franken) und für die Nachträge der Steuerperioden vor 2014 (-10.9 Mio. Franken) sowie aufgrund eines höheren Korrekturbedarfs (-30 Mio. Franken); höhere Nachträge für die abzurechnende Steuerperiode 2014 (+1.1 Mio. Franken)
-103.3	4910	- Tiefere Nachträge bei den natürlichen Personen für die laufende Periode (-75.7 Mio. Franken), für die abzurechnende Steuerperiode 2014 (-10.9 Mio. Franken) und aufgrund eines höheren Korrekturbedarfs (-15.0 Mio. Franken) sowie für die Nachträge der Steuerperioden vor 2014 (-1.7 Mio. Franken)
-1.6		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R18	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	14.2			
- ZüriPrimo (LG Nr. 4400 Steueramt)	-0.2	-61.6	-58.1	-3.5
- Diverse Ersatzbeschaffungen Hard- und Software (LG Nr. 4400 Steueramt)	-1.1			
- Amortisation des Darlehens durch die Zurich International School Wädenswil (LG Nr. 4930 Kapital- und Zinsendienst Staat)	0.7			
- Vorzeitige Rückzahlung des Darlehens Züspa durch die MCH Group AG (LG Nr. 4930 Kapital- und Zinsendienst Staat)	15.0			
- HR-Informatik-Weiterentwicklung, Projekte 2016 bis 2018 (LG Nr. 4500 Personalamt)	-0.2	-0.8	-0.5	-0.3
- Übrige	-0.0			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
	899.5	911.0	917.6	6.6	0.7

Δ abs.	LG	Begründungen
6.6		Abweichungen total R18 zu B18
7.0	4400	- Raschere Wiederbesetzung vakanter Stellen und weitere Beschäftigung von Aushilfen
3.2	4500	- Stellenüberschneidungen und Überbrückung personeller Engpässe, einerseits wegen Personalausfällen (wie Krankheit und Mutterschaft), andererseits aufgrund zusätzlicher Projektarbeiten
2.5	4610	- Aufbau des IKT-Programms und weitere Anstellungen innerhalb des Stellenplans für den Aufbau des Amtes für Informatik
0.8	4000	- Eine Anstellung ist systemseitig fälschlicherweise bereits im Jahr 2018 dem Generalsekretariat zugeordnet worden (+1.0), und Beschäftigungsgrad-Reduktionen (-0.2)
-7.6	4700	- Verzögerungen bei Wiederbesetzungen (-4.1) sowie vorläufiger Verzicht zur Besetzung von vakanten Stellen (-3.5)
0.7		- Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
4000 Generalsekretariat FD	-2139	-1963	-1 943	20	1.0
4100 Finanzverwaltung	-8252	-5312	-5 044	268	5.0
4300 Amt für Tresorerie	-601	0	0	0	
4400 Steuern Betriebsteil	-80895	-82956	-81 469	1487	1.8
4500 Personalamt	-8674	-8828	-9 155	-327	-3.7
4600 Direktionsübergreifende Informatik	-1 053	0	0	0	
4610 Amt für Informatik	0	-6255	-5 608	647	10.3
4700 Drucksachen und Material	-3988	-4251	-3 632	619	14.6
4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen	0	11 800	0	-11 800	-100.0
4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen			251	251	
Total	-105 602	-97 765	-106 600		

Bemerkungen

- 4100 Tiefere Personalkosten aufgrund von Vakanzen in zwei Abteilungen
- 4500 Stellenüberschneidungen und Überbrückung personeller Engpässe, einerseits wegen Personalausfällen (wie Krankheit und Mutterschaft), andererseits aufgrund zusätzlicher Projektarbeiten
- 4610 Erst spät im Berichtsjahr eingestellte SAP-Spezialisten
- 4700 Verzögerungen bei Wiederbesetzungen sowie vorläufiger Verzicht zur Besetzung von vakanten Stellen
- 4950 Die zentral eingestellten Korrekturen aus der Abschöpfung der Rotationsgewinne (Lü16 [+15 Mio. Franken] und Verdoppelung durch Kantonsrat [+15 Mio. Franken]) und der Gewährung des Teuerungsausgleichs von 0.5% (-18.2 Mio. Franken von insgesamt 22.5 Mio. Franken Teuerungsausgleich) müssen durch andere Leistungsgruppen umgesetzt werden bzw. fallen bei diesen an.
- 4970 Auflösung der nicht mehr benötigten Rückstellungen aus Sozialplänen des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 06 (MH06; Anteil an der Gesamtauflösung von insgesamt Fr. 277 022)

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2018)

		Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
4000	Generalsekretariat FD	15	6	9	11	4
4100	Finanzverwaltung	54	32	22	36	18
4400	Steuern Betriebsteil	789	369	420	622	167
4500	Personalamt	57	43	14	33	24
4610	Amt für Informatik	65	18	47	54	11
4700	Drucksachen und Material	36	8	28	32	4
	Total	1016	476	540	788	228

Parlamentarische Vorstösse

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
135/2017	Elektronisches Büro im Steueramt (Postulat Michael Zeugin, Winterthur, Sonja Gehrig, Urdorf, und Christoph Ziegler, Elgg)	21.08.2017
287/2017	Organisation des Personalwesens in der kantonalen Verwaltung (Postulat Geschäftsprüfungskommission)	15.01.2018
164/2018	Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung (Dringliches Postulat Martin Hübscher, Wiesendangen, Peter Vollenweider, Stäfa, und Josef Wiederkehr, Dietikon)	27.08.2018
321/2018	Jährliche aktuelle Steuerstatistik (Postulat Hans-Jakob Boesch, Zürich, Josef Wiederkehr, Dietikon, und Stefan Schmid, Niederglatt)	03.12.2018

4000 Generalsekretariat FD

Neben den Unterstützungsleistungen zugunsten des Direktionsvorstehers sowie der Ämter war das Generalsekretariat insbesondere mit den folgenden Schwerpunkten beschäftigt:

- Der Versicherungsdienst betreute im Berichtsjahr knapp 80 Versicherungspolice. Es gingen 76 nicht versicherte Staatshaftungsfälle ein (Vorjahr: 67). Im gleichen Zeitraum wurden 54 nicht versicherte Staatshaftungsfälle erledigt (Vorjahr: 58).
- Im Berichtsjahr gingen 11 Rekurse und 5 Aufsichtsbeschwerden ein (Vorjahr: 6 bzw. 2). Im gleichen Zeitraum wurden 8 Rekurse und 4 Aufsichtsbeschwerden erledigt (Vorjahr: 13 bzw. 2).
- Im Bereich Erbschaften und Vermächtnisse einschliesslich Nachlasskonkurse konnten 41 Fälle (Vorjahr: 38) abgeschlossen werden.
- Der Entwurf eines Lotteriede- und Sportfondsgesetzes, zu dem 2017 eine Vernehmlassung durchgeführt worden war (vgl. RRB Nr. 148/2017), wurde im Berichtsjahr weiterbearbeitet.

- Auf der Grundlage der Vorarbeiten des Competence Centers IT-Sicherheit arbeitete das Generalsekretariat zusammen mit dem Amt für Informatik weiter an einer Allgemeinen Informationssicherheitsrichtlinie, auf der das künftige Informationssicherheits-Managementsystem der kantonalen Verwaltung beruhen soll.
- Der Regierungsrat setzte auf den 1. Januar des Berichtsjahres einen Verhaltenskodex zur Compliance und Korruptionsvorbeugung in Kraft (RRB Nr. 1205/2017). Diesen unmittelbar anwendbaren Standard führten die Direktionen, die Staatskanzlei, die Bezirksverwaltung und die unselbständigen Anstalten im Berichtsjahr ein. Dabei stand ihnen der Compliancebeauftragte, der administrativ dem Generalsekretariat angegliedert ist, unterstützend zur Verfügung.

Aufgaben

- A1 Stabsaufgaben: Unterstützung des Direktionsvorstehers, Koordinationsaufgaben gegenüber den Ämtern und anderen Direktionen sowie Dritten, Kommunikation, Compliance
- A2 Rechtsmittel: Bearbeitung von Rekursen und Aufsichtsbeschwerden gegen die Ämter der Finanzdirektion sowie von Rekursen gegen Gebührenrechnungen der Notariate
- A3 Staatshaftung und Versicherung: Bearbeitung von Staatshaftungsfällen, Abschluss und Verwaltung der Versicherungspolice, Begleitung der versicherten Schadensfälle
- A4 Sonderaufgaben: Bearbeitung von Erbschaften des Kantons, Betreuung des Salzregals, Erlass von Darlehen und Aufhebung diesbezüglicher Sicherheiten
- A5 Lotteriefonds: Bearbeitung von Beitragsgesuchen und Beitragscontrolling

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L11 Überprüfte RR-Antragsentwürfe der FD	A1		140	88	-52	-37.1
L12 Stellungnahmen zu RR-Geschäften anderer Direktionen	A1		1300	1183	-117	-9.0
L13 Erledigte Rechtsmittel	A2		15	12	-3	-20.0
L14 Erledigte nicht versicherte Haftpflichtfälle	A3		75	54	-21	-28.0
L15 Erledigte versicherte Haftpflichtfälle	A3		30	36	6	20.0
L16 Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen	A3		50	32	-18	-36.0
L17 Erledigte Erbfälle	A4		12	20	8	66.7
L18 Eingegangene Gesuche Lotteriefonds	A5		400	363	-37	-9.3
B1 Durchschnittliche Stunden pro nicht versicherten Haftpflichtfall	A3	33	30	44	14	46.7
B2 Durchschnittliche Stunden pro versicherten Haftpflichtfall	A3	5	15	3	-12	-80.0
B4 Anteil der geleisteten Stunden im Bereich A1 «Stabsaufgaben» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A1		58.8	56.4	-2.4	
B5 Anteil der geleisteten Stunden im Bereich A2 «Rechtsmittel» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A2		5.3	3.8	-1.5	
B6 Anteil der geleisteten Stunden im Bereich A3 «Staatshaftung und Versicherung» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A3		32.4	34.3	1.9	
B7 Anteil der geleisteten Stunden im Bereich A4 «Sonderaufgaben» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A4		3.5	5.6	2.1	

Bemerkungen

- L11, Diese Indikatoren sind durch das Generalsekretariat nicht beeinflussbar.
L12
L13 Da weniger Fälle eingegangen sind, wurden weniger Rechtsmittel erledigt.
L14 Es wurden weniger nicht versicherte Haftpflichtfälle erledigt.
L15 Es konnten mehr versicherte Haftpflichtfälle als geplant erledigt werden.
L16 Die Ausstellung der klinischen Zertifikate wird nicht mehr mitgezählt.
L17 Es konnten mehr Erbfälle als geplant abgeschlossen werden.
L18 Die Anzahl der Gesuche ist nicht beeinflussbar.
B1 Die Komplexität der nicht versicherten Haftpflichtfälle war höher als geplant.
B2 Die Komplexität der versicherten Haftpflichtfälle war geringer als angenommen.
B4 Die Abweichung liegt im Schwankungsbereich.
B5 Da weniger Rechtsmittel eingegangen sind, wurden weniger Fälle erledigt.
B6 Die Abweichung liegt im Schwankungsbereich.
B7 Da mehr Erbfälle abgeschlossen und Erlassgesuche bearbeitet wurden, hat sich auch dieser Anteil erhöht.
Allg. Bei Indikatoren, die sich auf Haftpflichtfälle beziehen, werden Haftpflichtfälle, die auf Verkehrsunfälle zurückzuführen sind, nicht mitgezählt.
Die Referenzwerte für die im KEF 2018–2021 neuen Indikatoren werden nicht ausgewiesen.
B6, B7 Im KEF 2018–2021 waren die Budgetwerte vertauscht. Dies wurde im vorliegenden Geschäftsbericht richtiggestellt.

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	14.5	12.8	13.6	0.8	6.1

Bemerkungen R18 zu B18

- 0.8 Eine Anstellung ist systemseitig fälschlicherweise bereits im Jahr 2018 dem Generalsekretariat zugeordnet worden (+1.0), und Beschäftigungsgrad-Reduktionen (-0.2)

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	6.0	1.6	4.8	3.2	203.7
- Übertrag aus Lotteriefonds	0.5	0.5	0.5	0.0	0.0
- Ertrag aus Erbanfällen	5.2	0.8	4.0	3.1	379.1
- Regalien	0.1	0.1	0.1	-0.0	-0.8
Aufwand	-3.3	-3.5	-3.1	0.4	11.2
- Kreditübertragungen					
Saldo	2.7	-1.9	1.7	3.6	192.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.6		Abweichungen total R18 zu B18
3.1	A4	- Höhere Erträge aus Erbfällen
0.3	A1	- Geringere Aufwände für Honorare externer Beratender (+0.3) und für Dienstleistungen Dritter (+0.1)
0.1	A1, A2, A3	- Geringfügig tieferer Personalaufwand
0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
34877	11341	0	23536	-11341

4100 Finanzverwaltung

Nach der Gründung des Amtes für Informatik und der Eingliederung des ehemaligen Amtes für Tresorerie in die Finanzverwaltung per 1. Januar wurden im Berichtsjahr weitere organisatorische Massnahmen ergriffen, um die Qualität der Ressourcenfunktionen für die gesamte Verwaltung zu stärken. In der Abteilung Controllerdienst der Finanzverwaltung, die in Zukunft als Abteilung «Steuerung Finanzhaushalt» auftritt, wurden zwei Fachbereiche gebildet. Der Fachbereich «Planung und Berichterstattung» konzentriert sich auf die finanziellen Planungsprozesse und die daraus folgenden Berichterstattungen sowie die dafür eingesetzten Systeme, während mit dem Fachbereich «Finanzrecht und Stellungnahmen» die finanzrechtliche Beratung der Verwaltungseinheiten verstärkt werden soll. In der Abteilung «Kantonales Rechnungswesen» wurde ein Applikationsmanagement für das Buchhaltungs- und Controllingmodul von SAP aufgebaut, mit dem Bestreben einer kantonsweit einheitlichen Systemweiterentwicklung. Im Buchungszentrum der Finanzverwaltung wurde das «Kompetenzzentrum Rechnungsführung (KRF)» nach einem einjährigen Probetrieb definitiv eingeführt: Es übernimmt im Auftrag anderer Verwaltungseinheiten deren Rechnungsführung, mit dem Ziel, insbesondere kleinere Verwaltungseinheiten von Back-Office-Funktionen zu entlasten und die Qualität der Rechnungsführung zu stärken.

Mit Beschluss Nr. 221/2017 beauftragte der Regierungsrat die Finanzdirektion mit der Erstellung einer langfristigen Finanz- und Investitionsplanung. Diese wurde zu Beginn des Berichtsjahres fertiggestellt und am Ende des Berichtsjahres im Hinblick auf die kommende KEF-Planung aktualisiert. Sie enthält die voraussichtlichen Investitionsvorhaben der Direktionen, der Staatskanzlei und der zu konsolidierenden Organisationen bis 2030, mit dem Ziel, dem Regierungsrat Entscheidungsgrundlagen für die Finanzplanung zu unterbreiten.

In der Abteilung Tresorerie wurden im Berichtsjahr neun Geldmarktgeschäfte mit einem Volumen von 660 Mio. Franken getätigt. Am Kapitalmarkt wurden Anleihen im Umfang von 490 Mio. Franken aufgenommen und 207 Mio. Franken zurückbezahlt. Zudem wurden 23 kurzfristige feste Vorschüsse mit einem Volumen von 3,85 Mrd. Franken und Laufzeiten zwischen 29 und 94 Tagen aufgenommen. Die Darlehen an die MCH Group AG, Basel, von 15 Mio. Franken und an das Kantonsspital Winterthur von 7 Mio. Franken wurden zurückbezahlt. Vier fällige Grundkapitaltranchen der Zürcher Kantonalbank wurden erneuert. Und es wurde ein Rahmenvertrag für die Einführung von Twint als Zahlungsmittel beim Kanton abgeschlossen.

Aufgaben

- A1 Finanzcontrollerdienst zur Vorbereitung politischer Entscheide
- A2 Führung eines leistungsfähigen Finanz- und Rechnungswesens
- A3 Operative Rechnungswesen-Dienstleistungen für die kantonale Verwaltung
- A4 Vermögensverwaltung und Tresorerie
- A5 Anlagebewirtschaftung der Legate und Stiftungen sowie des «Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie für die ZKB»

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete KR-Überweisungen	A1, A2, A3, A4	12	10	7	-3	-30.0
L5	Anfragen Kantonales Rechnungswesen	A2	1035	1000	687	-313	-31.3
L6	Bearbeitete Kreditorenbelege	A3	305272	370000	320544	-49456	-13.4
L7	Anfragen Buchungszentrum	A3	8051	6500	8430	1930	29.7
L8	Bankbelege bzw. -positionen	A3	104295	90000	94469	4469	5.0
L9	Betreute Benutzer Buchungszentrum	A3	4170	4500	3797	-703	-15.6
L23	Volumen Cash-Bewegungen, in Mrd. Fr.	A4		47	49	2	4.3
L24	Bewirtschaftete Legate und Stiftungen	A5		94	84	-10	-10.6
L25	Projekte über Fr. 100 000	A1, A2, A3, A4		5	3	-2	-40.0
L26	Stellungnahmen zu Anträgen an den Regierungsrat	A1		550	860	310	56.4
B1	Verarbeitungszeit pro Kreditorenbeleg, in Min.	A3	3.5	3.2	3.5	0.3	9.4
B3	Anteil digitale Kreditorenbelege, in %	A3		20	15	-5	
B4	Durchschnittlicher Zinssatz des ausstehenden Fremdkapitals, in %	A4		1.36	1.13	-0.23	
B5	Verwaltungskosten für Legate und Stiftungen, in %	A5		0.1	0.07	-0.03	
W2	Kreditwürdigkeit: Rating Standard & Poor's	A4		AAA	AAA		

Bemerkungen

- L1 Nicht beeinflussbar
- L5 Nicht beeinflussbar
- L6 Abweichung infolge früherer Beendigung der Leistungserbringung für die ZHAW als geplant und teilweise verspäteten Beginns der Leistungserbringung für die Direktion der Justiz und des Innern
- L7 Der Budgetwert wurde zu tief eingeschätzt. Die Einführung von automatisierten Workflows hat die Anzahl der direkten Anfragen reduziert.
- L8 Der Budgetwert wurde zu tief eingeschätzt.

- L9 Ohne Benutzer der ZHAW (Beendigung der Leistungserbringung per August 2018)
L24 Übertragungen von sieben Legaten an das Universitätsspital Zürich (USZ) und an die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK) gemäss RRB Nr. 1093/2017 sowie Auflösung von drei Legaten
L25 Mangels Ressourcen konnten zwei Projekte im Berichtsjahr nicht begonnen werden.
L26 Nicht beeinflussbar; konstante Anzahl Antragsvereinigungen bei stark zunehmender Anzahl an Stellungnahmen zu Regierungsratsanträgen anderer Direktionen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public

Corporate Governance umsetzen

Die Finanzdirektion hat Grundsätze zum Eignercontrolling erstellt. Die Finanzverwaltung wendet diese Abgeschlossen 2019
in der Beurteilung von Regierungsratsgeschäften an. Zudem hat die Finanzverwaltung Steuerungsli-
sten erstellt und wendet diese in ihrem Zuständigkeitsbereich an.

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	67.2	44.2	45.0	0.8	1.8

Finanzierung

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	14.4	2.0	1.8	-0.2	-11.6
- Interne Verrechnungen Dienstleistungen	12.7	2.0	1.7	-0.3	-12.9
Aufwand	-22.6	-12.8	-10.0	2.8	21.8
- Personalaufwand	-10.3	-6.5	-6.2	0.3	5.0
- Abschreibungen und Zinsen	-0.5	-0.3	-0.1	0.2	73.1
- Kreditübertragungen		-0.9			
Saldo	-8.1	-10.8	-8.2	2.6	23.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-1.1	-0.6	-0.0	0.6	93.5
- Kreditübertragungen		-0.1			
Saldo	-1.1	-0.6	-0.0	0.6	93.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.6		Abweichungen total R18 zu B18
1.1	A1, A2, A3, A4	- Tiefere Ausgaben für geplante Projekte, die mangels Personalressourcen im Berichtsjahr nicht begonnen werden konnten.
0.8	A1, A2, A3	- Nicht verwendete Kreditübertragungen 2017/2018
0.4	A2	- Geringere Informatikaufwendungen für das Finanzsystem
0.3	A2, A3	- Tiefere Kapitalkosten. Geplante Investitionsprojekte konnten im Berichtsjahr mangels Ressourcen nicht realisiert werden.
0.3	A1	- Tiefere Personalkosten aufgrund von Vakanzen in zwei Abteilungen
-0.3	A3	- Tiefere Erträge für die Dienstleistungen des Buchungszentrums infolge früherer Beendigung der Leistungserbringung für die ZHAW (August 2018) und teilweise verspäteten Beginns der Leistungserbringung für die Direktion der Justiz und des Innern
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.6	-0.0	0.6	
- Erneuerung (Redesign) Finanz- und Rechnungswesensysteme im SAP auf Basis SAP-HANA	-0.1	0.0	0.1	- Verschiebung von Investitionsprojekten im Berichtsjahr
- Migration/Anpassung Zahlungsverkehr	-0.1	0.0	0.1	- Verschiebung von Investitionsprojekten im Berichtsjahr
- Kreditorische Geschäftspartner	-0.1	0.0	0.1	- Verschiebung von Investitionsprojekten im Berichtsjahr
- Mutationen für Zeichnungsberechtigungen, Firmenkreditkarten usw.	-0.2	0.0	0.2	- Verschiebung von Investitionsprojekten im Berichtsjahr
- Übrige	-0.1	-0.0	0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
118908	11871	100 000	207037	88129

Bemerkungen

+ Fr. 184 105 Bestand 31.12.2017 (gemäss Geschäftsbericht 2017, Teil II, Seite 97)

./. Fr. 76 454 Rücklagenübertrag an Leistungsgruppe Nr. 4610, Amt für Informatik (aus Übertragung des Kompetenzzentrums SAP)

+ Fr. 11 257 Rücklagenübertrag von Leistungsgruppe Nr. 4300, Amt für Tresorerie (aus Übertragung des Amts für Tresorerie)

= Fr 118 908 Bestand 1.1.2018

Die Finanzverwaltung hat im Berichtsjahr nachweislich eine Effizienzsteigerung gemäss § 23 Abs. 1 CRG erbracht. Sie ergibt sich aus der Saldodifferenz zwischen dem Budget 2018 und der Rechnung 2018 im Sachkonto «3010 Löhne des Verwaltungs-/Betriebspersonals» und bildet das ausserordentliche Engagement der Mitarbeitenden zum Ausgleich von ungeplanten und kurzfristig nicht ersetzbaren personellen Vakanzen ab.

4300 Amt für Tresorerie

Die Leistungsgruppe Nr. 4300, Amt für Tresorerie, wurde per 31. Dezember 2017 in die Leistungsgruppe Nr. 4100, Finanzverwaltung, überführt. Sie wird nur noch zu Referenzzwecken aufgeführt.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
L1 Arbeitsstunden für Tresorerie		2895				
L2 Arbeitsstunden für Anlagebewirtschaftung der Legate und Stiftungen		1110				
L3 Arbeitsstunden für Beteiligungen des Verwaltungs- und Finanzvermögens		859				
L4 Arbeitsstunden für Anfragen/Beratung KR/RR		263				
B1 Durchschnittlicher Zinssatz des ausstehenden Fremdkapitals, in %		1.33				
B2 Verwaltungskosten für Legate und Stiftungen im Verhältnis zum Vermögen, in %		0.09				
W1 Überbrückungskredite		0				
W2 Kreditwürdigkeit: Rating Standard & Poor's		AAA				

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
	4.0	0.0		0.0	0.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag					
Aufwand	-0.8	0.0		0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.8	0.0		0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
0	0	0	0	0

Bemerkungen

+ Fr. 11 257 Bestand 31.12.2017 (gemäss Geschäftsbericht 2017, Teil II, Seite 99)
./ Fr. 11 257 Rücklagenübertrag an Leistungsgruppe Nr. 4100, Finanzverwaltung (aus Integration des Amtes für Tresorerie in die Finanzverwaltung)
= Fr. 0 Bestand 1.1.2018

4400 Steuern Betriebsteil

Das Steueramt hat im Berichtsjahr mit Vertretungen der Gemeindesteuerämter im Rahmen eines gemeinsamen Strategischen Steuerungsgremiums die gemeinsamen strategischen Vorhaben zur Bewältigung der künftigen Herausforderungen in der Steuererhebung definiert und im Rahmen des Projektportfolios priorisiert. Erste Initialisierungsaufträge wurden bis zum Ende des Berichtsjahres erstellt.

Die Geschäftsleitung des Steueramtes entwickelte ein einfaches Strategiemodell, das auf den vier tragenden Säulen Digitalisierung, Personal, Organisation und Abläufe beruht. Gemeinsam mit anderen Vorgaben ist es Grundlage und Richtschnur für Weiterentwicklungen im zürcherischen Steuerwesen. Um einen erfolgreichen Wandel in die Zukunft zu meistern, sollen die derzeitige Aufbau- und Ablauforganisation des kantonalen Steueramtes überprüft und optimiert werden. Mit einem partizipativen Prozess sollen dazu die Kadermitarbeitenden des Steueramtes einbezogen werden. Im zweiten Semester des Berichtsjahres erfolgten die Planungsarbeiten. Der eigentliche Prozess findet 2019 statt.

Die kantonale Umsetzungsvorlage zur Steuerreform 17 (SV17) soll gleichzeitig mit jener des Bundes (Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung) auf den 1. Januar 2020 in Kraft gesetzt werden. Neben den Gesetzgebungsarbeiten (vgl. dazu Hauptereignisse Finanzdirektion) waren deshalb im Berichtsjahr auch die Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung im Steueramt in Angriff zu nehmen. Für die besonders standortsensiblen und wirtschaftlich bedeutenden Holding- und gemischten Gesellschaften standen im Berichtsjahr die Übergangsregelungen zur Behandlung ihrer stillen Reserven bei Verlust des kantonalen Steuerstatus im Vordergrund.

Im Programm «ZüriPrimo» wurden im Berichtsjahr mit der Einführung der neuen Lösungen für die Veranlagung von juristischen Personen und die Erbschafts- und Schenkungssteuern zwei weitere der insgesamt zwölf Realisierungseinheiten abgeschlossen. Damit sind nunmehr noch zwei Realisierungseinheiten in Arbeit. Mit der Fertigstellung des neuen Systems für den Bezug der direkten Bundessteuer und der Einführung der neuen Lösung für die Quellensteuerveranlagung werden voraussichtlich im Jahr 2019 dann auch diese letzten Vorhaben von «ZüriPrimo» abgeschlossen.

Das Steueramt präsentierte sich im Berichtsjahr erfolgreich am Absolventenkongress der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Winterthur. Diese Rekrutierungsinitiative wird in den nächsten Jahren fortgeführt, um geeignete Kandidatinnen und Kandidaten bereits frühzeitig anzusprechen.

Gemeinsam mit dem Personalamt wurde eine neuartige Form der Entwicklung von Führungskräften pilotiert. Ziele waren unter anderem die Vergrößerung des Handlungsrepertoires der Führungskräfte, die Förderung der Vernetzung der Führungskräfte und ein spürbarer und offener Austausch zwischen den verschiedenen Hierarchiestufen mit positiver Wirkung innerhalb des Steueramtes. Per Ende des Berichtsjahres ist eine Evaluation des Programms hinsichtlich seiner Ausrichtung im Gange, bevor es fester Bestandteil der Entwicklung von Führungskräften im Steueramt wird.

Aufgaben

- A1 Veranlagung direkte Steuern Bund, Kanton und Gemeinden (Einschätzungen)
- A2 Bezug Bundessteuern
- A3 Veranlagung und Bezug Erbschafts- und Schenkungssteuern
- A4 Durchführung Quellensteuerverfahren für ausländische Arbeitnehmende und im Kanton arbeitende Personen mit Wohnsitz im Ausland

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L4	Total erledigte Steuererklärungen	A1	944358	989000	991596	2596	0.3
L5	Durch Kanton erledigte Steuererklärungen (Zielwert)	A1	404639	444000	430599	-13401	-3.0
L6	Durch Gemeinden erledigte Steuererklärungen	A1	539719	545000	560997	15997	2.9
L19	Anteil durch Kanton erledigte Steuererklärungen, in % der total erledigten Steuererklärungen	A1	43	45	43	-2	
L8	Total offene Steuererklärungen Ende Jahr	A1	298191	278000	318118	40118	14.4
L9	Fristgerechte Veranlagungen: 1 Jahr nach Steuerperiode, in % (Zielwert)	A1	52	58	54	-4	
L10	Fristgerechte Veranlagungen: 2 Jahre nach Steuerperiode, in % (Zielwert)	A1	95	97	94	-3	
L11	Fristgerechte Veranlagungen: 3 Jahre nach Steuerperiode, in % (Zielwert)	A1	99	99	99	0	
L12	Rechnungen Bundessteuer	A2	1470792	1510000	1578767	68767	4.6
L20	Erbschafts- und Schenkungssteuerveranlagungen mit Steuerbezug	A3	1957	2160	1856	-304	-14.1
L16	Abrechnungspflichtige Arbeitgeber im Quellensteuerverfahren	A4	25124	24500	27360	2860	11.7

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L17	Abzurechnende Arbeitnehmer im Quellensteuerverfahren	A4	177 749	180 000	180 971	971	0.5
L18	Quellensteuer-Rechnungen	A4	120 963	95 000	98 845	3 845	4.0
W1	Durch Rechtsmittelinstanzen korrigierte Veranlagungsentscheide des kantonalen Steueramts, in %		9	7	10	3	

Bemerkungen

- L8 Ein höherer Zugang von Steuererklärungen der Steuerperiode 2017 gegen Ende Jahr führte zu einem höheren Bestand an Steuererklärungen am Ende des Berichtsjahres.
- L9, L10 Aufgrund der Gewährung von Fristerstreckungen zur Einreichung der Steuererklärungen konnten weiterhin weniger Deklarationen im ersten Jahr nach der Steuerperiode eingeschätzt werden.
- L20 Die budgetierte Zahl der Fälle wurde zu hoch eingeschätzt.
- L16 Die Zahl der abrechnungspflichtigen Arbeitgeber wurde zu tief budgetiert, da diese Zahl schon per Ende R17 übertroffen wurde.
- W1 Dieser Indikator wird im KEF 2019–2022 durch drei neue Indikatoren W3–W5 abgelöst.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 9.3a Die Steuerreform 17 (SV 17) nach Verabschiedung durch die eidgenössischen Räte umsetzen und dabei die Konkurrenzfähigkeit des Kantons erhalten

Nach der Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 12. Februar 2017 hat der Bundesrat die Botschaft zu einer Ersatzvorlage bereits am 21. März des Berichtsjahres präsentiert, die von den eidgenössischen Räten am 28. September 2018 als Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) verabschiedet worden ist. Angesichts der grossen Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Zürich hat der Regierungsrat die Vorlage zur Umsetzung der Bestimmungen der STAF im Kanton Zürich parallel zu den Beratungen im Bundsparlament vorbereitet und dem Kantonsrat bereits am 19. September 2018 überwiesen. Damit sollen die neuen Bestimmungen im kantonalen Recht gleichzeitig mit jenen des Bundes auf den 1. Januar 2020 in Kraft gesetzt werden können.

Für die besonders standortsensiblen und wirtschaftlich bedeutenden Holding- und gemischten Gesellschaften standen im Berichtsjahr die Übergangsregelungen zur Behandlung ihrer stillen Reserven bei Verlust des kantonalen Steuerstatus im Vordergrund. Diese führen dazu, dass ihre Steuerbelastung während fünf bis zehn Jahren nach Verlust des kantonalen Steuerstatus nicht erheblich steigen wird.

RRZ 9.3b Das Steuermonitoring betreffend natürliche und juristische Personen im bisherigen Rahmen weiterführen

Nach dem von BAK entwickelten Index lag die Steuerbelastung für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Zürich 2017 weiterhin deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Gemäss Steuerbelastungsmonitor 2018 liegt der Kanton Zürich unverändert auf Rang 10. Bei der Unternehmensbesteuerung dagegen liegt der Kanton Zürich auf Rang 22.

RRZ 9.3c Eine Steuerstrategie formulieren unter Berücksichtigung des Monitorings und in Abhängigkeit von der Steuerreform 17 (SV 17) sowie unter Berücksichtigung der Entwicklungen in anderen Kantonen, auf nationaler und internationaler Ebene

Vgl. Kommentar zum RRZ 9.3a

Abschluss 2019 2018

RRZ 10.2d Vermehrte Möglichkeiten der elektronischen Übermittlung von steuerlich relevanten Daten prüfen und umsetzen. Mit den Gemeinden eine einheitliche IT-Plattform für sämtliche Prozesse im Steuerbereich anstreben

Geplanter Abschluss der Projektinitialisierungen 2021.

Verzögert 2021

RRZ 10.3c Die Entwicklung des Steuerrechts auf Bundesebene durch Einsitz in Arbeitsgruppen und Nutzung der Vernehmlassungsrechte mitgestalten

Die Steuervorlage 17 / STAF wurde am 28. September des Berichtsjahres von der Bundesversammlung verabschiedet. Der Kanton Zürich hat erfolgreich auf die Beratungen Einfluss genommen. So wurde insbesondere der vom Kanton Zürich geforderte Abzug für Eigenfinanzierung in die Vorlage aufgenommen. Über die Vorlage wird voraussichtlich im Mai 2019 auf Bundesebene eine Referendumsabstimmung stattfinden. Die kantonale Umsetzungsvorlage ist vom Regierungsrat im September verabschiedet worden und derzeit im Kantonsrat hängig.

FD 10.3a Umsetzung des Informatikprojekts «ZüriPrimo»

Der Abschluss des 2004 gestarteten Programms «ZüriPrimo» verzögert sich um ein Jahr aufgrund der Vorhaben FD 10.3c und FD 10.3d zur Ablösung der Applikationen «Direkte Bundessteuer» und «Quellensteuer».

Verzögert 2018

Erhöhte Aufmerksamkeit gilt weiterhin den internen Personalressourcen und insbesondere den Hauptlieferanten. Die beiden Vorhaben FD 10.3b sowie FD 10.3e wurden planmässig im Berichtsjahr abgeschlossen. Die Ziele der Realisierungseinheiten 06, 10, 11 und 12 werden im Rahmen der übrigen Realisierungseinheiten umgesetzt.

FD 10.3b Einführung Register/Veranlagung «ZüriPrimo», Realisierungseinheit RE01

Der verbleibende Teil «RE01 Veranlagung Juristische Personen» der Realisierungseinheit «RE01 Register/Veranlagung» wurde im Berichtsjahr realisiert und eingeführt.

Abgeschlossen 2018

Die Genehmigung der Kreditabrechnung ist in Arbeit.

FD 10.3c Ablösung der Applikation Direkte Bundessteuer im Rahmen von «ZüriPrimo», Realisierungseinheit RE04

Nach der Genehmigung der Mittel mit RRB Nr. 516/2011 und dem Abschluss der Machbarkeitsstudie, die zusammen mit dem Vorhaben «Ablösung der Applikation Quellensteuer» erfolgte, wurde 2014 das neue Bezugssystem beschafft. Die Umsetzung erfolgt in drei Etappen 2015 und 2016, wovon die erste Etappe 2015 abgeschlossen wurde. Die Ablösung war mit dem Rechnungsjahr 2017 vorgesehen. Aufgrund von Verzögerungen des Vorhabens und im Hinblick auf die Betriebssicherheit des Steuerbezugs wurde die auf Ende 2016 geplante Einführung der neuen Lösung auf 2017 verschoben. Die Inbetriebnahme der neuen Anwendung für die direkte Bundessteuer ist mit Jahresendrelease 2017 erfolgt, die Gesamtsystemabnahme ist aufgrund erneuter Verzögerungen für 2019 geplant.

Verzögert 2018

FD 10.3d Ablösung der Applikation Quellensteuer im Rahmen von «ZüriPrimo», Realisierungseinheit RE07

Bereits Ende 2014 hatte das Webportal Quellensteuer den Betrieb aufgenommen. Seit 1. April 2015 wurden sämtliche Bezugshandlungen für Arbeitgeberrechnungen der Quellensteuer schrittweise von der neuen Bezugslösung übernommen, die im Rahmen der laufenden Projekte zur Ersatzbeschaffung der veralteten Systeme für die Direkte Bundessteuer und die Quellensteuer entwickelt wurde. Das 2017 aufgrund der Abhängigkeit zur Legislaturziel-Massnahme FD 10.3c sistierte Projekt, das um ein Jahr verschoben wurde, wurde wieder aufgenommen. Die Gesamtsystemabnahme ist aufgrund erneuter Verzögerungen für 2019 geplant.

Verzögert 2018

FD 10.3e Ablösung der Applikation Erbschafts-/Schenkungssteuer im Rahmen von «ZüriPrimo», Realisierungseinheit RE09

Die Realisierungseinheit wurde im Berichtsjahr realisiert und eingeführt.

Abgeschlossen 2018

Die Genehmigung der Kreditabrechnung ist in Arbeit.

FD 10.3g Programmführung «ZüriPrimo», Realisierung Liegenschaftsportfolio, Entwicklungs- und Betriebsplattform, Realisierungseinheiten RE00, RE06, RE11, RE12

Für die Realisierungseinheiten 06, 11 und 12 wird auf eine Umsetzung als eigene Realisierungseinheit aufgrund einer Kosten-Nutzen-Betrachtung verzichtet und deren Ziele werden im Rahmen der übrigen Realisierungseinheiten umgesetzt. Bezüglich der Realisierungseinheit 06 war 2004 die Ablösung einer Applikation vorgesehen, die in der Zwischenzeit bereits nicht mehr aktiv ist. Der Aufbau von Entwicklungs- und Betriebsumgebungen (Realisierungseinheiten 11 und 12) erfolgt im Rahmen der jeweils betroffenen Realisierungseinheit.

Verzichtet 2018

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	717.4	718.0	725.0	7.0	1.0

Bemerkungen R18 zu B18

7.0 Raschere Wiederbesetzung vakanter Stellen und weitere Beschäftigung von Aushilfen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5.8	6.1	5.0	-1.0	-17.1
Aufwand	-158.6	-170.3	-156.3	14.0	8.2
- Personalaufwand	-99.4	-102.4	-99.9	2.4	2.4
- Abschreibungen und Zinsen	-4.0	-7.2	-4.8	2.4	33.6
- Betrieb Informatik	-13.5	-13.1	-12.9	0.2	1.9
- Hard- und Softwareaufwand	-22.7	-23.6	-22.5	1.1	4.5
- Mieten und Sachaufwand	-18.9	-20.3	-16.2	4.0	19.9
- Kreditübertragungen		-3.8			
Saldo	-152.8	-164.2	-151.3	12.9	7.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-3.0	-8.1	-1.3	6.8	84.4
- Kreditübertragungen		-2.4		2.4	100.0
Saldo	-3.0	-8.1	-1.3	6.8	84.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
12.9		Abweichungen total R18 zu B18
4.1	A1, A2, A3, A4, FD	- Tieferer Hard- und Softwareaufwand aufgrund der Projektverzögerung bei den Realisierungseinheiten von «ZüriPrimo» sowie tieferer Kosten für die im Berichtsjahr abgeschlossenen Realisierungseinheiten von «ZüriPrimo». Tieferer Aufwand wegen Verschiebung des Vorhabens «einheitliche IT-Plattform im Steuerbereich und Übermittlung steuerlich relevanter Daten» und tieferer Aufwand durch die Beschränkung auf einen Release für die Veranlagungslösung.
10.3a, RRZ		
10.2d		
4.0	A1, A2, A3, A4	- Miet- und Sachaufwand: tiefere Betreuungskosten wegen weniger Inkassohandlungen (2.1), weniger Beratungshonorare (0.5), tieferer Gebäudeunterhalt (0.5); tiefere Kosten für Drucksachen (0.3), weniger Gerichtskosten (0.2), tieferer Mietaufwand aufgrund einer Nebenkostenrückerstattung sowie tieferer weiterer Kostenpositionen (0.4)
2.4	A1, A2, A3, A4	- Personalaufwand: tieferer Lohnaufwand aufgrund des Einsatzes von Aushilfen mit einem durchschnittlich tieferen Lohn pro Vollzeitstelle (1.0); tieferer Aufwand für Dienstaltersgeschenke wegen höheren Anteils an Ferienbezügen (0.4) sowie tieferer Aufwand für Überbrückungsrenten (0.4), weniger Sozialleistungen als Folge des tieferen Lohnaufwandes (0.6)
2.4	A1, A2, A3, A4	- Weniger Abschreibungen und Zinsen wegen tieferer Investitionen infolge von Projektverzögerungen und späteren Inbetriebnahmen
1.0	A1, A2, A3, A4, FD	- Tiefere Aufwendungen für den Betrieb der Informatik als Folge der Projektverzögerungen bei «Züri-Primo» und aufgrund des früheren Abbaus von Testsystemen
10.3a		
-1.0	A1, A2, A3, A4	- Tiefere Rückerstattungen von Betreuungskosten (-1.0), weniger Ertrag aus der Erstellung von Steuer-ausscheidungsgrundlagen (-0.2); höherer Ertrag aus verrechneten Staatsgebühren und übrigen Ver-rechnungen (+0.2)
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-8.1	-1.3	6.8	
- ZüriPrimo (LG 4400)	-3.7	-0.2	3.5	- Projektverzögerung bei den Realisierungseinheiten RE04 und RE07
- Einheitliche IT-Plattform im Steuerbereich Kanton/Gemeinden und Übermittlung steuerlich relevanter Daten	-1.8	0.0	1.8	- Verschiebung des Vorhabens
- Ersatzbeschaffung Arbeitsplätze AP18+ (AFI)	-1.9	0.0	1.9	- Übertragung an das Amt für Informatik (LG 4610)
- Hochbauinvestitionen: Ersatz der Verkabelung am BW21 in Zürich-Altstetten	-0.4	0.0	0.4	- Späterer Projektbeginn
- Übrige	-0.3	-1.1	-0.8	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
2252025	0	0	2252025	0

4500 Personalamt

Die Arbeiten an den personalpolitischen Schwerpunkten 2016–2019 verliefen planmässig, und im ersten Quartal 2019 können dem Regierungsrat die Ergebnisse präsentiert werden. Mit der Massnahme HR 2020 wurde ein gemeinsames Verständnis von HR und von HR-Rollen erarbeitet und neue Zusammenarbeitsgefässe definiert. Für die Thematik Stellenplan wird ein Vorschlag unterbreitet, der eine effizientere Steuerungsmöglichkeit bringen soll. Zudem wurde der Prototyp eines zukunftsgerichteten Kompetenzmodells erarbeitet. Parallel zu den Arbeiten an der «alten» Personalstrategie wurde mit der Erarbeitung der neuen Personalstrategie 2019–2023 begonnen. Diese beinhaltet auch die HR-IT-Strategie und soll dem Regierungsrat zu Beginn der neuen Legislaturperiode vorgelegt werden.

Die Projekte der HR-IT-Weiterentwicklung kamen gut voran. Der Rollout von E-Dossier in den Direktionen ist – inklusive Initialscanning – fast abgeschlossen. Das HR-Informationssystem erlaubt bereits in zwei Direktionen den Vorgesetzten den direkten Zugriff auf Dokumente des E-Dossiers ihrer Mitarbeitenden. Ausserdem konnte das Projekt Einheitliches Organisationsmanagement abgeschlossen werden.

In der FD wurden im Berichtsjahr ein neuer, moderner Zeugnisgenerator eingeführt und die dritte Etappe der Standardprozesse für HR FD und die Zahlstelle 1 fertig definiert.

Weiter wurde ein Projekt für die Einführung eines neuen Learning Management Systems (LMS) gestartet. Das LMS wird sowohl die administrativen und organisatorischen Prozesse im Rahmen von Seminaren als auch deren methodische Umsetzung (z. B. E-Learning) unterstützen. Es muss ausserdem «mandantenfähig» sein, damit neben dem Personalamt auch weitere Verwaltungseinheiten das LMS nutzen können. Zunächst wurden mit einer Vorstudie die Prozesse und Anforderungen an ein LMS überprüft und definiert. Sodann wurde direktionsübergreifend eine Bedarfsanalyse durchgeführt und das Pflichtenheft sowie der Anforderungskatalog erstellt. Auf dieser Grundlage wurde eine Submission im offenen Verfahren durchgeführt und der Zuschlag noch Ende des Berichtsjahres erteilt. Die Einführung des Systems im Personalamt, in der Baudirektion und im Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) ist auf das dritte Quartal 2019 geplant. Weitere Verwaltungseinheiten können sich jederzeit dieser Kantonsapplikation anschliessen.

Aufgaben

- A1 Gewinnung und Erhaltung von Mitarbeitenden erfolgt bedürfnisorientiert und nach wirtschaftlichen Kriterien.
- A2 Umsetzen der regierungsrätlichen Personalpolitik und der Personalstrategie. Steuerung und Planung mittels Personalcontrolling
- A3 Förderung der Personal- und Kaderentwicklung. Fachliche Betreuung der kaufmännischen und Informatik-Lehrlingsausbildung
- A4 Beratung in Fragen des Personalrechts. Begleitung von Rechtsmittelverfahren. Entwicklung des Personalrechts. Koordination von Case Management. Aufgaben des betrieblichen Gesundheitswesens
- A5 Sicherstellen und Veranlassen der Lohnauszahlung für die gesamte Verwaltung. Strategische Weiterentwicklung der kantonalen HR-IT-Lösungen
- A6 Umsetzung der Personalpolitik innerhalb der Finanzdirektion

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Teilnehmende an Programmen zur Führungsentwicklung (Zielwert)	A3	123	125	142	17	13.6
L2	Durchgeführte Teilnehmende-Schulungstage, inkl. Führungsw Weiterbildung (Zielwert)	A3	5297	5500	5337	-163	-3.0
L3	Betreute Lernende (Zielwert)	A3	198	190	195	5	2.6
L5	Lohnauszahlungen pro Monat	A5	42217	45500	40578	-4922	-10.8
L6	Bewirtschaftete Personaldossiers (Zahlstelle 1)	A5	17500	17000	15000	-2000	-11.8
L7	Betreute Mitarbeitende in der Finanzdirektion pro HR-Stelle	A6	170	170	172	2	1.2
B1	Kosten pro Teilnehmende/n an Programmen Führungsentwicklung	A3	2658	3500	2723	-777	-22.2
B2	Kosten pro Teilnehmende/n an Kursen der internen Weiterbildung	A3	544	600	554	-46	-7.7
B3	Kosten pro Lernende/n pro Jahr, ohne Arbeitsplatzkosten	A3	21 730	24 000	22 000	-2000	-8.3
W1	Kursbeurteilung Programme zur Führungsentwicklung, mind. «gut», in %	A3	92	90	94	4	
W2	Kursbeurteilung Personalschulung, mind. «gut», in %	A3	96	90	92	2	
W3	Selbstbeurteilung Lehrlingsausbildung, mind. «gut», in %	A3	90	90	89	-1	

Bemerkungen

- L1 Die grössere Anzahl Meldungen führte zu einem zusätzlichen Kurs des Kadernachwuchsförderungsprogramms.
L5 Wegfall der Lohnzahlungen für die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK)
L6 Wegfall der Bewirtschaftung der Lohndossiers für die PUK
B1 Die Kosten pro Teilnehmenden sind gegenüber 2017 nur geringfügig gestiegen. Der budgetierte Kostenanstieg konnte vermieden werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 10.1g Die direktionsübergreifenden Personaladministrationsprozesse standardisieren, dokumentieren und umsetzen sowie die Verantwortlichkeiten klar zuordnen. Damit die Grundlagen für weitergehende Automatisierungen und Systeme schaffen (z.B. Workflowlösungen)

Im Berichtsjahr wurden die Prozesse der letzten Etappe des Projekts komplett modelliert, abgenommen und eingeführt. Abgeschlossen 2018

RRZ 10.1j Umsetzung der personalpolitischen Schwerpunkte 2016-2019 mit den Projekten HR 2020, Stellenplan als internes Steuerungsinstrument und Kompetenzmodell 2020

An den Massnahmen der Personalpolitischen Schwerpunkte 2016–2019 (RRB Nr. 1231/2016), Abschluss 2019 2019
HR2020, Stellenplan als internes Steuerungsinstrument und Kompetenzmodell 2020, wurde im Berichtsjahr in drei direktionsübergreifenden Projekten gearbeitet. Der Abschluss der Projekte sollte planmässig in der laufenden Legislatur möglich sein.

RRZ 10.2b Vollständige elektronische Personaldossiers aller aktiven Personen im SAP HCM (PULS) einführen (inkl. Lohndossiers). Neue Akten nur noch elektronisch führen

Im Berichtsjahr wurde das Initialscanning für alle Direktionen (Ausnahme BI: VSA und MBA) durchgeführt. Optimierungen wurden vorgenommen, Erfahrungsaustausch zwischen den Direktionen/Ämtern findet statt. Rollout für VSA läuft, MBA in Planung. Abschluss 2019 2018

RRZ 10.2j Umsetzung der weiteren Projekte der HR Informatik Weiterentwicklung, namentlich Sicherstellung einheitliches SAP-Organisationsmanagement, HR-Informationsportal für Führungskräfte und Überführung der Absenzdaten in SAP HCM

Das Projekt SAP-Organisationsmanagement wurde erfolgreich abgeschlossen. Abschluss 2019 2018
Der Rollout für das HR-Informationsportal wurde bereits begonnen und wird nach den Bedürfnissen der Direktionen weitergeführt.

Das Projekt Überführung der Absenzdaten in SAP HCM musste vorerst zurückgestellt werden. Das weitere Projektvorgehen wird in Abhängigkeit zur HR-IT-Roadmap festgelegt. Diese wird in Abstimmung mit der neuen Personalstrategie 2019–2023 erarbeitet.

FD 10.4a Innerhalb der Finanzdirektion wird ein HR-Standardisierungsprojekt durchgeführt. In dessen Rahmen soll die Personalarbeit durch definierte HR-Dienstleistungen, die Standardisierung der Prozesse und die Vereinheitlichung der Formulare für die ganze Finanzdirektion sowie damit verbunden die Einführung IT-unterstützter Supportfunktionen markant optimiert werden.

Das Zeugnistool Swiss+ wurde eingeführt. Im Berichtsjahr wurde die Etappe 3 des Prozessprojekts komplett modelliert und abgenommen. Abgeschlossen 2018

FD 10.5a Evaluation der Ablösung der bisherigen SAP-HCM-Lösung (PULS) durch den SAP-Mehrfachanstellungsstandard. Damit wird die Aufgabe A5 unterstützt, insbesondere die strategische Weiterentwicklung der kantonalen HR-IT-Lösungen.

Aufgrund der Ankündigung eines neuen Produkts durch SAP musste eine neue Anbieterstudie erstellt werden. Beruhend darauf wurden Szenarien für eine Roadmap entworfen. Diese wird in Abstimmung mit der neuen Personalstrategie 2019–2023 festgelegt werden. Insbesondere müssen Fragen betreffend Datenschutz und Submission noch geklärt werden. Verzögert 2018

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	47.4	46.5	49.7	3.2	6.8

Bemerkungen R18 zu B18

- 3.2 Stellenüberschneidungen und Überbrückung personeller Engpässe, einerseits wegen Personalausfällen (wie Krankheit und Mutterschaft), andererseits aufgrund zusätzlicher Projektarbeiten

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.8	1.9	1.5	-0.3	-18.0
- Interner Ertrag Aus- und Weiterbildung	1.2	1.5	1.2	-0.3	-18.4
Aufwand	-18.0	-22.5	-18.9	3.6	16.1
- Personalaufwand (einschliesslich Lernende)	-10.8	-11.1	-11.3	-0.3	-2.4
- Kreditübertragungen		-2.6			
Saldo	-16.2	-20.6	-17.3	3.3	15.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.2	-0.4	-0.2	0.1	35.9
- Kreditübertragungen		-0.2		0.2	100.0
Saldo	-0.2	-0.4	-0.2	0.1	35.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.3		Abweichungen total R18 zu B18
2.7	FD 10.5a	- Verzögerungen in IT-Projekten, hauptsächlich hinsichtlich der Vorhaben SAP-HCM-Evaluation Mehrfachanstellungsstandard (1.5), Lernmanagementsoftware (0.5), Syrona (0.1) und kontinuierliche Verbesserungsprozesse (0.5)
0.6	A3	- Weniger Ausgaben für Referenten, da Kursangebot reduziert wurde
0.2	A4	- Tiefere Ausgaben für Case Management Beratungen
0.1	A1	- Verzögerungen beim betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM).
0.1	A4	- Verzögerungen bei der Weiterentwicklung des elektronischen Handbuchs Personalrecht.
0.1	A3	- Keine Weiterentwicklung der bestehenden Lernmanagement- und Seminaradministrationssoftware, da Ablösung geplant
0.1	A3	- Geringfügig tiefere Aufwände für den Unterhalt des Aus- und Weiterbildungszentrums
-0.3	A3	- Weniger Einnahmen durch reduziertes Kursangebot
-0.3		- Zusätzlicher Personalaufwand aufgrund des höheren Beschäftigungsumfangs
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.4	-0.2	0.1	
- HR-Informatik-Weiterentwicklung, Projekte 2016 bis 2018	-0.4	-0.2	0.2	- Verzögerung Rollout der Scanner für E-Dossier
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
326682	0	0	326682	0

4600 Direktionsübergreifende Informatik

Die Leistungsgruppe Nr. 4600, Direktionsübergreifende Informatik, wurde per 31. Dezember 2017 in die Leistungsgruppe Nr. 4610, Amt für Informatik, überführt. Sie wird nur noch zu Referenzzwecken aufgeführt.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
L1 Für Informatikstrategie eingesetzte Stunden		2500				
L2 Für zentrale Dienstleistungen eingesetzte Stunden		6200				
L3 Für Informatikstrategie und Standards gefasste Beschlüsse		4				
L4 Betreute Anschlüsse des Datennetzwerks LEUnet		20024				
L6 Betreute Wireless Access Points (WLAN)		800				
L7 Betreute Wide-Area-Network-(WAN-)Standorte		669				
L8 Einträge im ZHdirectory		28789				
W1 Verfügbarkeit des Datennetzwerks LEUnet, in %		99.9				

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	7.8	0.0		0.0	0.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.3	0.0		0.0	0.0
Aufwand	-10.7	0.0	0.0	0.0	0.0
- Kreditübertragungen				0.0	0.0
Saldo	-10.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.1				
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.1				

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
0	0	0	0	0

Bemerkungen

+ Fr. 7 297 Bestand 31.12.2017 (gemäss Geschäftsbericht 2017, Teil II, Seite 108)
 ./ Fr. 7 297 Rücklagenübertrag an Leistungsgruppe Nr. 4610, Amt für Informatik (aus Übertragung der Leistungsgruppe Nr. 4600, Direktionsübergreifende Informatik)
 = Fr. 0 Bestand 1.1.2018

4610 Amt für Informatik

Im Berichtsjahr galt es, nach der Verabschiedung der Umsetzungsplanung der IKT-Strategie die nötigen kantons- wie amtsinternen Vorbereitungsmaßnahmen im Bereich Governance zu treffen und die in der Strategie definierten Gremien zu schaffen. Unter der Leitung des Amtes für Informatik (AFI) hat hierzu das im RRB Nr. 383/2018 definierte Gremium OIS «Operative Informatiksteuerung» einschliesslich der Fachgruppen bereits dreimal getagt und damit seine Arbeit aufgenommen. Die OIS übernimmt die Rolle des Koordinations- und Konzeptgremiums für verwaltungsweit relevante, fachtechnische Fragen betreffend IKT-Systeme und IKT-Dienstleistungen mit Fokus auf die IKT-Grundversorgung. Die IKT-Grundversorgung, einschliesslich Telematik, sowie der Betrieb der Fachapplikationen der Baudirektion und der Staatskanzlei wurden zur Jahresmitte erfolgreich ins AFI überführt. Die Mitarbeitenden der Abteilung Organisation und Informatik («PC-Support») wechselten ebenfalls ins AFI, ebenso die Mitarbeitenden des Bereiches Telematik, der bis anhin zum Immobilienamt gehörte.

Im Bereich der Projekte unterstützte das AFI die Direktion der Justiz und des Innern aktiv in der Ablösung des Finanzsystems IRIS durch SAP mit go-live zum Jahresende sowie weitere Direktionen in der Einführung des E-Dossiers (elektronisches Mitarbeiterdossier). Weiter konnte der Providerwechsel des Internetzugangs, bisher sichergestellt durch die Abraxas AG und seit Dezember durch die Swisscom AG, als Restanz aus dem LEUnet-Projekt erfolgreich abgeschlossen werden.

Per Ende des Berichtsjahres betreibt das AFI insgesamt 1600 IT-Arbeitsplätze, einschliesslich der Sicherstellung des zugehörigen Anwendersupports durch einen zentralen Service Desk. Gleichzeitig stellt es den Betrieb des kantonsweiten Netzwerks mit 21 000 Ports, der Telefonie mit 10 000 Anschlüssen und der SAP-Infrastruktur mit rund 10 150 Anwenderinnen und Anwendern sicher.

Als Ausblick ist zu erwähnen, dass im ersten Halbjahr 2019 die Grundversorgung der Volkswirtschaftsdirektion analog derjenigen der Baudirektion in das AFI überführt werden wird.

Aufgaben

- A1 Führung der Informatik der Finanzdirektion
- A2 Sicherstellung der Informatiksicherheit gemäss dem Organisationkonzept für die Informatiksicherheit in der kantonalen Verwaltung
- A3 Definition, Implementation und Betrieb von direktionsübergreifenden Informatikdienstleistungen, insbesondere Führung der SAP-Applikationen und Bereitstellung des kantonalen Netzwerks

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1 Betreute Wireless Access Points (WLAN)	A3		600	1252	652	108.7
L2 Betreute Wide-Area-Network (WAN)-Standorte	A3		650	700	50	7.7
L3 Betreute SAP-Benutzer	A3	10200		10150	-50	-0.5
L4 SAP-Störungsmeldungen	A3		1600	1616	16	1.0
L5 SAP-Serviceanfragen	A3		1600	1265	-335	-20.9
L6 SAP-Entwicklungsanträge	A3		650	762	112	17.2
L7 Betriebene SAP- und SAP-nahe Systeme	A3		66	70	4	6.1
W1 Verfügbarkeit des Datennetzwerks LEUnet, in %	A3		99.4	99.9	0.5	0.5
W2 Verfügbarkeit der produktiven SAP-Systeme (ohne Wartungsfenster), in %	A3		99.5	99.7	0.2	0.2

Bemerkungen

- L1 Der Trend zum mobilen Arbeiten setzt sich in der Verwaltung mehr als erwartet durch. Aus diesem Grund wurde an vielen Standorten die WLAN-Infrastruktur ausgebaut.
- L2 Bei den Wide-Area-Network-(WAN)-Standorten sind die Redundanzen mitgezählt.
- L5, L6 SAP-Service-Anfragen werden mehrheitlich für Benutzermutationen und Standardänderungen verwendet. Im Berichtsjahr wurden bei mehreren Projekten (z.B. Einführung Zeit-/Leistungs- und Spesenerfassung in der Baudirektion und im Strassenverkehrsamt, SAP-Einführung in der Direktion der Justiz und des Innern) anstelle von Service-Anfragen die Mutationen als Bestandteil des Projekts abgewickelt, was einer wesentlich tieferen Anzahl von SAP-Service-Anfragen führte. Zudem wurden umfangreichere Standardänderungen als SAP-Entwicklungsantrag anstelle von SAP-Service-Anfragen erfasst.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 10.1d Erarbeitung der Informatikstrategie 2018-2020 mit der Stossrichtung Standardisierung, Professionalisierung und Automatisierung der direktionsübergreifenden IT-Services sowie der Stossrichtung Voraussetzung schaffen für die komplette Digitalisierung in den Direktionen

Die IKT-Strategie wurde mit RRB Nr. 383/2018 beschlossen. Die Umsetzung verläuft planmässig. Stand bis
Abgeschlossen 2019

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)		44.7	47.2	2.5	5.5

Bemerkungen R18 zu B18

- 2.5 Aufbau des IKT-Programms sowie mehrere Erhöhungen des Beschäftigungsumfangs innerhalb des Stellenplans für den Aufbau des Amtes für Informatik

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag		14.7	15.1	0.3	2.3
Aufwand		-28.6	-27.7	0.9	3.3
- Kreditübertragungen		-2.0		2.0	100.0
Saldo		-13.9	-12.6	1.3	9.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		-0.3	0.0	0.4	106.6
- Kreditübertragungen		-0.2		0.2	100.0
Saldo		-0.3	0.0	0.4	106.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.3		Abweichungen total R18 zu B18
1.1	A3	- Nicht verwendete Kreditübertragung für Projekte, die im Berichtsjahr durch fehlende Ressourcen noch nicht abgeschlossen bzw. gestartet werden konnten
0.6	A1	- Tieferer Lohnaufwand durch spät im Berichtsjahr erfolgte Anstellungen (+0.8). Diese Verbesserung wird durch den Aufbau des IKT-Programms teilweise wieder kompensiert (-0.2).
-0.4	A3	- Durch die in der Verwaltung fortschreitende Digitalisierung stiegen die Betriebskosten im Berichtsjahr, insbesondere im Bereich Netzwerk (z.B. WLAN), die zentral durch das Amt für Informatik übernommen wurden.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.3	0.0	0.4	
- SAP-Weiterentwicklungen	-0.1	-0.1	0.0	
- Verrechnung Einmallyzenzen Zeit-/Leistungserfassungssystem SAP ProTime	0.0	0.1	0.1	
- SAP-Providerwechsel / Migration SAP- und SAP-nahe Systeme (Kreditübertragung aus LG Nr. 4100 Finanzverwaltung)	-0.2	0.0	0.2	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
83751	27922	0	55829	-27922

Bemerkungen

Fr. 0 Bestand 31.12.2017 (Gründung des Amtes für Informatik per 1.1.2018)

+ Fr. 76 454 Rücklagenübertrag von Leistungsgruppe Nr. 4100, Finanzverwaltung (aus Übertragung des Kompetenzzentrums SAP)

+ Fr. 7297 Rücklagenübertrag von Leistungsgruppe Nr. 4600, Direktionsübergreifende Informatik (aus Übertragung der KITT-Geschäftsstelle)

= Fr. 83 751 Bestand 1.1.2018

Die Aufwendungen der Mitarbeitertagung zur Weiterentwicklung des Amtes für Informatik im Dezember des Berichtsjahres wurden über die Rücklagen finanziert.

4700 Drucksachen und Material

Die kdmz als Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für Beschaffungen hat im Berichtsjahr vielfältige Aufgaben zur steten Optimierung und Weiterentwicklung des kantonalen Beschaffungswesens erbracht. Zu erwähnen ist die erstmalige Erarbeitung einer Beschaffungspolitik für die kantonale Verwaltung, die der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 202/2018 festgelegt hat. Die kdmz hat zudem wie in den Vorjahren andere Verwaltungsstellen bei der Durchführung von Submissionen und bei weiteren Beschaffungsaufgaben unterstützt.

Die kdmz nimmt die Lead-Buyer-Funktion für die Materialgruppen Büromaterial, Drucksachen und Multifunktionsgeräte wahr und hat dabei ein grosses Beschaffungsvolumen abgewickelt. Speziell zu erwähnen sind umfangreiche Druck-

und Versandaufträge für eine Vielzahl von Empfängern, verbunden mit einer effizienten und nahtlosen Durchführung der Beschaffungs- und Logistikprozesse (Gesamtplanung, Konzeption, Bedarfsklärung, Verfahrenswahl, Abwicklung Beschaffung, Lieferung), unter Einbezug mehrerer Lieferanten. Als Lead Buyer stellt die kdmz zudem sicher, dass Beschaffungsstrategien und -prozesse wiederkehrend überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Im Berichtsjahr erfolgten entsprechende Arbeiten zur weiteren Förderung von IT-gestützten Beschaffungsprozessen.

Die kdmz verfügt seit 2003 über ein zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem und hat ein weiteres Rezertifizierungsaudit gemäss der Norm ISO 9001:2015 erfolgreich durchgeführt.

Aufgaben

- A1 Beschaffung verwaltungsweit genutzte Güter mehrerer Materialgruppen (u.a. Büromaterial, Drucksachen, Outputsysteme)
A2 Unterstützung und Beratung bei Beschaffungsaufgaben (u.a. Durchführung von Submissionen)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Abgewinkelte Beschaffungsaufträge	A1	69996	71000	56 132	-14868	-20.9
L3	Bewirtschaftete Kundenadressen	A1	6200	7800	5482	-2318	-29.7
L4	Durchgeführte Lieferantenbewertungen	A1	57	70	63	-7	-10.0
L5	Durchgeführte Submissionen im offenen Verfahren und im Einladungsverfahren	A2	13	20	9	-11	-55.0
B1	Durchschnittliche Prozesskosten je Beschaffungsauftrag, in Fr.	A1	84	84	96	12	14.3
W2	Anteil abgewinkelte Beschaffungsaufträge ohne Reklamationen, in %	A1	99.5	98	99	1	
W3	Anteil durchgeführte Submissionen ohne gutgeheissene Rekurse, in %	A2	100	95	100	5	

Bemerkungen

Allg. Mit der Optimierung von IT-gestützten Beschaffungsprozessen haben sich die Werte der Indikatoren (L1, L3) und die Gesamtprozesskosten reduziert. Damit verbunden hat sich der Wert B1 erhöht. Die Planwerte werden ab Planjahr 2020 entsprechend angepasst.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

4700 10a Weitere Förderung IT-gestützter Beschaffungsprozesse

Im Berichtsjahr wurden die Einbindung von Online-Shops für einzelne Beschaffungsgüter, die Einführung von Web-to-Print-Lösungen für standardisierte Drucksachen sowie Massnahmen zur Förderung der elektronischen Rechnungsabwicklung umgesetzt.

Planmässig 2019

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	41.3	44.8	37.2	-7.6	-16.9

Bemerkungen R18 zu B18

-7.6 Der tiefere Beschäftigungsumfang ist auf Verzögerungen bei Wiederbesetzungen (-4.1) sowie auf den vorläufigen Verzicht zur Besetzung von vakanten Stellen (-3.5) zurückzuführen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	29.6	32.5	28.0	-4.5	-14.0
Aufwand	-29.6	-32.3	-27.3	5.0	15.5
- Betriebsaufwand (einschliesslich Personal)	-7.5	-8.0	-6.9	1.1	13.8
- Kreditübertragungen		0.0		0.0	0.0
Saldo	0.0	0.2	0.6	0.5	260.9

Finanzdirektion

Leistungsgruppe 4700

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-0.3	-0.1	-0.1	0.0	37.4
- Kreditübertragungen		0.0		0.0	0.0
Saldo	-0.3	-0.1	-0.1	0.0	37.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.5		Abweichungen total R18 zu B18
0.5	A1	- Die Abweichung ist auf einen tieferen Personalaufwand sowie einen geringeren Mietaufwand (Reduktion von Lagerflächen) zurückzuführen.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
410613	0	0	410613	0

4910 Steuererträge

Aufgaben

A1 Die dem Kanton zustehenden Steuererträge erfassen und ausweisen

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
W1 Steuerfuss, in % der einfachen Staatssteuer	A1	100	100	100	0	

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	7382.2	7477.7	7464.5	-13.2	-0.2
- Staatssteuern	6166.7	6422.6	6337.4	-85.2	-1.3
- davon Laufende Periode NP	3894.8	3972.3	3995.4	23.1	0.6
- davon Laufende Periode JP	1235.2	1225.0	1282.1	57.1	4.7
- davon Nachträge NP	539.2	651.0	547.7	-103.3	-15.9
- davon Nachträge JP	74.3	237.0	178.0	-59.0	-24.9
- davon Quellensteuer	308.1	264.1	236.4	-27.7	-10.5
- davon Übrige Erträge	115.3	73.2	97.8	24.5	33.5
- Erbschafts- und Schenkungssteuer	280.7	245.1	236.1	-9.0	-3.7
- Direkte Bundessteuer	756.4	705.0	754.0	49.0	6.9
- Verrechnungssteuer und EU-Zinsbesteuerung	178.4	105.0	137.1	32.1	30.5
Aufwand	-141.5	-135.6	-134.8	0.8	0.6
- Staatssteuern	-140.3	-134.7	-134.6	0.1	0.1
- Erbschafts- und Schenkungssteuer	-1.1	-0.9	-0.1	0.7	84.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	7240.7	7342.1	7329.7	-12.4	-0.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-12.4		Abweichungen total R18 zu B18
57.1	A1	- Höherer Ertrag bei den juristischen Personen für die laufende Periode aufgrund von höheren Erträgen bei der Gewinnsteuer
49.0	A1	- Die Bundessteuereinnahmen liegen auf Vorjahresniveau. Der budgetierte Ertrag wurde zu tief prognostiziert.
32.1	A1	- Höhere Verrechnungssteuererträge aufgrund des höheren Ertrages beim Bund
24.5	A1	- Höhere übrige Erträge der Staatssteuern aus Nachsteuern und Bussen (21.5) und Zinserträgen (3.0)
23.1	A1	- Höherer Ertrag bei den natürlichen Personen für die laufende Periode wegen Mehrerträgen aus der Vermögenssteuer
0.8	A1	- Höherer Aufwand für Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Steuerforderungen (-1.6), tieferer Zinsaufwand (2.3) sowie tieferer übriger Aufwand (0.1)
-9.0	A1	- Tieferer Ertrag aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Der Ertrag kann erfahrungsgemäss stark schwanken.
-27.7	A1	- Tiefere Quellensteuererträge nach Abbau des Arbeitsvorrates und aufgrund eines durchschnittlich tieferen Ertrages der quellenbesteuerten Personen
-59.0	A1	- Tiefere Nachträge bei den juristischen Personen für die laufende Periode (-19.9) und für die Nachträge der Steuerperioden vor 2014 (-10.9) sowie aufgrund eines höheren Korrekturbedarfs (-30.0); höhere Nachträge für die abzurechnende Steuerperiode 2014 (1.1)
-103.3	A1	- Tiefere Nachträge bei den natürlichen Personen für die laufende Periode (-75.7), für die abzurechnende Steuerperiode 2014 (-10.9) und aufgrund eines höheren Korrekturbedarfs (-15.0) sowie für die Nachträge der Steuerperioden vor 2014 (-1.7)
-0.0		- Übrige Abweichungen

4921 Schadenausgleich

Aufgaben

A1 Aus dieser Leistungsgruppe werden den Amtsstellen Aufwendungen für nicht versicherte Haftpflichtschäden sowie Reparatur- und Ersatzbeschaffungskosten für nicht versicherte Sachschäden vergütet (www.versicherungsdienste.zh.ch).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag					
Aufwand	-5.7	-2.5	-0.7	1.8	72.7
- Versicherungsprämien	-1.2	-1.3	-1.2	0.1	7.0
- Schadenausgleich	-4.5	-1.2	1.9	3.1	254.4
- Kreditübertragungen					
Saldo	-5.7	-2.5	-0.7	1.8	72.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.8		Abweichungen total R18 zu B18
3.0	A1	- Die Neubeurteilung der Risikosituation der Haftpflichtfälle 2018 ergab keinen neuen Rückstellungsbedarf. Im Berichtsjahr konnte ein grösserer Haftpflichtfall abgeschlossen werden, der den Kanton Zürich weniger kostete, als Rückstellungen gebucht worden sind. Infolge der Rückgliederung der Rückstellung über +1.9 Mio. Franken und mangels Bedarf an neuen budgetierten Aufwendungen von -1.2 Mio. Franken ergibt sich ein Überschuss von +0.6 Mio. Franken.
0.1	A1	- Leicht tiefere Versicherungsprämienzahlungen (Schwankung)
-1.3	A1	- Abschreibung auf bzw. Wertberichtigung einer Forderung aus einem Staatshaftungsfall
0.0		- Übrige Abweichungen

4930 Kapital- und Zinsendienst Staat

Die Hauptereignisse werden in der Leistungsgruppe Nr. 4100, Finanzverwaltung, dargestellt.

Aufgaben

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die prognostizierten Passivzinsen und Vermögenserträge aufgeführt. Diese sind nur indirekt steuerbar.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	520.5	420.3	561.5	141.2	33.6
- Finanzertrag	97.4	83.1	96.0	12.9	15.5
- Gewinnanteil ZKB	220.0	220.0	230.0	10.0	4.5
- Gewinnanteil Nationalbank	202.8	116.9	235.2	118.3	101.2
Aufwand	-64.9	-60.3	-51.6	8.7	14.4
- Finanzaufwand	-64.8	-60.1	-48.2	11.9	19.8
- Kreditübertragungen					
Saldo	455.6	360.0	509.9	149.9	41.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	1.8	0.7	15.8	15.1	2196.9
Ausgaben	-0.2	0.0	-0.0	-0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	1.5	0.7	15.8	15.1	2195.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
149.9		Abweichungen total R18 zu B18
118.3	A1	- Höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank
33.8	A1	- Auszahlung einer Sonderdividende (+32.75 Mio. Franken) sowie höhere ordentliche Dividende (+1.02 Mio. Franken) der Flughafen Zürich AG
12.7	A1	- Geringerer Zinsaufwand aufgrund tieferer Kapitalaufnahmen sowie tieferer Kapitalmarktzinsen
10.0	A1	- Höhere Gewinnausschüttung der ZKB
4.7	A1	- Zinsertragsüberschuss aus Geldmarktgeschäften
-30.0	A1	- Keine Gewinnausschüttung der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich aufgrund pendenter Rechtsverfahren
0.4		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	0.7	15.8	15.1	
- Amortisation des Darlehens durch die Zurich International School Wädenswil	0.7	0.7	0.0	
- Vorzeitige Rückzahlung des Darlehens durch die MCH Group AG	0.0	15.0	15.0	
- Amortisation des Darlehens durch die MCH Group AG, Theater 11	0.0	0.1	0.1	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen

Aufgaben

- A1 Die kalkulatorischen Zinsaufwände bzw. -erträge auf dem Verwaltungs- und dem Finanzvermögen werden den Amtsstellen durch interne Verrechnungen vergütet bzw. belastet. Die entsprechenden Aufwände bzw. Erträge werden in dieser Leistungsgruppe belastet bzw. gutgeschrieben.
- A2 Vornahme zentraler Korrekturen, wie z.B. pauschaler Saldoverbesserungen, Teuerungsausgleiche, Abschreibungs-/Investitionskorrekturen und Intercompany-Ausgleichen im Rahmen der Konsolidierung
- A3 Zentrale Verbuchung einzelner nichtbetrieblicher Aufwände und Erträge, wie z.B. der Rückstellungen aus der Ruhegehaltsordnung der Professoren/Regierungsräte/Richter oder der Vereinnahmung der CO2-Rückerstattung des Bundes (ohne Amt für Wirtschaft und Arbeit sowie Arbeitslosenkasse)

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
W1 Interner Zinssatz, in %	A1	1.5	1.5	1.5	0.0	

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	217.3	181.7	163.7	-18.0	-9.9
- Kalkulatorischer Zinsertrag	164.8	175.6	158.6	-17.0	-9.7
- BVK-Sanierungsbeiträge	34.5			0.0	0.0
Aufwand	-60.9	-29.6	-47.8	-18.2	-61.4
- Kalkulatorischer Zinsaufwand	-42.8	-37.1	-43.7	-6.6	-17.8
- Rückstellung aus Ruhegehaltsordnung	-3.1	-8.2	-3.9	4.2	51.9
- Teilauflösung BVK-Sanierung				0.0	0.0
- Zentrale Korrektur Abschreibungen		8.1			
- Kreditübertragungen					
Saldo	156.4	152.1	115.9	-36.2	-23.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo		0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-36.2		Abweichungen total R18 zu B18
22.5	A2	- Der zentral eingestellte Teuerungsausgleich 2018 von 0.5% fiel in den übrigen Leistungsgruppen an.
4.2	A3	- Geringere Rückstellungsbildungen aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren der Universität Zürich (R18: 3.9 Mio. Franken) als budgetiert (B18: 8.2 Mio. Franken).
2.7	A3	- Höherer Ertrag aus der Rückverteilung der CO2-Abgabe wegen der Erhöhung des Verteilfaktors durch den Bund
-0.4	A1	- Höherer kalkulatorischer Zinsaufwand auf den Fondsbeständen im Eigenkapital
-4.0	A3	- Der Ertrag aus der Verlustscheinbewirtschaftung (Lü16) fällt in den jeweiligen Leistungsgruppen an.
-5.4	A1	- Geringeres kalkulatorisches Zinsergebnis auf internen Kontokorrentbeständen
-8.1	A2	- Die zentral eingestellte Abschreibungskorrektur (als Ergebnis der früheren pauschalen Investitionsvolumenreduktion) fiel in den übrigen Leistungsgruppen an.
-17.8	A1	- Tieferer kalkulatorischer Zinsertrag infolge geringerer Investitionen in den übrigen Leistungsgruppen
-30.0	A2	- Die Abschöpfung der Rotationsgewinne aus der Leistungsüberprüfung 2016 (Lü16; B18: 15 Mio. Franken) sowie aus deren Verdoppelung durch den Kantonsrat (B18: 15 Mio. Franken) musste in den übrigen Leistungsgruppen umgesetzt werden.
0.1		- Übrige Abweichungen

4960 Nationaler Finanzausgleich

Aufgaben

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die finanziellen Auswirkungen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) erfasst.

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
W1 Ressourcenindex, in %		120.4	120.4	120.2	-0.2	

Bemerkungen

W1 Im Rahmen der Anhörung vom Juli 2017 zu den Zahlungen 2018 meldete der Kanton Zürich Anpassungen an den Datengrundlagen, die in den Neuberechnungen der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Oktober 2017 zu einem tieferen Ressourcenindex und zu tieferen Zahlungen von 3 Mio. Franken führten. Im Novemberbrief wurde nur die Min-derbelastung erfasst.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	84.2	81.0	81.0	0.0	0.0
- Soziodemografischer Lastenausgleich	84.2	81.0	81.0	0.0	0.0
Aufwand	-528.2	-542.6	-542.6	-0.0	-0.0
- Ressourcenausgleich	-510.0	-525.8	-525.8	-0.0	-0.0
- Härteausgleich	-18.2	-16.8	-16.8	0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-444.1	-461.6	-461.6	-0.0	-0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen

Aufgaben

- A1 Verantwortungsbewusster Umgang mit Mitarbeitenden, deren Stellen abgebaut werden müssen
- A2 Erarbeitung von Sozialplänen und weiteren Massnahmen für das betroffene Personal nach einheitlichen Grundsätzen
- A3 Unterstützung von Personen, deren Entlassung im Rahmen von Sanierungsprogrammen unvermeidlich ist
- A4 Einhaltung von Verpflichtungen, die sich aus Bestimmungen des Personalrechts und der Richtlinien des Sozialplans ergeben

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag					
Aufwand			0.3	0.3	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo			0.3	0.3	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.3		Abweichungen total R18 zu B18
0.3		- Auflösung der Rückstellungen für Sozialpläne im Rahmen des Massnahmenplans Haushaltgleichgewicht 06 (MH06)
0.0		- Übrige Abweichungen

4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich

Der Kantonsrat bewilligte mit Vorlage

- 5344 einen Beitrag von 7 Mio. Franken zugunsten der Stiftung Swiss Science Center Technorama für das Projekt «Park und Wunderbrücke»,
- 5353 einen Beitrag von 3 Mio. Franken zugunsten der Stiftung für Studentisches Wohnen Zürich (SSWZ) für das Studentenwohnhausprojekt «Areal Rosengarten»,
- 5361a einen Rahmenkredit von 32 Mio. Franken für Vorhaben der Inlandhilfe und der Entwicklungszusammenarbeit von 2018 bis längstens 2021,
- 5368 einen Beitrag von 0,9 Mio. Franken zugunsten der Genossenschaft Theater für den Kanton Zürich für den Ausbau der Infrastruktur und der Bühnentechnik,
- 5461 einen Beitrag von 1,5 Mio. Franken zugunsten des Vereins «200 Jahre Alfred Escher & Gottfried Keller» zur Durchführung von Jubiläumsaktivitäten 2019.

Aufgaben

A1 Die Fondsgelder werden für gemeinnützige Zwecke, u.a. im kulturellen und sozialen Bereich, verwendet.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder, in %:	A1					
L2	- Anteil der Lotteriefondsbeiträge für die Denkmalpflege	A1	6	13	15	2	
L3	- Anteil der Lotteriefondsbeiträge für die Ausland- und Inlandhilfe	A1	10	10	10	0	
L4	- Anteil der Lotteriefondsbeiträge für die Kultur	A1	68	34	39	5	
L5	- Anteil der Lotteriefondsbeiträge für den Zoo (Betrieb und Investitionen)	A1	4	4	5	1	
L6	- Anteil der Lotteriefondsbeiträge für die Bildung	A1	6	13	23	10	
L7	- Anteil der Lotteriefondsbeiträge für den Bereich Soziales/Gesundheit		1	3	3	0	
L8	- Anteil übriger Lotteriefondsbeiträge	A1	5	23	5	-18	
L9	Beitragsgesuche an den Lotteriefonds	A1	320	400	363	-37	-9.3
B1	Kosten pro Gesuch, in Fr.	A1	1562	1300	1432	132	10.2

Bemerkungen

- Allg. Die Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Beträge auf die verschiedenen Kategorien ist abhängig von den einzelnen Gesuchen (v.a. von den grossen Gesuchen), die eingereicht werden bzw. über welche abschliessend entschieden wird. Der Inhalt der einzelnen Gesuche ist nicht steuerbar. Hinzu kommt die schlechte Planbarkeit bei grossen Gesuchen bzw. Beitragszusagen des Kantonsrates.
- L2 Der Übertrag zugunsten der Denkmalpflege bzw. die Leistungen zugunsten von Denkmalpflegeprojekten fiel leicht geringer aus als budgetiert. Aufgrund der im Berichtsjahr insgesamt geringeren Bewilligungen als budgetiert entsprechen die Beiträge zugunsten von Denkmalpflegeprojekten einem grösseren Anteil an den Gesamtbewilligungen.
- L3 Die Leistungen zugunsten der Ausland- und Inlandhilfe fielen insgesamt etwas tiefer aus als budgetiert. Aufgrund der im Berichtsjahr insgesamt geringeren Zahl der Bewilligungen als budgetiert entspricht die Ausland- und Inlandhilfe dem budgetierten Anteil an den Gesamtbewilligungen.
- L4 Aufgrund der im Berichtsjahr insgesamt geringeren Bewilligungen als budgetiert entspricht der Anteil zugunsten von Kulturprojekten einem höheren Anteil als budgetiert.
- L5 Aufgrund der im Berichtsjahr insgesamt geringeren Bewilligungen als budgetiert entspricht der Anteil zugunsten des Zoos einem höheren Anteil als budgetiert.
- L6 Der Übertrag zugunsten der Bildung fiel geringer aus als budgetiert. Aufgrund der Kantonsratsbeschlüsse Technorama und Stiftung Studentisches Wohnen (ursprünglich budgetiert für 2017) erhöhte sich der Anteil der Bildungsausgaben.
- L7 Der Anteil von Gesuchen, die den Bereichen Soziales und Gesundheit zuzuordnen sind, ist gering.
- L8 Der Sammelbereich «Übriges» ist nicht steuerbar.
- L9 Die Anzahl der Gesuche ist nicht steuerbar.

Fonds

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	288.8	219.0	258.1	39.1	17.9

Bemerkungen R18 zu B18

- 39.1 Der Fondsbestand liegt mit 258.1 Mio. Franken aufgrund der geringeren Auszahlungen (+38.3) und des höheren Swisslos-Ertrages (+0.8) höher als budgetiert.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	79.9	124.8	86.5	-38.3	-30.7
- Interkantonale Landeslotterie/Swisslos	61.2	55.0	55.8	0.8	1.5
- Entnahme aus Bestandeskonto	18.7	69.8	30.7	-39.1	-56.0
- Kalkulatorischer Zinsertrag		0.0		0.0	0.0
Aufwand	-79.9	-124.8	-86.5	38.3	30.7
- Zahlungen an Private und Dritte	-45.1	-74.1	-47.2	26.8	36.2
- Einlagen in Bestandeskonto					
- Übertrag an Leistungsgruppen	-34.8	-50.7	-39.2	11.5	22.6
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R18 zu B18
26.3	A1	- Die Beitragszahlungen an externe Empfänger fielen geringer aus als budgetiert, weil grosse, budgetierte Beitragsleistungen noch nicht zur Auszahlung gelangten oder nicht bewilligt wurden (z.B. Villa Flora, Hopp Zürich, Technorama, Stiftung Raum&Gesellschaft). Zudem verzögerten sich die Auszahlungen zum Teil, in anderen Fällen wurde ein Gesuch bzw. eine Beitragsleistung abgelehnt oder der Betrag gekürzt (Jubiläum Escher und Keller).
12.0	A1	- Die internen Verrechnungen waren tiefer als budgetiert, weil einzelne Direktionen den ihnen zustehenden Beitrag aus dem Lotteriefonds nicht ausschöpften.
0.8	A1	- Der Ertrag von Swisslos ist abhängig von deren Leistung (insbesondere von der Anzahl guter Jackpot-Wochenenden). Im Geschäftsjahr 2017 war der Ertrag von Swisslos nochmals überdurchschnittlich gut. Dieser Ertrag wurde dem Lotteriefonds im Berichtsjahr gutgeschrieben.
-39.1	A1	- Bei der Budgetierung bestand die Annahme, dass im Berichtsjahr grosse Beiträge bzw. Teilbeiträge zur Auszahlung kommen würden (u.a. Villa Flora, Hopp Zürich, Technorama, Stiftung Studentisches Wohnen, Stiftung Raum&Gesellschaft). Die Auszahlungen verzögern sich zum Teil, in anderen Fällen wurde ein Gesuch bzw. eine Beitragsleistung abgelehnt oder der Betrag gekürzt (Jubiläum Escher und Keller). Zusammen mit den tieferen Übertragungen an die Direktionen war die Entnahme aus dem Bestandeskonto um rund 40 Mio. Franken geringer als budgetiert.
0.0		- Übrige Abweichungen

05

Volkswirtschafts- direktion

Überblick	120
Legislaturziele	122
Verkehr (Politikbereich 6)	122
Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)	122
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	122
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	123
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	123
Finanzierung	124
Übersicht	124
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	124
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	124
Personal- und Lohnstatistik	124
Beschäftigungsumfang	124
Lohnaufwand	124
Anstellungsverhältnisse	124
Parlamentarische Vorstösse	125
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	125
Leistungsgruppen	126
5000 Generalsekretariat (GS)	126
5205 Amt für Verkehr (AFV)	128
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr	132
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	134
5920 Verkehrsfonds	138
5921 Flughafenfonds	140
5925 Strassenfonds	141

Überblick

Die Volkswirtschaftsdirektion fördert und entwickelt den Kanton Zürich als attraktiven Wirtschafts- und Lebensraum. Ihre Mitarbeitenden engagieren sich für einen starken Standort mit guten Rahmenbedingungen für Unternehmen und Arbeitnehmende. Für die Menschen im Kanton plant und organisiert die Volkswirtschaftsdirektion das Verkehrsangebot auf Schiene, Strasse und Wasser. Im Bereich Luftverkehr setzt sie sich im Rahmen der Beteiligung an der Flughafen Zürich AG für eine gute internationale Anbindung des Kantons ein und wahrt die Interessen der Bevölkerung im Bereich des Lärmschutzes. Die Volkswirtschaftsdirektion leistet mit ihren Aktivitäten einen Beitrag an die hervorragende Lebensqualität und die hohe Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich.

Arbeitsmarkt

Im Berichtsjahr sank die Arbeitslosigkeit dank Beschäftigungswachstum, aber auch aufgrund Anpassungen der Arbeitslosenstatistik im Vergleich zum Vorjahr deutlich von durchschnittlich 3,5 auf 2,7% – im monatlichen Durchschnitt waren im Kanton Zürich 21 793 Personen arbeitslos gemeldet. Im Vorjahresvergleich entspricht dies einem Rückgang um 25% oder 7317 Personen.

Stellenmeldepflicht

Im Juli des Berichtsjahres trat die Stellenmeldepflicht (Umsetzung der eidgenössischen Volksinitiative «gegen die Masseneinwanderung») in Kraft. Dafür wurde im Kanton Zürich eigens ein neues Stellenmeldezentrum eingerichtet. Die ersten Erfahrungen waren positiv: Es kam schon in den ersten Monaten zu Vermittlungen, die vorher nicht möglich gewesen wären.

Standortförderung

Welche Entwicklungen prägen die digitale Zukunft und wie muss sich der Kanton Zürich darauf einstellen, um als «Wirtschaftsmotor der Schweiz» weiterhin seine Chancen zu nutzen? Dies war die Leitfrage am Standortdialog des Regierungsrates im November des Berichtsjahres. Hauptbestandteil des Anlasses bildeten spannende Referate und eine angeregte Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen, Verbänden, Wissenschaft und Wirtschaft. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit veröffentlichte im Berichtsjahr das Booklet «Cluster-Daten 2018». Dieses liefert Daten zu Unternehmensgründungen, Beschäftigung und Wertschöpfung in den Clustern Informations- und Kommunikationstechnologie, Finance, Life Sciences, Cleantech, Kreativwirtschaft und Tourismus. Zudem informiert die Publikation «Zürcher Wirtschaftsmonitoring» viermal jährlich über die Konjunkturentwicklung und die Arbeitsmarktsituation im Kanton.

Innovationspark

Für den Innovationspark Zürich in Dübendorf beantragte der Regierungsrat im Berichtsjahr dem Kantonsrat einen Verpflichtungskredit von 217,6 Mio. Franken.

Berichterstattung zu Grossanlässen gemäss RRB Nr. 489/2012

Im Berichtsjahr wurden Beiträge von insgesamt 3,7 Mio. Franken an 42 Grossanlässe bewilligt und bei 19 Grossanläs-

sen geldwerte Leistungen von kantonaler Seite erbracht. 73% des Gesamtbetrages wurde an die folgenden vier Anlässe bzw. Vorhaben bewilligt: 200-Jahr-Jubiläum Alfred Escher und Gottfried Keller, Kunstprojekt Ernesto Neto im Hauptbahnhof Zürich, Gastkanton Zürich an der «Fête des Vignerons 2019» sowie «Züri Fäscht 2019».

Hohe Kundenzufriedenheit

Der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) konnte zum dritten Mal in Folge sein Ziel bei der Kundenzufriedenheit (76 Punkte) übertreffen: Hauptgrund für die erreichten 77 von 100 möglichen Punkten dürfte das stetig verbesserte und zuverlässige Fahrplanangebot sein.

Abschluss 4. Teilergänzung Zürcher S-Bahn

Im Berichtsjahr wurde ein weiterer Angebotsausbau umgesetzt. Im Fokus standen der Raum Winterthur und die Verbindung zwischen Winterthur und Zürich via Zürich Stadelhofen. Auch die neue Linienführung der S3 von Zürich nach Bülach konnte dank eines positiven Gerichtsentscheids planmässig im Halbstundentakt eingeführt werden. Der endgültige Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts steht noch aus.

Mit der dritten Etappe der 4. Teilergänzungen der Zürcher S-Bahn wurde der grösste Ausbau in der Geschichte des ZVV abgeschlossen. Weitere umfangreiche Fahrplanverbesserungen sind erst im Zeitraum 2035 möglich, wenn der Brüttener-tunnel und das vierte Gleis im Bahnhof Stadelhofen gebaut sind. Beide Projekte sind in der Botschaft des Bundesrates zum Ausbauschnitt 2035 der Eisenbahninfrastruktur enthalten, die im Herbst verabschiedet wurde.

Aufhebung Schiffszuschlag

Per Ende März des Berichtsjahres wurde der im Rahmen der Leistungsüberprüfung 2016 des Kantons eingeführte Schiffszuschlag für Fahrten auf dem Zürichsee aufgehoben. Er hatte Mehreinnahmen von insgesamt 2,4 Mio. Franken generiert, wobei die Fahrgastzahlen um fast einen Drittel zurückgegangen waren. Aufgrund der Senkung des Mehrwertsteuersatzes von 8 auf 7,7% erzielt der ZVV bei unveränderten Ticketpreisen einen Mehrertrag in vergleichbarer Höhe. Die Ziele der Leistungsüberprüfung bleiben somit auch ohne Schiffszuschlag erfüllt.

Abstimmungsvorlagen

Zwei kantonale Volksabstimmungen betrafen den öffentlichen Verkehr. Zum einen sprach sich das Volk gegen eine Kürzung der jährlichen Einlagen in den Verkehrsfonds aus. Zum anderen lehnte es eine Volksinitiative zum Stopp der zweiten Etappe der Limmattalbahn mit 83% der Stimmen klar ab.

Digitalisierung im Zürcher Verkehrsverbund

Das Berichtsjahr stand im Zeichen der Digitalisierung des Ticketverkaufs, um den Zugang zum öffentlichen Verkehr weiter zu vereinfachen. Unter anderem lancierte der ZVV im April das Check-in-Ticket in seiner Ticket-App im Rahmen eines nationalen Markttests. Daneben wurde ein neuer Webshop geschaffen und seit Herbst werden die ZVV-Verbund-Abos digital auf dem SwissPass ausgegeben.

Umfahrung Grüningen

Für die geplante Umfahrung des historischen Stadtlis Grüningen konnte im Berichtsjahr ein wesentlicher Meilenstein erreicht werden: Ein Studienwettbewerb für die Umfahrungsbrücke wurde von drei interdisziplinären Arbeitsteams durchgeführt. Mit dem Siegerprojekt der Calatrava Valls AG liegt nun eine konzeptionell umfassende wie architektonisch überzeugende und erfolgversprechende Lösung vor, die Anfang September des Berichtsjahres der Öffentlichkeit vorgestellt werden konnte.

Oberlandautobahn

Mit dem neuen Netzbeschluss wird die A53 («Zürcher Oberlandautobahn») am 1. Januar 2020 zur Nationalstrasse. Bis dahin führt das Amt für Verkehr intensive Vorarbeiten durch, um möglichst gute Voraussetzungen für die rasche Erarbeitung des generellen Projekts durch das Bundesamt für Strassen (ASTRA) zu schaffen. Dazu zählten im Berichtsjahr insbesondere geo- und hydrologische Bohrungen, das Variantenstudium der Anschlüsse und die Planung der für den Kanton und die Gemeinden wichtigen verkehrlich flankierenden Massnahmen.

Stellungnahme zum SIL-Konzeptteil

Der Regierungsrat hat im Rahmen des offiziellen Mitwirkungsverfahrens im Berichtsjahr zum Entwurf des überarbeiteten SIL-Konzeptteils des Bundes Stellung genommen (RRB Nr. 1022/2018). Der Regierungsrat begrüsst in seiner Stellungnahme, dass der Bund den laufenden Entwicklungen in der Luftfahrt Rechnung trägt. Er betonte aber auch, dass dem Sachplan neben seiner luftfahrtpolitischen Funktion eine wichtige Rolle bei der raumplanerischen Abstimmung sich widersprechender Interessen zukomme. Aus Sicht des Regierungsrates wird der vorgelegte Entwurf des Bundes diesem Anliegen nicht gerecht. Er beantragte deshalb dessen vollständige Überarbeitung und eine neue Vernehmlassung.

Stellungnahme zu den Flughafengebühren

Im Rahmen eines vom Bund durchgeführten «Stakeholder Involvements» hat der Regierungsrat im Berichtsjahr zur geplanten Änderung der Verordnung des Bundesrates über die Flughafengebühren Stellung genommen (RRB Nr. 1195/2018). Die in diesem Rahmen vorgesehene Erhöhung der Transferzahlungen aus den nicht flugbetriebsrelevanten Geschäftsbereichen eines Flughafens zugunsten des Segments Flugverkehr sowie im Gegenzug die Senkung von Gebühren für Airlines und Passagiere lehnte der Regierungsrat als Hauptaktionär der Flughafen Zürich AG sowie als Standortkanton in seiner Stellungnahme aus verschiedenen Gründen dezidiert ab. Er forderte das zuständige Bundesamt auf, einen ausgewogenen Vorschlag, der alle Elemente der Flughafengebühren berücksichtigt, auszuarbeiten.

Gesamtperspektive Bahnzukunft Zürich

Der Kanton Zürich und die SBB haben im Berichtsjahr die Gesamtperspektive zur Bahnzukunft im Raum Zürich unterzeichnet. Damit sprechen sie sich für eine zukunftsfähige Siedlungs- und Verkehrsentwicklung in der Region Zürich aus. Die SBB und der Kanton Zürich haben fünf Fokusthemen festgelegt, in denen sie die Planung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung zusammen mit den zuständigen Gemeinden prioritär angehen wollen.

Agglomerationsprogramme 3. Generation: Beitragszusicherungen vom Bund erhalten

Der Bundesrat anerkennt die Wichtigkeit der 2016 eingereichten Zürcher Agglomerationsprogramme der 3. Generation. Es werden Beitragssätze von 35% bis 40% und damit rund 327 Mio. Franken an Bundesmittel in Aussicht gestellt. Somit können neben der 2. Etappe der Limmattalbahn beispielsweise auch der Ausbau der Engstringer Kreuzung in Schlieren als weiterer wichtiger Teil der Gesamtverkehrslösung im Limmattal sowie die Elektrifizierung der Buslinien 69 und 80 in der Stadt Zürich mit namhafter Bundesbeteiligung umgesetzt werden. Insgesamt werden im Zeitraum von 2019 bis 2025 rund 120 Zürcher Massnahmen durch den Bund mitfinanziert.

Legislaturziele

Verkehr (Politikbereich 6)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG

bis

RRZ 6.1 In den urbanen Räumen übernimmt der öffentliche Verkehr einen überdurchschnittlichen Anteil des Verkehrszuwachses. Der Anteil des Fuss- und Veloverkehrs am Gesamtverkehr ist gesteigert.

RRZ 6.1b	Den Bau der 1. Etappe Limmattalbahn Altstetten-Schlieren 2017 beginnen mit dem Ziel der Inbetriebnahme im Dezember 2019	5210	2019
RRZ 6.1c	Die Agglomerationsprogramme der Generationen 1 und 2 zeitgerecht umsetzen	5205	2019
RRZ 6.1d	Den Velonetzplan festlegen und als planerische Grundlage in den regionalen Richtplänen berücksichtigen	5205	2019
RRZ 6.1f	Die Finanzierungsbeschlüsse von wichtigen Gesamtverkehrsprojekten (MIV und ÖV) in den Städten Zürich und Winterthur ausarbeiten (Stadt Zürich: Rosengartentunnel und -tram; Stadt Winterthur: ÖV-Hochleistungskorridor und Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze)	5205	2019

RRZ 6.2 Die Funktionsfähigkeit des Verkehrssystems ist auch mit zunehmender Mobilität sichergestellt.

RRZ 6.2a	Punktuelle Bevorzugungsmassnahmen für den öffentlichen Verkehr (ÖV) zur Vermeidung von Verlustzeiten und Anschlussbrüchen umsetzen	5205	2019
RRZ 6.2b	Die prioritären Massnahmen gemäss dem Konzept der regionalen Verkehrssteuerung (RVS) weiter umsetzen	5205	2019
RRZ 6.2c	Die kantonale Verwaltung und Unternehmen bei der Optimierung der Mobilität ihrer Mitarbeitenden unterstützen	5205	2019
RRZ 6.2d	Ausbauten der Strasseninfrastruktur planerisch vorantreiben	5205	2019

Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG

bis

RRZ 7.1 Ein qualitatives Siedlungswachstum nach innen ist ermöglicht und naturnahe Lebensräume sind erhalten.

RRZ 7.1f	Schallschutzmassnahmen in der Flughafenregion im Rahmen von Gebäudesanierungen und zeitgemässen sowie qualitativ hochstehenden Siedlungserneuerungen fördern	5205	2019

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG

bis

RRZ 8.1 Die volkswirtschaftliche Standortattraktivität ist gestärkt. Dabei wird die Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials gefördert.

RRZ 8.1a	Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern	5300	2019
RRZ 8.1b	Die Arbeitsmarktchancen der inländischen Erwerbsbevölkerung durch arbeitsmarktnahe, durchlässige Aus- und Weiterbildungsangebote stärken	5300	2019
RRZ 8.1c	Die Aussenwirtschaftsbeziehungen auf die Zukunftsmärkte gemäss der Länderliste des Regierungsrates fokussieren. Dabei stehen die Themenbereiche Finanzen, Umwelt und Industrie im Vordergrund.	5300	2019

RRZ 8.2 Die Innovationskraft und die Branchendiversität am Standort Zürich sind gestärkt.

RRZ 8.2a	Ausbau des Clustermanagements durch Abbildung der Clusterstruktur im Kanton Zürich mit dem Clusterbericht, Unterstützung von Forschungsprojekten der Hochschulen, Durchführung von (Netzwerk-)Veranstaltungen mit den Spitzen der Wissenschaft, Wirtschaft und der Politik zu ausgewählten Zukunftsthemen mit Blick auf den Standort Zürich	5300	2019
RRZ 8.2b	Mitwirken bei der Ausgestaltung und Entwicklung des Innovationsparks in der Stiftung «Innovationspark Zürich». Mit Leistungsvereinbarungen sicherstellen, dass das Areal für Innovationen genutzt wird	5300	2019

Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG

bis

RRZ 9.2 Die erforderliche Erweiterung und Erneuerung der Infrastruktur werden mit innovativen Lösungen besser umgesetzt und finanziert.

RRZ 9.2d Möglichkeiten prüfen, wie Planung und Verwendung der Mittel im Strassenfonds und Flughafenfonds im Rahmen der Zweckbindung flexibler auf den jährlich schwankenden Finanzbedarf und die anstehenden Grossprojekte (Strassenfonds) ausgerichtet werden können

5205

2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG

bis

RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

5205

2019

RRZ 10.3 Die Interessen des Kantons in den föderalen Strukturen sind gewahrt.

RRZ 10.3b Die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse des Kantons frühzeitig in die Umsetzungsarbeiten zur Masseneinwanderungsinitiative einbringen, um den Kanton im innerschweizerischen Wettbewerb zu positionieren und seine Interessen durchzusetzen

5300

2019

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	744.2	754.4	753.8	-0.6	-0.1
Aufwand	-971.4	-1 066.3	-1 030.5	35.9	3.4
- Kreditübertragungen					
- Nachtragskredit		-65.3		65.3	100.0
Saldo	-227.2	-312.0	-276.6	35.3	11.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	20.7	16.4	22.2	5.8	35.1
Ausgaben	-186.0	-204.9	-170.5	34.3	16.8
- Kreditübertragungen		7.7		-7.7	-100.0
- Nachtragskredit		9.1		-9.1	-100.0
Saldo	-165.3	-188.4	-148.4	40.1	21.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
35.3		Abweichungen total R18 zu B18
16.3	5210	- Dank höherer Verkehrserträge und tieferer Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen konnte die Kostenunterdeckung des ZVV gegenüber dem Budget um 32.6 Mio. Franken verbessert werden. Davon entfallen 16.3 Mio. Franken auf den Kanton.
7.2	5210	- Rückzahlung zu viel bezogener Abgeltungen des Kantons Zürich durch PostAuto für 2004–2018
3.3	5925	- Mehrerträge bei den Bundesanteilen: Mineralölsteuer (3.1 Mio. Franken), LSVA (0.2 Mio. Franken)
3.1	5925	- Geringerer Übertrag an das Tiefbauamt
2.6	5921	- Weniger Subventionen nach § 3 der ZFI-Verordnung für das Förderprogramm Wohnqualität (2.4 Mio. Franken) und für raumplanerische Massnahmen der Gemeinden (0.2 Mio. Franken)
2.8		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R18	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	-148.4			
- Investitionsbeiträge an Städte und Gemeinden gemäss StrG	-64.0			
- Beiträge an Einhausung Autobahn Schwamendingen (Vorlagen 4162b und 4773)	-13.2	81.1	46.7	34.4
- Beiträge an Autobahnüberdeckung Katzenssee (Vorlage 4691)	-6.0	30.4	18.0	12.4
- Limmattalbahn (Vorlage 5111)	-40.3	583.0	86.7	496.3
- 4. Teilergänzungen Zürcher S-Bahn (Vorlage 4675a)	-11.0	366.0	106.9	259.0
- Investitionsbeiträge Infrastruktur SZU/FB	-19.0	37.4	37.4	0.0
- Wohnbauförderung	2.9			
- Übrige	2.2			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
	767.7	824.2	798.8	-25.3	-3.1

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
5000 Generalsekretariat (GS)	-3821	-3416	-3589	-173	-5.1
5205 Amt für Verkehr (AFV)	-6761	-6946	-6970	-24	-0.3
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	-68349	-75016	-71979	3037	4.0
Total	-78931	-85378	-82538		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2018)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
5000 Generalsekretariat (GS)	29	14	15	21	8
5205 Amt für Verkehr (AFV)	60	24	36	36	24
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	781	446	335	594	187
Total	870	484	386	651	219

Parlamentarische Vorstösse

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
150/2009	Waidhaldetunnel (Motion Kommission für Planung und Bau)	20.08.2012
22/2016	Anpassung der kantonalen Signalisationsverordnung (dringliches Postulat Marc Bourgeois, Zürich, Roland Scheck, und Marcel Lenggenhager, Gossau)	04.04.2016
183/2015	Förderung und Erleichterung der Arbeitstätigkeit von Asylsuchenden, vorläufig aufgenommenen Ausländerinnen und Ausländern sowie anerkannten Flüchtlingen (Postulat Daniel Frei, Niederhasli, Gerhard Fischer, Bäretswil, und Jörg Mäder, Opfikon)	21.11.2016
405/2016	Integration von 50 Arbeitslosen (Postulat Nik Gugger, Winterthur, Tobias Langenegger und Roger Liebi, Zürich)	08.05.2017
24/2017	Massnahmen zur Steuerung der Zuwanderung (Einzelnitiative Gregor Rutz, Zollikon)	22.05.2017
159/2017	Start-up-Wirtschaftsregion Zürich (Postulat Michael Zeugin, Winterthur, Judith Bellaiche, Kilchberg, und Andreas Hauri, Zürich)	02.10.2017
330/2015	Bildung eines einheitlichen Arbeitsinspektorates für den Kanton Zürich und Auflösung der städtischen Arbeitsinspektorate Zürich und Winterthur (Postulat Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, Hans-Jakob Boesch, Zürich, und Dieter Kläy, Winterthur)	30.10.2017
204/2017	Bau multifunktionaler Nationalstrassen zur Entlastung der Landschaft, vorausdenkendes und vernetztes Planen und Bauen von Infrastrukturen rund um Verkehr und Energie (Postulat Daniel Wäfler, Gossau, Michael Welz, Oberembrach, und Elisabeth Pflugshaupt, Bertschikon)	15.01.2018
417/2016	Neuausrichtung ZFI (Postulat Corinne Thomet, Kloten, Ann Barbara Franzen, Niederweningen, und Jürg Trachsel, Richterswil)	17.09.2018
136/2018	Chancen, Risiken und Potenzial von Innovationen und Digitalisierung für eine nachhaltige Mobilität im Kanton Zürich (Postulat Bettina Balmer, Zürich, Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, und Christian Schucan, Uetikon a.S.)	01.10.2018

5000 Generalsekretariat (GS)

Zu den Hauptaufgaben des Generalsekretariats zählt die Unterstützung der Volkswirtschaftsdirektorin bei der Planung, Steuerung, Organisation und Koordination ihres breitgefächerten Tätigkeitsgebiets. Als zentrale Planungs- und Koordinationsstelle erbrachte das Generalsekretariat für die gesamte Direktion Leistungen in den Bereichen Informatik, Rechtsfragen, Finanzen, Personal und Kommunikation.

Die Zufriedenheit mit den Informatikdienstleistungen ist auf einem konstant hohen Niveau. 81% der Nutzenden sind mit den Dienstleistungen «sehr zufrieden» oder «zufrieden». Nach über zehnjährigem Wirken als Generalsekretär ist Bruno Aebischer Ende November des Berichtjahres in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Seine Nachfolge tritt Dr. Gian Andrea Schmid an. Schmid war zuvor Leiter Fach- und Rechtsdienst sowie stellvertretender Generalsekretär bei der Volkswirtschaftsdirektion.

Aufgaben

- A1 Führungsunterstützung für die Direktionsvorsteherin
- A2 Rechtswesen (juristische Unterstützung der Direktionsvorsteherin und der Verwaltungseinheiten der VD; Rechtspflege sowie Führung von Rechtsmittelverfahren) und Aufsicht in den Bereichen Gastgewerbe, Ruhetage und Ladenöffnungszeiten
- A3 Informatikversorgung für die VD (Abwicklung von Informatikprojekten, Bereitstellung von effizienten Informatikarbeitsplätzen und angemessener Informatiksicherheit)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
L1 In der GEKO erfasste Direktionsgeschäfte, ohne RR-Anträge	A1	776	850	689	-161	-18.9
L2 RR-Anträge der VD	A1	133	110	152	42	38.2
L3 Erledigte Rekurse	A2	93	90	79	-11	-12.2
L4 Betreute IT-Arbeitsplätze	A3	1309	1330	1408	78	5.9
B1 Basisarbeitsplatzkosten (Informatik)	A3	1356	1450	1334	-116	-8.0
W1 Anteil Rekurse, die innerhalb von 5 Monaten erledigt sind, in %	A2	43	60	54	-6	
W2 Kundenzufriedenheit mit der VD-Informatik	A3		4.9	5.0	0.1	2.0

Bemerkungen

- L1 Die Zahl der Direktionsgeschäfte wird durch externe Faktoren bestimmt. Zudem führte das Bilden von Sammelgeschäften für Gremien und KR-Kommissionen zu einer Reduktion.
- L2 Die Zahl der RR-Anträge wird durch externe Faktoren bestimmt.
- L3 Überdurchschnittlich viele Verfahren, bei denen der Schriftwechsel länger dauerte
- L4 Anstieg betreuter IT-Arbeitsplätze (v.a. im Amt für Wirtschaft und Arbeit).
- B1 Betrieb konnte ohne Personalaufstockung gewährleistet werden. Ausserdem konsequente Kostendisziplin

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	26.9	25.3	25.6	0.3	1.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	4.5	4.9	5.0	0.1	1.3
- Interne Informatik-Dienstleistungen	4.1	4.2	4.2	0.1	1.7
Aufwand	-8.3	-8.2	-8.2	0.0	0.4
- Kreditübertragungen					
Saldo	-3.8	-3.3	-3.2	0.1	3.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.2	-0.1		0.1	100.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.2	-0.1		0.1	100.0

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.1	0.0	0.1	
- Projekt eWP (e-Work-Permits)	-0.1	0.0	0.1	- Projekt noch nicht angelaufen
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
16719	5874	20 000	30845	14126

Bemerkungen

Dank effizienter Leistungserbringung konnte das Berichtsjahr besser abgeschlossen werden als budgetiert.

5205 Amt für Verkehr (AFV)

Mit dem neuen Netzbeschluss wird die A53 («Zürcher Oberlandautobahn») am 1. Januar 2020 zur Nationalstrasse. Bis dahin führt das AFV intensive Vorarbeiten durch, um möglichst gute Voraussetzungen für die rasche Erarbeitung des Generellen Projekts (GP) durch das ASTRA zu schaffen. Dazu zählen insbesondere geo- und hydrologische Bohrungen, das Variantenstudium der Anschlüsse und die Planung der für den Kanton und die Gemeinden wichtigen verkehrlich flankierenden Massnahmen.

Zur Förderung des Velofahrens durch verbesserte Infrastruktur wurden sieben Radwegstudien erarbeitet und ans TBA zur Projektierung übergeben. Dies ist ein wesentlicher Faktor zur Erreichung der Modal-Split-Ziele des kantonalen Gesamtverkehrskonzepts (GVK 2018) und zur Ausschöpfung der Bud-

getvorgaben für den Radwegbau gemäss Strassengesetz. Das Vorgehen, mittels eines Studienwettbewerbes eine neue, erfolgversprechende und von den jeweiligen Anspruchsgruppen akzeptierte Lösung zu finden, wird nach den positiven Erfahrungen mit der Stedtli-Umfahrung Grüningen nun auch bei der Umfahrung Eglisau angewendet. Der Start des Verfahrens ist 2019 vorgesehen.

Das Konzept zur Verlegung der Strasse durch das Neeracher Ried wurde erstellt und der Öffentlichkeit vorgestellt. Anhand der Rückmeldungen werden nun im Rahmen eines Workshop-Verfahrens die Anliegen der Anspruchsgruppen aufgenommen und geprüft, um das Projekt weiter optimieren zu können.

Aufgaben

- A1 Planungen von öffentlichem Verkehr, motorisiertem Individualverkehr, Langsamverkehr und Güterverkehr miteinander und mit der gewünschten Raumentwicklung abstimmen
- A2 Beobachten, prognostizieren und lenken von Verkehrsnachfrage und Verkehrsverhalten
- A3 Veloförderprogramm umsetzen
- A4 Infrastrukturen für den Strassenverkehr planen und optimieren
- A5 Durchsetzen der hoheitlichen Verantwortung gemäss Strassengesetzgebung
- A6 Entscheidungsgrundlagen für Interessenausgleich am Flughafen Zürich zur Verfügung stellen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete Gesamtverkehrsplanungen	A1	3	3	3	0	0.0
L2	Beantwortete Anfragen bzgl. Verkehrsgrundlagen	A2	41	45	45	0	0.0
L3	Informationskampagnen und Veranstaltungen im Rahmen des Veloförderprogramms (Zielwert)	A3	1	1	1	0	0.0
L4	Beurteilte Problemsituationen bzgl. Strasseninfrastruktur (auf Strassenabschnitten oder Teilsystemen)	A4	105	100	95	-5	-5.0
L5	An das Tiefbauamt übergebene Strassenbauprojekte	A4	124	95	90	-5	-5.3
L6	Vom Regierungsrat beurteilte Projekte zu Strassen von überkommener Bedeutung in den Städten Zürich und Winterthur	A5	21	17	20	3	17.6
L7	Behandelte Geschäfte im Rahmen der Bauverfahrensverordnung	A5	1108	1000	1225	225	22.5
L8	Überwachte Flüge während der siebenstündigen Nachtflugsperrung (Zielwert)	A6	2674	2000	3086	1086	54.3
L9	Geprüfte Gesuche im Rahmen des Förderprogramms Wohnqualität Flughafenregion	A6	65	50	23	-27	-54.0
L10	Bearbeitete Plangenehmigungsverfahren im Luftfahrtrecht	A6	245	250	305	55	22.0
B1	Aufwand pro Baubewilligung an Staatsstrassen, Jahresdurchschnitt in Std.	A5	6.9	8	5.3	-2.7	-33.8
B2	Aufwand pro Plangenehmigungsverfahren im Luftfahrtrecht, Jahresdurchschnitt in Std.	A6	8.5	8.4	6.8	-1.6	-19.0
W2	Veloverkehrsanteil am Gesamtverkehr der Zürcher Bevölkerung, Basis-Wege in %	A1, A3	8		5.6		
W1	Anteil des öffentlichen Verkehrs am Verkehrsaufkommen öffentlicher Verkehr und motorisierter Individualverkehr im Kanton Zürich, Basis-Wege in %	A1	31.2	32.1	31.8	-0.3	
W3	Länge der an das Tiefbauamt übergebenen Strassenprojekte, in km	A4	25	35	19	-16	-45.7
W4	Ausgelöstes Finanzvolumen durch die an das TBA übergebenen Radweg-/Uferwegprojekte, in Mio. Franken	A4	35	30	35	5	16.7
W5	Monitoring-Wert des Zürcher Fluglärm-Indexes (ZFI)	A6	64 110	60 000	65 507	5 507	9.2

Bemerkungen

- L7 Die Einführung der elektronischen Bearbeitung von Baugesuchen hat zu einer weiteren Effizienzsteigerung geführt.
- L8 Die grossen betrieblichen Verbesserungen stehen weiterhin an, solange das Betriebsreglement 2014 für den Flughafen Zürich und die Verbesserungen aus dem angepassten Sachplan Infrastruktur Luftfahrt nicht umgesetzt werden.
- L9 Die Anzahl Gesuche unterliegt aufgrund der nicht vorhersehbaren Anzahl Sanierungen erheblichen jährlichen Schwankungen.
- L10 Zunahme der eingereichten Baugesuche im Berichtsjahr
- W1 Niedrigere Entwicklung als erwartet
- W3 Aufgrund vieler zusätzlich notwendiger Abklärungen konnten gerade grössere oder länger dauernde Projekte noch nicht dem Tiefbauamt übergeben werden.
- W5 Die Anzahl Flüge nach 22 Uhr, die Nebenwirkungen der Flight-Level-80-Regel und das überproportionale Bevölkerungswachstum in der Flughafenregion lassen den ZFI-Monitoringwert ansteigen. Die grossen betrieblichen Verbesserungen stehen weiterhin an, solange das Betriebsreglement 2014 für den Flughafen Zürich und die Verbesserungen aus dem angepassten Sachplan Infrastruktur Luftfahrt nicht umgesetzt werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 6.1c Die Agglomerationsprogramme der Generationen 1 und 2 zeitgerecht umsetzen

Die Massnahmen im A-Horizont sind zu rund 70% entweder bereits umgesetzt, in andere Massnahmen überführt oder an den Bund als Massnahmenträger übergeben oder aber vom Planungsstand her so weit fortgeschritten, dass eine Umsetzung in den nächsten zwei Jahren realistisch ist. Bei den übrigen Massnahmen führen vielfältige Gründe zu Verzögerungen in der Umsetzung.

Verzögert 2019

RRZ 6.1d Den Velonetzplan festlegen und als planerische Grundlage in den regionalen Richtplänen berücksichtigen

Der Velonetzplan wurde 2016 vom Regierungsrat beschlossen und liegt nun den Planungsregionen als Grundlage für die regionalen Richtpläne vor.

Abgeschlossen 2019

RRZ 6.1f Die Finanzierungsbeschlüsse von wichtigen Gesamtverkehrsprojekten (MIV und ÖV) in den Städten Zürich und Winterthur ausarbeiten (Stadt Zürich: Rosengartentunnel und -tram; Stadt Winterthur: ÖV-Hochleistungskorridor und Zentrumerschliessung Neuhegi-Grüze)

Der Kreditantrag für das Projekt Rosengartentunnel und -tram wurde vom Regierungsrat mit Beschluss vom 21. Dezember 2016 zusammen mit dem Spezialgesetz dem Kantonsrat überwiesen. Die Massnahmen in Winterthur sind aufgrund von politischen Unsicherheiten und Finanzierungsproblemen verzögert. Beim ÖV-Hochleistungskorridor geht die erste Etappe des Betriebs- und Gestaltungskonzepts in Bau, und bei der Zentrumerschliessung Neuhegi-Grüze ist der Prozess Masterplanung abgeschlossen.

Verzögert 2019

RRZ 6.2a Punktuelle Bevorzugungsmassnahmen für den öffentlichen Verkehr (ÖV) zur Vermeidung von Verlustzeiten und Anschlussbrüchen umsetzen

Die Massnahmen werden kontinuierlich gemäss den aktuell dringlichsten Problemen oder im Rahmen des Programms der regionalen Verkehrssteuerung (RVS) umgesetzt.

Abschluss 2019 2019

RRZ 6.2b Die prioritären Massnahmen gemäss dem Konzept der regionalen Verkehrssteuerung (RVS) weiter umsetzen

Die Umsetzung der prioritären Massnahmen läuft. Im Limmattal und auch im Glattal werden diese Massnahmen derzeit umgesetzt. In Uster steht die Projektierung einer der wichtigsten Massnahmen, der neuen Greifenseestrasse, vor dem Abschluss.

Abschluss 2019 2019

RRZ 6.2c Die kantonale Verwaltung und Unternehmen bei der Optimierung der Mobilität ihrer Mitarbeitenden unterstützen

Das Projekt «Prüfung der Einführung eines Mobilitätsmanagements in den Direktionen des Regierungsrates» wurde unter Einbezug von acht kantonalen Einrichtungen inhaltlich abgeschlossen. Der Schlussbericht mit Empfehlungen vom 15. Januar liegt vor. Die Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen erfolgt durch die jeweiligen Direktionen. Bezüglich Wissensaustausch und bei Fragen der Direktionen zur Mobilitätsberatung steht das Amt für Verkehr zur Verfügung.

Abgeschlossen 2019

RRZ 6.2d Ausbauten der Strasseninfrastruktur planerisch vorantreiben

Die im Richtplan eingetragenen Ausbauten werden entsprechend der Prioritätenreihung systematisch geplant und der Realisierung zugeführt.

Abschluss 2019 2019

RRZ 7.1f Schallschutzmassnahmen in der Flughafenregion im Rahmen von Gebäudesanierungen und zeitgemässen sowie qualitativ hochstehenden Siedlungserneuerungen fördern

Das Förderprogramm «Wohnqualität Flughafenregion» ist auf Kurs. Die Wirkung der Schallschutzmassnahmen nimmt langsam, aber stetig zu.

Abschluss 2019 2019

RRZ 9.2d Möglichkeiten prüfen, wie Planung und Verwendung der Mittel im Strassenfonds und Flughafenfonds im Rahmen der Zweckbindung flexibler auf den jährlich schwankenden Finanzbedarf und die anstehenden Grossprojekte (Strassenfonds) ausgerichtet werden können

Ein Entwurf des definitiven Schlussberichts als Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen Abschluss 2019 2019 liegt vor.

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Auf der Grundlage der Richtlinien zur Public Corporate Governance hat das Amt für Verkehr im Flughafenbericht 2016 erstmals aus Investorensicht über die Beteiligung an der Flughafen Zürich AG Bericht erstattet. Abgeschlossen 2019

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	51.0	52.6	53.2	0.7	1.3

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	90.7	107.2	106.7	-0.5	-0.5
- Übertrag aus Strassenfonds und Flughafenfonds	86.3	102.9	102.3	-0.6	-0.6
Aufwand	-94.3	-111.8	-110.7	1.1	1.0
- Eigene Beiträge an Städte und Gemeinden	-43.7	-49.8	-57.5	-7.7	-15.4
- Abschreibungen	-23.9	-24.8	-24.9	-0.1	-0.5
- Kreditübertragungen					
- Nachtragskredit		-7.7		7.7	100.0
Saldo	-3.6	-4.6	-4.0	0.6	12.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	9.2	5.0	7.5	2.5	50.4
Ausgaben	-64.6	-84.7	-84.6	0.1	0.1
- Kreditübertragungen					
- Nachtragskredit		-9.1		9.1	100.0
Saldo	-55.3	-79.7	-77.1	2.6	3.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.6		Abweichungen total R18 zu B18
1.0	A1	- Weniger Drittaufträge in den Bereichen allgemeine Staatsmittel (0.6 Mio. Franken) und Flughafen (0.3 Mio. Franken)
-0.6A4, A6, RRZ 6.1f, RRZ 6.2d, RRZ 7.1f		- Geringere Überträge aus Strassenfonds (0.1 Mio. Franken) und Flughafenfonds (0.5 Mio. Franken)
0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-79.7	-77.1	2.6	
- Beiträge an Einhausung Autobahn Schwamendingen (Vorlagen 4162b und 4773)	-13.2	-13.2	0.0	
- Beiträge an Autobahnüberdeckung Katzenssee (Vorlage 4691)	-6.0	-6.0	0.0	
- Investitionsbeiträge an Städte und Gemeinden gemäss StrG	-64.5	-64.0	0.5	
- Investitionsbeiträge vom Bund	4.0	6.1	2.1	- Höhere Investitionsbeiträge für Agglomerationsprogramme (1.9 Mio.) und für Lärmschutz (0.3 Mio.)
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
76952	30204	30 000	76748	-204

Bemerkungen

Höhere Eigenleistungen der Mitarbeitenden (geringere Vergaben von Drittaufträgen)

5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr

Diese Leistungsgruppe dient der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Der Aufwand setzt sich zusammen aus dem Beitrag des Kantons an die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV), der Einlage in den Verkehrsfonds und der Zahlung in den Bahninfrastrukturfonds (BIF). Die Ge-

schäfte des Verkehrsfonds sind unter der Leistungsgruppe Nr. 5920, Verkehrsfonds, beschrieben, jene des ZVV in der Leistungsgruppe Nr. 9300, Zürcher Verkehrsverbund, und in dessen Geschäftsbericht.

Aufgaben

- A1 Beitrag an den ZVV: Der ZVV sorgt für ein koordiniertes, auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichtetes, freizügig benutzbares Verkehrsangebot mit einheitlicher Tarifstruktur.
- A2 Einlage in den Verkehrsfonds: Der Verkehrsfonds hat eine reine Finanzierungsfunktion auf der Basis von Verpflichtungskrediten zur Finanzierung von Investitionen zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr).
- A3 Kantonseinlage gemäss Art. 87a Bundesverfassung (BV) / Art. 57 Eisenbahngesetz (EBG) in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) des Bundes

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Zugskilometer S-Bahn, in Mio.	A1	23.9	23.9	23.5	-0.4	-1.7
L2	Zugskilometer Tram, in Mio.	A1	12.6	12.9	12.7	-0.2	-1.6
L3	Wagenkilometer Bus, in Mio.	A1	50.2	50.2	49.6	-0.6	-1.2
B1	Kostenunterdeckung/Zugs- bzw. Wagenkilometer, in Fr.	A1	3.76	3.9	3.55	-0.35	-8.97
B4	Kostendeckungsgrad ZVV, in %	A1	66.7	65.8	69.1	3.3	
W1	Personenkilometer, in Mio.	A1	n.n.b.	3510	n.n.b.		
W2	Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren), Indexpunkte	A1	77	76	77	1	

Bemerkungen

- L1, L2, Die genauen Zugs- und Wagenkilometer lassen sich jeweils erst aus dem endgültigen Fahrplan ermitteln. Das Budget des ZVV wird aufgrund des Fahrplankonzepts erstellt. Gegenüber dem Vorjahr rückläufige Leistungen sind auf Korrekturen bei den interkantonalen Verteilschlüsseln zurückzuführen.
- B1 Dank Reduktion der Kostenunterdeckung des ZVV gegenüber dem Budget um 32.6 Mio. Franken verbessert sich die Wirtschaftlichkeit.
- W1 Die effektiven Personenkilometer für das Berichtsjahr lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Ermittlung dauert jeweils bis ins Frühjahr.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 6.1b Den Bau der 1. Etappe Limmattalbahnhof Altstetten-Schlieren 2017 beginnen mit dem Ziel der Inbetriebnahme im Dezember 2019

Die Planungs- und Bauarbeiten an der Limmattalbahnhof wurden im Berichtsjahr gemäss Terminplan Abschluss 2019 2019 vorangetrieben. Die gegenwärtige Planung sieht die Inbetriebnahme des Abschnitts Zürich, Farbhof – Schlieren, Geissweid im Herbst 2019 vor. Die gesamte Strecke wird ab Dezember 2022 befahren.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag				7.2	7.2	0.0
Aufwand		-294.6	-352.9	-336.6	16.3	4.6
- Beitrag an den ZVV (LG 9300)		-164.1	-169.6	-153.3	16.3	9.6
- Kantonseinlage Bahninfrastrukturfonds (BIF)		-115.7	-118.5	-118.5	0.0	0.0
- Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr		-20.0	-20.0	-70.0	-50.0	-250.0
- Kreditübertragungen						
- Nachtragskredit			-50.0		50.0	100.0
Saldo		-294.6	-352.9	-329.4	23.5	6.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben						
- Kreditübertragungen						
Saldo						

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
23.5		Abweichungen total R18 zu B18
16.3	A1	- Dank höherer Verkehrserträge und tieferer Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen konnte die Kostenunterdeckung des ZVV gegenüber dem Budget um 32.6 Mio. Franken verbessert werden. Davon entfallen 16.3 Mio. Franken auf die Leistungsgruppe Nr. 5210, Finanzierung öffentlicher Verkehr.
7.2	A1	- Rückzahlung zu viel bezogener Abgeltungen des Kantons Zürich durch PostAuto für 2004–2018
-0.0		- Übrige Abweichungen

5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote ist von 3,6% (2017) auf 2,7% gesunken. Im Berichtsjahr waren im Kanton monatlich 22 000 Arbeitslose gemeldet.

Im Rahmen der seit Juli des Berichtjahres geltenden Stellenmeldepflicht wurden bis 31. Dezember 11 000 meldepflichtige und 7 000 nichtmeldepflichtige Stellen bearbeitet. Die gesetzlich vorgeschriebene Meldung anerkannter Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommener bei den RAV wurde in Kooperation mit dem Sozialamt und der Sozialkonferenz eingeführt. Im Berichtsjahr wurden die städtischen Arbeitsinspektorate Zürich und Winterthur mit der kantonalen Arbeitsinspektion zusammengeführt und neue Abläufe für die Bearbeitung von Baubewilligungsgesuchen, Arbeitszeitbewilligungen, Kontrollen und Beratung zu Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz ab 2019 festgelegt.

Kantonskontingente der Arbeitsbewilligungen für Drittstaatsangehörige waren im Februar (247 B-Kontingente) bzw. April (394 L-Kontingente) ausgeschöpft. Dank Bundeskontingenten wurde der Bedarf im Berichtsjahr dennoch gedeckt; total wurden 1087 Arbeitsbewilligungen für Kurzaufenthalter (L) und 1100 für Aufenthalter (B) erteilt.

Die Standortförderung war bei 50 Anlässen engagiert. Am Festival «Zürich meets San Francisco», dem Standortdialog zu Horizon Scanning und dem Industriedialog zum Werkplatz Zürich, nahmen auch Regierungsratsmitglieder teil. Weitere Aktivitäten umfassten ICT-Cluster-Dialoge, die Informatiktage, die Ansiedlung der chinesischen Grossbank ICBC und die Eröffnung des Blockchain-Hubs Trust Square.

Aufgaben

- A1 Stärkung des Wirtschaftsstandorts Kanton Zürich
- A2 Leisten eines Beitrags für gute Arbeitsbedingungen (Vollzug Arbeitsgesetz und Unfallversicherungsgesetz)
- A3 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung Stellensuchender (Vollzug AVIG)
- A4 Mitfinanzierung von Wohnbauvorhaben, die preisgünstigen Wohnraum bereitstellen (paritätisch mit Gemeinden)
- A5 Leisten eines Beitrags für fairen Wettbewerb (Vollzug Entsendegesetz und Schwarzarbeitsgesetz)
- A6 Sicherstellung Regulierungsfolgeabschätzung (Messung Belastung für Unternehmen, qualitativ und quantitativ)
- A7 Der Kanton leistet Beiträge an den ALV-Fonds, auf Bundesgesetz basierend (Art. 92 Abs. 7bis und Art. 59d AVIG)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen	A1	14 421	14 000	15 188	1 188	8.5
L2	Meldeverfahren von EU-/EFTA-Staatsangehörigen	A1	97 998	100 000	101 395	1 395	1.4
L3	Arbeitssicherheit: Anzahl Betriebskontrollen (ArG/UVG; Zielwert)	A2	2 420	2 391	2 501	110	4.6
L4	Eingeschriebene Stellensuchende im Kanton (Jahresmittel)	A3	36 226	39 000	33 035	-5 965	-15.3
L5	Ausnützungsgrad des Rahmenkredites der Wohnbauförderung (180 Mio. Franken), in %	A4	67	70	67	-3	
L6	Kontrollen Flankierende Massnahmen (FlaM; Zielwert)	A5	2 249	2 200	2 511	311	14.1
L7	Kontrollen Schwarzarbeit (BGSA; Zielwert)	A5	1 573	1 500	1 578	78	5.2
L8	Regierungsratsbeschlüsse mit einem Kapitel «Regulierungsfolgeabschätzung»	A6	27	20	29	9	45.0
B1	Kostenbeitrag durch den Bund, in % der Gesamtkosten des AVIG-Vollzugs (ohne Kantonsbeitrag nach Art. 92 Abs. 7bis sowie Art. 59d AVIG)	A3	99.7	99.5	99.7	0.2	
B2	Durchlaufzeit pro Arbeitsbewilligungsgesuch, in Tg.	A1	10	20	9	-11	-55.0
W1	Wirkungsindex RAV gemäss Vereinbarung 2015-2018 mit dem SECO	A3	105	100	104	4	4.0
W2	Zürcher Unternehmen, welche die administrative Belastung als «gering» oder «eher gering» einschätzen, in %	A6	-	55	34	-21	

Bemerkungen

- L3 Grundlage für die Anzahl Kontrollen im Bereich Arbeitssicherheit/Gesundheitsschutz bildet die Leistungsvereinbarung mit der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS). Das Amt für Wirtschaft und Arbeit vollzieht Bundesrecht.
- L4 Der Budgetwert stützt sich auf die zum Planungszeitpunkt geltenden Prognosen der Expertengruppe des Bundes, der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF), anderer Institute sowie die eigene Einschätzung.
- L5 Das Amt für Wirtschaft und Arbeit hat keinen Einfluss auf das Volumen der ausgegebenen Darlehen. Das derzeitige Zinsumfeld ist der Nachfrage jedoch nicht förderlich.
- L6 Grundlage für die Anzahl Kontrollen im Bereich der Flankierenden Massnahmen bildet die Leistungsvereinbarung mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO). Das Amt für Wirtschaft und Arbeit vollzieht Bundesrecht.
- L7 Grundlage für die Anzahl Kontrollen im Bereich der Schwarzarbeit bildet die Leistungsvereinbarung mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO). Das Amt für Wirtschaft und Arbeit vollzieht Bundesrecht.

- L8 In 29 Regierungsratsgeschäften zu Gesetzen und Verordnungen wurde im Rahmen der Vorabklärung für die Regulierungsfolgeabschätzung geprüft, ob Unternehmen dadurch administrativ belastet würden. Davon weisen im Berichtsjahr vier Vorlagen Kostenfolgen für Unternehmen aus.
- B2 Der Budgetwert gilt als Maximalwert. Gesuche werden vermehrt online eingereicht, was die Bearbeitungszeit verkürzt.
- W2 Der Bürokratiemonitor des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) wurde gegenüber dem Budgetwert um 21% verfehlt (Wert 2015: 38%).

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 8.1a Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern

Der Regierungsrat hat den Bericht zu den erarbeiteten Massnahmen im September des Berichtsjahres verabschiedet. Die für diese elf Massnahmen zuständigen Direktionen bzw. die Staatskanzlei sind an der Umsetzung der Massnahmen. Die Staatskanzlei führt zuhänden des Regierungsrates bis Ende Juni 2022 ein Monitoring der Umsetzung der Massnahmen und des Erreichens der Zielsetzungen durch.

Verzögert 2019

RRZ 8.1b Die Arbeitsmarktchancen der inländischen Erwerbsbevölkerung durch arbeitsmarktnahe, durchlässige Aus- und Weiterbildungsangebote stärken

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit hat die Ansätze mit allen relevanten Akteuren weiter verfolgt.

Abgeschlossen 2019

RRZ 8.1c Die Aussenwirtschaftsbeziehungen auf die Zukunftsmärkte gemäss der Länderliste des Regierungsrates fokussieren. Dabei stehen die Themenbereiche Finanzen, Umwelt und Industrie im Vordergrund.

Sowohl der Gouverneur von Guangdong wie auch der Bürgermeister von Chongqing haben Zürich besucht und wurden vom Regierungsrat empfangen. Mit der Stadt Seoul unterzeichnete der Kanton Zürich ein Memorandum of Understanding (MoU) anlässlich des Besuchs des Bürgermeisters von Seoul.

Abschluss 2019 2019

Anlässlich von «Zürich meets San Francisco» konnte die Volkswirtschaftsdirektorin Unternehmen besuchen, die sich in der Schweiz ansiedeln möchten. Eines davon hat anschliessend bereits konkretes Interesse gezeigt.

RRZ 8.2a Ausbau des Clustermanagements durch Abbildung der Clusterstruktur im Kanton Zürich mit dem Clusterbericht, Unterstützung von Forschungsprojekten der Hochschulen, Durchführung von (Netzwerk-)Veranstaltungen mit den Spitzen der Wissenschaft, Wirtschaft und der Politik zu ausgewählten Zukunftsthemen mit Blick auf den Standort Zürich

Die Standortförderung hat im Berichtsjahr die Netzwerke in allen Clustern weiter ausgebaut, unter anderem indem sie bei rund 20 Cluster-Anlässen engagiert war. Bei der Hälfte war sie federführend in der Organisation. Zu den zwei bedeutendsten Meilensteinen im Finanz-Cluster zählen die Ansiedlung der zweiten chinesischen Grossbank (ICBC) und die Eröffnung des weltweit grössten Blockchain-Hubs namens Trust Square. Beide wurden von der Standortförderung eng begleitet und stärken den Finanzplatz Zürich. Im ICT-Cluster wurden die bewährten Formate Informatiktage, Polit-Talk und ICT-Cluster-Dialog fortgeschrieben. Gemeinsam mit dem Life Science Zurich Business Network, Bio-Technopark Schlieren-Zürich, der ETHZ und der UZH wurde eine Fachkonferenz zum Thema translationale Medizin organisiert, die dem Austausch zwischen Wirtschaft und Forschung diene. Das Swiss Green Economy Symposium und die Lifefair-Foren waren weiterhin sehr gut besuchte Anlässe im Cleantech-Cluster. Im Rahmen des Festivals «Zürich meets San Francisco» konnten verschiedene Cluster-Kompetenzen international sichtbar gemacht werden. Clusterverbindend ausgerichtet waren der Standort-Dialog zum Thema Innovation (unter dem Titel «Horizon Scanning») im Beisein des Regierungsrates und der Industrie-Dialog zum Werkplatz Zürich, der in Partnerschaft mit MAN Energy Solutions organisiert wurde. Die Cluster-Daten wurden mit dem Zahlenbooklet weiter fortgeschrieben.

Abschluss 2019 2019

RRZ 8.2b Mitwirken bei der Ausgestaltung und Entwicklung des Innovationsparks in der Stiftung «Innovationspark Zürich». Mit Leistungsvereinbarungen sicherstellen, dass das Areal für Innovationen genutzt wird

Die Verträge mit dem Bund betreffend die Landabgabe (Rahmenvereinbarung, Rahmenvertrag, Musterbaurechtsvertrag) für den Innovationspark Zürich (IPZ) sind am 10. Dezember des Berichtsjahres unterzeichnet worden.

Abschluss 2019 2019

Die Governance und Rollen zwischen der Stiftung IPZ und dem Kanton sind geklärt.

HRS Investment AG wurde von der Stiftung IPZ als Entwicklungspartnerin ausgewählt. Sie erarbeitet zurzeit ein Gesamtkonzept für die Entwicklung des IPZ.

RRZ 10.3b Die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse des Kantons frühzeitig in die Umsetzungsarbeiten zur Masseneinwanderungsinitiative einbringen, um den Kanton im innerschweizerischen Wettbewerb zu positionieren und seine Interessen durchzusetzen

Die Masseneinwanderungsinitiative ist seit 1. Juli des Berichtsjahres umgesetzt. Im Hinblick auf die Abgeschlossen 2019
Senkung des Schwellenwertes für meldepflichtige Stellen auf eine Arbeitslosenquote von 5% per
Januar 2020 setzte sich der Kanton Zürich beim Bund für eine Verfeinerung der massgebenden
Berufsnomenklatur ein, damit nicht auch Stellenprofile gemeldet werden müssen, bei denen Fachkräftemangel besteht.

5300 8a Neuansiedlung von juristischen und natürlichen Personen in den Kanton Zürich begleiten.

Neuansiedlungen von Unternehmen werden laufend begleitet. Planmässig 2019

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	689.8	746.3	720.0	-26.3	-3.5

Bemerkungen R18 zu B18

- 32.0 Tiefere Stellensuchendenzahl gegenüber Budget, weniger Personalressourcen benötigt
- 10.0 Stellenmeldezentrum
- 4.0 Arbeitsbewilligungen, tiefere Belegung als geplant

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	96.6	104.9	100.5	-4.5	-4.2
- Vollzug AVIG	88.2	96.5	91.9	-4.6	-4.8
Aufwand	-144.9	-155.4	-148.3	7.2	4.6
- Vollzug AVIG, ohne Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-88.5	-96.9	-92.2	4.7	4.9
- Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-33.1	-31.5	-31.8	-0.3	-0.8
- Kreditübertragungen					
Saldo	-48.3	-50.5	-47.8	2.7	5.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	10.1	10.9	10.2	-0.7	-6.5
Ausgaben	-14.6	-14.7	-11.6	3.0	20.7
- Kreditübertragungen					
Saldo	-4.5	-3.8	-1.5	2.3	61.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.7		Abweichungen total R18 zu B18
1.1	A1	- Minderaufwände im Bereich Standortförderung aufgrund von Projektverzögerungen
0.7	A3	- Beiträge an Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme (EG AVIG) für Ausgesteuerte sind tiefer als budgetiert.
0.3	A1	- Minderaufwände im Bereich Arbeitsbewilligungen
0.3	A2, A5	- Minderaufwände im Bereich Arbeitsbedingungen
0.2	A3	- Minderaufwände und Mehrverrechnung von zentralen Aufwänden (Stab, Personal & Dienste) an den vom Bund finanzierten Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG)
0.2	A4	- Minderaufwand bei der Wohnbauförderung, weniger Zinsenverrechnungen aufgrund des tieferen Darlehensbestandes gegenüber Budget
-0.2	A7	- Die Kantonsbeiträge an den ALV-Fonds sind höher als budgetiert.
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-3.8	-1.5	2.3	
- Wohnbauförderung		2.9		- Weniger Darlehen ausgegeben als budgetiert
- Arbeitsmarkt: Interne Angebote zur strategischen Wiedereingliederung		-0.6		- Mieterausbau und Mobiliar
- Übrige	-3.8	-3.8	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
1 529 990	195 763	0	1 334 227	-195 763

Bemerkungen

Verwendung Rücklagen 2018:

davon Fr. 160 963 für Mitarbeitergesamtanlass, einschliesslich Arbeitslosenkasse (ALK)

5920 Verkehrsfonds

Die Ausbauten an der 3. Etappe der 4. Teilergänzungen der Zürcher S-Bahn wurden im Berichtsjahr entsprechend dem vereinbarten Terminplan fortgesetzt. Die Bauarbeiten konnten termingerecht auf den Inbetriebnahmeterrmin dieser Etappe abgeschlossen werden. Zwei untergeordnete Ausbauten haben sich wegen längerer Rechtsverfahren verzögert. Beide sind zurzeit im Bau. Das Wendegleis im Bahnhof Herrliberg-Feldmeilen soll im Juni 2019 in Betrieb genommen werden. Die Kreuzungsstation Tann-Dürnten soll auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2019 fertiggestellt werden. Die Planungs- und Bauarbeiten an der Limmattalbahn wurden im Berichtsjahr gemäss Terminplan vorangetrieben. Am 23. September hat das Stimmvolk mit der Ablehnung der Volksinitiative «Stoppt die Limmattalbahn – ab Schlieren!» den früheren Volksentscheid für den Bau der Limmattalbahn mit deutlicher Mehrheit bestätigt.

Die aktuelle Planung sieht die Inbetriebnahme des Abschnitts Zürich, Farbhof – Schlieren, Geissweid im Herbst 2019 vor. Die gesamte Strecke wird ab Dezember 2022 befahren. Die Planungen für die Stadtbahnprojekte Tram Affoltern und die Verlängerung der Glattalbahn vom Flughafen nach Kloten, Industrie sind gestartet worden.

Der Kantonsrat hatte Ende 2017 beschlossen, dass die jährliche Einlage in den Verkehrsfonds von 70 Mio. auf 55 Mio. Franken gesenkt werden sollte. Darüber hinaus beschloss er im Rahmen der Leistungsüberprüfung 2016 weitere Kürzungen von je 30 Mio. Franken für 2017–2019. Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Die Stimmberechtigten lehnten am 10. Juni des Berichtjahres die vom Kantonsrat beschlossene Gesetzesänderung an der Urne ab.

Aufgaben

A1 Finanzierung von Investitionen zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs auf der Basis von Verpflichtungskrediten (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr); Übertrag von Mitteln aus der laufenden Rechnung der Leistungsgruppe 5210, Finanzierung öffentlicher Verkehr

Fonds

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	850.1	796.3	849.0	52.6	6.6

Bemerkungen R18 zu B18

52.7 Die Fondseinlage wurde nach der Volksabstimmung vom 10. Juni 2018 mit KRB 5494a per Nachtragskredit um 50 Mio. Franken erhöht.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	82.6	86.6	83.9	-2.6	-3.1
- Zinserträge	13.5	12.8	12.8	-0.0	-0.1
- Übertrag Erfolgsrechnung (LG 5210)	20.0	70.0	70.0	0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto	49.1	3.8	1.1	-2.6	-69.7
Aufwand	-82.6	-86.6	-83.9	2.6	3.1
- Zinsaufwände	-18.6	-19.6	-19.0	0.5	2.7
- Abschreibungen	-64.1	-67.0	-64.9	2.1	3.2
- Einlagen in Bestandeskonto					
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	1.4	0.5	4.5	4.0	721.5
Ausgaben	-106.7	-105.4	-74.3	31.1	29.5
- Kreditübertragungen		-7.7		7.7	100.0
Saldo	-105.3	-104.9	-69.8	35.1	33.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R18 zu B18
2.1	A1	- Die Höhe der Teilaktivierung bei der 4. Teilergänzung der Zürcher S-Bahn und bei der Limmattalbahn fiel aufgrund von verzögerten Mittelbezügen geringer aus als budgetiert.
-2.6	A1	- Die Entnahme aus dem Bestandeskonto verringerte sich insbesondere wegen der tieferen Abschreibungen.
0.5		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-104.9	-69.8	35.1	
- Durchmesserlinie (Vorlage 3817)	-4.8	0.0	4.8	- Die Projektabrechnung wurde auf 2019 verschoben. Die Schlusszahlung hat sich daher verzögert.
- Limmattalbahn (Vorlage 5111)	-46.9	-40.3	6.6	- Ein Teil der für das Berichtsjahr geplanten Staatsbeiträge wurde bereits 2017 vorbezogen. In der Bauausführung wurden Minderkosten gegenüber der Planung realisiert.
- 4. Teilergänzungen Zürcher S-Bahn (Vorlage 4675a)	-27.1	-11.0	16.1	- Beim Ausbau der Kreuzungsstation Tann-Dürnten kam es zu Verzögerungen.
- Tram Hardbrücke (Vorlage 5046; inkl. Anpassungen Bhf. Hardbrücke)	-3.3	-2.2	1.1	- Im Berichtsjahr wurden weniger Mittel für das Projekt bezogen, als angemeldet.
- Tram Zürich-West (Vorlage 4358)	0.0	0.0	0.0	
- Investitionsbeiträge Infrastruktur SZU/FB	-19.0	-19.0	0.0	
- Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz (Vorlage 4379)	-1.0	0.0	1.0	- Die Abrechnung der beiden Haltestellen Hedwigsteig und Stauffacher verzögert sich bis 2019.
- Tram Affoltern (Planungsmittel)	-3.0	-1.5	1.5	- Im Berichtsjahr wurden weniger Planungsmittel als budgetiert für das Projekt bezogen.
- Stadtbahnverlängerung Flughafen-Kloten (Planungsmittel)	-1.5	0.0	1.5	- Der Projektstart hat sich verzögert, daher wurden im Berichtsjahr keine Planungsmittel für das Projekt bezogen.
- Beiträge an Gemeinden und deren Verkehrsbetriebe	-1.6	-0.3	1.3	- Im Berichtsjahr wurden nur wenige Investitionsbeiträge von Gemeinden für Investitionen in Zubringerhaltestellen in Anspruch genommen.
- VBZ Elektrifizierung Linie 69 (Planungsmittel)	-0.3	0.0	0.3	
- VBZ Elektrifizierung Linie 80 (Planungsmittel)	-0.5	0.0	0.5	
- Pauschalkorrektur	4.0	0.0	-4.0	
- Rückzahlung Bundesdarlehen Glattalbahn, 3. Etappe	0.0	4.0	4.0	- Die Rückzahlung von Bundesdarlehen für die 3. Etappe der Glattalbahn wurde 2019 erwartet, erfolgte aber bereits im Berichtsjahr.
- Übrige	0.1	0.5	0.4	

5921 Flughafenfonds

Vgl. auch Leistungsgruppe Nr. 5205, Amt für Verkehr

Aufgaben

A1 Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Staat zukommenden Aufgaben im Bereich Luftverkehr gemäss Flughafenfondsgesetz.

Fonds

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	436.2	437.9	441.0	3.1	0.7

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	6.5	6.5	6.5	0.0	0.4
- Zinsertrag	6.5	6.5	6.5	0.0	0.4
Aufwand	-3.5	-4.8	-1.7	3.1	64.2
- Übertrag an Amt für Verkehr (AFV)	-1.7	-2.0	-1.5	0.5	24.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	3.0	1.7	4.8	3.1	184.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo		0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.1		Abweichungen total R18 zu B18
2.6	A1	- Weniger Subventionen nach § 3 der ZFI-Verordnung für das Förderprogramm Wohnqualität (2.4 Mio. Franken) und für raumplanerische Massnahmen der Gemeinden (0.2 Mio. Franken)
0.5	A1	- Geringerer Übertrag an das Amt für Verkehr aufgrund geringerer Aufwendungen für Drittaufträge
0.0		- Übrige Abweichungen

5925 Strassenfonds

Vgl. auch Leistungsgruppe Nr. 5205, Amt für Verkehr

Aufgaben

- A1 Ausweis über die Herkunft der Fondsmittel (vor allem kantonale Verkehrsabgaben sowie Bundesanteile an der LSVA und der Mineralölsteuer) und die Verwendung der Fondsmittel (vor allem Nettoaufwendungen des Tiefbauamtes [TBA, LG 8400] und des strassenbezogenen Teils des Amtes für Verkehr [AFV, LG 5205])

Fonds

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	1 196.4	1 301.7	1 299.3	-2.4	-0.2

Bemerkungen R18 zu B18

- 2.4 Gemessen am Fondsbestand fällt die Abweichung zwischen R18 und B18 geringfügig aus. Der hohe Fondsbestand von 1.30 Mrd. Franken ist seinerseits in Relation zu setzen zur Verpflichtung des Strassenfonds gegenüber den von der Staatskasse vorfinanzierten, noch nicht abgeschriebenen Investitionen und Investitionsbeiträgen für Strassenanlagen von rund 1.84 Mrd. Franken. Somit besteht eine Nettoverschuldung per 31.12.2018 von rund 540 Mio. Franken. Zusätzlich bestehen Zusicherungen für noch nicht beanspruchte Kantonsrats- und Regierungsratskredite des Tiefbauamtes und des Amtes für Verkehr. Die entsprechenden Angaben werden im Finanzbericht, Abschnitt «Fonds im Eigenkapital» dargestellt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	463.4	444.3	444.0	-0.3	-0.1
- Buchgewinne (Liegenschaften)	18.0	4.5	2.1	-2.4	-53.5
- Ertrag Mineralölsteuer, Vignette	36.8	34.5	37.6	3.1	8.9
- Ertrag LSVA	62.2	61.2	61.3	0.2	0.3
- Übertrag kantonale Verkehrsabgabe aus LG 3200 StVA	330.2	326.5	325.1	-1.4	-0.4
Aufwand	-343.2	-346.6	-341.1	5.5	1.6
- Vergütung an Strassenverkehrsamt	-6.8	-6.9	-6.9	0.0	0.5
- Übertrag an Tiefbauamt	-229.8	-217.6	-214.6	3.1	1.4
- Übertrag an Amt für Verkehr	-84.6	-93.2	-100.7	-7.6	-8.1
- Übertrag an kantonalen Finanzausgleich	-12.1	-12.1	-12.1	0.0	0.0
- Übertrag an Kantonspolizei	-3.7	-3.7	-3.7	0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
- Nachtragskredit		-7.7		7.7	100.0
Saldo	120.1	97.7	102.9	5.2	5.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
5.2		Abweichungen total R18 zu B18
3.3	A1	- Mehrerträge bei den Bundesanteilen: Mineralölsteuer (3.1 Mio. Franken), LSVA (0.2 Mio. Franken)
3.1	A1	- Geringerer Übertrag ans Tiefbauamt
-1.4	A1	- Geringerer Ertrag aus der kantonalen Verkehrsabgabe (Übertrag aus LG 3200 Strassenverkehrsamt)
0.2		- Übrige Abweichungen

06

Gesundheits- direktion

Überblick	144
Legislaturziele	146
Bildung (Politikbereich 2)	146
Gesundheit (Politikbereich 4)	146
Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	146
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	146
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	146
Finanzierung	147
Übersicht	147
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	147
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	147
Personal- und Lohnstatistik	147
Beschäftigungsumfang	147
Lohnaufwand	148
Anstellungsverhältnisse	148
Parlamentarische Vorstösse	148
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	148
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	148
Leistungsgruppen	149
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	149
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	152
6150 Arzneimittelversorgung	156
6200 Prävention und Gesundheitsförderung	159
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	161
6400 Psychiatrische Versorgung	164
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien	167
6900 Tierseuchenfonds	169

Überblick

Die Gesundheitsdirektion setzt sich ein für eine hochstehende, sichere und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung, für qualitativ einwandfreie medizinische Dienstleistungen, Heilmittel, Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände sowie für finanziell tragbare Krankenversicherungsprämien.

Start der Zürcher Spitalplanung 2022

Die Spitalplanung 2012 ist auf einen Planungs- und Prognosehorizont von rund zehn Jahren angelegt. Im April des Berichtsjahres hat der Regierungsrat die Gesundheitsdirektion daher beauftragt, auf den 1. Januar 2022 eine neue, umfassende Spitalplanung für den Kanton Zürich zu erarbeiten (RRB Nr. 338/2018). Im Rahmen des Projekts «Zürcher Spitalplanung 2022» sollen neue Spitalisten für die Akutsumatik, Rehabilitation und Psychiatrie festgesetzt werden, die eine bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende und langfristig finanzierbare stationäre Versorgung der Zürcher Bevölkerung gewährleisten. Zur Erreichung dieses übergeordneten Ziels sind folgende Teilziele definiert worden:

- Für die Akutsumatik, Rehabilitation und Psychiatrie müssen 2022 stringente und praktikable Leistungsgruppensystematiken einschliesslich Qualitätsanforderungen vorliegen. Für die Akutsumatik gibt es eine solche Leistungsgruppensystematik bereits seit 2012. Diese wird evaluiert, um allenfalls gezielte Anpassungen vornehmen zu können. Für die Psychiatrie und die Rehabilitation werden demgegenüber umfassende Anpassungen und Präzisierungen bei den bisher wenig spezifischen Leistungsgruppen nötig.
- Die Zürcher Versorgungslandschaft muss den medizinisch-technischen Entwicklungen und veränderten gesellschaftlichen Bedürfnissen genügend Rechnung tragen. Das bedeutet, dass zeitgemässe Angebote vorhanden sind und der Grundsatz «ambulant vor stationär» in der Akutsumatik, Rehabilitation und Psychiatrie umgesetzt und weiterentwickelt wird.
- Schnittstellen zwischen den stationären Versorgungsbereichen sowie zum vor- und nachgelagerten ambulanten Sektor werden soweit möglich optimiert, damit eine koordinierte Patientenversorgung entlang der gesamten Behandlungskette möglich ist und ungünstige Ressourcenallokationen vermieden werden.
- Der zukünftige Bedarf wird möglichst genau prognostiziert, sodass die nachhaltige Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots in der Grundversorgung, der spezialisierten und hochspezialisierten Versorgung gewährleistet ist, ohne dass jedoch Überkapazitäten geschaffen werden.
- Die Evaluation der Leistungserbringer erfolgt transparent, nachvollziehbar und mit einer justiziablen Methodik. So wird sichergestellt, dass der Leistungsbedarf mit den effizientesten Leistungserbringern unter guter Qualität und angemessener Erreichbarkeit gedeckt wird.

Mindestfallzahlen für Operateure sind rechtmässig

«Übung macht den Meister»: Diese Aussage gilt nicht nur generell für das Leben, sondern auch in der Medizin. Darum hat der Regierungsrat im August 2017 beschlossen, für sechs Leistungsgruppen auf den 1. Januar 2019 gezielt Mindestfallzahlen pro Operateurin/Operateur festzulegen (RRB Nr. 746/2017). Listenspitäler mit Leistungsaufträgen in den entsprechenden Leistungsgruppen sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Eingriffe nur von Operateurinnen und Opera-

teuren mit entsprechender Qualifikation bzw. Mindestfallzahl durchgeführt werden.

Gegen diesen Regierungsratsbeschluss haben in der Folge verschiedene Ärztinnen und Ärzte, aber auch einzelne Spitäler Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht erhoben. Im September entschied das Gericht in diesem Pilotprozess (BVGE C-5603/2017): Es kam zum Schluss, dass die vorgesehenen Mindestfallzahlen pro Operateurin und Operateur sowohl bundesrechtskonform sind als auch im öffentlichen Interesse liegen. Bei der Festlegung von Mindestfallzahlen pro Operateurin und Operateur handelt es sich auch nach Ansicht des Gerichts um eine Massnahme, die der Qualitätssicherung der Leistungserbringung im Rahmen der Zulassung eines Spitals zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung dient. Das Gericht bestätigte zudem, dass die Kantone die Zuweisung von Leistungsaufträgen mit Anforderungen an die Wirtschaftlichkeit und Qualität verknüpfen und entsprechende Richtwerte festlegen dürfen. Zudem stelle das vom Kanton Zürich verfolgte Ziel der Qualitätssicherung in der stationären Spitalversorgung ein gewichtiges öffentliches Interesse dar, das die geltend gemachten privaten Interessen der Beschwerdeführer überwiege.

Ausbildungspflicht in der Langzeitpflege

Die Anzahl Ausbildungsabschlüsse in den Gesundheitsberufen konnte in den letzten Jahren deutlich gesteigert werden. Im Kanton Zürich haben die Institutionen im Bereich der Langzeitpflege (Heime und Spitex), unter anderem mithilfe eines eigenen Lehrbetriebsverbundes, zahlreiche neue Lehrstellen geschaffen und für die Listenspitäler im Kanton besteht seit 2013 eine Aus- und Weiterbildungspflicht in den nichtuniversitären Gesundheitsberufen. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung entspricht die Anzahl der Abschlüsse im Bereich der Pflege und Betreuung heute aber noch nicht dem geschätzten jährlichen Nachwuchsbedarf für die Zukunft.

Der Regierungsrat hat darum im Dezember beschlossen, auch Institutionen der Langzeitpflege zu verpflichten, genügend Personal auszubilden (RRB Nr. 1196/2018). Diese Ausbildungspflicht in der Langzeitpflege wird von den Gemeinden und den Branchenverbänden mitgetragen. Mit der neuen Verordnung «über die Ausbildungspflicht in der Langzeitpflege», die am 1. Januar 2019 in Kraft tritt, besteht für die rund 530 Heime und Spitex-Institutionen im Kanton die Verpflichtung, so viel Nachwuchs auszubilden, wie sie selber an Personal benötigen.

Die Umsetzung orientiert sich am kantonalen Nachwuchs- und dem entsprechenden Ausbildungsbedarf für die einzelnen Berufe. Je nach Beruf und Jahr müssen Heime und Spitex einen bestimmten Prozentsatz des Soll-Wertes erreichen. Wer den Grenzwert nicht erreicht, entrichtet eine Ersatzabgabe; diese Ersatzabgabe kann sodann an Betriebe ausgerichtet werden, die den Grenzwert übertreffen. Kann eine Institution aus betrieblichen Gründen ihr Ausbildungssoll bei einem bestimmten Beruf nicht erfüllen, darf sie von einer anderen Institution, die mehr Ausbildung als erforderlich erbringt, Leistungen beziehen. Betriebe haben damit einen Anreiz, sich über das erforderliche Mass hinaus in der Ausbildung zu engagieren. Ausserdem ermöglicht dies den Heimen und Spitex-Organisationen, Ausbildungsverbünde zu schaffen. Dieses Prinzip hat sich bei der Aus- und Weiterbildungspflicht für Listenspitäler bewährt.

Es wird damit gerechnet, dass Heime und Spitex im Kanton Zürich gestützt auf die Ausbildungspflicht 2019 insgesamt rund 1800 Ausbildungsstellen im Bereich Pflege und Betreuung anbieten werden, 2023 sollten es dann bereits über 2600 sein.

Die Kantonsapotheke – ein eigenständiger Betrieb im Eigentum des Universitätsspitals Zürich

Die Kantonsapotheke (KAZ) ist ein wichtiger Eckpfeiler in der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung des Kantons. 1809 wurde sie gegründet und ist seither unter anderem für Beschaffung, Verkauf und Abgabe von pharmazeutischen Produkten, für klinische Studien und für Notfalleleistungen zuständig. Für das Universitätsspital Zürich (USZ) und das Kantonsspital Winterthur (KSW) trägt die KAZ die volle Verantwortung für alle pharmazeutischen Prozesse und ist auch für die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben verantwortlich. Daneben unterstützt die KAZ weitere Spitäler mit pharmazeutischem Wissen und stellt in besonderen und ausserordentlichen Lagen die Heilmittelversorgung des Kantons sicher. Die KAZ ist somit ein wichtiger Handels-, Produktions- und Dienstleistungsbetrieb, der bis heute als Verwaltungseinheit der Gesundheitsdirektion geführt wird. Das ist nicht mehr zeitgemäss: Die Führung eines solchen Betriebs gehört nicht zu den Kernaufgaben der Gesundheitsdirektion. Zudem führt die Konstellation zu einem Rollenkonflikt, weil der Kanton einerseits mit dem Betrieb der KAZ die Rolle des Leistungserbringers einnimmt, andererseits über die kantonale Heilmittelkontrolle gleichzeitig die Aufsicht über die von der KAZ betriebenen Spitalapotheken ausübt.

Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung zweier parlamentarischer Vorstösse (KR-Nr. 391/2013: Gesetzliche Grundlagen für die Kantonsapotheke Zürich; KR-Nr. 59/2016: Ausgliederung der Kantonsapotheke Zürich aus der Verwaltung) beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat im Juli des Berichtsjahres, die KAZ zu verselbstständigen und in eine private Aktiengesellschaft umzuwandeln (RRB Nr. 721/2018). Die Aktien der Gesellschaft sollen dem Hauptkunden der KAZ – dem USZ (dessen Spitalapotheke zudem von der KAZ betrieben wird) – übertragen werden. Weiterhin soll die private Gesellschaft die Spitalapotheke des USZ und – mindestens während der ersten fünf Jahre nach ihrer Gründung – auch des KSW, der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland sein. Auch nach ihrer Verselbstständigung wird die KAZ weiterhin Vorhalteleistungen für Katastrophen und Notfälle erbringen. Der Kanton behält die Kompetenz, der Gesellschaft in besonderen und ausserordentlichen Lagen spezielle Aufträge zu erteilen.

Projekt «Mäander»

Im Kanton Zürich leben heute rund 25 000 Menschen mit Demenz. Bis 2040 wird sich die Zahl der Betroffenen voraussichtlich auf rund 50 000 verdoppeln. Absicht aller an der Versorgung von Menschen mit Demenz beteiligten Organisationen und Institutionen – und nicht zuletzt der Betroffenen und ihrer Angehörigen selbst – ist es, dass Menschen mit Demenz so lange wie möglich bei guter Lebensqualität im gesellschaftlichen Alltag integriert bleiben. Demenz ist deshalb ein Thema, das gesamtgesellschaftlich anzugehen ist. Der Regierungsrat hat darum im Juni der Gesundheitsdirektion, der Sicherheitsdirektion und der Direktion der Justiz und des Innern einen entsprechenden Auftrag erteilt (RRB Nr.

517/2018). Das Projekt läuft unter dem Titel «Mäander» und hat zum Ziel, eine Institution zur Koordination, Initiierung und Kommunikation unterschiedlichster Aktivitäten rund um das Thema «Demenz» zu gründen: Um Probleme von Menschen mit Demenz und Probleme in Zusammenhang mit Demenz möglichst niederschwellig zu erfassen, braucht es effiziente Koordinationsgefässe. Dort soll der Austausch zwischen den richtigen und wichtigen Partnern, zum Beispiel der öffentlichen Hand, privaten Organisationen oder der Wirtschaft, gefördert werden («Koordination»). Weiter soll die zu gründende Institution eine unterstützende Rolle beim Zusammenbringen verschiedener Projektpartner und ihrem spezifischen Knowhow einnehmen («Initiation»). Die Institution soll auch aktiv kommunizieren und strukturierte thematische Programme lancieren, um Demenz in einem bestimmten gesellschaftlichen Zusammenhang zu thematisieren. Das Ziel ist es, ein möglichst breites und grosses Publikum zu erreichen und ein Bewusstsein für das Thema Demenz und die geplanten Projekte zu schaffen («Kommunikation»). Die Gesundheitsdirektion wird dabei unterstützt durch den Gemeindepräsidentenverband Kanton Zürich, die Alzheimervereinigung Kanton Zürich und Pro Senectute Kanton Zürich.

Legislaturziele

Bildung (Politikbereich 2)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
RRZ 2.2 Der herausragende Hochschulstandort ist weiterentwickelt.		
RRZ 2.2b Die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) im Verbund der zuständigen Direktionen und weiteren Beteiligten stärken	6000	2019
RRZ 2.2c Zusätzliche Studienplätze in der Medizin schaffen	6000	2019

Gesundheit (Politikbereich 4)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
RRZ 4.1 Die Einflussmöglichkeiten des Kantons auf die kostenrelevanten Faktoren sind identifiziert und werden genutzt.		
RRZ 4.1a Grundlagen zur Effizienzbeurteilung schaffen, Kostentreiber und -senker identifizieren, Einflussmöglichkeiten des Kantons evaluieren und nutzen	6400	2019
	6300	2019
RRZ 4.1b Eine wirksame Kontrolle der Leistungen und Finanzflüsse weiterentwickeln und nachhaltig sicherstellen	6400	2019
	6300	2019
RRZ 4.1c Leitlinien für die Stärkung der wettbewerblichen Elemente und der Eigenverantwortung in der Gesundheitsversorgung entwickeln und umsetzen	6000	2019
RRZ 4.1d Den umsichtigen Einsatz von Antibiotika bei Nutztieren unterstützen	6100	2019
RRZ 4.2 Die Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich ist optimiert.		
RRZ 4.2a Qualität und Effizienz des Zürcher Rettungswesens optimieren	6000	2019
RRZ 4.2b Versorgungsstrukturen und -prozesse qualitätsorientiert optimieren	6400	2019
	6300	2019
RRZ 4.2c Integrierte Versorgungs- und ganzheitliche Finanzierungsansätze unterstützen	6400	2019
	6300	2019
RRZ 4.2d Infrastrukturen bedarfsorientiert planen und nachhaltig finanzieren	6400	2019
	6300	2019

Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
RRZ 5.2 Die Akzeptanz der Systeme der sozialen Sicherheit ist verbessert.		
RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren	6000	2019

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
RRZ 8.1 Die volkswirtschaftliche Standortattraktivität ist gestärkt. Dabei wird die Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials gefördert.		
RRZ 8.1a Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern	6000	2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.		
RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	6000	2019
RRZ 10.2 Der Kanton Zürich hält mit der Dynamik der Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft Schritt und nutzt ihre Möglichkeiten. Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.		
RRZ 10.2h Den Aufbau eines elektronischen Patientendossiers im Kanton unterstützen	6000	2019

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1098.9	809.6	854.0	44.5	5.5
Aufwand	-2969.6	-2790.1	-2708.3	81.8	2.9
- Kreditübertragungen		-0.2			
Saldo	-1870.6	-1980.6	-1854.3	126.3	6.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	55.1	10.2	37.2	27.0	263.8
Ausgaben	-136.9	-69.1	-137.8	-68.6	-99.3
- Kreditübertragungen		-1.4			
Saldo	-81.9	-58.9	-100.5	-41.7	-70.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
126.3		Abweichungen total R18 zu B18
62.1	6300	- Minderaufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale 2018 (v.a. schwächere Leistungsentwicklung)
32.2	6300	- Minderaufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale für frühere Jahre (Tarifrückabwicklungen, schwächere Leistungsentwicklung, Regress)
18.0	6400	- Minderaufwand für den kantonalen Anteil an der Leistungspauschale für frühere Jahre
14.0	6300, 6400	- Geringere Subventionen (Projektverzögerungen und stärkerer Leistungsbezug)
9.7	6700	- Höherer Übertrag der Sicherheitsdirektion für vorläufig Aufgenommene mit einer Aufenthaltsdauer unter 7 Jahren
6.7	6700	- Minderaufwand für die individuelle Prämienverbilligung aufgrund weniger Nachmeldungen und der Senkung der Berechtigungsgrenzen
3.4	6700	- Höherer Bundesbeitrag an die Prämienverbilligung aufgrund höherer Prämienteuerung
-8.6	6400	- Mehraufwand für den kantonalen Anteil an der Leistungspauschale 2018
-9.7	6700	- Mehraufwand bei den Prämienübernahmen von vorläufig Aufgenommenen mit einer Aufenthaltsdauer unter 7 Jahren
-1.5		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R18	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	-100.5			
- KSW, Ersatzneubau Hochhaus (neue und gebundene Ausgaben)	-30.1	-356.6	-95.8	-260.7
- KSW, Erneuerung Notstromanlage	-4.7	-15.7	-6.0	-9.7
- KSW, Notfall 2016	-4.1	-9.3	-5.5	-3.8
- ipw, Ersatz- und Ergänzungsbau	-0.9	-5.3	-3.6	-1.7
- ipw, Klinik Schlosstal, Sanierung Wärmezentrale	-1.1	-4.3	-1.2	-3.1
- KAZ, Standort Schlieren, pharmazeutische Betriebseinrichtung und Gebäudeausstattung	-0.4	-15.6	-14.2	-1.5
- Darlehen USZ und PUK (Vermögensübertragung ins Fremdkapital)	-73.1			
- Rückzahlung Darlehen	37.0			
- Übrige	-23.1			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
	2329.2	894.3	904.7	10.4	1.2
Δ abs.	LG	Begründungen			
10.4		Abweichungen total R18 zu B18			
7.2	6150	- Der Beschäftigungsbedarf der Kantonsapothekes musste dem Leistungsvolumen bzw. der gesteigerten Nachfrage der Kunden angepasst werden. Zusätzlicher Mehrbedarf ist bedingt durch die Einhaltung der heilmittelrechtlichen Vorgaben (übergeordnetes Bundesrecht) und den Betrieb der Infrastruktur in Schlieren.			
3.2		- Übrige Abweichungen			

Gesundheitsdirektion
Personal- und Lohnstatistik, Parlamentarische Vorstösse

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	12555	13326	12778	-548	-4.1
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	15263	15620	15254	-366	-2.3
6150 Arzneimittelversorgung	11543	11288	11751	463	4.1
6400 Psychiatrische Versorgung	206060	56500	58823	2323	4.1
Total	245421	96734	98606		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2018)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	124	71	53	62	62
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	167	95	72	99	68
6150 Arzneimittelversorgung	127	83	44	91	36
6400 Psychiatrische Versorgung	778	529	249	275	503
Total	1196	778	418	527	669

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
7/2016	Zusätzliche Vereinbarung für die Weiterbildungsfinanzierung von ambulanten Weiterbildungsstätten, welche von Ärzten mit Lehrauftrag einer Schweizer Universität geführt werden, Postulat Bettina Balmer-Schiltknecht, Zürich, Josef Widler, Zürich, und Ruth Frei-Baumann, Wald	Vorlage 5438 vom 07.03.2018	04.04.2016
198/2015	Umsetzung ambulant vor stationär in der psychiatrischen Versorgung, Postulat Andreas Daurù, Winterthur, Markus Schaaf, Zell, und Kathy Steiner, Zürich	Vorlage 5462 vom 13.06.2018	27.06.2016
416/2016	Strukturelle Änderung im Gesundheitswesen ist überfällig, Dringliches Postulat Jürg Trachsel, Richterswil, und Lorenz Schmid, Männedorf	Vorlage 5431 vom 31.01.2018	30.01.2017
345/2016	Kosteneinsparung durch Entlastung der Spitalnotfall-Stationen, Postulat Erika Zahler, Boppelsen, Lorenz Schmid, Männedorf, und Hans Peter Häring, Wettswil	Vorlage 5508 vom 12.12.2018	30.01.2017

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
211/2018	Fürsorgerische Unterbringungen reduzieren, Postulat Astrid Furrer, Wädenswil, Andreas Daurù, Winterthur, und Ruth Frei-Baumann, Wald	03.12.2018

6000 Steuerung Gesundheitsversorgung

Gesundheitskompetenz hilft im täglichen Leben Entscheidungen zu treffen, die sich positiv auf die Gesundheit auswirken. Zu ihrer Förderung hat die Gesundheitsdirektion gemeinsam mit dem Careum im Berichtsjahr das Programm «Gesundheitskompetenz Zürich» gestartet. Kantonseinwohnerinnen und -einwohner sollen befähigt werden, die für sie erforderlichen gesundheitsbezogenen Informationen zu finden, einzuordnen und zu bewerten – und gestützt darauf bewusste Entscheidungen zu treffen.

Einen anderen Ansatzpunkt hat die Versorgungsforschung: Sie sucht nach der effizientesten und effektivsten Gesundheitsversorgung. Zu ihrer Förderung unterstützt der Kanton bereits seit Jahren das Zürcher Forum für Versorgungsforschung.

Im Berichtsjahr hat er zum ersten Mal auch einen Zürcher Versorgungsforschungspreis ausgeschrieben, der an ein Projekt zur pflegerischen Unterstützung von Angehörigen kritisch erkrankter Patientinnen und Patienten ging. In eine ähnliche Richtung zielte das Projekt «HoPP Zürich». Es sollte dem Kanton die nötigen Datengrundlagen für eine gezielte und nachhaltige künftige Gesundheitsversorgung verschaffen, in dem über zehn Jahre die gesundheitliche Entwicklung von rund 20000 Zürcherinnen und Zürchern beobachtet worden wäre. Der Regierungsrat beantragte dem Kantonsrat dafür eine jährliche Projektunterstützung von 2 Mio. Franken, was dieser jedoch im Oktober des Berichtsjahres ablehnte (Vorlage 5412a).

Aufgaben

- A1 Planung und Bearbeitung von politischen und strategischen Geschäften, Unterstützung des Direktionsvorstehers
- A2 Dienstleistungen und Unterstützung für die Gesundheitsdirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Finanzen, Controlling, Informatik, Personal und Kommunikation
- A3 Planung, Sicherstellung und Steuerung der Gesundheitsversorgung
- A4 Aufsicht und Bewilligungen im Bereich der Gesundheitsberufe und -institutionen
- A5 Führen von Beteiligungen des Kantons

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Erlasse in Bearbeitung (Gesetzgebungsprogramm)	A1	3	3	3	0	0.0
L2	Erledigte Rekurse	A2	50	55	150	95	172.7
L3	Parlamentarische Vorstösse (erledigt und in Bearbeitung)	A1	28	38	36	-2	-5.3
L4	Akutsomatische Spitäler und Rehabilitationskliniken auf der Zürcher Spitalliste	A3	47	47	47	0	0.0
L5	Psychiatrische Kliniken auf der Zürcher Spitalliste	A3	15	15	15	0	0.0
L6	Neu gewährte Darlehen und Sicherheiten an Listenspitäler	A3	0	1	0	-1	-100.0
L7	Erteilte Bewilligungen zur selbst-/unselbstständigen Berufsausübung	A4	1770	2200	1811	-389	-17.7
L8	Geführte Beteiligungen	A5	2	3	4	1	33.3
B1	Entwicklung Krankenkassenprämien Kanton Zürich, in %	A1, A3	3.7	4	3.7	-0.3	
B2	Entwicklung Krankenkassenprämien Schweiz, in %	A1, A3	4.5	4	4.0	0.0	
B3	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung, in Fr.	A3	13.23	14.54	12.92	-1.62	-11.14
W1	Generelle Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Gesundheitsversorgung insgesamt (Skala 1-10; min.)	A1, A3	8	8	8.0	0.0	0.0
W2	Sicherheitsgefühl gegenüber der Gesundheitsversorgung (Skala 1-10; min.)	A1, A3	8.7	8	8.7	0.7	8.7
W3	Zugänglichkeit der medizinischen Dienste insgesamt (Skala 1-10; min.)	A1, A3	8.5	8	8.6	0.6	7.5

Bemerkungen

- L2 Zunahme aufgrund neuer Rekurszuständigkeit (§ 17a ff. GesG: Ersatzabgabe Notfalldienst)
- L7 Die Zunahme bei den Bewilligungen für Gesundheitsberufe ist nicht in der erwarteten Höhe eingetreten.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2.2b Die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) im Verbund der zuständigen Direktionen und weiteren Beteiligten stärken

Die Verordnung über Forschung und Lehre der Universität im Gesundheitsbereich (LS 415.16) wurde an den neuen § 6 Abs. 2 des Universitätsgesetzes angepasst. Der Regierungsrat setzte die Änderung wie geplant auf den 1. August des Berichtsjahres in Kraft. Seit diesem Datum ist die Direktorin Universitäre Medizin im Amt und die weiteren Gremien (Beirat und Koordinationsgremium) sind bestellt. Das Netzwerk UMZH hat seine Arbeit aufgenommen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 2.2c Zusätzliche Studienplätze in der Medizin schaffen

Zur Erhöhung der Kapazitäten im Studiengang Humanmedizin hat die Universität Zürich (UZH) unter Beteiligung der universitären Spitäler Zürich, der ETH Zürich, der Universitäten St. Gallen und Luzern und der Università della Svizzera italiana sowie weiterer Lehr- und Partnerspitäler das Netzwerk Humanmedizin gebildet. Im März 2017 hat der Regierungsrat der Netzworkebildung zugestimmt (RRB Nr. 292/2017). Damit wurde die Aufnahmekapazität für den Studiengang Humanmedizin ab Studienjahr 2017/2018 im Bachelor definitiv um 72 Plätze und ab Studienjahr 2020/2021 im Master definitiv um 65 Plätze erhöht (RRB Nr. 738/2016).

Abgeschlossen 2019

RRZ 4.1c Leitlinien für die Stärkung der wettbewerblichen Elemente und der Eigenverantwortung in der Gesundheitsversorgung entwickeln und umsetzen

Auf den 1. Januar des Berichtsjahres hat die von der Gesundheitsdirektion zusammen mit dem Verband der Zürcher Krankenhäuser und weiteren Partnern entwickelte Qualitätsstrategie der stationären Versorgung Verbindlichkeit erlangt. Im Fokus der Strategie steht die Förderung der Transparenz der Leistungsqualität und damit die Stärkung des Qualitätswettbewerbs unter den Leistungserbringern. Bereits zur Verfügung stehende Informationen und weitere zu entwickelnde Vergleichsmodule sollen Zuweisern sowie Patientinnen und Patienten fundierte Entscheidungen über die Wahl von Leistungserbringern ermöglichen. Die in den Qualitätsprogrammen erhobenen und publizierten Daten zu Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität (z.B. ANQ-Messungen zu Dekubitus, nosokomialen Infekten und potentiell vermeidbaren Rehospitalisationen) ermöglichen den Patientinnen und Patienten teilweise bereits heute den Qualitätsvergleich unter den Spitälern. Dies wiederum fördert die Bereitschaft der Spitäler zur stetigen Qualitätskontrolle und -optimierung und damit den Wettbewerb. Zur spezifischen Befähigung der Bevölkerung in der Entscheidungsfindung und damit zur besseren Wahrnehmung der Eigenverantwortung hat die Gesundheitsdirektion sodann im Berichtsjahr gemeinsam mit dem Careum das Programm «Gesundheitskompetenz Zürich» gestartet.

Abgeschlossen 2019

RRZ 4.2a Qualität und Effizienz des Zürcher Rettungswesens optimieren

Mit dem Ziel einer Optimierung der Qualität und Effizienz trat auf den 1. Juli des Berichtsjahres eine neue Verordnung über das Rettungswesen in Kraft. Sie legt fest, dass bei Rettungseinsätzen grundsätzlich das bestmögliche Einsatzmittel (unabhängig von der Gebietszuständigkeit) aufgeboden wird und – abhängig von der Diagnose – das nächstgelegene Spital angefahren wird. Eine erste Bilanz der neuen Anforderungen fällt durchwegs positiv aus: Die im Rahmen behördlicher Inspektionen geprüften Rettungs- und Verlegungstransporte erfüllten die neuen Anforderungen vollumfänglich. Ebenso resultierten in Einzelfällen deutlich bessere Hilfsfristen. Die Überprüfungen werden 2019 weitergeführt.

Abgeschlossen 2019

RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren

Zum Projekt liegt seit Mitte des Berichtsjahres ein Zwischenbericht vor. Der Schlussbericht soll voraussichtlich Ende Mai 2019 verabschiedet werden.

Abschluss 2019 2019

RRZ 8.1a Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern

Die von der direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe (AG IDA) unter Federführung der Volkswirtschaftsdirektion vorgeschlagenen Massnahmen zur Umsetzung des Legislaturziels wurden im September des Berichtsjahres verabschiedet (RRB Nr. 917/2018).

Im Dezember hat der Regierungsrat zudem die Verordnung über die Ausbildungspflicht in der Langzeitpflege (ALV) erlassen, die am 1. Januar 2019 in Kraft tritt. Sie verpflichtet Institutionen der Langzeitpflege, genügend Personal auszubilden. Damit soll der Nachwuchsbedarf in den Pflegeberufen auch im Bereich der Langzeitpflege gesichert werden.

Abgeschlossen 2019

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

2017 lehnte das Stimmvolk die Umwandlung des Kantonsspitals Winterthur (KSW) und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) in Aktiengesellschaften ab. Darum wurden für beide Institutionen revidierte Verselbstständigungsvorlagen analog zu den Regelungen für das USZ und die PUK ausgearbeitet und vom Kantonsrat im Oktober verabschiedet (Vorlagen 5391 und 5392). Sowohl für das KSW als auch für die ipw wurden zudem Eigentümerstrategien durch den Regierungsrat festgesetzt und durch den Kantonsrat genehmigt (Vorlagen 5432 und 5433). Somit liegen nun für alle kantonalen Spitäler gültige Eigentümerstrategien gemäss den PCG-Richtlinien vor. Abgeschlossen 2019

RRZ 10.2h Den Aufbau eines elektronischen Patientendossiers im Kanton unterstützen

Für die Einführung des elektronischen Patientendossiers (EPD) hat der Kanton zusammen mit Leistungserbringerverbänden 2016 die axsana AG gegründet. Diese steht mittlerweile im Eigentum der Cantosana AG (Kantone Zürich, Bern, Zug; der Beitritt weiterer Kantone ist in Vorbereitung) und des Trägervereins XAD (zahlreiche Leistungserbringerverbände). Die axsana AG baut gemäss den bundesgesetzlichen Vorschriften ein EPD-System auf, dessen Einzugsgebiet kontinuierlich wächst (ZH, SH, BE, ZG, SG; weitere Regionen in Vorbereitung). Die beantragte Finanzhilfe des Bundes wurde bewilligt und der Anschluss erster Leistungserbringer ist gestartet. Aufgrund der schweizweit dezentralen EPD-Architektur und der teilweise noch unvollständigen bundesrechtlichen Vorgaben bestehen nach wie vor erhebliche technische und organisatorische Herausforderungen. Die gesetzliche Einführungsfrist für das EPD läuft bis 15. April 2020. Abgeschlossen 2019

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	92.8	98.8	96.1	-2.7	-2.8

Bemerkungen R18 zu B18

-2.7 Geringerer Beschäftigungsumfang aufgrund verzögerter Stellenbesetzung

Finanzierung

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	3.6	3.6	3.7	0.0	0.3
Aufwand	-23.4	-25.7	-23.3	2.4	9.5
- Kreditübertragungen					
Saldo	-19.8	-22.0	-19.6	2.5	11.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	1.2	0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-0.3	-0.7	-0.3	0.4	57.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.8	-0.7	-0.3	0.4	57.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.5		Abweichungen total R18 zu B18
1.1		- Geringerer Sachaufwand für Informatik und Dienstleistungen Dritter
0.6		- Geringerer Personalaufwand, v.a. aufgrund verzögerter Besetzung von Stellen
0.5		- Minderaufwand im Zusammenhang mit den Ausbildungsbeiträgen bei den Gesundheitsberufen aufgrund der verzögerten Umsetzung der Ausbildungsverpflichtung in der Langzeitpflege sowie aufgrund angepasster Entschädigung für die Fachklinik für Alters- und Behindertenzahnmedizin.
0.2		- Geringere Abschreibungen
0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
374825	117374	100000	357451	-17374

Bemerkungen

Es konnten Einsparungen bei der Beanspruchung von Dienstleistungen Dritter, beim Informatikaufwand und bei den Personalkosten erzielt werden.

6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen

Kantonale Heilmittelkontrolle

Auf den 1. Januar des Berichtsjahres neu in Kraft getretene bundesgesetzliche Vorgaben erforderten zusätzliche Ressourcen bei der Kantonalen Heilmittelkontrolle zur Prüfung der vom Gesetzgeber definierten Voraussetzungen zur Erteilung von Berufsausübungsbewilligungen sowie zu deren Erneuerung. Die gemäss Heilmittelrecht erforderlichen periodischen Inspektionen in Betrieben, die Arzneimittel herstellen, damit Grosshandel betreiben bzw. diese abgeben, konnten dennoch planmässig durchgeführt werden. Zugenommen haben auch die Anfragen betreffend die Inverkehrbringung von Heilmitteln und den gesetzeskonformen Umgang mit ihnen. Mithilfe von Leitfäden und Merkblättern auf der Website der Kantonalen Heilmittelkontrolle werden dazu Informationen zielgruppengerecht, zum Beispiel für Spitex-Institutionen, zur Verfügung gestellt. Im Berichtsjahr wurde die Telematik und die Informatik des Amtes im Rahmen des Projekts LEUnet2+ aus dem USZ-Netz herausgelöst und vollständig in die kantonale IKT-Infrastruktur integriert.

Kantonales Labor

Die Hauptaufgabe des Kantonalen Labors, die Lebensmittelkontrolle, konnte im Berichtsjahr planmässig vollzogen werden. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die 2017 in Kraft getretene revidierte Lebensmittelgesetzgebung von den Betrieben erst teilweise umgesetzt wird – grosszügige Über-

gangsfristen lassen dies zu. Gleichzeitig hat der Gesetzgeber schon wieder Gesetzesänderungen angekündigt, um die Äquivalenz mit dem europäischen Recht zu erhalten. Die Komplexität bei der Einhaltung der Vorschriften sowie deren Überprüfung wird damit sowohl für die Branche als auch für die Vollzugsorgane noch einmal ansteigen. Um mit dieser Entwicklung Schritt halten zu können, muss die Organisation der Lebensmittelkontrolle angepasst werden. Die dafür notwendigen Massnahmen stehen vor der Umsetzung.

Veterinäramt

Die nationalen Ausrottungs- sowie Bekämpfungsprogramme von Seuchen bei Nutztieren (insbesondere das Programm zur Ausrottung der Bovinen Virusdiarrhoe [BVD] bei Rindern) waren auch in diesem Berichtsjahr Tätigkeitsschwerpunkte des Veterinäramtes. Zudem galt es, anlässlich sich ausbreitender Tierseuchen in Europa die Vorsorgemassnahmen hochzuhalten. Im Fokus stand hier die Afrikanische Schweinepest. Bei der Lebensmittelsicherheit lag der Schwerpunkt erneut im Bereich des korrekten Tierarzneimitelesinsatzes. Die Anzahl Bewilligungsverfahren, Mängelabklärungen, Massnahmen und die Anzahl Auskunftsbegehren zu Heim-, Nutz-, Wild- und Versuchstieren blieben auch in diesem Berichtsjahr hoch. Die Schadenskommission und die Tierschutzkommission kamen ihren gesetzlichen Tätigkeitspflichten nach.

Aufgaben

- A1 Sichere Heilmittel gewährleisten (Marktzutritt und Marktüberwachung im Heilmittelbereich)
- A2 Verbraucherschutz durchsetzen (Prüfung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, Betriebskontrollen)
- A3 Schutz von Personen und Umwelt vor Schädigung durch Chemikalien (Betriebs- und Marktkontrollen)
- A4 Tierseuchen vorbeugen und bekämpfen (Überwachung Tiere, Betriebskontrollen und Tilgung Seuchenfälle)
- A5 Tierschutz durchsetzen (Abklärung Mängelmeldungen, Bewilligungen und Betriebskontrollen und sicherer Umgang mit Hunden)
- A6 Lebensmittelsicherheit bei der Primärproduktion und beim Schlachten durchsetzen (Bewilligungen, Betriebskontrollen, Fleischkontrolle und Umgang mit Tierarzneimitteln)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Bewirtschaftete Kundendossiers im Heilmittelbereich	A1	14806	14500	15330	830	5.7
L2	Inspektionen von Heilmittelbetrieben (min.)	A1	637	585	609	24	4.1
L3	Bewilligungen im Heilmittelbereich	A1	5374	5200	5536	336	6.5
L4	Mikrobiologische Prüfungen des Kantonalen Labors (min.; Zielwert)	A2	12534	12500	12790	290	2.3
L5	Gehaltsanalysen des Kantonalen Labors (min.; Zielwert)	A2	7397	6900	7103	203	2.9
L6	Untersuchte Proben des Kantonalen Labors (min.; Zielwert)	A2, A3	19068	20000	19588	-412	-2.1
L7	Inspektionen im Chemikalienbereich (min.; Zielwert)	A3	108	100	98	-2	-2.0
L8	Erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierseuchenrecht, z.B. für Viehhandelspatente (min.; Zielwert)	A4	386	350	581	231	66.0
L10	Erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierschutzrecht, z.B. für Wildtiere, Tierversuche, Zoohandlungen, Hunde (min.; Zielwert)	A5	2012	2160	1856	-304	-14.1
L11	Fallaufarbeitungen im Tierschutz und mit auffälligen Hunden (min.; Zielwert)	A5	2069	2200	2440	240	10.9
L12	Durchgeführte Kontrollen in der Primärproduktion (min.; Zielwert)	A6	3609	4800	3044	-1756	-36.6
L13	Fleischkontrollen (Zielwert)	A6	179305	185000	187588	2588	1.4

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
B1	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung, in Fr.		11.24	11.53	10.88	-0.65	-5.64
W1	Anteil der kontrollierten Betriebe zur Herstellung, Vertrieb und Abgabe von Heilmitteln ohne kritische Mängel, in % (min.)	A1	73	80	79	-1	
W2	Anteil der kontrollierten Lebensmittelbetriebe mit gewährleisteter Lebensmittelsicherheit, in % (min.)	A2	90	90	92.5	2.5	
W3	Anteil der Lebensmittelbetriebe mit Mängeln mit einer deutlichen Verbesserung innerhalb von 8 Monaten, in % (min.)	A2	89	75	87.3	12.3	
W4	Anteil vollständiger Einträge bei der Anmeldung von Chemikalien in das Produktregister, in % (min.)	A3	72	70	83	13	
W5	Tierseuchenfälle mit Untersuchungspflicht (max.)	A4	153	100	77	-23	-23.0
W6	Anteil schwerer Tierschutzfälle, die innerhalb von zwei Tagen behoben sind, in %	A5	98	100	100	0	
W7	Gemeldete schwere Bissvorfälle durch Hunde an Menschen (max.)	A5	78	85	89	4	4.7
W8	Anteil der kontrollierten Betriebe der Primärproduktion mit gewährleisteter Lebensmittelsicherheit, in % (min.)	A6	79	70	83	13	

Bemerkungen

- L1, L3 Die Werte beider Indikatoren richten sich nach der Nachfrage Dritter und steigen seit einigen Jahren kontinuierlich im einstelligen Prozentbereich.
- L5, L6 Der frühzeitige Abschluss des Projekts AB-MAN (Entwicklungsschwerpunkt RRZ 4.1d) führte zu einer geringeren Anzahl Proben. Durch die frei werdenden Kapazitäten konnte die Anzahl Gehaltsanalysen gesteigert werden.
- L8 Im Berichtsjahr werden neu auch die Bewilligungen im Zusammenhang mit der künstlichen Besamung von Nutztieren hinzugezählt.
- L10 Abnahme in verschiedenen Bereichen (private Wildtierhaltungen, Hundeausbilder und Ausnahmebewilligungen verbotener Hunderassetypen) und überraschend starke Reaktion auf die geänderte Bundesgesetzgebung.
- L11 Zunahme von Mängelfällen und deutlich mehr schwere Tierschutzfälle.
- L12, L13 Verzicht auf Routinekontrollen durch amtliche Tierärztinnen und -ärzte infolge zusätzlicher Fleischkontrollen in Kleinschlachtbetrieben und wegen schwerer Mängelfälle beim Import und im Tierschutz.
- W3 Die Intensivierung der Kontrollen führte zu einer nachhaltig verbesserten Hygiene in den Betrieben.
- W4 Durch die korrekte Neuregistrierung einer erheblichen Anzahl Produkte einer einzelnen Firma steigerte sich im Berichtsjahr der Anteil vollständiger Einträge.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 4.1d Den umsichtigen Einsatz von Antibiotika bei Nutztieren unterstützen

Die durchgeführten Untersuchungen von Kälbern mit bekanntem Antibiotikaprofil erbrachten ungeklärte Antibiotika-Werte in Schlachttierkörpern. Im März des Berichtsjahres veröffentlichten die beteiligten Ämter (Veterinäramt, Kantonales Labor, Heilmittelkontrolle) diese Resultate. Sie werden vom Bund und der Forschung im Zuge der Nationalen Strategie gegen Antibiotika-Resistenzen (StAR) weiter abgeklärt.

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	138.1	137.5	138.9	1.4	1.0

Bemerkungen R18 zu B18

- 1.1 Erhöhter Beschäftigungsumfang beim Kantonalen Labor, insbesondere aufgrund einer befristeten Projektstelle für die Überarbeitung des Qualitätsmanagementsystems.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag		10.0	9.9	10.3	0.4	4.2
Aufwand		-26.9	-27.4	-26.8	0.6	2.1
- Kreditübertragungen						
Saldo		-16.9	-17.5	-16.5	1.0	5.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen			0.0		0.0	0.0
Ausgaben		-2.5	-2.5	-0.8	1.7	66.6
- Kreditübertragungen						
Saldo		-2.5	-2.5	-0.8	1.7	66.6

Gesundheitsdirektion

Leistungsgruppe 6100

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.0		Abweichungen total R18 zu B18
0.4		- Mehrertrag beim Kantonalen Labor v.a. im Zusammenhang mit der Untersuchung der Trinkwasserversorgung und den Gebühren bei Beanstandungen
0.3		- Minderaufwand beim Veterinäramt u.a. aufgrund der Reduktion von Abschreibungen betreffend Forderungen gegenüber Kunden in den Bereichen Tierschutz und illegale Importe sowie aufgrund des frühzeitigen Abschlusses des Projekts AB-MAN (Entwicklungsschwerpunkt RRZ 4.1d)
0.3		- Minderaufwand beim Kantonalen Labor, insbesondere bei den Abschreibungen und durch Einsparungen beim Betriebsmaterial
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
605719	26331	20 000	599388	-6331

Bemerkungen

Bildung von Rücklagen 2018:

Fr. 10 000 bei der Kantonalen Heilmittelkontrolle

Mehrleistungen der Mitarbeitenden aufgrund der Zunahme bei Bewilligungen und der Durchführung von mehr Inspektionen in Grosshandelsbetrieben, obwohl im Inspektorat nach Austritten zwei neue Mitarbeitende eingearbeitet werden mussten.

Fr. 10 000 beim Veterinäramt

Hoher Einsatz der Mitarbeitenden, insbesondere bedingt durch die erhöhte Anzahl schwerer Tierschutzfälle.

Tierversuche: Bewilligungen und eingesetzte Tiere

Unter den 847 gültigen Bewilligungen (davon 837 mit Einschränkungen erteilt) wurde im Kalenderjahr 2017 folgende Anzahl Tiere eingesetzt:

Tiergruppe	Grundlagen- forschung	Entwicklung	Toxikologische Prüfung	Krankheits- diagnostik	Ausbildung	anderer Zusammen- hang	Total	davon Tiere im Schwere- grad 0
Mäuse	96 974	1 789	226	341	904	1 552	101 786	22 975
Ratten	3 320	204	0	293	541	124	4 482	1 647
Hamster	0	0	0	0	0	0	0	0
Meerschweinchen	121	0	0	28	8	0	157	6
andere Nager	0	0	0	47	0	0	47	0
Kaninchen	113	91	0	12	12	2	230	20
Hunde	195	100	0	300	117	46	758	614
Katzen	88	19	0	30	44	54	235	166
Primaten	0	0	0	0	0	30	30	30
Rindvieh	326	0	0	85	350	857	1 618	1 218
Schafe, Ziegen	140	120	0	0	36	100	396	48
Schweine (einschliesslich Minipigs)	149	109	0	0	439	999	1 696	1 066
Pferde, Esel	15	80	0	35	33	122	285	211
Vögel (einschliesslich Geflü- gel)	1 533	28	0	0	82	350	1 993	1 442
Amphibien, Reptilien	64	0	0	19	60	0	143	54
Fische	3 105	0	226	0	242	539	4 112	1 619
diverse Säuger	1 422	0	0	0	0	57	1 479	353
Wirbellose	60	0	0	0	0	0	60	60
Total	107 625	2 540	452	1 190	2 868	4 832	119 507	31 529
in %	90.1	2.1	0.4	1.0	2.4	4.0	100	26.4

2017 wurden 225 Bewilligungen neu erteilt. Zusätzlich wurden 321 Ergänzungs- und Änderungsbewilligungen ausgestellt.

Die Tierversuchskommission bearbeitete alle Gesuche betreffend Tierversuche, in deren Rahmen Tiere Belastungen

erfahren. Sie besprach an 12 Sitzungen neben allgemeinen Fragestellungen 35 neue und 26 Ergänzungsgesuche mit erhöhtem Schweregrad und kontrollierte zweimal alle 41 Versuchstierhaltungen.

6150 Arzneimittelversorgung

Das Berichtsjahr war für die Kantonsapothek (KAZ) ein von grossen Herausforderungen geprägtes Jahr, wobei der Fokus auf der Konsolidierung des Betriebs und der Prozesse lag. Der Anfang 2017 begonnene Umzug der KAZ nach Schlieren wurde im Berichtsjahr weitergeführt und wird Ende Januar 2019 beendet sein. Damit kann das hochkomplexe Projekt «Neubau Herstell- und Logistikzentrum Schlieren» ziemlich genau fünf Jahre nach dem Standortentscheid und innerhalb des beantragten Budgets (RRB Nr. 985/2014) erfolgreich abgeschlossen werden. Am 18. September des Berichtsjahres wurde die Eröffnung der KAZ in Schlieren mit einem offiziellen Festakt gefeiert.

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Kantonsrates hat die Beratung des im Juli vom Regierungsrat verabschiedeten Gesetzes zur Verselbstständigung der Kantonsapothek aufgenommen (Vorlage 5481).

Ende Oktober konnte das Projekt Outsourcing des gesamten ICT-Betriebs zur Abraxas AG erfolgreich abgeschlossen werden. Im November erfolgte eine Swissmedic Basisinspektion, die sowohl die Infrastruktur als auch die Prozesse und Organisation auf Einhaltung der gesetzlichen Standards prüfte. Die Inspektion war erfolgreich und bestätigte, dass der Entscheid für den Neubau und die strikte Einhaltung der gesetzlich geforderten Qualitätsstandards richtig gewesen war. Es zeigt sich aber auch, dass weiterhin grosse Anstrengungen notwendig sind, um die gesetzlichen Standards zu erfüllen. Im Rechnungsabschluss des Berichtsjahres musste die Kantonsapothek einen systematischen Fehler in der Höhe von 3.2 Mio. Franken korrigieren (Rechnungsabgrenzungen, welche seit mehr als zehn Jahren bestehen). Die Korrektur wird erfolgsneutral umgesetzt (RRB Nr. 263/2019 sowie Geschäftsbericht 2018, Teil III: Finanzbericht, «Neuerungen in der Berichterstattung 2018, Berichtigung Fehler»).

Aufgaben

- A1 Sicherstellung einer bedarfsgerechten, sicheren, qualitativ hochstehenden und wirtschaftlichen pharmazeutischen Versorgung und der damit verbundenen Dienstleistungen inkl. Arzneimittelbeschaffung des USZ, des KSW, der psychiatrischen Kliniken (PUK, ipw) und weiterer Krankenhäuser und kantonaler Betriebe
- A2 Herstellung von nicht auf dem Markt erhältlichen und patientenspezifischen Arzneimitteln
- A3 Sicherstellung der Vorhalteleistungen für die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln bei Notfallsituationen und akuten Einzel- oder Grossereignissen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Ausgelieferte Bestellpositionen	A1	803966	840000	824036	-15964	-1.9
L2	Gelagerte/bewirtschaftete Arzneimittel	A1	4451	4000	3867	-133	-3.3
L3	Hergestellte Abgabeeinheiten sterile Arzneimittel	A2	275869	260000	242223	-17777	-6.8
L4	Hergestellte Abgabeeinheiten feste Arzneimittel	A2	46498	37000	78770	41770	112.9
L5	Hergestellte Abgabeeinheiten flüssige Arzneimittel	A2	11823	10000	10760	760	7.6
L6	Hergestellte Abgabeeinheiten halbfeste Arzneimittel	A2	22992	18500	24981	6481	35.0
L7	Hergestellte Abgabeeinheiten Rezepturen	A2	70373	60000	72516	12516	20.9
L8	Hergestellte Zytostatika/Chemotherapien	A2	37474	37000	41239	4239	11.5
L9	Chemische und mikrobiologische Analysen/Qualitätskontrollen	A2	7706	5000	9316	4316	86.3
L10	(Unterstützte) klinische Studien	A1, A2	90	90	90	0	0.0
L11	Lagerwert des Bestandes für Vorhalteleistungen, in % des Gesamtbestandes per 31.12. (min.; Zielwert)	A3	6.9	5	6	1	
B1	Kostendeckungsgrad (Verhältnis Ertrag zu Aufwand), in %	A1, A2, A3	98	100	98	-2	
W1	Kundenzufriedenheit in Punkten aus maximal 100 Punkten (min.)	A1, A2, A3	75				
W2	Kritische Mängel bei Inspektionen (max.)	A1, A2	0	0	1	1	
W3	Fehllieferungsquote, in % der Anzahl Lieferpositionen (max.)	A1, A2, A3	0.01	0.09	0.08	-0.01	
W4	Verschiedene essenzielle Arzneimittel mit Verbrauchsabdeckung von mindestens zwei Monaten aufgrund Zusatzlager für Vorhalteleistungen (min.)	A3	140	140	140	0	0.0

Bemerkungen

- L2 Die Erhebung wurde bereinigt. Neu sind nur noch Arzneimittel im engeren Sinn (Handelsprodukte ohne Rohstoffe) erfasst.
- L3 Die Schwankungen innerhalb der Jahre folgen generell dem Bedarf der Kunden. Die Sterilherstellung fand zudem noch am alten Standort statt. Parallel dazu liefen Validierungs- und Vorbereitungsarbeiten für den Umzug nach Schlieren, was die Herstellkapazität reduzierte.
- L4 Starke Zunahme bei der Kapselherstellung, hauptsächlich bedingt durch eine einzelne Studie (+30 000 Kapseln).
- L6, L7 Zunahme durch erhöhte Nachfrage der Spitäler
- L8 Die erneut deutliche Zunahme der Therapien und Patientenzahlen in USZ und KSW führte zu mehr Herstellungen von patientenindividuellen Chemo- bzw. Immuntherapien.
- L9 Neue, verfeinerte Methode bei der Auswertung führt zur Steigerung im Berichtsjahr (die Leistung entspricht dem Vorjahr).
- W1 Die Umfrage erfolgt erst wieder 2020.
- W2 Swissmedic hat anlässlich der Inspektion im November des Berichtsjahres in einem kritischen Bereich auf eine Lücke in der Dokumentation hingewiesen. Die Dokumentation konnte umgehend vervollständigt und der kritische Mangel damit behoben werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

6150 4b Überprüfung der Trägerschaft der Kantonsapotheke

Im Juli des Berichtsjahres hat der Regierungsrat das Gesetz über die Verselbstständigung der Kantonsapotheke Zürich zuhanden des Kantonsrates verabschiedet (RRB Nr. 721/2018). Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) hat die Beratungen zum Gesetz aufgenommen.

Planmässig 2019

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	118.8	113.0	120.2	7.2	6.4

Bemerkungen R18 zu B18

- 7.2 Der Beschäftigungsbedarf musste dem Leistungsvolumen bzw. der gesteigerten Nachfrage der Kunden angepasst werden. Zusätzlicher Mehrbedarf ist bedingt durch die Einhaltung der heilmittelrechtlichen Vorgaben (übergeordnetes Bundesrecht) und den Betrieb der Infrastruktur in Schlieren.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	185.8	181.6	198.8	17.2	9.5
Aufwand	-188.9	-181.5	-203.3	-21.7	-12.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-3.1	0.1	-4.5	-4.5	-9077.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-4.0	-2.8	-0.7	2.1	75.0
- Kreditübertragungen		-1.4		1.4	100.0
Saldo	-4.0	-2.8	-0.7	2.1	75.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-4.5		Abweichungen total R18 zu B18
24.9		- Höhere Erträge durch Medikamentenbezüge der Spitäler
-1.0		- Höhere Personalkosten infolge Mehrbedarf beim Beschäftigungsumfang
-7.5		- Nichterreichen des geplanten Umsatzes aus Arzneimittelverkäufen an Patientinnen und Patienten, hauptsächlich aufgrund des Direktbezugs von spezifischen Medikamenten im Spital
-20.3		- Mehraufwand bei der Medikamentenbeschaffung bedingt durch das höhere Bestellvolumen
-0.6		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-2.8	-0.7	2.1	
- Ersatz Betriebseinrichtung und Gebäudeausstattung im Neubau in Schlieren (RRB Nr. 985/2014), inkl. Kreditübertragung von 1.4 Mio. Franken aus 2017	-1.6	-0.4	1.2	- Leichte Verzögerungen bei Schlussarbeiten
- Übrige	-1.2	-0.3	0.9	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017	Verwendung	Antrag Bildung 2018	Bestand 31.12.2018	
plus Bildung 2017	2018	(verbucht 2019)	plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
12721	12500	0	221	-12500

6200 Prävention und Gesundheitsförderung

Im Berichtsjahr lagen die Tätigkeitsschwerpunkte im Bereich des neuen Konzepts «Gesundheitsförderung im Alter» auf der verstärkten Umsetzung der nationalen Kampagne zur Sturzprävention im Kanton Zürich und – im Rahmen der Suchtprävention – auf der Früherkennung und Frühintervention bei auffälligen Schülerinnen und Schülern. Weiter konnten im Rahmen des kantonalen Tabakpräventionsprogramms neue Massnahmen für Jugendliche realisiert werden, und auf verschiedenen Ebenen wurden Anstrengungen unternommen, um die Durchimpfungsrate in der Bevölkerung zu erhöhen. Darüber hinaus fanden verschiedene Veranstaltungen statt: der gut besuchte Präventionstag zur Suizidprävention, das

Sommerforum zur Frage «Erholung in den Ferien» und das Präventionsforum im Herbst zum Zürcher Gesundheitsbericht 2018 rund um die Themen Gesundheitszustand und Arbeitsbelastungen in den Gesundheitsberufen.

Die Kommission «HIV und andere sexuell übertragbare Krankheiten» hat eine Übersicht zu den Organisationen erstellt, die im Kanton in diesem Bereich tätig sind. In der kantonalen Vorsorgeorganisation wird zusammen mit den Partnern des Bevölkerungsschutzes die Vorbereitung auf ausserordentliche Lagen weiterentwickelt. Im Rahmen der Pandemievorbe- reitung wurde dabei der Leitfaden zur Unterstützung der Spi- tex-Organisationen durch den Zivilschutz überarbeitet.

Aufgaben

- A1 Monitoring, Berichterstattung und Information über den Gesundheitszustand der Zürcher Bevölkerung
- A2 Unterstützung der Bevölkerung im Hinblick auf ein gesundheitsbewusstes Verhalten
- A3 Bekämpfung epidemiologisch bedeutsamer übertragbarer Krankheiten wie Tuberkulose, HIV/Aids oder Masern
- A4 Bekämpfung des Missbrauchs legaler und illegaler Suchtmittel

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Berichte über die Gesundheit der Zürcher Bevölkerung (min.; Zielwert)	A1	0	1	1	0	0.0
L2	Bulletins «Prävention & Gesundheitsförderung im Kan- ton Zürich» (min.; Zielwert)	A1, A2	2	2	2	0	0.0
L3	Kommunikationseinheiten (Inserate, Radiospots, Pla- kate usw.) Prävention und Gesundheitsförderung (min.; Zielwert)	A2	115	100	185	85	85.0
L4	Öffentliche Präventionsveranstaltungen (min.; Zielwert)	A2	3	3	3	0	0.0
L5	Tuberkulose-Umgebungsuntersuchungen der Lunge Zürich (min.; Zielwert)	A3	73	80	89	9	11.3
L6	HIV-Tests der Zürcher Aidshilfe (min.; Zielwert)	A3	2446	1800	2244	444	24.7
L7	HPV-Impfungen (min.; Zielwert)	A3	16500	15000	17500	2500	16.7
L8	Magazine für Suchtprävention «laut & leise» (min.; Ziel- wert)	A4	3	3	3	0	0.0
L9	Von regionalen Suchtpräventionsstellen beratenen Per- sonen (min.; Zielwert)	A4	27 146	24 000	24 676	676	2.8
L10	Verteilte Informationsmaterialien (Broschüren, Kleinpla- kate, Jugendschutzbündel usw.) zur Suchtprävention (min.; Zielwert)	A4	477 270	450 000	276 493	-173 507	-38.6
B1	Prüfung der Wirtschaftlichkeit im Rahmen des Gesund- heitsberichtes	A1	0	1	0	-1	-100.0
B2	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung, in Fr.		4.43	6.2	4.78	-1.42	-22.90
W1	Anteil der Bevölkerung, der die aktuelle Medienkampa- gne kennt, in % (min.)	A2	51	50	51	1	
W2	Besuche auf der von Gesundheitsförderung und Prä- vention (EBPI) betriebenen Webseiten (min.)	A2, A4	113 343	90 000	84 935	-5065	-5.6
W3	Todesfälle wegen Herz- und Gefässkrankheiten (max.)	A2	3552	4000	3427	-573	-14.3
W4	Todesfälle wegen Krebs (max.)	A2	2889	2800	2799	-1	-0.0
W5	Selbsttötungen (max.)	A2	179	185	204	19	10.3
W6	Tuberkulose-Neuerkrankungen (max.)	A3	94	140	98	-42	-30.0
W7	Aids-Neuerkrankungen (max.)	A3	23	35	21	-14	-40.0
W8	Anteil Säuglinge mit zwei Masernimpfungen, in % (min.)	A3	87	90	91	1	
W9	Anteil 15-Jähriger mit mindestens einmal wöchentli- chem Tabakkonsum, in % (max.)	A4	11.3	18	11.3	-6.7	

Bemerkungen

- L3 Mehrnutzung infolge des Preiserückgangs bei den Kosten der Online-Medien
 L10 Stärkere Nutzung des digitalen Versandes und Sicherstellung des niederschweligen Zugangs zu den Informationsmaterialien
 B1 Wirtschaftlichkeitsprüfung wurde auf 2019 verschoben.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

6200 4a Schwerpunktprogramm im Bereich der psychischen Gesundheit

Das mit finanzieller Unterstützung von Gesundheitsförderung Schweiz lancierte Programm rund um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen konnte erfolgreich weitergeführt werden. Im Rahmen des directionsübergreifenden Schwerpunktprogramms zur Suizidprävention wurde ein breiter Massnahmefächer umgesetzt, darunter Schulungen für Fachpersonen oder die Implementierung eines Kurztherapieprogramms nach Suizidversuch. Zusätzlich zur bestehenden Online-Kampagne für erwachsene Suizidgefährdete und ihr Umfeld wurde zusammen mit den SBB und Pro Juventute eine digitale Kampagne zur Suizidprävention bei Jugendlichen lanciert.

Planmässig 2019

6200 4b Projekt «HoPP Zürich» (langfristiges Projekt für eine Zürcher Gesundheitsplattform, Health of Population Project Zurich).

Der vom Regierungsrat beantragte Projektkredit von 20 Mio. Franken verteilt auf zehn Jahre wurde vom Kantonsrat im Oktober des Berichtsjahres abgelehnt.

Verzicht 2027

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	4.3	3.8	4.2	0.4	9.5
Aufwand	-10.9	-11.5	-11.4	0.1	0.5
- Kreditübertragungen		-0.2		0.2	100.0
Saldo	-6.6	-7.7	-7.2	0.4	5.5

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.4		Abweichungen total R18 zu B18
0.2		- Minderaufwand beim Schwerpunktprogramm Suizidprävention
0.2		- Geringere Beiträge an private Präventionsstellen
0.0		- Übrige Abweichungen

6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation

Hauptaufgabe der Gesundheitsdirektion ist die Gewährleistung einer hochstehenden, sicheren und wirtschaftlich tragbaren Gesundheitsversorgung für die Zürcher Bevölkerung. Dass sie dabei auf dem richtigen Weg ist, zeigt die jährliche Bevölkerungsbefragung: Im Berichtsjahr waren die Zürcherinnen und Zürcher mit der Gesundheitsversorgung sehr zufrieden und fühlten sich gut abgesichert. Um diese gute und qualitativ hochstehende Versorgung langfristig aufrechtzuerhalten, wurden im Berichtsjahr verschiedene Massnahmen ergriffen oder weitergeführt: Im April wurde das Projekt «Zürcher Spitalplanung 2022» initiiert (RRB Nr. 338/2018). Das Projekt legt den Grundstein für eine bedarfsgerechte sowie zeitgemässe Spitalversorgung und schafft eine Planungssicherheit für alle

Akteure. Im September hat das Bundesverwaltungsgericht sodann die von verschiedenen Leistungserbringern eingereichten Beschwerden gegen die Mindestfallzahlen pro Operateurin und Operateur vollumfänglich abgewiesen. Damit können die von der Gesundheitsdirektion in Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten definierten und 2017 festgelegten Mindestfallzahlen (RRB Nr. 746/2017) wie vorgesehen ab Januar 2019 eingeführt werden. Ebenso wurde im Berichtsjahr das Projekt «ambulant vor stationär» wirkungsvoll umgesetzt: Am 1. Januar ist die Gesetzesänderung in Kraft getreten, die es der Gesundheitsdirektion erlaubt, Untersuchungen und Behandlungen zu bezeichnen, die in der Regel ambulant durchzuführen sind.

Aufgaben

- A1 Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.
- A2 Sicherstellen der bedarfsgerechten Versorgung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit Leistungen der medizinischen Rehabilitation. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Somatik: Stationäre Normfälle KVG ZH, IV ZH	A1	200868	210200	200880	-9320	-4.4
L2	Somatik: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH, in Tg. (max.; Zielwert)	A1	5.7	5.6	5.5	-0.1	-1.8
L3	Somatik: Stationäre ausserkantonale Patientenaustritte im Kanton Zürich (min.; Zielwert)	A1	35659	37200	36700	-500	-1.3
L4	Reha: Stationäre Pflgetage KVG ZH, IV ZH	A2	255000	256000	260100	4100	1.6
L5	Reha: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH, in Tg. (max.; Zielwert)	A2	24.6	24.7	24.6	-0.1	-0.4
L6	Assistenzärzte in Weiterbildung zum eidg. Facharztstitel (Vollzeitäquivalente)	A1, A2	1732	1700	1712	12	0.7
B1	Somatik: Subventionen und Eigentümerbeitrag pro Kopf der Bevölkerung, in Fr. (max.)	A1	35	33	26.1	-6.9	-20.9
W1	Beurteilung der Spitalbetreuung: Anteil zufriedene und sehr zufriedene Patienten, in % (min.)	A1, A2	88	80	84	4	
W2	Anteil Zürcher Reha-Patienten (KVG ZH, IV ZH), die im Kanton Zürich stationär behandelt werden, in % (min.)	A2	35	35	30	-5	
W3	Anteil Zürcher Spitäler mit bestandenem Qualitätsaudit, in % (min.)	A1, A2	-		-		

Bemerkungen

Allg. Die Werte R17 entsprechen den definitiven Werten (vgl. R17 im KEF 2019–2022).
L1, L2, Hochrechnung; die definitiven Werte des Berichtsjahres liegen Mitte 2019 vor.
L3, L4,
L5, L6,
W2

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 4.1a Grundlagen zur Effizienzbeurteilung schaffen, Kostentreiber und -senker identifizieren, Einflussmöglichkeiten des Kantons evaluieren und nutzen

Die Gesundheitsdirektion hat im Berichtsjahr die bereits in Umsetzung befindlichen Massnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen (u.a. «ambulant vor stationär») weiter optimiert. Zusätzliche Massnahmen werden – über die Legislatur 2015–2019 hinaus – insbesondere im Rahmen des im Berichtsjahr initiierten Projekts «Zürcher Spitalplanung 2022» geprüft (u.a. Massnahmen zur Vermeidung von Überkapazitäten oder zur Verbesserung an Schnittstellen).

Abgeschlossen 2019

RRZ 4.1b Eine wirksame Kontrolle der Leistungen und Finanzflüsse weiterentwickeln und nachhaltig sicherstellen

Dank der stetigen Kontrolle von Spitalrechnungen konnten im Berichtsjahr wiederum Einsparungen von mehreren Millionen Franken erzielt werden. Darüber hinaus wurde im Januar des Berichtsjahres erfolgreich ein neues System zur Einzelrechnungsprüfung eingeführt. Es erlaubt die Automatisierung und Optimierung der Rechnungsprüfung. Sämtliche eingegangenen Spitalrechnungen konnten über das neue System erfolgreich geprüft und abgerechnet werden.

Abgeschlossen 2019

RRZ 4.2b Versorgungsstrukturen und -prozesse qualitätsorientiert optimieren

Zur Ablösung der geltenden Spitalisten und mit dem Ziel der Sicherstellung eines zeitgemässen, qualitativ hochstehenden und wirtschaftlichen Angebots hat die Gesundheitsdirektion die Neuplanung der Zürcher Spitalversorgung auf das Jahr 2022 in Angriff genommen. Das Projekt wurde im Berichtsjahr erfolgreich gestartet (RRB Nr. 338/2018).

Abgeschlossen 2019

Die von der Gesundheitsdirektion in Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten definierten Mindestfallzahlen pro Operateurin und Operateur gelten ab Januar 2019. Sämtliche Beschwerden gegen die neuen Qualitätsanforderungen wurden vom Bundesverwaltungsgericht im Berichtsjahr vollumfänglich abgewiesen (u.a. BVGE C-5603/2017).

Hinsichtlich der auf den 1. Januar in Kraft gesetzten Neuorganisation des Notfalldienstes kann eine positive Zwischenbilanz gezogen werden: Sowohl die Koordination von Notfalldiensten als auch die Vermittlung von Patientinnen und Patienten durch die Triagestelle konnten dank der Neuordnung optimiert werden.

Mit Blick auf den Aufbau und die Einführung des elektronischen Patientendossiers (EPD) wurde die Zusammenarbeit mit verschiedenen Stakeholdern im Berichtsjahr vertieft. Bis Frühjahr 2020 müssen sich die Spitäler einer (Stamm-)Gemeinschaft anschliessen, sodass sie mit EPD arbeiten können.

Die Zielsetzungen dieser Legislaturmassnahme werden über die Legislatur hinaus im Rahmen neuer Projekte weiterverfolgt (z.B. Projekt Zürcher Spitalplanung 2022).

RRZ 4.2c Integrierte Versorgungs- und ganzheitliche Finanzierungsansätze unterstützen

Mit Blick auf die ungenügende Abgeltung von Tages- und Nachtkliniken gelang es im Berichtsjahr, mit verschiedenen Krankenversicherern Einigungen über neue leistungsbezogene Entschädigungen zu erzielen. Ferner wurden in der Akutsomatik die Bestrebungen zur Reduktion der tarifarischen Fehlansätze an der Schnittstelle «ambulant/stationär» weiter vorangetrieben.

Abgeschlossen 2019

Die Zielsetzungen dieser Legislaturmassnahme werden über die Legislatur hinaus im Rahmen neuer Projekte weiterverfolgt (z.B. im Projekt Zürcher Spitalplanung 2022; Projekt ambulante Pauschalen).

RRZ 4.2d Infrastrukturen bedarfsorientiert planen und nachhaltig finanzieren

Im Februar des Berichtsjahres hat der Kantonsrat die Richtplan-Teilrevision 2015 genehmigt. Dies schafft die Grundlage für die Festsetzung des kantonalen Gestaltungsplans zur Erweiterung des Zentrums für stationäre forensische Therapie der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) am Standort Rheinau.

Abgeschlossen 2019

Die öffentlich aufgelegte Richtplan-Teilrevision 2017 befindet sich derzeit in Überarbeitung. Sie wird die Grundlage für die Festsetzung von Gestaltungsplänen für den Spitalstandort Zürich-Lengg legen. Dann kann die Gesamterneuerung der PUK am Standort Lengg in Angriff genommen werden.

Für die Richtplan-Teilrevision 2018 wurde im Dezember die öffentliche Auflage eröffnet. Die Revision dient u.a. der Masterplanung für das Kantonsspital Winterthur und für dessen bauliche Weiterentwicklung nach der Fertigstellung des Erweiterungsbaus Didymos (Bezug geplant für 2021).

Mit der Übertragung der Spitalimmobilien im Baurecht auf alle vier kantonalen Spitäler auf den 1. Januar des Berichtsjahres (USZ, PUK) bzw. den 1. Januar 2019 (KSW, ipw) ist sichergestellt, dass die Entwicklung der baulichen Ressourcen künftig direkt durch die Spitäler und den unternehmerischen Bedürfnissen entsprechend gesteuert wird.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	81.6	26.3	33.8	7.5	28.4
Aufwand	-1335.6	-1347.7	-1 250.0	97.8	7.3
- Subventionen gemäss § 11 SPFG	-45.5	-49.5	-39.6	9.8	19.8
- Kreditübertragungen					
Saldo	-1254.0	-1321.4	-1 216.1	105.3	8.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	46.0	10.2	37.1	26.9	263.0
Ausgaben	-111.9	-48.5	-85.9	-37.4	-77.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	-65.9	-38.3	-48.8	-10.5	-27.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
105.3		Abweichungen total R18 zu B18
62.1	RRZ 4.1a,	- Geringerer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale 2018 (v.a. schwächere Leistungs-
	RRZ 4.1b	entwicklung)
32.2	RRZ 4.2c	- Geringerer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale für frühere Jahre (v.a. Tarifrückab-
		wicklungen, schwächere Leistungsentwicklung, Regress)
9.8	A1, A2	- Geringere Subventionen (Projektverzögerungen und stärkerer Leistungsbezug)
1.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-38.3	-48.8	-10.5	
- KSW, Ersatzneubau Hochhaus (neue und gebundene Ausgaben)	-34.0	-30.1	3.9	
- Rückzahlung Darlehen	10.2	7.0	-3.2	- Geringere Rückzahlungen von Darlehen aus der Umwandlung altrechtlicher Investitionsbeiträge
- KSW, weitere Immobilienprojekte	-12.0	-13.7	-1.7	- Rascherer Baufortschritt
- Übrige	-2.5	-12.0	-9.5	

6400 Psychiatrische Versorgung

Auf den 1. Januar wurde die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK) von einer unselbstständigen in eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt. Die entsprechende Verselbstständigung der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) steht für den 1. Januar 2019 an; die dafür nötigen Vorbereitungsarbeiten wurden im Berichtsjahr vorangetrieben. Die beiden Spitäler bleiben unter kantonaler Trägerschaft, verfügen aber als selbstständige Betriebe über die notwendige betriebliche Autonomie, um in der heutigen Spitallandschaft erfolgreich bestehen zu können. Im Rahmen des Projekts «Qualitätstransparenz Psychiatrie» wird im Hinblick auf die Qualität in der stationären Psychiatrie eine Verbesserung der Transparenz angestrebt. Zu die-

sem Zweck wurden im Berichtsjahr anhand verschiedener Qualitätsindikatoren Daten erhoben und ausgewertet. Der abschliessende, klinikvergleichende Qualitätsbericht wird im Frühjahr 2019 mit den Leistungserbringern diskutiert.

Um eine differenziertere und bedarfsgerechtere psychiatrische Versorgung zu ermöglichen, wurde im Rahmen des Projekts «Zürcher Spitalplanung 2022» die Optimierung des Leistungsgruppenmodells in Angriff genommen, das der kantonalen Planung zugrunde liegt.

Weiter hat die Gesundheitsdirektion im Berichtsjahr verschiedene Pilotprojekte subventioniert – wie beispielsweise die Förderung von mobilen Diensten («Hometreatment») zur Reduktion des Bedarfs an stationären Leistungen.

Aufgaben

- A1 Sicherstellen der bedarfsgerechten stationären Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei psychischen Erkrankungen. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.
- A2 Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit psychischen Erkrankungen in Ambulatorien sowie in Tages- und Nachtkliniken.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Stationäre Patientenaustritte KVG ZH, IV ZH	A1	15910	15500	15840	340	2.2
L2	Stationäre Pflge tage KVG ZH, IV ZH	A1	454240	460000	463500	3500	0.8
L3	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH, in Tg. (max.; Zielwert)	A1	28.6	29.7	29.3	-0.4	-1.3
L4	Versorgung in den Ambulatorien der psychiatrischen Kliniken, in Mio. Taxpunkten	A2	43	48	39.3	-8.7	-18.1
L5	Betreuung in Tageskliniken, in Tg.	A2	71410	78000	70000	-8000	-10.3
L6	Assistenzärzte in Weiterbildung zum eidg. Facharzt titel (Vollzeitäquivalente)	A1, A2	225	250	215	-35	-14.0
B1	Subventionen und Eigentümerbeitrag pro Kopf der Bevölkerung, in Fr. (max.)	A1, A2	27	27	24	-3	-11.1
W1	Anteil Zürcher Patienten (KVG ZH, IV ZH), die im Kanton Zürich stationär behandelt werden, in % (min.)	A1	91	90	88	-2	-2.2
W2	Verhältnis der ambulanten Patientenaustritte zu den stationären Austritten KVG ZH, IV ZH, in % (min.)	A1, A2	62	62	62	0	0.0
W3	Anteil Zürcher Spitäler mit bestandenem Qualitätsaudit, in % (min.)	A1, A2					

Bemerkungen

Allg. Die Werte R17 entsprechen den definitiven Werten (vgl. R17 im KEF 2019–2022).

L1, L2, Hochrechnung; die definitiven Werte des Berichtsjahres liegen Mitte 2019 vor.

L3, L4,

L5, L6,

W1,

W2

L1, L2, Vergleich mit Vorjahr erschwert, da Pflge tage und Austritte neu definiert wurden.

L3

L4 Vergleich mit Vorjahr erschwert, da die Taxpunkt-Bewertung neu definiert wurde (TARMED-Änderung).

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 4.1a Grundlagen zur Effizienzbeurteilung schaffen, Kostentreiber und -senker identifizieren, Einflussmöglichkeiten des Kantons evaluieren und nutzen

Die Gesundheitsdirektion hat im Berichtsjahr die bereits in Umsetzung befindlichen Massnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen (u.a. «ambulant vor stationär») weiter optimiert. Zusätzliche Massnahmen werden – über die Legislatur 2015–2019 hinaus – insbesondere im Rahmen des im Berichtsjahr initiierten Projekts «Zürcher Spitalplanung 2022» geprüft (u.a. Massnahmen zur Vermeidung von Überkapazitäten oder zur Verbesserung an Schnittstellen).

Abgeschlossen 2019

RRZ 4.1b Eine wirksame Kontrolle der Leistungen und Finanzflüsse weiterentwickeln und nachhaltig sicherstellen

Dank der stetigen Kontrolle von Spitalrechnungen konnten im Berichtsjahr wiederum Einsparungen im Umfang von mehreren Millionen Franken erzielt werden. Darüber hinaus wurde im Januar des Berichtsjahres erfolgreich ein neues System zur Einzelrechnungsprüfung eingeführt. Es erlaubt die Automatisierung und Optimierung der Rechnungsprüfung. Sämtliche eingegangenen Spitalrechnungen konnten über das neue System erfolgreich geprüft und abgerechnet werden.

Abgeschlossen 2019

RRZ 4.2b Versorgungsstrukturen und -prozesse qualitätsorientiert optimieren

Zur Ablösung der geltenden Spitalisten und mit dem Ziel der Sicherstellung eines zeitgemässen, qualitativ hochstehenden und wirtschaftlichen Angebots hat die Gesundheitsdirektion die Neuplanung der Zürcher Spitalversorgung auf das Jahr 2022 in Angriff genommen. Das Projekt wurde im Berichtsjahr erfolgreich gestartet (RRB Nr. 338/2018).

Abgeschlossen 2019

Die von der Gesundheitsdirektion in Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten definierten Mindestfallzahlen pro Operateurin und Operateur gelten ab Januar 2019. Sämtliche Beschwerden gegen die neuen Qualitätsanforderungen wurden vom Bundesverwaltungsgericht im Berichtsjahr vollumfänglich abgewiesen (u.a. BVGE C-5603/2017).

Hinsichtlich der auf den 1. Januar in Kraft gesetzten Neuorganisation des Notfalldienstes kann eine positive Zwischenbilanz gezogen werden: Sowohl die Koordination von Notfalldiensten als auch die Vermittlung von Patientinnen und Patienten durch die Triagestelle konnten dank der Neuregelung optimiert werden.

Mit Blick auf den Aufbau und die Einführung des elektronischen Patientendossiers (EPD) wurde die Zusammenarbeit mit verschiedenen Stakeholdern im Berichtsjahr vertieft. Bis Frühjahr 2020 müssen sich die Spitäler einer (Stamm-)Gemeinschaft anschliessen, sodass sie mit EPD arbeiten können.

Die Zielsetzungen dieser Legislaturmassnahme werden über die Legislatur hinaus im Rahmen neuer Projekte weiterverfolgt (z.B. Projekt Zürcher Spitalplanung 2022).

RRZ 4.2c Integrierte Versorgungs- und ganzheitliche Finanzierungsansätze unterstützen

Mit Blick auf die ungenügende Abgeltung von Tages- und Nachtkliniken gelang es im Berichtsjahr, mit verschiedenen Krankenversicherern Einigungen über neue leistungsbezogene Entschädigungen zu erzielen. Ferner wurden in der Akutsomatik die Bestrebungen zur Reduktion der tarifarischen Fehlansätze an der Schnittstelle «ambulant/stationär» weiter vorangetrieben.

Abgeschlossen 2019

Die Zielsetzungen dieser Legislaturmassnahme werden über die Legislatur hinaus im Rahmen neuer Projekte weiterverfolgt (z.B. im Projekt Zürcher Spitalplanung 2022; Projekt ambulante Pauschalen).

RRZ 4.2d Infrastrukturen bedarfsorientiert planen und nachhaltig finanzieren

Im Februar des Berichtsjahres hat der Kantonsrat die Richtplan-Teilrevision 2015 genehmigt. Dies schafft die Grundlage für die Festsetzung des kantonalen Gestaltungsplans zur Erweiterung des Zentrums für stationäre forensische Therapie der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) am Standort Rheinau.

Abgeschlossen 2019

Die öffentlich aufgelegte Richtplan-Teilrevision 2017 befindet sich derzeit in Überarbeitung. Sie wird die Grundlage für die Festsetzung von Gestaltungsplänen für den Spitalstandort Zürich-Lengg legen. Dann kann die Gesamterneuerung der PUK am Standort Lengg in Angriff genommen werden.

Für die Richtplan-Teilrevision 2018 wurde im Dezember die öffentliche Auflage eröffnet. Die Revision dient u.a. der Masterplanung für das Kantonsspital Winterthur und für dessen bauliche Weiterentwicklung nach der Fertigstellung des Erweiterungsbaus Didymos (Bezug geplant in 2021).

Mit der Übertragung der Spitalimmobilien im Baurecht auf alle vier kantonalen Spitäler auf den 1. Januar des Berichtsjahres (USZ, PUK) bzw. den 1. Januar 2019 (KSW, ipw) ist sichergestellt, dass die Entwicklung der baulichen Ressourcen künftig direkt durch die Spitäler und den unternehmerischen Bedürfnissen entsprechend gesteuert wird.

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1979.6	545.0	549.5	4.5	0.8

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	340.1	97.6	103.5	5.9	6.1
Aufwand	-553.0	-326.5	-319.3	7.2	2.2
- Subventionen gemäss § 11 SPFG	-35.7	-40.9	-36.7	4.2	10.2
- Eigentümerbeitrag an kantonale Kliniken	-5.3	0.0		0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-212.9	-228.9	-215.8	13.1	5.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	7.9	0.0	0.1	0.1	1103.5
Ausgaben	-18.2	-14.7	-50.0	-35.4	-241.4
- Kreditübertragungen					
Saldo	-10.3	-14.6	-49.9	-35.3	-240.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
13.1		Abweichungen total R18 zu B18
18.0	RRZ 4.2c	- Geringerer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Leistungspauschale für frühere Jahre
4.2	A1, A2	- Geringere Subventionen (Projektverzögerungen und stärkerer Leistungsbezug)
1.0	RRZ 4.2d	- Geringere Aufwände für Projektplanungen
-1.5	A1, A2	- Übrige aperiodische Abweichungen (insbesondere Sonderwertberechtigungen)
-8.6	RRZ 4.1a, RRZ 4.1b	- Mehraufwand für den kantonalen Anteil an der Leistungspauschale 2018
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-14.6	-49.9	-35.3	
- ipw, Ersatz- und Ergänzungsbau	-3.7	-0.9	2.8	- Verzögerung bei Kreditbewilligung und Planung
- ipw, weitere Immobilienprojekte	-11.0	-3.7	7.3	- Verzögerung bei Kreditbewilligung und Planung
- PUK, Vermögensübertragung per 1.1.2018		-43.1		- Darlehen im Rahmen der Vermögensübertragung an die PUK
- Übrige	0.1	-2.2	-2.3	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017	Verwendung	Antrag Bildung 2018	Bestand 31.12.2018	
plus Bildung 2017	2018	(verbucht 2019)	plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
10056002	0	0	10056002	0

Bemerkungen

Die Rücklagen der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) wurden im Umfang von 7.1 Mio. Franken nicht auf die neue Leistungsgruppe 9530 übertragen, da die PUK neu selbständig und nicht mehr Teil des 1. Konsolidierungskreises ist. Die Rücklagen verbleiben in der Leistungsgruppe 6400 und werden bei der Schliessung des Buchungskreises Nr. 6420 aufgelöst. Stattdessen wurde in der Höhe der Rücklagen eine Übertragung in das übrige Eigenkapital (Reserven) vorgenommen (RRB Nr. 387/2018).

6700 Beiträge an Krankenkassenprämien

Der Kanton Zürich richtete im Berichtsjahr rund 390 000 Personen oder rund 26% der Versicherten Beiträge an Krankenkassenprämien aus. Rund 325 000 Personen wurden individuelle Prämienverbilligungen gewährt (IPV).

Gemäss § 17 des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) muss der Kantonsbeitrag für die Prämienverbilligung mindestens 80% des mutmasslichen Bundesbeitrages betragen. Entsprechend hat der Regierungsrat den Kantonsbeitrag für die Prämienverbilligung im Berichtsjahr auf 383 Mio. Franken (Vorjahr: 352,8 Mio. Franken) festgesetzt (RRB Nr. 857/2017).

2016 hat der Regierungsrat dem Kantonsrat eine Vorlage zur Verbesserung des Prämienverbilligungssystems unterbreitet

(Vorlage 5313). Das Ziel der Revision besteht darin, die Prämienverbilligung bedarfsgerechter auszurichten. Anspruch auf IPV sollen jene Personen haben, bei denen die Krankenkassenprämien über einem bestimmten Prozentsatz des Einkommens liegen. Dieses wird ausgehend vom steuerbaren Einkommen und unter Berücksichtigung weiterer Faktoren ermittelt. Die Neuerungen sollen zu einer zielgerichteteren Mittelverwendung führen. Die Vorlage wird seit Herbst 2017 von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) des Kantonsrates diskutiert. Die Beratungen sollen voraussichtlich noch in der laufenden Legislatur abgeschlossen werden.

Aufgaben

- A1 Der Kanton richtet in der obligatorischen Krankenversicherung individuelle Prämienverbilligungen (IPV) an Personen aus, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Er berücksichtigt familienpolitische Ziele gemäss Art. 65 Abs. 1 bis KVG.
- A2 Bei Ergänzungsleistungsbeziehenden (EL-Beziehenden) übernimmt der Kanton die regionalen Durchschnittsprämien.
- A3 Bei den Sozialhilfe Beziehenden übernimmt der Kanton die Prämien.
- A4 Der Kanton finanziert 85% der Ausstände aufgrund von Verlustscheinen (Prämien und Kostenbeteiligung).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Anteil der Versicherten mit Prämienverbilligung, in % (min.; Zielwert)	A1, A2, A3	29	29	26	-3	
L2	Anteil der Haushalte mit Kindern mit Prämienverbilligung, in % (min.; Zielwert)	A1, A2, A3	37	35	34	-1	
L3	Kantonsbeitrag, in % des Bundesbeitrags (min.; Zielwert)	A1, A2, A3, A4	78	80	78	-2	
L4	IPV beziehende Personen (min.; Zielwert)	A1	369400	366000	324900	-41100	-11.2
L5	EL-Bezüger mit Prämienverbilligung (min.; Zielwert)	A2	55200	58100	56800	-1300	-2.2
L6	Sozialhilfebezüger mit Prämienübernahme (min.; Zielwert)	A3	56300	57300	58500	1200	2.1
L7	Betroffene Versicherte mit Verlustschein	A4	20800	22400	23400	1000	4.5
L8	Anteil des steuerbaren Einkommens zur Selbstfinanzierung der Prämie (Eigenanteil), in %	A1					
B1	Vollzugaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro bearbeiteten Bezugsberechtigten bei der IPV, in Fr. (max.)	A1	15	15	22	7	46.7
B2	Vollzugaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro betroffenen Versicherten mit Verlustschein, in Fr. (max.)	A4	17	13	17	4	30.8
W1	Finanzielle Entlastung der unterstützten Personen und Haushalte bei den Krankenkassenprämien, in Mio. Franken (ohne Verlustscheine und ohne Vollzugsentschädigung an die SVA) (min.)	A1, A2, A3	784	816	811	-5	-0.6
W3	Anteil der durchschnittlichen IPV an der Bruttoprämie beim Haushalttyp alleinstehende/r Erwachsene/r, in % (min.)	A1	17	18	22	4	
W4	Anteil der durchschnittlichen IPV an der Bruttoprämie beim Haushalttyp Alleinerziehende/r mit einem Kind, in % (min.)	A1	31	30	35	5	
W5	Anteil der durchschnittlichen IPV an der Bruttoprämie beim Haushalttyp zwei Erwachsene mit zwei Kindern, in % (min.)	A1	31	30	33	3	
W7	Verhältnis der Prämienbelastung (nach IPV-Abzug) zum verfügbaren Einkommen beim Haushalttyp alleinstehende/r Erwachsene/r, in % (max.)	A1	11.8	13	13.2	0.2	

Gesundheitsdirektion Leistungsgruppe 6700

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
W8 Verhältnis der Prämienbelastung (nach IPV-Abzug) zum verfügbaren Einkommen beim Haushaltstyp Alleinerziehende/r mit einem Kind, in % (max.)	A1	8.8	10	8.9	-1.1	
W9 Verhältnis der Prämienbelastung (nach IPV-Abzug) zum verfügbaren Einkommen beim Haushaltstyp zwei Erwachsene mit zwei Kindern, in % (max.)	A1	13.6	13.5	13.7	0.2	

Bemerkungen

- L1, L4 Bei der Festlegung der IPV 2015, 2016 und 2017 wurden die an die Bürgerinnen und Bürger ausgerichteten Rückerstattungen als IPV teilweise oder vollständig angerechnet, was zu Kürzungen der IPV-Beträge führte. Nach der Beendigung des Rückerstattungsprogramms des Bundes mussten die Prämienverbilligungsbeiträge 2018 auf ihr ursprüngliches Niveau heraufgesetzt werden. Unter Berücksichtigung der dadurch entstandenen Kosten wurden die Berechtigungsgrenzen für Alleinstehende und Alleinerziehende gesenkt.
- L7 Die Anzahl der Betroffenen mit Verlustscheinen hat relativ stark zugenommen. Diese Entwicklung widerspiegelt allgemein die weiterhin steigende Prämienbelastung und indirekt auch die relativ restriktiven Prämienverbilligungen bei Erwachsenen.
- B2 Der Anstieg des Indikators ist auf die Vorarbeiten zur Umsetzung der EG-KVG-Reform zurückzuführen.
- W3, W4 Die starke Zunahme der Indikatorwerte steht in Zusammenhang mit der Herabsetzung der Berechtigungsgrenzen 2018 für Alleinstehende und Alleinerziehende. Die relativ tiefen IPV-Beträge aus den aufgehobenen Einkommensklassen fliessen nicht mehr in die Berechnung des Durchschnitts ein, was den Indikatorwert entsprechend erhöht.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	473.6	486.7	499.8	13.1	2.7
- Bundesbeitrag	458.4	478.7	482.1	3.4	0.7
Aufwand	-830.8	-869.7	-874.2	-4.5	-0.5
- Entschädigung SVA	-6.0	-5.9	-7.6	-1.7	-28.9
- Individuelle Prämienverbilligung	-396.1	-405.1	-398.4	6.7	1.6
- Prämienübernahme EL	-424.9	-287.7	-283.4	4.2	1.5
- Prämienübernahme Sozialhilfe	-428.7	-123.0	-129.6	-6.6	-5.4
- Kantonsanteil Verlustscheine		-48.1	-55.1	-7.0	-14.6
- Kreditübertragungen					
Saldo	-357.2	-383.0	-374.4	8.6	2.3

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
8.6		Abweichungen total R18 zu B18
6.7	A1	- Minderaufwand aufgrund einer tieferen Anzahl von unterstützten Personen als vorgesehen. Dies lässt sich zum einen mit tieferen IPV-Nachmeldungen als geplant begründen. Zum anderen haben bei der Senkung der Berechtigungsgrenzen für Alleinstehende und Alleinerziehende mehr Personen ihren IPV-Anspruch verloren als vorgesehen.
3.4	A1, A2, A3, A4	- Der Bundesbeitrag liegt leicht höher als budgetiert.
-1.5		- Übrige Abweichungen

6900 Tierseuchenfonds

Am 1. Januar 2014 sind das totalrevidierte kantonale Tierseuchengesetz (KTSG) und die neue kantonale Tierseuchenverordnung (KTSV) in Kraft getreten. Seither werden sämtliche Kosten für die Prävention und Bekämpfung von Tierseuchen über die Betriebsrechnung des Veterinäramtes (Leistungsgruppe Nr. 6100) abgerechnet, während diese Kosten zuvor teilweise über den Tierseuchenfonds finanziert wurden. Gestützt auf das KTSG wurden 2014 57% des Fondsbestandes dem Kanton zugeführt. Der Restbestand des Tierseuchenfonds ist zur Senkung der ordentlichen und ausserordentlichen Tierhalterbeiträge in den kommenden Jahren zu

verwenden. Die Senkung kommt allerdings nur jenen Halterinnen und Haltern zugute, die vor dieser Gesetzesänderung Beiträge in den Tierseuchenfonds geleistet haben. Sobald der Restbestand aufgebraucht ist, wird der Fonds aufgehoben. Im Berichtsjahr wurden nur ordentliche Tierhalterbeiträge erhoben. Von der gesetzlich vorgeschriebenen Beitragssenkung konnten rund 37,3% der als beitragspflichtig registrierten Tierhaltungen profitieren und es wurden rund Fr. 136000 vom Fonds in die Betriebsrechnung des Veterinäramtes übergeführt.

Aufgaben

A1 Fonds zur Senkung der Tierhalterbeiträge für die Tierseuchenbekämpfung

Fonds

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	1.0	0.9	0.9	-0.0	-0.1

Finanzierung

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	0.0	0.0	0.0	-0.0	-0.5
Aufwand	-0.1	-0.1	-0.1	-0.0	-0.8
- Senkung Tierhalterbeiträge (Übertrag an Veterinäramt)	-0.1	-0.1	-0.1	-0.0	-0.8
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.1	-0.1	-0.1	-0.0	-0.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo		0.0		0.0	0.0

07

Bildungsdirektion

Überblick	172
Legislaturziele	173
Bildung (Politikbereich 2)	173
Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	173
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	174
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	174
Finanzierung	176
Übersicht	176
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	176
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	176
Personal- und Lohnstatistik	177
Beschäftigungsumfang	177
Lohnaufwand	177
Anstellungsverhältnisse	177
Parlamentarische Vorstösse	178
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	178
Leistungsgruppen	179
7000 Bildungsverwaltung	179
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	183
7100 Lehrmittelverlag	186
7200 Volksschulen	188
7301 Mittelschulen	191
7306 Berufsbildung	194
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)	198
7402 Sonstige universitäre Leistungen	201
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	202
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	205
7501 Kinder- und Jugendhilfe	206
7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	209
7930 Berufsbildungsfonds	211

Überblick

Die Bildungsdirektion setzt sich dafür ein, dass dem Kanton Zürich ein qualitativ hochstehendes und bedarfsgerechtes Bildungsangebot zur Verfügung steht. Dieses Bildungsangebot umfasst die Kindergartenstufe, die Primarstufe, die Sekundarstufen I und II, die Tertiärstufe sowie den Bereich Weiterbildungen. Mit der Kinder- und Jugendhilfe, dem Stipendienwesen sowie der Berufsberatung werden zudem ergänzende Bildungsleistungen erbracht, um Kinder, Jugendliche und Erwachsene bei ihrem Einstieg und ihrem Fortkommen in Beruf und Gesellschaft zu unterstützen.

Zürcher Lehrplan 21 in Kraft gesetzt

Im Berichtsjahr ist der Zürcher Lehrplan 21 im Kindergarten und in der Primarschule bis zur 5. Klasse in Kraft getreten. Der Start verlief planmässig. Bereits seit August 2017 stehen Weiterbildungsangebote für die Lehrpersonen zur Verfügung. Dazu gehören unter anderem Online-Lerneinheiten zum Zürcher Lehrplan 21, seit Juli auch zur Sonderpädagogik, sowie der Grundlagenkurs Medien und Informatik, seit August auch für die Sekundarschule. In der 6. Primarklasse und in der Sekundarschule tritt der neue Lehrplan im August 2019 in Kraft. Im neuen Lehrplan ist festgelegt, welches Wissen und Können die Schülerinnen und Schüler in der Volksschule erwerben sollen. Mit dem Zürcher Lehrplan 21 wird der Auftrag der Bundesverfassung umgesetzt, die Ziele der Volksschule zu harmonisieren.

Provisorische Zentralstelle für Kostenübernahmegarantien

Anfang des Berichtsjahres trat die Änderung des Gesetzes über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge in Kraft, welche die Weiterführung der bisherigen Praxis zur Kostentragung von Unterbringungen in beitragsberechtigten und anerkannten Kinder- und Jugendheimen ermöglicht. Demnach sind die Eltern bzw. subsidiär die Gemeinden für die Finanzierung der Unterbringungskosten im Umfang der Versorgungstaxe zuständig. Diese Praxis wurde 2016 durch ein Verwaltungsgerichts- bzw. Bundesgerichtsurteil ausser Kraft gesetzt. Seitdem waren die Unterbringungen in beitragsberechtigten Einrichtungen vorübergehend, bis zum Inkrafttreten der Gesetzesänderung, durch den Kanton zu finanzieren. Für die Prüfung der Platzierungsanträge und das Ausstellen von Kostengutachten sowie für die Abwicklung von Rückzahlungen an die Gemeinden wurde im Amt für Jugend und Berufsberatung eine provisorische Zentralstelle für Kostenübernahmegarantien eingerichtet. Dank dieser Massnahme konnte der Kinderschutz trotz rechtlicher Unsicherheiten vollumfänglich gewährleistet werden.

Optimierung Übergang 1

Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt, das Volksschulamt und das Amt für Jugend und Berufsberatung starteten im Juni des Berichtsjahres das ämterübergreifende Projekt «Optimierung Übergang 1». Am Übergang zwischen Volksschule und der Sekundarstufe II (Übergang 1) sind die drei Ämter gleichermassen aktiv – allerdings unterscheiden sich die Herausforderungen je nach Amt erheblich. In einem ersten Schritt wurde ein gemeinsames Verständnis zum Übergang 1 und verbindliche Grundsätze erarbeitet. Im Dezember wurden drei darauf beruhende Projekte initiiert: 1. «Überprüfen der letzten Etappe der Sek. 1» (Lead Volksschulamt), 2. «Unterstützung

von Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf» (Lead Mittelschul- und Berufsbildungsamt) und 3. «Erarbeitung eines Systemdesigns für den Übergang 1» (Lead Amt für Jugend und Berufsberatung).

Stärkung der Berufsmaturität durch Austauschplattform

Der Übergang zwischen zwei Bildungsstufen wird von den Betroffenen oft als Zäsur wahrgenommen: Altes muss zurückgelassen werden, und in der neuen Bildungsumgebung muss man sich schnellstmöglich zurechtfinden. Die neue Austauschplattform «BMFH» hat zum Ziel, den Übergang von der Berufsmaturität an die Fachhochschule besser abzustimmen. Sie will den Dialog zwischen den Anbietenden der verschiedenen Bildungsgänge ermöglichen und gemeinsam die Verantwortung für einen erfolgreichen Übergang ins Studium übernehmen. Insbesondere soll auch die Berufsmaturität gestärkt werden. Am 22. Oktober des Berichtsjahres wurde die Austauschplattform «BMFH» im Rahmen einer Kick-off-Veranstaltung offiziell ins Leben gerufen. Seither haben sich verschiedene Fachgruppen formiert, in welchen sich Fachleute aus beiden Bildungsstufen erstmals gemeinsam mit didaktischen und überfachlichen Themen befassen werden.

Neue Kantonsschule Uetikon am See

Im August des Berichtsjahres wurde nach über 40 Jahren erstmals wieder eine neue Kantonsschule im Kanton Zürich eröffnet. Knapp 100 Schülerinnen und Schüler haben an der neuen Kantonsschule in Uetikon am See ihre Mittelschulzeit gestartet. Die Schule umfasst ein Lang- und Kurzgymnasium und bietet das altsprachliche, neusprachliche, mathematisch-naturwissenschaftliche sowie wirtschaftlich-rechtliche Maturitätsprofil an. Der Schulstart erfolgte mit je zwei Klassen im Untergymnasium und im Kurzgymnasium. Der Schulbetrieb wird für die nächsten zehn Jahre im Schulhausprovisorium stattfinden, anschliessend wird der Schulbetrieb auf dem neuen Schulareal in der alten Chemie am See stattfinden.

Monitoringbericht «Entwicklung der Berufsbildung im Kanton Zürich 2008–2017»

Die Bildungsplanung ist in einer breit angelegten Untersuchung der Frage nachgegangen, wie sich die Berufsbildung im Kanton Zürich seit 2008 entwickelt hat. Neben umfassenden bildungsstatistischen Auswertungen und Dokumentenanalysen wurden zahlreiche Interviews mit Personen aus Wirtschaft, Schulen und Verwaltung geführt. Ausgewählte Resultate des Berichts wurden anlässlich der Medienkonferenz vom 27. Februar des Berichtsjahres präsentiert. Die Resultate des Berichts zeigen, dass es heute Jugendlichen besser gelingt, direkt nach der Volksschule in die Lehre einzusteigen. Waren es 2008 noch 61%, sind es heute 65%. Vor allem leistungsschwächere Jugendliche schaffen den Eintritt in die Berufsbildung besser als früher. Dies liegt insbesondere an der Einführung der zweijährigen Lehre mit eidgenössischem Berufsattest (EBA), die sich gut etabliert hat. Der Bericht zeigt auch, dass heute insgesamt mehr Jugendliche eine Berufsmaturität absolvieren als 2008. Einen geringfügigen Rückgang verzeichnet jedoch die Berufsmaturität, die während der Lehre absolviert wird, die BM 1. Dies wird darauf zurückgeführt, dass für viele Jugendliche mit einer anspruchsvollen Berufslehre die Doppelbelastung heute zu

gross zu sein scheint. Aus diesem Grund hat die Bildungsdirektion beschlossen, ein neues Modell einzuführen, die «BM 1 flex», die den Lehrbetrieben und Jugendlichen mehr Zeit für die Berufsmaturität einräumt.

Qualitätssicherung der Fachstelle für Schulbeurteilung

Um auch die Qualität ihrer eigenen Leistungen gewährleisten zu können, hat sich die Fachstelle für Schulbeurteilung seit 2008 dem Qualitätsmanagementsystem EFQM verpflichtet. Im Juli des Berichtsjahres gelang es ihr, im Rahmen ihrer Rezertifizierung erstmals die EFQM-4-Sterne-Anerkennung «Recognised for Excellence» zu erreichen.

Legislaturziele

Bildung (Politikbereich 2)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 2.1 Qualitativ gute und bedarfsgerechte Bildungsangebote sind sichergestellt.

RRZ 2.1a	Den Lehrplan 21 gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern des Schulfeldes an die Bedürfnisse im Kanton anpassen und einführen	7200	2019
RRZ 2.1b	Die Lehrmittelplanung und -entwicklung auf die Anforderungen des neuen Lehrplans ausrichten und digitale Lehr- und Lernmedien entwickeln	7100	2019
RRZ 2.1c	Die Einführung von Tagesschulen ermöglichen und fördern und dabei neue Modelle prüfen	7200	2019
RRZ 2.1d	Mit dem Schulversuch Fokus Starke Lernbeziehungen die Reduktion der Zahl der an einer Klasse tätigen Lehrpersonen sowie die Weiterentwicklung des integrativen Unterrichts erproben	7200	2022
RRZ 2.1e	Mit dem Projekt ALLE leistungsschwächere Lernende in Mathematik und Deutsch auf der Sekundarstufe I fördern	7200	2019
RRZ 2.1f	Instrumente zur individuellen, förderorientierten Standortbestimmung von Schülerinnen und Schülern entwickeln und zur Verfügung stellen	7000	2019
RRZ 2.1g	Schulen im Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen sowie bei Problemen mit Gewalt unterstützen	7000	2019
RRZ 2.1h	Angesichts knapper werdender Kapazitäten auf der Sekundarstufe II zusätzliche Mittel für Betrieb, Infrastruktur und Personal bereitstellen	7306	2019
		7301	2019
		7050	2019

RRZ 2.2 Der herausragende Hochschulstandort ist weiterentwickelt.

RRZ 2.2a	Die Nachwuchsförderung weiterentwickeln (Graduiertenprogramme und Doktoratsstufe)	7401	2019
RRZ 2.2b	Die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) im Verbund der zuständigen Direktionen und weiteren Beteiligten stärken	7401	2019
RRZ 2.2c	Zusätzliche Studienplätze in der Medizin schaffen	7401	2019
RRZ 2.2d	In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren	7406	2019
		7050	2019
		7401	2019
RRZ 2.2e	Die hohe Qualität der gymnasialen Bildung erhalten und den allgemeinen Universitätszugang mittels gymnasialer Maturität sichern	7301	2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

BI 2.3 Eine bedarfsgerechte Infrastruktur für morgen sicherstellen.

BI 2.3a	Die Schulraumstrategie weiterführen und umsetzen	7301	2019
BI 2.3b	Die Planung Hochschulgebiet Zürich Zentrum und Irchel 5 vorantreiben sowie die Planung Winterthur umsetzen	7050	2022
BI 2.3d	Die Handlungsfelder der Schulrauminfrastruktur der Sekundarstufe II weiterbearbeiten	7050	2019

Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 5.1 Die im Kanton lebende Bevölkerung ist in das Gesellschafts- und Erwerbsleben integriert.

RRZ 5.1c	Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühinterventionen, frühe Förderung, Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern sowie den Zugang zur Familienhilfe erleichtern und die Familie als Lernort stärken	7501	2019
RRZ 5.1d	Die Integrationskraft der Volksschule stärken und ein Monitoring über den Einsatz sonderpädagogischer Massnahmen einrichten	7200	2019

Bildungsdirektion Legislaturziele

RRZ 5.1e	Durch wirksame Sprachförderung auf allen Bildungsstufen die Chancen in Schule, Beruf und Gesellschaft verbessern	7200	2019
		7000	2019
RRZ 5.1f	Leistungsschwächere und sozial benachteiligte Jugendliche bei ihrem Berufseinstieg und während der beruflichen Grundbildung unterstützen	7306	2019
RRZ 5.2 Die Akzeptanz der Systeme der sozialen Sicherheit ist verbessert.			
RRZ 5.2c	Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren	7000	2019

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 8.1 Die volkswirtschaftliche Standortattraktivität ist gestärkt. Dabei wird die Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials gefördert.			
RRZ 8.1a	Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern	7501	2019
RRZ 8.1d	Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern	7306	2019
		7301	2019
RRZ 8.1e	Mit Blick auf eine starke Berufsbildung die Attraktivität der Berufsmaturität steigern und die Talentförderung weiter etablieren	7306	2019
RRZ 8.1f	Als Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Angebot an Tages- schulen fördern	7200	2019
RRZ 8.2 Die Innovationskraft und die Branchendiversität am Standort Zürich sind gestärkt.			
RRZ 8.2c	Den Wissens- und Technologietransfer durch den Innovationspark und die Ausweitung auf die Sozial- und Kulturwissenschaften intensivieren	7000	2019
RRZ 8.2d	Innovative Lösungen für neue Formen des Wissens- und Technologietransfers im Rahmen von Graduiertenprogrammen, Spin-offs und assoziierten Instituten entwickeln	7406	2019
		7401	2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
BI 8.1 Mehr Fachkräfte ausbilden und Talente fördern			
BI 8.1a	Inländisches Fachkräftepotenzial in Kooperation mit der Arbeitswelt besser ausschöpfen (Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern)	7000	2019
BI 8.1b	Dem Lehrermangel entgegenwirken, insbesondere auf der Kindergarten- und Sekundarstufe II (Gymnasien)	7000	2019
BI 8.1c	Die Fachmaturitäten und die Handelsmittelschule neben der dualen Berufsbildung und den Gymnasien profilieren	7306	2019
BI 8.1d	Bildungsleistungen validieren und anerkennen, die informell oder im Ausland erworben wurden	7306	2019
BI 8.1e	Die Weiterbildung und die Nachholbildung unterstützen und stärken	7306	2019
BI 8.1f	Die Fachmaturitäten und die Handelsmittelschule neben der dualen Berufsbildung und den Gymnasien profilieren	7301	2019
BI 8.1g	Lehrermangel entgegenwirken, insbesondere auf der Kindergarten- und der Sekundarstufe II (Gymnasien)	7301	2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.			
RRZ 10.1c	Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	7000	2019

RRZ 10.2 Der Kanton Zürich hält mit der Dynamik der Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft Schritt und nutzt ihre Möglichkeiten. Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.

RRZ 10.2g Das Informationsportal der Bildungsstatistik für stationäre und mobile Internetnutzung ausbauen und weiterentwickeln sowie das Informationsangebot besser auf Zielgruppen ausrichten

7000

2019

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	862.3	822.0	868.6	46.6	5.7
Aufwand	-3367.3	-3346.3	-3326.4	19.8	0.6
- Kreditübertragungen		-13.9			
- Nachtragskredit		-18.0			
Saldo	-2505.1	-2524.3	-2457.8	66.5	2.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	6.2	8.1	6.3	-1.8	-21.8
Ausgaben	-177.7	-310.8	-227.4	83.4	26.8
- Kreditübertragungen		-39.6			
Saldo	-171.5	-302.7	-221.1	81.6	27.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
66.5		Abweichungen total R18 zu B18
15.6	7306	- Höherer Pauschalbeitrag des Bundes an die Berufsbildung (Sondereffekt aufgrund veränderter Finanzierungsbestimmungen beim Bund)
12.0	7301	- Mehrausweis von Beiträgen der Gemeinden an das Untergymnasium, bedingt durch die Umstellung auf die periodengerechte Abgrenzung (Einmaleffekt)
11.7	7406	- Tieferer Staatsbeitrag an die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften
10.8	7406	- Verzögerte Projekte und Stellenbesetzungen bei der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften
10.7	7306	- Verminderter Personalaufwand bei den Berufsfachschulen
9.8	7306	- Geringerer Ausweis von Beiträgen an die höhere Berufsbildung, grösstenteils aufgrund einer neuen, sachgerechteren Abgrenzungsmethodik (Einmaleffekt)
8.0	7301	- Weniger Personalaufwand aufgrund des tieferen Beschäftigungsumfangs bei den Mittelschulen.
5.7	7200	- Weniger Personalaufwand aufgrund des tieferen Beschäftigungsumfangs bei den Volksschulen.
5.2	7306	- Rückzahlung von Staatsbeiträgen im Bereich allgemeiner Weiterbildung nach einem zugunsten des Kantons entschiedenen Gerichtsurteil
2.7	7000	- Geringere Ausgaben aufgrund Verschiebung von Projekten in der Bildungsverwaltung
-7.5	7402	- Höhere IUV-Beiträge für mehr Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten
-8.3	7501	- Steigende Gesuchszahlen und höhere Beiträge bei den Stipendien verursachen eine Budgetüberschreitung.
-12.5	7407	- Höhere FHV-Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen für mehr Zürcher Studierende
2.6		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R18	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	-221.1			
- Zürich, Universität Irchel, Chemische Institute, 5. Ausbaustufe	-40.9	190.8	84.6	106.2
- Uster, Kantonsschule Uster und Bildungszentrum, Sanierung und Erweiterung BZU	-32.5	114.0	79.4	34.6
- Horgen, Bildungszentrum Zürichsee Horgen, Gesamtsanierung Altbau mit Erweiterung	-9.0	73.5	29.6	43.8
- Winterthur, Kantonsschule Büelrain, Ersatz- und Ergänzungsbau	-18.0	54.3	32.3	22.0
- Zürich, Universität Irchel, Gebäude der 1. Baustufe, Stabilisierung Haustechnik	-6.2	13.9	7.5	6.4
- Zürich, Universität Irchel, Y50, Instandsetzung Parkhaus Irchel	-10.0	24.4	19.1	5.3
- Zürich, Berufsschule Mode und Gestaltung, Gesamtsanierung	-11.2	20.1	17.4	2.6
- Übrige	-93.3			

Bemerkungen

Für weitere Informationen zur Investitionsrechnung siehe insbesondere die Leistungsgruppe Nr. 7050, Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion.

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	15364.3	15776.1	15504.0	-272.1	-1.7

Δ abs. LG Begründungen

-272.1 Abweichungen total R18 zu B18

-84.0 7301, 7306 - Optimierung von Klassen und Klassengrössen an den Mittel- und Berufsfachschulen.

-205.0 7200 - Abweichung bei der Volksschule begründet durch den Basiseffekt der zu hohen Ausgangslage, der tieferen Schülerentwicklung und weiteren nicht beeinflussbaren Schwankungen.

16.9 - Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
7000 Bildungsverwaltung	-40738	-40440	-42067	-1627	-4.0
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	0	0	0	0	
7100 Lehrmittelverlag	-4626	-4341	-4743	-402	-9.3
7200 Volksschulen	-218561	-234428	-225689	8739	3.7
7301 Mittelschulen	-257083	-267064	-259789	7275	2.7
7306 Berufsbildung	-231652	-237511	-219948	17563	7.4
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)	0	0	0	0	
7402 Sonstige universitäre Leistungen	0	0	0	0	
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	0	0	0	0	
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	0	0	0	0	
7501 Kinder- und Jugendhilfe	-51190	-52709	-51034	1675	3.2
7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	-13248	-13755	-13853	-98	-0.7
7930 Berufsbildungsfonds	0	0	0	0	
Total	-817098	-850248	-817123		

Bemerkungen

7050, Diese Leistungsgruppen werden durch Personal in Ämtern und Abteilungen der Bildungsverwaltung administriert,

7401, weshalb in diesen Leistungsgruppen keine Beschäftigten ausgewiesen werden.

7402,

7406,

7407,

7930

Allg. Geldwerte in Mio. Franken

7200 7200: Der Lohnaufwand der Volksschullehrpersonen wird zu gut 80% von den Gemeinden rückerstattet. Ohne diese Rückerstattung beträgt der Lohnaufwand für kantonal angestellte Lehrpersonen (inkl. Schulleitungen) 2017 1278.5 Mio. Franken und im Budget 2018 1311.6 Mio. Franken bzw. in der Rechnung 2018 1309.8 Mio. Franken.

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2018)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
7000 Bildungsverwaltung	422	274	148	172	250
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	0	0	0	0	0
7100 Lehrmittelverlag	49	27	22	38	11
7200 Volksschulen	16952	13400	3552	3899	13050
7301 Mittelschulen	3033	1630	1403	662	2371
7306 Berufsbildung	2924	1362	1562	590	2334
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)	0	0	0	0	0
7402 Sonstige universitäre Leistungen	0	0	0	0	0
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	0	0	0	0	0
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	0	0	0	0	0
7501 Kinder- und Jugendhilfe	765	646	119	119	646
7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	172	132	40	26	146
7930 Berufsbildungsfonds	0	0	0	0	0
Total	24317	17471	6846	5506	18808

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
46/2015	Attraktive und zeitgemässe Anstellungsbedingungen für die Schulleitung/Rektorinnen und Rektoren auf der Sekundarstufe II (Postulat von Sabine Wettstein-Studer, Uster, Dieter Kläy, Winterthur, und Peter Vollenweider Stäfa)	Vorlage 5439 vom 14.03.2018	13.06.2016
44/2015	Reduktion Angebot Berufsvorbereitungsjahre (Postulat von Werner Scherrer, Bülach, Olivier Hofmann, Hausen a.A., und Dieter Kläy, Winterthur)	Vorlage 5458 vom 30.05.2018	13.06.2016
67/2015	Überprüfung Organisation der Sonderpädagogik der Volksschule bezüglich Aufwand und Ertrag sowie Nachhaltigkeit des schulischen Erfolgs (Postulat von Peter Ritschard, Zürich, Anita Borer, Uster, und Christoph Ziegler, Elgg)	Vorlage 5488 vom 22.08.2018	19.09.2016
Volksinitiative	Volksinitiative «für ein Musikschulgesetz»	Vorlage 5500 vom 31.10.2018	14.07.2017
172/2017	PV-Anlage für die Kantonsschule Büelrain (Postulat von Barbara Schaffner, Otelfingen, Cornelia Keller, Gossau, und Corinne Thomet-Bürki, Kloten)	Vorlage 5492 vom 05.09.2018	25.09.2017

7000 Bildungsverwaltung

Generalsekretariat, Volksschulamt, Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Hochschulamt sowie das Amt für Jugend- und Berufsberatung haben im Berichtsjahr breit gefächerte Leistungen zugunsten der Bildungsinstitutionen aller Stufen erbracht. Die Bildungsdirektorin hat das Präsidium der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) im dritten Jahr geführt.

Die Bildungsplanung erarbeitet derzeit einen Bericht über die Situation auf der Kindergartenstufe. Im Rahmen eines externen Forschungsauftrages untersuchen Forscherinnen und Forscher der Pädagogischen Hochschulen von Bern und Zürich den Übergang in den Kindergarten, die Unterrichtsgestaltung durch die Kindergartenlehrpersonen und ausgewählte Entwicklungsaspekte der Kinder – insbesondere im Bereich der Schulsprache.

Die Fachstelle für Schulbeurteilung hat im Schuljahr 2017/2018 97 Regelschulen und 15 Sonderschulen evaluiert.

Sie konnte den meisten evaluierten Schulen eine hohe Qualität ihrer Arbeit attestieren. Besonders positiv wurden die Bereiche Schulgemeinschaft, Unterrichtsgestaltung, Schulführung sowie Zusammenarbeit mit den Eltern beurteilt. Deutliche Entwicklungsmöglichkeiten lassen sich bezüglich der Aspekte Qualitätssicherung und -entwicklung sowie Beurteilung der Schülerinnen und Schüler ausmachen. Dies entspricht etwa den Einschätzungen der vorangehenden Schuljahre.

Mit dem bis 2021 befristeten Lotteriefonds Bildung können gemeinnützige Vorhaben im ausserschulischen Bereich in den Förderkategorien Kultur, bedeutende Projekte auf allen Schulschufen sowie Forschungsvorhaben mit Bezug zum Kanton unterstützt werden. Im Berichtsjahr gingen 60 Gesuche ein. Bei etwas mehr als der Hälfte konnte ein Beitrag gewährt werden.

Aufgaben

- A1 Die Bildungsverwaltung steuert das Bildungswesen des Kantons Zürich mit und übt die behördliche Aufsichtspflicht aus.
- A2 Sie erarbeitet die gesetzlichen Grundlagen sowie weitere Entscheidungsgrundlagen zuhanden von Regierungsrat und Kantonsrat.
- A3 Sie verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene und legt die Entwicklungsschwerpunkte fest.
- A4 Sie koordiniert die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund.
- A5 Sie unterstützt die Bildungsinstitute (Universität, Fachhochschule, Mittel- und Berufsschulen, Volksschule, Sonderschulen sowie weitere beitragsberechtigte Institutionen) in den Bereichen IT, Personal- und Finanzwesen, Bauten sowie Recht und führt die Kinder- und Jugendhilfe- sowie Berufsinformationszentren.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Monitoring/-controlling; Erhebungen Struktur- & Leistungsdaten	A1, A3	6	6	6	0	0.0
L2	Monitoring/-controlling; Wirkungserhebungen	A1, A3	2	3	3	0	0.0
L3	Administrierte Leistungsgruppen (inkl. 9690, 9600, 9710, 9720, 9740)	A1	18	18	18	0	0.0
L4	Strategische Projekte	A1, A3	18	22	23	1	4.5
L5	Beschäftigungsumfang administrierte Mitarbeiterende (BU)	A5	15486.9	15776	15609	-167	-1.1
L6	Erlasse in Bearbeitung	A1, A2, A5	10	3	10	7	233.3
L7	Eingegangene Rekurse	A5	219	230	256	26	11.3
L8	Erledigte Rekurse	A5	219	240	266	26	10.8
L9	Eingegangene parlamentarische Vorstösse	A2	30	40	28	-12	-30.0
L10	Erledigte parlamentarische Vorstösse	A2	35	41	29	-12	-29.3
L11	Interkantonale Gremien mit Zürcher Vertretung	A4	42	38	41	3	7.9
B1	Personalkosten Bildungsverwaltung in Bezug zum Nettoaufwand für Bildung, in %	A5	2.01	2	2.11	0.11	
W1	Anteil Privatschüler/innen am Total der Lernenden, in %	A1	6.7	6.6	6.7	0.1	

Bemerkungen

- L1 Statistik der Lernenden, Statistik des Schulpersonals, Statistik der Bildungsabschlüsse, Erhebung zur Schul- und Berufswahl, Erhebung zu den Berufsvorbereitungsjahren, Erhebung der Probezeitergebnisse an Mittelschulen
- L2 PISA 2018 (Beitrag an die nationale Erhebung), Überprüfung des Erreichens der Grundkompetenzen, Ehemaligenbefragung Mittelschule
- L9, L10 Die Anzahl der parlamentarischen Vorstösse ist nicht steuerbar
- L11 Einsitz in folgenden weiteren Gremien: Ständiger Ausschuss für Fragen der Hochschulmedizin, Kommission Hochschulfinanzierung EDK, Koordinationsausschuss Digitalisierung in der Bildung (KoA Digi)
- L5 Die Abweichung betrifft vorwiegend einen Rückgang der Anzahl Lehrpersonen in der Volksschule, was auf tiefere Schülerzahlen und hohe Ausgangsplanungswerte zurückzuführen ist.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2.1f Instrumente zur individuellen, förderorientierten Standortbestimmung von Schülerinnen und Schülern entwickeln und zur Verfügung stellen

Die Schulleitungen des Kantons Zürich wurden im Berichtsjahr über die Lernfördersysteme informiert. Abschluss 2019 2019
Seit Herbst kann das neue digitale und adaptive Lernfördersystem Lernlupe von der 3. bis 6. Primar-
klasse eingesetzt werden. 2019 erfolgen Einführungskurse in Zusammenarbeit mit dem Institut Unter-
strass. Die Freischaltung von Lernpass plus mit integriertem Stellwerktest für die Sekundarschule
folgt im Schuljahr 2019/20.

RRZ 2.1g Schulen im Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen sowie bei Problemen mit Gewalt unterstützen

Die Koordinationsgruppe Jugendgewalt (KGJ) hat im Berichtsjahr die Fachtagung «Jugendliche stür- Abschluss 2019 2019
ken – Gewalt verhindern» zur Prävention von Jugendgewalt in Schulen, Jugendarbeit und Gemeinden
organisiert. Zudem wurde in Zusammenarbeit mit okaj zürich, dem kantonalen Dachverband der Kin-
der- und Jugendförderung, das Projekt «Gewalt ist unfly» realisiert, an dem sich Jugendliche mit eige-
nen Projekten zum Thema «Gewaltprävention» beteiligt haben.

RRZ 5.1e Durch wirksame Sprachförderung auf allen Bildungsstufen die Chancen in Schule, Beruf und Gesellschaft verbessern

Auf der Grundlage des Fachkonzepts «Frühe Sprachbildung» wurden entsprechende Filme herge- Abschluss 2019 2019
stellt: Eltern sollen informiert und in ihrer Eigenverantwortung im Bereich der Sprachförderung
gestärkt werden. Für Fachfrauen/Fachmänner Betreuung wurde ein Aus- und Weiterbildungsangebot
«Frühkindliche Sprachbildung» entwickelt.

RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren

Im Controllingbericht des Regierungsrates wurde die Zuständigkeit der Bildungsdirektion für dieses Verzicht 2019
Geschäft aufgehoben (RRB Nr. 219/2017).

RRZ 8.2c Den Wissens- und Technologietransfer durch den Innovationspark und die Ausweitung auf die Sozial- und Kulturwissenschaften intensivieren

Die Arbeiten erfolgen planmässig. Abschluss 2019 2019

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Mit RRB Nr. 1248/2017 wurde der Verzicht einer Eigentümerstrategie für die Zürcher Hochschulen Abschluss 2019 2019
beschlossen.

RRZ 10.2g Das Informationsportal der Bildungsstatistik für stationäre und mobile Internetnutzung ausbauen und weiterentwickeln sowie das Informationsangebot besser auf Zielgruppen ausrichten

Die Arbeiten erfolgen planmässig. Abschluss 2019 2019

BI 8.1a Inländisches Fachkräftepotenzial in Kooperation mit der Arbeitswelt besser ausschöpfen (Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern)

Die Massnahme betrifft alle Leistungsgruppen der Bildungsdirektion. Umsetzungsschritte sind den Planmässig 2019
Berichterstattungen der einzelnen Leistungsgruppen zu entnehmen.

BI 8.1b Dem Lehrermangel entgegenwirken, insbesondere auf der Kindergarten- und Sekundarstufe II (Gymnasien)

Die Pädagogische Hochschule Zürich erstellt derzeit ein Konzept, um die Zahl der Studierenden ins- Planmässig 2019
besondere im Studiengang Kindergarten-/Unterstufe zu erhöhen.

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	311.5	306.4	326.3	20.0	6.5

Bemerkungen R18 zu B18

- 9.6 Im Generalsekretariat vier Aushilfen IT aufgrund Restrukturierung und Ausfällen, weitere Aushilfen im Bereich Bauten, Rechtsdienst und Bildungsplanung sowie Fachpersonen in der Fachstelle für Schulbeurteilung infolge Krankheit, Mutterschaft und Personalwechsel mit temporärer Doppelbesetzung
- 3.2 Aushilfen im Volksschulamt für die Vorbereitung des E-Dossiers für alle Volksschullehrpersonen
- 7.2 Projektbezogene Stellen und Ersatz für längere Abwesenheiten (Krankheit und Mutterschaft) sowie Praktikumeinsätze von Handelsmittelschülerinnen und -schülern im Mittelschul- und Berufsbildungsamt

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	20.1	23.0	20.4	-2.6	-11.1
Aufwand	-81.8	-89.3	-84.0	5.3	6.0
- Kreditübertragungen		-2.2		2.2	100.0
Saldo	-61.7	-66.3	-63.6	2.8	4.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-0.4	-1.7	-0.7	1.0	60.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.4	-1.7	-0.7	1.0	60.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.8		Abweichungen total R18 zu B18
2.7	A5	- Geringere Ausgaben vor allem infolge Verschiebung von Projekten im Volksschulamt, wie Projekt aktive Lernzeit, Lehrmitteleinführung, Anpassungen Volksschulgesetz und im Generalsekretariat und Hochschulamt
1.3	A5	- Verschobene Projekte im Umsetzungsbereich des Lehrplans 21 im Volksschulamt
0.5	A5	- Geringere Abschreibungen infolge verzögerter Investitionen
0.2	A1	- Insgesamt weniger interner Verrechnungsaufwand infolge geringeren Leistungsbezugs
0.2	A5	- Mehreinnahmen durch Anlässe von Schule & Kultur
-1.9	A1	- Höherer Personalaufwand infolge Vollbestand und Projektstellen; notwendige Aushilfen infolge Reorganisation der IT-Aktivitäten und krankheitsbedingten Ersatzbedarfs
-0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-1.7	-0.7	1.0	
- Informatikinvestitionen	-1.7	-0.7	1.0	- Im Amt für Jugend und Berufsberatung sowie im Generalsekretariat wurde weniger in die Bereiche Mobiliar und Software investiert infolge Verzögerung und Neuorganisation Informatik im Kanton
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
883000	0	0	883000	0

Gesamtübersicht der Lernendenzahlen im Kanton Zürich¹

	Total 2017 ²	Total 2018	Frauen Anzahl	%	Ausländer/innen Anzahl	%	Öffentliche Schulen Anzahl	%
Primarstufe 1-2	32 466	33 257	16 113	48.4%	9 510	28.6%	31 202	93.8%
Regelkindergarten	31 461	32 381	15 817	48.8%	9 070	28.0%	30 454	94.0%
Integrierte Sonderschulung	421	467	145	31.0%	184	39.4%	467	100.0%
Separierte Sonderschulung	275	281	87	31.0%	133	47.3%	281	100.0%
Alternativer Kindergarten ³	309	128	64	50.0%	123	96.1%	0	0.0%
Primarstufe 3-8	89 291	91 573	44 412	48.5%	24 728	27.0%	86 794	94.8%
Primarschule	84 098	86 512	42 638	49.3%	21 975	25.4%	82 902	95.8%
Integrierte Sonderschulung	1 857	1 950	623	31.9%	807	41.4%	1 950	100.0%
Besondere Klassen ⁴	563	556	225	40.5%	391	70.3%	483	86.9%
Separierte Sonderschulung	1 432	1 468	385	26.2%	555	37.8%	1 459	99.4%
Alternativer Lehrplan ³	1 341	1 087	541	49.8%	1 000	92.0%	0	0.0%
Sekundarstufe I	42 380	42 763	20 888	48.8%	10 322	24.1%	39 056	91.3%
Sekundarschule	32 035	32 296	15 720	48.7%	7 651	23.7%	29 920	92.6%
Integrierte Sonderschulung	664	688	247	35.9%	290	42.2%	688	100.0%
Besondere Klassen ⁴	456	306	91	29.7%	229	74.8%	222	72.5%
Separierte Sonderschulung	979	990	301	30.4%	339	34.2%	962	97.2%
Gymnasien	7 263	7 532	4 091	54.3%	1 107	14.7%	7 081	94.0%
Übrige Mittelschulen ⁵	179	183	80	43.7%	24	13.1%	183	100.0%
Alternativer Lehrplan ³	804	768	358	46.6%	682	88.8%	0	0.0%
Sekundarstufe II	60 150	60 247	28 239	46.9%	11 894	19.7%	53 954	89.6%
Brückenangebote	2 229	2 134	1 010	47.3%	924	43.3%	1 939	90.9%
Gymnasien	9 348	9 494	5 295	55.8%	1 330	14.0%	8 415	88.6%
Übrige Mittelschulen ⁶	1 640	1 702	1 001	58.8%	212	12.5%	1 454	85.4%
Berufslehren ⁷ (inkl. BMS I)	43 106	43 079	19 024	44.2%	8 383	19.5%	40 086	93.1%
Anlehren	200	193	80	41.5%	65	33.7%	193	100.0%
BMS II (nach Lehrabschluss)	2 205	2 277	1 168	51.3%	162	7.1%	1 688	74.1%
Sonderschulen	207	179	71	39.7%	68	38.0%	179	100.0%
Alternativer Lehrplan ³	1 215	1 189	590	49.6%	750	63.1%	0	0.0%
Tertiärstufe	69 886	70 646	38 191	54.1%	10 874	15.4%	58 902	83.4%
Vorbereitung Berufsprüfung	6 282	6 283	2 789	44.4%	745	11.9%	3 510	55.9%
Vorbereitung Höhere Fachprüfung	1 057	1 026	292	28.5%	102	9.9%	631	61.5%
Höhere Fachschule HF	8 505	8 628	4 173	48.4%	1 031	11.9%	4 536	52.6%
Übrige Fachausbildung	4 374	4 246	2 740	64.5%	707	16.7%	1 455	34.3%
Fachhochschulen ⁸	23 196	23 866	12 877	54.0%	2 964	12.4%	22 173	92.9%
Universität ⁹	26 472	26 597	15 320	57.6%	5 325	20.0%	26 597	100.0%
Total	294 173	298 486	147 843	49.5%	67 328	22.6%	269 908	90.4%

¹ Stichtage 15.9.2017 bzw. 14.9.2018

² Die Angaben für 2017 können von bereits publizierten Angaben abweichen, da die Daten wenn nötig rückwirkend korrigiert werden.

³ Private Bildungseinrichtungen mit Abweichung vom Zürcher Lehrplan (z.B. ausländische Schulprogramme, Rudolf Steiner Schulen)

⁴ inkl. Aufnahmeklassen Asyl

⁵ Handelsmittelschule

⁶ Handelsmittelschule, Informatikmittelschule, Fachmittelschule, Passerellenlehrgang

⁷ Berufliche Grundbildung Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) und Eidgenössisches Berufsattest (EBA)

⁸ Fachhochschulen im Kanton Zürich (ZFH, HfH; ohne Zürcher Standorte der Kalaidos Fachhochschule Schweiz und der Fernfachhochschule Schweiz)

⁹ Uni Zürich inkl. MAS

7050 Hochbauinvestitionen

Bildungsdirektion

Der Neubau der 5. Baustappe des Campus Irchel, die Instandsetzung und Erweiterung des Bildungszentrums Zürichsee, der Ersatzneubau der Kantonsschule Bülrain, die Umsetzung der Instandsetzung und Erweiterung des Bildungszentrums in Uster sowie der Neubau an der Plattenstrasse für die Universität konnten vorangetrieben werden. Die Instandsetzungen und der Dachausbau der Kantonsschule Im Lee sowie die Teilinstandsetzung des Naturwissenschaftstrakts der Kantonsschule Freudenberg/Enge wurden gestartet.

Im Weiteren wurde das Provisorium für die neue Mittelschule in Uetikon am See in Betrieb genommen. Die Instandsetzung des Schulhauses für die Berufsschule Mode und Gestaltung an der Ackerstrasse 30 wurde abgeschlossen.

Für die neue Mittelschule am linken Zürichseeufer wurde der Mietvertrag für das Provisorium abgeschlossen. Der Wettbewerb für den Entwicklungssperimeter «Bildungsmeile» im Bereich Hafner-/Limmatstrasse für den Neubau für die Bau-

gewerbliche Berufsschule, für den Neubau des «Forums UZH» auf dem Wässerwies-Areal in Zürich sowie für den Campus T der ZHAW in Winterthur wurden abgeschlossen und die Projektierung gestartet. Die Projekte im Sulzer-Areal Winterthur sowie die Projektierung der Sanierung der Kantonsschule Zürich Nord sind auf Kurs.

Der Kantonsrat hat dem Mietvertrag und dem Ausbau des Laborneubaus der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Wädenswil zugestimmt. Ebenfalls zugestimmt hat der Kantonsrat der Errichtung eines Mehrzweckgebäudes für die Berufsschule in Rüti, die Realisierung erfolgt planmässig. Der Objektkredit für die Instandsetzung des Spezialtrakts der Kantonsschule Zürcher Oberland wurde bewilligt. Die Umsetzung des neuen Immobilienwesens (Mieter- und Delegationsmodell) erfolgt ab 2019. Die organisatorischen Anpassungen aufseiten der Bildungsdirektion verlaufen planmässig.

Aufgaben

- A1 Wahrnehmung der Investoreninteressen, Ausübung des finanziellen Controllings, Unterstützung in der strategischen Steuerung der Hochbauinvestitionen sowie die Sicherstellung des Werterhalts der Gebäude im Verwaltungsvermögen der Bildungsdirektion für die selbstständigen Anstalten, die Hochbauten der Mittelschulen, der Berufsschulen, Kinder- und Jugendhilfe sowie dem Zentrum für Gehör und Sprache
- A2 Optimierung der Investitionspolitik, insbesondere optimale Mittelallokation auf die Hochbauprojekte
- A3 Führen der Anlagenbuchhaltung im Hochbau

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1 Bewilligte Projekte > 20 Mio. Franken	A1	1	3	5	2	66.7
L2 Bewilligte Projekte > 1 Mio. Franken	A1	14	5	11	6	120.0
L3 Bewilligte Projekte < 1 Mio. Franken	A1	81	75	94	19	25.3
L4 Abgerechnete Projekte (Kreditabrechnungen)	A2	99	85	142	57	67.1
W1 Ausnützungsgrad der Budgets (verwendete Mittel in % zu verfügbare Mittel: >80%)	A2	70	>80%	66.1		

Bemerkungen

- L2 Mehrbedarf aufgrund schnellerer Entscheidungsprozesse
- L3 Mehrbedarf bei dringlichen Instandsetzungsarbeiten
- L4 Starker Abbau penderter Kreditabrechnungen insbesondere im Bereich Universität
- W1 Budgetunterschreitung infolge Terminverzögerungen, Änderungen in der Projektabwicklung, Projektüberarbeitungen sowie Projektabschlüsse unter Budget. Unter Berücksichtigung eines notwendigen Kreditübertrags beim Projekt UZI 5 (Universität Irchel) im Umfang von 52.1 Mio. Franken beträgt der Ausnützungsgrad des Investitionsbudgets 94.6%.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2.1h Angesichts knapper werdender Kapazitäten auf der Sekundarstufe II zusätzliche Mittel für Betrieb, Infrastruktur und Personal bereitstellen

Die Ausarbeitung der regionalen Entwicklungsstrategien als Grundlage für die Bereitstellung der Abschluss 2019 2019 zusätzlich notwendigen Kapazitäten ist auf Kurs. Auf der Grundlage dieser Strategien werden die notwendigen Massnahmen priorisiert und die Mittel eingestellt.

RRZ 2.2d In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren

Im Berichtsjahr konnte eine Vielzahl an Projekten umgesetzt oder begonnen werden, Grossvorhaben Abschluss 2019 2019 wurden weiterentwickelt. Die Wettbewerbe für das Forum UZH und das Technikum-Areal der ZHAW in Winterthur konnten entschieden werden.

BI 2.3b Die Planung Hochschulgebiet Zürich Zentrum und Irchel 5 vorantreiben sowie die Planung Winterthur umsetzen

Siehe RRZ 2.2d

Planmässig 2022

BI 2.3d Die Handlungsfelder der Schulrauminfrastruktur der Sekundarstufe II weiterarbeiten

Siehe RRZ 2.1h

Planmässig 2019

7050 2a Die Organisation auf die Weiterentwicklung des Immobilienmanagements (WIM) ausrichten

Die notwendigen organisatorischen Anpassungen seitens der Bildungsdirektion verlaufen planmässig.

Planmässig 2019

7050 2b Die Organisation auf die Umsetzung des Delegationsmodells der Universität Zürich ausrichten

Die notwendigen organisatorischen Anpassungen seitens der Bildungsdirektion verlaufen planmässig.

Planmässig 2019

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	171.2	155.0	163.6	8.6	5.5
Aufwand	-175.2	-158.9	-167.9	-9.0	-5.6
- Kreditübertragungen					
Saldo	-3.9	-3.8	-4.2	-0.4	-10.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	5.7	7.3	5.8	-1.5	-20.5
Ausgaben	-159.6	-271.0	-203.4	67.6	25.0
- Kreditübertragungen		-35.0		35.0	100.0
Saldo	-153.9	-263.8	-197.6	66.1	25.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.4		Abweichungen total R18 zu B18
-0.4		- Mehraufwand für die Vorstudienkredite Forum UZH, Campus Technikumstrasse in Winterthur sowie die Gebietsplanung Hochschulgebiet
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-263.8	-197.6	66.1	
- Zürich, Universität Irchel, Sanierung 1. Ausbauetappe	0.0			
- Zürich, Universität Zentrum, 1. Etappe Wasserwies	-0.2	0.0	0.2	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerung; Wettbewerb wurde im Berichtsjahr abgeschlossen; Projekt nun auf Kurs
- Winterthur, ZHAW, Umsetzung Entwicklung Standort Winterthur Technikum, Etappen 1a-1c	-0.9	0.0	0.9	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerung; Wettbewerb wurde im Berichtsjahr abgeschlossen; Projekt nun auf Kurs
- Zürich, Universität Irchel, Chemische Institute, 5. Ausbauetappe	-58.0	-40.9	17.1	- Minderausgaben aufgrund von Verzögerungen in der Umsetzung
- Zürich, Berufsschule für Gestaltung, «Bildungsmeile», Entwicklungssperimeter I, Etappe 2				
- Uster, Kantonsschule Uster und Bildungszentrum, Sanierung und Erweiterung BZU	-23.8	-32.5	-8.7	- Mehrausgaben aufgrund eines schnelleren Projektfortschritts
- Zürich, Universität Zentrum, Etappe G1 Neubau Core Facilities				
- Zürich, Universität Zentrum, 1. Etappe Forschungsteil im Kernareal USZ Ost	-1.7	0.0	1.7	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerung
- Region Zimmerberg, Neubau Mittelschule				
- Zürich, Kantonsschule Zürich Nord, Gesamtsanierung, inkl. Provisorien	-1.5	-1.3	0.2	- Projekt auf Kurs
- Zürich, «Bildungsmeile», Entwicklungssperimeter 1				
- Horgen, Bildungszentrum Zürichsee Horgen, Gesamtsanierung Altbau mit Erweiterung	-12.5	-9.0	3.5	- Minderausgaben aufgrund von Verzögerungen in der Umsetzung

- Winterthur, Berufsfachschule, Neubau Tösstalstrasse 29/31	-0.5	0.0	0.5	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerungen; Auswahlverfahren beginnt 2019
- Wädenswil, ZHAW, Reidbach, Gebäude RD	-3.0	-2.5	0.5	- Minderausgaben aufgrund von Verzögerungen in der Umsetzung
- Winterthur, Kantonsschule Büelrain, Ersatz- und Ergänzungsbau	-15.1	-18.0	-2.9	- Mehrausgaben aufgrund eines schnelleren Projektfortschritts
- Urdorf, Kantonsschule Limmattal, Erweiterung mit Ersatzneubau und Turnhalle	-2.6	-1.6	1.0	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerung
- Zürich, «Bildungsmeile», Entwicklungssperimeter II, Ersatzneubau Schulraum, inkl. Turnhallen	-0.7	0.0	0.7	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerung; Wettbewerb wurde im Berichtsjahr abgeschlossen, Projekt nun auf Kurs
- Winterthur, Kantonsschule Im Lee, Gesamtinstandsetzung/Dachausbau	-5.0	-1.8	3.2	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerung
- Wädenswil, ZHAW, Grüntal Entwicklung 17- 28 / Kleinprojekte Instandsetzungen Umbauten	-0.5	0.0	0.5	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerung
- Zürich, Universität Irchel, Gebäude der 1. Bauetappe, Stabilisierung Haustechnik	-3.4	-6.2	-2.8	- Mehrausgaben aufgrund von Projektänderungen
- Winterthur, ZHAW, Campus Technikum, Sofortmassnahmen Instandhaltung aller Gebäude	-0.9	-1.5	-0.6	- Mehrausgaben aufgrund von Projektänderungen
- Zürich, Militärkaserne, Bildungszentrum für Erwachsene				
- Wetzikon, Kantonsschule Zürcher Oberland, Sanierung Grosser Spezialtrakt	-0.5	-0.4	0.1	- Projekt auf Kurs
- Wetzikon, Gewerbliche Berufsschule, Gesamtsanierung				
- Zürich, Universität, Audio-Video-Anlagen- Projekt	-2.4	-0.7	1.7	- Minderausgaben aufgrund von Verzögerungen in der Umsetzung
- Zürich, Universität Irchel, Y50, Instandsetzung Parkhaus Irchel	-8.2	-10.0	-1.8	- Mehrausgaben aufgrund von Projektänderungen
- Zürich, Universität, KO2, Stabilisierende Massnahmen und Sanierung	-1.2	-0.1	1.1	- Minderausgaben aufgrund von Verzögerungen in der Umsetzung
- Zürich, Berufsschule Mode & Gestaltung, Gesamtsanierung	-12.6	-11.2	1.4	- Mehrausgaben aufgrund von Projektänderungen
- Zürich, Universität, Insitut für Medizinische Mikrobiologie (IMM), Neubau, Diagnostik, Gloriastrasse 28	-2.0	-1.2	0.8	- Projekt auf Kurs
- Zürich, Berufsschule für Gestaltung, «Bildungsmeile», Entwicklungssperimeter I, Etappe 3, Instandsetzung Ausstellungsstrasse 90 und 100				
- Übrige	-106.6	-58.7	47.9	- Verschiebung infolge von Terminverzügen, Änderungen in der Projektanwicklung, Projektüberarbeitungen und Projektabschlüssen unter Budget im Bereich der Sekundarstufe II, der Universität und der Fachhochschulen, im Besonderen in den folgenden Projekten: +1.6 Mio. Franken Universität Zentrum Deutsches Seminar; +1 Mio. Franken Pädagogische Hochschule Zürich; +2 Mio. Franken ZHAW Ersatz Kälteanlage; +1 Mio. Franken Berufsschule Rütli Mehrzweckraum mit Aulafunktion
- Übrige	-0.0	0.0	0.0	

7100 Lehrmittelverlag

Es war geplant, den Lehrmittelverlag auf den 1. Januar 2019 zu verselbstständigen und in eine Aktiengesellschaft zu überführen. Da noch finanzielle Fragen zu klären sind, war dies nicht möglich. 2019 wird daher der Lehrmittelverlag weiterhin als unselbstständige Anstalt geführt. Die Verselbstständigung wird nun auf den 1. Januar 2020 angestrebt.

Die Lehrmittelplanung und -entwicklung wurde im Berichtsjahr weiter auf die Anforderungen des Zürcher Lehrplans 21 ausgerichtet. Für das neue Modulfach «Medien und Informatik» konnte in der Primarschule das Lehrmittel «connected»

eingeführt werden. In Umsetzung ist die Neuschaffung eines Lehrmittels für das Fach Deutsch. Dieses gehört zur ersten Generation von Lehrmitteln, die nach Freigabe des Lehrplans 21 aufbauend vom Kindergarten bis zur Sekundarschule entsteht. Ebenfalls auf Kurs ist die Erarbeitung des neuen Lehrmittels für Ethik. Für die Nutzung digitaler Lehr- und Lernmedien setzt der LMVZ eine Lizenzplattform ein. Erstmals wird das entwickelte, interkantonal erfolgreiche Französischlehrmittel «dis donc!» den Schulen wahlweise klassisch (Print plus digital) oder rein digital angeboten.

Aufgaben

- A1 Entwicklung, Produktion und Vertrieb von politisch neutralen und interkantonal koordinierten Lehrmitteln für die Zürcher Volksschule, die einen Beitrag für gleiche Bildungschancen gewährleisten (Kernleistung), sowie für andere Kantone und Bildungsbereiche (Mehrleistung) mit dem Ziel der finanziellen Entlastung des Kantons und der Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise
- A2 Lehrmittelproduktion für Zielgruppen mit geringen Absatzmengen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1 Lehrmittelumsatz mit der Volksschule des Kantons Zürich (Kernleistung), in Mio. Franken	A1, A2	14.2	13	16.0	3.0	23.1
L2 Lehrmittelumsatz mit übrigen Schulen, anderen Kantonen und Dritten (Mehrleistung), in Mio. Franken	A1	11.7	11	12.6	1.6	14.5
B1 Ertrag pro Mitarbeiter/in, in Fr.	A1, A2	626 169	604 060	655 308	51 248	8.5
B2 Saldo pro Mitarbeiter/in, in Fr.	A1, A2	34 813	108 844	40 997	-67 847	-62.3
W3 Koordination der Lehrmittel: Anteil des Gesamtumsatzes mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale, in %	A1	77	75	80	5	
W4 Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen am Gesamtumsatz mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale, in %	A1	93	90	93	3	
W5 Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen ausserhalb der Volksschule des Kantons Zürich, in %	A1	51	68	61	-7	

Bemerkungen

L1, L2 Höherer Umsatz, hauptsächlich bei den Eigenfabrikaten

B1, B2 Der gesteigerte Umsatz führt zu einem höheren Ertrag je Mitarbeitende/n. Demgegenüber führt der deutlich höhere Aufwand zu einem per saldo geringeren Gewinn je Mitarbeitende/n.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 2.1b Die Lehrmittelplanung und -entwicklung auf die Anforderungen des neuen Lehrplans ausrichten und digitale Lehr- und Lernmedien entwickeln

Die Planung, Entwicklung und Einführung von Lehrmitteln für die Volksschule verlaufen positiv und abgeschlossen auf die Einführung des Lehrplans 21. Stand bis

7100 2a Lehrmittelverlag Zürich als Aktiengesellschaft etablieren

Der auf den 1. Januar 2019 geplante operative Start der Lehrmittelverlag Zürich AG wurde verschoben. Verzögert 2018

7100 2c Instrumente zur individuellen, förderorientierten Standortbestimmung von Schülerinnen und Schülern entwickeln und zur Verfügung stellen.

Seit Herbst kann das neue digitale und adaptive Lernfördersystem Lernlupe von der 3. bis 6. Primar-klasse eingesetzt werden. Planmässig 2019

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	41.4	39.4	43.6	4.2	10.8

Bemerkungen R18 zu B18

4.2 Zunahme des Beschäftigungsumfangs, insbesondere als Folge der zahlreichen Lehrmittel-Neuentwicklungen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	25.9	23.8	28.6	4.8	20.3
Aufwand	-24.5	-20.6	-26.8	-6.2	-30.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	1.4	3.2	1.8	-1.4	-44.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.1	-1.0	0.0	1.0	100.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.1	-1.0	0.0	1.0	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-1.4		Abweichungen total R18 zu B18
4.8	A1	- Deutlich höherer Umsatz, hauptsächlich bei den Eigenfabrikaten aufgrund des Markteintritts diverser Neuentwicklungen
-0.5	A1	- Höherer Aufwand aufgrund der Vorbereitungsarbeiten zur Verselbstständigung des Lehrmittelverlages
-5.7	A1, RRZ	- Erhöhter Aufwand für Lehrmittelentwicklungen, insbesondere für Deutsch, sowie für die Digitalisierung von Lehrmitteln
0.0	2.1b	- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-1.0	0.0	1.0	
- Ausbau von Büroarbeitsplätzen (Schaffung zusätzlicher Büroarbeitsplätze)		0.2		- Verschiebung der Investition auf 2019
- Diverse Investitionen		0.3		- Verschiebung der Investitionen auf 2019
- Übrige	-1.0	-0.5	0.5	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
0		0	0	0

7200 Volksschulen

Im August des Berichtsjahres ist der Zürcher Lehrplan 21 auf der Kindergarten- und der Primarstufe bis zur 5. Klasse in Kraft getreten. Gemeinsam mit der Pädagogischen Hochschule Zürich werden die Weiterbildungsangebote für die Lehrpersonen durchgeführt. Für das neue Fach Medien und Informatik mussten sich die Lehrpersonen vorgängig qualifizieren. In der 6. Primarklasse und in der Sekundarschule tritt der neue Lehrplan im August 2019 in Kraft.

Der Regierungsrat beschloss im Juli, auf die flächen-deckende Einführung des Modells «Fokus Starke Lernbeziehungen» zu verzichten, da eine Stärkung der Lernbeziehungen im Rahmen des Schulversuchs nicht nachgewiesen werden konnte. Hingegen zeigten die Resultate, dass die Schulorganisation vereinfacht und eine effizientere Zusammenar-

beit ermöglicht wird. Das Modell leistet zudem einen Beitrag zur Weiterentwicklung des integrativen Unterrichts. Die Bildungsdirektion prüft deshalb bis zum formalen Abschluss des Schulversuchs Ende Schuljahr 2021/22, welche positiven Elemente des Versuchs breiter genutzt werden können.

Im Dezember schlug der Regierungsrat in einer Änderung des Volksschulgesetzes zuhanden des Kantonsrates vor, dass die Gemeinden mehr Freiheiten bei der Organisation der Schulführung erhalten sollen. Neu sollen die Gemeinden mehr Möglichkeiten erhalten, Kompetenzen zwischen Schulleitung und Schulpflege anders aufzuteilen. Dies wurde in der 2017 durchgeführten Vernehmlassung von einer grossen Mehrheit begrüsst.

Aufgaben

- A1 Unterricht von Volksschülerinnen/Volksschülern (Kindergarten, Primarstufe, Sekundarstufe) im Sinne des Zweckartikels des Volksschulgesetzes und des Lehrplans
- A2 Unterricht von Sonderschülerinnen/Sonderschülern im Sinne des Zweckartikels des Volksschulgesetzes und des Lehrplans

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Unterrichtete Kindergartenschüler/innen	A1	30057	30416	30556	140	0.5
L2	Unterrichtete Primarschüler/innen	A1	82167	84778	84104	-674	-0.8
L3	Unterrichtete Sekundarschüler/innen	A1	30495	31015	30764	-251	-0.8
L4	Unterrichtete integrierte Sonderschüler/innen (von L1-L3)	A2	2839	2861	3010	149	5.2
L5	Separierte Sonderschüler/innen	A2	2821	2880	2868	-12	-0.4
L6	Volksschüler/innen, entspricht L1-L3	A1	142719	146209	145424	-785	-0.5
B1	Durchschnittliche Klassengrösse Kindergartenstufe	A1	19.4	19.6	19.4	-0.2	-1.0
B2	Durchschnittliche VZE pro Kindergartenschüler/in	A1	0.05	0.05	0.05	0.00	0.00
B3	Durchschnittliche Klassengrösse Primarstufe	A1	20.7	20.8	20.7	-0.1	-0.5
B4	Durchschnittliche VZE pro Primarschüler/in	A1	0.06	0.06	0.06	0.00	0.00
B5	Durchschnittliche Klassengrösse Sekundarstufe	A1	18.3	18.4	18.4	0.0	0.0
B6	Durchschnittliche VZE pro Sekundarschüler/in	A1	0.07	0.07	0.07	0.00	0.00
B7	Personalaufwand pro Volksschüler/in (exkl. sep. Sonderschüler/in), in Fr.	A1	10842	10942	10903	-39	-0.4
B8	Nettoaufwand (Saldo LG 7200) pro Volksschüler/in (inkl. sep. Sonderschüler/in), in Fr. (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)	A1, A2	2818	2879	2849	-30	-1.0
W1	Regelverlaufsquote Primarschule, in %	A1	91.7	91.9	92.0	0.1	
W2	Anteil Schüler/innen mit einer Anschlusslösung an die Volksschule, in %	A1	96.5	95.5	96.9	1.4	
W3	Anteil aller Schüler/innen mit Sonderschulstatus am Total aller Volksschüler/innen einschliesslich Sonderschüler/innen, in %	A2	3.9	3.9	4.0	0.1	
W4	Anteil der in die Regelschule integrierten Sonderschüler/innen am Total aller Sonderschüler/innen mit Sonderschulstatus, in %	A2	50.2	49.9	51.2	1.3	

Bemerkungen

- W2 Die erfreuliche Zunahme widerspiegelt die weiterhin stabile Lehrstellensituation im Kanton Zürich wie auch die ämterübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen der Berufswahlvorbereitung.
- W3 Die Sonderschulungsquote stabilisiert sich zurzeit knapp unter 4%. Um den Anstieg bei der integrierten Sonderschulung abzuschwächen, wird das Monitoring und daraus folgende Handlungsempfehlungen in denjenigen Gemeinden intensiviert, die eine starke Zunahme verzeichnen.
- W4 Der Anstieg des Anteils integrierter im Verhältnis zu den separierten Sonderschülerinnen und -schülern entspricht der Absicht des Volksschulgesetzes.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2.1a Den Lehrplan 21 gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern des Schulfeldes an die Bedürfnisse im Kanton anpassen und einführen

Der Zürcher Lehrplan 21 ist im August im Kindergarten und in der Primarschule bis zur 5. Klasse in Kraft getreten. In den Sekundarschulen planen und organisieren die Schulleitungen die Umsetzung. Die Lehrpersonen bereiten sich unter anderem mit den Online-Lerneinheiten zum neuen Lehrplan auf die Einführung vor. Abschluss 2019 2019

RRZ 2.1c Die Einführung von Tagesschulen ermöglichen und fördern und dabei neue Modelle prüfen

Der Kantonsrat hat die Gesetzesänderung zu den Tagesstrukturen und Tagesschulen beschlossen. Die Bildungsdirektion hat die Gemeinden und das Schulfeld darüber informiert, unter anderem mit einer Veranstaltung für die Schulleitungen, Leitungen Betreuung und Behörden. Die Arbeiten für die Anpassung der Volksschulverordnung sind gestartet. Parallel dazu wird die Entwicklung von Tagesschulen im Kanton Zürich beobachtet. Abschluss 2019 2019

RRZ 2.1d Mit dem Schulversuch Fokus Starke Lernbeziehungen die Reduktion der Zahl der an einer Klasse tätigen Lehrpersonen sowie die Weiterentwicklung des integrierten Unterrichts erproben

Die Ergebnisse und der Schlussbericht zum Schulversuch liegen vor. Die Resultate zeigen positive Elemente auf, die Stärkung der Lernbeziehungen konnte jedoch nicht nachgewiesen werden. Der Regierungsrat beschloss am 4. Juli des Berichtsjahres, auf die flächendeckende Einführung des Modells «Fokus Starke Lernbeziehungen» zu verzichten (RRB Nr. 676/2018). Der Schulversuch endet deshalb gemäss RRB Nr. 156/2017 auf Ende Schuljahr 2021/22. Abschluss 2019 2022

RRZ 2.1e Mit dem Projekt ALLE leistungsschwächere Lernende in Mathematik und Deutsch auf der Sekundarstufe I fördern

Im Pilotprojekt ALLE steht die Steigerung der Lernwirksamkeit des Unterrichts im Zentrum, um den Lernerfolg der leistungsschwächeren wie auch der leistungsstarken Schülerinnen und Schüler in den Fächern Deutsch und Mathematik zu fördern. Der Zwischenbericht der wissenschaftlichen Evaluation Ende des Berichtsjahres zeigt, dass sich das Projekt erwartungsgemäss entwickelt. Die Schlusserhebungen in den Pilot- und Kontrollschulen finden planmässig gegen Ende der 3. Sekundarklassen im Schuljahr 2018/19 statt. Der Schlussbericht wird im Frühling 2020 erwartet. Abschluss 2019 2019

RRZ 5.1d Die Integrationskraft der Volksschule stärken und ein Monitoring über den Einsatz sonderpädagogischer Massnahmen einrichten

Bisher wurden 65 Monitorings oder ähnliche Verfahren durchgeführt. Dies umfasst rund drei Viertel der Gemeinden, die eine Sonderschulungsquote über 3,5% aufweisen. Zusätzlich wurden mit einzelnen Gemeinden gezielte Auswertungsgespräche durchgeführt. Abschluss 2019 2019

RRZ 5.1e Durch wirksame Sprachförderung auf allen Bildungstufen die Chancen in Schule, Beruf und Gesellschaft verbessern

Zur Sicherung der Qualität des Unterrichts in Deutsch als Zweitsprache (DaZ) wurden im Berichtsjahr 4 CAS DaZ (PHZH und Institut Unterstrass) durchgeführt. Die QUIMS-Schwerpunkte «Schreiben auf allen Schulstufen» und «Sprachförderung und Einbezug der Eltern im Kindergarten» wurden mit Weiterbildungen unterstützt und in rund 120 QUIMS-Schulen umgesetzt. Abschluss 2019 2019

RRZ 8.1f Als Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Angebot an Tagesschulen fördern

vgl. RRZ 2.1c Abschluss 2019 2019

7200 2a Angebotsplanung des Sonderschulbereichs im Kanton Zürich

Die Angebotsplanung für die Sonderschulung 2017/2018 bis 2019/2020 wurde verabschiedet und die Umsetzung mit den Sonderschulen vorbereitet. Die Vorbereitungen für die Angebotsplanung für die Sonderschulung 2020/2021 bis 2022/2023 beginnen 2019. Planmässig 2019

7200 2h Instrumente zur individuellen, förderorientierten Standortbestimmung von Schülerinnen und Schülern entwickeln und zur Verfügung stellen

Die Schulleitungen des Kantons Zürich wurden im Berichtsjahr über die Lernfördersysteme informiert. Lernlupe für die 3.–6. Klasse der Primarschule wurde im Schuljahr 2018/19 freigeschaltet und 2019 erfolgen Einführungskurse in Zusammenarbeit mit dem Institut Unterstrass. Die Freischaltung von Lernpass plus mit integriertem Stellwerktest für die Sekundarschule folgt im Schuljahr 2019/20. 2019 sollen die Erfahrungen des Schulfeldes mit der Lernlupe eingeholt und ausgewertet werden. Institutionen und Akteure, die mit der Standortbestimmung Stellwerk zu tun haben, werden über die neue lehrplankonforme Version (Stellwerk 2.0) im Hinblick auf die erste Durchführung im Frühjahr 2020 informiert. Planmässig 2019

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	11 039.2	11 371.6	11 167.1	-204.5	-1.8

Bemerkungen R18 zu B18

R18 zu B18 Die Abweichung begründet sich durch den Basiseffekt der zu hohen Ausgangslage gegenüber dem Jahr 2017 (-144), der tieferen Schülerentwicklung (-48) und nicht beeinflussbaren Schwankungen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	9.9	0.0	0.9	0.9	1936.7
Aufwand	-420.1	-429.3	-423.4	5.8	1.4
- Personalaufwand	-272.8	-286.8	-281.1	5.7	2.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-410.1	-429.2	-422.5	6.7	1.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-7.8	-12.2	-9.8	2.4	19.7
- Kreditübertragungen		-1.7		1.7	100.0
Saldo	-7.8	-12.2	-9.8	2.4	19.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
6.7		Abweichungen total R18 zu B18
5.7	A1	- Minderaufwand aufgrund tieferer Anzahl Vollzeitstellen (siehe auch Bemerkung zum Personal)
1.1	A1, A2	- Geringere Spitalschulungskosten, insbesondere aufgrund von Beiträgen der Gesundheitsdirektion an die Kosten der Spitalschulung von Schülerinnen und Schülern, die weder in der Volksschule noch in einer Berufs- oder Mittelschule sind (+0.9), und höherer Belegungszahlen (+0.2)
0.5	A2	- Tiefere Abschreibungen und Zinsen, aufgrund erst auf Ende Jahr aktivierter und zeitlich verzögerter Investitionen
0.3	A1	- Geringere Anzahl Schulungen von Kindern und Jugendlichen von Asylsuchenden
-1.0	A2	- Mehrkosten bei den Sonderschulen (-1.9), teilweise kompensiert durch ausserordentliche Rückforderungen von Staatsbeiträgen (+0.9)
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-12.2	-9.8	2.4	
- Beiträge an Bauvorhaben der Sonderschulen	-12.2	-9.8	2.4	- Realisierung einiger grösserer Bauvorhaben wie geplant (-9.8 Mio. Franken). Verzögerung bei mehreren Bauvorhaben, deren Kosten in den Folgejahren anfallen werden (2.4 Mio. Franken)
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7301 Mittelschulen

Im Berichtsjahr schlossen knapp 2800 Schülerinnen und Schüler eine kantonale Mittelschule mit der gymnasialen Maturität oder einem entsprechenden Abschluss an der Fachmittelschule, Handelsmittelschule oder Informatikmittelschule ab. Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt arbeitete intensiv an der Umsetzung der Schulraumstrategie: Die Kantonsschule Uetikon am See hat im August ihren Betrieb aufgenommen und der Kantonsrat hat der Errichtung einer neuen Kantonsschule in Wädenswil zugestimmt. Im Berichtsjahr wurde zusammen mit zahlreichen Beteiligten an der Stärkung der beiden Übergänge von der Volksschule ans Gymnasium (VSGYM) und vom Gymnasium an die Hochschule (HSGYM) gearbeitet.

Die Vorgaben zum neuen Übertrittsverfahren von der Volksschule ans Gymnasium, an die Fachmittelschule, Handelsmittelschule, Informatikmittelschule oder Berufsmaturität wurden in eine Vernehmlassung gegeben und ausgewertet. Der Vernehmlassungsbericht liegt vor. Beim Übergang vom Gymnasium an die Hochschule lag der Fokus bei der Umsetzung der vier Teilprojekte der Erziehungsdirektorenkonferenz zur Sicherung des allgemeinen Hochschulzugangs, insbesondere im Projekt «Gemeinsam Prüfen» sowie basale fachliche Studierkompetenzen.

Aufgaben

- A1 Ausbildung nach Maturitätsprofilen gemäss Maturitätsanerkennungsreglement
- A2 Ausbildung an der Fachmittelschule bzw. Vorbereitung auf die Fachmaturität
- A3 Ausbildung zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis und Berufsmaturität an Handelsmittelschule (inkl. Informatikmittelschule)
- A4 Durchführung von Vorbereitungskursen für das Aufnahmeverfahren an die Pädagogische Hochschule Zürich
- A5 Durchführung des einjährigen Vorbereitungskurses für Berufsmaturanden und der Prüfung für die «Passerelle» zur Hochschule

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Einhaltung des Maturitätsreglements: Lektionenfaktor	A1	1.94	1.93	1.93	0.00	0.00
L2	Schülerinnen oder Schüler, die in den Leistungsaufträgen finanziert werden	A1, A2, A3	16490	16720	16776	56	0.3
L3	Lernende an Gymnasien und Fachmittelschulen	A1, A2	15831	16010	16098	88	0.5
L4	Lernende mit Zeugnissen zweisprachige Maturität	A1	379	420	405	-15	-3.6
B1	Nettoaufwand pro finanzierte Schülerin oder Schüler, in Fr.	A1, A2, A3	21440	21670	20280	-1390	-6.4
W1	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Befragte Ehemalige zwei Jahre nach Schulabschluss, die mindestens «eher zufrieden» angegeben, in %	A1					
W2	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Anteil befragte Ehemalige, welche die fachliche Vorbereitung auf eine Hochschule mindestens mit «eher gut» einschätzen, in %	A1					
W3	Maturitätsschulbestände im 10. Schuljahr, in %	A1	22.4	23.5	22.6	-0.9	
W4	Abschlussquote Sekundarstufe II Allgemeinbildung, in %	A1, A2	21.5	19.3	21.8	2.5	

Bemerkungen

- L1 Lektionenfaktor 1.93 bedeutet, dass der Schule pro Schülerin/Schüler und Schuljahr 1.93 Lektionen pro Woche zur Verfügung stehen. Damit muss der unterrichtsnahe Personalaufwand finanziert werden, einschliesslich beispielsweise Projektwochen oder Maturitätsarbeit.
- L2 Anzahl Schülerinnen und Schüler nach Schultypus für das Berichtsjahr: Gymnasium 15 380, Fachmittelschulen 741, Handels-/Informatikmittelschulen 655
- L2, L3 Der Indikator L3 enthält die gymnasialen Mittelschülerinnen und -schüler, ausgenommen der Schülerinnen und Schüler der Handels- und Informatikmittelschulen, diese erlangen ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) sowie eine Berufsmaturität und werden deshalb der Leistungsgruppe Nr. 7306, Berufsbildung, zugerechnet. Da die Lehrgänge jedoch an Mittelschulen durchgeführt werden, sind sie im Leistungsauftrag der betroffenen Mittelschulen und im Indikator L2 enthalten. Die Kosten für diese Schülerinnen und Schüler belaufen sich auf 13.4 Mio. Franken.
- B1 Aufgrund von Einmaleffekten wird der Nettoaufwand pro finanzierte Schülerin/Schüler einmalig tiefer ausgewiesen (siehe Abweichungsbegründung Finanzierung).
- W1, W2 Der Zufriedenheitsgrad wird mit einer Befragung ermittelt, die in 3-Jahres-Rhythmus durchgeführt wird. Die nächste Publikation erfolgt 2019.

- W3 Dieser Indikator misst den Anteil an Maturitätsschülerinnen und Maturitätsschülern im 10. Schuljahr, gemessen an den Volksschülerinnen und -schülern in 6. Primarklassen vier Jahre zuvor.
- W4 Die Abschlussquote der Sekundarstufe II Allgemeinbildung misst den Anteil Jugendlicher, die nach dem Ende der obligatorischen Schule bis zum 25. Altersjahr eine Erstausbildung auf der Sekundarstufe II in der Schweiz mit gymnasialer Maturität, Fachmittelschulabschluss oder an einer internationalen Schule absolviert haben. Dieser Indikator wird vom Bundesamt für Statistik erhoben. Dank der Einführung des einheitlichen Identifikators in den Personenregistern von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der Modernisierung der Bildungsstatistiken konnten die Quoten auf der Grundlage von Einzeldaten erstmals 2017 zuverlässig und detailliert berechnet werden. Die Veränderung gegenüber dem Budgetwert ergibt sich hauptsächlich aus der Neuberechnung.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2.1h Angesichts knapper werdender Kapazitäten auf der Sekundarstufe II zusätzliche Mittel für Betrieb, Infrastruktur und Personal bereitstellen

Die Umsetzung der Schulraumstrategie für die Sekundarstufe II verläuft planmässig. Der Regierungsrat hat die Regionalstrategie Winterthur beschlossen. Der Kantonsrat hat die Errichtung einer Kantonsschule in Wädenswil beschlossen und der Regierungsrat hat den Stellenplan dazu genehmigt. Die Kantonsschule Uetikon am See hat den Unterricht im Provisorium aufgenommen.

Abchluss 2019 2019

RRZ 2.2e Die hohe Qualität der gymnasialen Bildung erhalten und den allgemeinen Universitätszugang mittels gymnasialer Maturität sichern

Die Gymnasien setzen das Rahmenkonzept zum Gemeinsamen Prüfen um. Die Fachschaften haben sich im Umsetzungsprozess auf Grundsätze geeinigt und einen gemeinsamen Weg zur gleichwertigen Maturitätsprüfung auf hohem Anspruchsniveau gefunden. Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt prüfte die schulspezifischen Konzepte und erstattete dem Bildungsrat Bericht. Zudem beschloss der Bildungsrat das Rahmenkonzept zur Sicherung des Erwerbs der basalen fachlichen Kompetenzen für allgemeine Studierfähigkeit.

Abgeschlossen 2019

RRZ 8.1d Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern

Der Bildungsrat hat den Zwischenbericht zur Umsetzung von NaTech zur Kenntnis genommen. Die Schulen sind in der Umsetzung der Massnahmen auf Kurs.

Abgeschlossen 2019

Im Rahmen des Projekts «Gymnasium 2022» sind die Vorarbeiten für die Einführung des neuen Faches Informatik im Unter- und Obergymnasium in Arbeit. Im Rahmen der weiteren Arbeiten werden die MINT-Fächer in den Stundentafeln gestärkt sowie die Lehrpläne an den Lehrplan 21 angepasst werden. Die schulischen Konzepte zur Stärkung der Studien- und Berufswahl der kantonalen Mittelschulen werden seit Sommer des Berichtsjahres umgesetzt. Ebenfalls geklärt wurde, welche Leistungen in der Berufsbildung angerechnet werden, wenn Jugendliche die Mittelschule vor dem Abschluss verlassen.

BI 2.3a Die Schulraumstrategie weiterführen und umsetzen

Vgl. RRZ 2.1h

Planmässig 2019

BI 8.1f Die Fachmaturitäten und die Handelsmittelschule neben der dualen Berufsbildung und den Gymnasien profilieren

Die ersten Abgängerinnen und Abgänger haben erfolgreich die Fachmittelschul-Passerelle abgeschlossen. Der Monitoringbericht zu Fachmittelschulen, Handelsmittelschulen und Informatikmittelschulen ist in Ausarbeit. Das Anerkennungsverfahren Berufsmaturität an Handelsmittelschule und Informatikmittelschule läuft.

Abgeschlossen 2019

BI 8.1g Lehrermangel entgegenwirken, insbesondere auf der Kindergarten- und der Sekundarstufe II (Gymnasien)

Siehe Leistungsgruppe Nr. 7000, Bildungsverwaltung, BI 8.1b

Planmässig 2019

7301 2a Stärkung der Zürcher Matura durch qualitätsfördernde Massnahmen zur Sicherung des prüfungsfreien Hochschulzugangs

Vgl. RRZ 2.2e

Abgeschlossen 2019

7301 2b Inhaltliche und strukturelle Massnahmen zur Stärkung von Naturwissenschaft und Technik an Gymnasien

Vgl. RRZ 8.1d

Abgeschlossen 2019

7301 2c Verbesserung der Berufs- und Studienwahlberatung an Gymnasien

Die kantonalen Mittelschulen haben ihre Schulkonzepte zur Stärkung der Studien- und Berufswahl fertiggestellt. Die Konzepte werden seit dem Sommer des Berichtsjahres umgesetzt.

Abgeschlossen 2019

7301 2d Zusätzliche Mittel für Betrieb und Infrastruktur bereitgestellt, um Schülerwachstum zu bewältigen

Vgl. RRZ 2.1h und RRZ 2.3a

Planmässig 2019

7301 2e Governance an Kantonsschulen etabliert

Im Berichtsjahr wurden neue Richtlinien zur Gewährung von Zusatzleistungen und Entlastungen von Schulleitungen erlassen. Das Projekt Governance wurde gestartet. Dieses hat die Klärung und Aktualisierung der Rollen der verschiedenen Beteiligten bezogen auf die Steuerung, Führung und Kontrolle der Schulen der Sekundarstufe II zum Ziel. Bis Ende der Legislatur wird mit dem Schulfeld der Dialog geführt, um die Problemfelder abzustecken, die Bedürfnisse zu eruieren und nach möglichen Lösungen zu suchen.

Planmässig 2019

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1864.2	1908.7	1872.0	-36.7	-1.9

Bemerkungen R18 zu B18

Allg. Der Beschäftigungsumfang umfasst sowohl die Verwaltungsstellen an den Schulen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von den Schülerzahlen, vom Lektionenfaktor und von Projekten ab. Der Beschäftigungsumfang fällt tiefer aus als geplant, da durch Optimierung von Anzahl Klassen und Klassengrössen der Beschäftigungsumfang unterproportional gewachsen ist.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	105.0	105.5	122.3	16.8	15.9
Aufwand	-458.5	-467.8	-462.6	5.2	1.1
- Personalaufwand	-313.2	-323.9	-315.9	8.0	2.5
- Hauswirtschaftskurse	-7.2	-7.1	-7.0	0.1	1.5
- Kreditübertragungen					
Saldo	-353.6	-362.3	-340.2	22.1	6.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.9	-4.1	-3.0	1.2	28.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.9	-4.1	-3.0	1.2	28.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
22.1		Abweichungen total R18 zu B18
12.0	A1	- Einmalig höherer Ausweis der Beiträge der Gemeinden ans Untergymnasium aufgrund einer Umstellung auf einen periodengerechten, leistungsbezogenen Ausweis dieser Beiträge
8.0	A1	- Tieferer Personalaufwand, insbesondere aufgrund tieferen Beschäftigungsumfangs (siehe Bemerkung zum Personal)
1.3	A1	- Minderausgaben für Bauinfrastrukturkosten
0.8		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-4.1	-3.0	1.2	
- Investitionen		1.1		- Minderausgaben wegen Verzögerungen und tieferer Kosten für Einrichtungen
- Übrige	-4.1	-4.1	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
6988556	0	0	6988556	0

7306 Berufsbildung

Im Berichtsjahr genehmigte das Mittelschul- und Berufsbildungsamt erneut rund 12100 Lehrverträge – davon knapp 1200 für die zweijährige berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest (EBA). Insgesamt wurden 1,8% mehr Lehrverträge genehmigt als im Vorjahr. Nicht verändert hat sich zum dritten Mal in Folge die Anzahl der Lehrverträge für die zweijährige Grundbildung. Mehr als 90% der Lernenden bestanden das abschliessende Qualifikationsverfahren (Lehrabschlussprüfung). Die Anzahl der Lernenden in den Berufsvorbereitungsjahren nahm erneut leicht ab. Die 2016 verschärften Zulassungsvoraussetzungen werden von den zehn Berufswahlschulen inzwischen vollumfänglich umgesetzt.

Unter Leitung des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes startete das Projekt «Kompetenzzentren» im September mit einer Kick-off-Veranstaltung, an der in Form einer Diskussionsgrundlage eine Neuordnung der Berufszuteilung an die verschiedenen Berufsfachschulen vorgestellt wurde. Im Anschluss wurden Gespräche mit den verschiedenen Schulen geführt und deren Rückmeldungen dazu abgeholt. Im Folgejahr ist geplant, die Diskussionsgrundlage zu einem Lösungsvorschlag weiterzuentwickeln und diesen in eine Vernehmlassung zu geben.

Aufgaben

- A1 Schulische Bildung im Vollzug des eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes an staatlichen und nichtstaatlichen Berufsfachschulen und Lehrwerkstätten: Berufliche Grundbildung mit Attest; berufliche Grundbildung mit Fähigkeitszeugnis; berufliche Grundbildung mit Berufsmaturität; Stützkurse, Freikurse
- A2 Organisation und Durchführung der berufsorientierten Weiterbildung und allgemeinen Weiterbildung in Form von Kursen und Lehrgängen. Organisation und Durchführung von Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen, höhere Fachprüfungen und von Bildungsgängen an höheren Fachschulen
- A3 Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung
- A4 Festsetzung und Ausrichtung von Beiträgen an Berufsbildungsleistungen bei kommunalen und privaten Trägerschaften (z.B. Brückenangebote, kaufmännische Berufsfachschulen mit privater Trägerschaft, höhere Berufsbildung)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Lernende in beitragsberechtigten Berufsvorbereitungsjahren	A1	1961	2090	1889	-201	-9.6
L2	Lernende in der Grundbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Schulen	A1	42555	42770	42779	9	0.0
L3	Lernende in der Grundbildung Fachmann / Fachfrau Gesundheit (EFZ) (Teil von L2)	A1	2105	2330	2255	-75	-3.2
L4	Lernende in der Grundbildung Assistent/in Gesundheit und Soziales (Attestausbildung) (Teil von L2)	A1	312	310	337	27	8.7
L5	Lernende in der Grundbildung Lernende in Handels- und Informatikmittelschulen (Teil von L2)	A1	640	670	655	-15	-2.2
L6	Berufsmaturanden an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsfachschulen	A1	5990	6050	6090	40	0.7
L7	Durchgeführte Abschlüsse im Qualifikationsverfahren	A3	15330	16050	15412	-638	-4.0
L8	Diplomprüfungen Berufsmaturität	A3	2351	2350	2331	-19	-0.8
L9	Berufe an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsschulen	A2	192	192	189	-3	-1.6
L10	Studierende/Teilnehmende in der Höheren Berufsbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Bildungsinstitutionen	A2	12884	10150	7876	-2274	-22.4
L11	Studierende/Teilnehmende Höhere Fachschulen alle Bereiche (Teil von L10)	A2	7231	7380	7876	496	6.7
L12	Studierende/Teilnehmende Höhere Fachschulen im Gesundheitsbereich (Teil von L11)	A2	1870	1830	2034	204	11.1
L13	Studierende/Teilnehmende in Vorbereitungskursen auf Höhere Fachprüfungen (Teil von L10)	A2	944	500	0	-500	-100.0
L14	Studierende/Teilnehmende in Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen (Teil von L10)	A2	4709	2270	0	-2270	-100.0
B1	Nettoaufwand (Saldo) pro Lernende/n in der schulischen Grundbildung, in Fr.	A1	8561	8960	8052	-908	-10.1
B2	Lektionenpauschale berechnet aus Lohnaufwand Lehrpersonen für Grundbildung in den Bereichen gewerblich-industrielle, kaufmännische und gesundheitliche Berufsfachschulen, in Fr.	A1	186	187	184	-3	-1.6

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
B3 Aufwand Qualifikationsverfahren pro Kandidierende/n Schlussprüfung, in Fr.	A3	1557	1580	1609	29	1.8
B4 Nettoaufwand (Saldo) Kanton für Weiterbildung, in Mio. Franken	A2	85	88	79	-9	-10.2
W1 Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsbildung (ohne Berufsmaturität), in %	A1	53.5	52	53.3	1.3	
W2 Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsmaturität, in %	A1	15.8	15.6	16.1	0.5	
W3 Total der gesamten Abschlussquote (inkl. Allgemeinbildung), in %	A1	90.8	87	91.2	4.2	

Bemerkungen

- L1 Angebote von Integrationsvorlehren führen zu einer Entlastung, da deutlich weniger Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene ein Berufsvorbereitungsjahr besuchen. Die Massnahmen aufgrund der Leistungsüberprüfung 2016 (Lü16) und die entspannte Lehrstellensituation führen zu einer zusätzlichen Abnahme.
- L7 Die 15 412 Abschlussprüfungen umfassen 12 683 von Lernenden im Kanton Zürich, 2673 von Lernenden mit Lehrort in einem anderen Kanton und 56 abgeschlossene Validierungsverfahren von Kandidatinnen und Kandidaten ohne Wohnsitz im Kanton Zürich.
- L10, L11, L12, L13, L14 Diese Indikatoren zeigen den Umfang der durch den Kanton finanzierten Teilnehmenden an den vom Bund anerkannten Bildungsgängen der Höheren Berufsbildung. Der Indikator Studierende/Teilnehmende in der Höheren Berufsbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsschulen (L10) stellt die Summe der Indikatoren Studierende in Höheren Fachschulen (L11) und Teilnehmende in Vorbereitungskursen auf eidgenössische Prüfungen (L13/L14) dar. Das Wachstum der Anzahl Studierenden in den Höheren Fachschulen (L11) liegt über den Erwartungen. Dagegen werden die Teilnehmenden auf Vorbereitungskurse (L13/L14) aufgrund der Ablösung der Finanzierung der Vorbereitungskurse durch den Bund nicht mehr im Geschäftsbericht ausgewiesen. Dies führt in der Summe dazu, dass die Anzahl der Studierenden in der Höheren Berufsbildung (L10) deutlich tiefer ausfällt.
- B1 Aufgrund von Einmal- und Sondereffekten wird der Nettoaufwand pro Lernende/n einmalig tiefer ausgewiesen (siehe Abweichungsbegründung Finanzierung).
- B2 Tiefer ausfallende Personalkosten, insbesondere tiefere Sozialleistungen führen zu einer Reduktion der Lektionenpauschale.
- B4 Der Indikator zeigt den Nettoaufwand für die Weiterbildung und setzt die KEF-Erklärung Nr. 29/2016 um. Der Aufwand von 78.7 Mio. Franken setzt sich zusammen aus 64.9 Mio. Franken für Angebote der Höheren Berufsbildung und 13.8 Mio. Franken für Angebote der berufsorientierten und allgemeinen Weiterbildung. Die Kosten fielen insbesondere aufgrund des Rückgangs der Anzahl Teilnehmenden bei der kantonalen Berufsschule für Weiterbildung Zürich (EB) und der Subjektfinanzierung der Vorbereitungskurse auf eidgenössische Prüfungen durch den Bund tiefer aus als geplant (siehe auch die Bemerkung zum Personal sowie die Abweichungsbegründung Finanzierung).
- W1, W2, W3 Die Abschlussquote der Sekundarstufe II misst den Anteil Jugendlicher, die nach dem Ende der obligatorischen Schule bis zum 25. Altersjahr eine Erstausbildung auf der Sekundarstufe II in der Schweiz absolviert haben. Diese Indikatoren werden vom Bundesamt für Statistik erhoben. Dank der Einführung des einheitlichen Identifikators in den Personenregister von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der Modernisierung der Bildungsstatistiken konnten die Quoten auf der Basis von Einzeldaten erstmals 2017 zuverlässig und detailliert berechnet werden. Die Veränderung gegenüber dem Budgetwert ergibt sich hauptsächlich aus der Neuberechnung.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2.1h Angesichts knapper werdender Kapazitäten auf der Sekundarstufe II zusätzliche Mittel für Betrieb, Infrastruktur und Personal bereitstellen

Die Umsetzung der Schulraumstrategie für die Sekundarstufe II verläuft planmässig: der Regierungsrat hat die Regionalstrategie Winterthur beschlossen. Damit kann die Planung für einen Neubau an der Tösstalstrasse weitergeführt werden. In der Berufsbildungsmeile hat die Berufsschule Mode und Gestaltung ihren renovierten Standort an der Ackerstrasse 30 bezogen. Für den neuen Standort der Abteilung Planung und Rohbau der Baugewerblichen Berufsschule Zürich wurde ein Wettbewerb durchgeführt und ein Siegerprojekt erkoren.

RRZ 5.1f Leistungsschwächere und sozial benachteiligte Jugendliche bei ihrem Berufseinstieg und während der beruflichen Grundbildung unterstützen

Das ämterübergreifende Projekt «Optimierung Übergang 1» startete im Juni des Berichtsjahres. In der Zwischenzeit wurden drei prioritäre Projekte festgelegt: Optimierung letzte Etappe Volksschule, Unterstützung von Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf und Überarbeitung Rahmenkonzept Berufsberatung – Volksschule. Die drei Projekte schliessen die noch offenen Lücken bei der Unterstützung von leistungsschwächeren Jugendlichen am Übergang 1.

RRZ 8.1d Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern

Der Bildungsrat hat den Zwischenbericht zur Umsetzung von NaTech zur Kenntnis genommen. Die Schulen sind in der Umsetzung der Massnahmen auf Kurs. Im Rahmen des Projekts «Gymnasium 2022» sind die Vorarbeiten für die Einführung des neuen Faches Informatik um Unter- und Obergymnasium in Arbeit. Im Rahmen der weiteren Arbeiten werden die MINT-Fächer in den Stundentafeln gestärkt sowie die Lehrpläne an den Lehrplan 21 angepasst. Die schulischen Konzepte zur Stärkung der Studien- und Berufswahl der kantonalen Mittelschulen werden seit Sommer des Berichtsjahres umgesetzt. Ebenfalls geklärt wurde, welche Leistungen in der Berufsbildung angerechnet werden, wenn Jugendliche die Mittelschule vor dem Abschluss verlassen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 8.1e Mit Blick auf eine starke Berufsbildung die Attraktivität der Berufsmaturität steigern und die Talentförderung weiter etablieren

Die Eintritte in die Berufsmaturität (BM) nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 3,5% zu. Die Zunahme beschränkte sich allerdings auf die Berufsmaturität nach der beruflichen Grundbildung (BM 2). Die berufliche Mobilität während der Lehre konnte weiter ausgebaut werden: Weitere Berufe und Lehrbetriebe nutzen diese Angebote. Zusätzlich konnte die Zusammenarbeit mit den umliegenden Kantonen etabliert werden.

Abgeschlossen 2019

BI 8.1c Die Fachmaturitäten und die Handelsmittelschule neben der dualen Berufsbildung und den Gymnasien profilieren

Die ersten Abgängerinnen und Abgänger haben erfolgreich die Fachmittelschul-Passerelle abgeschlossen. Der Monitoringbericht zu Fachmittelschulen, Handelsmittelschulen und Informatikmittelschulen ist in Arbeit. Das Anerkennungsverfahren Berufsmaturität an Handelsmittelschule und Informatikmittelschule läuft.

Abgeschlossen 2019

BI 8.1d Bildungsleistungen validieren und anerkennen, die informell oder im Ausland erworben wurden

Die Anrechnungstabellen, die der Beurteilung von formell und informell erworbenen Bildungsleistungen dienen, wurden für weitere Berufe erarbeitet und von deren Organisationen der Arbeitswelt validiert. Die Fachstelle «Berufsabschluss für Erwachsene» nahm im Januar des Berichtsjahres den Betrieb auf und bietet professionelle Beratung und Unterstützung an.

Abgeschlossen 2019

BI 8.1e Die Weiterbildung und die Nachholbildung unterstützen und stärken

Die Umsetzung des Weiterbildungsgesetzes (WeBiG) erfolgt durch die neu gebildete Koordinationsstelle Grundkompetenzen, die das Ziel hat, im Kanton Zürich ein bedarfsgerechtes Angebot an Weiterbildung im Bereich der Grundkompetenzen zu entwickeln und sicherzustellen. Im Projekt Nach- und Höherqualifizierung wurde die Ist-Analyse der Angebote der Nachholbildung fertiggestellt. Daraus abgeleitet wurden die Grundlagen für die zukünftige Finanzierung dieser Angebote. Die Dokumente und das Vorgehen wurden mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit und dem Sozialamt diskutiert.

Planmässig 2019

7306 2b Ausbildungsmöglichkeiten und Fördermassnahmen für schulisch schwächere Jugendliche verbessert

Neben den Massnahmen, die sich auf das Rahmenkonzept der Bildungsdirektion «Beratung–Förderung–Begleitung für Berufsfach- und Berufsmaturitätsschulen im Kanton Zürich» stützen, wurden in Zusammenarbeit mit der Invalidenversicherung im Rahmen von Pilotversuchen weitere Massnahmen geprüft. Die Evaluation der Schulkonzepte wurde auf 2019 verschoben, da der Zeitraum seit Einführung des Konzepts zu kurz war, um aussagekräftige Folgerungen ableiten zu können.

Planmässig 2019

7306 2d Talentförderung in der beruflichen Grundbildung verstärkt (z.B. Fremdsprache, bilingualer Unterricht, Berufsmeisterschaften)

Die Förderung der Sprachkompetenz (Deutsch und Fremdsprachen) bleibt weiterhin ein wichtiges Thema in der Berufsbildung. Der bilinguale Unterricht wurde auf dem bestehenden hohen Niveau fortgesetzt, zusätzliche Massnahmen erfolgten aufgrund der diversen Mobilitätsprojekte. Berufsmeisterschaften wurden weiterhin von den Organisationen der Arbeitswelt organisiert und durchgeführt.

Abgeschlossen 2019

7306 2e Governance an staatlichen Berufsfachschulen etabliert

Das Projekt Governance wurde gestartet. Dieses hat die Klärung und Aktualisierung der Rollen der verschiedenen Beteiligten bezogen auf die Steuerung, Führung und Kontrolle der Schulen der Sekundarstufe II zum Ziel. Bis Ende der Legislatur wird mit dem Schulfeld der Dialog geführt, um die Problemfelder abzustecken, die Bedürfnisse zu eruieren und nach möglichen Lösungen zu suchen.

Planmässig 2019

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1535.7	1566.6	1519.9	-46.7	-3.0

Bemerkungen R18 zu B18

Allg. Der Beschäftigungsumfang umfasst sowohl die Verwaltungsstellen an den Schulen als auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von der Anzahl Klassen ab. Der Beschäftigungsumfang fällt tiefer aus als geplant trotz leicht steigender Lernendenzahlen. Durch Optimierung von Klassenanzahl und Klassengrössen ist ein Rückgang des Beschäftigungsumfangs trotz leicht steigender Lernendenzahlen in der Grundbildung zu beobachten. Im Bereich der Weiterbildung wirkt sich insbesondere der Rückgang der Anzahl Teilnehmenden bei der kantonalen Berufsschule für Weiterbildung Zürich (EB) auf den Beschäftigungsumfang aus.

Finanzierung

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	257.7	245.2	257.1	11.9	4.8
Aufwand	-616.5	-622.4	-596.2	26.1	4.2
- Eigene Beiträge	-186.7	-207.6	-189.6	18.0	8.7
- Kreditübertragungen					
Saldo	-358.8	-377.1	-339.2	38.0	10.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	0.1		0.1	0.1	0.0
Ausgaben	-5.3	-13.8	-7.4	6.4	46.1
- Kreditübertragungen		-1.9		1.9	100.0
Saldo	-5.2	-13.8	-7.4	6.4	46.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
38.0		Abweichungen total R18 zu B18
15.6	A1, A2, A3	- Die Pauschalbeiträge des Bundes an die Kantone fielen deutlich höher aus als geplant. Der Grund dafür sind deutlich tiefer als geplante Kosten für die im Berichtsjahr eingeführte Subjektfinanzierung der Vorbereitungskurse auf eidgenössische Prüfungen durch den Bund. Diese Kosten für die Vorbereitungskurse werden jeweils den Pauschalbeiträgen an die Kantone in Abzug gebracht.
10.0	A1, A2	- Tieferer Personalaufwand an den Berufsfachschulen (siehe Bemerkung zum Personal)
9.8	A2	- Tieferer Beiträge an die Höhere Berufsbildung (davon 6.2 Mio. Franken einmalig)
5.2	A2	- Einmalige Rückzahlung von Staatsbeiträgen im Bereich der allgemeinen Weiterbildung
1.0	A3	- Minderaufwand im Qualifikationsverfahren
0.9	A1	- Minderaufwand Ver- und Entsorgung
-5.1	A1, A2	- Mehraufwand für Bauinfrastrukturkosten (Restwertabschreibungen)
0.6		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-13.8	-7.4	6.4	
- Investitionen		6.4		- Minderausgaben insbesondere wegen tieferer Kosten und Verzögerungen bei Investitionen für den Staatsbeitrag zur Sanierung und Instandsetzung KV Zürich, für Informatikprojekte und die Ausstattung an der Berufsfachschule Uster sowie pädagogische Netzwerke an der Technischen Berufsschule Zürich
- Übrige	-13.8	-13.8	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
1 000 000	0	0	1 000 000	0

7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)

Das Projekt «Stärkung der Führung der UZH» wurde mit der Zustimmung des Universitätsrates zum Modell für eine neue Struktur der Universitätsleitung abgeschlossen. Die Umsetzung erfolgt gestaffelt bis Mitte 2020. Das neue Leitungsmodell stärkt die Fakultäten, in dem sie enger in die Universitätsleitung eingebunden werden. Die Prorektorate werden im Gegenzug künftig auf Querschnittsbereiche ausgerichtet. Die Universitätsleitung umfasst in der neuen Struktur sieben Mitglieder: eine Rektorin / einen Rektor, drei Prorektorinnen oder Prorektoren, eine Direktorin / einen Direktor Universitäre Medizin sowie je eine Direktorin / einen Direktor Finanzen und Personal bzw. Immobilien und Betrieb.

Die formelle Umsetzung des neuen Immobilienwesens (Delegationsmodell) wird ab 2019 erfolgen. Zentral ist die Immobilienverordnung der Universität Zürich, welche die Zuständig-

keiten von Kanton und UZH im Immobilienwesen regelt. In organisatorischer Hinsicht wurde die Implementierung der per 1. Januar neu geschaffenen Direktion Immobilien und Betrieb in die Gesamtorganisation der UZH abgeschlossen.

Die Universitätsleitung setzt sich für die die Amtsdauer 2018–2022 wie folgt zusammen: Prof. Michael O. Hengartner (Rektor), Prof. Christian Schwarzenegger (Prorektor Wissenschaft und Professuren), Prof. Gabriele Siegert (Prorektorin Lehre und Studium sowie Vizerektorin), Prof. Michael Schaeppman (Prorektor Forschung) und Prof. Beatrice Beck Schimmer (Direktorin Universitäre Medizin). Die Universitätsleitung wird komplettiert durch die Verwaltungsdirektoren Stephan Schnyder (Direktor Finanzen und Personal) und François Chapuis (Direktor Immobilien und Betrieb).

Aufgaben

- A1 Die Universität Zürich (UZH) vermittelt wissenschaftsbasierte Lehre auf den Gebieten der Theologie und Religionswissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Veterinärmedizin, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften auf hohem Qualitätsniveau und fördert die nationale und internationale Zusammenarbeit.
- A2 Die UZH leistet wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, und weitere Leistungen in den oben genannten Fachgebieten unter Einbezug nationaler und internationaler Kooperationen.
- A3 Die UZH fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L4 Studierende gesamt (L5-L8)		25672	26250	25827	-423	-1.6
L5 Studierende in Bachelorstudiengängen		13566	13850	13719	-131	-0.9
L6 Studierende in Masterstudiengängen		6204	6100	6270	170	2.8
L7 Studierende Lehramt		578	650	545	-105	-16.2
L8 Studierende im Doktoratsstudium		5324	5650	5293	-357	-6.3
L3 Habilitationen		85	100	102	2	2.0
B1 Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.		23273	22500	23579	1079	4.8
B2 Anteil Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der Universität, in %		43.3	43.5	42.9	-0.6	
B3 Anteil Administrationskosten an den Betriebskosten der Universität, in %		11.6	10.6	11.2	0.6	
W4 Anzahl Abschlüsse gesamt (W5-W10)		5417	5500	5352	-148	-2.7
W5 Bachelorabschlüsse		2414	2500	2333	-167	-6.7
W6 Masterabschlüsse		1998	2100	2017	-83	-4.0
W7 Abschlüsse Lehramt		300	200	250	50	25.0
W10 verliehene Doktorate			700	752	52	7.4
W3 Beschäftigung im ersten Jahr nach Abschluss, in %		95.4	96	96.0	0.0	

Bemerkungen

- L4 Die Zahl der Studierenden lag insgesamt etwas unter dem budgetierten Wert, übertraf aber leicht den Vorjahreswert. Die von der Universität budgetierten Studierendenzahlen orientieren sich an der zum betreffenden Planungszeitpunkt verfügbaren Prognosen des Bundesamtes für Statistik.
- B1 Infolge des Nachtragskredits im Umfang von 15 Mio. Franken für die Abgeltung der Universität an das Universitätsspital Zürich steigt der Kostenbeitrag pro Studierende/n.
- B2 Der Kostenanteil der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der Universität lag unter Budget und Vorjahr, da seitens der Universität mehr Drittmittel eingeworben werden konnten.
- W4 Die Anzahl der Abschlüsse entwickelte sich analog zu den Studierendenzahlen insgesamt etwas unter der Prognose.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2.2a Die Nachwuchsförderung weiterentwickeln (Graduiertenprogramme und Doktoratsstufe)

Die Universität Zürich konnte im Berichtsjahr 9 von 39 neuen Förderungsprofessuren des Schweizerischen Nationalfonds für sich gewinnen. Zusätzlich erhielten drei junge Forschende ERC Starting Grants im Gesamtumfang von rund 4 Mio. Euro.

Über den universitätsinternen kompetitiven Forschungskredit erhielten 67 Doktorierende und 52 Postdoktorierende einen Forschungsgrant.

Im Rahmen der von swissuniversities ausgeschrieben Mittel für Doktoratsprogramme wurden an der UZH zahlreiche inter- und intrauniversitäre Doktoratsprogramme bzw. Kooperationen gefördert. Diese werden vom Graduate Campus der Universität Zürich begleitet.

Abschluss 2019 2019

RRZ 2.2b Die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) im Verbund der zuständigen Direktionen und weiteren Beteiligten stärken

Die Direktorin Universitäre Medizin hat ihr Amt im Berichtsjahr angetreten. Gemeinsam mit dem Dekan und dem stellvertretenden Dekan der Medizinischen Fakultät bildet sie das Direktorium Universitäre Medizin. Sie hat den Vorsitz im Direktorium und vertritt die UMZH gegen aussen. Im November fand die erste konstituierende Sitzung des Koordinationsgremiums mit Vertretungen aller UMZH-Institutionen statt. Das Organisationsreglement der Medizinischen Fakultät wurde überarbeitet. Es regelt gemäss der geänderten Verordnung über die Forschung und Lehre der Universität im Gesundheitsbereich die Organisation des Direktoriums Universitäre Medizin.

Abschluss 2019 2019

RRZ 2.2c Zusätzliche Studienplätze in der Medizin schaffen

Seit dem Herbstsemester 2017 stehen jährlich 372 Ausbildungsplätze im Bachelorstudium Humanmedizin einschliesslich Chiropraktik zur Verfügung, 72 mehr als davor. Ab dem Herbstsemester 2020 werden daraus die ersten Übertritte ins Masterstudium an die Universitäten Luzern und St. Gallen und der Università della Svizzera italiana im Rahmen des Bildungsnetzwerks Humanmedizin erfolgen.

Abschluss 2019 2019

RRZ 2.2d In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren

Die Universität Zürich hat auf den 1. Januar des Berichtsjahres eine neue Direktion Immobilien und Betrieb eingerichtet, deren Leitung Ende des Berichtsjahres vom interimistischen Leiter zum ordentlich gewählten Direktor übergang. Der Regierungsrat hat die Immobilienverordnung der Universität Zürich dem Kantonsrat zur Genehmigung überwiesen.

Im November wurde das Siegerprojekt für das neu zu erbauende Lehr- und Lernzentrum «Forum UZH» auf dem Wasserwies-Areal gekürt (vgl. LG 7050).

Abschluss 2019 2019

RRZ 8.2d Innovative Lösungen für neue Formen des Wissens- und Technologietransfers im Rahmen von Graduiertenprogrammen, Spin-offs und assoziierten Instituten entwickeln

Die Universität Zürich betreute im Berichtsjahr über 300 aktive Lizenzen und ein Portfolio von über 370 Patentfamilien und war Ende des Berichtsjahres an 33 Spin-off-Unternehmen beteiligt.

Die Innovationsaktivitäten werden seit dem Berichtsjahr durch den UZH Innovation Hub gefördert. Dazu gehört zum Beispiel das einmal jährlich stattfindende einwöchige UZH Innovators Camp und die UZH Entrepreneurship-Fellowships zur Unterstützung junger Forschender bei der Anwendungsweiterentwicklung ihrer an der UZH erarbeiteten Erfindungen und der Gründung von Spin-offs.

Abschluss 2019 2019

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag		0.0		0.0	0.0
Aufwand	-601.7	-611.4	-609.0	2.5	0.4
- Kostenbeitrag an Universität	-597.5	-590.6	-609.0	-18.3	-3.1
- Kreditübertragungen					
- Nachtragskredit		-15.0		15.0	100.0
Saldo	-601.7	-611.4	-609.0	2.5	0.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo		0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.5		Abweichungen total R18 zu B18
5.8		- Geringerer Aufwand für Dienstleistungen Dritter
-3.3		- Höherer Beitrag an Universität für Teuerungsausgleich gemäss RRB Nr. 1008/2017 (B18 einschliesslich Nachtragskredit von 15 Mio. Franken für Abgeltung der Universität an das Universitätsspital Zürich gemäss KRB [Vorlage 5451]: 605.6 Mio. Franken)
0.0		- Übrige Abweichungen

7402 Sonstige universitäre Leistungen

Aufgaben

- A1 Finanzierung der Ausbildung im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung
A2 Vertraglich festgesetzte jährliche Kostenbeiträge des Kantons an die Zentralbibliothek (ZB) und das Sozialarchiv. Das Globalbudget der Zentralbibliothek ist in der Leistungsgruppe 9690 abgebildet.
A3 Kantonsanteil an die Investitionsfinanzierung der Zentralbibliothek

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1 Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten mit IUV-Beitrag Kanton Zürich		2247	2170	2375	205	9.4
L2 Ausleihen an der Zentralbibliothek		927812	985000	917244	-67756	-6.9
B1 Interkantonaler Beitrag des Kantons Zürich pro Studierende/n über Finanzierung IUV		12466	10292	12548	2256	21.9
B2 Ausleihen an der ZB pro Vollzeitstelle		5192	5500	5287	-213	-3.9
W2 ZB-Webseitenzugriffe		1255537	1500000	1289032	-210968	-14.1

Bemerkungen

- L1, B1 Mehr Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten und höherer durchschnittlicher IUV-Beitrag pro Studierende/n als in der Prognose und im Vorjahr
L2 Rückgang bedingt durch zunehmende Nutzung elektronischer Medien anstelle physischer Ausleihen
B2 Anstieg gegenüber Vorjahr tiefer als budgetiert aufgrund Nutzungszunahme von elektronischen Medien anstelle physischer Ausleihen
W2 Anstieg gegenüber Vorjahr tiefer als budgetiert

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	148.7	150.2	152.5	2.2	1.5
Aufwand	-188.4	-205.1	-215.0	-9.9	-4.8
- Eigene Beiträge an Kantone (IUV)	-28.0	-22.3	-29.8	-7.5	-33.4
- Kostenbeiträge an Universitätsbibliotheken	-29.7	-29.9	-29.9	-0.1	-0.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	-39.7	-54.9	-62.6	-7.6	-13.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-2.3	-1.4	-0.9	0.4	32.5
- Kreditübertragungen					
Saldo	-2.3	-1.4	-0.9	0.4	32.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-7.6		Abweichungen total R18 zu B18
-0.1	A2	- Höherer Beitrag an die Zentralbibliothek für Teuerungsausgleich gemäss RRB Nr. 1008/2017
-7.5	A1	- Höhere IUV-Beiträge für mehr Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-1.4	-0.9	0.4	
- Die Beiträge für bauliche Investitionen der Zentralbibliothek (Investitionsbeiträge) erfolgen im Verhältnis 80% Kanton zu 20% Stadt. Die gesamte Finanzierung durch Kanton und Stadt ist in der Leistungsgruppe 9690, Zentralbibliothek, aufgeführt.	-1.4	-0.9	0.5	- Tiefere Ausgaben infolge zeitlicher Verschiebung eines Projekts
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)

Der Fachhochschulrat ernannte Claire Schnyder als Verwaltungsdirektorin der ZHdK und Dr. Peter Daniel als Verwaltungsdirektor der PHZH und verlieh auf Antrag der Hochschulleitungen zahlreichen Dozierenden den Professorinnen- bzw. Professorentitel ZFH. Ferner bewilligte er eine gemeinsame Assistenzprofessur der ZHAW mit der Universität Zürich für Pflegewissenschaften.

Im Berichtsjahr legte der Fachhochschulrat einen Schwerpunkt auf das Thema «Rankings» und befasste sich mit «Messungen von Leistungen» / «Benchmarking an Hochschulen».

Er stimmte der separaten Akkreditierung der ZHAW, ZHdK und PHZH nach dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) zu und bejahte grundsätzlich die Aufhebung des Rahmenkonstrukts ZFH, das im Gegensatz zu den

drei staatlichen Hochschulen über keine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt. Am gemeinsamen Strategieorgan, dem Fachhochschulrat, wird festgehalten.

Weiter befasste er sich mit Änderungen und Neuerlassen von Studien- und Prüfungsordnungen einzelner Hochschulen und genehmigte Weiterbildungs-Masterstudiengänge (Master of Advanced Studies).

Die Rektorenkonferenz der Zürcher Fachhochschule beschäftigte sich – wie gemäss Fachhochschulgesetz (FaHG) vorgesehen – mit der Koordination hochschulübergreifender Angelegenheiten (z. B. Institutionelle Akkreditierung, Deckungsbeiträge und administrativer Overhead in den Leistungsbereichen «Weiterbildung» und «Dienstleistungen» an den Fachhochschulen).

Aufgaben

- A1 Die Hochschulen der Zürcher Fachhochschule (ZFH) - bestehend aus den drei staatlichen Hochschulen Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK), Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) und der nicht über öffentliche Mittel mitfinanzierten privaten Hochschule für Wirtschaft Zürich (HWZ) - bereiten durch eine praxisorientierte Lehre auf berufliche Tätigkeiten vor, welche die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden und, je nach Fachbereich, gestalterische und künstlerische Fähigkeiten erfordern.
- A2 Die Hochschulen der ZFH betreiben anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und sichern damit die Verbindung zur Wissenschaft und Praxis. Im Weiteren engagieren sie sich in der Weiterbildung und bieten gemäss gesetzlichem Leistungsauftrag auch Dienstleistungen an.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1 Studierende an den staatlichen und privaten Hochschulen ZFH gesamt		18239	18760	18833	73	0.4
L2 Studierende in Bachelorstudiengängen		15029	15405	15308	-97	-0.6
L3 Studierende in Masterstudiengängen		3210	3355	3525	170	5.1
B1 Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.		20782	20815	20159	-656	-3.2
B2 Anteil Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der staatlichen Hochschulen der ZFH, in %		48.6	49.4	47.6	-1.8	
B3 Anteil Administrationskosten an den Betriebskosten des FH-Bereichs der staatlichen Hochschulen, in %		10.2	10.2	10.4	0.2	
W1 FH-Diplomabschlüsse an den staatlichen und privaten Hochschulen ZFH gesamt		4701	4780	4600	-180	-3.8
W2 Abschlüsse auf Bachelorstufe		3760	3755	3619	-136	-3.6
W3 Abschlüsse auf Masterstufe		941	1025	981	-44	-4.3
W4 Projekte Forschung und Entwicklung		2193	2190	2352	162	7.4

Bemerkungen

- L1, L2, Die Studierendenzahl lag insgesamt über alle Hochschulen der ZFH leicht über Budget. Dies ergibt sich aus der Zunahme auf Masterstufe, während die Entwicklung auf Bachelorstufe leicht unter Budget verlief. Gegenüber dem Vorjahr war ein Wachstum von insgesamt 3.3% zu verzeichnen.
- B1 Der Kostenbeitrag pro Studierende/n war tiefer als budgetiert, da die Studierendenzahlen etwas über Budget und die Kostenbeiträge insgesamt unter Budget lagen. Der tiefere Wert als im Vorjahr ergibt sich aus dem Anstieg der Studierendenzahlen gegenüber dem Vorjahr (siehe L1).
- B2 Die Entwicklung des Finanzierungsanteils der Bildungsdirektion widerspiegelt die Entwicklung des Indikators B1 (vgl. oben).
- B3 Der Administrationskostenanteil bewegte sich im Rahmen Budget und Vorjahr.
- W2 Über alle Hochschulen ZFH insgesamt weniger Bachelordiplomabschlüsse als im Vorjahr und budgetiert. Abnahme v.a. bedingt durch tiefere Abschlusszahlen bei der privaten Hochschule für Wirtschaft Zürich und bei der ZHAW im Fachbereich Wirtschaft, Letzteres trotz Studierendenwachstum vor allem aufgrund Trend zum Teilzeitstudium (Verlagerung vom Vollzeit- zum Teilzeitstudium hat zeitliche Verschiebung der Abschlüsse zur Folge).

- W3 Entwicklung der Masterdiplomabschlüsse über gesamte ZFH insgesamt unter dem prognostizierten Zuwachs. Die deutlichsten Zunahmen gegenüber Vorjahr waren bei der ZHAW in den Fachbereichen Wirtschaft, Technik und IT sowie Gesundheit zu verzeichnen. Bei der ZHdK vorübergehend weniger Masterdiplomabschlüsse aufgrund Tendenz zu längerer Studiendauer (kostenneutral, Folge der Flexibilisierung der Studiengänge hinsichtlich zeitlicher Studiengestaltung). Dieser Effekt ist auch bei der ZHAW spürbar.
- W4 Die ZHAW und auch die ZHdK konnten im Bereich Forschung und anwendungsorientierte Entwicklung höhere Projektbeiträge für sich gewinnen als budgetiert. Das schlägt sich in der Finanzierung (höherer Volumenanteil der Forschung am Gesamtumsatz der beiden Hochschulen als budgetiert) und in der Anzahl der laufenden Projekte nieder.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2.2d In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren

Standorte Winterthur ZHAW:

Abschluss 2019 2019

Auf dem Sulzer-Areal wurde der Rohbau des Adeline-Favre-Hauses erstellt. Die Innenausbauten werden nun laufend ausgeführt. Bei der Arealentwicklung des Campus Technikum in Winterthur wurde der Projektwettbewerb für die Etappe 1 abgeschlossen. Als nächster Schritt wird ein Projektierungskredit für die Etappe 1 beantragt.

Standort Wädenswil ZHAW:

Der Kantonsrat hat die Miete und den Objektkredit (einschliesslich Ausstattung) für den Laborneubau Gebäude RD auf dem Areal Reidbach bewilligt (siehe auch LG 7050).

RRZ 8.2d Innovative Lösungen für neue Formen des Wissens- und Technologietransfers im Rahmen von Graduiertenprogrammen, Spin-offs und assoziierten Instituten entwickeln

Die ZHAW, ZHdK und PHZH führen im Rahmen der Projektgebundenen Beiträge des Bundes zahlreiche Kooperationsprojekte für Doktoratsausbildungen durch (Kooperationen mit einer Schweizer Universität oder mit ausländischen Hochschulen in Bereichen, die an Schweizer Universitäten keine Verankerung haben).

Abschluss 2019 2019

Die ZHAW hat verschiedene Labs aufgebaut, um ihre Kernkompetenzen in ausgewählten Themengebieten in Projekte mit externen Partnern einzubringen. Zum Teil werden diese Labs in Kooperation mit anderen Hochschulpartnern betrieben.

7406 2b Ausrichtung auf internationale Hochschulentwicklung und Akkreditierungsstandards

Die ZHdK beteiligt sich an einem Projekt zur Entwicklung einer Designhochschule in Shenzhen, China. Die ZHAW, ZHdK und PHZH planen je einzeln die institutionelle Akkreditierung nach HFKG.

Planmässig 2022

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag		0.0		0.0	0.0
Aufwand	-382.6	-403.1	-378.5	24.6	6.1
- Kostenbeiträge an die staatlichen Teilschulen	-377.1	-388.1	-377.4	10.7	2.7
- Kreditübertragungen		-11.7			
Saldo	-382.6	-403.1	-378.5	24.6	6.1

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
24.6		Abweichungen total R18 zu B18
10.8	A1, A2	- Im Berichtsjahr verzögerte bzw. nicht realisierte, ursprünglich für 2017 budgetierte Projekte sowie verzögerte Stellenbesetzungen bei der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften
6.7	A1, A2	- Tieferer Staatsbeitrag an die ZHAW, davon -0.9 Mio. Franken für die Beanspruchung von Kreditübertragungen aus 2017 und 7.6 Mio. Franken für im Berichtsjahr budgetierte, infolge Projektverzögerungen aber noch nicht ausgeführte Projekte der ZHAW
5.0	A1, A2	- Tieferer Staatsbeitrag an die ZHAW. Antrag Gewinnverwendung der ZHAW in der Leistungsgruppe Nr. 9710 in der Höhe von 11.9 Mio. Franken zur Einlage in die Reserve der ZHAW für die Mitfinanzierung der Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen für die Jahre 2020-2029 und für Sonderaufwendungen im Zusammenhang Campusentwicklung ZHAW. Die restlichen 5.0 Mio. Franken des Überschusses der ZHAW werden an den Kanton zurückgeführt.
2.1	A1, A2	- Tieferer Aufwand für Dienstleistungen Dritter
-1.1	A1, A2	- Höherer Beitrag an die ZHdK und die PHZH für Teuerungsausgleich gemäss RRB Nr. 1008/2017
1.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017
plus Bildung 2017
4000000

Verwendung
2018
0

Antrag Bildung 2018
(verbucht 2019)
0

Bestand 31.12.2018
plus Bildung 2018
4000000

Veränderung Bestand
0

7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

Aufgaben

- A1 Finanzierung der Hochschulen ausserhalb der Zürcher Fachhochschule, denen der Kanton Zürich im Rahmen einer interkantonalen Vereinbarung als Träger angehört.
- A2 Ausrichtung von Beiträgen an ausserkantonale Fachhochschulen (FH) und Pädagogische Hochschulen (PH) für Zürcher Studierende im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Zürcher Studierende an ausserkantonalen FH/PH (Finanzierung FHV) und Studierende an Konkordats-hochschulen	A1, A2	4 766	4 400	4 932	532	12.1
B1	Beitrag des Kantons Zürich pro Studierende/n über Finanzierung FHV und Finanzierungsbeteiligung Konkordats-hochschulen	A1, A2	13 419	11 333	12 571	1 238	10.9

Bemerkungen

- L1 Mehr Zürcher Studierende an ausserkantonalen Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen als in der Prognose und im Vorjahr
- B1 Durchschnittlicher FHV-Beitrag pro Studierende/n höher als budgetiert, jedoch tiefer als im Vorjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag						
Aufwand						
- Kreditübertragungen		-64.1	-49.9	-62.2	-12.3	-24.7
Saldo		-64.1	-49.9	-62.2	-12.3	-24.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben						
- Kreditübertragungen						
Saldo						

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-12.3		Abweichungen total R18 zu B18
0.2	A1	- Tieferer Beitrag an die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik, hauptsächlich bedingt durch nicht vollständiges Ausschöpfen des Kontingents an zusätzlichen Ausbildungsplätzen Heilpädagogik
-12.5	A2	- Höhere FHV-Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen für mehr Zürcher Studierende
0.0		- Übrige Abweichungen

7501 Kinder- und Jugendhilfe

Am 1. Januar des Berichtsjahres traten verschiedene Änderungen im Adoptionsrecht in Kraft. Neu erteilt eine kantonale Stelle adoptierten Personen, ihren leiblichen Eltern und deren direkten Nachkommen Auskunft über ihre Herkunft bzw. über das zur Adoption freigegebene Kind und unterstützt sie auf Wunsch beratend bei der Suche nach Information. Im Kanton Zürich hat der Regierungsrat das Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) als zuständige Stelle bestimmt. Seit Mitte des Berichtsjahres hat das AJB 63 Gesuche bearbeitet.

Unter Einbezug der Gerichte und der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) hat die Geschäftsstelle Elternbildung den Kurs «Eltern bleiben – Mein Kind im Zentrum» entwickelt. Der Kurs unterstützt getrennt lebende Eltern dabei, die Beziehung zu ihren Kindern positiv zu gestalten. KESB oder Gerichte können den Kurs, der in Kooperation zwischen den kantonalen Kinder- und Jugendhilfezentren (kjz) und der Geschäftsstelle Elternbildung angeboten wird, empfehlen oder anordnen. Im Berichtsjahr wurde der Kurs bereits erfolgreich in zwei Regionen durchgeführt.

Aufgaben

- A1 Mandatsführung und Abklärungen im Auftrag der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) und der Gerichte
- A2 Beratung von Eltern und Jugendlichen in Erziehungs-, Entwicklungs- und allgemeinen Familienfragen (Erziehungs- und Familienberatung)
- A3 Beratung von Eltern mit Neugeborenen (Mütter- und Väterberatung)
- A4 Abwicklung Alimentenbevorschussung und -inkasso
- A5 Koordination und Mitfinanzierung sonderpädagogischer Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich
- A6 Ausrichtung von Staatsbeiträgen an stationäre Einrichtungen sowie an die Betreuung von Zürcher Kindern und Jugendlichen in ausserkantonalen Heimen
- A7 Ausrichten von Ausbildungsbeiträgen an Personen in Ausbildung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L11 Kinder und Jugendliche mit Kindesschutzmassnahmen im Auftrag der KESB und Gerichte	A1	5992	6600	5973	-627	-9.5
L12 Erziehungs-/Familienberatungsaufträge	A2	4389	4300	4334	34	0.8
L13 Kinder mit Mütter- und Väterberatung	A3	13375	14000	12686	-1314	-9.4
L14 Fälle Alimentenhilfe	A4	6390	6600	6200	-400	-6.1
L15 Finanzierte sonderpädagogische Massnahmen	A5	3923	3750	4497	747	19.9
L16 Mitfinanzierte Heimplätze	A6	911	950	891	-59	-6.2
L17 Unterstützte Personen in Ausbildung, Bildungsstufe Sek. II	A7	2775	3000	3438	438	14.6
L18 Unterstützte Personen in Ausbildung, Bildungsstufe Tertiär	A7	1304	1600	1475	-125	-7.8
B11 Kosten pro Kind/Jugendliche(n) mit Kindesschutzmassnahmen im Auftrag der KESB und Gerichte pro Jahr, in Fr.	A1	3001	2699	2879	180	6.7
B12 Kosten pro Erziehungs-/Familienberatung pro Jahr, in Fr.	A2	997	1022	1028	6	0.6
B13 Kosten pro Kind mit Mütter- und Väterberatung pro Jahr, in Fr.	A3	393	397	413	16	4.0
B14 Kosten sonderpädagogische Massnahmen pro Kind und Jahr, in Fr.	A5	6613	6472	6222	-250	-3.9
B15 Beiträge pro mitfinanzierten Heimplatz, in Fr.	A6	114963	41133	47169	6036	14.7
B16 Stipendienbetrag pro unterstützte Person in Ausbildung, Bildungsstufe Sek. II, in Fr.	A7	8622	7800	9497	1697	21.8
B17 Stipendienbetrag pro unterstützte Person in Ausbildung, Bildungsstufe Tertiär, in Fr.	A7	10824	9500	10977	1477	15.5
B18 Durchlaufzeit der Stipendien- und Darlehensgesuche nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen, in Tg.	A7	110	100	119	19	19.0
W11 Anteil der Neugeborenen, mit deren Eltern eine Kontaktaufnahme erfolgte (Erreichungsgrad Mütter- und Väterberatung), in %	A3	93	95	94	-1	
W12 Inkassoquote Unterhaltsbeiträge (bevorschusste und nicht bevorschusste), in %	A4	44	45	43	-2	

Bemerkungen

- L11, B11 Die Anzahl Kinder mit Kindesschutzmassnahmen bewegt sich im Rahmen des Vorjahreswerts. Die hohe Abweichung des Ist-Werts zum Prognosewert ist auf die angepasste Zählweise per Rechnung 2017 zurückzuführen. Neu wird die Anzahl Kinder und nicht mehr die Anzahl gesetzlicher Mandate ausgewiesen, was dazu führt, dass Kinder mit mehreren gesetzlichen Mandaten nur noch einmal gezählt werden. Die Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) geht in ihrer Statistik ebenfalls von der Anzahl Kinder aus. Da mit der neuen Zählweise Kinder mit mehreren gesetzlichen Mandaten nur noch einmal gezählt werden, fallen die Kosten (B11) gegenüber dem Prognosewert höher aus. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Kosten pro Kind leicht gesunken.
- L12, B12 Die Anzahl Erziehungs-/Familienberatungsaufträge bewegt sich im Rahmen des Vorjahreswerts und weicht nur gering vom Budgetwert ab. Die prognostizierte konstante Entwicklung bestätigt sich. Die leicht höheren Kosten pro Beratungsauftrag sind wie erwartet aufgrund der erhöhten Fallkomplexität eingetroffen. So resultiert auch im Vergleich zum Vorjahr eine entsprechende Zunahme.
- L13, B13 Die prognostizierte Zunahme der Anzahl Kinder mit Mütter- und Väterberatung hat sich nicht bestätigt. Gegenüber dem Vorjahreswert ist eine Abnahme zu verzeichnen. Dies ist auf die verlängerte Betreuung der Kinder durch Hebammen in den ersten Wochen nach der Geburt zurückzuführen und zieht eine Neuausrichtung der Versorgungskette in der frühen Kindheit nach sich. Die Kosten pro Kind mit Mütter- und Väterberatung (B13) sind aufgrund längerer und komplexerer Beratungen leicht gestiegen.
- L14, W12 Die Anzahl Fälle in der Alimentenhilfe fiel etwas tiefer als erwartet aus. Sie wird von der verbesserten wirtschaftlichen Lage und somit geringeren Zahl der Unterhaltsschuldner beeinflusst. Die Anzahl Betreibungen ist trotz Rückgang der Fallzahlen konstant. Die Inkassoquote (W12) bewegt sich im erwarteten Rahmen.
- L15, B14 Die Zahl der sonderpädagogischen Massnahmen ist gegenüber Budget wie auch Vorjahr markant angestiegen. Gründe dafür sind eine steigende Zahl von Erstberatungen (Kurzberatungen), vermehrte Nachteilsausgleichsmassnahmen im Nachschulbereich aufgrund von Lese-Rechtschreib-Störungen, Abbau von Wartelisten bei den Abklärungsstellen sowie erneutes Bevölkerungswachstum in der Alterskategorie bis 4 Jahre. Die Kosten pro Kind (B14) sind unter anderem als Folge der zunehmenden Zahl von Erstberatungen leicht gesunken.
- L16, B15 Die Zahl der mitfinanzierten Heimplätze reduzierte sich durch Angebotsanpassungen mit Abbau von Plätzen und Reorganisationen in innerkantonalen Einrichtungen sowie durch etwas weniger ausserkantonale Platzierungen. Die Beiträge pro Platz (B15) fielen im Vergleich mit dem Budget insbesondere infolge Kostenanstieg durch Konzeptanpassungen und Besoldungsentwicklung sowie tieferer Auslastung höher als erwartet aus. Die Veränderung zum Vorjahr ist hauptsächlich auf die Anpassung des Jugendheimgesetzes als Folge der Bundes- und Verwaltungsgerichtsentscheide zu den Versorgertaxen zurückzuführen.
- L17, L18, B16, B17, B18 Die Anzahl unterstützter Personen in Ausbildung ist gegenüber dem Vorjahr markant angestiegen. Im Tertiärbereich kam der Ist-Wert leicht unter dem prognostizierten Wert zu liegen, im Bereich Sek. II klar darüber. Die durchschnittlich ausbezahlten Stipendienbeiträge stiegen in beiden Kategorien aufgrund höherer Beitragsberechtigungen sowohl gegenüber Budget als auch Vorjahr an.
- B18 Die längere durchschnittliche Durchlaufzeit gegenüber Prognose- wie Vorjahreswert ist auf eine höhere Anzahl von aufwendigen Gesuchsprüfungen zurückzuführen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 5.1c Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühinterventionen, frühe Förderung, Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern sowie den Zugang zur Familienhilfe erleichtern und die Familie als Lernort stärken

Die Erprobung von verschiedenen Elternbildungsangeboten in Zusammenarbeit mit den Kinder- und Jugendhilfezentren (kjj) ist nach wie vor im Gange. Abschluss und Evaluation sind für 2019 geplant.

RRZ 8.1a Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern

Die Arbeiten der direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe sind abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

7501 2b Erarbeitung von Grundlagen und Instrumenten zur Versorgungssteuerung in der stationären Kinder- und Jugendhilfe (neues Kinder- und Jugendheimgesetz, KJG)

Das neue Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG) wurde am 27. November 2017 durch den Kantonsrat verabschiedet. Die Ausarbeitung der Verordnung verläuft planmässig. Die Planung der umfangreichen Umsetzungsvorbereitungen ist im Gange.

Planmässig 2021

7501 2c Das Stipendienwesen weiterentwickeln (Umsetzung Stipendienreform)

Nach Abschluss des im Berichtsjahr durchgeführten Organisationsentwicklungsprozesses in der Stipendienabteilung wird die Vernehmlassung der neuen Stipendienverordnung 2019 erfolgen. Nach Bereitstellung der benötigten Software-Infrastruktur ist die Umsetzung ab Schuljahr 2020/21 geplant.

Planmässig 2019

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	461.4	467.7	457.2	-10.5	-2.2

Bemerkungen R18 zu B18

- 1.2 Organisatorische Zusammenlegung von kjz Medien (ex LG 7501 / -1.2) mit biz Medien (neu Informationsagentur INA; LG 7502 / +1.2) per 1. Mai 2018. Die Leistungen der Abteilung Informationsagentur (INA) werden weiterverrechnet.
- 9.3 Personalmutationen und verzögerte Anstellungen führten zu einer tieferen durchschnittlichen Beschäftigtenzahl.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	81.2	81.2	83.3	2.1	2.6
- Durchlaufende Beiträge	10.0	10.0	10.6	0.6	5.9
- Leistungsaufträge Gemeinden / Dritte	9.1	9.0	9.1	0.2	1.7
Aufwand	-293.9	-232.0	-243.2	-11.2	-4.8
- Eigene Beiträge	-158.4	-90.6	-104.4	-13.8	-15.3
- Durchlaufende Beiträge	-10.0	-10.0	-10.6	-0.6	-5.9
- Leistungsaufträge Gemeinden / Dritte	-9.0	-9.0	-9.0	-0.0	-0.5
- Kreditübertragungen					
- Nachtragskredit		-3.0			
Saldo	-212.7	-150.7	-159.9	-9.1	-6.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.5	0.8	0.5	-0.3	-40.9
Ausgaben	-1.3	-5.3	-2.0	3.3	61.4
- Kreditübertragungen		-1.0		1.0	100.0
Saldo	-0.8	-4.5	-1.6	2.9	65.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-9.1		Abweichungen total R18 zu B18
2.3		- Im Personalbereich resultierten Budgetunterschreitungen insbesondere aufgrund von Personalmutationen, verzögerten Anstellungen, geringeren Sozialabgaben, Rotationsgewinnen sowie durch Lohnrückerstattungen.
0.7		- Geplante Projektausgaben verlagerten sich ins Folgejahr und führten zu Budgetunterschreitungen beim Sachaufwand.
0.6		- Der Sach- und übrige Betriebsaufwand fiel bei den Kinder- und Jugendhilfestellen (kjz) tiefer als erwartet aus.
0.4		- Geringere Investitionen verursachten weniger Abschreibungsaufwand und kalkulatorische Zinsen.
0.1		- Der Ertrag aus Leistungsaufträgen mit Vollkostenverrechnung an Gemeinden/Dritte fiel leicht höher als geplant aus.
0.1	A7	- Höhere Finanzerträge ergaben sich aus Aufwertungen bzw. der Begleichung bedingt rückzahlbarer Ausbildungsdarlehen.
-0.3		- Als Folge der tiefer als geplant ausgefallenen Kosten der kjz resultierten geringere Gemeindebeiträge (-0.8); der Anteil der Stadt Zürich an den Kosten der sonderpädagogischen Massnahmen stieg dagegen an (+0.5).
-2.2	A5	- Mehrkosten ergaben sich bei der Sonderpädagogik Vor-/Nachschulbereich als Folge einer höheren Zahl therapeutischer Massnahmen.
-2.5		- Eine Budgetüberschreitung bei den Staatsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime (-3.0) infolge Konzeptanpassungen in einzelnen Institutionen, Betreuungsschlüsselvorgaben des Bundes, Besoldungsentwicklung sowie tieferer Auslastungen konnte durch Budgetunterschreitungen bei den übrigen Staatsbeiträgen (+0.5) nur teilweise kompensiert werden.
-8.3	A7	- Bei den Stipendienbeiträgen führten steigende Gesuchszahlen und höhere Beiträge zu einer Budgetüberschreitung von 11.3 Mio. Franken bzw. 8.3 Mio. Franken nach Abzug des genehmigten Nachtragskredits von 3.0 Mio. Franken.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-4.5	-1.6	2.9	
- Saldoabweichung	-4.5	-1.6	2.9	- Zeitliche Verzögerungen insbesondere bei den Investitionsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime (+1.6) sowie bei Mobilien- (+0.2) und Softwarebeschaffungen (+0.9)
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Seit Sommer des Berichtsjahres setzt der Kanton Zürich das Projekt Integrationsvorlehre gemäss Vorgaben des Staatssekretariats für Migration um. Für das Aufnahmeverfahren sind die Berufsinformationszentren (biz) und das Laufbahnzentrum der Stadt Zürich zuständig. Mit einer Potenzialabklärung werden die persönlichen Voraussetzungen sowie schulische und sprachliche Eignungen abgeklärt wie auch Laufbahnfragen thematisiert. Schnupper- und Eignungsabklärungen erfolgen in den Vorlehrebetrieben. Im ersten Projektjahr wurden insgesamt 206 Potenzialabklärungen durchgeführt, 107 Personen sind im Sommer erfolgreich in die Integrationsvorlehre eingestiegen.

Informationen zu Berufen, Aus- und Weiterbildungen sind auf www.berufsberatung.ch sowie in den Infotheken der biz erhältlich. Weil Printmedien immer häufiger eine zweitrangige Rolle einnehmen, wurde das Informationskonzept für die biz angepasst. Ein neues hybrides Informationsangebot bietet digitale sowie analoge Zugänge in die Berufswelt. Durch eine konsequente Ausrichtung auf eine flexible und multifunktionale Nutzung ist die Infothek auch zukünftig wandelbar. Sie entwickelt sich dank optimierter technischer und räumlicher Ausstattung zum Begegnungs- und Arbeitsraum. Das neue Konzept wurde als Prototyp im biz Uster erprobt und evaluiert. Gemäss Kundenrückmeldungen hat es sich bewährt, sodass auch die anderen biz-Standorte bis 2021 erneuert werden sollen.

Aufgaben

- A1 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung von Jugendlichen und Erwachsenen
A2 Information von Jugendlichen und Erwachsenen bei der Berufs- und Studienwahl, der Weiterbildung und der Laufbahngestaltung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L11 Beratene Personen im biz	A1	14238	14500	14320	-180	-1.2
L12 Beratene Schülerinnen/Schüler der Sekundarschule im Rahmen von Schulhaus-Sprechstunden	A1	12791	13200	13058	-142	-1.1
L13 Seminare und Veranstaltungen	A2	1275	1250	1299	49	3.9
B11 Kosten pro beratene Person, in Fr.	A1	549	547	550	3	0.5
B12 Kosten pro beratene/n Schüler/in der Sekundarschule im Rahmen von Schulhaus-Sprechstunden, in Fr.	A1	132	127	136	9	7.1
W11 Anteil Schülerinnen/Schüler im 2. Schuljahr der Sekundarschule, der eine Veranstaltung besucht hat, in %	A2	99	98	98	0	

Bemerkungen

- L11, B11 Die Anzahl Personen, die in den kantonalen biz das Angebot einer Einzelberatung in Anspruch genommen haben, stieg gegenüber dem Vorjahr leicht an und kam unter dem Budgetwert zu liegen. Das Angebot wird unvermindert gut nachgefragt. Die Kosten bewegen sich etwa auf Budget- und Vorjahresniveau.
- L12, B12 Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die dieses Angebot nutzten, nahm gegenüber dem Vorjahr leicht zu und erreichte nicht ganz den Budgetwert. Die Kosten nahmen aufgrund des durchschnittlich leicht höheren Zeitaufwands etwas zu.
- L13 Im vergangenen Erhebungszeitraum führten die kantonalen biz etwas mehr Seminare und Veranstaltungen durch als budgetiert. Unter anderem wurden in einzelnen biz die Informationsangebote im Bereich der Berufsbesichtigungen ausgebaut, wo den Jugendlichen wichtige Praxiseinblicke in diverse Berufe ermöglicht werden. Auch im Vorjahresvergleich lag die Anzahl Seminare und Veranstaltungen leicht höher. Die Nachfrage nach dieser Form der Informationsvermittlung bleibt unverändert hoch. Viele Anlässe sind jeweils ausgebucht.
- W11 Dank der engen Zusammenarbeit zwischen Sekundarschule und Berufsberatung, auf der Grundlage des vom Bildungsrat verabschiedeten Rahmenkonzepts Sekundarschule-Berufsberatung, wurden 98% der Schülerinnen und Schüler durch die biz erreicht. Dies entspricht dem Budgetwert.

Entwicklungsschwerpunkte

7502 2a Entwicklung und Umsetzung Rahmenkonzept für die Unterstützung der Mittelschülerinnen und Mittelschüler in Fragen der Berufs- und Studienwahl

Die Arbeiten am Rahmenkonzept wurden abgeschlossen. Mit der Umsetzung wurde ab Schuljahr 2018 (Sommer) 2018/2019 gestartet.

Stand bis

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	110.9	115.7	117.8	2.1	1.8

Bemerkungen R18 zu B18

- 4.0 Die per 1. Mai 2018 erfolgte organisatorische Zusammenlegung der Informationsaufbereitung Zentrale Dienste AJB (ex LG 7000 / -2.8) und kjz Medien (ex LG 7501 / -1.2) mit biz Medien in der LG 7502 (+4.0) führte zu einem entsprechenden Anstieg des Beschäftigungsumfangs. Die Leistungen der Abteilung Informationsagentur (INA) werden weiterverrechnet.
- 0.7 Projektstellen Integrationsvorlehre (Finanzierung Bund / saldoneutral)
- 2.6 Personalmutationen und verzögerte Anstellungen führten zu einer tieferen durchschnittlichen Beschäftigtenzahl.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	15.7	16.5	19.0	2.6	15.7
Aufwand	-33.2	-35.0	-36.7	-1.8	-5.1
- Eigene Beiträge	-3.5	-3.7	-3.6	0.0	0.9
- Kreditübertragungen					
Saldo	-17.5	-18.5	-17.7	0.8	4.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-0.0	-0.3	-0.2	0.1	41.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.0	-0.3	-0.2	0.1	41.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.8		Abweichungen total R18 zu B18
0.6		- Ertrag aus Weiterverrechnung der Leistungen der Informationsagentur (Konzeption und Produktion Printprodukte/Medien)
0.3		- Der Sach- und Betriebsaufwand kam unter Budget zu liegen.
0.1		- Die Dienstleistungserträge fielen leicht höher als budgetiert aus.
0.1		- Ertrag Bundesbeitrag Projekt Integrationsvorlehre
0.1		- Weniger Abschreibungs- und Zinsaufwand aufgrund sich zeitlich verschiebender Investitionsausgaben
-0.1		- Im Personalbereich resultierte durch die Reorganisation der Informationsaufbereitung (-0.6) und das Projekt Integrationsvorlehre (-0.1) ein Mehraufwand (siehe Beschäftigungsumfang), der sich durch Beschäftigungsschwankungen infolge Personalmutationen (+0.4) sowie Lohnrückerstattungen (+0.1) und geringerer Personalnebenkosten (+0.1) reduzierte.
-0.3		- Die Gemeindebeiträge reduzierten sich als Folge der tiefer als budgetiert ausgefallenen biz-Betriebskosten.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.3	-0.2	0.1	
- Saldoabweichung	-0.3	-0.2	0.1	- Beschaffungen im Zusammenhang mit der Neukonzipierung/Digitalisierung der Infotheken (Prototyp biz2.0) sind noch nicht abgeschlossen.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7930 Berufsbildungsfonds

Im Berichtsjahr konnten die Beiträge für die überbetrieblichen Kurse, die Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sowie die Kosten für die Qualifikationsverfahren im selben Umfang wie im Vorjahr geleistet werden. Erneut unterstützt wurden die Berufsmesse Zürich, der Lehrlingswettbewerb Züri-Oberland und verschiedene Lehrstellenmärkte. Weitere Mittel flossen in Projekte wie zum Beispiel Talentförderung in Betrieben, Integrationsvorlehre oder Rent a Stift. Die bereits im Vorjahr aufgegleiste organisatorische und personelle Entflechtung des Berufsbildungsfonds (BBF) vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) wurde auf den 1. Juli des Berichtsjahres umgesetzt. Die Verordnung über den Berufsbildungsfonds wurde angepasst und zwischen dem BBF und dem MBA eine Dienstleistungsvereinbarung ausge-

arbeitet. Im zweiten Halbjahr befasste sich die Kommission intensiv mit der im Rahmen einer Änderung des EG BBG geplanten Neuregelungen für den BBF. Es wurde eine umfangreiche Regulierungsfolgeabschätzung erarbeitet. Diese stützt die Einschätzung der Kommission, dass die geltenden gesetzlichen Grundlagen widersprüchlich und unvollständig sind und in der Folge zu grosser Rechtsunsicherheit führen. Zudem erfüllt das derzeitige System nicht die Forderung nach Gleichbehandlung aller Betriebe, da sich grosse Betriebe mit nur einem Lehrverhältnis von den Fondszahlungen befreien können und dadurch substantielle Einsparungen erzielen. Die Schlussfolgerungen werden in die geplante Gesetzesrevision einbezogen.

Aufgaben

- A1 Senkung der Ausbildungskosten von einzelnen Ausbildungsbetrieben durch die Beteiligung aller Betriebe des Kantons
A2 Unterstützung von Betrieben, die Lernende ausbilden

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L2 Durchschnittlich erbrachte Leistung pro Lernende/n	A1, A2	737	591	567	-24	-4.1
B1 Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand pro Lernende/n	A1, A2	17	21	19	-2	-9.5

Fonds

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	16.3	10.7	15.0	4.3	40.2

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	26.8	21.6	20.9	-0.6	-3.0
- Zahlungen von beitragspflichtigen Betrieben	19.4	16.0	19.7	3.7	22.9
- Entnahme aus Bestandeskonto	7.4	5.6	1.3	-4.3	-77.2
- Kalkulatorischer Zinsertrag		0.0		0.0	0.0
Aufwand	-26.8	-21.6	-20.9	0.6	3.0
- Zahlungen an Lehrbetriebe	-26.2	-20.8	-20.2	0.6	2.9
- Einlagen in Bestandeskonto					
- Vergütung an Betriebs- und Verwaltungskosten	-0.6	-0.7	-0.7	0.0	6.7
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R18 zu B18
3.7	A1, A2	- Die Familienausgleichskassen erheben im Auftrag des Berufsbildungsfonds die Beiträge bei den beitragspflichtigen Arbeitgebern. Bei der SVA Zürich wurden aufgrund eines Programmierfehlers jahrelang zu viele Arbeitgeber von der Beitragspflicht befreit. Der Fehler wurde im April 2017 behoben. Die Korrektur des Fehlers führte zu Mehreinnahmen von 1 Mio. Franken in der Rechnung 2018. Da dieser Fehler auch die Vorjahre betrifft, werden noch Nachbelastungen durchgeführt, welche die Einnahmen für das Beitragsjahr 2018 weiter erhöhen. Aus diesem Grund wurden entsprechend hohe Abgrenzungen vorgenommen.
0.6	A1, A2	- Die von der Berufsbildungskommission bewilligten Beiträge an die Betriebe für das dezentrale Qualifikationsverfahren und die Kurse für Berufsbildner/innen fielen tiefer aus als budgetiert, da ein Teil der geplanten Beiträge nicht beansprucht wurde.
-4.3	A2	- Tiefere Entnahme aus dem Bestandeskonto als Folge des höheren Ertrags und des tieferen Aufwands
0.0		- Übrige Abweichungen

08

Baudirektion

Überblick	214
Legislaturziele	216
Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)	216
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	216
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	216
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	216
Finanzierung	218
Übersicht	218
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	218
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	218
Personal- und Lohnstatistik	219
Beschäftigungsumfang	219
Lohnaufwand	219
Anstellungsverhältnisse	219
Parlamentarische Vorstösse	220
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	220
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	220
Leistungsgruppen	221
8000 Generalsekretariat (GS)	221
8100 Hochbauamt (HBA)	223
8300 Amt für Raumentwicklung (ARE)	225
8400 Tiefbauamt (TBA)	228
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)	232
8510 Altlasten	236
8700 Immobilienamt	237
8710 Liegenschaften Finanzvermögen	240
8750 Liegenschaften Verwaltungsvermögen	241
8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)	243
8910 Natur- und Heimatschutzfonds	246
8940 Denkmalpflegefonds	247
8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen	248
8960 Deponiefonds	249
8970 Kantonaler Waldfonds	250
8980 Wildschadenfonds	251

Überblick

Die Baudirektion trägt in vielfältiger Weise dazu bei, dass der Kanton Zürich ein nachhaltig attraktiver Standort bleibt. Sie plant und koordiniert die gesamträumliche Entwicklung, erstellt öffentliche Infrastrukturen wie Spitäler, Schulen oder Verkehrswege, engagiert sich für die Zürcher Land- und Forstwirtschaft, gestaltet den Zürcher Lebens- und Wirtschaftsraum und sichert das kulturelle Erbe (archäologische Funde, Baudenkmäler und historische Ortsbilder). Sie setzt sich ein für Landschaft und Natur, für Wälder und bedrohte Tier- und Pflanzenarten, für Hochwasserschutz, saubere Flüsse, Seen und Luft sowie für eine effiziente Energienutzung.

Planungs- und Bautätigkeit

Kantonaler Richtplan: Der Kantonsrat hat im Berichtsjahr die Richtplanrevision 2015 ohne Gegenstimme festgesetzt. Sie enthält unter anderem Festlegungen zum Planen und Bauen am Zürichseeufer und zur Arbeitszonenbewirtschaftung. Die Teilrevision betreffend die Gebietsplanung für das Hochschulgebiet Zürich Zentrum, die der Kantonsrat am 13. März 2017 festgesetzt hatte, wurde im Dezember des Berichtsjahres vom Bundesrat genehmigt.

Kantonale Gestaltungspläne: Die Baudirektion hat im Berichtsjahr den kantonalen Gestaltungsplan «PUK-Areal Neu-Rheinau» festgesetzt. Damit kann der Standort gesichert und weiterentwickelt werden. Ebenfalls festgesetzt wurde die Teilrevision des kantonalen Gestaltungsplans «TCS Verkehrssicherheitszentrum Kreisel Betzholz».

Gebietsplanungen: Im Berichtsjahr wurde das Gebietsmanagement zur Weiterentwicklung des Standorts Zürich-Lengg etabliert. Im Rahmen der Gebietsplanung Chance Uetikon wurde zudem mit laufenden Beteiligungsverfahren für die Bevölkerung ein Richtkonzept für die künftige Arealentwicklung erarbeitet. Für den Standort Universität Zürich-Irchel konnte die öffentliche Auflage zu den kantonalen und kommunalen Planungsinstrumenten durchgeführt werden.

Entwicklung immobilienpezifische Strategie mit dem Amt für Justizvollzug (JUV): Das Immobilienamt hat in Zusammenarbeit mit dem Amt für Justizvollzug eine Standortstrategie für den «geschlossenen Vollzug» erarbeitet. Sie zeigt den langfristigen Flächenbedarf im geschlossenen Vollzug bis zum Jahr 2035 auf und bildet die Grundlage für die Bestellung räumlicher Massnahmen durch die Direktion der Justiz und des Innern.

Provisorium Uetikon: Am 19. September 2016 beschloss der Kantonsrat die Gründung einer neuen Mittelschule in Uetikon am See. Bereits 23 Monate später, am 20. August des Berichtsjahres, konnte das neue Gymnasium am Zürichsee – die erste Neugründung einer Mittelschule im Kanton Zürich seit über 40 Jahren – sein provisorisches Schulgebäude in Betrieb nehmen.

Instandsetzung A51: Die 1970/1971 erbaute kantonale Autobahn A51 zwischen Kloten und Bülach Nord wird vom Tiefbauamt seit 2014 umfassend instand gesetzt. Die Hauptarbeiten begannen im September 2016. Im Frühjahr des Berichtsjahres erfolgte die zweite Intensivbauphase. Auf-

grund der intensiven Bauweise können die Bauzeit und die damit verbundenen Verkehrseinschränkungen um vier Monate verkürzt werden.

Baustellen im Limmattal: Für die Inbetriebnahme der Limmattalbahn von Zürich Altstetten bis Killwangen-Spreitenbach werden in Schlieren und Dietikon verschiedene Strassen um- und ausgebaut. Für Strassenbauarbeiten wurde von Anfang Juli bis Ende August des Berichtsjahres die Schönenwerdkreuzung in Dietikon für den motorisierten Verkehr vollständig gesperrt.

Hochwasserschutz Sihl–Zürichsee–Limmat: Mit einer Anpassung der Steuerung des Sihlsees im Frühling des Berichtsjahres konnte in Kombination mit der bereits vorhandenen Vorabsenkung des Sihlsees der jährliche Schadenerwartungswert durch Überschwemmung der Sihl in der Stadt Zürich halbiert werden. Das Bauprojekt «Entlastungstollen Thalwil» kam Ende des Berichtsjahres in die Vernehmlassung. Im Bereich der Rathaus- und Münsterbrücke soll mittels einer Sohlenabsenkung der heute limitierende Querschnitt für den Zürichseeeausfluss vergrößert werden. Dies führt – zusammen mit dem Wunsch der Neugestaltung der Stadt Zürich bei der Rathausbrücke – zu einem Ersatzneubau, bei der Münsterbrücke reicht eine Verstärkung der Pfeiler. Das Vorprojekt für einen Ersatzneubau des Platzspitzwehrs ist fertiggestellt.

Wasserbau Aabach Uster: Der Aabach wurde vom Zellweger-Wehr bis zur Brücke Weiherallee hochwassersicher ausgebaut, ökologisch aufgewertet und für die Erholungsnutzung besser zugänglich gemacht. Die Hauptmassnahme bestand im Aufheben einer hohen, für Fische unpassierbaren Schwelle, dem Absenken der Bachsohle um bis zu zwei Meter, der Schaffung von Zugängen zum Bach und der Verbreiterung des bachbegleitenden Weges. Am 1. November des Berichtsjahres wurde die Baumassnahme eingeweiht.

Schutz und Erhaltung

Archäologie: Die Rettungsgrabungen in der Lengg (Kinderspital) und am Mythenquai (Zürich Versicherung) konnten abgeschlossen werden. Eine weitere grosse Rettungsgrabung startete in einem Kiesabbaugebiet bei Marthalen. Abgeschlossen werden konnten die Ausgrabungen des Klosterplatzes auf der Insel Rheinau.

Denkmalpflege: Die Inventarbeschriebe der überkommunalen Schutzobjekte der Stadt Winterthur wurden festgesetzt, die Planungsregion Limmattal ist in der Vernehmlassung. In Rheinau wurde die zweite Etappe mit Hauswirtschaftsschule, Mühlesaal und Restaurant in den alten Klosterräumlichkeiten auf der Insel eröffnet. Die Generalsanierung des Hauptbahnhofs Zürich ist gestartet. Mit der Stadt Zürich und der SBB läuft eine Gesamtinventarisierung aller Bauten auf den Gleisarealen. Das Projekt «Kunstdenkmälerinventarisierung, Bezirk Dielsdorf» konnte unter Leitung der Universität Zürich aufgenommen werden.

Gewässerbericht: Der Bericht «Wasser und Gewässer 2018» zeigt auf, wo Erfolge erzielt wurden und weitere Anstrengungen nötig sind. Neben der Reduktion der Belastungen durch Mikroverunreinigungen und Massnahmen zur Revitalisierung

der Gewässer ergeben sich für die nächsten Jahre neue Herausforderungen durch die Klimaveränderung, die einen starken Einfluss auf den Zustand der Seen hat.

Massnahmenpläne Klimawandel: Die Massnahmenpläne «Verminderung der Treibhausgase» und «Anpassung an den Klimawandel» wurden im Oktober des Berichtsjahres festgesetzt. Sie ergänzen die bestehenden Aktivitäten des Kantons mit je rund 30 neuen Massnahmen.

Umweltbericht 2018: Der neue Umweltbericht 2018 vermittelt eine Gesamtschau über den Zustand der Umwelt im Kanton Zürich. Zudem zeigt er auf, ob der Kanton Zürich hinsichtlich seiner Umweltziele auf Kurs ist. In vielen Bereichen wie der Abfallverwertung oder der Abwasserreinigung stimmt die Richtung. Daneben gibt es aber auch grosse Herausforderungen, so zum Beispiel beim Erhalt der Artenvielfalt oder der Lärmbekämpfung und bei der Reduktion der Treibhausgase.

Neue Verfahren und technische Innovation

Kontrollpunkt für die Positionsbestimmung mobiler Geräte: Die Bedeutung von Positionierungsdiensten nehmen im Kontext der Digitalisierung und Automation rasant zu. Damit zeigen sich auch ihre technischen Grenzen. Die Baudirektion hat deshalb beim Landesmuseum den schweizweit ersten Kontrollpunkt für mobile Geräte erstellt. Dort kann die Genauigkeit der Positionsbestimmung des Smartphones oder Navigationsgerätes auf der Grundlage des kantonalen Fixpunktnetzes eigenhändig überprüft werden.

Massnahmenplan Abfall- und Ressourcenwirtschaft: Zusammen mit den wichtigsten Akteuren der Abfall- und Ressourcenwirtschaft wurde im Berichtsjahr der neue Massnahmenplan erarbeitet. Er beruht auf dem etablierten Denkansatz des Urban Mining. Mit diesem Ansatz und den Massnahmen in acht Handlungsfeldern werden mit einer optimierten Verwertung von Abfällen Rohstoffe geschont, die Umwelt entlastet und Deponieraum eingespart.

Phosphor-Recycling: Bis im Sommer des Berichtsjahres konnte die Pilotierung des phos4life®-Verfahrens erfolgreich durchgeführt werden. Die Pilotierung bestätigte unter industriellen Bedingungen für die Herstellung von Phosphorsäure aus Klärschlammasche eine hohe Leistungsfähigkeit des im Auftrag des Kantons Zürich entwickelten Verfahrens.

Rechtsetzung

EKZ-Gesetz: Mit einer Änderung des EKZ-Gesetzes wurde eine Gewinnausschüttung an den Kanton eingeführt. Damit haben die EKZ als öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons nicht unverhältnismässige Vorteile gegenüber privaten Stromanbietern. Die Vorbereitungsarbeiten für die Ablösung des über 100-jährigen NOK-Gründungsvertrags durch einen zeitgemässen Aktionärsbindungsvertrag wurde zusammen mit allen Aktionären angegangen. Zudem wurden die Reportings zu den Eigentümerstrategien von EKZ und Axpo Holding AG erstellt. Im Herbst des Berichtsjahres wurde die Vernehmlassung zur Änderung des Energiegesetzes durchgeführt. Die Änderung soll zu mehr Energieeffizienz und erneuerbaren Energien sowie zu einem tieferen CO₂-Ausstoss führen.

Interne Reorganisation und Entwicklung

Projekt WIM – Weiterentwicklung Immobilienmanagement: Mit der totalrevidierten Immobilienverordnung (ImV), die am 20. Juni des Berichtsjahres durch den Regierungsrat erlassen wurde, liegt die zentrale rechtliche Grundlage für das künftige Immobilienmanagement vor und der wichtigste Meilenstein im Projekt WIM ist erreicht. Darauf aufbauend wurden das Immobilienhandbuch als Leitfaden für den Arbeitsalltag sowie die allgemeinen Vorgaben zu den Nutzungsvereinbarungen und Betreiberaufträgen beschlossen.

Einführung Delegations- und Baurechtsmodell: Seit Anfang des Berichtsjahres gilt für die Liegenschaften des Universitätsspitals (USZ) sowie der Psychiatrischen Universitätsklinik (PUK) das Baurechtsmodell, in welchem dem USZ und der PUK die Eigentümerrolle übertragen wurde. Das Hochbauamt schloss mit beiden Institutionen Zusammenarbeitsvereinbarungen ab. Für die Liegenschaften der Universität wird das Delegationsmodell eingeführt, in welchem der Universität die Portfoliosteuerung und die Bewirtschaftung übertragen wird. Das Hochbauamt passte seine Organisationsstruktur diesen neuen Modellen an.

Reorganisation Tiefbauamt (TBA): Die Koordination, Projektierung und Realisierung von Strassenbauprojekten und der Unterhalt der Kantonsstrassen und Autobahnen wird wegen des zunehmenden Verkehrs und des Ausbaus der Bundesstrassen für das TBA immer anspruchsvoller. Zur Reduktion interner Schnittstellen und zur Förderung der Zusammenarbeit der TBA-Organisationen wird das TBA per 1. Januar 2019 neu organisiert. Neu ist die Herauslösung der Geschäftseinheit VII (Nationalstrassenunterhalt) aus dem Strasseninspektorat. Sie wird eine eigene Abteilung. Ferner wird die Abteilung Ingenieurstab aufgelöst.

Praktikumskonzept: Per 1. Dezember des Berichtsjahres setzte die Baudirektion das Praktikumskonzept um, das sie dabei unterstützt, Praktikumsplätze anzubieten und von diesem Instrument der Fachkräftesicherung zu profitieren. Das Konzept schafft ein gemeinsames Verständnis von Zuständigkeiten und Vorgaben, um den grösstmöglichen Nutzen für alle Beteiligten zu bewirken.

Neues Personalbudget-Tool: Um dem Kantonsrat ein realistisches Personalbudget vorlegen zu können, setzt die Baudirektion seit einigen Jahren eine Informatiklösung ein. Im Berichtsjahr wurde das bisherige Tool durch ein neues SAP-nahes Personalbudget-Tool ersetzt, das für den KEF 2019–2022 erstmals eingesetzt wurde. Es ermöglicht eine effiziente, transparente und medienbruchfreie Budgetierung des Personals auf der Grundlage des Ist-Bestandes.

Legislaturziele

Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 7.1	Ein qualitatives Siedlungswachstum nach innen ist ermöglicht und naturnahe Lebensräume sind erhalten.		
RRZ 7.1a	Ortsspezifische Dichten entwickeln, Akzeptanz dafür schaffen und die Innenentwicklung in den Gemeinden voranbringen	8300	2019
RRZ 7.1b	Den Mehrwertausgleich gesetzlich regeln	8300	2019
RRZ 7.1c	Lösungsmöglichkeiten zwischen Nutzungs- und Schutzinteressen in der raumplanerischen Interessenabwägung weiterentwickeln	8300	2019
RRZ 7.1d	Gemeinden und Regionen befähigen, Erholungsnutzungen zu koordinieren und zu lenken	8300	2019
RRZ 7.1e	Die Bundesagrarpolitik 2014-2017 umsetzen und den Vollzug auf eine produzierende, nachhaltige Landwirtschaft ausrichten	8800	2018
RRZ 7.1g	Die Massnahmenpläne zur Verminderung der Treibhausgase und Anpassung an den Klimawandel festsetzen	8500	2019
RRZ 7.2	Die kantonale Energiestrategie ist aktualisiert.		
RRZ 7.2b	Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 14) festsetzen und dem Kantonsrat mittels Änderung des Energiegesetzes unterbreiten	8500	2018

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
BD 7.1	Natürliche Ressourcen erhalten und effizient nutzen		
BD 7.1a	Die Handlungsspielräume für die Raumentwicklung erkennen und nutzen	8300	2019
BD 7.1b	Über hochwertige Baukultur und ein attraktives Landschaftsbild lokale Identitäten stärken	8300	2019
BD 7.1c	Die Lärmsanierungsprojekte an den Staatsstrassen abschliessen	8400	2018
BD 7.1d	Die Grundwasserschutzareale Rheinau und Rafzerfeld festsetzen	8500	2019
BD 7.1f	Die Gewässerräume werden durch den Kanton und die Gemeinden festgelegt.	8500	2022
BD 7.1g	Die Erfahrungen im Umgang mit Neophyten aus dem Reppischtal liegen vor.	8500	2019
BD 7.1h	Die im Richtplan 2014 ausgewiesenen Fruchtfolgeflächen sichern. Die Kompensation von gemäss Richtplan zulässigen Beanspruchungen sicherstellen	8800	2018
BD 7.1i	Eine Strategie für den Umgang mit der Bodenversauerung im Wald entwickeln und umsetzen	8800	2019
BD 7.1j	Statische Waldgrenzen ausserhalb von Bauzonen gemäss kantonalem Richtplan 2014 festsetzen	8800	2018
BD 7.1k	Der Massnahmenplan Abfall- und Ressourcenwirtschaft 2019-2022 ist festgesetzt.	8500	2019
BD 7.1l	Der Massnahmenplan Neobiota 2018-2021 ist auf Stufe Baudirektion festgesetzt.	8500	2018

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 8.1	Die volkswirtschaftliche Standortattraktivität ist gestärkt. Dabei wird die Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials gefördert.		
RRZ 8.1g	Gezielt räumliche Entwicklungsimpulse für den Wirtschaftsraum setzen	8300	2019

Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 9.2	Die erforderliche Erweiterung und Erneuerung der Infrastruktur werden mit innovativen Lösungen besser umgesetzt und finanziert.		
RRZ 9.2a	Ein Strategisches Erhaltungsmanagement (SEM) einführen und etablieren zur Sicherstellung der hohen Verfügbarkeit bei knapper werdenden Mitteln und steigenden Nutzeransprüchen	8400	2019
RRZ 9.2c	Einen Entscheid über den langfristigen Hochwasserschutz Sihl-Zürichsee-Limmat (Stadt Zürich) treffen	8500	2018
RRZ 9.2e	Standards für Baukosten und für betriebliche sowie qualitative Anforderungen erarbeiten und für Hochbauten verbindlich umsetzen	8100	2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 10.1	Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.		
RRZ 10.1i	Die zuständigen Verwaltungseinheiten auf die neuen Rollen und Funktionen im Immobilienmanagement ausrichten	8100	2019
		8700	2019

RRZ 10.2 Der Kanton Zürich hält mit der Dynamik der Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft Schritt und nutzt ihre Möglichkeiten. Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.

RRZ 10.2e	Georeferenzdaten für alle Behörden und für die Öffentlichkeit zentral beschaffen und Geodaten zur umfassenden Nutzung durch die Öffentlichkeit bereitstellen	8300	2019
RRZ 10.2f	Eine elektronische Plattform für Baugesuche (ePB) schaffen, wo diese elektronisch eingereicht und der Stand der Bearbeitung verfolgt werden können	8300	2019

RRZ 10.3 Die Interessen des Kantons in den föderalen Strukturen sind gewahrt.

RRZ 10.3d	Die Interessen bezüglich Bau eines Tiefenlagers des Kantons Zürich wahren und die betroffenen Gemeinden unterstützen (Etappe 2 des Sachplans geologische Tiefenlager)	8500	2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

BD 10.1 Führungs- und Mitarbeiterentwicklung intensivieren und Prozesse optimieren

BD 10.1a	Konzept Fach- und Projektablaufbahn Baudirektion umsetzen	8000	2018
BD 10.1d	Dokumentenmanagementsystem Baudirektion einführen und umsetzen	8000	2021
BD 10.1e	IT-System-Gesamtarchitektur zur Bereitstellung der nötigen Daten für das Management der Immobilien einführen	8700	2019

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	758.4	711.4	704.1	-7.3	-1.0
Aufwand	-970.0	-1 002.6	-942.3	60.3	6.0
- Kreditübertragungen		-8.2			
Saldo	-211.6	-291.1	-238.2	53.0	18.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	50.8	62.1	45.9	-16.2	-26.1
Ausgaben	-312.1	-420.4	-292.7	127.7	30.4
- Kreditübertragungen		-152.3			
- Nachtragskredit		-22.4		22.4	100.0
Saldo	-261.4	-358.2	-246.7	111.5	31.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
53.0		Abweichungen total R18 zu B18
22.3	8500	- Geringerer Sachaufwand infolge Projektverzögerungen bzw. -verschiebungen beim Projekt «Gewässerraumausscheidung im Siedlungsgebiet», in den Bereichen Wasserbau (Revitalisierungen, Planung Hochwasserschutzprojekte, Gewässerunterhalt), Abfallwirtschaft, Energie, Luft und Dienste sowie geringere Kapitalfolgekosten
21.1	8710	- Hauptsächlich geringerer baulicher Unterhalt sowie geringere Honorare und Planungen Dritter infolge Projektverzögerungen (Schloss Laufen, CU Uetikon am See)
4.2	8910	- Geringerer Nettoaufwand im Bereich Naturschutz, v.a. aufgrund höherer Bundesbeiträge, verzögerter Projektabwicklungen und geringerer Staatsbeiträge sowie in den Bereichen Denkmalpflege sowie Ortsbild- und Landschaftsschutz, v.a. infolge geringerer Abschreibungen
3.9	8800	- Hauptsächlich geringerer Sachaufwand, v.a. in den Bereichen bodenkundliche Kartierung der Wälder mit sauren Böden und Schutzverordnungen, geringere ausgerichtete Staatsbeiträge und Entschädigungen in den Bereichen Landwirtschaft, Naturschutz und Forstwirtschaft sowie höhere Bundesbeiträge und Entschädigungen in den Bereichen Berufsbildung, Forst- und Landwirtschaft sowie Naturschutz (+0.6 Mio.)
3.2	8700	- Geringere Honorare und Dienstleistungen Dritter, v.a. infolge Verzögerung bei der Umsetzung des Mietermodells, sowie geringere Planungen Dritter, v.a. infolge Verzögerung bei der Erarbeitung von Portfolio- und Objektstrategien
-3.5	8510	- Nettoerhöhung der Rückstellungen für erwartete Sanierungs- und Ausfallkosten für die Altlastensanierung
1.8		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R18	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	-246.7			
- Zürich, Neubau Polizei- und Justizzentrum (11900)	-78.7	-694.3	-382.0	-312.3
- Lindau, Neu- und Ersatzbauten Agrovet-Strickhof, Forschungs- und Bildungszentrum (12062)	-2.8	-31.1	-32.8	0.0
- Bezirksverwaltung Winterthur, inkl. Gefängnis, Erweiterung und Sanierung (13156)	-3.9	-6.5	-6.0	-0.5
- Klosterinsel Rheinau, Teilbereich Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen und Gastronomie (13082)	-3.7	-28.5	-25.6	-3.0
- Winterthur, BGB, Villa Bühler, Instandsetzung und Übertrag VV (13607)	-4.8	-8.7	-3.9	-3.9
- Zürich Dietikon, Beiträge an Limmattalbahnhof (84D-50025)	-10.5	-61.3	-23.0	-38.3
- Neubau Werkhof Bülach (84H-10045)	-0.9	-2.8	-1.4	-1.4
- Sanierung A53 Oberlandautobahn (Teile 1 und 2), Vorarbeiten / Leichte Unterhaltmassnahmen (84K-10007)	-5.1	-42.7	-18.1	-24.6
- Umfahrung Obfelden-Ottenbach (84L-00001)	-1.1	-44.3	-3.5	-40.8
- Uster West - Neue Verbindungsstrasse (84L-00003)	0.0	-23.2	0.0	-23.2
- Sanierung A51 Kloten-Bülach (84L-10103)	-16.2	-199.2	-109.8	-89.4
- Bülach/Eglisau, Ausbau Schaffhauserstrasse (Hardwald) (84L-10104)	-1.2	-96.4	-2.4	-94.0
- Sanierung Umfahrung Glattfelden (84L-10122)	0.0	-6.8	-0.9	-5.9
- Schlieren, Engstringerknoten/Kreisel (84S-81022)	-0.6	-3.1	-1.6	-1.5

- Sihl, Thalwil, Entlastungsstollen (85W-745, bei den Gesamt-Nettoinvestitionen handelt es sich um eine Grobschätzung) / Projektierungskredit Entlastungsstollen zwischen Langnau a.A. und Thalwil: RRB Nr. 614/2015	-2.0	-7.2	-4.1	-3.1
- Thurauen (85W-700, 718, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 741, 743, 746, 766, 767, 768, 772, 775, 780, 785)/KRB vom 4. Dezember 2006 (Vorlage 4300)	2.1	-48.8	-25.6	-23.2
- Eulach, Winterthur, Hochwasserrückhaltebecken Hegmatten (85W-372) / KRB vom 10. Januar 2011 (Vorlage 4704)	-1.0	-35.0	-30.4	-4.6
- Sihl, Langnau, Schwemmholzrechen (85W-704) / KRB vom 8. Juni 2015 (Vorlage 5149)	-0.4	-26.1	-15.8	-10.3
- Übrige	-115.9			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

		R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)		1456.2	1528.5	1475.4	-53.1	-3.5
Δ abs.	LG	Begründungen				
-53.1		Abweichungen total R18 zu B18				
-7.7	8000	- Wechsel von Mitarbeitenden der Abteilung Informatik in das Amt für Informatik in der Finanzdirektion infolge Zentralisierung der IT-Grundversorgung im Rahmen des Projekts IKT				
-41.0	8400	- Verzögerte Stellenbesetzung der 30 zusätzlich bewilligten Stellen im Nationalstrassen-Unterhalt sowie verzögerte Besetzung von offenen Stellen infolge Fachkräftemangel				
-4.4		- Übrige Abweichungen				

Lohnaufwand (Fr. 1000)

		R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
8000	Generalsekretariat (GS)	-10156	-10596	-10697	-101	-1.0
8100	Hochbauamt (HBA)	-14906	-15872	-15236	636	4.0
8300	Amt für Raumentwicklung (ARE)	-14629	-14843	-14972	-129	-0.9
8400	Tiefbauamt (TBA)	-44951	-48848	-44705	4143	8.5
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)	-27323	-27817	-28058	-241	-0.9
8700	Immobilienamt	-12229	-12413	-13060	-647	-5.2
8800	Amt für Landschaft und Natur (ALN)	-38424	-40264	-40071	193	0.5
	Total	-162618	-170653	-166799		

Bemerkungen

Allg. Der Lohnaufwand umfasst neben den Grundlöhnen auch Zulagen, Dienstaltersgeschenke, Lohnrückerstattungen sowie Bildung oder Auflösung von Personalrückstellungen.

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2018)

		Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
8000	Generalsekretariat (GS)	79	40	39	54	25
8100	Hochbauamt (HBA)	131	43	88	96	35
8300	Amt für Raumentwicklung (ARE)	146	59	87	68	78
8400	Tiefbauamt (TBA)	482	49	433	422	60
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)	275	89	186	163	112
8700	Immobilienamt	142	43	99	119	23
8800	Amt für Landschaft und Natur (ALN)	522	261	261	189	333
	Total	1777	584	1193	1111	666

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
60/2016	Sinnvolle Wiederverwertung von wertvollem Bodenmaterial (Postulat Konrad Langhart, Stammheim, Martin Haab, Mettmenstetten, und Martin Hübscher, Wiesendangen)	Vorlage 5440 vom 14.03.2018	25.04.2016
137/2016	Ladestationen-Offensive: Jetzt Elektromobilität erleichtern (Postulat Andreas Hauri, Zürich, Olivier Moïse Hofmann, Hausen a.A., und Christian Lucek, Dänikon)	Vorlage 5460 vom 06.06.2018	29.08.2016
93/2016	Mehr Mass beim Denkmalschutz (Postulat Andreas Hauri, Zürich, Marcel Lenggenhager, Gossau, und Markus Schaaf, Zell)	Vorlage 5464 vom 13.06.2018	29.08.2016
206/2016	Mehr Augenmass beim Hochwasserschutz (Postulat Martin Farner, Stammheim, Martin Arnold, Oberrieden, und Philipp Kutter, Wädenswil)	Vorlage 5484 vom 22.08.2018	31.10.2016
403/2016	Förderung des Einsatzes von Zürcher Holz und vermehrter Berücksichtigung von Zürcher Bauunternehmen bei der Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen im Kanton Zürich («Holzinitiative») (Einzelinitiative Othmar Hasler, Sternenberg)	Vorlage 5493 vom 05.09.2018	24.04.2017
24/2015	Ergänzungsbericht zum Postulat KR-Nr. 24/2015 betreffend Beschaffungswesen der kantonalen Verwaltung, Abklärung Einführung Statistiktool VStat 2019 in den Direktionen	Vorlage 5456 vom 13.06.2018	26.03.2018
-	Kantonale Volksinitiative «Für einen gemeindefreundlichen Mehrwertausgleich»	Vorlage 5498 vom 26.09.2018	10.08.2018

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
28/2017	Baukosten langfristig senken (selbstständige Baukompetenz) (Leistungsmotion Kommission für Bildung und Kultur sowie für Planung und Bau)	10.04.2017
29/2017	Baukosten langfristig senken (Zuständigkeit Baudirektion) (Leistungsmotion Kommission für Bildung und Kultur sowie für Planung und Bau)	10.04.2017
177/2015	Richtplan Kapitel 4.7.2, Eintrag Flugplatz Dübendorf (Motion Christian Lucek, Dänikon, und Michael Welz, Oberembrach)	04.09.2017
185/2015	Anpassung des Baustandards bei kantonalen Hochbauprojekten (Postulat Roland Scheck, Zürich, Erich Bollinger, Rafz, und Josef Wiederkehr, Dietikon)	04.09.2017
320/2015	Rheinfall - wer A sagt, muss auch B sagen (Postulat Markus Späth-Walter, Feuerthalen, Martin Farner, Stammheim, und Benno Scherrer Moser, Uster)	04.09.2017
269/2014	Gesamtbetrachtung der Eigentalsstrasse, Ergänzungsbericht an den KR (Postulat Michael Welz, Oberembrach, Werner Scherrer, Bülach, und Roland Scheck, Zürich)	26.03.2018
95/2016	Beschleunigung des Unterschutzstellungsverfahrens (Postulat Markus Schaaf, Zell, Andreas Hauri, Zürich, und Marcel Lenggenhager, Gossau)	26.03.2018
47/2016	Verkehrerschliessung des Hochschulquartiers mit einer Seilbahn (Postulat Jonas Erni, Wädenswil, Olivier Hofmann, Hausen a.A., und Josef Widler, Zürich)	26.03.2018
77/2018	Rettungsplan für die landwirtschaftliche Forschung im Kanton Zürich (dringliches Postulat Philipp Kutter, Wädenswil, Martin Hübscher, Wiesendangen, und Robert Brunner, Steinmaur)	14.05.2018
161/2016	Attraktive Ortskerne (Postulat Farid Zeroual, Adliswil, Jörg Kündig, Gossau, und Christian Lucek, Dänikon)	03.09.2018
-	Kantonale Volksinitiative «Rettet die Zürcher Natur (Natur-Initiative)»	03.10.2018

8000 Generalsekretariat (GS)

Die neue Software «ProTime» konnte unter der Leitung des Generalsekretariats in der ganzen Baudirektion erfolgreich eingeführt werden, mit Ausnahme des Tiefbauamtes, wo die Einführung für 2019 vorgesehen ist. ProTime ist ein SAP-integriertes Produkt für die elektronische Erfassung und Genehmigung von Arbeitszeiten, Absenzen, Leistungen, Spesen und Zulagen. Es erhöht die Geschwindigkeit und Transparenz der betroffenen Prozesse und vermeidet Schnittstellen sowie Datenredundanzen.

Der Regierungsrat hat am 25. April des Berichtsjahres die neue kantonale IKT-Strategie festgesetzt und auf den 1. Juli 2018 in Kraft gesetzt. Die IKT-Grundversorgung erbringt das neu geschaffene Amt für Informatik (AFI) in der Finanzdirektion. Für die Umsetzung und Unterstützung dieses weitreichenden Projekts haben die Mitarbeitenden der Baudirektion aus den Bereichen Helpdesk, Support und IT-Betrieb bereits am 1. Juli des Berichtsjahres ins AFI gewechselt.

Aufgaben

- A1 Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Politik und Recht, Finanzen und Controlling, Organisationsentwicklung und Kommunikation
- A2 Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich Personalentwicklung, Personalberatung und Personaladministration
- A3 Informatikunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen sowie für die Staatskanzlei
- A4 Leitung Bewilligungsverfahren und Querschnittsaufgaben im Bereich Umwelt

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete Direktionsgeschäfte	A1	1180	1100	1061	-39	-3.5
L2	Betreute Mitarbeitende	A2	1757	1770	1777	7	0.4
L3	Betreute Informatikarbeitsplätze	A3	1509	1550	1534	-16	-1.0
L4	Bearbeitete Baugesuche	A4	3573	3000	3732	732	24.4
B1	Betreute Mitarbeitende pro HR-Stelle (ganze Baudirektion)	A2	133	135	135	0	0.0
B2	Betreute Informatikarbeitsplätze pro Supporter-Stelle (Helpdesk, First- und Second-Level-Support)	A3	269	277	274	-3	-1.1
W1	Zufriedenheit der Ämter der Baudirektion mit den Dienstleistungen des Generalsekretariats (Befragung alle 3 Jahre), in %	A1, A3, A4	82		-		
W2	Arbeitszufriedenheit der Arbeitnehmenden der Baudirektion (Personalbefragung alle 3 Jahre), in %	A2	-		-		
W3	Fristgerechte Erledigung von Störungsfällen sowie von Lieferungen Hard- und Software, in %	A3	84	80	83	3	
W4	Fristgerecht erledigte Baubewilligungsverfahren, in %	A4	75	80	74	-6	

Bemerkungen

- Allg. Aufgrund des Regierungsratsbeschlusses über die Zentralisierung der IT-Grundversorgung wurde die Informatikabteilung per 1. Juli 2018 ins Amt für Informatik in der FD ausgelagert. Die Indikatoren B2 und W3 werden im Berichtsjahr zum letzten Mal durch die Baudirektion ausgewiesen.
- L4 Die Anzahl der beim Kanton eingegangenen Baugesuche ist aufgrund der sehr guten Konjunkturlage und der hohen Bautätigkeit anhaltend sehr hoch. Die Annahme einer stagnierenden oder sogar zurückgehenden Anzahl hat sich als falsch erwiesen.
- W4 Die Anforderungen bei der Beurteilung von Baugesuchen nehmen tendenziell zu. Der Kanton arbeitet intern bereits vollständig digital und mit einer optimierten Geschäftskontrolle. Trotz optimierter Prozesse führt die grosse Anzahl zu beurteilender Baugesuche vermehrt zu Terminüberschreitungen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

BD 10.1a Konzept Fach- und Projektablaufbahn Baudirektion umsetzen

Die Umsetzung wurde vorerst für das Hochbauamt im Rahmen einer internen Reorganisation geprüft. Aufgrund des personellen Wechsels in der Amtsleitung wurde dies jedoch bis auf Weiteres gestoppt. Weitere Umsetzungsmöglichkeiten werden geprüft.

Verzögert 2018

BD 10.1d Dokumentenmanagementsystem Baudirektion einführen und umsetzen

Die Vergabe des Dokumentenmanagementsystems für die Baudirektion ist erfolgt. Die Arbeiten an der ersten Realisierungseinheit wurden Ende des Berichtsjahres gestartet. Der produktive Einsatz erfolgt gestaffelt ab Sommer 2019.

Planmässig 2021

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	81.0	83.8	76.0	-7.7	-9.2

Bemerkungen R18 zu B18

-7.8 Stellenübertrag per 1. Juli 2018 an das Amt für Informatik (FD) aufgrund der Zentralisierung der IT-Grundversorgung im Rahmen des Projekts IKT. Der Lohnaufwand wird vom Amt für Informatik weiterhin an das Generalsekretariat verrechnet.

0.1 Diverse kleinere, vorübergehende Abweichungen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	15.3	16.3	15.1	-1.2	-7.4
Aufwand	-47.7	-51.7	-50.3	1.4	2.8
- Übertrag in den NHS-Fonds (8910)	-21.0	-23.0	-23.0	0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-32.4	-35.4	-35.2	0.2	0.7

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.6	-5.7	-0.5	5.2	91.6
- Kreditübertragungen		-4.2		4.2	100.0
Saldo	-0.6	-5.7	-0.5	5.2	91.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.2		Abweichungen total R18 zu B18
1.4	A3	- Geringerer Informatikaufwand (saldoneutral)
0.2	A1	- Geringerer Aufwand für Finanzen und Controlling, v.a. aufgrund geringeren Bezugs von Informatikdienstleistungen
0.2	A4	- Geringerer Nettoaufwand für die Koordination Bau und Umwelt, v.a. aufgrund eines höheren Ertrags aus Baubewilligungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen
-0.2	A1	- Höherer Nettoaufwand für den Bereich Projekte, v.a. infolge Wegfalls von Entschädigungen für die Leistungen als kantonales Kompetenzzentrum Projektmanagement
-1.4	A1	- Geringere Erträge aus internen Verrechnungen von Informatikdienstleistungen (saldoneutral)
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
365925	9244	0	356681	-9244

8100 Hochbauamt (HBA)

Mehrere Bauvorhaben konnten eingeweiht werden wie zum Beispiel die Gesamtanierung der Allgemeinen Berufsschule Zürich, die Gesamtinstandsetzung der Berufsschule Mode und Gestaltung in Zürich, das Neubauprovisorium der Kantonsschule Uetikon am See, die Gesamtanierung Museum für Gestaltung Zürich, der Neubau Institut für Medizinische Mikrobiologie UZH oder der Umbau Halle 189/191 der ZHAW Winterthur.

Die jährlichen Investitionsausgaben für die Planung und Realisierung von kantonalen Bauvorhaben stiegen im Berichtsjahr nochmals markant auf über 490 Mio. Franken. Grund für die Verdoppelung der Investitionstätigkeit innert zweier Jahre ist die Realisierung vieler grosser Projekte wie der Neubau des Polizei- und Justizentrums (PJZ), der Laborbau UZI 5 der Universität Zürich, das Bildungszentrum in Uster, der Ersatz- und Ergänzungsbau für die Kantonsschule Büelrain in Winterthur, die Instandsetzung und Erweiterung des Bildungszentrums Zürichsee in Horgen, der Ersatzneubau Didymos im

Kantonsspital Winterthur sowie der Neubau des Behandlungstrakts SUED2 im Universitätsspital Zürich. Die Investitionstätigkeit wird auch langfristig hoch bleiben, denn weitere grosse Projekte stehen kurz vor der Realisierung wie beispielsweise der Umbau und die Erweiterung des Sportzentrums Kerenzerberg, der Laborneubau für die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) in Wädenswil oder der Ersatz- und Ergänzungsbau für die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland. Zudem wurden im Berichtsjahr mehrere Wettbewerbe und Planerwahlverfahren durchgeführt wie zum Beispiel für den Forumsneubau der Universität Zürich, für die Erweiterungsneubauten der Kantonsschule Limmattal in Urdorf, für den Neubau des AWEL-Werkhofs in Birmensdorf oder für die Neubauten im Campus T der ZHAW in Winterthur.

Die Aufzählung der Bauvorhaben umfasst eine Auswahl aus insgesamt über 840 laufenden grossen und kleinen Projekten.

Aufgaben

- A1 Planung und Bau von Neu- und Umbauten, Erneuerungen und Unterhalt im Auftrag der Fachdirektionen, Ämter und Betriebe
- A2 Beurteilung staatsbeitragsberechtigter Vorhaben im Auftrag der Fachdirektionen und Ämter
- A3 Betreuung Kunstsammlung Kanton Zürich: Inventarführung, künstlerischer Schmuck für öffentliche Zonen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Neue Projekte	A1	174	150	160	10	6.7
L2	Abgeschlossene Projekte	A1	103	150	117	-33	-22.0
L3	Projekte in Bearbeitung	A1	1044	1000	746	-254	-25.4
L6	Instandhaltungsmandate	A1	72	70	113	43	61.4
L7	Planerwahl/Wettbewerbe	A1	7	12	7	-5	-41.7
L8	Gutachten	A2	155	250	125	-125	-50.0
L9	Kunstgestaltungsprojekte	A3	80	120	60	-60	-50.0
L11	Bezahlte Rechnungen zulasten Baukredite	A1	15569	18500	19346	846	4.6
B1	Aufwand HBA-Projektmanagementleistungen im Verhältnis zu Baukosten abgeschlossener Projekte der letzten 4 Jahre, in %	A1	4.5	5	5.4	0.4	
B7	Unterschreitung (negative Zahl) / Überschreitung (positive Zahl) der Baukosten im Vergleich zur Kreditsumme abgeschlossener Projekte der letzten 4 Jahre, in %	A1	-8.0	-15	-9.1	5.9	
B9	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen innerhalb der kantonalen Zahlungsfristen, in %	A1	88.3	95	86	-9	
W1	Jährliches Nettoinvestitionsvolumen Hochbau, planbare Hochbauinvestitionen, in Mio. Franken	A1	-	511	-		
W4	Betreutes Investitionsvolumen mit HBA-Projektmanagementleistungen, Total, in Mio. Franken	A1	10080	10500	9553	-947	-9.0
W6	Betreutes Fremd-Investitionsvolumen, Total in Mietobjekten, in Mio. Franken	A1	202	250	205	-45	-18.0
W8	Bezahlte Rechnungen, in Mio. Franken	A1	346	450	492	42	9.3
W11	Umweltmanagement: Energieverbrauch im Vergleich zum Minergiestandard, in %	A1	-		-		
W12	Umweltmanagement: Anteil realisierte Neubauprojekte im Standard Minergie-P-eco, in %	A1		100	50	-50	-50.0

Bemerkungen

- L3 Systematischer Wechsel und Bereinigung der Datengrundlage (bisher aus Zeiterfassungssystem / neu aus Baukosten-managementsystem)
- L8 Weniger Gesuche für Gutachten, da die Kirchen keine Subventionen mehr ausrichten
- L9 Weniger Kunstgestaltungsprojekte, infolge aufwendiger Inventarisationsarbeiten
- W11 Der Indikator W11 wird nicht mehr erhoben und durch den Indikator W12 «Anteil realisierter Neubauprojekte im Standard Minergie-P-eco in %» ersetzt.
- W12 Von den zwei realisierten Neubauprojekten wurde eines nicht zertifiziert, da es sich um ein Provisorium handelt.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 9.2e Standards für Baukosten und für betriebliche sowie qualitative Anforderungen erarbeiten und für Hochbauten verbindlich umsetzen

Der Kantonsrat verlangt mit den Leistungsmotionen KR-Nrn. 28/2017 und 29/2017, dass das Hochbauamt Massnahmen ausarbeitet, die Einsparungen für kantonale Hochbauten von bis zu 25% ermöglichen. Dieselbe Stossrichtung verfolgt die Massnahme F21.1 in RRB Nr. 236/2016 (Leistungsüberprüfung 2016). Das Hochbauamt hat einen Regierungsratsantrag mit einem Massnahmenplan ausgearbeitet und dazu eine Vernehmlassung bei den Direktionen durchgeführt.

Abschluss 2019 2019

RRZ 10.1i Die zuständigen Verwaltungseinheiten auf die neuen Rollen und Funktionen im Immobilienmanagement ausrichten

Das Hochbauamt wurde gemäss den vom Kantonsrat beschlossenen Modellen (Mietermodell für das allgemeine Verwaltungsvermögen, Delegationsmodell für Universitätsbauten, Baurechtsmodell für Gesundheitsbauten) neu organisiert. Die Zusammenarbeit mit der Universität ist in einer neuen Immobilienverordnung festgelegt worden (RRB Nr. 593/2018). Mit dem Kantonsspital Winterthur und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland sind – wie schon mit dem Universitätsspital und der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich – Zusammenarbeitsvereinbarungen unterzeichnet worden, welche die Bauprojektmanagement-Dienstleistungen des Hochbauamtes für eine Übergangsphase festlegen.

Abschluss 2019 2019

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	114.8	122.9	117.2	-5.7	-4.7

Bemerkungen R18 zu B18

-5.7 Noch nicht genehmigter Stellenplan für Grossprojektleiter

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3.0	3.9	3.7	-0.2	-4.8
Aufwand	-26.2	-27.3	-25.3	2.0	7.2
- Kreditübertragungen					
Saldo	-23.2	-23.4	-21.6	1.8	7.6

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.8		Abweichungen total R18 zu B18
0.8	A1	- Geringerer Personalaufwand, v.a. aufgrund ausstehenden Stellenplans für Grossprojektleiter
0.7	A1	- Geringerer Sachaufwand, v.a. für Informatikdienstleistungen und Kunstgestaltungsprojekte
0.4	A1	- Geringerer Aufwand für Dienstleistungen und Planungen Dritter
-0.1	A1	- Fehlende Erträge für Verrechnung Kantonsspital Winterthur (KSW) und Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw)
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017 200449	Verwendung 2018 0	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019) 0	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018 200449	Veränderung Bestand 0

8300 Amt für Raumentwicklung (ARE)

Im Bereich Raumplanung wurde im Berichtsjahr der Dialog mit Städten und Gemeinden zum kantonalen Richtplan und zum neuen Raumplanungsgesetz im Rahmen der Ortsplanungsgespräche fortgeführt. Die Ergebnisse der öffentlichen Auflage zur Richtplanrevision 2017 wurden ausgewertet und in die Richtplanvorlage eingearbeitet. Die Kommissionen des Kantonsrates wurden in ihren Beratungen zum Mehrwertausgleichsgesetz sowie zur Richtplanrevision 2016 unterstützt. Die gesamthaft überarbeiteten regionalen Richtpläne konnten auf Ende des Berichtsjahres in 10 von 11 Regionen durch den Regierungsrat festgesetzt werden. Die Überarbeitung der kantonalen Inventare Landschaft und Ortsbild wurde weiter vorangetrieben. Zudem wurde die Vertiefung zur Entwicklung des Landschaftsraums Eich zwischen Dietlikon und Bassersdorf gestartet sowie die Gebietsplanung für die Landschaftsentwicklung des unteren Tösstals zum Abschluss gebracht. Schliesslich wurden zahlreiche kommunale Richt- und Nutzungspläne vorgeprüft und genehmigt und eine anhaltend hohe Anzahl an Baugesuchen ausserhalb Bauzonen, im Landschaftsschutz und im Ortsbildschutz bearbeitet. Im Bereich der Archäologie führte die intensive Bautätigkeit zu einer sehr hohen Zahl an Baubegleitungen, Sondierungen und Rettungsgrabungen. Grossflächige Bodenaufwertungen stellen aufgrund der Bodeneingriffe eine zusätzliche Herausforderung dar. Untersuchungen in Marthalen und Maur sind aufgrund der bedeutenden Funde hervorzuheben.

In der Denkmalpflege beschäftigte die Entwicklung der neuen Bilddatenbank alle Ressorts. Parallel dazu wurden die Daten in der neu eingeführten Objektdatenbank berichtigt und ergänzt.

Im Bereich der Geoinformation soll als Beitrag zur Digitalisierung die integrierte Nutzung von Grundstücks- und Gebäudedaten mit dem Projekt ObjektwesenZH optimiert werden. Damit werden die neuen Anforderungen des Bundes an das Gebäude- und Wohnungsregister umgesetzt. In einer breit abgestützten Projektorganisation wurde eine Studie dazu erarbeitet und die Anforderungen weiter vertieft. Auf dieser Grundlage hat der Regierungsrat Ende des Berichtsjahres die Umsetzung des Projekts ObjektwesenZH beschlossen. Im Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen wurden weitere 46 Gemeinden freigeschaltet. Damit sind rund drei Viertel aller Gemeinden, darunter die Städte Zürich, Uster und Winterthur im Kataster verfügbar. Die bestehenden Luftaufnahmen von 2014/2015 wurden mit einer neuen Befliegung im Berichtsjahr aktualisiert und als Orthofotomosaik zur freien Nutzung bereitgestellt. In Zusammenarbeit mit Fachämtern wurden im GIS-Browser verschiedene neue Karten publiziert, die auf grosses Interesse gestossen sind (Klimakarten des Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft sowie Arbeitsplatz- und Quartieranalyse des Amtes für Raumentwicklung und des Statistischen Amtes).

Aufgaben

- A1 Raumplanung: Grundlagen und Planungen im kantonalen Interesse; Genehmigen oder Festsetzen kantonalen, regionalen und kommunaler Pläne; Interessensabwägung sicherstellen; Bewilligungen ausserhalb Bauzonen und im geschützten Ortsbild
- A2 Denkmalpflege: Erhaltung, Pflege und Dokumentation von Baudenkmälern
- A3 Archäologie: Erhaltung, Pflege und Dokumentation von archäologischen Denkmälern
- A4 Geoinformation: Entscheidungsrelevante, verlässliche raumbezogene Informationen zur Verfügung stellen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Vorgeprüfte und genehmigte kommunale Richt- und Nutzungspläne im urbanen Raum	A1	154	140	135	-5	-3.6
L2	Vorgeprüfte und genehmigte kommunale Richt- und Nutzungspläne ausserhalb des urbanen Raums	A1	89	90	82	-8	-8.9
L3	Bearbeitete Baugesuche zum Bauen ausserhalb der Bauzonen und zum Ortsbildschutz	A1	1151	1200	1566	366	30.5
L4	Gebietsplanungen in Bearbeitung	A1	5	2	3	1	50.0
L5	Gebietsplanungen in Umsetzung	A1	13	10	13	3	30.0
L6	Bearbeitete Baugesuche Denkmalpflege	A2	350	300	351	51	17.0
L7	Bearbeitete Baugesuche Archäologie	A3	495	400	321	-79	-19.8
L8	Archäologische Interventionen	A3	119	100	125	25	25.0
L9	Übernahme von Gemeinden in Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB; Zielwert)	A4	39	46	46	0	0.0
L10	Erfüllte Leistungskriterien gemäss Service-Level-Agreement-Verträgen Datenlogistik ZH, in % (Zielwert)	A4	99.4	98	99.6	1.6	
L11	Verfügbarkeit der Geodaten-Infrastruktur während Service-Zeiten, in % (Zielwert)	A4		98	99.85	1.85	1.89
B2	Kostendeckungsgrad Datenlogistik ZH, in %	A4	73	70	85	15	
W1	Beanspruchte Bauzone pro Person, in m ²	A1	105	115	105	-10	-8.7
W2	Saldo von Ein- und Auszonungen, in ha	A1	5	10	12	2	20.0
W3	Anteil erstelltes Gebäudevolumen in Gebieten, die aus landschaftlicher Sicht einen besonderen Schutz verdienen, in % des gesamten Gebäudevolumens	A1	0.3	0.2	0.4	0.2	100.0

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
W4 Anteil öffentlich zugänglicher Dokumentationen von beitragsberechtigten Bauvorhaben, in %	A2	30	90	100	10	
W5 Anteil öffentlich zugänglicher Dokumentationen von begleiteten Bauvorhaben, in %	A3	100	95	100	5	
W6 Datenvolumen der Web-Dienste, in Terabyte (TB)	A4	17.5	20	21.1	1.1	5.5
W7 Erfüllte Qualitätskriterien der Daten für das Gebäude- und Wohnregister GWR, in %	A4	83.5	95	82.9	-12.1	

Bemerkungen

- L3 Die Anzahl bearbeiteter Baugesuche ausserhalb der Bauzone ist stark angestiegen. Gründe dafür sind in exogenen Faktoren wie Bevölkerungswachstum, Strukturwandel in der Landwirtschaft und Wirtschaftskraft zu suchen.
- L4 Die Gebietsplanung Gesamtkonzept Erholung Thurauen konnte nicht wie geplant im Berichtsjahr abgeschlossen werden.
- L6, L8 Die Steigerung ist auf exogene Faktoren zurückzuführen.
- L7 Der gegenüber der Prognose tiefere Wert ist auf exogene Faktoren zurückzuführen.
- B2 Die Verrechnung an die Kunden der Datenlogistik ZH erfolgt jeweils per Ende September. Zu diesem Zeitpunkt werden die Aufwände bis Ende des Berichtsjahres geschätzt und auf dieser Grundlage die Rabatte an die Kunden weitergegeben. Die Aufwände im 4. Quartal des Berichtsjahres waren tiefer als erwartet, da ein geplantes Projekt erst 2019 angegangen wird.
- W1 Der Planwert wurde mit dem KEF 2019-2021 angepasst.
- W2 In der Gemeinde Adliswil wurde 2017 die Einzonung des Gebietes Dietlimoos im Umfang von 7.5 ha rechtskräftig, was massgeblich zum hohen Saldo der Ein-/Auszonungen führt.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 7.1a Ortsspezifische Dichten entwickeln, Akzeptanz dafür schaffen und die Innenentwicklung in den Gemeinden voranbringen

Die Wegleitung zur Regelung des Parkplatzbedarfs wurde überarbeitet und in die Vernehmlassung Abschluss 2019 2019 gegeben. Ein Entscheid über den Umgang mit diesen Einwendungen und eine allfällige Publikation wird erst in der neuen Legislatur möglich sein.

RRZ 7.1b Den Mehrwertausgleich gesetzlich regeln

Die Kommissionsberatungen gestalten sich äusserst aufwendig und anspruchsvoll. Das Einzonungs- moratorium des Bundes ab Mai 2019 kann aller Voraussicht nach nicht vermieden werden. Abschluss 2019 2019

RRZ 7.1c Lösungsmöglichkeiten zwischen Nutzungs- und Schutzinteressen in der raumplanerischen Interessenabwägung weiterentwickeln

Es konnten vier Themen vertieft werden. Ende Berichtsjahr wurde eine verwaltungsinterne Vernehmlassung zu den gewonnenen Erkenntnissen durchgeführt. Das Projekt kann voraussichtlich zum Abschluss 2019 2019 Legislaturende wie geplant abgeschlossen werden. Die Interessenabwägung wird dabei künftig auch als Daueraufgabe anzusehen sein und einen hohen Stellenwert behalten.

RRZ 7.1d Gemeinden und Regionen befähigen, Erholungsnutzungen zu koordinieren und zu lenken

Das Projekt «Hot Spots» an der Thur wurde in Absprache mit den Gemeinden sistiert, da vorerst keine Einigung insbesondere hinsichtlich der Lokalisierung von Parkplätzen erzielt werden konnte. Es wurde ein neues Projekt unter dem Titel «Gesamtkonzept Erholung Thurauen» aufgesetzt, welches mit neuen Zieldefinitionen und externer Unterstützung eine gesamtheitliche Lösung anstreben will. Abschluss 2019 2019

RRZ 8.1g Gezielt räumliche Entwicklungsimpulse für den Wirtschaftsraum setzen

Das Gebietsmanagement Lengg sowie die Gebietsplanungen Wädenswil und Chance Uetikon (CU) wurden weiter vorangetrieben. Bei der Gebietsplanung Chance Uetikon wurde die Testplanung abgeschlossen, das Beteiligungsverfahren fortgeführt und ein Masterplan erarbeitet. In den Projekten Lengg und Wädenswil konnten mit den Projektpartnern wichtige Grundsatzfragen geklärt werden. Abschluss 2019 2019

RRZ 10.2e Georeferenzdaten für alle Behörden und für die Öffentlichkeit zentral beschaffen und Geodaten zur umfassenden Nutzung durch die Öffentlichkeit bereitstellen

Zu Beginn des Berichtsjahres wurde die freie Nutzung von Geodaten (Open Government Data) rechtlich und technisch Realität. Es stehen 137 Geodatenätze und 117 Geodienste zur freien Nutzung bereit. Im Berichtsjahr wurden 50 000 Geodatenätze bezogen. Dies entspricht rund 200 Bezügen pro Arbeitstag. 45% aller bezogenen Datensätze betreffen die Amtliche Vermessung. Im Weiteren wurde auf der Grundlage der flächendeckend vorhandenen Daten der Amtlichen Vermessung die Produktion des kantonalen Übersichtsplans neu konzipiert und umgesetzt. Der Übersichtsplan wird vollautomatisch aus den Daten der Amtlichen Vermessung abgeleitet, wodurch eine höhere Aktualität gewährleistet werden kann. Abgeschlossen 2019

RRZ 10.2f Eine elektronische Plattform für Baugesuche (ePB) schaffen, wo diese elektronisch eingereicht und der Stand der Bearbeitung verfolgt werden können

Im Berichtsjahr wurde die Plattform aufgebaut und in einem Probetrieb getestet. Die Erkenntnisse wurden in Workshops mit Beteiligten und Betroffenen vertieft. Auf dieser Grundlage konnten bis Ende des Berichtsjahres alle offenen Fragen geklärt und für die definitive Umsetzung spezifiziert werden. Abschluss 2019 2019

BD 7.1a Die Handlungsspielräume für die Raumentwicklung erkennen und nutzen

Die Massnahme entspricht RRZ 7.1c, deshalb wurde wie bereits im Vorjahr kein eigenes Jahresziel definiert. Verzicht 2019

BD 7.1b Über hochwertige Baukultur und ein attraktives Landschaftsbild lokale Identitäten stärken

Die Überweisung der Revision des Planungs- und Baugesetzes, «Planen und Bauen am Zürichsee», an den Kantonsrat ist erfolgt. Die Vernehmlassung der Verordnungsanpassung «Revision Schattenwurfregelung» konnte Ende des Berichtsjahres gestartet werden. Planmässig 2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
	121.1	122.3	122.5	0.2	0.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5.7	16.7	6.1	-10.6	-63.6
Aufwand	-30.6	-40.5	-29.9	10.6	26.2
- Abschreibungen und Zinsen	-1.0	-1.0	-1.0	0.0	0.6
- Staatsbeiträge	-0.4	-10.2	-0.2	10.0	98.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	-24.9	-23.8	-23.8	-0.0	-0.1

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-0.1	-1.2	-0.6	0.6	51.4
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.1	-1.2	-0.6	0.6	51.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.0		Abweichungen total R18 zu B18
10.0	A2	- Geringerer Aufwand Denkmalpflege, da infolge Verzögerung im Projekt Wasserkraftwerk Aabach keine durchlaufenden Beiträge aus dem Lotteriefonds benötigt wurden (saldoneutral)
0.5	A4	- Geringerer Sachaufwand Geoinformation, da weniger Kosten beim Softwareunterhalt anfielen
-0.6	A4	- Geringere Beiträge vom Bund für die periodische Nachführung der amtlichen Vermessung sowie für die Umsetzung des kantonalen Geoinformationsgesetzes (KGeolG)
-10.0	A2	- Geringerer Ertrag Denkmalpflege, da infolge Verzögerung im Projekt Wasserkraftwerk Aabach keine durchlaufenden Beiträge aus dem Lotteriefonds benötigt wurden (saldoneutral)
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-1.2	-0.6	0.6	
- Elektronische Plattform für Baugesuche (ePB) (RRZ 10.2f, A4)	-0.4	-0.4	0.0	
- Objektwesen ZH (A4)	-0.4	0.0	0.4	- Verzögerung im Projekt durch längere Initialisierung und Konzeption
- Kantonales Geoinformationsgesetz; Kantonale Geodatenprodukte (KGeolG, KGP) (RRZ 10.2e, A4)	-0.4	-0.1	0.3	- Lieferverzögerung bei der Realisierung eines Orthofotomosaiks für den Kanton Zürich aufgrund mangelhafter Qualität. Die Zahlungen konnten 2018 nicht freigegeben werden.
- Übrige	0.0	-0.1	-0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
359600	0	0	359600	0

8400 Tiefbauamt (TBA)

Bei den Staatsstrassen lagen die Schwerpunkte bei der Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Strassennetzes einschliesslich Kunstbauten und Lichtsignalanlagen, der Erhöhung der Siedlungsverträglichkeit durch Umsetzung von baulichen Lärmschutzmassnahmen, der Verbesserung des hindernisfreien Zugangs zum öffentlichen Verkehr sowie der Vervollständigung des Radwegnetzes zur Erhöhung der Sicherheit auf den Schul- und Arbeitswegen.

Der Betrieb und Unterhalt der Staatsstrassen, verbunden mit dem entsprechenden Leistungsauftrag des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) für die Autobahnen im Wirkungssperimeter der zürcherischen Gebietseinheit VII, waren die Hauptaufgaben im Berichtsjahr. Die ASTRA-Projekte «Ausbau Nordumfahrung», «Instandsetzung Zürich-Ost – Effretikon» und «Einhaussung Schwamendingen» beanspruchten die Mitarbeitenden der Gebietseinheit VII zusätzlich intensiv.

Aufgaben

- A1 Bau und baulicher Unterhalt: Projektierung und Bauausführung von Staatsstrassenneu-, -unterhalts- und -ausbauten, einschliesslich Kunstbauten
- A2 Betrieb: Staats- und Nationalstrassen (Auftrag Bund), einschliesslich Tragkonstruktionen und Verkehrseinrichtungen
- A3 Hoheitliche Aufgaben: Konzessionen, Bewilligungen für Werkleitungen
- A4 Querschnittaufgaben: Verkehrszählungen, Lärmschutz-Sanierungen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Instand gesetzte und neu gebaute Strassen, in km	A1	93.099	70	75.463	5.463	7.804
L2	Unterhaltene Staatsstrassen, in km	A2	1326.8	1326.5	1327.4	0.9	0.1
L3	Unterhaltene kantonale Autobahnen und Hochleistungsstrassen, in km	A2	73.7	73.7	73.7	0.0	0.0
L4	Durch Strasseninspektorat koordinierte Baustellen	A1, A2	129	150	160	10	6.7
L5	Erteilte Konzessionen/Bewilligungen für Werkleitungen	A3	776	770	710	-60	-7.8
L6	Beurteilte Baugesuche bezüglich Lärmschutz	A4	646	500	726	226	45.2
B1	Kosten pro km Strassenbau und -instandsetzung im Durchschnitt der letzten 5 Jahre, in Fr.	A1	-	1500000	1478260	-21740	-1.4
B2	Betriebliche Unterhaltskosten pro km der Staatsstrassen (ohne kantonale Autobahnen und Hochleistungsstrassen), in Fr.	A2	34867	35000	31787	-3213	-9.2
B3	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen innerhalb der kantonalen Zahlungsfristen, in %	A1, A2, A3, A4	98.3	95	97.8	2.8	
W1	Anteil der instand gesetzten und neu gebauten Strassen am Total der Staatsstrassen, in %	A1	6.65	5	5.39	0.39	
W2	Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes (in Mio. Franken, inkl. Land)	A1	16.3	15	13.0	-2.0	-13.3
W3	Zustand Kunstbauten, Anteil in schlechtem Zustand, in %	A1	1.2	1.5	1.2	-0.3	
W4	Zustandsindex Fahrbahnoberflächen Staatsstrassen, Anteil in ausreichendem bis gutem Zustand (Erhebung mind. alle 5 Jahre), in %	A1	-		-		

Bemerkungen

- L1 Projektbedingte Abweichungen
- L6 Im Unterschied zu den anderen Fachstellen sind in der Statistik der Fachstelle Lärmschutz (FALS) neu auch jene Geschäfte enthalten, bei denen die FALS nach einer (Vor-)Prüfung zum Schluss kommt, dass kein Entscheid bzw. keine Stellungnahme erforderlich ist. Seit Herbst des Berichtsjahres laufen Stellungnahmen zu Gestaltungsplänen neu auch über die FALS.
- B1 Projektbedingte Abweichungen
- B2 Aufgrund der Hitze im Sommer des Berichtsjahres war das Wachstum nicht so gross, sodass der Gründienst reduziert werden konnte. Zusätzlich fielen die Kosten für den Winterdienst Herbst/Winter 2018 wesentlich tiefer aus als angenommen.
- W2 Projektbedingte Abweichungen infolge Einsprachen und aufwendigerer Verhandlungen
- W4 Die Erhebung der Daten erfolgte im Herbst des Berichtsjahres. Der entsprechende Wert kann nach der Datenanalyse im Rechnungsjahr 2019 ausgewiesen werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 9.2a Ein Strategisches Erhaltungsmanagement (SEM) einführen und etablieren zur Sicherstellung der hohen Verfügbarkeit bei knapper werdenden Mitteln und steigenden Nutzeransprüchen

Die SEM-Grundlagen unterstützen die operative Erhaltungsplanung sowie die zeitliche und inhaltliche Koordination der Erhaltungsmaßnahmen. Abschluss 2019 2019

Die Auslegung des SEM-Ansatzes zur netzweiten Langfristprognose des Mittelbedarfs für die Kunstbauten und die Betriebs- und Sicherheitsanlagen ist in Bearbeitung.

BD 7.1c Die Lärmsanierungsprojekte an den Staatsstrassen abschliessen

Bis zum vorgegebenen Termin vom 31. März des Berichtsjahres konnte die Lärmschutzsanierung weder in den Landgemeinden noch in den Städten Zürich und Winterthur abgeschlossen werden. Dies ist auch in vielen anderen Kantonen der Schweiz der Fall. Deshalb hat der Bundesrat die Möglichkeit zum Bezug von Bundesbeiträgen mittels Änderung der Lärmschutz-Verordnung vom 1. April 2018 bis Ende 2022 verlängert. Verzögert 2018

Bis Ende des Berichtsjahres konnten etwa 85% der Sanierungsarbeiten ausserhalb der Stadt Zürich ausgeführt werden. In 78 Gemeinden sind die Arbeiten abgeschlossen. Nach dem Entzug der aufschiebenden Wirkung von Rekursen durch das Bundesgericht konnte in der Stadt Zürich mit der Umsetzung der Schallschutzfenster-Projekte entlang den Staatsstrassen begonnen werden.

Die Abklärungen zu Geschwindigkeitsreduktionsbegehren haben in vielen Gemeinden zu weiteren Verzögerungen geführt. In den durch Tempo-30-Einsparungen blockierten Städte Dietikon und Wetzikon wird ein schrittweises Verfahren angestrebt, mit dem die Sanierungsarbeiten 2019 auf unbestrittenen Strassenabschnitten fortgesetzt werden können.

Im Berichtsjahr wurden auf weiteren sechs Teststrecken lärmarme Beläge eingebaut. Aufgrund einer verbesserten Rezeptur konnte gegenüber den sieben bisher realisierten Abschnitten eine leicht höhere Wirkung gemessen werden.

8400 9a Überarbeitung der Ausbaustandards für Staatsstrassen in Abstimmung mit der Volkswirtschaftsdirektion, Amt für Verkehr

Für die in der Zuständigkeit des Tiefbauamtes liegenden Elemente wurde mit der Bearbeitung begonnen. Verzögert 2018

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung bis 2020 gerechnet werden.

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	455.4	496.6	455.5	-41.0	-8.3

Bemerkungen R18 zu B18

-41.0 Die auf das Berichtsjahr zusätzlich bewilligten Stellen im Nationalstrassen-Unterhalt wurden erst nach Bewilligung des Budgets 2018 mit Verzögerung und erst teilweise besetzt. Zusätzlich verzögert sich die Besetzung von offenen Stellen infolge Fachkräftemangel.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	297.1	293.8	284.3	-9.4	-3.2
- Entschädigungen und Beiträge vom Bund	39.1	44.2	39.5	-4.7	-10.6
- Übertrag aus Strassenfonds	229.8	217.6	214.6	-3.1	-1.4
- Übrige Erträge	28.1	31.9	30.2	-1.7	-5.3
Aufwand	-297.1	-293.8	-284.3	9.4	3.2
- Abschreibungen und Zinsen	-73.6	-83.6	-75.9	7.8	9.3
- Betriebsaufwand	-223.5	-210.1	-208.5	1.7	0.8
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	10.6	16.0	8.2	-7.8	-48.7
Ausgaben	-128.5	-115.7	-116.1	-0.4	-0.4
- Kreditübertragungen					
- Nachtragskredit		-20.0		20.0	100.0
Saldo	-117.9	-99.7	-107.9	-8.2	-8.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R18 zu B18
8.7	A1	- Geringere ausserordentliche Abschreibungen von Nationalstrassen infolge geringerer Investitionen in den Nationalstrassenbau
4.8		- Geringere Personalkosten aufgrund der verzögerten Besetzung von neu geschaffenen Stellen im Strassenunterhalt und infolge Fachkräftemangel bestehender Stellen
3.3	A2	- Geringerer betrieblicher Strassenunterhalt, v.a. aufgrund geringeren Winter- und Gründienstes
1.9		- Geringerer übriger Sachaufwand
0.5		- Geringere Interne Verrechnungen im Bereich Informatik
-0.8	A1	- Höhere Abschreibungen von Staatsstrassen und übrigen Sachanlagen v.a. infolge höherer Investitionen in den Staatsstrassenbau
-3.1		- Tieferer Übertrag aus dem Strassenfonds (VD)
-6.0	A1	- Geringere Sofortauflösung passivierter Investitionsbeiträge infolge geringerer Investitionen in den Nationalstrassenbau
-10.2	A1	- Höherer projektbedingter baulicher Strassenunterhalt
0.9		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-99.7	-107.9	-8.2	
- Zürich Dietikon, Beiträge an Limmattalbahn (84D-50025)	-10.5	-10.5	0.0	
- Neubau Werkhof Bülach (84H-10045)	-0.5	-0.9	-0.4	- Die Projektierungsarbeiten und die vorgezogene Ausführungsplanung sind im Berichtsjahr weiter fortgeschritten als ursprünglich angenommen.
- Sanierung A53 Oberlandautobahn (Teile 1 und 2), Vorarbeiten / Leichte Unterhaltsmassnahmen (84K-10007)	-2.7	-5.1	-2.4	- Instandsetzung wurde infolge Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) gestoppt. Als Folge davon mussten im Berichtsjahr weitere Sofortmassnahmen ausgelöst werden, die umfangreicher als geplant ausfielen.
- Umfahrung Obfelden-Ottenbach (84L-00001)	-0.5	-1.1	-0.6	- Das Erhebungskonzept Wirkungskontrolle sowie die Submissionen für die Planer- und Unternehmerleistungen konnten vorgezogen werden.
- Rosengarten-Tunnel/-Tram (84L-00002)	-1.0	0.0	1.0	- Das Geschäft ist im Kantonsrat noch nicht fertig beraten. Es fielen bisher keine externen Kosten an.
- Uster West - Neue Verbindungsstrasse (84L-00003)	-0.1	0.0	0.1	
- Sanierung A51 Kloten-Bülach (84L-10103)	-18.5	-16.2	2.3	- Durch den höheren Finanzbedarf, ausgelöst durch die Intensivbauphase im Sommer 2017, ergaben sich im Berichtsjahr Minderkosten trotz der 2. Intensivbauphase im Sommer des Berichtsjahres.
- Bülach/Eglisau, Ausbau Schaffhauserstrasse (Hardwald) (84L-10104)	-1.2	-1.2	0.0	
- Sanierung Umfahrung Glattfelden (84L-10122)	0.0	0.0	0.0	
- Schlieren, Engstringerknoten/Kreisel (84S-81022)	-0.3	-0.6	-0.3	- Die Bereinigung der Einwendungen im Rahmen der Vernehmlassung zu §§ 12 und 13 StrG und das Ausarbeiten des Bauprojekts waren aufwendiger als geplant.
- Übrige	-64.4	-72.3	-7.9	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
619 100	34 000	0	585 100	-34 000

Bemerkungen

Verwendung für Personalzwecke

8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)

Um Kinder besser vor radioaktivem Radongas zu schützen, werden in allen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen des Kantons zeitlich gestaffelt Radonmessungen durchgeführt. Im Berichtsjahr wurden Dosimeter in den Regionen Zürcher Oberland und Winterthur ausgelegt. Erste Ergebnisse werden im Sommer 2019 erwartet. Bei Überschreitungen des Referenzwertes werden Radonsanierungen eingeleitet.

Auf der Abwasserreinigungsanlage (ARA) Neugut Dübendorf läuft bereits seit drei Jahren eine Reinigungsstufe zur Elimination von Mikroverunreinigungen. Messungen zeigen, dass die Reinigungsstufe einen Grossteil an chronisch toxischen Stoffen und weitere unerwünschte chemische Verbindungen aus dem Abwasser zu entfernen vermag. Die Qualität der ober- und unterirdischen Gewässer im Glattal wird dadurch nachhaltig verbessert. Im Sommer des Berichtsjahres haben die ARA Eich in Bassersdorf und die ARA Werdhölzli in Zürich ebenfalls eine Reinigungsstufe zur Elimination von Mikrover-

unreinigungen in Betrieb genommen. Bis 2040 sollen 40 ARA im Kanton Zürich mit einer solchen Stufe ausgerüstet werden. Mit «Leitbild und Strategie Seebecken der Stadt Zürich» liegt seit 2009 eine konzeptionell-strategische Grundlage für das Handeln der Verwaltungsabteilungen von Stadt und Kanton im Seebecken vor. 2017 wurden die Themenfelder «Kultur und Veranstaltungen» und «Gastronomie» überprüft und überarbeitet.

Die Anpassungen wurden mit Beschluss der Behördendelegation vom 9. Februar des Berichtsjahres festgesetzt. Mit der überarbeiteten «Generellen Bewilligung» wird die Entscheidungskompetenz über die Bewilligungsfähigkeit von Veranstaltungen auf den Landanlagen im unteren Seebecken in den neu definierten Grenzen vollständig der Stadt Zürich abgegeben, mit dem Ziel, den Bewilligungsprozess effizienter und kundenfreundlicher zu gestalten.

Aufgaben

- A1 Die Hochwassersicherheit wird durch gezielte bauliche Schutzmassnahmen, Gewässerrevitalisierung und den Gewässerunterhalt verbessert.
- A2 Ein effizienter Umweltschutzvollzug wird sichergestellt.
- A3 Die Bevölkerung wird in Innenräumen und im Freien vor übermässiger Luftverschmutzung und Strahlung geschützt.
- A4 Die Abfälle werden umweltgerecht entsorgt und soweit als möglich als Ressourcen genutzt.
- A5 Eine sichere und nutzeroptimierte Energieversorgung wird sichergestellt.
- A6 Treibhausgase werden durch die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien vermindert.
- A7 Es wird eine sichere, ausreichende und wirtschaftliche Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung gewährleistet.
- A8 Die Gewässer werden überwacht, vor schädlichen Einwirkungen geschützt und ihre ökologischen Funktionen werden erhalten oder wiederhergestellt.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Realisierte kantonale Hochwasserschutzprojekte (Zielwert)	A1	3	2	1	-1	-50.0
L2	Einsätze Schadenfallpikett	A2	211	200	210	10	5.0
L3	Bewilligungen und Kontrollen im betrieblichen Umweltschutz	A2	1800	1800	1800	0	0.0
L4	Kontrollen bei Mobilfunkanlagen	A3	342	300	388	88	29.3
L7	Unterhaltene Gewässergebiete, in ha	A1		1600	1734	134	8.4
L8	Revitalisierte Gewässer, in km	A8		3	1.4	-1.6	-53.3
B2	Der Kanton Zürich ist unter den fünf günstigsten Kantonen bezüglich Stromtarife für Haushalte, Rang	A5	2	5	1	-4	
B6	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen innerhalb der kantonalen Zahlungsfrist, in %	A1	97.8	95	98.1	3.1	
W4	Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezüglich NO2 (Ziel 2020 = 2%), in %	A3	2	4	1	-3	
W8	Energieverwertung aus Abfall, in GWh	A4	1370	1390	1406	16	1.2
W9	Verwertung mineralischer Rückbaustoffe in gebundener Form, in %	A4	53	53	54	1	
W10	Durchschnittliche Dauer der ungeplanten Stromunterbrechungen pro Endverbraucher, in Min.	A5	5.1	30	5.1	-24.9	-83.0
W11	CO2-Ausstoss pro Kopf, in t	A6	4.5	4.6	4.4	-0.2	-4.3
W12	Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch (ohne Mobilität) (Ziel 2020 = 20%), in %	A6	18	18	18	0	0.0
W13	Anteil der Bevölkerung mit aktueller Wasserversorgungsplanung (Ziel 2020 = 95%), in %	A7	87	92	95	3	3.3
W14	Anteil Wasserproben, welche die Qualitätsanforderungen erfüllen (Ziel 2025 = 85%), in %	A8	81	81	82	1	1.2

Bemerkungen

L1, L8 Infolge der Fokussierung auf die grossen Hochwasserschutzprojekte (Entlastungsstollen Thalwil, Platzspitzwehr Zürich und Altbach Kloten) konnten im Berichtsjahr weniger Gewässer revitalisiert und nur ein Hochwasserschutzprojekt abgeschlossen werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 7.1g Die Massnahmenpläne zur Verminderung der Treibhausgase und Anpassung an den Klimawandel festsetzen

Die Massnahmenpläne wurden im Berichtsjahr von der Baudirektion festgesetzt. Der Regierungsrat beauftragte die anderen Direktionen mit der Umsetzung der Massnahmen in ihrem Zuständigkeitsbereich.

Abgeschlossen 2019

RRZ 7.2b Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEN 14) festsetzen und dem Kantonsrat mittels Änderung des Energiegesetzes unterbreiten

Im Berichtsjahr wurde die Vernehmlassung zu den Mustervorschriften durchgeführt und die Vorlage soll 2019 dem Kantonsrat vorgelegt werden.

Verzögert 2018

RRZ 9.2c Einen Entscheid über den langfristigen Hochwasserschutz Sihl-Zürichsee-Limmat (Stadt Zürich) treffen

Im Oktober 2017 wurde entschieden, die Stollenvariante weiterzuverfolgen. Damit konnte die Phase des Variantenentscheides abgeschlossen werden. Das Hochwasserschutzprojekt «Entlastungsstollen Thalwil» ist im Berichtsjahr bis auf Stufe Bauprojekt weiterentwickelt worden. Anfang 2019 erfolgt die öffentliche Auflage.

Abgeschlossen 2018

RRZ 10.3d Die Interessen bezüglich Bau eines Tiefenlagers des Kantons Zürich wahren und die betroffenen Gemeinden unterstützen (Etappe 2 des Sachplans geologische Tiefenlager)

Der Bundesrat hat am 21. November des Berichtsjahres den Abschluss der 2. Etappe des Sachplans geologische Tiefenlager beschlossen, 2019 beginnt die 3. Etappe. Im Kanton werden voraussichtlich zwei Standorte weiter untersucht werden.

Abgeschlossen 2019

BD 7.1d Die Grundwasserschutzareale Rheinau und Rafzerfeld festsetzen

Das Grundwasserschutzareal Rafzerfeld wurde im Berichtsjahr festgesetzt und für das Areal Rheinau wurde das Anhörungsverfahren abgeschlossen.

Planmässig 2019

BD 7.1f Die Gewässerräume werden durch den Kanton und die Gemeinden festgelegt.

Die Arbeiten zur Gewässerraumausscheidung im Siedlungsgebiet schreiten in den urbanen Gebieten gut voran.

Planmässig 2022

BD 7.1g Die Erfahrungen im Umgang mit Neophyten aus dem Reppischtal liegen vor.

Das Projekt für die vierjährige Bekämpfung der Neophyten für 2017–2020 ist organisiert und gestartet.

Planmässig 2019

BD 7.1k Der Massnahmenplan Abfall- und Ressourcenwirtschaft 2019-2022 ist festgesetzt.

Der Massnahmenplan der kantonalen Abfall- und Ressourcenwirtschaft 2019–2022 wurde am 14. Dezember 2018 festgesetzt.

Abgeschlossen 2019

BD 7.1l Der Massnahmenplan Neobiota 2018-2021 ist auf Stufe Baudirektion festgesetzt.

Der Massnahmenplan invasive gebietsfremde Organismen 2018–2021 wurde am 4. Januar des Berichtsjahres festgesetzt.

Abgeschlossen 2018

8500 7a Revision EKZ-Gesetz

Die Revision des EKZ-Gesetzes erfolgt in mehreren Schritten. Am 22. Oktober des Berichtsjahres hat der Kantonsrat den ersten Schritt beschlossen. Der zweite Schritt wird nach dem Entscheid über die Revision des eidgenössischen Stromversorgungsgesetzes weiterverfolgt.

Planmässig 2020

8500 7b Erarbeiten Energieplanungsbericht 2021

Die Arbeiten laufen planmässig.

Planmässig 2021

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
231.4	235.8	234.2	-1.6	-0.7

Bemerkungen R18 zu B18

-1.6 Verzögerte Besetzung von offenen Stellen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	30.8	24.6	27.5	3.0	12.1
Aufwand	-107.2	-117.2	-97.9	19.3	16.5
- Abschreibungen und Zinsen	-44.4	-40.9	-37.6	3.4	8.2
- Kreditübertragungen		-4.0		4.0	100.0
Saldo	-76.3	-92.7	-70.4	22.3	24.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	37.2	39.9	31.3	-8.6	-21.5
Ausgaben	-46.4	-64.9	-45.0	19.8	30.6
- Kreditübertragungen		-14.7		14.7	100.0
Saldo	-9.2	-25.0	-13.7	11.2	45.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
22.3		Abweichungen total R18 zu B18
6.5	A1, A8, BD	- Geringerer Sachaufwand beim Projekt «Gewässerraumausscheidung im Siedlungsgebiet». Der Projektstart erfolgte erst im Sommer des Berichtsjahres (später als ursprünglich geplant).
7.1f		
5.7	A1, A8	- Geringerer diverser Sachaufwand der Abteilung Wasserbau (Revitalisierungen, Planung/Projektierung Hochwasserschutzprojekte, Gewässerunterhalt), abhängig von den Projektfortschritten
4.9	A2, A3, A4, A5, A6, A7	- Geringerer Sachaufwand in den Abteilungen Abfallwirtschaft, Luft, Energie, Gewässerschutz und Dienste, da diverse Projekte nicht wie geplant umgesetzt werden konnten
3.4		- Geringere Kapitalfolgekosten (Abschreibungen/Zinsen)
1.7		- Höhere Ausflösung passivierter Investitionsbeiträge
0.5		- Höhere Erträge bei den Entgelten (Gebühren, Dienstleistungen) sowie Konzessionen. Die Gebühren für Konzessionen und Bewilligungen ergeben sich aus den eingereichten Gesuchen (z.B. im Zusammenhang mit Einbauten ins Grundwasser usw.).
-0.1		- Höherer dem AWEL intern verrechneter Aufwand
-0.3	A1, A2, A3, A4, A5, A6, A7, A8	- Höhere Staatsbeitragsausrichtungen an Dritte und Entschädigungen an Gemeinden aufgrund der eingereichten Gesuche
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-25.0	-13.7	11.2	
- Sihl, Thalwil, Entlastungsstollen (85W-745, bei den Gesamt-Nettoinvestitionen handelt es sich um eine Grobschätzung) / Projektierungskredit Entlastungsstollen zwischen Langnau a.A. und Thalwil: RRB Nr. 614/2015	-1.2	-2.0	-0.8	- Das Projekt wird prioritär vorangetrieben. Wegen der besonderen Lage des Stollens sind vorgängig mehr und tiefere Detailabklärungen erforderlich, die massgeblichen Einfluss auf das Projekt haben (Gleisanlagen SBB, SZU, Autobahn, Reservierung von Baustelleninstallationen und Bohrequipment, ökologische Aspekte), als zu diesem Planungszeitpunkt üblicherweise notwendig wären.
- Thuraun (85W-700, 718, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 741, 743, 746, 766, 767, 768, 772, 775, 780, 785)/KRB vom 4. Dezember 2006 (Vorlage 4300)	0.2	2.1	1.9	- Die Thuraun sind abgeschlossen. Für alle Teilprojekte wurde die Schlussabrechnung für die Bundesbeiträge beantragt, mit Abgrenzung per 31.12.2018.
- Eulach, Winterthur, Hochwasserrückhaltebecken Hegmatten (85W-372) / KRB vom 10. Januar 2011 (Vorlage 4704)	-1.4	-1.0	0.4	- Der für 2018 geplante und budgetierte Landerwerb konnte noch nicht realisiert werden.
- Glatt, Rümlang, Umlegung (85W-713)	-0.1	-0.1	0.0	
- Sihl, Langnau, Schwemmholtzrechen (85W-704) / KRB vom 8. Juni 2015 (Vorlage 5149)	0.6	-0.4	-1.0	- Im Berichtsjahr gab es weniger Ausgaben als geplant. Die Bundesbeiträge sind deshalb tiefer ausgefallen, was zu dieser Abweichung führte.
- Übrige	-23.1	-12.3	10.8	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
442530	38297	0	404233	-38297

Bemerkungen

Verwendung für Personalanlässe und Gesundheitsvorsorge

8510 Altlasten

Im Rahmen des Altlastenprogramms des Kantons Zürich werden gemäss den gesetzlichen Grundlagen Realleistungen, Ersatzvornahmen und Ausfallkosten finanziert. Die Kostensituation wurde laufend überprüft und die notwendigen Rückstellungen wurden gebildet.

Die Untersuchung von belasteten Standorten wurde verstärkt und die Sanierung von Belastungen im Zürichsee intensiv geplant. Bei der Sondermülldeponie Kölliken (SMDK) wurden die Vorbereitungsarbeiten für die Nachsorgephase (ab 2021) weitergeführt.

Aufgaben

A1 Sanierung von Altlasten vorantreiben

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.5	0.4	3.3	2.9	657.8
Aufwand	5.6	-1.8	-8.2	-6.4	-361.7
- Kreditübertragungen					
Saldo	7.1	-1.3	-4.9	-3.5	-265.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-3.5		Abweichungen total R18 zu B18
3.4	A1	- Auflösung Rückstellungen für die Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken
1.1	A1	- Geringerer Aufwand für Realleistungen, Ersatzvornahmen und vom Kanton übernommene Ausfallkosten, für die keine Rückstellungen gebildet werden
0.3	A1	- Höhere Beiträge aus dem VASA-Altlasten-Fonds an den Kanton Zürich für Ausfallkosten für belastete Standorte (Untersuchung, Überwachung und Sanierung) und für Untersuchungskosten für Standorte, die sich als nicht belastet erwiesen haben
-8.4	A1	- Erhöhung der Rückstellungen (netto) für erwartete Ausfallkosten für die Sanierung von Altlasten im Rahmen des Altlastenprogramms des Kantons Zürich
0.1		- Übrige Abweichungen

8700 Immobilienamt

Im Berichtsjahr wurde die Ausschreibung zur Beschaffung von elektrischer Energie für Grossbezüger (Jahresverbrauch von mehr als 100 MWh Strom) planmässig durchgeführt. Der Bezug von elektrischer Energie erfolgt für die Direktionen des Regierungsrates und für die Staatskanzlei sowie für die weiteren teilnehmenden Institutionen inskünftig in der Qualität «naturmade basic».

Der Kanton Zürich trat am 1. September 1902 diverse Grundstücke des Schlossgutes Wädenswil an die Schweizerische Eidgenossenschaft ab. Mit der Eigentumsübertragung verpflichtete sich die Schweizerische Eidgenossenschaft zur Fortführung der Versuchsanstalt (Agroscope) und räumte dem Kanton Zürich in diesem Zusammenhang ein Rückfallrecht an den übertragenen Grundstücken im Falle der Aufhebung der Versuchsanstalt ein. Am 30. Oktober des Berichtsjahres wurde der Rückfall durch das Immobilienamt zusammen mit dem Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) öffentlich beurkundet.

Aufgrund der Aufgabenverlagerung und der neuen Aufgabenbereiche infolge Einführung des Mietermodells für kantonale Immobilien bewilligte der Regierungsrat im Immobilienamt 30,5 Stellen (RRB Nr. 207/2018). Davon werden 15 Stellen aus anderen Direktionen migriert, während 15,5 Stellen neu geschaffen werden. Im Laufe des Berichtsjahres wurden etwa zwei Drittel dieser Stellen rekrutiert.

Seit Anfang des Berichtsjahres gilt für die Liegenschaften des Universitätsspitals (USZ) sowie der Psychiatrischen Universitätsklinik (PUK) das Baurechtsmodell, in welchem dem USZ und der PUK die Eigentümerrolle übertragen wurde. Für die Liegenschaften der Universität (UZH) wird das Delegationsmodell eingeführt, in welchem der Universität die Portfoliosteuerung und die Bewirtschaftung übertragen wird. Im Berichtsjahr stimmte das Immobilienamt die Arbeiten zur Einführung des Mietermodells laufend mit diesen beiden Reformvorhaben ab.

Aufgaben

- A1 Eigentümerversammlung der Liegenschaften des Kantons Zürich und Flächenbereitstellung: Steuerungs- und Controllingorgan für sämtliche Hochbau-Investitionsvorhaben, Erarbeitung von Teilportfoliostrategien, Fällen von Investitions- bzw. Devestitionsentscheiden, Abschluss und Bewirtschaftung sämtlicher Fremdmieten für die kantonale Verwaltung
- A2 Kauf und Verkauf von Grundstücken, Baurechte, allgemeine Grundbuchgeschäfte, Eintragungen von Dienstbarkeiten und Enteignungen
- A3 Zentraler Bewirtschafter für Bürobauten: Betriebsführung, Instandhaltung von Gebäuden und technischen Anlagen, infrastrukturelle Dienstleistungen / Koordinator für die Beschaffung von Dienstleistungen und Lieferungen für die Bewirtschaftung
- A4 Sicherstellen einer optimalen Bewirtschaftung der an Externe vermieteten Objekte des Verwaltungs- und Finanzvermögens aller Direktionen, unter Berücksichtigung der Teilportfoliovorgaben

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Betreute Mietverhältnisse in zugemieteten Liegenschaften	A1	637	640	814	174	27.2
L2	Bewirtschaftete Gebäudeflächen mit zentraler Steuerung, in m ²	A3	255 089	750 000	263 773	-486 227	-64.8
L3	Umsatz Mobiliar, in Mio. Franken	A3	6.36	9.5	6.37	-3.13	-32.95
L4	Hängige Abtretungsverträge	A2	1782	1700	1867	167	9.8
L5	Bewirtschaftete Festnetzanschlüsse	A3	8300	8500	10000	1500	17.6
L6	Bewirtschaftete Mobilnetzanschlüsse	A3	21 000	20 500	25 000	4500	22.0
B2	Durchschnittlich von einer/einem Mitarbeitenden bewirtschaftete Fläche, in m ²	A3	7394	7200	7645	445	6.2
W1	Grad der Kundenzufriedenheit Bewirtschaftung, in %	A3	85				
W3	Verwertungsquote engere Zentralverwaltung	A3	87	80	67	-13	
W5	Durchschnittlicher Flächenbedarf/Arbeitsplatz im Bürobereich engere Zentralverwaltung, in m ²	A3	17.8	17	16.6	-0.4	-2.4
W6	Durchschnittlicher Flächenbedarf/Arbeitsplatz im Bürobereich übrige Zentralverwaltung, in m ²	A3	16.8	15.5	16.2	0.7	4.5

Bemerkungen

- L1 Zugänge aus den Direktionen für das Delegations- und Mietermodell, v.a. Psychiatrische Universitätsklinik (PUK)
- L2 Die bewirtschaftete Fläche hat weiter weniger zugenommen als prognostiziert, v.a. infolge Verzögerung bei der Umsetzung des Mietermodells.
- L3 Mobiliarbestellungen zum Projekt Polizei- und Justizzentrum (PJZ) haben sich verzögert.
- L4 Aufgrund von zusätzlichen Aufträgen des Tiefbauamtes für Strassenbauprojekte gibt es mehr unterzeichnete, aber noch nicht vollzogene Verträge.
- W1 Der Indikator wird nur alle zwei Jahre erhoben.
- W3 Im Berichtsjahr gab es diverse grosse Büro- und Lagerräumungen, wobei viel Material anfiel, das nicht wiederverwertet werden kann.

- B2 Im Berichtsjahr wurden zusätzliche Gebäude im Eigentum und angemietete Flächen zur Bewirtschaftung übernommen, v.a. in Rheinau und in Zürich.
- L5 Zusätzliche Bewirtschaftung von Festnetzanschlüssen infolge der Umsetzung von Projekten zum Ersatz der Telefonanlagen in den Aussenstellen
- L6 Infolge attraktiver Mobilabonnemente wurden mehr Mobilnetzanschlüsse migriert.
- W5 Der Flächenbedarf über alle Gebäude in der engeren Zentralverwaltung ist erstmals unter dem Planwert, was in den Amtsstellen mit Personalzuwachs durch Verdichtung erreicht wurde. Die Unterschiede pro Gebäude sind aber gross.
- W6 Der verbesserte Flächenwert gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus der Verdichtung der Arbeitsplätze infolge Zunahme von Teilzeitangestellten.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 10.1i Die zuständigen Verwaltungseinheiten auf die neuen Rollen und Funktionen im Immobilienmanagement ausrichten

Die Immobilienverordnung (ImV) wurde gemeinsam mit allen Direktionen und der Staatskanzlei erarbeitet und durch den Regierungsrat erlassen (RRB Nr. 595/2018). Somit liegt die zentrale, rechtliche Grundlage für das künftige Immobilienmanagement vor und der wichtigste Meilenstein im Projekt WIM (Weiterentwicklung Immobilienmanagement) wurde erreicht. Darauf aufbauend wurden das Immobilienhandbuch als Leitfaden für den Arbeitsalltag (RRB Nr. 1090/2018) sowie die allgemeinen Vorgaben zu den Nutzungsvereinbarungen (RRB Nr. 958/2018) und Betreiberaufträgen (RRB Nr. 1089/2018) beschlossen.

BD 10.1e IT-System-Gesamtarchitektur zur Bereitstellung der nötigen Daten für das Management der Immobilien einführen

Der Aufbau der zentralen Datenbasis wurde mit Hochdruck vorangetrieben. Das neue IT-System für die Immobilienbewirtschaftung wurde pilotiert und geschult.

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	109.3	114.2	116.8	2.7	2.3

Bemerkungen R18 zu B18

- 3.7 Stellenbesetzung Entwicklung Immobilienamt (RRB Nr. 207/2018)
- 1.0 Vakante Stelle für Planung und Aufbau der Bewirtschaftung des Polizei- und Justizzentrums infolge Projektverzögerung

Finanzierung

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	114.2	21.0	18.3	-2.6	-12.5
- Kalkulatorische Mieten und Nebenkosten	43.9	4.2	4.0	-0.2	-3.6
- Verrechnete Kapitalfolgekosten	51.2	0.0		0.0	0.0
Aufwand	-136.4	-39.2	-33.4	5.8	14.9
- Abschreibungen und Zinsen	-83.3	-0.8	-1.0	-0.2	-25.4
- Kreditübertragungen		-0.7			
Saldo	-22.2	-18.3	-15.1	3.2	17.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-121.9	-2.0	-2.9	-0.9	-45.4
- Kreditübertragungen					
Saldo	-121.9	-2.0	-2.9	-0.9	-45.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.2		Abweichungen total R18 zu B18
1.7	A1	- Geringere Planungen Dritter infolge Verzögerungen bei der Erarbeitung von Portfolio- und Objektstrategien
1.4	A4	- Geringere Honorare und Dienstleistungen Dritter, v.a. infolge Verzögerung bei der Umsetzung des Mietermodells
0.5	A3	- Geringere Dienstleistungen Dritter durch mehr Eigenleistungen der Abteilung Facility Services
-0.6	A1, A2, A3, A4, BD	- Höherer Personalaufwand infolge Rückstellungen für Mehrleistungen sowie Stellenbesetzungen im Rahmen der Entwicklung Immobilienamt (RRB Nr. 207/2018)
	10.1e, RRZ	
	10.1i	
0.2		- Übrige Abweichungen

Baudirektion Leistungsgruppe 8700

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-2.0	-2.9	-0.9	
- Telematikanlagen	-0.5	-1.4	-0.9	- Dringlicher, vorgezogener Ersatz von veralteten und störungsanfälligen Telefonanlagen
- Weiterentwicklung Immobilien-Bewirtschaftung IT (WIBIT)	-1.5	-1.5	0.0	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017 86076	Verwendung 2018 0	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019) 0	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018 86076	Veränderung Bestand 0

8710 Liegenschaften Finanzvermögen

Im Berichtsjahr wurde in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung ein Richtkonzept als Grundlage für den «Masterplan Chance Uetikon» erarbeitet. Bis zur Fertigstellung der neuen Mittelschule in Uetikon am See ist auf dem grossen Areal eine Zwischennutzung vorgesehen, die unter anderem die Vermietungen von Liegenschaften, öffentliche und private Anlässe sowie den Seezugang für die Öffentlichkeit umfasst. Auch sollen gefährliche Altlasten auf dem Areal und der See-

grund saniert werden. Die ersten Mietverträge konnten im Frühling des Berichtsjahres abgeschlossen werden. Zudem wurde ein Mitarbeiter per 1. April des Berichtsjahres für Unterhaltsarbeiten auf dem Areal angestellt. Nicht zuletzt wurde der lang ersehnte Zugang zum See für die Bevölkerung Anfang September realisiert. Das Immobilienamt stellte den Betrieb der Zwischennutzungen sicher und vertrat den Kanton im Rahmen des Planungsverfahrens.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Liegenschaften im Finanzvermögen und Vermietung zu Marktkonditionen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
L1 Bilanzwert Liegenschaften FV, in Mio. Franken	A1	909.7	935	907.5	-27.5	-2.9
B1 Aufwand für Bewirtschaftung von Liegenschaften des FV, in % des Ertrags (Benchmark private Treuhänder 5%)	A1	3.2	3.8	3.4	-0.4	
W1 Nettorendite aller Liegenschaften des FV, in %	A1	1.7	-0.4	1.5	1.9	
W2 Nettorendite der überbauten Liegenschaften des FV, in %	A1	2.5	0.5	2.4	1.9	

Bemerkungen

- L1 Der Verkauf von Liegenschaften führt zu einem geringeren Bilanzwert.
 B1 Aufgrund von Zukäufen und daraus folgend höheren Mieterträgen ist der Bewirtschaftungsaufwand geringer als geplant.
 W1 Höhere Nettorendite aufgrund geringerer baulicher Unterhaltsmassnahmen und geringerer Planerkosten als geplant.
 W2 Höhere Nettorendite aufgrund geringerer baulicher Unterhaltsmassnahmen und geringerer Planerkosten als geplant.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	45.8	24.1	30.0	5.9	24.4
- Mietzinsertrag	26.0	23.7	25.3	1.6	6.9
Aufwand	-29.3	-43.2	-28.0	15.2	35.2
- Kalkulatorischer Zinsaufwand	-13.7	-13.7	-13.7	-0.0	-0.2
- Kreditübertragungen		-1.3		1.3	100.0
Saldo	16.5	-19.1	2.0	21.1	110.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
21.1		Abweichungen total R18 zu B18
14.1	A1	- Geringerer baulicher Unterhalt, v.a. aufgrund von Verschiebungen von Projekten in Zürich und Übertrag einer Liegenschaft ins Verwaltungsvermögen
5.4	A1	- Weniger Honorare und Planungen Dritter, v.a. infolge Verzögerungen bei den Projekten Schloss Laufen und CU Uetikon am See
4.7	A1	- Marktwertanpassungen und Buchgewinne aus Verkäufen
0.9	A1	- Höhere Baurechts- und Mietzinserträge inkl. Nebenkosten, v.a. infolge Zugang von Liegenschaften
-1.2	A1	- Höhere Rückstellungen für latente Grundstückgewinnsteuern
-2.6	A1	- Diverse Wertberichtigungen
-0.2		- Übrige Abweichungen

8750 Liegenschaften Verwaltungsvermögen

Das Immobilienamt erarbeitete während des Berichtsjahres die Grundlagen für die Gesamtsanierung der engeren Zentralverwaltung (eZV). Die Liegenschaften der eZV weisen einen umfassenden Erneuerungsbedarf auf. Die Gesamtinstandsetzung betrifft die Liegenschaften Kaspar-Escher-Haus, Walcheplatz 1+2 (mit Turm), Stampfenbachstrasse 12/14 und Zollstrasse 20/36. Von dieser Massnahme sind heute 1350 Arbeitsplätze, verteilt auf rund 75000m² Nettogeschossfläche, betroffen. Neben dem baulichen Sanierungsbedarf sind diverse Bedürfnisse auf Nutzer- und Betreiberseite aufzuzeigen, die Umbaumassnahmen nach sich ziehen. Ziel dieser Massnahme ist die Konzentrierung und Zusammenführung der Ämter in die eigenen Betriebsliegenschaften nach dem kantonalen und immobilienstrategischen Grundsatz «Eigentum vor Miete». Sowohl für die Sanierungsmassnahmen als auch für die Umbaumassnahmen soll ein Masterplan erstellt

werden. Die Gesamtinstandsetzung soll rollend über einen Zeitraum von rund 15 Jahren erfolgen beginnend mit der Zollstrasse 20/36 und dem Walcheturm. Die Projektierungsarbeiten für die Instandsetzung und den Umbau der Liegenschaft an der Zollstrasse wurden im Berichtsjahr vorangetrieben. Zusammen mit der Liegenschaftenverwaltung der Stadt Zürich führte das Immobilienamt eine öffentliche Submission für die Gebietsplanung Kasernenareal durch, bei der ein externes Projektbüro gesucht wurde. Am 24. Oktober des Berichtsjahres beschloss der Regierungsrat, den Auftrag für das «Projektbüro Kasernenareal» über drei Jahre an die Kontextplan AG zu vergeben (RRB Nr. 989/2018). Das externe Projektbüro soll die Umsetzungsorganisation unterstützen, Konzepte erstellen, die Führung der Betriebsorganisation aufbauen und die Koordination verschiedener Teilprojekte auf dem Areal sicherstellen.

Aufgaben

- A1 Finanzierung der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen und langfristig kostendeckende Weiterverrechnung an die kantonalen Nutzer (Investition/Amortisation, Verzinsung, Unterhalt und Bewirtschaftung)

Indikatoren

Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
B1	Anteil werterhaltender Investitionen im Verhältnis zum Anschaffungswert, in %	A1		2	1.63	-0.37	-18.50
W1	Baulicher Zustandswert, in % (Das Verhältnis zwischen Zustandswert zu Neuwert gibt den baulichen Zustand des Immobilienportfolios [Verwaltungsbauten] wieder.)	A1		0.77	0.72	-0.05	-6.49
W2	Werterhaltungsindex, in % (Werterhaltungs-investitionen Hochbau : Gesamtinvestitionen Hochbau)	A1		50	41.3	-8.7	-17.4

Bemerkungen

- B1 Aufgrund von grösseren Neubauprojekten sind die werterhaltenden Investitionen geringer ausgefallen.
W1 Viele Projekte befinden sich zurzeit in Realisierung bzw. gehen demnächst in Realisierung. Mit deren Fertigstellung wird der Zustandswert in den nächsten Jahren wieder ansteigen.
W2 Aufgrund von grösseren Neubauprojekten (u.a. PJZ, Universität Irchel) sinkt der Anteil an werterhaltenden Massnahmen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag			55.1	60.7	5.6	10.1
Aufwand		0.0	-68.6	-74.4	-5.8	-8.4
- Kreditübertragungen			-1.4		0.0	0.0
Saldo		0.0	-13.5	-13.7	-0.2	-1.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen				1.8	1.8	0.0
Ausgaben			-201.5	-107.4	94.1	46.7
- Kreditübertragungen			-132.4		132.4	100.0
Saldo			-201.5	-105.6	95.9	47.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.2		Abweichungen total R18 zu B18
4.6	A1	- Höhere externe Mieterträge inkl. Nebenkosten als budgetiert
0.8	A1	- Höhere interne Mieterträge, v.a. durch die Übernahme der Liegenschaften der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK)
0.3	A1	- Geringere Reinigungskosten infolge Neuausschreibung
-5.9	A1	- Mehr Planungen Dritter, v.a. infolge Bereinigung der nicht aktivierbaren Kosten im Projekt Polizei- und Justizzentrum (PJZ)
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-201.5	-105.6	95.9	
- Zürich, Neubau Polizei- und Justizzentrum (11900)	-148.7	-78.7	70.0	- Aufgrund der aktuellen Projektentwicklung und verschiedenen Projektänderungen und der Neuentwicklung des Betriebs PJZ verzögert sich das Projekt erneut.
- Lindau, Neu- und Ersatzbauten Agrovet-Strickhof, Forschungs- und Bildungszentrum (12062)	-2.9	-2.8	0.1	
- Bezirksverwaltung Winterthur, inkl. Gefängnis, Erweiterung und Sanierung (13156)	-4.5	-3.9	0.6	- Die Verzögerungen aus dem Jahr 2017 konnten noch nicht vollständig aufgeholt werden.
- Zürich, Walcheturm, Gesamtsanierung (12590)				
- Bezirksgefängnis Zürich, Sanierung nach Bezug PJZ (13236)	-0.8	0.0	0.8	- Massahme vorübergehend zurückgestellt.
- Bezirksverwaltung Affoltern, Gesamtentwicklung (13522)				
- Zürich, Kaspar-Escher-Haus, Gesamtsanierung (13538)				
- Zürich, Kasernenstrasse 49, Gesamtsanierung (13666)	-3.5	0.0	3.5	- Massahme vorübergehend zurückgestellt.
- Zürich, Zollstrasse 20/36, Gesamtsanierung (13723)	-1.8	0.0	1.8	- Verzögerung infolge von Umstrukturierungen im Immobilienamt
- Winterthur, BGB, Villa Bühler, Instandsetzung und Übertrag VV (13607)	0.0	-4.8	-4.8	- Zum Zeitpunkt der Budgetierung war die Liegenschaft im Finanzvermögen. Das Budget war in der Leistungsgruppe Nr. 8710 eingestellt.
- Klosterinsel Rheinau, Teilbereich Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen und Gastronomie (13082)	-6.0	-3.7	2.3	- Das Projekt ist im Abschluss, die Mittel werden nicht mehr in Anspruch genommen.
- Zürich, engere Zentralverwaltung; alle Bauten, Erneuerung Haupt- und Unterverteilung (13567/13531)	-9.0	-0.8	8.2	- Infolge zusätzlicher umfangreicher rechtlicher Abklärungen verzögerte sich der Projektstart.
- Reserven Regierungsrat	-4.0	0.0	4.0	- Keine Inanspruchnahme
- Kreditübertragungen	-10.5	0.0	10.5	- Kreditübertragungen für übrige Projekte
- Übrige	-9.8	-10.9	-1.1	

8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)

Anhand der Grundlagenarbeiten von 2017 wurde für zwölf Standorte mit Eignung für landwirtschaftliche Bodenverbesserungen und Fruchtfolgeflächenkompensationen bei den Regionen Einträge in deren Richtplänen beantragt. Die Fruchtfolgeflächenbilanz wurde aktualisiert und ist ab 2019 im KEF als Indikator ausgewiesen. Aus den teilweise veralteten Verordnungen im Agrarbereich wurde eine schlanke, zeitgemässe kantonale Landwirtschaftsverordnung entworfen und in die Vernehmlassung geschickt. Im Anschluss an den Sturm «Burglind» vom Januar wurden Massnahmen zur Verhinderung von Schäden durch den Borkenkäfer getroffen. Die Trockenheit im Sommer erforderte Zusatzaufwand für Abfischungen von Gewässern, Bewässerungsmassnahmen zugunsten der Landwirtschaft und Vorsichtsmassnahmen bezüglich Flur- und Waldbränden. Das Jagdgesetz wurde vom Regierungsrat an den Kantonsrat überwiesen und die

Kommissionsberatungen aktiv begleitet. Für die geplante neue Jagdschiessanlage Widstud in Bülach liegt nach dem Bundesgerichtsentscheid zugunsten der BD ein überarbeiteter Gestaltungsplan vor. Der Umsetzungsplan für das Naturschutzgesamtkonzept (NSGK) konnte planmässig weiter vorangetrieben werden. Mittels Überlagerung digitaler Flächen-daten ermittelte die Fachstelle Bodenschutz die Hotspots von Böden, die sich für Moorregenerationen eignen. Für den Schulstandort Wädenswil des Kompetenzzentrums Strickhof wurde zusammen mit dem Immobilienamt, dem Amt für Raumentwicklung, dem Hochbauamt und der Bildungsdirektion eine Lösung ab 2021 auf dem Gelände der ZHAW gefunden. Die Fischerei- und Jagdverwaltung konnte neue Räumlichkeiten im Gebäude der AGRIDEA in Lindau beziehen, mit stark verbesserter Aussenwirkung.

Aufgaben

- A1 Fördern und erhalten einer konkurrenzfähigen, multifunktionalen Landwirtschaft
- A2 Nutzen, pflegen und schützen des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle und naturnahe Lebensgemeinschaft mit Erholungsraum
- A3 Schützen und fördern der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume (Biodiversität) sowie angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände
- A4 Schutz des Bodens: Überwachung und Gefährdungsabschätzung; Gefahrenabwehr

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Strickhof: Schülertage (Grundausbildung)	A1	139956	120000	130095	10095	8.4
L2	Strickhof: Kursteilnehmerstunden (Weiterbildung)	A1	55230	55000	44943	-10057	-18.3
L3	Naturschutz: Fläche der durch Schutzmassnahmen gesicherter Lebensräume, in ha (Zielwert)	A3	3225	3120	3246	126	4.0
L4	Naturschutz: Bewirtschafteter Naturschutzflächen	A3	1715	1750	1725	-25	-1.4
L5	Bodenschutz: Erfasste Verschiebungen von schadstoffbelastetem Bodenmaterial, in % (Zielwert)	A4	76	75	75	0	
L6	Fischerei/Jagd: Ausgestellte Fischerei-Berechtigungen	A3	11172	9500	11037	1537	16.2
L7	Wald: Gepflegte Schutzwaldfläche, in ha (Zielwert)	A2	562	490	761	271	55.3
L8	Landwirtschaft: Neu genehmigte Projekte für landwirtschaftliche Hochbauten	A1	16	20	5	-15	-75.0
B1	Landwirtschaft: Mittlere Arbeitsstunden (Median) pro landwirtschaftliches Hochbauprojekt	A1	28	30	39	9	30.0
B2	Wald: Kostendeckungsgrad im Staatswald, in %	A2	44	45	44	-1	
B3	Fischerei/Jagd: Kostendeckungsgrad, in %	A3	71	62	60	-2	
W1	Strickhof: Anteil der Betriebsleiter mit abgeschlossener landwirtschaftlicher Ausbildung am Strickhof, in %	A1					
W2	Landwirtschaft: Anteil gut unterhaltener Meliorationen, in %	A1	88	85	85	0	
W3	Wald: Holznutzung im Privatwald (vgl. zu Zuwachs), in %	A2	101	100	122	22	
W4	Wald: Holznutzung im öffentlichen Wald (vgl. zu Zuwachs), in %	A2	103	95	125	30	
W6	Bodenschutz: Bodenbeeinträchtigender Flächenanteil bei Bodenrekultivierungen mit weniger als 5000 m², in %	A4	7	10	8	-2	
W7	Fischerei/Jagd: Erhalten ausgewogener Rehwildbestände, Anzahl Rehwild	A3	10723	10500	11285	785	7.5
W8	Naturschutz: Bestandessicherung bedrohter Arten, in %	A3	39	42	43	1	2.4

Bemerkungen

- L1 Im Berichtsjahr fielen die Schülertage in den freiwilligen Kursen für die Hauswirtschaft an den Mittelschulen tiefer aus, während die übrigen Kurse und Angebote auf dem Niveau des Vorjahres abschlossen.
- L2 Der nachfragebedingte Verzicht auf verschiedene Angebote und weniger Kursteilnehmende an einzelnen Weiterbildungsangeboten und Fachtagen führten zum Rückgang der Kursteilnehmerstunden.
- L3 Durch den Erlass bzw. die Änderung der Schutzverordnungen (SVO) Oberstammheim, Katzensen und Unterrifferswil stieg die Fläche der gesicherten Lebensräume im Berichtsjahr um 21 ha an.
- L6 Im Berichtsjahr wurden gegenüber dem Planwert mehr Patente und Tageskarten ausgestellt trotz leichtem Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Das Interesse ist nach wie vor gross.
- L7 In den Tobelwäldern, die seit 2017 zu den Schutzwaldflächen zählen, herrscht ein Pflegerückstand. Die gepflegte Schutzwaldfläche konnte im Berichtsjahr um 199 ha gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.
- L8 Gemäss Umsetzung der KEF-Erklärung Nr. 45/2018 werden ab 2019 nur noch landwirtschaftliche Hochbauten in der Hügel- und Bergzone subventioniert. Deshalb reduzierte sich die Anzahl der genehmigten Projekte für landwirtschaftliche Hochbauten bereits im Berichtsjahr.
- B1 Es wurden im Berichtsjahr sehr arbeitsintensive Hochbauprojekte abgewickelt, was zusätzliche mittlere Arbeitsstunden pro landwirtschaftliches Hochbauprojekt zur Folge hatte.
- W1 Der Indikator wird nur alle vier Jahre erhoben und ab 2020 durch einen jährlich erhobenen Wert ersetzt.
- W3 Mehrnutzung aufgrund Sturmschäden Burglind und Borkenkäferbefall im Sommer und Herbst des Berichtsjahres
- W4 Mehrnutzung aufgrund Sturmschäden Burglind und Borkenkäferbefall im Sommer und Herbst des Berichtsjahres

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 7.1e Die Bundesagrarpolitik 2014-2017 umsetzen und den Vollzug auf eine produzierende, nachhaltige Landwirtschaft ausrichten

Der Kanton Zürich hat die Vorgaben der Agrarpolitik 2014-2017 umgesetzt.

Stand bis
Abgeschlossen 2018

BD 7.1h Die im Richtplan 2014 ausgewiesenen Fruchtfolgeflächen sichern. Die Kompensation von gemäss Richtplan zulässigen Beanspruchungen sicherstellen

Im Berichtsjahr wurden für zwölf Standorte für grossflächige landwirtschaftliche Bodenverbesserungen und Fruchtfolgeflächenkompensationen Einträge in die regionalen Richtpläne beantragt. Die notwendigen Einträge sind bei den entsprechenden Planungsgruppen noch in Bearbeitung.

Verzögert 2018

BD 7.1i Eine Strategie für den Umgang mit der Bodenversauerung im Wald entwickeln und umsetzen

Im Berichtsjahr konnten weitere bodenkundliche Karten von Waldböden fertiggestellt werden, die als Grundlage für die forstwirtschaftliche Praxis dienen. Durch die extreme Trockenheit im Sommer des Berichtsjahres konnten die geplanten Arbeiten nicht vollumfänglich umgesetzt werden. Der Projektabschluss verzögert sich voraussichtlich bis 2020.

Verzögert 2019

BD 7.1j Statische Waldgrenzen ausserhalb von Bauzonen gemäss kantonalem Richtplan 2014 festsetzen

Kantonsweit sind die Grundlagen für die weitere Festsetzung der Waldgrenzen erhoben, das Festsetzungsverfahren in den Pilotgemeinden erforderte mehr Zeit als erwartet. Der Abschluss wird deshalb verschoben, bis sämtliche Ergebnisse aus den Pilotgemeinden vorliegen und eine vollständige Prozessdokumentation erstellt werden kann.

Verzögert 2018

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
343.2	353.0	353.2	0.2	0.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

Ertrag	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
	201.2	206.4	200.6	-5.8	-2.8
- Durchlaufende Beiträge	149.8	155.8	149.6	-6.2	-4.0
Aufwand	-260.0	-268.7	-259.0	9.6	3.6
- Durchlaufende Beiträge	-149.8	-155.8	-149.6	6.2	4.0
- Kreditübertragungen		-0.8			
Saldo	-58.8	-62.3	-58.4	3.9	6.2

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

Einnahmen	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
	2.3	3.7	2.6	-1.1	-30.5
Ausgaben	-9.5	-13.2	-8.4	4.8	36.5
- Kreditübertragungen		1.0		-1.0	-100.0
- Nachtragskredit		-2.4		2.4	100.0
Saldo	-7.2	-9.4	-5.8	3.7	38.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.9		Abweichungen total R18 zu B18
6.2	A1, RRZ	- Geringerer Aufwand bei Durchlaufenden Beiträgen , v.a. Direktzahlungen Landwirtschaft
7.1e		
1.4	A3, A4, BD	- Geringerer Sachaufwand, v.a. Bodenkundliche Kartierung der Wälder mit sauren Böden sowie Schutzverordnungen
7.1i		
1.4	A1, A2, A3	- Geringere Beiträge und Entschädigungen, v.a. Beiträge in den Bereichen Landwirtschaft, Naturschutz und Forstwirtschaft)
0.6	A1, A2, A3	- Höherer Transferertrag, v.a. in den Bereichen Berufsbildung, Forstwirtschaft, Landwirtschaft sowie Naturschutz
0.5	A1, A2, A3	- Geringere Kapitalfolgekosten
0.2	A1, A2, A3, A4	- Geringerer Aufwand aus Internen Verrechnungen, v.a. IT-Kosten
0.2	A2	- Höherer Ertrag aus Internen Verrechnungen, v.a. im Bereich Forstwirtschaft
0.1	A3	- Höherer Ertrag aus Regalien (Fischerei und Jagd)
-0.5	A1, A2	- Geringere Entgelte, v.a. in den Bereichen Berufsbildung sowie forstliche Dienstleistungen und Holzverkäufe
-6.2	A1, RRZ	- Geringerer Ertrag bei Durchlaufenden Beiträgen, v.a. Direktzahlungen Landwirtschaft
7.1e		
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-9.4	-5.8	3.7	
- Ausgaben Sachanlagen und Immaterielle Anlagen	-2.6	-1.6	1.0	- Nicht alle vorgesehenen Projekte in den Bereichen Bildung, Forstwirtschaft und Bodenschutz konnten realisiert werden.
- Ausgaben Darlehen	-0.3	-0.2	0.1	- Geplante Darlehensprojekte konnten im Berichtsjahr zum Teil nicht umgesetzt werden, da Projektgrundlagen fehlten.
- Ausgaben Investitionsbeiträge	-7.4	-4.5	2.9	- Verzögerung bei mehreren Projekten in den Bereichen Landwirtschaftliche Meliorationen und Landwirtschaftliches Bauen
- Ausgaben Durchlaufende Investitionsbeiträge	-2.8	-2.1	0.7	- Verzögerung bei mehreren Projekten im Bereich Landwirtschaftliche Meliorationen
- Einnahmen Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	0.7	0.5	-0.2	- Geringere Investitionsbeiträge vom Bund in den Bereichen Forstwirtschaft, Landwirtschaft sowie Jagd
- Einnahmen Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	0.2	0.0	-0.2	- Geringere Einnahmen aufgrund Rückzahlungen im Bereich Landwirtschaftliches Bauen
- Einnahmen Durchlaufende Investitionsbeiträge	2.8	2.1	-0.7	- Verzögerung bei mehreren Projekten im Bereich Landwirtschaftliche Meliorationen
- Übrige	-0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
328397	12965	0	315432	-12965

Bemerkungen

Verwendung von Rücklagen: Fr. 12 965, davon Fr. 11 974 für die Teamentwicklung und Fr. 991 für die Infrastruktur

8910 Natur- und Heimatschutzfonds

Zur Werterhaltung in den Naturschutzgebieten wurden Bewirtschaftungsbeiträge an die Pflege entrichtet und periodische Unterhaltsmassnahmen durchgeführt. Moore beim Katzenssee, das Torfriet in Pfäffikon und Trockenstandorte in Glattfelden wurden regeneriert sowie dringende Massnahmen zur Förderung besonders gefährdeter Arten umgesetzt. In den grossen Schutzgebieten wie dem Greifensee und in den Limmatauen, die als sehr bedeutende Naherholungsgebiete immer stärker frequentiert werden, haben Rangerdienste die Information und Aufsicht sichergestellt. Im Ortsbild- und Landschaftsschutz konnte mit der Unterstützung des Farbkonzpts für die Altstadt eine wichtige Grundlage für den Ortsbildschutz in der Stadt Winterthur geleistet werden. Weitere Mittel wurden für eine Machbarkeitsstudie im

Ortsbild von Hettlingen sowie in Benken geleistet. Die intensive Bautätigkeit führte in der Archäologie zu zahlreichen Sondierungen und Rettungsgrabungen (u. a. in Küsnacht, Marthalen, Maur, Pfäffikon, Rheinau, Winterthur-Aldstadt und Zürich) sowie einer grossen Anzahl Baubegleitungen. Die Auswertungsprojekte Rheinau-Prospektion und Zürich-Kanalisation Seefeld wurden abgeschlossen. Im Bereich Denkmalpflege wurden bei rund 125 Objekten Analysen, Bestandesaufnahmen, Archivabklärungen und Fotodokumentationen gemacht. Die Sanierung der Tuffsteinbrücke in Pfungen wurde abgeschlossen. Ende August des Berichtsjahres konnte die Villa Flora erworben und der Stadt Winterthur in Hinblick auf eine Gesamtanierung im Baurecht abgetreten werden.

Aufgaben

A1 Finanzierung von Massnahmen zur Unterstützung privater und öffentlicher Natur- und Heimatschutzbestrebungen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
L1 Beitragsempfänger Naturschutz	A1	1715	1750	1725	-25	-1.4
L2 Beitragszusicherungen an Denkmalschutzprojekte	A1	1	3	1	-2	-66.7
L3 Archäologische Projekte	A1	200	200	210	10	5.0
L4 Ortsbild- und Landschaftsschutzprojekte	A1	9	3	4	1	33.3

Bemerkungen

L4 Die Anzahl Beitragszusicherung liegt leicht über dem Budgetwert für das Berichtsjahr, da mehr beitragsberechtigte Anträge gestellt worden sind.

Fonds

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	9.1	8.1	12.3	4.2	51.6

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	37.4	39.4	44.2	4.8	12.1
- Übertrag vom GS (8000)	21.0	23.0	23.0	0.0	0.0
Aufwand	-34.4	-40.4	-41.0	-0.6	-1.4
- Abschreibungen und Zinsen	-1.4	-4.6	-3.3	1.3	28.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	3.0	-1.0	3.2	4.2	432.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.0		2.0	2.0	0.0
Ausgaben	-0.4	-7.5	-4.5	3.0	40.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.4	-7.5	-2.5	5.0	66.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
4.2		Abweichungen total R18 zu B18
1.8	A1	- Geringerer Nettoaufwand für die Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts, v.a. aufgrund höherer Bundesbeiträge, verzögerter Projektabwicklungen und geringerer Gesuche von Privaten für Staatsbeiträge an Naturschutzmassnahmen
1.7	A1	- Geringerer Nettoaufwand für Massnahmen im Bereich Denkmalpflege, v.a. infolge geringerer Sofortabschreibungen aufgrund von geringeren Investitionsausgaben
0.6	A1	- Geringerer Nettoaufwand im Bereich Ortsbild- und Landschaftsschutz, v.a. infolge weniger Sofortabschreibungen aufgrund von geringeren Investitionsbeiträgen sowie geringerer Ausrichtung von Staatsbeiträgen
0.1	A1	- Höherer Zinsertrag auf Fondskapital
0.0		- Übrige Abweichungen

8940 Denkmalpflegefonds

Aus dem Denkmalpflegefonds wurden Finanzmittel für Renovations- und Instandsetzungsarbeiten von denkmalgeschützten Liegenschaften verschiedener Eigentümerinnen und Eigentümer verwendet. So konnten mitunter für das Tibet-Institut in Zell, die Burgruine Alt-Wülflingen in Wintertur, die

Dachsanierung des Ateliers Böcklin in Zürich, das Zunfthaus zur Meisen in Zürich, die Sihlbrücke in Horgen und für das Haus zur Lilie in Herrliberg Beiträge geleistet werden. Insgesamt wurden für 58 Objekte Zahlungen oder Schlusszahlungen geleistet.

Aufgaben

- A1 Finanzierung von Erhaltungs- und Pflegemassnahmen von Denkmalschutzobjekten Privater auf Basis von Subventionen
A2 Ausrichtung wiederkehrender Betriebsbeiträge zugunsten ausgewählter kulturhistorischer Organisationen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
L1 Zusicherungen von Beiträgen	A1	41	50	48	-2	-4.0

Fonds

Fondsbestand	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
	28.9	28.9	28.9	0.0	0.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	4.8	8.3	8.8	0.5	5.6
- Übertrag vom Lotteriefonds	4.8	8.3	8.8	0.5	5.6
- Entnahme aus Bestandeskonto		0.0		0.0	0.0
Aufwand	-4.8	-8.3	-8.8	-0.5	-5.6
- Staatsbeiträge	-0.9	-2.0	-1.1	0.9	44.6
- Abschreibungen und Zinsen	-4.0	-6.3	-7.3	-1.0	-16.3
- Einlage in Bestandeskonto					
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.7	2.5		-2.5	-100.0
Ausgaben	-4.6	-8.8	-7.3	1.5	16.8
- Kreditübertragungen					
Saldo	-4.0	-6.3	-7.3	-1.0	-16.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R18 zu B18
0.6	A2	- Geringere Betriebsbeiträge
0.5	A2	- Höherer Übertrag aus dem Lotteriefonds
-1.0	A1	- Höhere Sofortabschreibungen infolge höherer Investitionsbeiträge
-0.1		- Übrige Abweichungen

8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

Mit dem bestehenden Sammelsystem für Kleinmengen von Sonderabfällen verfügt der Kanton Zürich über ein solides und bewährtes System, das von der Bevölkerung geschätzt wird und in der heutigen Form gut akzeptiert ist.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Sammlung und Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1 Mobile Sammlungen von Sonderabfällen jährlich im ganzen Kanton (Zielwert)		285	280	294	14	5.0
B1 Höhe der Sonderabfallabgabe pro Einwohner und Einwohnerin, in Fr.		0.6	0.6	0.6	0.0	0.0
W1 Gesammelte Menge Sonderabfall, in t		343	340	322	-18	-5.3
W2 Abgeber bei Sonderabfallsammlungen total		33343	33500	33557	57	0.2
W3 Abgeber bei der stationären Sammelstelle Hagenholz		7075	6500	7529	1029	15.8
W6 Abgeber bei mobilen Sammlungen im Kanton	A1		27700	26028	-1672	-6.0

Fonds

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	1.9	1.6	1.7	0.1	3.8

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.9	1.0	0.9	-0.0	-3.9
- Abgaben von Gemeinden	0.9	0.9	0.9	-0.0	-4.2
Aufwand	-1.2	-1.3	-1.2	0.1	7.5
- Beiträge an Betriebe	-0.7	-0.7	-0.7	0.0	5.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.2	-0.3	-0.3	0.1	17.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

8960 Deponiefonds

Am Fonds sind 14 Deponien mit einem Gesamtvolumen von 16,2 Mio. m³ angeschlossen. Der Fonds trägt das Risiko für die Sanierungspflicht von 2,6 Mio. m³.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Nachsorge und allfälliger Sanierung von Deponien

Fonds

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	25.1	25.2	25.2	0.1	0.2

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.2	0.1	0.1	0.0	14.7
- Beiträge von Deponiebetreibern	0.2	0.1	0.1	0.0	14.7
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand		0.0		0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto		0.0		0.0	0.0
Aufwand	-0.2	-0.1	-0.1	-0.0	-14.7
- Einlagen in Bestandeskonto	-0.2	-0.0	-0.1	-0.1	-263.7
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

8970 Kantonaler Waldfonds

Im Berichtsjahr fanden im Waldfonds keine Bewegungen statt.

Aufgaben

A1 Walderhaltungsmassnahmen

Fonds

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	0.9	0.9	0.9	0.0	0.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.0	0.0	0.0	-0.0	-5.8
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand		0.0		0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.0	0.0	0.0	-0.0	-5.8
Aufwand	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	5.8
- Einlage in Bestandeskonto		0.0		0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

8980 Wildschadenfonds

Im Jagdjahr 2017/2018 ist es dank intensiver Bejagung gelungen, die Bestände an Schwarzwild deutlich zu reduzieren. Erfreulicherweise hat sich dies positiv auf die Entwicklung der

Schadensumme im Berichtsjahr ausgewirkt. Die durch Wildschweine verursachten Schäden reduzierten sich in der Folge um rund 17%.

Aufgaben

A1 Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
L1	Vergütete Wildschadenfälle (inkl. Schäden durch Wildschweine)	A1	496	500	445	-55	-11.0
L2	Bearbeitete Fälle für Wildschaden-Verhütungsmassnahmen	A1	44	40	50	10	25.0
L3	Bearbeitete Gesuche für Projekte zur ökologischen Verbesserung der Lebensräume	A1	26	30	33	3	10.0
B1	Aufwand für die Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen im Verhältnis zu den Erträgen aus Jagdpachtzinsen und Jagdpässen, in %	A1	58	61	56	-5	
W1	Vergütung von Wildschäden an Waldbäumen, Feldern und Wiesen sowie Obstbäumen und Reben, in Fr.	A1	326650	300000	274971	-25029	-8.3

Bemerkungen

- L1 Die Anzahl der Wildschäden durch das Schwarzwild reduzierte sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr und war tiefer als der Prognosewert.
- L2 Aufgrund der in den vergangenen Jahren umgesetzten Aufklärungsmassnahmen übertraf die Anzahl der Gesuche für Einzäunungen den Umfang des Vorjahres und den Budgetwert deutlich.
- W1 Im Berichtsjahr gab es im Vergleich zum Vorjahr und zum Prognosewert weniger Schäden durch das Schwarzwild in allen Kulturen.

Fonds

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	1.9	1.8	1.8	-0.0	-0.2

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag		0.5	0.5	0.5	-0.0	-5.1
- Erträge aus Regalien		0.1	0.1	0.1	0.0	7.5
- Interne Zinsen und weitere interne Erträge		0.1	0.1	0.0	-0.0	-41.1
- Übertrag aus ALN (8800), Fischerei- und Jagdverwaltung		0.3	0.4	0.4	0.0	0.0
Aufwand		-0.6	-0.6	-0.6	0.0	3.6
- Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sofortmassnahmen		-0.4	-0.4	-0.4	0.0	1.9
- Übertrag für Verwaltungsentschädigung an ALN (8800)		-0.1	-0.2	-0.2	0.0	7.7
- Kreditübertragungen						
Saldo		-0.1	-0.1	-0.1	-0.0	-3.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben						
- Kreditübertragungen						
Saldo						

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2018 Kantonsrat (19.12.2017)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2018 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2018	Abweichung + besser, – schlechter
Konsolidierungskreis 1 (Direktionen und Staatskanzlei)					
Regierungsrat und Staatskanzlei					
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 17 978 400	–	– 17 978 400	– 16 493 025	1 485 375
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 900 000	–	– 900 000	–	900 000
Direktion der Justiz und des Innern					
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 9 219 200	– 80 000	– 9 299 200	– 7 524 614	1 774 586
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 10 855 000	– 2 728 000	– 13 583 000	– 1 149 571	12 433 429
2204 Strafverfolgung Erwachsene					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 70 841 900	–	– 70 841 900	– 56 020 168	14 821 732
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
2205 Jugendstrafrechtspflege					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 34 301 300	–	– 34 301 300	– 32 977 308	1 323 992
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 160 000	–	– 160 000	– 143 666	16 334
2206 Amt für Justizvollzug					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 181 897 900	–	– 181 897 900	– 178 190 973	3 706 927
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 40 445 000	–	– 40 445 000	– 18 826 702	21 618 298
2207 Gemeindeamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 6 298 200	– 614 000	– 6 912 200	– 5 671 360	1 240 840
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	– 1 048 000	– 1 048 000	– 1 075 436	– 27 436
2216 Kantonaler Finanzausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 304 143 000	–	– 304 143 000	– 273 202 714	30 940 286
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
2217 Abwicklung Investitionsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 3 721 000	–	– 3 721 000	– 3 692 605	28 395
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
2221 Handelsregisteramt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 413 000	–	1 413 000	2 190 409	777 409
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
2223 Statistisches Amt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 5 740 100	–	– 5 740 100	– 5 478 161	261 939
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
2224 Staatsarchiv					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 7 492 600	– 50 000	– 7 542 600	– 7 374 047	168 553
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 10 000 000	– 6 067 000	– 16 067 000	– 6 765 138	9 301 862
2232 Fachstelle Opferhilfe					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 10 328 000	–	– 10 328 000	– 10 578 949	– 250 949
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 775 000	–	– 775 000	– 722 257	52 743
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
2234 Fachstelle Kultur					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 80 766 400	–	– 80 766 400	– 80 594 560	171 840
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 8 000 000	–	– 8 000 000	– 8 000 000	–
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 2 249 500	– 290 000	– 2 539 500	– 2 542 188	– 2 688
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
2251 Bezirksräte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 8 245 200	–	– 8 245 200	– 8 128 067	117 133
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
2261 Statthalterämter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	11 257 200	–	11 257 200	7 950 534	– 3 306 666
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
2270 Religionsgemeinschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 50 000 000	–	– 50 000 000	– 50 000 024	– 24
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2018 Kantonsrat (19.12.2017)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2018 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2018	Abweichung + besser, – schlechter
Sicherheitsdirektion					
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 4 900 000	–	– 4 900 000	– 5 296 870	– 396 870
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 100 000	–	– 100 000	–	100 000
3100 Kantonspolizei					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 403 589 600	–	– 403 589 600	– 397 614 759	5 974 841
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 39 149 000	– 17 369 000	– 56 518 000	– 35 488 710	21 029 290
3200 Strassenverkehrsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	17 600 000	–	17 600 000	17 983 782	383 782
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 4 950 000	– 398 000	– 5 348 000	– 3 508 488	1 839 512
3300 Migrationsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 11 700 000	–	– 11 700 000	– 10 106 274	1 593 726
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 100 000	–	– 100 000	– 137 932	– 37 932
3400 Amt für Militär und Zivilschutz					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 13 000 000	–	– 13 000 000	– 10 962 504	2 037 496
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 6 867 500	–	– 6 867 500	– 3 649 183	3 218 317
3500 Sozialamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 690 400 000	–	– 690 400 000	– 704 789 946	– 14 389 946
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 23 282 000	– 3 050 000	– 26 332 000	– 21 595 327	4 736 673
3700 Sportamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 3 110 000	–	– 3 110 000	– 3 127 464	– 17 464
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
3910 Sportfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 4 253 300	–	– 4 253 300	2 233 837	6 487 137
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 9 925 000	– 1 691 000	– 11 616 000	– 3 767 747	7 848 253
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 550 000	–	– 550 000	– 451 170	98 830
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
3930 Schutzraumfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	6 140 000	–	6 140 000	6 862 272	722 272
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
Finanzdirektion					
4000 Generalsekretariat FD					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 1 877 700	–	– 1 877 700	1 734 112	3 611 812
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
4100 Finanzverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 9 888 547	– 866 000	– 10 754 547	– 8 202 529	2 552 018
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 511 000	– 84 000	– 595 000	– 38 793	556 207
4400 Steuern Betriebsteil					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 160 434 089	– 3 782 000	– 164 216 089	– 151 275 844	12 940 245
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 5 714 000	– 2 383 000	– 8 097 000	– 1 262 270	6 834 730
4500 Personalamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 18 027 764	– 2 575 000	– 20 602 764	– 17 323 714	3 279 050
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 162 000	– 200 000	– 362 000	– 232 116	129 884
4610 Amt für Informatik					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 11 900 984	– 1 987 000	– 13 887 984	– 12 594 885	1 293 099
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 143 000	– 193 000	– 336 000	22 101	358 101
4700 Drucksachen und Material					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	180 000	–	180 000	649 683	469 683
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 84 000	–	– 84 000	– 52 582	31 418
4910 Steuererträge					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	7 342 145 000	–	7 342 145 000	7 329 724 374	– 12 420 626
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
4921 Schadenausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 2 500 000	–	– 2 500 000	– 681 691	1 818 309
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
4930 Kapital- und Zinsendienst Staat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	360 038 900	–	360 038 900	509 941 341	149 902 441
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	– 6 892	– 6 892
4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	152 082 141	–	152 082 141	115 890 808	– 36 191 333
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
4960 Nationaler Finanzausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 461 560 212	–	– 461 560 212	– 461 560 668	– 456
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	–	–	–	277 022	277 022
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 69 776 909	–	– 69 776 909	– 30 671 215	39 105 694
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2018 Kantonsrat (19.12.2017)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2018 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2018	Abweichung + besser, – schlechter
Volkswirtschaftsdirektion					
5000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 3 274 600	–	– 3 274 600	– 3 173 433	101 167
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 100 000	–	– 100 000	–	100 000
5205 Amt für Verkehr					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 99 792 100	– 7 668 300	– 107 460 400	– 106 302 481	1 157 919
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 75 535 200	– 9 120 400	– 84 655 600	– 84 577 547	78 053
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 302 949 920	– 50 000 000	– 352 949 920	– 329 401 520	23 548 400
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 50 513 400	–	– 50 513 400	– 47 793 443	2 719 957
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 14 660 000	–	– 14 660 000	– 11 622 803	3 037 197
5920 Verkehrsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 53 794 000	50 000 000	– 3 794 000	– 1 148 406	2 645 594
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 97 700 000	– 7 742 000	– 105 442 000	– 74 326 721	31 115 279
5921 Flughafenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 696 600	–	1 696 600	4 818 741	3 122 141
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
5925 Strassenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	105 367 400	– 7 668 300	97 699 100	102 926 298	5 227 198
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
Gesundheitsdirektion					
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 22 046 700	–	– 22 046 700	– 19 596 011	2 450 689
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 700 000	–	– 700 000	– 300 768	399 232
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 17 489 300	–	– 17 489 300	– 16 499 805	989 495
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 2 490 000	–	– 2 490 000	– 832 212	1 657 788
6150 Arzneimittelversorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	50 000	–	50 000	– 4 488 853	– 4 538 853
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 1 380 000	– 1 400 000	– 2 780 000	– 694 865	2 085 135
6200 Prävention und Gesundheitsförderung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 7 439 000	– 230 000	– 7 669 000	– 7 245 726	423 274
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	–1 321 400 000	–	–1 321 400 000	–1 216 132 528	105 267 473
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 48 500 000	–	– 48 500 000	– 85 913 971	– 37 413 971
6400 Psychiatrische Versorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 228 889 000	–	– 228 889 000	– 215 817 861	13 071 139
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 14 650 000	–	– 14 650 000	– 50 017 866	– 35 367 866
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 383 000 000	–	– 383 000 000	– 374 378 978	8 621 022
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
6900 Tierseuchenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 120 200	–	– 120 200	– 121 314	– 1 114
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
Bildungsdirektion					
7000 Bildungsverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 64 123 800	– 2 214 000	– 66 337 800	– 63 582 810	2 754 990
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 1 700 000	–	– 1 700 000	– 677 892	1 022 108
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 3 839 300	–	– 3 839 300	– 4 244 675	– 405 375
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 236 010 000	– 35 000 000	– 271 010 000	– 203 385 005	67 624 995
7100 Lehrmittelverlag					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	3 200 000	–	3 200 000	1 787 460	– 1 412 540
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 1 000 000	–	– 1 000 000	–	1 000 000
7200 Volksschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 429 237 130	–	– 429 237 130	– 422 520 461	6 716 669
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 10 500 000	– 1 714 000	– 12 214 000	– 9 801 950	2 412 050
7301 Mittelschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 362 304 462	–	– 362 304 462	– 340 243 814	22 060 648
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 4 106 750	–	– 4 106 750	– 2 951 101	1 155 649
7306 Berufsbildung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 377 149 800	–	– 377 149 800	– 339 164 234	37 985 566
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 11 866 000	– 1 928 000	– 13 794 000	– 7 433 871	6 360 129
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 596 444 000	– 15 000 000	– 611 444 000	– 608 981 000	2 463 000
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2018 Kantonsrat (19.12.2017)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2018 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2018	Abweichung + besser, – schlechter
7402 Sonstige universitäre Leistungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 54 911 500	–	– 54 911 500	– 62 554 709	– 7 643 209
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 1 352 000	–	– 1 352 000	– 912 677	439 323
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 391 442 200	– 11 670 000	– 403 112 200	– 378 536 605	24 575 595
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 49 865 000	–	– 49 865 000	– 62 174 707	– 12 309 707
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
7501 Kinder- und Jugendhilfe					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 147 749 300	– 3 000 000	– 150 749 300	– 159 866 548	– 9 117 248
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 4 300 000	– 994 000	– 5 294 000	– 2 041 970	3 252 030
7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 18 509 400	–	– 18 509 400	– 17 711 475	797 925
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 300 000	–	– 300 000	– 176 864	123 136
7930 Berufsbildungsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 5 574 950	–	– 5 574 950	– 1 269 969	4 304 981
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
Baudirektion					
8000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 35 441 600	–	– 35 441 600	– 35 202 250	239 350
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 1 534 000	– 4 186 000	– 5 720 000	– 478 716	5 241 284
8100 Hochbauamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 23 375 264	–	– 23 375 264	– 21 593 812	1 781 452
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
8300 Amt für Raumentwicklung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 23 781 390	–	– 23 781 390	– 23 805 125	– 23 735
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 1 150 000	–	– 1 150 000	– 558 867	591 133
8400 Tiefbauamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 217 649 400	–	– 217 649 400	– 214 578 672	3 070 728
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 95 710 000	– 20 000 000	– 115 710 000	– 116 143 706	– 433 706
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 88 665 806	– 4 000 000	– 92 665 806	– 70 404 366	22 261 440
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 50 154 800	– 14 700 000	– 64 854 800	– 45 038 746	19 816 054
8510 Altlasten					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 1 332 500	–	– 1 332 500	– 4 864 005	– 3 531 505
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
8700 Immobilienamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 17 619 990	– 650 000	– 18 269 990	– 15 055 781	3 214 209
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 1 970 000	–	– 1 970 000	– 2 864 682	– 894 682
8710 Liegenschaften Finanzvermögen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 17 793 250	– 1 269 000	– 19 062 250	2 041 440	21 103 690
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
8750 Liegenschaften Verwaltungsvermögen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 12 024 700	– 1 449 000	– 13 473 700	– 13 682 800	– 209 100
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 69 015 000	– 132 443 000	– 201 458 000	– 107 376 332	94 081 668
8800 Amt für Landschaft und Natur					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 61 464 000	– 835 000	– 62 299 000	– 58 430 427	3 868 573
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 9 855 000	– 3 339 000	– 13 194 000	– 8 375 874	4 818 126
8910 Natur- und Heimatschutzfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 970 500	–	– 970 500	3 223 965	4 194 465
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 7 501 000	–	– 7 501 000	– 4 500 286	3 000 714
8940 Denkmalpflegefonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	–	–	–	–	–
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 8 800 000	–	– 8 800 000	– 7 324 640	1 475 361
8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 341 700	–	– 341 700	– 281 300	60 400
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
8960 Deponiefonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	20 000	–	20 000	72 749	52 749
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
8970 Kantonaler Waldfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 3 900	–	– 3 900	– 3 672	228
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
8980 Wildschadenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 96 400	–	– 96 400	– 99 871	– 3 471
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2018 Kantonsrat (19.12.2017)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2018 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2018	Abweichung + besser, – schlechter
Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)					
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 10 435 700	–	– 10 435 700	– 10 320 202	115 498
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
9001 Fonds zur Absicherung Staatsgarantie Zürcher Kantonalbank					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	22 000 000	–	22 000 000	22 210 219	210 219
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
9020 Finanzkontrolle					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 4 354 200	–	– 4 354 200	– 4 150 226	203 974
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
9030 Obergericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 35 345 600	–	– 35 345 600	– 53 112 339	– 17 766 739
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 7 790 000	– 2 680 000	– 10 470 000	– 6 712 108	3 757 892
9040 Bezirksgerichte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 105 527 100	–	– 105 527 100	– 112 767 453	– 7 240 353
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 3 350 000	– 14 078 000	– 17 428 000	– 927 736	16 500 264
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 620 000	–	1 620 000	19 804 704	18 184 704
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 2 700 000	–	– 2 700 000	– 995 130	1 704 870
9063 Verwaltungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 7 015 396	– 51 000	– 7 066 396	– 6 666 298	400 098
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
9064 Sozialversicherungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 14 020 200	–	– 14 020 200	– 13 479 857	540 343
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 100 000	– 90 000	– 190 000	– 135 897	54 103
9065 Baurekursgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 3 629 200	–	– 3 629 200	– 3 533 865	95 335
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
9066 Steuerrekursgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 1 936 300	–	– 1 936 300	– 2 288 659	– 352 359
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
9070 Ombudsmann					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 1 234 800	–	– 1 234 800	– 1 290 758	– 55 958
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
9071 Datenschutzbeauftragter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 2 224 000	– 135 000	– 2 359 000	– 2 325 190	33 810
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Organisationen)					
9300 Zürcher Verkehrsverbund					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 169 645 000	–	– 169 645 000	– 153 336 963	16 308 037
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 1 353 000	–	– 1 353 000	– 1 031 213	321 787
9520 Kantonsspital Winterthur*					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 141 200 000	–	– 141 200 000	– 130 402 677	10 797 323
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 23 001 000	– 2 000 000	– 25 001 000	– 11 915 771	13 085 229
9600 Universität Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 594 976 000	– 15 000 000	– 609 976 000	– 620 625 712	– 10 649 712
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 44 528 000	–	– 44 528 000	– 47 126 758	– 2 598 758
9690 Zentralbibliothek					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 28 840 000	–	– 28 840 000	– 28 780 550	59 450
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 1 690 000	–	– 1 690 000	– 2 072 827	– 382 827
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 175 460 000	– 11 670 000	– 187 130 000	– 151 840 639	35 289 361
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 20 000 000	– 5 120 000	– 25 120 000	– 11 516 663	13 603 337
9720 Zürcher Hochschule der Künste					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 106 958 400	–	– 106 958 400	– 107 403 670	– 445 270
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 2 400 000	–	– 2 400 000	– 2 395 416	4 584
9740 Pädagogische Hochschule Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 108 072 100	–	– 108 072 100	– 109 271 976	– 1 199 876
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	– 59 082	– 59 082
9510 Universitätsspital Zürich					
geplanter Gewinn (+)/ Verlust (–)	123 349	–	123 349	61 153 301	61 029 952
geplante Investitionsausgaben	– 111 238 000	–	– 111 238 000	– 153 351 130	– 42 113 130
9530 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich					
geplanter Gewinn (+)/ Verlust (–)	–	–	–	715 351	715 351
geplante Investitionsausgaben	– 16 590 000	–	– 16 590 000	– 13 956 533	2 633 467
9800 Stiftungen und Legate					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	–	–	–	– 737 622	– 737 622
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–

* Der «Budgetkredit Erfolgsrechnung» des Kantonsspitals Winterthur (Leistungsgruppe Nrn. 9520) weist in der Spalte «Rechnung 2018» die tatsächlich ausgerichteten Staatsbeiträge aus.

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite
in Franken

	Budget 2018 Kantonsrat (19.12.2017)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2018 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2018	Abweichung + besser, – schlechter
Übrige Organisationen (nicht zu konsolidierende Anstalten)					
9200 Arbeitslosenkasse					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	–	–	–	217 923	217 923
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–

Legende:

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung

Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben

Rücklagen und Gewinnverwendung

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Bildung von Rücklagen von Fr. 1 759 000 zulasten der Rechnung 2018. Für das Jahr 2017 beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat Rücklagen von Fr. 1 570 000. Diese hat der Kantonsrat am 09. Juli 2018 mit dem Geschäftsbericht 2017 genehmigt.

Rücklagen können beantragt werden, wenn eine Leistungsgruppe auf Grund effizienter Leistungserbringung besser

abschliesst als budgetiert (vgl. § 23 Abs. 1 CRG). Gemäss § 16 Abs. 1 Finanzcontrollingverordnung (FCV) darf die Bildung neuer Rücklagen jährlich 2% des Lohnaufwands einer Leistungsgruppe nicht übersteigen und Rücklagen dürfen bis höchstens 5% des Lohnaufwands gebildet werden.

in Franken

		Bildung von Rücklagen 2017	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand (+ Zunahme/ - Abnahme gegenüber Vorjahr)
Total		1 570 000	46 258 071	1 515 052	1 759 000	46 502 019	243 948
1000	Regierungsrat u. Staatskanzlei	-	377 961	22 191	-	355 770	- 22 191
2201	Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	-	325 100	58 936	60 000	326 165	1 064
2204	Strafverfolgung Erwachsene	-	1 701 406	190	-	1 701 216	- 190
2205	Jugendstrafrechtspflege	-	94 531	-	-	94 531	-
2206	Amt für Justizvollzug	-	2 754 877	-	900 000	3 654 877	900 000
2207	Gemeindeamt	-	26 670	26 670	-	-	- 26 670
2221	Handelsregisteramt	-	323 737	-	-	323 737	-
2223	Statistisches Amt	-	173 655	-	-	173 655	-
2224	Staatsarchiv	-	156 982	-	-	156 982	-
2232	Fachstelle Opferhilfe	4 000	34 394	5 010	-	29 384	- 5 010
2233	Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann	-	12 039	839	-	11 200	- 839
2234	Fachstelle Kultur	-	35 271	3 553	-	31 718	- 3 553
2241	Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	-	34 934	-	-	34 934	-
2251	Bezirksräte	-	161 146	43 264	-	117 882	- 43 264
2261	Statthalterämter	120 000	378 171	60 800	-	317 371	- 60 800
3000	Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	-	38 442	23 491	-	14 951	- 23 491
3100	Kantonspolizei	-	1 593 000	-	-	1 593 000	-
3200	Strassenverkehrsamt	-	31 836	13 885	200 000	217 951	186 115
3300	Migrationsamt	60 000	79 997	58 345	60 000	81 653	1 655
3500	Sozialamt	-	187 836	20 143	-	167 693	- 20 143
4000	Generalsekretariat FD	-	34 877	11 341	-	23 536	- 11 341
4100	Finanzverwaltung*	-	118 908	11 871	100 000	207 037	88 129
4300	Amt für Tresorerie*	-	-	-	-	-	-
4400	Steuern Betriebsteil	300 000	2 252 025	-	-	2 252 025	-
4500	Personalamt	-	326 682	-	-	326 682	-
4600	Direktionsübergreifende Informatik*	-	-	-	-	-	-
4610	Amt für Informatik*	-	83 751	27 922	-	55 829	- 27 922
4700	Drucksachen und Material	-	410 613	-	-	410 613	-
5000	Generalsekretariat (GS)	-	16 719	5 874	20 000	30 845	14 126
5205	Amt für Verkehr (AFV)	-	76 952	30 204	30 000	76 747	- 204
5300	Amt für Wirtschaft und Arbeit	-	1 529 990	195 763	-	1 334 227	- 195 763
6000	Steuerung Gesundheitsversorgung	100 000	374 825	117 374	100 000	357 450	- 17 374
6100	Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	20 000	605 719	26 331	20 000	599 388	- 6 331
6150	Arzneimittelversorgung	-	12 721	12 500	-	221	- 12 500
6400	Psychiatrische Versorgung**	819 000	10 056 002	-	-	10 056 002	-
7000	Bildungsverwaltung	-	883 000	-	-	883 000	-
7301	Mittelschulen	-	6 988 556	-	-	6 988 556	-
7306	Berufsbildung	-	1 000 000	-	-	1 000 000	-
7406	Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	-	4 000 000	-	-	4 000 000	-
8000	Generalsekretariat	-	365 925	9 244	-	356 682	- 9 244
8100	Hochbauamt	-	200 449	-	-	200 449	-
8300	Amt für Raumentwicklung	-	359 600	-	-	359 600	-
8400	Tiefbauamt	-	619 100	34 000	-	585 100	- 34 000
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	-	442 530	38 297	-	404 234	- 38 297
8700	Immobilienamt	-	86 076	-	-	86 076	-
8800	Amt für Landschaft und Natur	-	328 397	12 965	-	315 433	- 12 965
9000	Kantonsrat und Parlamentsdienste	-	22 719	-	-	22 719	-
9020	Finanzkontrolle	-	84 200	-	-	84 200	-
9030	Obergericht und angegliederte Gerichte	-	1 349 190	82 048	-	1 267 142	- 82 048
9040	Bezirksgerichte	-	2 974 899	310 171	-	2 664 728	- 310 171
9060	Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	100 000	1 375 548	158 000	200 000	1 417 548	42 000
9063	Verwaltungsgericht	30 000	269 538	53 300	69 000	285 238	15 700
9065	Baurekursgericht	-	68 192	4 542	-	63 650	- 4 542
9066	Steuerrekursgericht	-	72 842	17 175	-	55 667	- 17 175
9070	Ombudsmann	-	13 039	-	-	13 039	-

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Rücklagen und Gewinnverwendung

in Franken

Leistungsgruppe	Bildung von Rücklagen 2017	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand (+ Zunahme/ - Abnahme gegenüber Vorjahr)
9071 Datenschutzbeauftragter	17 000	64 793	18 813	-	45 981	- 18 813
9300 Zürcher Verkehrsverbund	-	267 707	-	-	267 707	-

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind auf Franken gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen. Die Werte in den Spalten «Bildung von Rücklagen 2017», «Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017» und «Verwendung 2018» sind mit den verbuchten Beträgen abgestimmt.

* Aufgrund der Integration des Amtes für Tresorerie in die Finanzverwaltung und der Direktionsübergreifenden Informatik in das neue Amt für Informatik (ehemals Teil der Finanzverwaltung) wurde der Rücklagenbestand per 31.12.2017, gemäss Geschäftsbericht 2017 Teil II, der betroffenen Leistungsgruppen anteilmässig per 1.1.2018 übertragen: Finanzverwaltung -65'197 Franken, Amt für Tresorerie -11'257 Franken, Direktionsübergreifende Informatik -7'297 Franken, Amt für Informatik +83'751 Franken.

** Mit der Verselbstständigung der Psychiatrischen Universitätsklinik wurde in der Höhe deren Rücklagen eine Übertragung in das übrige Eigenkapital vorgenommen (RRB Nr. 387/2018). Die Rücklagen verbleiben in der Leistungsgruppe Nr. 6400 und werden bei der Schliessung des Buchungskreises Nr. 6420 aufgelöst.

Die beantragte Bildung der Rücklagen im Betrag von rund 1,8 Mio. Franken wird nach der Genehmigung durch den Kantonsrat verbucht. 2018 einschliesslich der beantragten Bildung um 0,2 Mio. Franken oder 0,5 Prozent auf 46,5 Mio. Franken.

Im Berichtsjahr wurden Rücklagen in Höhe von 1,5 Mio. Franken verwendet und unmittelbar aufgelöst. Folgende Leistungsgruppen nahmen aus verwendeten Rücklagen Sachaufwendungen für Vorhaben von mehr als 50 000 Franken vor:

Leistungsgruppe	Verwendungszweck	Betrag
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	Finanzierung des Personals über Rücklagen	58 936
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	Personalanlass einschliesslich Arbeitslosenkasse (ALK)	195 763
9040 Bezirksgerichte	Finanzierung von befristetem Personal, Personalförderungsmassnahmen sowie von Kleinstanschaffungen und Literatur	310 171
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	Finanzierung von Personalförderungsmassnahmen, Schulungen, Personalanlässen und Organisationsanalysen	158 000
9063 Verwaltungsgericht	Gesundheitsförderung und Teambildung	53 300

Gewinnverwendung der selbstständigen Anstalten

Im Rahmen der Gewinnverwendung können Mittel den Reserven zugewiesen oder an den Kanton ausgeschüttet werden. Verluste werden durch Entnahmen aus den Reserven gedeckt. Die Verwendung der Gewinne bzw. Deckung der Verluste 2018 wird erst nach der Genehmigung des Kantonsrates verbucht.

Die folgenden Tabellen zeigen die Anträge für die selbstständigen Anstalten. Sie sind in den jeweiligen Leistungsgruppenrechnungen begründet.

in Franken
Leistungsgruppe

Antrag auf Zuweisung zu den Reserven im Rahmen der Gewinnverwendung

Total Zuweisung zu den Reserven	80 116 548.12
9510 Universitätsspital Zürich	54 133 723.00
9520 Kantonsspital Winterthur	16 325 473.00
9530 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich	715 351.79
9710 Zürcher Fachhochschule für Angewandte Wissenschaften	11 898 776.33

in Franken
Leistungsgruppe

Antrag auf Entnahme aus den Reserven im Rahmen der Verlustdeckung

Total Entnahme aus den Reserven	9 963 453.69
9600 Universität Zürich	9 193 084.82
9720 Zürcher Hochschule der Künste	92 192.49
9740 Pädagogische Hochschule Zürich	678 176.38

in Franken
Leistungsgruppe

Antrag auf Ausschüttung an den Kanton im Rahmen der Gewinnverwendung

Total Ausschüttung an den Kanton	10 701 629
9510 Universitätsspital Zürich	7 689 353
9520 Kantonsspital Winterthur	55 500

Anhang

Behörden

263

Übersicht Finanzierung	263
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste	264
9001 Fonds zur Absicherung Staatsgarantie Zürcher Kantonalbank	265
9020 Finanzkontrolle	266
9070 Ombudsmann	267
9071 Datenschutzbeauftragter	268

Rechtspflege

269

Übersicht Finanzierung	269
9030 Obergericht	270
9040 Bezirksgerichte	273
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	276
9063 Verwaltungsgericht	279
9064 Sozialversicherungsgericht	282
9065 Baurekursgericht	284
9066 Steuerrekursgericht	286

Zu konsolidierende Organisationen

289

Übersicht Finanzierung	289
9300 Zürcher Verkehrsverbund	290
9510 Universitätsspital Zürich	293
9520 Kantonsspital Winterthur	295
9530 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich	299
9600 Universität Zürich	301
9690 Zentralbibliothek	306
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	308
9720 Zürcher Hochschule der Künste	314
9740 Pädagogische Hochschule Zürich	319
9800 Stiftungen und Legate	323

Nicht konsolidierte Organisationen

325

9200 Arbeitslosenkasse	325

Kreditübertragungen

327

Bewilligte Kreditüberschreitungen

331

Behörden

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	24.8	23.2	23.4	0.2	1.1
Aufwand	-18.4	-19.6	-19.3	0.3	1.3
- Kreditübertragungen		-0.1			
Saldo	6.3	3.6	4.1	0.5	14.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste

Aufgaben

- A1 Der Kantonsrat (KR) bildet als gewählte Volksvertretung das politische Forum, in welchem alle Bevölkerungsteile ihre Interessen in geordnetem Rahmen artikulieren können. Er ist gemäss Kantonsverfassung zuständig für die Verfassungs- und Gesetzgebung, übt Finanzkompetenzen und die Kontrolle über Exekutive und Judikative aus und nimmt Wahlen und Begnadigungen vor.
- A2 Die Kommissionen (K) sind zuständig für die Vorberatung der Geschäfte.
- A3 Die Parlamentsdienste (PD) unterstützen Kantonsrat und Kommissionen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1 KR: Behandelte Vorlagen	A1	68	120	102	-18	-15.0
L2 KR: Durchschnittliche Beratungsdauer, in Std.	A1	0.71	0.75	1.06	0.31	41.33
L3 KR: Pendente Geschäfte am 31. Dezember	A1	245	140	268	128	91.4
L4 K: Behandelte Vorlagen	A2	96	110	106	-4	-3.6
L5 K: Durchschnittliche Gesamtverweildauer, in Tg.	A2	252	250	299	49	19.6
L6 K: Durchschnittliche Beratungsdauer, in Std.	A2	1.93	3	2.38	-0.62	-20.67
L7 K: Pendente Geschäfte am 31. Dezember	A2	88	70	86	16	22.9
L8 PD: Protokolle	A3	372	380	381	1	0.3
B1 PD: Durchschnittliche Kosten je Ratsprotokoll einschliesslich Sitzung	A3	2350	2650	2536	-114	-4.3
B2 PD: Durchschnittliche Kosten je Kommissionsprotokoll einschliesslich Sitzung	A3	1103	828	1183	355	42.9

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	14.4	15.5	15.1	-0.4	-2.5

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.6	0.0	0.1	0.0	154.8
Aufwand	-9.9	-10.5	-10.4	0.1	0.6
- Kreditübertragungen					
Saldo	-9.4	-10.4	-10.3	0.1	1.1

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.1		Abweichungen total R18 zu B18
0.1	A3	- Geringerer Aufwand wegen der im Berichtsjahr noch nicht vollständig abgeschlossenen Einführung der Geschäfts- und Dokumentenverwaltungssoftware Axioma
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
22719	0	0	22719	0

9001 Fonds zur Absicherung Staatsgarantie Zürcher Kantonalbank

Aufgaben

A1 Die Kantonalbank entschädigt den Kanton Zürich jährlich für die Staatsgarantie (§ 6 Abs. 3 Kantonalbankgesetz).

Fonds	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	65.5	87.5	87.7	0.2	0.2

Bemerkungen R18 zu B18

0.2 Höhere Entschädigung der Kantonalbank infolge Anstieg der risikogewichteten Positionen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	23.0	22.0	22.2	0.2	1.0
Aufwand					
- Kreditübertragungen					
Saldo	23.0	22.0	22.2	0.2	1.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.2		Abweichungen total R18 zu B18
0.2	A1	- Höhere Entschädigung der Kantonalbank
0.0		- Übrige Abweichungen

9020 Finanzkontrolle

Gemäss § 22 des Finanzkontrollgesetzes erstellt die Finanzkontrolle jährlich einen Tätigkeitsbericht zuhanden des Kantonsrates und des Regierungsrates. Der Bericht wird Ende Mai 2019 veröffentlicht.

Aufgaben

A1 Ausübung der Finanzaufsicht gemäss Finanzkontrollgesetz (FKG), d.h. prüfen der Ordnungsmässigkeit, der Rechtmässigkeit, der Wirtschaftlichkeit, der Zweckmässigkeit und der Sparsamkeit der Haushaltsführung sowie der Wirksamkeitskontrollen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L2 Revisionen pro Jahr	A1	162	175	153	-22	-12.6
B1 Verhältnis eingesetzte Arbeitszeit für Auftrag gemäss FKG, in % zur verfügbaren Präsenzzeit	A1	81	80	82	2	
W1 Anteil der akzeptierten Empfehlungen, in % (aufgrund Stellungnahmen)	A1	96	92	94	2	

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
	25.5	26.0	26.0	0.0	0.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.1	1.1	1.1	0.0	3.1
Aufwand	-5.1	-5.5	-5.3	0.2	3.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	-4.0	-4.4	-4.2	0.2	4.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
84200	0	0	84200	0

9070 Ombudsmann

Ein separater jährlicher Bericht gibt Aufschluss über die Tätigkeit des Ombudsmanns.

Aufgaben

- A1 Der Ombudsmann nimmt Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern gegen Behörden und Amtsstellen entgegen, prüft sie und bemüht sich durch Vermittlung um eine einvernehmliche Lösung. Die Rechtsgrundlage für die Institution Ombudsmann findet sich im Verwaltungsrechtspflegegesetz § 87 ff.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Eingegangene Geschäfte	A1	910	850	845	-5	-0.6
L2	Erledigte Geschäfte	A1	887	830	874	44	5.3
L3	Angeschlossene Gemeinden	A1	14	13	12	-1	-7.7
L4	Eingegangene Geschäfte aus angeschlossenen Gemeinden	A1	15	14	12	-2	-14.3

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	4.3	4.3	4.8	0.5	11.6

Bemerkungen R18 zu B18

- 0.5 Seit geraumer Zeit ist die Ombudsstelle mit 4,3 Stellen (430 Stellenprozente) ausgestattet. Personelle Veränderungen auf dem Sekretariat im Frühjahr 2018 hatten jedoch eine zeitweilige Ausdehnung des Stellenplafonds zur Folge. Ab 1. Oktober 2018 arbeitet die Ombudsstelle wieder mit 4,3 Stellen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag		0.0	0.0		-0.0	-100.0
Aufwand		-1.2	-1.3	-1.3	-0.0	-0.5
- Kreditübertragungen						
Saldo		-1.2	-1.2	-1.3	-0.1	-4.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben						
- Kreditübertragungen						
Saldo						

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.1		Abweichungen total R18 zu B18
-0.0	A1	- Die vom Kantonsrat im Februar 2018 beschlossene Änderung in der Berechnung der Gemeindebeiträge hat eine zeitliche Verschiebung der Rechnungstellung zur Folge.
-0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
13039	0	0	13039	0

9071 Datenschutzbeauftragter

Die ausführliche Berichterstattung des Datenschutzbeauftragten ist dem Tätigkeitsbericht 2018 zu entnehmen. Dieser wird im Juni 2019 publiziert und auf der Website des Datenschutzbeauftragten (www.datenschutz.zh.ch) verfügbar sein.

Aufgaben

- A1 Der Datenschutzbeauftragte beaufsichtigt die Datenbearbeitungen der kantonalen Verwaltung, der Gemeinden und der übrigen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Kanton, um die Privatheit der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.
- A2 Er berät die öffentlichen Organe, beurteilt die datenschutzrelevanten Vorhaben (Vorabkontrollen) und nimmt Stellung zu Erlassen. Er bietet Aus- und Weiterbildungen in den Bereichen Datenschutz und Informationssicherheit an.
- A3 Bei öffentlichen Organen überprüft er mittels Kontrollen (Datenschutz-Reviews), ob die Anforderungen des Datenschutzes in rechtlicher, organisatorischer und sicherheitstechnischer Hinsicht eingehalten sind.
- A4 Der Datenschutzbeauftragte berät Privatpersonen über ihre datenschutzrechtlichen Ansprüche und vermittelt in Konfliktfällen zwischen Privatpersonen und öffentlichen Organen. Er informiert die Öffentlichkeit über die Anliegen des Datenschutzes und der Informationssicherheit.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1 Beratungen	A4	560	500	600	100	20.0
L2 Vernehmlassungen und Mitberichte	A2	20	18	14	-4	-22.2
L3 Weiterbildungsangebote für öffentliche Organe	A2	21	20	30	10	50.0
L4 Kontrollen	A3	31	40	25	-15	-37.5
W1 Anteil umgesetzter Hinweise bei Datenschutz-Reviews, in %	A3	42	60	47	-13	
W2 Besuche auf Webseiten	A4	31 575	45 000	42 570	-2 430	-5.4

Entwicklungsschwerpunkte

9071 10a Sicherstellen des Datenschutzes im Umgang mit grossen Datenmengen (E-Government, Open Government Data, Forschung, Big Data)

Die Ziele konnten (teilweise) erfüllt werden.

Stand bis
Abgeschlossen 2018

9071 10b Kontrolltätigkeit: Gewährleisten einer regelmässigen und nachhaltigen Kontrolle der Datenbearbeitungen

Systematische Nachkontrollen wurden geplant und werden 2019 wirksam.

Verzögert 2018

9071 10c Förderung der Umsetzung angemessener Massnahmen im Bereich der Informationssicherheit

Abgestimmtes Vorgehen ist in Planung (Datenschutzfolgenabschätzung, Vorabkontrolle, Hermes [ISDS], Datenschutz-Reviews).

Planmässig 2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
	9.4	9.2	9.5	0.3	2.7

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.0	0.0	0.0	-0.0	-4.7
Aufwand	-2.1	-2.4	-2.3	0.0	1.5
- Kreditübertragungen		-0.1		0.1	100.0
Saldo	-2.1	-2.4	-2.3	0.0	1.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Rücklagen

Bestand 31.12.2017	Verwendung	Antrag Bildung 2018	Bestand 31.12.2018	
plus Bildung 2017	2018	(verbucht 2019)	plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
64 793	18 813	0	45 980	-18 813

Rechtspflege

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

Ertrag

Aufwand

- Kreditübertragungen

Saldo

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

Einnahmen

Ausgaben

- Kreditübertragungen

Saldo

R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
154.9	163.5	162.5	-1.0	-0.6
-326.9	-329.4	-334.5	-5.1	-1.6
	-0.1			
-172.0	-165.9	-172.0	-6.1	-3.7
R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
-4.1	-30.8	-8.8	22.0	71.5
	-16.8			
-4.1	-30.8	-8.8	22.0	71.5

9030 Obergericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2018 zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2019 veröffentlicht wird.

Aufgaben

- A1 Beförderliche Erledigung der hängigen erst- und zweitinstanzlichen Verfahren auf der Grundlage des geltenden Rechts
A2 Personalförderungsmassnahmen sowie Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigung von erstinstanzlichen Verfahren	A1	814	800	770	-30	-3.8
L2	Erledigung von Berufungen	A1	993	1100	1002	-98	-8.9
L3	Erledigung von Beschwerden	A1	2043	2000	2088	88	4.4
L4	Erledigung von anderen Verfahren	A1	1205	1300	1062	-238	-18.3
L5	Erledigung der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	A1	8633	8100	8344	244	3.0
L6	Eingänge	A1	8687	8100	8420	320	4.0
L7	Hängige Verfahren Ende Jahr (Höchstwert)	A1	2255	2300	2329	29	1.3
L8	Verhältnis Erledigungen : Eingänge (Zielwert)	A1	0.99	1	0.99	-0.01	-1.00
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft, in Fr.	A1	4966	4364	6365	2001	45.9
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro Personalstelle, in Fr.	A1		135420	136148	728	0.5
W1	Erledigte Berufungsverfahren innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität, in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte (Mindestwert)	A1	72	75	71.6	-3.4	
W2	Erledigte Beschwerdeverfahren innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität, in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte (Mindestwert)	A1	94	90	93.2	3.2	
W3	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen, in Mio. Franken	A1	2.0	1.6	1.8	0.2	12.5
W4	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsvertretungen, in Mio. Franken	A1	0.9	0.6	0.7	0.1	16.7
W5	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien, in Mio. Franken	A1	1.4	1	0.9	-0.1	-10.0

Bemerkungen

- Allg. Der Prognosewert bei den Leistungsindikatoren wurde aufgrund der Eingänge und Erledigungen der Jahre 2014–2016 erstellt. Das Erreichen der Prognosen ist von der Zahl eingehender Verfahren und deren Komplexität abhängig.
- L5, L6 Der Rückgang bei den Erledigungen und den Eingängen ist darauf zurückzuführen, dass die Archivgeschäfte gegenüber dem Vorjahr um über 300 Geschäfte abnahmen.
- B1 Die restriktiven Vorgaben zum Budget wurden im Bereich der nicht beeinflussbaren direkten Kosten und Erträge der Rechtsprechung klar verfehlt (hohe Zahlungen für amtliche Mandate, Mindererträge bei den Gebühren und Einziehungen in Strafverfahren). Insbesondere führt die Neuberechnung des Wertberichtigungsbedarfs anhand aktueller Daten zu einem einmaligen Mehraufwand von 14.6 Mio. Franken und hatte direkten Einfluss auf die Höhe des Nettoaufwands pro erledigtes Geschäft. Aus diesen Gründen hat der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft gegenüber dem Budget erheblich zugenommen.
- B2 Die auf den 1. Januar 2018 gewährte (nicht budgetierte) Teuerungszulage von 0.5% führte zu einer höheren durchschnittlichen Lohnsumme.
- Allg. Die Indikatoren W3-W5 sind nicht beeinflussbar und können deshalb nicht verlässlich budgetiert werden.
- W1 Die Anzahl der innert 6 Monaten erledigten Berufungsverfahren ist seit der Einführung der Schweizerischen Prozessordnungen und den verschiedenen Gesetzesänderungen (Landesverweisung, Kindesunterhalt, Vorsorgeausgleich) zurückgegangen. Es zeigt sich, dass ein Teil der Verfahren aufwendiger geführt werden muss und damit mehr Zeit in Anspruch nimmt, sodass die Prognosewerte anzupassen sind.
- W3, W4 Die Zahlungen für amtliche Mandate (amtliche Verteidigungen und unentgeltliche Rechtsvertretungen) haben gegenüber dem Vorjahr zwar etwas abgenommen, fielen aber aufgrund der umfangreichen und komplexen Verfahren dennoch höher aus als budgetiert.
- W5 Im Berichtsjahr mussten deutlich weniger Entscheide mit hohen Entschädigungen abgerechnet werden als im Vorjahr.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9030 10a Laufende Überprüfung der Ressourcen und Abläufe vor dem Hintergrund von Gesetzesänderungen

Die Überprüfung von Ressourcen und Abläufen erfolgt laufend im Rahmen der jährlichen Berichterstattung der Gerichte und Kammern.

Planmässig 2018

9030 10b Überprüfung und Anpassung des internen Kontrollsystems (IKS) aufgrund der Einführung neuer Rechnungswesen-Software

Die Arbeiten für die Anpassung des internen Kontrollsystems (IKS) wurden im Vorjahr aufgenommen. Aufgrund personeller Veränderungen (Austritt des IKS-Delegierten) konnten die Arbeiten nicht planmässig abgeschlossen werden. Der Abschluss erfolgt im Jahr 2019.

Verzögert 2018

9030 10c Überarbeitung des Rechenschaftsberichts

Der Rechenschaftsbericht über das Jahr 2020 wird voraussichtlich erstmals in überarbeiteter Form erscheinen.

Verzögert 2018

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
251.2	250.4	251.6	1.2	0.5

Bemerkungen R18 zu B18

1.2 Der Beschäftigungsumfang wurde zur beförderlichen Erledigung von überdurchschnittlich umfangreichen Verfahren vorübergehend leicht überschritten.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
25.7	35.8	27.6	-8.1	-22.7
-68.5	-71.1	-80.8	-9.6	-13.5
-42.9	-35.3	-53.1	-17.8	-50.3

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
-3.4	-10.5	-6.7	3.8	35.9
-3.4	-2.7	-6.7	2.7	100.0
-3.4	-10.5	-6.7	3.8	35.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-17.8		Abweichungen total R18 zu B18
1.6	A1	- Minderaufwand durch Zurückhaltung bei Materialbeschaffungen und Unterhaltsarbeiten, Optimierungen im IT-Bereich und Einsparungen bei externen Beraterleistungen. Zudem wurden budgetierte Transportkosten im Zusammenhang mit der Sanierung des Archivs nur teilweise beansprucht.
1.4	A1	- Tiefere Abschreibungen aufgrund nicht realisierter bzw. verschobener Investitionsvorhaben. Weniger Material- und Dienstleistungsbezüge bei IC-Einheiten.
0.9	A1	- Budgetunterschreitung beim Personalaufwand aufgrund nicht budgetierter Rückerstattungen für Mutterschaftsurlaube und Militärabwesen. Einsparungen bei den ins Budget eingestellten und nicht ausbezahlten Dienstaltersgeschenken (Bezug der freien Tage). Abnahme bei den Rückstellungen für nicht bezogene Dienstaltersgeschenk-, Ferien- und Gleitzeitguthaben des Personals.
0.6	A1	- Tiefere Forderungsverluste (0.8 Mio.), aber höhere Kosten für amtliche Mandate und Entschädigungen an Parteien (-0.2 Mio.)
0.5	A1	- Synergien bei den Unterhaltskosten für Hard- und Software durch Zusammenlegung der IT Gerichte und Notariate
-0.3	A1	- Minderaufwand beim IT-Betrieb der Notariate, folglich tiefere Vergütung der Notariate ans Obergericht (IC-Ertrag)
-1.0	A1	- Erträge aus dem Nachinkasso zwar deutlich höher als im Vorjahr, jedoch trotz intensiver Bemühungen noch unter dem Budget
-7.0	A1	- Direkte Erträge der Rechtsprechung nach wie vor auf tiefem Niveau (nur wenige Entscheide mit hohen Gebühren, Bussen/Geldstrafen und Einziehungen).
-14.6	A1	- Neuberechnung des Wertberichtigungsbedarfs aufgrund aktueller Daten hat einen einmaligen Einfluss auf die Erfolgsrechnung. Infolge von Gesetzesänderungen sind die Kosten für amtliche Mandate in den letzten Jahren deutlich angestiegen, weshalb sich die Überprüfung des Wertberichtigungsbedarfs des Forderungsbestands aufdrängte. Mit der Optimierung der Rechnungswesen-Applikation stehen neue Auswertungsinstrumente zur Verfügung.
0.1		- Übrige Abweichungen

Rechtspflege Leistungsgruppe 9030

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-10.5	-6.7	3.8	
- Einbau und Sanierung von Archivräumlichkeiten	-0.5	-0.1	0.4	- Verzögerung des Vorhabens (Variantenentscheid erst 2019); Kreditübertragung 0.4 Mio.
- Informatik-Investitionen für die Gerichte - Software (Erneuerung Formularwesen, Erneuerung Rechenschaftsbericht, Intranet/Internet, Plattformerneuerung)	-2.0	-1.1	0.9	- Diverse Informatikprojekte konnten noch nicht abgeschlossen oder mussten verschoben werden; Kreditübertragung 0.5 Mio.
- Informatik-Investitionen für die Gerichte - Hardware (diverse Projekte)	-1.1	-1.3	-0.2	- Im Vorjahr geplante Informatikprojekte wurden im Berichtsjahr realisiert und führten zu Mehrausgaben.
- Informatik-Investitionen für die Notariate - Software (Einführung des elektronischen Grundbuchs, Erneuerung von Applikationen)	-2.1	-1.1	1.0	- Diverse Informatikprojekte konnten noch nicht abgeschlossen oder mussten verschoben werden; Kreditübertragung 0.6 Mio.
- Informatik-Investitionen für die Notariate - Hardware (diverse Projekte, u.a. Erweiterung und Modernisierung des Netzwerks)	-1.9	-2.3	-0.4	- Im Vorjahr geplante Informatikprojekte wurden im Berichtsjahr realisiert und führten zu Mehrausgaben.
- Ersatzbeschaffung für Mobiliar	-0.2	-0.1	0.1	- Verschiebung der Ausstattung von Archivräumen; Kreditübertragung 0.1 Mio.
- Realisierung diverser baulicher Vorhaben (Kreditübertragung aus dem Vorjahr 2.7 Mio.)	-2.7	-0.7	2.0	- Bauvorhaben konnten nur zum Teil abgeschlossen werden (Umbau Gerichtssaal und Verhandlungszimmer, Rechenzentrum, Evakuationsanlage); Kreditübertragung 1.8 Mio.
- Übrige	-0.0	-0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
1349190	82048	0	1267142	-82048

Bemerkungen

Das Obergericht verwendet Rücklagen für Personalförderungsmassnahmen.

9040 Bezirksgerichte

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2018 zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2019 veröffentlicht wird.

Aufgaben

- A1 Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren auf der Grundlage des geltenden Rechts
- A2 Ausbildung junger Juristen am Gericht (Auditoren und Gerichtsschreiber)
- A3 Personalförderungsmassnahmen sowie Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigung von summarischen Verfahren	A1	36509	35400	36251	851	2.4
L2	Erledigung von Zivilprozessen	A1	6975	7400	6988	-412	-5.6
L3	Erledigung von Strafprozessen	A1	2323	2600	2260	-340	-13.1
L4	Erledigung von Hafttrichtersachen	A1	2657	2800	2648	-152	-5.4
L5	Erledigung von Mietschlittungen	A1	4844	5300	4420	-880	-16.6
L6	Erledigungen der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	A1	55507	55100	55665	565	1.0
L7	Eingänge	A1	56351	55100	55487	387	0.7
L8	Hängige Verfahren Ende Jahr (Höchstwert)	A1	9656	9600	9469	-131	-1.4
L9	Verhältnis Erledigungen : Eingänge (Zielwert)	A1	0.99	1	1	0	0.0
L10	Verhältnis Auditoren : Gerichtsschreiber (Zielwert)	A2	0.8	0.8	0.8	0.0	0.0
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft, in Fr.	A1	2056	1915	2024	109	5.7
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro Personalstelle	A1		103563	102966	-597	-0.6
W1	Erledigte Zivil- und Strafprozesse innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität, in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte (Mindestwert)	A1	75.9	80	73	-7	
W2	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen, in Mio. Franken	A1	15.3	13.5	13	-0.5	-3.7
W3	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände, in Mio. Franken	A1	14.5	10.9	14.6	3.7	33.9
W4	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien, in Mio. Franken	A1	1.6	1.9	1.9	0.0	0.0

Bemerkungen

- Allg. Der Prognosewert bei den Leistungsindikatoren wurde aufgrund der Eingänge und Erledigungen der Jahre 2014–2016 erstellt. Das Erreichen der Prognosen ist von der Zahl eingehender Verfahren und deren Komplexität abhängig. Es konnten mehr Verfahren erledigt werden als eingingen, wodurch die Pendenzenlast sank. Die Arbeitsbelastung an den Bezirksgerichten ist hingegen gestiegen, weil insbesondere mit dem am 1. Januar 2017 in Kraft getretenen neuen Unterhaltsrecht die Eheschutz-, Ehescheidungs- und die entsprechenden Abänderungsverfahren sehr viel aufwendiger zu bearbeiten sind als früher.
- B1 Die restriktiven Vorgaben zum Budget wurden im Bereich der nicht beeinflussbaren direkten Kosten und Erträge der Rechtsprechung klar verfehlt (hohe Zahlungen für amtliche Mandate, Mindererträge bei den Gebühren und Einziehungen in Strafverfahren). Aus diesen Gründen hat der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft gegenüber dem Budget zugenommen.
- B2 Die durchschnittliche Lohnsumme pro Personalstelle sinkt aufgrund von Rotationsgewinnen trotz gewährter (nicht budgetierter) Teuerungszulage von 0.5%.
- Allg. Die Indikatoren W2-W4 sind nicht beeinflussbar und können deshalb nicht verlässlich budgetiert werden.
- W1 Die Anzahl der innert 6 Monaten erledigten Zivil- und Strafprozesse ist seit der Einführung der Schweizerischen Prozessordnungen und den verschiedenen Gesetzesänderungen (Landesverweisung, Kindesunterhalt, Vorsorgeausgleich) zurückgegangen. Es zeigt sich, dass ein Teil der Verfahren aufwendiger geführt werden muss und damit mehr Zeit in Anspruch nimmt, sodass die Prognosewerte anzupassen sind.
- W2, W3 Die Kosten für amtliche Mandate (amtliche Verteidigungen und unentgeltliche Rechtsvertretungen) sind anhaltend hoch.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9040 10a Laufende Überprüfung der Ressourcen und Abläufe vor dem Hintergrund von Gesetzesänderungen

Die Überprüfung von Ressourcen und Abläufen erfolgt laufend im Rahmen der jährlichen Berichterstattung der Bezirksgerichte.

Planmässig 2018

9040 10b Überprüfung und Anpassung des internen Kontrollsystems (IKS) aufgrund der Einführung neuer Rechnungswesen-Software

Die Arbeiten für die Anpassung des internen Kontrollsystems (IKS) wurden im Vorjahr aufgenommen. Aufgrund personeller Veränderungen (Austritt des IKS-Delegierten) konnten die Arbeiten nicht planmässig abgeschlossen werden. Der Abschluss erfolgt im Jahr 2019.

Verzögert 2018

9040 10c Überarbeitung des Rechenschaftsberichts

Der Rechenschaftsbericht über das Jahr 2020 wird voraussichtlich erstmals in überarbeiteter Form erscheinen.

Verzögert 2018

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	700.8	708.5	703.1	-5.3	-0.8

Bemerkungen R18 zu B18

5.3 Der Stellenplan wurde leicht unterschritten, weil Abgänge nicht immer nahtlos ersetzt werden konnten.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	37.5	43.3	35.6	-7.7	-17.9
Aufwand	-151.6	-148.8	-148.3	0.5	0.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	-114.1	-105.5	-112.8	-7.2	-6.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.2	-17.4	-0.9	16.5	94.7
- Kreditübertragungen		-14.1		14.1	100.0
Saldo	-0.2	-17.4	-0.9	16.5	94.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-7.2		Abweichungen total R18 zu B18
1.9	A1	- Tiefere Forderungsverluste aufgrund der Mindererträge aus den Vorjahren
0.9	A1	- Budgetunterschreitung beim Personalaufwand wegen nicht budgetierter Rückerstattungen für Mutterschaftsurlaube und Militärabsenzen. Einsparungen bei den ins Budget eingestellten und nicht ausbezahlten Dienstaltersgeschenken (Bezug von freien Tagen). Abnahme bei den Rückstellungen für nicht bezogene Dienstaltersgeschenk-, Ferien- und Gleitzeitguthaben des Personals.
0.6	A1	- Entlastungen bei den Dienstleistungen Dritter hauptsächlich durch Einsparungen bei den Frankaturen
0.4	A1	- Tiefere Abschreibungen aufgrund von Verzögerungen bei Bauprojekten in Hinwil und Zürich
0.3	A1	- Minderaufwand durch Zurückhaltung beim Materialbezug und der Vergabe von Unterhaltsarbeiten
-1.6	A1	- Entscheide mit hohen Bussen/Geldstrafen und Einziehungen blieben erneut aus.
-3.3	A1	- Anhaltend hohe Ausgaben bei den nicht verlässlich budgetierbaren und nicht beeinflussbaren Kosten für amtliche Mandate und Parteientschädigungen
-6.2	A1	- Entscheide mit hohen Gebühren blieben – wie in den Vorjahren – nahezu aus.
-0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-17.4	-0.9	16.5	
- Bauprojekt Bezirksgericht Hinwil	-10.8	0.0	10.8	- Verzögerung des Vorhabens; Kreditübertragung: 10.8 Mio.
- Erneuerungsunterhalt (Dachsanierung und Heizung) Bezirksgericht Zürich	-6.4	-0.8	5.6	- Verzögerung des Vorhabens; Kreditübertragung: 2.7 Mio.
- Übrige	-0.2	-0.1	0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
2974899	310171	0	2664728	-310171

Bemerkungen

Die Bezirksgerichte verwenden Rücklagen für befristete Personaleinsätze, Personalförderungsmassnahmen sowie für Kleinstanschaffungen und Literatur.

9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2018 zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2019 veröffentlicht wird.

Aufgaben

- A1 Fristgerechte Erledigung der Notariats-, Grundbuch- und Konkursgeschäfte
- A2 Errichtung öffentlicher Urkunden, Vornahme amtlicher Beglaubigungen, Aufbewahrung von Verfügungen von Todes wegen, Mitwirkung in erbrechtlichen Angelegenheiten und Erledigung von weiteren dem Notariat übertragenen Aufgaben im Rahmen der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung
- A3 Führen der Grundbucheinrichtungen und Anlegung des eidg. Grundbuchs nach den Vorgaben der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung
- A4 Erledigung der dem Konkursamt durch die eidgenössische Gesetzgebung übertragenen Aufgaben

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Rationelle Erledigung der Geschäfte unter Berücksichtigung des qualitativen Aspektes im Notariats- und Grundbuchbereich: Die im Leitbild als Standardgeschäfte definierten Geschäftsfälle sind erledigt, in % (Zielwert)	A2, A3	90	90	90	0	
L2	Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 4 Mt., in % (Zielwert)	A3	95.4	85	89.2	4.2	
L3	Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 6 Mt., in % (Zielwert)	A3	100	90	92.3	2.3	
L4	Förderung der Grundbucheinführungsverfahren: Anzahl abgeschlossene Verfahren (Zielwert)	A3	5	3	0	-3	-100.0
L5	Beurkundungen	A2	62584	58900	60295	1395	2.4
L6	Grundbuchgeschäfte (Tagebuchnummern)	A3	83147	85600	79857	-5743	-6.7
L7	Konkurserledigungen	A4	2060	2000	2109	109	5.5
B1	Deckungsgrad, in % (Aufwand/Ertrag)	A1	117	102	127	25	
B2	Durchschnittlicher Lohnaufwand pro Personalstelle, in Fr.	A1, A2, A3, A4		100780	100002	-778	-0.8
W1	Kundenorientierte Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Notariat, Grundbuch und Konkurs unter Berücksichtigung der Qualität: Kundenzufriedenheit, in %	A1	90	90	90	0	
W2	Erledigung des Konkursverfahrens innerhalb eines Jahres, in % (Mindestwert)	A4	62.3	65	63.9	-1.1	

Bemerkungen

- L4 Die Einführung des eidg. Grundbuchs hängt weitgehend von exogenen Einflüssen ab. Zudem hat die Erfassung der Grundstücke im elektronischen Grundbuch Priorität. Aus diesen Gründen konnte für keine weitere Gemeinde das eidg. Grundbuch in Kraft gesetzt werden.
- L6 Im Vergleich zu den Vorjahren verringert sich die Zahl der Grossüberbauungen mit vielen Stockwerkeinheiten. Das einzelne Grundbuchgeschäft wird aber tendenziell juristisch anspruchsvoller und zeitaufwendiger.
- L7 Bei leicht sinkender Zahl von Konkursöffnungen konnten mehr laufende Konkursverfahren vorangetrieben und abgeschlossen werden.
- B1 Grundbuchgeschäfte mit ausserordentlichen Werten und die sich auf hohem Niveau haltenden Immobilienpreise bewirkten ein Ergebnis über dem Budget.
- B2 Stellen von Fachkräften, insbesondere von Notar-Stellvertretenden, konnten nicht besetzt werden oder wurden vorübergehend mit Fachkräften besetzt, welche die Anforderungen der Stellen erst teilweise erfüllten und dabei tiefer eingereiht wurden. In Pension gehende Mitarbeitende wurden durch jüngere Fachkräfte mit tieferen Löhnen ersetzt. Hinzu kommt, dass die befristet angestellten Lehrabgehenden unter der durchschnittlichen Lohnsumme besoldet werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9060 10a Einführung und vollständige Umstellung auf das elektronische Grundbuch

Planmässig 2021

2017 wurde die Software für die informatisierte Grundbuchführung auf allen 44 Notariaten ausgebaut. Im Berichtsjahr setzte die Datenüberführung vom Papier- ins Informatikgrundbuch ein. Neben dem ordentlichen Tagesgeschäft haben die Notariatsmitarbeitenden in den kommenden Jahren die Beschreibungen von rund 660 000 Grundstücken in die Applikation zu überführen. Für diese anspruchsvolle, zeitintensive Arbeit stehen befristet zusätzlich 15 Projektstellen zur Verfügung. Die Verifikation der übertragenen Daten kann ausschliesslich durch hochqualifizierte, langjährige Mitarbeitende vollzogen werden. Die Datenüberführung wird mehrere Jahre dauern. Der Fortschritt zum Ziel wird wesentlich davon abhängen, ob genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	435.4	430.4	436.2	5.8	1.3

Bemerkungen R18 zu B18

- 5.8 Die Notariate sichern Lehrabgehenden eine befristete Anstellung für ein Jahr zu. Unter dem Jahr können frei werdende Stellen auf diese Weise mit Fachkräften besetzt werden. 2018 machten 18 Lehrabgehende von diesem Angebot Gebrauch, was zur leichten Überschreitung des Stellenplans führte. Ebenso darin enthalten sind die Studierenden des Notariatsstudiengangs UZH.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	85.7	77.0	92.6	15.6	20.3
Aufwand	-73.4	-75.4	-72.8	2.6	3.4
- Kreditübertragungen					
Saldo	12.2	1.6	19.8	18.2	1122.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.3	-2.7	-1.0	1.7	63.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.3	-2.7	-1.0	1.7	63.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
18.2		Abweichungen total R18 zu B18
15.4	A1, A2, A3, A4	- Grundbuchgeschäfte mit ausserordentlichen Werten und die sich auf hohem Niveau haltenden Immobilienpreise brachten hohe Gebühreneinnahmen
0.6	A1, A2, A3, A4	- Budgetunterschreitung beim Personalaufwand durch vorübergehend nicht besetzte Stellen von Fachkräften, insbesondere von Notar-Stellvertretenden. In Pension gehende Mitarbeitende wurden durch jüngere Fachkräfte mit tieferen Löhnen ersetzt.
0.5	A1, A2, A3, A4	- Einsparungen beim Unterhalt und Kleinstanschaffungen
0.4	A1, A2, A3, A4	- Tiefere Lohnkosten führten zur Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen.
0.3	A1, A2, A3, A4	- Investitionsvorhaben wurden kostengünstiger realisiert als budgetiert.
0.3	A1, A2, A3, A4	- Minderaufwand durch restriktive Handhabung beim Materialbezug
0.3	A1, A2, A3, A4	- Tiefere Kosten im IT-Bereich führten zu einer Entlastung bei der Verrechnung des Obergerichts für den IT-Betrieb.
0.3	A1, A2, A3, A4	- Das Geschäftsvolumen hielt sich auf hohem Stand und führte zu höheren Rückerstattungen von Kosten und Auslagen.
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-2.7	-1.0	1.7	
- bauliche Investitionen (Renovationsbedarf bei verschiedenen Notariaten, Umbauten)	-1.8	-0.6	1.2	- Tiefere Projektkosten und Kostenübernahmen durch den Vermieter haben diese Budgetunterschreitung bewirkt.
- Ersatzbeschaffung von Mobiliar für verschiedene Notariate	-0.9	-0.4	0.5	- Restriktive Handhabung bei der Beschaffung von Mobiliar.
- Übrige	-0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017	Verwendung	Antrag Bildung 2018	Bestand 31.12.2018	
plus Bildung 2017	2018	(verbucht 2019)	plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
1375548	158000	200 000	1417548	42000

Bemerkungen

Verwendung:

Die Notariate verwenden Rücklagen für Personalförderungsmassnahmen, Lehrlingsevents, Führungsschulungen und Organisationsanalysen.

Bildung:

Die Leistungsgruppenrechnung der Erfolgsrechnung weist gegenüber dem Leistungsgruppenbudget eine Verbesserung von 18.2 Mio. auf. Neben der unerwarteten Umsatzsteigerung trug eine zurückhaltende Material- und Mobiliarbeschaffung zu diesem positiven Ergebnis bei.

9063 Verwaltungsgericht

Das Verwaltungsgericht blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück. Neben der Bearbeitung der Rechtsmittel beschäftigte sich das Verwaltungsgericht mit der Revision der Gebührenverordnung, die es im Berichtsjahr intern abschliessen und dem Kantonsrat zum Beschluss vorlegen konnte. Im Vergleich zum Vorjahr verfasste das Verwaltungsgericht deutlich mehr substantielle Stellungnahmen im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren. Im Weiteren investierte es in die interne Sicherheit für Gerichtsverhandlungen.

Den 1066 erledigten Fällen stehen 1049 neu eingegangene Rechtsmittel gegenüber. Die Anzahl der Eingänge liegt mit 1049 Fällen unter dem budgetierten Wert von 1100 Fällen. Erledigt hat das Verwaltungsgericht 36 Fälle mehr als im Budget prognostiziert (1030). Mit den insgesamt 1066 Erledigungen baute das Gericht seine weiterhin grosse Zahl an Pendenzen auf 395 Fälle ab, d.h., im Vergleich zum Budgetwert steigerte es den prognostizierten Pendenzenabbau um 16%.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer (unter Berücksichtigung der Sistierungszeiten) betrug 4,8 Monate und liegt 20% unter dem budgetierten Wert von 6,0 Monaten, wobei 76% der Verfahren innert 6 Monaten erledigt wurden. Die Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände scheinen sich auf einem hohen Niveau zu stabilisieren. 2018 betrugen sie Fr. 166 300 (Vorjahr: Fr. 168 300).

Verglichen mit dem Budget fielen diese Kosten 10,9% höher aus. Die Fallkosten sanken gegenüber dem Vorjahr von Fr. 6694 auf Fr. 6254. Eine bemerkenswerte Zunahme der eingegangenen Fälle stellt das Verwaltungsgericht im Berichtsjahr im Bereich der Nutzungsplanungen und bei Rechtsmitteln das Arbeitsverhältnis betreffend sowie im Bereich des Ausländerrechts fest. Zurückgegangen sind die Fälle im SVG-Administrativmassnahmeverfahren, im Bereich der Fürsorge und des Beschaffungswesens sowie im Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht.

Eine ausführliche Berichterstattung mit detaillierten Statistiken ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich und wird voraussichtlich im April 2019 veröffentlicht. Dieser wird danach auf der Website des Verwaltungsgerichts www.vgrzh.ch publiziert.

Aufgaben

- A1 Das Verwaltungsgericht ist oberste kantonale Gerichtsstanz im Bereich des Verwaltungsrechts. Es hat sowohl kantonales Recht als auch grosse Teile des Bundesverwaltungsrechts anzuwenden. Grundlage ist das Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 24. Mai 1959.
- A2 Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor rechtswidrigem Verwaltungshandeln
- A3 Gewährleistung rechtmässigen Verwaltungshandelns auch unter Berücksichtigung öffentlicher Interessen
- A4 Erledigung verwaltungsrechtlicher Streitigkeiten als oberste kantonale Instanz auf der Grundlage des Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 24. Mai 1959

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigte Prozesse	A4	1019	1030	1066	36	3.5
L2	Eingänge	A4	1091	1100	1049	-51	-4.6
L3	Pendenzen	A4	412	470	395	-75	-16.0
L4	Nettoverfahrensdauer, in Mt.	A4	4	6	4.8	-1.2	-20.0
B1	Durchschnittlicher Lohnaufwand pro Personalstelle	A4	161 170	161 000	159 730	-1270	-0.8
B2	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess	A4	6694	6811	6254	-557	-8.2
W1	Abgeschlossene Prozesse innert 6 Monaten, absolut / in % von L1	A4	837	730	806	76	10.4
W2	Abgeschlossene Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten, absolut / in % von L1	A4	163	190	195	5	2.6
W3	Abgeschlossene Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten, absolut / in % von L1	A4	19	80	59	-21	-26.3
W4	Abgeschlossene Prozesse über 24 Monate, absolut / in % von L1	A4	0	30	0	-30	-100.0
W11	Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	A4		150 000	166 300	16 300	10.9

Bemerkungen

- L1, L2 Die Anzahl der Eingänge und Erledigungen lag im Vergleich zum Budget im Rahmen der Erwartungen.
- L3, L4 Die gute Erledigungsbilanz und der Abbau der Pendenzenlast konnte dank der mit dem Globalbudget ermöglichten zusätzlichen Stelle für eine Gerichtsschreiberin bzw. einen Gerichtsschreiber erreicht werden. Die durchschnittliche Verfahrensdauer (unter Berücksichtigung der Sistierungszeiten) betrug 4,8 Monate und liegt 20% unter dem budgetierten Wert von 6,0 Monaten.

B1	Dieser Indikator umfasst die Grundlöhne der Richterinnen und Richter, inkl. Funktionszulagen, sowie die Grundlöhne des Personals ohne Dienstaltersgeschenke und Ersatzrichterentschädigungen.
B2	Die Kosten pro erledigten Fall verringerten sich aufgrund einer höheren Anzahl Erledigungen und eines verbesserten Saldos der Erfolgsrechnung im Vergleich zum Vorjahr von Fr. 6694 (R17) auf Fr. 6254. Im Vergleich zum budgetierten Wert verringerten sich die Kosten um 8,2%.
W11	Die Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände stabilisierten sich auf einem hohen Niveau. Im Berichtsjahr betrugen sie Fr. 166 300 (Vorjahr: Fr. 168 300); im Vergleich zum budgetierten Wert stiegen sie um 10,9% an.

Entwicklungsschwerpunkte

9063 10a Laufende Überprüfung der Personalressourcen und Geschäftsabläufe unter Berücksichtigung der Pendenzenlast

siehe Bemerkungen zu «Personal (Beschäftigungsumfang)»

Stand bis
Planmässig 2020

9063 10b Überprüfung der Gebührenverordnung des Verwaltungsgerichts

Die Revision der Gebührenverordnung ist intern abgeschlossen und liegt dem Kantonsrat zur Genehmigung vor.

Abgeschlossen 2018

9063 10c Ausgehend von Geschäftseingängen auf heutigem Niveau: Bewältigung der Geschäftslast unter Einhaltung der Budgetvorgaben sowie unter Beibehaltung einer konstant hohen Qualität und Speditivität

siehe Bemerkungen zu «Indikatoren»

Planmässig 2020

9063 10d Überprüfung der Geschäftsapplikation auch im Rahmen der kantonalen IT-Überprüfung

Die Evaluation der Geschäftsapplikation zeigt sich als komplexes Unterfangen und wird sich bis zur Umsetzung noch mindestens 3 Jahre hinziehen. Die Vorbereitungsarbeiten für das Projekt «Neue Geschäftsapplikation» laufen gerichtsintern in Zusammenarbeit mit den unterstellten Gerichten weiter.

Verzögert 2018

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	33.8	35.0	34.8	-0.3	-0.7

Bemerkungen R18 zu B18

-0.3 Der effektive Beschäftigungsumfang wurde gegenüber dem Budget um 0.3 Stellen unterschritten. Diese Reduktion ergab sich durch natürliche Fluktuation und unbesoldete Urlaube zu Ausbildungszwecken und im Anschluss an den gesetzlichen Mutterschaftsurlaub.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.4	2.8	2.7	-0.1	-5.2
Aufwand	-9.2	-9.9	-9.4	0.5	5.5
- Kreditübertragungen		-0.1		0.1	100.0
Saldo	-6.8	-7.1	-6.7	0.4	5.7

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.4		Abweichungen total R18 zu B18
0.5		- Die Aufwandabweichung von total Fr. 550 000 gegenüber dem Budget ergibt sich im Wesentlichen durch den tieferen Personalaufwand (Fr. 307 000) und Einsparungen im Sachaufwand, insbesondere bei Mietaufwand (Fr. 80 000 aufgrund der Auflösung des Mietverhältnisses «Reitergasse»), tatsächlichen Forderungsverlusten und Wertberichtigungen (Fr. 35 000), Dienstleistungen Dritter (Fr. 25 000), Zahlungen an unentgeltliche Rechtsbeistände und Gutachter (Fr. 25 000), Vergütungen für Informatikdienstleistungen (Fr. 10 000) sowie Hard- und Software (Fr. 68 000). In Höhe von Fr. 68 000 wird eine Kreditübertragung beantragt, da sich der Abschluss des Projekts weiterhin verzögert.
-0.1		- Die Ertragsabweichung von total Fr. -150 000 gegenüber dem Budget ist auf eine niedrigere Gerichtsgebühr pro Fall zurückzuführen. Die durchschnittliche Gerichtsgebühr pro Fall lag Fr. 233 unter den Erwartungen.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
269538	53300	69 000	285238	15700

Bemerkungen

Die Rücklagen wurden im Rahmen der von der Verwaltungskommission des Verwaltungsgerichts bewilligten Massnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung und Teambildung verwendet.

Antrag auf Rücklagenbildung:

Aufgrund unbesoldeter Urlaube (für Anwaltsprüfungsvorbereitungen und anschliessend an den gesetzlichen Mutterschaftsurlaub) ohne Kompensation bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern sowie in Ferien bezogener Dienstaltersgeschenke wurde das Personalbudget um Fr. 77 000 entlastet. Das Personal des Verwaltungsgerichts hat im Berichtsjahr mit der hohen Anzahl an Fallerledigungen (1066) über die Anzahl der eingegangenen Fälle (1049) hinaus zum Pendenzenabbau beigetragen. Gestützt auf diese endogenen Faktoren, die zur Verbesserung der Rechnung 2018 beitrugen, beantragt das Verwaltungsgericht die Bildung von Rücklagen von Fr. 69 000.

9064 Sozialversicherungsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Sozialversicherungsgerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2018 zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2019 veröffentlicht wird.

Aufgaben

A1 Beförderliche und qualitativ einwandfreie Erledigung der kantonalen Verfahren im Bereich des Sozialversicherungsrechts (Grundlage: Gesetz über das Sozialversicherungsgericht und die einschlägigen Bundesgesetze)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1 Erledigungen	A1	2635	2680	2290	-390	-14.6
L2 Eingänge	A1	2532	2650	2449	-201	-7.6
L3 Pendenzen	A1	2409	2412	2575	163	6.8
L4 Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1:1	A1	1.04	1.01	0.94	-0.07	-6.93
B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft, in Fr.	A1	5384	5435	5886	451	8.3
B2 Durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle	A1	141690	145835	142658	-3177	-2.2
W1 Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen innert 6 Monaten, in %	A1	27.0	30	27.7	-2.3	
W2 Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen zwischen 6 und 12 Monaten, in %	A1	21.0	20	16.1	-3.9	
W3 Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen zwischen 12 und 24 Monaten, in %	A1	50.0	48	53.6	5.6	
W4 Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen über 24 Monate, in %	A1	2.0	2	2.6	0.6	
W5 Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	A1	440904	400000	387351	-12649	-3.2
W6 Zahlungen des Staates an Parteien	A1	2800	4000	3200	-800	-20.0

Bemerkungen

- L1 Der Prognosewert dieses Leistungsindikators basierte auf dem beantragten Stellenbestand von 71.1 Stellen (genehmigt wurden 68.1 Stellen).
- L2 Der Prognosewert dieses Leistungsindikators basierte auf den Eingangszahlen der Vorjahre.
- L3 Die Zunahme ist im Wesentlichen auf die verminderte Stellenkapazität und auf den Rückgang der Eingänge zurückzuführen.
- B1 Die leichte Zunahme ist auf die zunehmend komplexere Fallstruktur zurückzuführen.
- B2 Dieser Indikator konnte infolge von Rotationsgewinnen leicht verbessert werden.
- W3 Dieser Wert nahm infolge Abbaus von alten Pendenzen leicht zu.

Entwicklungsschwerpunkte

9064 1a Die Zahl der Pendenzen wird auf rund 2300 reduziert.

Aufgrund der heutigen Planung rechnen wir damit, dieses Ziel planmässig erreichen zu können.

Stand bis
Planmässig 2021

9064 1b Der Anteil der Erledigungen innert 6 Monaten beträgt rund 30%.

Dieses Ziel konnte im Rechnungsjahr erreicht werden.

Planmässig 2021

9064 1c Der Anteil der Erledigungen, die über ein Jahr beanspruchen, beträgt höchstens 30%.

Aufgrund der heutigen Planung rechnen wir damit, dieses Ziel planmässig erreichen zu können.

Planmässig 2021

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	71.0	68.1	69.4	1.3	1.8

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.0	1.0	1.1	0.1	7.6
Aufwand	-15.2	-15.0	-14.6	0.5	3.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	-14.2	-14.0	-13.5	0.5	3.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.2	-0.2	-0.1	0.1	28.5
- Kreditübertragungen		-0.1		0.1	100.0
Saldo	-0.2	-0.2	-0.1	0.1	28.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.5		Abweichungen total R18 zu B18
0.2	A1	- Anschaffung von Software
0.1	A1	- Unterhalt Software
0.1	A1	- Anschaffung von Hardware
-0.1	A1	- Gerichtsgebühren
0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.2	-0.1	0.1	
- Realisierung Sicherheitskonzept und Erneuerung Eingangsbereich	-0.1	-0.1	0.0	- Das Sicherheitskonzept konnte noch nicht vollständig realisiert werden.
- Übrige	-0.1	0.0	0.1	

9065 Baurekursgericht

Das Baurekursgericht kann auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken.

Die Anzahl der neu eingegangenen Rekurse sank im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr minimal von 807 auf 790. Die Erledigungen konnten von 742 Verfahren im Vorjahr auf 795 im Berichtsjahr gesteigert werden. Die Pendenzen reduzierten sich per Ende Jahr auf einen Stand von 559 Geschäften. Die durchschnittliche Verfahrensdauer (unter Berücksichtigung der Sistierungszeiten) belief sich im Berichtsjahr auf 3,6 Monate. Innert der gesetzlichen Ordnungsfrist von 6 Monaten (§ 339a PBG) wurden 89% der Verfahren erledigt.

Jürg Trachsel trat als Baurichter und Vizepräsident der 1. Abteilung per 31. August zurück, nachdem er vom Kantonsrat zum Ombudsmann des Kantons Zürich gewählt worden war. Zum neuen Vizepräsidenten der 1. Abteilung wurde mit Plenarbeschluss des Baurekursgerichts vom 5. September Baurichter Claude Reinhardt gewählt.

Im juristischen Sekretariat waren im Berichtsjahr zwei Abgänge sowie eine Neuanstellung zu verzeichnen. Im Verwaltungssekretariat erfolgte jeweils ein Aus- und ein Eintritt. Mit Beschluss vom 6. Februar genehmigte die Verwaltungskommission des Verwaltungsgerichts die Kreditabrechnung für den Umbau der im Januar 2017 bezogenen neuen Büroräumlichkeiten des Baurekursgerichts im Handelshof. Die im Jahr 2016 genehmigten Projektierungs- und Baukredite wurden um insgesamt Fr. 273 000 unterschritten.

Die ausführliche Berichterstattung ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich über das Berichtsjahr. Dieser wird im April 2019 veröffentlicht.

Auf der Website des Baurekursgerichts (www.baurekursgericht-zh.ch) stehen der Öffentlichkeit neben allgemeinen Informationen aktuelle Entscheide und eine Entscheidungsdatenbank mit Urteilen ab 1990 zur Einsicht offen.

Aufgaben

- A1 Erstinstanzliche gerichtliche Beurteilung von bau-, planungs- und umweltschutzrechtlichen Anordnungen der Gemeinden sowie von kantonalen Amtsstellen und Bezirksräten (Lex Koller), von Entscheiden der Anstalt für Gebäudeversicherung und von landwirtschaftlichen Streitigkeiten im Klageverfahren. Seit dem 1. Juli 2014 ist das Baurekursgericht auch zuständig für Anordnungen, die in Anwendung des Gewässerschutzgesetzes, des Abfallgesetzes, des Strassengesetzes (teilweise), des Wasserwirtschaftsgesetzes, des Energiegesetzes (teilweise) und des Waldgesetzes ergehen.
- A2 Qualitativ gute Rechtsprechung
- A3 Fristgerechte Erledigung der Rekursverfahren (§ 339a PBG)
- A4 Für die Rechtssuchenden wohlfeile Behandlung und Erledigung der Rekursverfahren (Art. 18 KV)
- A5 Sicherstellung einer einheitlichen Rechtsanwendung auf dem ganzen Kantonsgebiet
- A6 Festsetzung von Gebühren zur Gewährleistung eines angemessenen Kostendeckungsgrades

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
L1	Erledigte Prozesse	A1, A2	742	900	795	-105	-11.7
L2	Eingänge	A1	807	900	790	-110	-12.2
L3	Pendenzen	A1, A3	564	630	559	-71	-11.3
L4	Durchschnittliche Nettoverfahrensdauer, in Mt.	A1, A3	3.2	5	3.6	-1.4	-28.0
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle		130370	129710	127085	-2625	-2.0
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess	A1	5290	4030	4450	420	10.4
W1	Abgeschlossene Prozesse innert 6 Monaten, absolut / in %	A1, A3	699/94	720/80	710/89		
W2	Abgeschlossene Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten, absolut / in %	A1, A3	39/5	135/15	82/10		
W3	Abgeschlossene Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten, absolut / in %	A1, A3	4/1	45/5	3/1		
W4	Abgeschlossene Prozesse über 24 Monate, absolut / in %	A1, A3	0	0/0	0/0		

Bemerkungen

- L1, L2, Die Rekurseingänge sind gegenüber dem Vorjahr nur minimal gesunken. Die Erledigungen konnten deutlich gesteigert werden.
- L3 und die Pendenzen leicht reduziert werden.
- B1 Einerseits Folge der gegenüber dem Budget tieferen Anzahl von Rekurseingängen. Andererseits wurden im Berichtsjahr weniger Beschwerden vor Verwaltungsgericht erledigt und somit rechtskräftig und verrechenbar bzw. sind noch zahlreiche Beschwerden hängig, was ebenfalls zu einem geringeren Gebührenertrag im Berichtsjahr führte.
- Allg. Zu den Wirkungsindikatoren W1-W4: Die leichte Erhöhung der Verfahrensdauer ist insbesondere auf die zeitintensive Bearbeitung der Rekurse betreffend die Teilrevision der BZO der Stadt Zürich zurückzuführen.

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	24.9	27.0	25.2	-1.8	-6.8

Bemerkungen R18 zu B18

-1.8 Die Abweichung gegenüber dem Budget ist die Folge von Vakanzen bzw. verzögerten Stellenwiederbesetzungen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.7	2.2	1.8	-0.5	-20.8
Aufwand	-5.6	-5.8	-5.3	0.6	9.5
- Kreditübertragungen					
Saldo	-3.9	-3.6	-3.5	0.1	2.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.1				
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.1				

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.1		Abweichungen total R18 zu B18
0.4		- Einsparungen durch verzögerte Stellenwiederbesetzungen, Vakanzen und Rotationsgewinne (Fr. 397 400)
0.1		- Einsparungen beim übrigen Aufwand von Fr. 137 200, die sich hauptsächlich aus der gegenüber dem Budget geringeren Geschäftslast (Fr. 52 500), der Verschiebung eines Upgrades der Geschäftsverwaltungssoftware (Fr. 37 800) sowie durch weniger Forderungsabschreibungen/Wertberichtigungen (Fr. 23 200) ergeben. Zudem wurde kein externes Gutachten in Auftrag gegeben und war keine unentgeltliche Rechtspflege zu gewähren (Fr. 13 000).
0.1		- Einsparungen von Fr. 84 800 durch mehrheitlichen Bezug von Dienstaltersgeschenken in Urlaubstagen (Fr. 34 200), nicht in Anspruch genommene, vorzeitige Altersrücktritte (Fr. 19 000), Abbau der Mehrzeitguthaben des Personals (Fr. 16 600) und diverse Einsparungen beim übrigen Personalaufwand (Fr. 15 000).
0.1		- Rundungsdifferenz
-0.1		- Mehraufwand von Fr. -62 700 durch Teuerung (Fr. -18 700), aus Rotationsgewinnen zu finanzierende, individuelle Lohnerhöhungen (Fr. -12 600), Funktionswechsel (Fr. -11 400) und durch das Ausbleiben von Rückerstattungen aus Versicherungsleistung (Fr. -20 000)
-0.5		- Die Ertragsabweichung von total Fr. -461 400 resultiert im Wesentlichen daraus, dass die budgetierten Gebühreneinnahmen aus den in Rechtskraft erwachsenen Rekurs erledigungen im Berichtsjahr nicht vollständig erreicht werden konnten. Sie fielen um rund 22% (Vorjahr: 23%) tiefer aus (Fr. -482 700); dies hauptsächlich als Folge der gegenüber dem Budget tieferen Anzahl von Erledigungen und wegen des Umstands, dass zahlreiche Rechtsmittel gegen Rekursentscheide noch hängig sind. Mehreinnahmen von Fr. 21 300 wurden jedoch bei den übrigen Positionen (insbesondere Rückerstattungen Dritter, Gebühren für Rechtskraftbescheinigungen) verzeichnet.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017	Verwendung	Antrag Bildung 2018	Bestand 31.12.2018	
plus Bildung 2017	2018	(verbucht 2019)	plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
68192	4542	0	63650	-4542

Bemerkungen

Auflösung von Rücklagen

Rücklagenauflösung für Personalanlass

Antrag auf Bildung von Rücklagen

Das Baurekursgericht stellt bzw. kann keinen diesbezüglichen Antrag stellen.

9066 Steuerrekursgericht

Die Geschäftseingänge lagen im Berichtsjahr unter den aufgrund der Werte 2015 und 2016 hohen Erwartungen. Die Geschäftserledigungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr leicht, blieben indessen deutlich unter dem Planungswert. Letzteres ist dadurch begründet, dass der Planungswert trotz Streichung beantragter Personalressourcen nicht angepasst worden war. Die Pendenzenlast stieg nur moderat an. Die für das Berichtsjahr ursprünglich angestrebte Stabilisierung der Pendenzenlast konnte indessen nicht erreicht werden. Die auf Basis der ursprünglichen Personalressourcen eingestellten Nettoverfahrenskosten und Nettoverfahrensdauern wurden erheblich überschritten.

Während der Entwurf einer revidierten Gebührenverordnung dem Kantonsrat übermittelt werden konnte, hat sich die Evaluation der Geschäftsverwaltungssoftware weiter verzögert. Die ausführliche Berichterstattung des Steuerrekursgerichts ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich über das Berichtsjahr. Dieser wird voraussichtlich im April 2019 veröffentlicht. Gleichzeitig wird der das Steuerrekursgericht betreffende Teil auf der Website www.strgzh.ch abrufbar sein.

Aufgaben

- A1 Schutz der Steuerpflichtigen vor rechtswidrigen Veranlagungen im gesetzlich vorgegebenen Rahmen
- A2 Sicherung des Bestands rechtmässiger Veranlagungen
- A3 Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren unter Beachtung der notwendigen Qualität

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigte Prozesse	A3	560	700	586	-114	-16.3
L2	Eingänge	A3	642	690	613	-77	-11.2
L3	Pendenzen	A3	457	415	484	69	16.6
L4	Nettoverfahrensdauer, in Mt.	A3	6.3	6	7.6	1.6	26.7
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle	A3	145995	142536	144612	2076	1.5
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess	A3	4182	3052	3906	854	28.0
W1	Abgeschlossene Prozesse innert 6 Monaten, absolut / in % von L1	A3 301 / 53.7	525 / 75	285 / 48.6			
W2	Abgeschlossene Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten, absolut / in % von L1	A3 192 / 34.3	119 / 17	184 / 31.4			
W3	Abgeschlossene Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten, absolut / in % von L1	A3 62 / 11.1	42 / 6	96 / 16.4			
W4	Abgeschlossene Prozesse über 24 Monate, absolut / in % von L1	A3 5 / 0.9	14 / 2	21 / 3.6			

Bemerkungen

- L2 Die Anzahl der Geschäftseingänge liegt wieder unter den Spitzenwerten der Jahre 2015/2016 (693/689 Geschäfte), die als Planungsgrundlage für das Berichtsjahr gedient hatten.
- L1, L3, Trotz Nichtbewilligung der in der Budgetierung beantragten Erhöhung der juristischen Personalressourcen (zusätzliche Gerichtsschreiberstelle sowie Fr. 100 000 für Ersatzrichterentschädigungen) haben die auf diesem ursprünglichen Antrag beruhenden Leistungsindikatoren nach der Kürzung keine Anpassung erfahren. Unter Nutzung der verfügbaren Personalressourcen wurde daher eine deutlich unter der Planung liegende Erledigungsquote erzielt. Damit einhergehend haben sich die Pendenzenlast moderat sowie die durchschnittliche Nettoverfahrensdauer pro Fall deutlich erhöht.
- B1 Der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigten Prozess lag aufgrund der deutlich geringeren Anzahl an Geschäftserledigungen gepaart mit einem markant geringeren Gerichtsgebührenertrag als geplant (siehe Finanzierung) deutlich höher als erwartet. Im Vergleich zum Vorjahresresultat ist hingegen eine leichte Verminderung festzustellen, da wieder etwas mehr Geschäfte mit einem höheren durchschnittlichen Streitwert erledigt werden konnten.
- W1, W2, W3 Dieselben Gründe führten zu einer weiteren Verschiebung der Quoten an Verfahrenserledigungen weg von den kürzeren hin zu den längeren Verfahrensdauern.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9066 1a Ab 2018 Stabilisierung, ab 2019 Abbau der Pendenzenlast unter Beibehaltung einer konstant hohen Qualität und Speditivität mittels angemessener Erhöhung der Personalressourcen über die Budgetvorgaben hinaus

Mangels Bewilligung beantragter zusätzlicher Personalressourcen (Gerichtsschreiber und Wiedereinführung der Ersatzrichterentschädigungen) konnte die Pendenzenlast im Berichtsjahr noch nicht stabilisiert werden. Damit wird sich auch der Pendenzenabbau weiter verzögern.

Verzögert 2021

9066 1b Erneuerung der Geschäftsverwaltungssoftware

Die Erstellung eines Anforderungskatalogs erweist sich als wesentlich aufwendiger als geplant, zumal auch künftige bundesrechtliche Vorgaben zur Digitalisierung des Rechtsmittelwegs zu berücksichtigen sein werden.

Verzögert 2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
13.8	14.1	14.5	0.4	2.5

Bemerkungen R18 zu B18

R18 zu R17 Im Gegensatz zum Vorjahr wurde ein unbezahlter Weiterbildungsurlaub bei den Gerichtsschreiberinnen und -schreibern im ersten Halbjahr durch die befristete Anstellung eines Gerichtsschreibers kompensiert.

R18 zu B18 Der erhöhte Beschäftigungsumfang ist auf die Verlängerung dieser befristeten Ersatzanstellung aufgrund eines sich in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres abzeichnenden Personalengpasses beim juristischen Personal zurückzuführen. Da sich die Abwesenheiten beim juristischen Personal wider Erwarten erst im 1. Quartal 2019 einstellten, führte die Verlängerung der befristeten Anstellung zu einem leichten Überbestand. Dieser wurde durch die nicht vollständige Beanspruchung des geplanten Pensums für den Leitenden Gerichtsschreiber leicht kompensiert.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.9	1.3	1.1	-0.2	-17.4
Aufwand	-3.2	-3.2	-3.4	-0.1	-3.9
- Kreditübertragungen					
Saldo	-2.3	-1.9	-2.3	-0.4	-18.2

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.4		Abweichungen total R18 zu B18
0.0	A1, A2, A3	- Bei den internen Verrechnungen führte die Verzögerung der Einführung der neuen Geschäftsverwaltungssoftware zu Einsparungen von rund Fr. 44 000.
0.0	A1, A2, A3	- Trotz der Verlängerung der befristeten Anstellung eines Gerichtsschreibers, des Einsatzes von Ersatzrichtern sowie der nicht budgetierten Gewährung eines Teuerungsausgleichs und individueller Lohnerhöhungen wurde der Personalaufwand lediglich um knapp Fr. 18 000 überschritten. Zurückzuführen ist dies auf die nicht vollständige Ausschöpfung des Pensums für den Leitenden Gerichtsschreiber, den Bezug eines Dienstaltersgeschenks in Form von Urlaubstagen, Lohnrückerstattungen durch Sozialversicherungen sowie Einsparungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen.
-0.2	A1, A2, A3	- Der erhöhte Sachaufwand ist primär auf nicht eingeplante Kosten eines Grossgutachtens im Umfang von rund Fr. 140 000 zurückzuführen. Nach Rechtskraft des Entscheids in einer der Folgejahre ist mit der Rückerstattung dieser Kosten zu rechnen. Überdies mussten mehr Verfahrenskosten als erwartet zufolge Uneinbringlichkeit abgeschrieben werden. Etwas verringert wurde der Sachaufwand durch die Verminderung des Wertberichtigungsbedarfs für Gerichtsgebühren und Rückerstattungen.
-0.2	A1, A2, A3	- Trotz höherer durchschnittlicher Streitwerte führte die Verminderung der Anzahl rechtskräftiger Geschäftserledigungen zu einer deutlichen Unterschreitung des - allerdings trotz Nichtgewährung der beantragten zusätzlichen Personalressourcen nicht gegenkorrigierten - budgetierten Betrags um rund Fr. 225 000.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2017
plus Bildung 2017
72842

Verwendung
2018
17175

Antrag Bildung 2018
(verbucht 2019)
0

Bestand 31.12.2018
plus Bildung 2018
55667

Veränderung Bestand
-17175

Zu konsolidierende Organisationen

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5 149.6	5 286.2	5 534.4	248.2	4.7
Aufwand	-5 042.3	-5 294.0	-5 454.8	-160.8	-3.0
- Kreditübertragungen		-11.7			
- Nachtragskredit		-15.0		15.0	100.0
Saldo	107.4	-7.8	79.6	87.4	1 117.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	6.7	3.7	49.5	45.8	1 241.8
Ausgaben	-108.9	-227.9	-243.4	-15.5	-6.8
- Kreditübertragungen		-7.1			
Saldo	-102.1	-224.2	-193.9	30.3	13.5

9300 Zürcher Verkehrsverbund

Zum dritten Mal in Folge übertraf der ZVV sein Ziel bei der Kundenzufriedenheit und erreichte eine Gesamtzufriedenheit auf dem hohen Niveau von 77 bei 100 möglichen Punkten. Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember wurden die vierten Teilergänzungen der Zürcher S-Bahn – der grösste Ausbau in der Geschichte des ZVV – abgeschlossen. Vor allem die Region Winterthur profitierte von zahlreichen Angebotsverbesserungen. Ein nächster Angebotsausbau wird erst 2035 möglich sein, wenn der Brüttener Tunnel und das vierte Gleis im Bahnhof Stadelhofen gebaut sind. Beide Projekte sind in der Botschaft des Bundesrates zum Ausbauschnitt 2035 der Eisenbahninfrastruktur enthalten. Der Schiffszuschlag, der im Dezember 2016 im Rahmen der Leistungsüberprüfung einge-

führt worden ist, wurde auf den Saisonstart im März des Berichtjahres abgeschafft. Zwei kantonale Volksabstimmungen fielen zugunsten des öffentlichen Verkehrs aus. Das Volk lehnte eine Kürzung der jährlichen Einlagen in den Verkehrsfonds ab, und die Volksinitiative zum Stopp der zweiten Etappe der Limmattalbahn wurde deutlich abgelehnt. Das Berichtsjahr stand zudem im Zeichen der Digitalisierung des Ticketverkaufs. Der ZVV lancierte das Check-in-Ticket in seiner Ticket-App. Diese Funktion vereinfacht das Fahren mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, da die Fahrgäste keine tarifischen Vorkenntnisse mehr brauchen. Auch die ZVV-Abonnemente wurden digitalisiert und sind seit diesem Jahr auf dem nationalen SwissPass.

Aufgaben

- A1 Sorgt für ein koordiniertes, auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichtetes, freizügig benutzbares öffentliches Verkehrsangebot mit einheitlicher Tarifstruktur
- A2 Interessenwahrung des Kantons Zürich im nationalen und internationalen öffentlichen Verkehr

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Zugskilometer S-Bahn, in Mio.	A1	23.9	23.9	23.5	-0.4	-1.7
L2	Zugskilometer Tram, in Mio.	A1	12.6	12.9	12.7	-0.2	-1.6
L3	Wagenkilometer Bus, in Mio.	A1	50.2	50.2	49.6	-0.6	-1.2
L4	Kilometer Schiffe und Bergbahnen, in Mio.	A1	0.6	0.6	0.6	0.0	0.0
B1	Kostenunterdeckung/Zugs- bzw. Wagenkilometer, in Fr.	A1	3.76	3.87	3.55	-0.32	-8.27
B2	Kostenunterdeckung Verbund, in Mio. Fr.	A1	328.2	339.3	306.7	-32.6	-9.6
B3	Gesamtkosten/Zugs- bzw. Wagenkilometer, in Fr.	A1	11.29	11.38	11.48	0.10	0.88
B4	Kostendeckungsgrad, in %	A1	66.7	66	69.1	3.1	
W1	Personenkilometer, in Mio.	A1	n.n.b.	3510	n.n.b.		
W2	Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren), Indexpunkte	A1	77	76	77	1	

Bemerkungen

- L1, L2, Die genauen Zugs- und Wagenkilometer lassen sich jeweils erst aus dem endgültigen Fahrplan ermitteln. Das Budget wird aufgrund des Fahrplankonzepts erstellt. Gegenüber dem Vorjahr rückläufige Leistungen sind auf Korrekturen bei den interkantonalen Verteilschlüsseln zurückzuführen.
- B1, B2 Dank Reduktion der Kostenunterdeckung gegenüber dem Budget um 32.6 Mio. Franken verbessert sich die Wirtschaftlichkeit.
- B3 Die Verschlechterung der Wirtschaftlichkeit ist rein auf durchlaufende Positionen zurückzuführen. Ohne diese Positionen liegt der Wert bei Fr. 11.31 pro Zugs- bzw. Wagenkilometer.
- W1 Die effektiven Personenkilometer für das Berichtsjahr lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Ermittlung dauert jeweils bis ins Frühjahr.

Entwicklungsschwerpunkte

9300 6a Die aufgrund der Siedlungs-, Arbeitsplatz- und Mobilitätsentwicklung erwartete zusätzliche Nachfrage von 20% bis 2021 (Grundlage 2013) im öffentlichen Orts- und Regionalverkehr soll abgestimmt auf die angestrebte räumliche Entwicklung und unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit abgedeckt werden.

Das tatsächliche Nachfragewachstum liegt leicht über den Erwartungen, kann aber dennoch mit dem vorhandenen und geplanten Angebot abgedeckt werden.

Stand bis

Planmässig 2021

9300 6b Das Angebot wird angepasst, wo Kapazitätsengpässe auftreten und Handlungsspielraum besteht, sowie dort, wo der öffentliche Verkehr Marktpotenzial aufweist.

Die Angebotsplanung erfolgt im zweijährigen Fahrplanverfahren. Das Angebot für die Fahrplanperiode 2018/19 wurde im Sommer 2017 vom Verkehrsrat bewilligt. Das Verfahren für die nächste Fahrplanperiode 2020/21 ist angelaufen.

Planmässig 2021

9300 6c Die Kundenzufriedenheit wird auf dem Niveau von mindestens 76 Punkten gehalten.

Bisherige Messungen belegen, dass die Kundenzufriedenheit auf dem gewünschten hohen Niveau gehalten werden kann.

Planmässig 2021

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9300

9300 6d Die Kostenunterdeckung soll sich im Rahmen des erwarteten Wirtschaftswachstums im Kanton Zürich, gemessen am Bruttoinlandprodukt, entwickeln. Gleichzeitig wird eine weitere Verbesserung des Kostendeckungsgrads angestrebt.

Die Kostenunterdeckung ist zum dritten aufeinanderfolgenden Mal gesunken. Der Kostendeckungsgrad konnte dadurch weiter gesteigert werden. Planmässig 2021

9300 6e Die Verkehrsleistungen werden energieeffizienter als heute erbracht unter Berücksichtigung eines angemessenen Kosten-Nutzen-Verhältnisses.

Die technischen Möglichkeiten werden bei allen Fahrzeugneubeschaffungen konsequent genutzt, soweit sie sich wirtschaftlich vertreten lassen. Planmässig 2021

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	36.1	36.0	34.5	-1.5	-4.2

Bemerkungen R18 zu B18

1.5 Aufgrund von Unterbrüchen bei Personalwechseln und von Restanteilen diverser Teilzeitanstellungen wurde der Stellenplan nicht ganz ausgeschöpft.

Finanzierung

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	985.7	996.5	992.2	-4.3	-0.4
- Staatsbeitrag der Volkswirtschaftsdirektion	164.1	169.6	153.3	-16.3	-9.6
Aufwand	-985.7	-996.5	-992.2	4.3	0.4
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-1.4	-1.4	-1.0	0.3	23.8
- Kreditübertragungen					
Saldo	-1.4	-1.4	-1.0	0.3	23.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R18 zu B18
	A1	- Dank höherer Verkehrserträge und tieferer Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen konnte die Kostenunterdeckung gegenüber dem Budget um 32.6 Mio. Franken unterschritten werden.
0.0		- Übrige Abweichungen

	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Bemerkungen zur Investitionsrechnung				
Nettoinvestitionen total	-1.4	-1.0	0.3	
- Beteiligung des ZVV an der neuen nationalen Vertriebsplattform	-1.4	-1.0	0.4	- Minderausgaben wegen Projektverzögerung
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Verwendung 2018	Antrag Bildung 2018 (verbucht 2019)	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Veränderung Bestand
267 707	0	0	267 707	0

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9300

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2018	per 31.12.2017	Differenz R 17/18 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	297.5	267.8	29.6	11.1
Finanzvermögen¹⁾	297.5	267.8	29.6	11.1
Flüssige Mittel	1.3	0.3	1.0	> 100.0
Forderungen	158.7	126.4	32.3	25.5
Kurzfristige Finanzanlagen	130.0	130.0	0.0	0.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	7.4	11.1	-3.7	-33.2
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	5.3	4.9	0.4	8.4
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	5.3	4.9	0.4	8.4
Sachanlagen	0.0	0.1	-0.0	-20.0
Immaterielle Anlagen	5.3	4.8	0.4	8.8
kurzfristige Darlehen				
langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	302.8	272.7	30.0	11.0
Fremdkapital	-302.5	-272.5	-30.0	-11.0
Kurzfristiges Fremdkapital	-272.0	-252.0	-20.0	-7.9
Laufende Verbindlichkeiten	-21.3	-19.9	-1.4	-6.8
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-20.9	-10.2	-10.7	> 100.0
Passive Rechnungsabgrenzung	-217.0	-209.3	-7.7	-3.7
Kurzfristige Rückstellungen	-12.7	-12.5	-0.2	-1.9
Langfristiges Fremdkapital	-30.5	-20.5	-10.0	-48.9
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-16.3	-4.6	-11.7	> 100.0
Langfristige Rückstellungen	-14.2	-15.9	1.7	10.5
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-0.3	-0.3	0.0	0.0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen	-0.3	-0.3	0.0	0.0
Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-302.8	-272.7	-30.0	-11.0
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	297.5	267.8	29.6	11.1

9510 Universitätsspital Zürich

Aufgaben

A1 Gemäss dem Gesetz über das Universitätsspital Zürich (USZG) verfolgt das Universitätsspital folgenden Zweck: Das Universitätsspital dient a) der überregionalen medizinischen Versorgung, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1445.6	1322.0	1504.1	182.1	13.8
Aufwand	-1358.6	-1321.9	-1442.9	-121.1	-9.2
Saldo	87.0	0.1	61.2	61.0	49477.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	2.3		1.9	1.9	0.0
Ausgaben	-29.1	-111.2	-153.4	-42.1	-37.9
Saldo	-26.8	-111.2	-151.4	-40.2	-36.1

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 11 Abs. 3 Ziff. 5 USZG verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet nach § 9 Ziff. 6 USZG den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts) zuhanden des Kantonsrates. Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Gewinn von Fr. 61 823 076 gemäss Einzelabschluss des USZ (Swiss GAAP FER) mit Fr. 55 393 020 den freien Reserven (Eigenkapital) zuzuweisen. Der verbleibende Gewinnanteil von Fr. 6 430 056 wird den Fonds im Eigenkapital zugewiesen; er stammt aus der Übertragung der spitalnahen Fonds per 30. Juni 2018 an das USZ.

Das Ergebnis nach den Rechnungslegungsvorschriften des Kantons (Handbuch für Rechnungslegung, HBR) beläuft sich auf Fr. 61 153 301.

Zum Zweck einer Abgeltung der Kosten des zur Verfügung gestellten Kapitals beantragt der Regierungsrat – ebenfalls wie vom Spitalrat des USZ beantragt – eine Gewinnverwendung zugunsten des Kantons Zürich in der Höhe von Fr. 7 689 353. Die Höhe entspricht den Kosten von durchschnittlich 1.5% für das dem USZ zur Verfügung gestellte Eigenkapital (Dotationskapital) per 31. Dezember 2018. Diese Zahlung zugunsten des Kantons erfolgt 2019 zulasten des Eigenkapitals (Gewinnreserve). Somit werden vom Gewinn gemäss Einzelabschluss insgesamt Fr. 54 133 723 dem USZ zur Stärkung des Eigenkapitals zugewiesen.

Eine grundsätzliche Haltung für die Gewinnverwendung in der Zukunft wird mit diesem Antrag des Regierungsrates nicht vorweggenommen. Die zukünftige Gewinnverwendung wird gestützt auf ein Konzept festgelegt, das zurzeit mit den Spitälern diskutiert und für das nächste Geschäftsjahr angewendet wird, wenn erstmals alle vier Spitäler und Kliniken als selbstständige Anstalten organisiert sind.

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9510

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2018	per 31.12.2017	Differenz R 17/18 Δ abs. Δ %	
Umlaufvermögen	566.3	739.0	-172.8	-23.4
Finanzvermögen¹⁾	566.3	739.0	-172.8	-23.4
Flüssige Mittel	59.8	22.3	37.5	> 100.0
Forderungen	336.1	523.7	-187.5	-35.8
Kurzfristige Finanzanlagen	0.5	0.5	0.5	
Aktive Rechnungsabgrenzung	164.7	189.7	-25.0	-13.2
Vorräte und angefangene Arbeiten	5.2	3.4	1.7	50.9
				-
Anlagevermögen	803.4	137.4	666.0	> 100.0
Finanzvermögen¹⁾	22.1	18.6	3.5	18.6
Finanzanlagen	22.1	18.6	3.5	18.6
Sachanlagen				-
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				-
				-
Verwaltungsvermögen	781.3	118.7	662.5	> 100.0
Sachanlagen	763.2	100.3	662.9	> 100.0
Immaterielle Anlagen	17.5	18.4	-0.9	-5.1
Kurzfristige Darlehen				-
Langfristige Darlehen				-
Beteiligungen				-
Investitionsbeiträge	0.6	0.1	0.5	> 100.0
Total Aktiven	1369.6	876.4	493.2	56.3
Fremdkapital	-520.6	-592.7	72.2	12.2
Kurzfristiges Fremdkapital	-306.2	-505.3	199.1	39.4
Laufende Verbindlichkeiten	-111.5	-226.5	115.1	50.8
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-27.1	-92.4	65.3	70.7
Passive Rechnungsabgrenzung	-93.8	-58.4	-35.4	-60.6
Kurzfristige Rückstellungen	-73.8	-127.9	54.1	42.3
				-
Langfristiges Fremdkapital	-214.4	-87.4	-127.0	> 100.0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-166.5	-51.5	-115.1	> 100.0
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-16.9	-4.5	-12.4	> 100.0
Langfristige Rückstellungen	-28.9	-26.0	-2.9	-11.1
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-2.1	-5.5	3.4	61.6
				-
Eigenkapital	-849.1	-283.7	-565.4	> 100.0
Fonds im Eigenkapital				-
Rücklagen				-
Einbehaltene Gewinne	-275.3	-188.3	-87.0	-46.2
Reserven aus Absicherungsgeschäften				-
Dotationskapital	-512.6	-8.4	-504.2	> 100.0
Jahresergebnis	-61.2	-87.0	25.9	29.7
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				-
Total Passiven	-1369.6	-876.4	-493.2	-56.3
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	588.4	757.7	-169.3	-22.3

9520 Kantonsspital Winterthur

Am 29. Oktober des Berichtsjahres stimmte der Kantonsrat der Änderung des Gesetzes über das Kantonsspital Winterthur (KSW) zu, womit das KSW per 1. Januar 2019 aus dem zentralisierten Immobilienmanagement des Kantons und aus dem direkten Wirkungsbereich der kantonalen Gesetzgebung zum Finanzhaushalt entlassen wird. Das KSW kann zukünftig selbst über seine Bauinvestitionen entscheiden und gemäss der Eigentümerstrategie Fremdmittel aufnehmen. Das Eigentum an den Bauten wird vom Kanton auf das KSW übertragen. Der Boden bleibt beim Kanton, das KSW erhält darauf ein Baurecht. An der Rechtsform ändert sich nichts: Das Spital bleibt im kantonalen Eigentum.

Im September wurde am KSW das Tumorzentrum mit seinen sieben Organzentren zertifiziert. Das Zertifizierungsaudit durch OnkoZert und ClarCert wurde erfolgreich durchlaufen und die Prüfung bestanden. Die Zertifizierung attestiert dem 2005 gegründeten Tumorzentrum Winterthur eine hohe fachliche und qualitative Expertise in der interdisziplinären und interprofessionellen onkologischen Behandlung.

Im November ist das Medical Center «Sport- und Gesundheitsbusinesspark WIN4» eröffnet worden. In Kooperation mit Medbase betreibt das KSW an der Grüzefeldstrasse in Winterthur das Center für Prävention, Akutbetreuung und Rehabilitation von Sportlerinnen und Sportlern. Das Angebot richtet sich an gesunde und rekonvaleszente Sportler aller Leistungsstufen und -klassen, also auch an Breitensport Ausübende. Das KSW bietet im WIN4 verschiedene Beratungen und radiologische Untersuchungen an, unter anderem MRI.

Aufgaben

- A1 Sicherstellung einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung im Raum Winterthur für die Behandlung und Betreuung von Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Stationäre Patientenaustritte Total	A1	27088	28317	27608	-709	-2.5
L2	Stationäre Patientenaustritte, davon Grundversicherte	A1	21280	22342	21737	-605	-2.7
L3	Stationäre Patientenaustritte, davon Zusatzversicherte	A1	5808	5975	5871	-104	-1.7
B1	Differenz der bereinigten Fallkosten im Vergleich zum Benchmarkspital, in Fr.	A1	0	0	0	0	
W6	Fallzusammenführungen nach SwissDRG, in %	A1	2.5	2.7	2.7	0.0	
W7	Wie beurteilen Sie die Qualität der Behandlung (durch die Ärztinnen/Ärzte und Pflegefachpersonen)? (Befragte, die mindestens mit «gut» geantwortet haben, in %)	A1		98			
W8	Hatten Sie die Möglichkeit, Fragen zu stellen? (Befragte, die mit «immer», «meistens» oder «manchmal» geantwortet haben, in %)	A1		98			
W9	Erhielten Sie verständliche Antworten auf Ihre Fragen? (Befragte, die mit «immer», «meistens» oder «manchmal» geantwortet haben, in %)	A1		98			
W10	Wurde Ihnen der Zweck der Medikamente, die Sie zu Hause einnehmen sollten, verständlich erklärt? (Befragte, die mit «ja», «vollumfänglich» oder «überwiegend» geantwortet haben, in %)	A1		95			
W11	Wie war die Organisation Ihres Spitalaustritts? (Befragte, die mindestens mit «gut» geantwortet haben, in %)	A1		92			
W12	Wie empfanden Sie die Dauer Ihres Spitalaufenthaltes? (Befragte, die mit «zu lang» oder «genau richtig» geantwortet haben, in %)	A1		93	89	-4	

Bemerkungen

- Allg. Bei den Indikatoren W7–W11 wurde 2017 die Skalierung angepasst (neue Skala: 1–4, 1 = «schlecht», 4 = «hervorragend»). Dadurch sind die Indikatorenwerte des Budgets 2018 überholt und nicht mit den Werten des Berichtsjahres und des Vorjahres vergleichbar. Nachfolgend werden die Werte des Berichtsjahres und des Vorjahres aufgeführt.

W7 R17 3.72, R18 3.74

W8 R17 3.70, R18 3.71

W9 R17 3.67, R18 3.68

W10 R17 3.57, R18 3.59

W11 R17 3.56, R18 3.58

W12 Es werden nur die Befragten eingerechnet, die mit «genau richtig» geantwortet haben.

Entwicklungsschwerpunkte

9520 4a Einführung integriertes ERP-System (Ablösung Altsysteme)

Im Berichtsjahr wurden Vorhaben zur Stabilisierung des ERP-Betriebes durchgeführt, die nach der Inbetriebnahme 2017 erforderlich wurden. Diese dauern noch an. Über die Durchführung der Phase 2 (HRM-System) soll 2019 entschieden werden.

Stand bis
Verzögert 2018

9520 4b Patientenmonitoring Institut für Anästhesiologie

Die Anforderungen der verschiedenen Fachbereiche an Geräten zur Patientenüberwachungsanlage wurden erstmals hin zu einer Gesamtflotte spitalweit harmonisiert. Im Sinne dieser Kostenersparnis wurde im Sommer des Berichtsjahres die gesamte Flotte ausgeschrieben. Das Resultat der Ausschreibung wurde rechtlich angefochten. Der finale Entscheid des Gerichts ist noch ausstehend.

Verzögert 2018

9520 4c Ersatz Klinikinformationssystem Phönix

Es wurde entschieden, das neue KIS erst nach Bezug des Ersatzneubaus Hochhaus in Betrieb zu nehmen. Entsprechend verschiebt sich der Projektplan. Submission ist nun für 2019, Start der Umsetzung für 2020 geplant.

Verzögert 2019

9520 4d Ersatzneubau Hochhaus

Die Ausführungen am Rohbau erfolgten nach Plan. Es wurden zudem diverse Projekte zur Bestandes-ertüchtigung hinsichtlich der Inbetriebnahme des Neubaus angestossen.

Planmässig 2019

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	2409.0	2433.0	2461.0	28.0	1.2

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	516.0	523.0	525.2	2.2	0.4
Aufwand	-506.2	-519.2	-508.8	10.4	2.0
Saldo	9.8	3.7	16.4	12.7	339.6

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-12.4	-25.0	-11.9	13.1	52.3
Saldo	-12.4	-25.0	-11.9	13.1	52.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
12.7		Abweichungen total R18 zu B18
6.0	A1	- Restriktive Personalpolitik aufgrund Jahresergebnis 2017
3.0	A1	- Weniger Abschreibungen durch Verzögerung Investitionstätigkeit
1.7	A1	- Leistungsentwicklung ambulanter Bereich trotz TARMED-Revision
2.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-25.0	-11.9	13.1	
- Ersatz Klinikinformationssystem Phönix	-10.0	0.0	10.0	- Verzögerung im Projektplan
- Übrige	-15.0	-11.9	3.1	

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 10 Abs. 3 Ziff. 5 KSWG verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet gemäss § 8 Ziff. 6 KSWG den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts) zuhanden des Kantonsrates.

Die Jahresrechnung des Kantonsspitals Winterthur schliesst mit einem Gewinn von 16.4 Mio. Franken ab. Der Spitalrat hat beantragt, diesen Gewinn im vollen Umfang auf die neue Rechnung vorzutragen. Er ist dabei, inklusive des Jahresgewinns 2018, von einer Eigenkapitalquote von 26.4% ausgegangen und hat diese als ungenügend betrachtet.

Mit der gemäss KSWG vorgesehenen Übertragung der Immobilien per 1. Januar 2019 steigt die Eigenkapitalquote allerdings auf 60%. Davon sind rund 140 Mio. Franken freie Reserven. Der Regierungsrat beantragt, dass zum Zweck einer Abgeltung der Kosten des zur Verfügung gestellten Kapitals im Rahmen

der Gewinnverwendung ein Betrag von Fr. 55 500 dem Kanton Zürich zugewiesen wird. Die Höhe entspricht den Kosten von durchschnittlich 1.5% für das dem KSW zur Verfügung gestellte Eigenkapital (Dotationskapital) per 31. Dezember 2018. Diese Zahlung zugunsten des Kantons erfolgt 2019 zulasten des Eigenkapitals (Gewinnreserve). Somit werden vom Gewinn gemäss Einzelabschluss insgesamt Fr. 16 325 473 dem KSW zur Stärkung des Eigenkapitals zugewiesen.

Eine grundsätzliche Haltung für die Gewinnverwendung in der Zukunft wird mit diesem Antrag des Regierungsrates nicht vorweggenommen. Die zukünftige Gewinnverwendung wird gestützt auf ein Konzept festgelegt, das zurzeit mit den Spitälern diskutiert und für das nächste Berichtsjahr angewendet wird, wenn erstmals alle vier Spitäler und Kliniken als selbstständige Anstalten organisiert sind.

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9520

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2018	per 31.12.2017	Differenz R 17/18 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	256.9	208.1	48.9	23.5
Finanzvermögen¹⁾	256.9	208.1	48.9	23.5
Flüssige Mittel	11.1	7.4	3.7	50.1
Forderungen	163.2	120.5	42.8	35.5
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	74.3	75.0	-0.7	-0.9
Vorräte und angefangene Arbeiten	8.3	5.2	3.1	58.2
Anlagevermögen	62.5	67.2	-4.7	-7.0
Finanzvermögen¹⁾	11.5	13.2	-1.6	-12.4
Finanzanlagen	11.5	13.2	-1.6	-12.4
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	51.0	54.0	-3.0	-5.6
Sachanlagen	44.8	44.6	0.2	0.4
Immaterielle Anlagen	6.2	9.4	-3.2	-34.0
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	319.5	275.3	44.2	16.0
Fremdkapital	-160.8	-133.2	-27.5	-20.7
Kurzfristiges Fremdkapital	-102.6	-78.6	-24.0	-30.5
Laufende Verbindlichkeiten	-56.9	-55.2	-1.7	-3.1
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-31.9	-9.2	-22.7	> 100.0
Passive Rechnungsabgrenzung	-4.5	-3.8	-0.7	-19.4
Kurzfristige Rückstellungen	-9.3	-10.5	1.2	11.5
Langfristiges Fremdkapital	-58.2	-54.6	-3.5	-6.5
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-48.4	-45.1	-3.3	-7.3
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-2.4	-2.6	0.2	6.9
Langfristige Rückstellungen	-5.0	-5.0	0.0	0.0
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-2.4	-1.9	-0.4	-22.9
Eigenkapital	-158.7	-142.0	-16.7	-11.7
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne	-140.3	-130.5	-9.8	-7.5
Reserven aus Absicherungsgeschäften	1.7	2.0	-0.3	-14.0
Dotationskapital	-3.7	-3.7	0.0	0.0
Jahresergebnis	-16.4	-9.8	-6.6	-67.9
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-319.5	-275.3	-44.2	-16.0
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	268.5	221.2	47.2	21.3

9530 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich

Aufgaben

- A1 Gemäss dem Gesetz über die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUKG) verfolgt die Psychiatrische Universitätsklinik folgenden Zweck: Die Psychiatrische Universitätsklinik dient a) der regionalen und überregionalen medizinisch-psychiatrischen Versorgung, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag		239.5	239.4	-0.1	-0.0
Aufwand		-239.5	-238.7	0.8	0.3
Saldo		0.0	0.7	0.7	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		2.0	2.0	0.0	0.0
Ausgaben		-16.6	-14.0	2.6	15.9
Saldo		-14.6	-12.0	2.6	18.0

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 15 PUKG verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet gemäss § 8 lit. b PUKG den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts) zuhanden des Kantonsrates.

Die Jahresrechnung der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich schliesst mit einem Gewinn von 0.7 Mio. Franken ab. Darin enthalten ist ein aperiodischer Sondereffekt in der Höhe von 2.1 Mio. Franken. Ohne diesen Effekt beträgt der Gewinn im ersten Jahr als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt 2.8 Mio. Franken und damit 3.4 Mio. Franken weniger als im Vorjahr.

Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Gewinn von Fr. 715 351.79 den freien Reserven (Eigenkapital) zuzuweisen. Die Psychiatrische Universitätsklinik wurde per 1. Januar 2018 verselbstständigt. Zu Beginn der Verselbstständigung wird auf eine Gewinnverwendung zugunsten des Kantons verzichtet. Dadurch wird die finanzielle Struktur der Anstalt während einer Übergangsfrist gestärkt.

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9530

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2018	per 01.01.2018	Δ abs.	Differenz R 18 Δ %
Umlaufvermögen	85.4	38.0	47.4	> 100.0
Finanzvermögen¹⁾	85.4	38.0	47.4	> 100.0
Flüssige Mittel	3.8	2.4	1.4	56.3
Forderungen	53.4	23.2	30.2	> 100.0
Kurzfristige Finanzanlagen	0.2	–	0.2	> 100.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	27.2	11.5	15.7	> 100.0
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.8	0.8	0.0	2.9
				–
Anlagevermögen	170.4	166.5	3.8	2.3
Finanzvermögen¹⁾	2.0	–	2.0	> 100.0
Finanzanlagen	2.0	–	2.0	> 100.0
Sachanlagen				–
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				–
				–
Verwaltungsvermögen	168.3	166.5	1.8	1.1
Sachanlagen	167.8	165.7	2.2	1.3
Immaterielle Anlagen	0.5	0.9	–0.4	–43.5
Kurzfristige Darlehen				–
Langfristige Darlehen				–
Beteiligungen				–
Investitionsbeiträge				–
Total Aktiven	255.7	204.5	51.3	25.1
Fremdkapital	–132.3	–81.8	–50.5	–61.8
Kurzfristiges Fremdkapital	–80.1	–31.2	–48.9	> 100.0
Laufende Verbindlichkeiten	–49.3	–7.6	–41.7	> 100.0
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	–3.1	–	–3.1	> 100.0
Passive Rechnungsabgrenzung	–6.1	–4.2	–1.9	–44.4
Kurzfristige Rückstellungen	–21.6	–19.3	–2.2	–11.6
				–
Langfristiges Fremdkapital	–52.3	–50.6	–1.6	–3.2
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	–40.0	–43.1	3.1	7.1
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	–8.1	–6.6	–1.5	–23.0
Langfristige Rückstellungen	–0.3	–0.5	0.2	37.6
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	–3.8	–0.4	–3.4	> 100.0
				–
Eigenkapital	–123.4	–122.7	–0.7	–0.6
Fonds im Eigenkapital				–
Rücklagen				–
Einbehaltene Gewinne				–
Reserven aus Absicherungsgeschäften				–
Dotationskapital und Reserven	–122.7	–122.7	–0.0	–0.0
Jahresergebnis	–0.7	–	–0.7	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				–
Total Passiven	–255.7	–204.5	–51.3	–25.1
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	87.4	38.0	49.5	> 100.0

9600 Universität Zürich

Die Universität Zürich blickt auf ein Jahr mit einer Vielzahl von erfolgreich durchgeführten strategischen Projekten und Vorhaben zurück. Einen Schwerpunkt stellte die Stärkung der Forschungskompetenz im Bereich der Digitalisierung und des digitalen Wandels dar. Im Rahmen der Digital Society Initiative (DSI) wurden neue Lehrstühle und Assistenzprofessuren bewilligt. Am Tag der Lehre wurden digitale Lernformate diskutiert und die DSI entsprechend aufgegriffen. Im Berichtsjahr haben 13 Professorinnen und 43 Professoren ihr Amt an der Universität Zürich angetreten. Die UZH konnte 9 von 39 neuen Förderungsprofessuren des Schweizerischen Nationalfonds für sich gewinnen und drei jungen Forschenden ERC Starting Grants im Umfang von rund 4 Mio. Euro ermöglichen. Verschiedene Projekte zur Ausrichtung von Lehre und Studium auf die Bedürfnisse der Zielgruppen sind abgeschlossen.

So wurde z.B. an der Philosophischen Fakultät mit der Studienreform «Bologna 2020» das Studienangebot profilierter und das Studium transparenter gestaltet. Für das neue Lehr- und Lernzentrum «Forum UZH» wurde im November das Siegerprojekt für das neue Lehr- und Lernzentrum «Forum UZH» gekürt. Es soll Raum für den wissenschaftlichen Austausch schaffen und Ort der Begegnung werden. Seit dem 1. August des Berichtsjahres ist die neue Führungsstruktur nach aussen sichtbar. Unter der neuen Führungsstruktur wird die strategische Weiterentwicklung der UZH vorangetrieben, sie stärkt die Fakultäten und überträgt ihnen weiterreichende Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen. Im Berichtsjahr haben die Direktorin Universitäre Medizin und der Direktor Immobilien und Betrieb ihr Amt angetreten.

Aufgaben

- A1 Lehre auf den Gebieten der Theologie und Religionswissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Veterinärmedizin, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften auf hohem Qualitätsniveau einschliesslich nationaler und internationaler Zusammenarbeit
- A2 Wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, und weitere Leistungen in den oben genannten Fachgebieten unter Einbezug nationaler und internationaler Kooperationen
- A3 Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L9 Studierende gesamt	A1	25672	26250	25827	-423	-1.6
L5 Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	13566	13850	13719	-131	-0.9
L6 Studierende in Masterstudiengängen	A1	6204	6100	6270	170	2.8
L7 Studierende Lehramt	A1	578	650	545	-105	-16.2
L8 Studierende in Doktoratsstudiengängen	A2, A3	5324	5650	5293	-357	-6.3
L2 Habilitationen	A2, A3	85	100	102	2	2.0
B1 Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	23273	22500	23579	1079	4.8
B2 Anteil Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der Universität, in %	A1, A2	43.3	43.5	42.9	-0.6	
B6 Anteil Drittmittel am Gesamtumsatz der Universität, in %	A2, A3		22.1	22.2	0.1	0.5
B3 Hauptfachstudierende pro Professur Rechtswissenschaften (inkl. Doktorierende)	A1	68.3	66.3	62.7	-3.6	-5.4
B5 Hauptfachstudierende pro Professur Philosophische Fakultät (inkl. Doktorierende)	A1	59.9	62.3	57.0	-5.3	-8.5
W8 Abschlüsse gesamt	A1	5417	5500	5352	-148	-2.7
W9 Bachelorabschlüsse	A1	2414	2500	2333	-167	-6.7
W10 Masterabschlüsse	A1	1998	2100	2017	-83	-4.0
W11 Abschlüsse Lehramt	A1	300	200	250	50	25.0
W15 verliehene Doktorate	A1, A2, A3		700	752	52	7.4
W2 laufende SNF-Projekte	A2	520	535	401	-134	-25.0
W3 laufende EU-Projekte	A2	161	185	155	-30	-16.2
W6 Beschäftigung im ersten Jahr nach dem Abschluss, in %		95.4	96	96.0	0.0	

Bemerkungen

- L9, L5, Die Anzahl der Studierenden nahm etwas weniger zu, als vom Bundesamt für Statistik (BFS) prognostiziert, wobei die
- L6, L7 Studierenden in den MINT-Fächern und der Humanmedizin den stärksten Zuwachs verzeichneten. Während die Anzahl der Studierenden auf Bachelor- und Masterstufe gegenüber dem Vorjahr leicht anstieg, blieb die Zahl auf Doktoratsstufe annähernd gleich.
- B1 Infolge des Nachtragskredits für die Overhead-Abgeltung ans Universitätsspital Zürich (Transferzahlung von 15 Mio. Franken) steigt der Kostenbeitrag pro Studierende/n.

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9600

B6	Der Indikator «Anteil Drittmittel am Gesamtumsatz der Universität» wurde im KEF 2018–2021 neu aufgenommen, deshalb keine Angabe zu R17.		
W8, W9, W10	Analog zu den Studierendenzahlen liegt auch die Anzahl Abschlüsse insgesamt etwas unter der Prognose.		
W2	Im Zuge der Reform der Projektförderung werden Forschende vom SNF ermutigt, sich möglichst auf ein Projekt zu konzentrieren und dessen Planung auf vier Jahre auszulegen.		
W3	Die Projekte des auslaufenden Forschungsprogramms 7 (FP7) konnten nicht in vollem Umfang mit neuen Projekten des Forschungsprogramms «Horizon 2020» kompensiert werden.		

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9600 2a Unterstützung der klinischen Forschung und Nachwuchsförderung im Bereich der Medizin

Die 1. Serie der Klinischen Forschungsschwerpunkte wurde erfolgreich abgeschlossen. Ebenso abgeschlossen ist das Auswahlverfahren für die 2. Serie für den Start ab 2019.

Abgeschlossen 2018

9600 2b Förderung und Ausbau bestehender und Schaffung neuer Kompetenzzentren

Die bestehenden Kompetenzzentren konnten etabliert werden. Im Berichtsjahr wurden in der Philosophischen Fakultät die Kompetenzzentren «Interdisciplinary Study of Language Evolution» und «Altertumswissenschaften» sowie an der Medizinischen Fakultät das Kompetenzzentrum für «Reproducible Science» gegründet.

Abgeschlossen 2018

9600 2c Weiterführung der Nationalen Forschungsschwerpunkte, Aufbau und Weiterentwicklung der Universitären Forschungsschwerpunkte (UFSP)

Der Nationale Forschungsschwerpunkt «Kidney» wurde erfolgreich in die 3. Phase überführt. Für die neue Ausschreibung (5. Serie) mit Start ab 2020 schafften es sechs Proposals in die 2. Evaluationsstufe.

Abgeschlossen 2018

9600 2d Weitere Erhöhung der Drittmittel

Das Drittmittelvolumen wuchs um 3.6% an. Insbesondere der Umsatz an Fördergeldern des Schweizerischen Nationalfonds sowie Privater, von Vereinen, Stiftungen und Legaten nahm merklich zu.

Abgeschlossen 2018

9600 2e Weitere Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in stark nachgefragten Fächern

Die Betreuungsquotienten «Studierende pro Professur» zeigen sich gegenüber dem Vorjahr auf Stufe UZH (39.3 vs. 40.0) insgesamt leicht verbessert.

Abgeschlossen 2018

9600 2f Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien in der Lehre (E-Learning/E-Assessment)

Die medienpädagogische Expertise wird durch eine neugeschaffene Stelle der Hochschuldidaktik unterstützt. Beiträge aus dem Lehrkredit unterstützten den Prozess der Digitalisierung in der Lehre zusätzlich.

Abgeschlossen 2018

9600 2g Entwicklung spezialisierter Masterprogramme; Förderung der Doktoratsstufe; Nachwuchsförderung

Die Universität Zürich konnte im Berichtsjahr 9 von 39 neuen Förderungsprofessuren des Schweizerischen Nationalfonds für sich gewinnen. Zusätzlich erhielten drei junge Forschende ERC Starting Grants im Gesamtumfang von rund 4 Mio. Euro.

Abgeschlossen 2018

Über den universitätsinternen, kompetitiven Forschungskredit erhielten 67 Doktorierende und 52 Postdoktorierende einen Forschungsgrant.

Im Rahmen der von swissuniversities ausgeschrieben Mittel für Doktoratsprogramme wurden im Berichtsjahr an der Universität Zürich 44 inter- und intrauniversitäre Doktoratsprogramme bzw. Kooperationen gefördert. Diese werden vom Graduate Campus der Universität Zürich begleitet.

9600 2h Zusammenarbeit mit der ETH: Doppelprofessuren, Studiengänge, Projekte usw.

Rund 50 Forschungsgruppen der UZH und der ETH Zürich sowie die universitären Spitäler sind im neu gegründeten Cancer Research Center vereint. Das Zentrum umfasst die vier Forschungsschwerpunkte Tumormmunologie, Epigenetik/Genetik/Genomik, Onkogene Signalwege und Bildgebung/Technologieentwicklung.

Abgeschlossen 2018

9600 2i Umsetzung der UZH-Immobilienstrategie

Im Berichtsjahr wurde die Immobilienverordnung UZH (ImV UZH) vom Regierungsrat dem Kantonsrat zur Genehmigung überwiesen. Im November wurde das Siegerprojekt für das Hochschulgebiet Zürich Zentrum gekürt. Das Generalplanerteam Herzog & de Meuron Basel Ltd. / b+p baurealisation ag gewann den Projektwettbewerb «FORUM UZH» und wird für die Universität Zürich auf dem Areal Wässerwies den Neubau des Bildungs- und Forschungszentrums realisieren.

Planmässig 2025

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9600

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	4813.9	4850.0	4890.1	40.1	0.8

Bemerkungen R18 zu B18

40.1 Im Berichtsjahr wurden strategische Initiativen wie die Erhöhung der Studienplätze der Humanmedizin (72+) sowie die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse vorangetrieben.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1378.3	1373.6	1419.6	46.0	3.3
- Beiträge Bund	139.2	139.4	139.2	-0.2	-0.1
- Beiträge anderer Kantone	148.3	149.9	152.1	2.2	1.5
- Kostenbeitrag des Kantons Zürich	600.0	610.0	611.4	1.5	0.2
Aufwand	-1372.4	-1373.6	-1428.8	-55.2	-4.0
- Kreditübertragungen		-15.0		15.0	100.0
- Nachtragskredit					
Saldo	5.9	0.0	-9.2	-9.2	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.3		0.7	0.7	0.0
Ausgaben	-43.3	-44.5	-47.1	-2.6	-5.8
- Kreditübertragungen					
Saldo	-43.0	-44.5	-46.4	-1.9	-4.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-9.2		Abweichungen total R18 zu B18
20.5		- Diverse Mehrerträge, u.a. Personalverrechnungen an universitäre Spitäler sowie medizinische Dienstleistungen
16.9	A2	- Höhere Drittmittel-Projektbeiträge
15.0	A1, A2	- Nachtragskredit für Abgeltung der Universität an das Universitätsspital Zürich gemäss KRB (Vorlage 5451)
5.1	A2	- Höhere Projektbeiträge, u.a. EU-Overhead
3.7	A1, A2, A3	- Tiefere Mietnebenkosten wie Heizung und Strom
3.3	A1, A2, A3	- Höherer Beitrag Kanton Zürich über Bildungsdirektion für Teuerungsausgleich
2.2	A1	- Höhere Einnahmen von anderen Kantonen (Interkantonale Universitätsvereinbarung [IUV])
-0.2	A1, A2	- Tiefere Beiträge HFKG
-1.9		- Tieferer Beitrag Kanton Zürich über Gesundheitsdirektion
-3.8	A1, A2, A3	- Höhere Gebäudenutzungskosten
-8.9	A1, A2, A3	- Mehraufwendungen für Dienstleistungen Dritter
-15.2	A2	- Höherer Aufwand im Rahmen von Drittmittelprojekten
-16.2	A1, A2	- Höhere Beiträge an andere Organisationen, insbesondere Abgeltung an das Universitätsspital Zürich (Finanzierung über Nachtragskredit Kanton Zürich 15 Mio. Franken, oben im Budget 2018 Kostenbeitrag Kanton Zürich eingerechnet)
-29.7	A1, A2, A3	- Höherer Personalaufwand bedingt durch Teuerungsausgleich gemäss RRB Nr. 1008/2017 sowie Umsetzung strategischer Initiativen, u.a. Studienplatzerhöhung Humanmedizin (72+), Stärkung der Führung UZH
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-44.5	-46.4	-1.9	
- Einnahmen	0.0	0.7	0.7	- Nicht budgetierte Investitionsbeiträge durch Verrechnung von gemischtfinanzierten Geräten
- Ausgaben	-44.5	-47.1	-2.6	- Höhere Ausgaben für Lehrmedien und Forschungsgeräte
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Antrag Verlustdeckung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor. Die Jahresrechnung 2018 der UZH schliesst mit einem Verlust von Fr. 9 193 084.82 (Vorjahr: Gewinn von Fr. 5 891 665.18). Der Universitätsrat beantragt, den Verlust von Fr. 9 193 084.82 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) zu entnehmen:

- Einlage Zweckbestimmte Reserve Fr. 192 562.99
- Entnahme Zweckbestimmte Reserve Fr. 91 074.90
- Einlage Reserve Separate Rechnung Fr. 7 080 774.70
- Entnahme Reserve Separate Rechnung Fr. 5 477 113.46
- Entnahme aus der Freien Reserve Fr. 10 898 234.15

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9600

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2018	per 31.12.2017	Differenz R 17/18	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	450.4	422.2	28.1	6.7
Finanzvermögen¹⁾	450.4	422.2	28.1	6.7
Flüssige Mittel	6.2	2.7	3.5	> 100.0
Forderungen	410.2	388.9	21.3	5.5
Kurzfristige Finanzanlagen	0.1	0.1	0.0	5.4
Aktive Rechnungsabgrenzung	32.8	29.5	3.3	11.1
Vorräte und angefangene Arbeiten	1.1	1.0	0.1	5.0
Anlagevermögen	146.4	144.1	2.3	1.6
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	146.4	144.1	2.3	1.6
Sachanlagen	134.7	133.1	1.7	1.2
Immaterielle Anlagen	10.2	9.6	0.6	6.5
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen	0.2		0.2	
Beteiligungen	0.4	0.4	0.0	1.2
Investitionsbeiträge	0.8	1.0	-0.2	-17.2
Total Aktiven	596.8	566.3	30.5	5.4
Fremdkapital	-496.5	-456.8	-39.7	-8.7
Kurzfristiges Fremdkapital	-160.7	-137.9	-22.8	-16.5
Laufende Verbindlichkeiten	-68.0	-51.4	-16.6	-32.4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-60.7	-57.9	-2.8	-4.8
Kurzfristige Rückstellungen	-32.0	-28.6	-3.4	-11.9
Langfristiges Fremdkapital	-335.8	-318.9	-16.9	-5.3
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-5.0	-7.2	2.2	30.7
Langfristige Rückstellungen	-26.8	-29.1	2.3	8.0
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-304.0	-282.6	-21.4	-7.6
Eigenkapital	-100.3	-109.4	9.2	8.4
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV	-109.4	-103.6	-5.9	-5.7
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	9.2	-5.9	15.1	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-596.8	-566.3	-30.5	-5.4
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	450.4	422.2	28.1	6.7

9690 Zentralbibliothek

2018 war das erste Amtsjahr des neuen Direktors Dr. Christian Oesterheld. Im Berichtsjahr wurde das auf fünf Jahre befristete, mit massgeblichen Lotteriefondsgeldern unterstützte Projekt DigiTUR (digitaler Zugang zur Zürcher Kulturgütersammlung der Zentralbibliothek [ZB]) erfolgreich abgeschlossen. Für die Verstetigung der Eigendigitalisierung wurde im Anschluss ein entsprechender Ausschuss des Stiftungsrates (=Bibliothekskommission) eingesetzt. Sodann wurden eine umfassende Neupositionierung des Benutzungsbereichs abgeschlossen, zusammen mit der Universität Zürich ein gemeinsames Einführungsprojekt zur Teilnahme an der Swiss Library Service Platform (SLSP) gestartet und die bestehende Strategie ZB 2020 vertieft und im Sinne einer

fokussierten Entwicklungsrichtung weiterbearbeitet. Weiter zu erwähnen sind die Mitwirkung der Direktion bei der Konsolidierung des universitären Bibliothekssystems («UZH Bibliothek der Zukunft»), die Neufassung der Erwerbungspolitik bei E-Journals und E-Books, die Auseinandersetzung mit dem Nationalen Aktionsplan Open Access und dessen Umsetzung, der Aufbau von Kompetenzen und organisatorischen Strukturen für das Forschungsdatenmanagement, die Etablierung forschungsunterstützender Services, die Einführung eines strukturierten Produktionsmanagements für die Digitalisierung unter Berücksichtigung der langfristigen Datenkuratierung und die Entwicklung eines strategischen Personalmanagement.

Aufgaben

- A1 Die Zentralbibliothek Zürich (ZB) ist die zentrale öffentliche wissenschaftliche Allgemeinbibliothek für Kanton, Stadt und Universität Zürich. Als solche erbringt sie Informationsdienstleistungen für die Bedürfnisse von Lehre und Forschung sowie für die Öffentlichkeit. Sie sorgt für die möglichst vollständige Dokumentation und Archivierung publizierter und unpublishierter zürcherischer Informationsträger und ist Ausbildungsbibliothek für den beruflichen und akademischen Nachwuchs.
- A2 Sie sammelt, erschliesst und vermittelt Material zu Information, Ausbildung, Forschung, Berufstätigkeit und Bildung und bewahrt es für die Zukunft. Sie stimmt sich dabei mit anderen zürcherischen und schweizerischen Bibliotheken ab.
- A3 Sie erweitert die Kenntnis über ihre Sammlungen und fördert die Nutzung ihrer Dienste. Sie pflegt ihre Beziehungen zur Öffentlichkeit und unterstützt - auch in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen - wissenschaftliche und kulturelle Bestrebungen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Ausleihen	A1	927 812	985 000	917 244	-67 756	-6.9
L2	Gesamtwuchs Medien (ab 2016 einschliesslich elektronischer Medien)	A2	86 392	98 000	120 181	22 181	22.6
L3	Führungs- und Schulungsteilnehmende	A3	9 287	9 800	11 909	2 109	21.5
B1	Ausleihen pro Vollzeitstelle	A1, A2, A3	5 192	5 500	5 287	-213	-3.9
W1	ZB-Webseitenzugriffe	A1	1 255 537	1 500 000	1 289 032	-210 968	-14.1

Bemerkungen

- L1 Abbild vermehrter Benutzung elektronischer Medien anstelle physischer Ausleihen
- L2 Kauf von ausgewählten E-Book-Archiven entsprechend der Strategie ZB 2020
- L3 Mehr Besucher an ZB-Veranstaltungen und grösseres Angebot an Schulungen zur Informationskompetenzvermittlung
- W1 Prognosewert zu hoch angesetzt

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
9690 2a Weitere Fokussierung der Erwerbung auf E-Medien im Allgemeinen und auf Geistes- und Sozialwissenschaften im Besonderen		
Kontinuierlicher Prozess	Planmässig	2020
9690 2b Ausbau der Kooperation mit der Universität Zürich: Forschungsdaten, Open Access, Kurierdienste		
Ausbau erfolgt koordiniert mit dem universitätsinternen Projekt «UZH Bibliothek der Zukunft».	Planmässig	2020
9690 2c Erhaltung/Instandstellung/Verbesserung im Bereich Bau & Haustechnik		
Sanierung Wassereindringung vor Abschluss, Sanierung V-Trakt vor Realisierung, Sanierung Altbau in Planung	Planmässig	2023
9690 2d Etablierung Digitalisierung von ZB-Sammlungen als Regelprozess		
Entsprechende Koordinationsstelle wurde eingerichtet.	Planmässig	2019
9690 2e Projekt DigiTUR (Lotteriefondsprojekt): Digitalisierung ausgewählter zürcherischer Eigenbestände, Abschluss des Drittmittel-Projekts		
Siehe «Hauptereignisse»	Abgeschlossen	2018

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9690

9690 2f Inbetriebnahme der Swiss Library Service Platform (SLSP): nationale Kooperation, Optimierung des Datenaustausches zwischen Schweizer Hochschulbibliotheken

Internes Vorbereitungsprojekt «ALPZUG»; gemeinsame Institutional Zone zusammen mit der UZH Planmässig 2021
gestartet

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	178.7	170.5	173.5	3.0	1.8

Bemerkungen R18 zu B18

3.0 Zusätzliche befristete Projektstellen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	46.2	40.6	42.5	1.9	4.6
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	28.7	28.8	28.9	0.1	0.3
Aufwand	-43.9	-40.6	-42.4	-1.7	-4.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	2.3	0.0	0.1	0.1	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	2.9	1.7	1.2	-0.5	-29.6
Ausgaben	-3.0	-1.7	-2.1	-0.4	-22.7
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.1	0.0	-0.9	-0.9	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.1		Abweichungen total R18 zu B18
0.7	A1, A2, A3	- Beitrag des Lotteriefonds für das Projekt DigiTUR (nicht budgetiert)
0.6	A1, A2, A3	- verschiedene Mehrerträge
0.3	A1, A2, A3	- Finanzerträge und Mehrertrag Auflösung passivierter Investitionsbeiträge
0.2	A1, A2, A3	- Zuwendungen Legate
0.1	A1, A2, A3	- Höhere Stifterbeiträge für Teuerungsausgleich 2018
-0.1	A1, A2, A3	- Mehraufwand Anschaffungen Hardware
-0.1	A1, A2, A3	- Mehraufwand Medienerwerb
-0.2	A1, A2, A3	- Einlagen in Legate
-0.3	A1, A2, A3	- Mehraufwand Massnahmen Bestandserhaltung
-0.4	A1, A2, A3	- Bewertungsverluste Finanzanlagen
-0.7	A1, A2, A3	- Mehraufwand Projekt DigiTUR (vgl. oben)
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	0.0	-0.9	-0.9	
- Bauliche Investitionen und Anschaffungen vom Mobilien	0.0	-0.9	-0.9	- Weniger Bauinvestitionen (+0.5 Mio.) und infolgedessen tiefere Investitionsbeiträge seitens Stifter (-0.5 Mio.) sowie höhere Ausgaben für Mobilien- und Informatikanschaffungen (-0.7 Mio.) und für Darlehen (-0.2 Mio.) als geplant
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Die ZHAW verzeichnete im Berichtsjahr weiterhin ein starkes Studierendenwachstum. Auf Bachelorstufe lag das Wachstum mit rund 3% leicht unter dem Vorjahr, auf Masterstufe dagegen unverändert auf einem hohen Niveau von 13%, sodass die Studierendenzahl über beide Stufen um insgesamt 4% zunahm. Das Drittmittelvolumen in der Weiterbildung, Forschung und Dienstleistung konnte um 17% (Vorjahr: 6%) gesteigert werden.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Personalsituation nur unwesentlich entspannt. Das insbesondere gegenüber dem Studierendenwachstum verzögerte Personalwachstum widerspiegelt die Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachkräften und hat zu Verzögerungen bei diversen Projekten und Vorhaben beigetragen.

Im Sommer des Berichtsjahres hat die Hochschulleitung mit «Bildung und digitale Transformation» eine neue Teilstrategie verabschiedet. Die Teilstrategie umfasst einen Masterplan für die nächsten zehn Jahre. Ziel dieser Strategie sind flexiblere und individuellere Studienangebote sowie das gute Vorbereiten der Studierenden auf die digitalisierte Berufswelt.

Im Bereich Infrastruktur konnten für die weitere Entwicklung der ZHAW bei diversen Bauprojekten wichtige Meilensteine erzielt werden. So konnten in Winterthur die Hallen 189/191 bezogen werden, das Bauprojekt RD in Wädenswil dank dem Entscheid des Kantonsrates gestartet und der Wettbewerb für die Etappe 1 des Campus T in Winterthur abgeschlossen werden. Die Bauarbeiten für das Haus Adeline Favre in Winterthur schreiten planmässig voran.

Aufgaben

- A1 Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) bietet praxisorientierte Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Wirtschaft, Technik, Architektur/Bau-/Planungswesen, Life Sciences, Gesundheit, Angewandte Linguistik, Soziale Arbeit und Angewandte Psychologie auf Hochschuleiniveau an, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen.
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität der Lehre sowie Weiterbildung auf Hochschuleiniveau

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Studierende gesamt	A1	12 105	12 490	12 637	147	1.2
L2	Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	10 652	10 872	10 993	121	1.1
L3	Studierende in Masterstudiengängen	A1	1 453	1 618	1 644	26	1.6
L4	Anteil erweiterter Leistungsauftrag gesamt (Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung, Dienstleistungen) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	42.5	42.5	43.0	0.5	
L5	Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	10.9	10.4	10.3	-0.1	
L6	Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	26.8	27.4	28.2	0.8	
L7	Anteil Dienstleistungen an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	4.8	4.7	4.5	-0.2	
B1	Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	13 652	14 048	12 957	-1 091	-7.8
B2	Anteil Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der ZHAW, in %	A1, A2	35.6	36.7	34.2	-2.5	
B3	Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur), in %	A1, A2	33.2	33	33.5	0.5	
B4	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten, in %	A1, A2	81.4	79.7	83.9	4.2	
W1	Bachelordiplomabschlüsse	A1	2 498	2 550	2 403	-147	-5.8
W2	Masterdiplomabschlüsse	A1	503	600	556	-44	-7.3
W3	Projekte Forschung und Entwicklung	A2	2 089	2 070	2 240	170	8.2

Bemerkungen

- L1, L2, Im Vergleich zum Budget beträgt das Studierendenwachstum 1.2% (Bachelor 1.1%, Master 1.6%). Gegenüber dem Vorjahr liegt das Studierendenwachstum auf einem weiterhin hohen Niveau von insgesamt 4.4% (Vorjahr: 5.0%), davon Bachelor 3.2% (Vorjahr: 3.4%) und Master 13.1% (Vorjahr: 18.4%). Auf Masterstufe sind die grössten Wachstumsraten in der School of Management and Law (15.6%), Gesundheit (13.6%) und bei der Sozialen Arbeit (13.6%) zu verzeichnen.
- L5 Der Volumenanteil der Weiterbildungskosten hat sich gegenüber Vorjahr um 0.6 Prozentpunkte auf 10.3% reduziert (absolut -1.6 Mio. Franken) und liegt damit leicht unter dem Planwert von 10.4%. In der Weiterbildung konnte dank mehr Drittmitteln (2.3 Mio. Franken) im Vergleich zur Kostenentwicklung eine Ergebnisverbesserung (Erhöhung Kostendeckungsgrad um 8.3 Prozentpunkte) erzielt werden.
- L6 Der Volumenanteil der Forschungskosten liegt um 1.4 Prozentpunkte über Vorjahr, wobei eine Erhöhung des Kostendeckungsgrads um 4.2 Prozentpunkte erzielt werden konnte. Dies ist die Folge von höheren Drittmitteln (+12.7 Mio. Franken, +29.9%) sowie einer demgegenüber unterproportionalen Kostensteigerung von 8.8 Mio. Franken bzw. 7.8% gegenüber Vorjahr.
- L7 Der Volumenanteil der Dienstleistungskosten liegt leicht unter Vorjahr und Planwert. Wie in den Bereichen Weiterbildung und Forschung konnten gegenüber Vorjahr mehr Drittmittel (0.7 Mio. Franken) und eine Ergebnisverbesserung (Erhöhung Kostendeckungsgrad um 6.8 Prozentpunkte) erzielt werden.
- B1 Der Kostenbeitrag der Bildungsdirektion pro Studierende/n hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5.1% bzw. 695 Franken je Studierende/n weiter reduziert. Dies ist Folge von Ergebnisverbesserungen in allen Leistungsbereichen sowie von Veränderungen im Studierendenmix (v.a. Wachstum in den weniger kostenintensiven Studienrichtungen wie z.B. Wirtschaft) und bei der Studierendenherkunft (Zürcher bzw. Nicht-Zürcher Studierende). Der Kostenbeitrag der Bildungsdirektion pro Studierende/n wird sich aufgrund diverser Infrastrukturprojekte ab 2020 wieder erhöhen (Entwicklung der sprungfixen Kosten).
- B2 Der prozentuale Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der ZHAW konnte gegenüber Vorjahr um 1.4 Prozentpunkte reduziert werden (Reduktion gegenüber Budget um 2.5 Prozentpunkte). Dies widerspiegelt das gegenüber dem Studierendenwachstum deutlich unterproportionale Personalwachstum sowie Ergebnisverbesserungen in allen Leistungsbereichen.
- B3 Der Beitrag des Bundes an die Kosten der Grundständigen Lehre liegt mit 33.5% leicht über Vorjahr und Budget.
- B4 Die Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen hat sich angesichts der Ergebnisverbesserungen in allen Leistungsbereichen weiter erhöht.
- W1, Die Anzahl Diplomabschlüsse liegt mit 6.1% unter Budget (Bachelor -5.8%, Master -7.3%) bzw. um 1.4% unter Vorjahr (Bachelor -3.8%, Master +10.5%). Die grössten Zuwachsraten beim Master waren in den Departementen Gesundheit, School of Engineering sowie School of Management and Law zu verzeichnen. Die negativen Abweichungen gegenüber Budget (beim Bachelor auch gegenüber Vorjahr) bei den Diplomabschlüssen begründen sich trotz Studierendenwachstum gemäss den Indikatoren L1–L3 beim Bachelor vor allem durch einen Trend zum Teilzeitstudium (Verlagerung vom Vollzeit- zum Teilzeitstudium mit entsprechend längerer Studiendauer). Beim Master ist ebenfalls die Flexibilisierung der Studiengänge spürbar (zeitliche Verschiebung der Abschlüsse).
- W2
- W3 Die Zunahme der Anzahl Forschungsprojekte gegenüber Vorjahr um rund 7% liegt leicht unter dem Wachstum der Forschungskosten von rund 8%.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9710 2a Stärkung des Angebots im MINT- und Gesundheitsbereich

Das Studierendenwachstum im Jahresvergleich im MINT-Bereich beträgt +3.4% (Vorjahr: +2.2%) und im Gesundheitsbereich +7.1% (Vorjahr: +6.3%).

Abgeschlossen 2018

9710 2b Konsolidierung des Forschungs- und Entwicklungs-Portfolios und des Weiterbildungsangebots

Die inhaltliche und finanzielle Überprüfung der Forschungs- und Weiterbildungsportfolios wurde planmässig im Berichtsjahr abgeschlossen.

Abgeschlossen 2018

9710 2c Beteiligung an der Initiative des Bundes gegen den Fachkräftemangel

Durchführung der «Science Week» des Departements Life Sciences und Facility Management und des Ferienprogramms «Faszination Technik» der School of Engineering. Einstiegsangebote für PiBS (praxisintegriertes Bachelorstudium) in den Departementen School of Engineering (in allen acht Bachelorstudiengängen) und Life Sciences und Facility Management (Bachelorstudiengänge Biotechnologie und Chemie) vorhanden.

Planmässig 2019

9710 2d Bezug der Hallen 141/180/189/191 durch das Departement Architektur, Gestaltung und Bauingenieurwesen auf dem Sulzerareal Winterthur

Bei diesem Projekt handelt es sich um den Umbau in den Hallen 180, 189 und 191 sowie dem Neubau der Halle 141 (Haus Richard Coray). Die Projektarbeiten verlaufen grossmehrheitlich gemäss Planung. Der Bezug des letzten Gebäudes verschiebt sich um ein halbes Jahr auf Ende 2019 / Anfangs 2020.

Verzögert 2019

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9710

9710 2e Aufbau des strategischen Schwerpunktes «gesellschaftliche Integration»

Ziel beim Ausbau dieses strategischen Schwerpunktes ist die Vertiefung der Expertise und Positionierung der ZHAW in den Themenfeldern Arbeit, Diversität, Lebensraum und soziale Sicherung. Nach der erfolgreichen Durchführung des 1. Calls wurde im Dezember 2018 mit dem 2. Call zur Förderung im Rahmen dieses ZHAW-Forschungsschwerpunktes gestartet.

Planmässig 2020

9710 2f Bezug Haus Adeline-Favre auf dem Sulzerareal durch das Departement Gesundheit

Die Projektarbeiten verlaufen insgesamt gemäss Planung und sind auf Kurs für den Bezug der Gebäude durch die ZHAW 2020.

Planmässig 2020

9710 2g Umsetzung der Qualitätsstrategie und Vorbereitung der Institutionellen Akkreditierung

Die Arbeiten verlaufen gemäss Planung. Im Mai 2020 findet die Vorortvisite zur Akkreditierung der ZHAW statt.

Planmässig 2022

9710 2h Entwicklung Campus Technikumstrasse Winterthur (1. Phase)

Im November des Berichtsjahres konnte mit der Bekanntgabe des Projektgewinners der Wettbewerb für die erste von vier Etappen abgeschlossen werden. Im Berichtsjahr wurden zudem Abklärungen für die zweite Etappe, Arbeiten zur Energieversorgung und zu Rochaden des Departements während der Umbauzeit lanciert. Diese Arbeiten erfolgen in enger Abstimmung mit der Bildungsdirektion und dem kantonalen Hochbauamt.

Planmässig 2023

9710 2i Stärkung der Positionierung der ZHAW im Bereich Energie

Die Hochschulleitung hat den Forschungsschwerpunkt Energie einer Evaluation unterzogen. Das Fazit ist positiv und aus einigen Ideen sind bereits Folgeprojekte entstanden. Zudem wurde zu diesem Schwerpunkt das Konzept «gemeinsame Vermarktung» erarbeitet und durch die Hochschulleitung verabschiedet.

Planmässig 2025

9710 2j Entwicklung Standort Wädenswil (Haus RD, Campus Reidbach & Campus Grüntal)

Die Standort-/Gebietsplanung ist in Zusammenarbeit mit den kantonalen Stellen in Arbeit. Aus heutiger Sicht kann das Gebäude RD fristgerecht realisiert werden. Bezüglich der weiteren Entwicklungsschritte sind zeitliche Verzögerungen nicht auszuschliessen.

Verzögert 2025

9710 2k Umsetzung Strategie 2015-2025

Verankerung der strategischen Schwerpunkte in den Jahreszielen gemäss Planung.

Planmässig 2025

9710 2l Digitalisierung der Lehre

Die Hochschulleitung hat im August des Berichtsjahres eine neue Teilstrategie «Bildung und digitale Transformation» verabschiedet und im Dezember für die Umsetzung eine Co-Leitung eingesetzt.

Planmässig 2025

9710 2m Entwicklung Campus Technikumstrasse Winterthur (2. Phase)

Vorarbeiten (siehe oben) sind planmässig angelaufen.

Planmässig 2027

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	2223.9	2359.0	2285.7	-73.3	-3.1

Bemerkungen R18 zu B18

-73.3 Trotz eines weiteren Studierendenwachstums von 4.4% hat sich der gewichtete Personalbestand gegenüber Vorjahr lediglich um 61.8 (+2.8%) Vollzeiteinheiten erhöht und liegt damit um 73.3 Vollzeiteinheiten unter Budget. Im Zweijahresvergleich beträgt das gewichtete Personalwachstum lediglich 77.4 Vollzeiteinheiten (+3.5%) und zeigt damit die Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachkräften. Im gleichen Zeitraum beträgt das Studierendenwachstum zum Vergleich 9.6%.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	464.3	477.6	479.0	1.4	0.3
- Beiträge Bund	89.3	84.1	89.7	5.6	6.6
- Beiträge anderer Kantone	87.1	88.7	87.7	-1.0	-1.1
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	165.3	175.5	163.7	-11.7	-6.7
Aufwand	-456.9	-489.3	-467.1	22.2	4.5
- Kreditübertragungen		-11.7			
Saldo	7.4	-11.7	11.9	23.6	202.0

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9710

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.1		0.5	0.5	0.0
Ausgaben	-15.6	-25.1	-11.5	13.6	54.2
- Kreditübertragungen		-5.1		5.1	100.0
Saldo	-15.5	-25.1	-11.0	14.1	56.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
23.6		Abweichungen total R18 zu B18
16.1	A1, A2	- Tieferer Personalaufwand von total 16.1 Mio. Franken als Ergebnis einer Budgetabweichung von 4.4 Mio. Franken (1.2%) bei den Personalkosten sowie der Kreditübertragung aus dem Vorjahr von 11.7 Mio. Franken. Gegenüber Vorjahr haben die Personalkosten um 8.5 Mio. Franken (+2.5%) zugenommen. Es fallen im Vorjahresvergleich höhere Kosten für Verwaltungs- und Lehrpersonal, eine Zunahme bei den Arbeitgeberbeiträgen für die Pensionskasse sowie höhere Mehrzeiteinsparungen an. Im Zweijahresvergleich haben die gesamten Personalkosten um lediglich 5.7% zugenommen. Dies bei einem gleichzeitigen Wachstum bei der Anzahl Studierender um 9.6%. In der Weiterbildung, Forschung und Dienstleistung haben die Gesamtkosten gemäss Kostenrechnung gegenüber Vorjahr um insgesamt 6.2 Mio. Franken (+3.5%) zugenommen. Dies bei einer gleichzeitigen Steigerung der Drittmittel um 15.6 Mio. Franken (+16.6%).
12.6	A1, A2	- Entgelte, verschiedene Erträge und Finanzertrag im Gesamtvolumen von rund 106.0 Mio. Franken sind um 12.6 Mio. Franken über Planung. Gegenüber Vorjahr haben die Entgelte um 18.3 Mio. Franken (20.8%) zugenommen. Davon fallen 2.9 Mio. Franken auf höhere Schul- und Kursgelder, -1.1 Mio. Franken auf tiefere Erträge bei der Forschung sowie Dienstleistungen und 16.5 Mio. Franken auf tiefere Bestandesänderungen gegenüber Vorjahr bei den Projektbegrenzungen und Diverses.
6.1	A1, A2	- Der tiefere Sachaufwand Planung gründet mehrheitlich auf Projektverzögerungen, die aus vielfältigen Gründen entstanden sind (Ressourcenengpässe, externe Abhängigkeiten, inhaltliche Unwägbarkeiten usw.). Betroffen sind vor allem Infrastruktur- und Systemprojekte. Im Vorjahresvergleich erhöht sich der Sachaufwand um rund 1.7 Mio. Franken, hauptsächlich bedingt durch höhere Anschaffungen im ICT-Bereich sowie höheren externen Dienstleistungsaufwand.
1.9	A1, A2	- Die internen Verrechnungen innerhalb des Kantons Zürich betragen insgesamt 3.4 Mio. Franken und sind damit 1.9 Mio. Franken über der Planung. Gegenüber der Planung wurden mehr Leistungen in den Aus-/Weiterbildungen sowie übrige Dienstleistungen für Arbeitsstellen aus dem Kanton erbracht.
-2.4	A1, A2	- Die Gesamtbundesbeiträge sowie die Beiträge von Vereinbarungskantonen (Interkantonale Fachhochschulvereinbarung FHV) haben gegenüber Budget um insgesamt 2.4 Mio. Franken abgenommen. Gegenüber Planung beträgt die Reduktion der Gesamtbundesbeiträge 1.4 Mio. Franken (-1.2%), wobei die Grundbeiträge Bund (Ertrag oben in der Tabelle aufgeführt) jedoch um 5.6 Mio. Franken über Budget lagen. Die tieferen übrigen Bundesbeiträge begründen sich hauptsächlich durch nachträgliche Anpassung der hierfür den Fachhochschulen gesamthaft zur Verfügung gestellten Budgetmittel. Die Beiträge der Kantone haben mit 1.0 Mio. Franken (-1.1%) wegen tieferer Studierendenzahlen in den Vereinbarungskantonen (-1.8%) gegenüber der Planung abgenommen. Gegenüber Vorjahr haben die Grundbeiträge des Bundes nach HFKG für die ZHAW aufgrund des relativen Wachstums der ZHAW gegenüber den anderen Fachhochschulen um 0.4 Mio. Franken (Anteil ZHAW +0.3 Prozentpunkte) zugenommen. Insgesamt haben die Bundesbeiträge gegenüber Vorjahr um 3.6 Mio. Franken abgenommen. Dies begründet sich hauptsächlich in den tieferen projektgebundenen Beiträgen sowie den Beiträgen von Forschungsfinanzierern in der angewandten Forschung und Entwicklung. Das Wachstum der Beiträge von Vereinbarungskantonen gegenüber Vorjahr ist durch die Zunahme von ausserkantonalen Studierenden begründet.
-10.8	A1, A2	- Gegenüber Budget fällt der Kostenbeitrag der Bildungsdirektion um 11.7 Mio. Franken tiefer aus. Die restliche Abweichung bei den Transfererträgen von 0.9 Mio. Franken betrifft Diverses.
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-25.1	-11.0	14.1	
- Ausgaben Bau- und Infrastrukturprojekte	-25.1	-11.5	13.6	- Tiefere Investitionsausgaben (13.6 Mio. Franken gegenüber Budget einschliesslich Kreditübertragung von 5.1 Mio. Franken) begründet durch Ressourcenengpässe und Projektverzögerungen, v.a. Bau- und Infrastrukturprojekte im Bereich Informatik und Facility Management. Gegenüber Vorjahr beträgt die Abweichung im Saldo 4.5 Mio. Franken.
- Übrige	0.0	0.5	0.5	

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlusts vor. Die Jahresrechnung 2018 der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften schliesst mit einem Ergebnis von Fr. 11 898 776.33 (Vorjahr: Fr. 7 387 313.98) ab. Dies entspricht 2.5% des umgesetzten Kostenvolumens von rund 467 Mio. Franken. Hauptgründe für dieses positive Ergebnis sind ein unverändert hohes Studierendenwachstum von 4.4% (Budgetabweichung +1.2%) sowie Drittmittelwachstum in Weiterbildung, angewandter Forschung und Dienstleistungen bei einem unverändert unterproportionalen und zeitlich verzögerten Kostenaufkommen beim Personal und der Infrastruktur. Der Personalaufbau in Vollzeiteinheiten liegt mit +2.8% gegenüber Vorjahr aufgrund von Rekrutierungsschwierigkeiten mit -3.1% deutlich unter Budget. Im Infrastrukturbereich werden diverse Neumieten erst ab 2020 einer Erhöhung der Fixkosten führen.

Der Rektor der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften beantragt den Gewinn von Fr. 11 898 776.33 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) zuzuführen:

- Einlage in die strategische Reserve: Fr. 11 898 776.33

Diese Mittel werden einerseits zur Mitfinanzierung der Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen für 2020–2029 benötigt. Andererseits sollen damit in Teilen Infrastrukturkosten gedeckt werden, die absehbar, aber noch nicht im KEF 2019–2022 enthalten sind. Es handelt sich namentlich um Zusatzkosten für Rochadeflächen während der Bauphasen des Campus T sowie die Neubauten Haus Adeline Favre und die Halle 141 (rund 9 Mio. Franken für 2020–2022).

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9710

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2018	per 31.12.2017	Differenz R 17/18	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	148.2	130.0	18.2	14.0
Finanzvermögen¹⁾	148.2	130.0	18.2	14.0
Flüssige Mittel	0.5	0.4	0.0	5.4
Forderungen	140.6	122.7	17.9	14.6
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	6.8	6.5	0.3	4.5
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.3	0.4	-0.0	-6.7
Anlagevermögen	42.7	43.8	-1.1	-2.5
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	42.7	43.8	-1.1	-2.5
Sachanlagen	41.2	42.9	-1.7	-4.0
Immaterielle Anlagen	1.2	0.8	0.4	45.6
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen	0.2		0.2	
Beteiligungen	0.1	0.1	0.0	0.0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	190.9	173.8	17.1	9.8
Fremdkapital	-143.8	-138.6	-5.2	-3.7
Kurzfristiges Fremdkapital	-143.1	-137.8	-5.3	-3.9
Laufende Verbindlichkeiten	-28.0	-22.8	-5.2	-22.8
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-95.3	-95.4	0.1	0.1
Kurzfristige Rückstellungen	-19.8	-19.6	-0.2	-1.2
Langfristiges Fremdkapital	-0.7	-0.8	0.1	15.4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-0.3	-0.4	0.0	11.4
Langfristige Rückstellungen	-0.3	-0.4	0.1	19.1
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-47.1	-35.2	-11.9	-33.8
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV	-35.2	-27.8	-7.4	-26.6
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Jahresergebnis	-11.9	-7.4	-4.5	-61.1
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-190.9	-173.8	-17.1	-9.8
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	148.2	130.0	18.2	14.0

9720 Zürcher Hochschule der Künste

Im Herbstsemester startete mit dem Master Dance die schweizweit erste praxisorientierte Tanzausbildung auf Masterstufe. Die Vorbildungsangebote erhielten neu eine Rechtsgrundlage im kantonalen Fachhochschulgesetz. Mit der Gründung des Institute for Music Research wurde der Forschungsschwerpunkt Musikalische Interpretation erfolgreich weiterentwickelt. Erste hochschulweite Pilotprojekte beförderten die künstlerische Auseinandersetzung mit neuen Technologien; die Herangehensweise soll für die interdisziplinäre Zusammenarbeit in Lehre und Forschung beispielhaft werden. Mit internationalen Partnern erarbeitete die ZHdK ein erstes Konzept für gemeinsame Ausbildungsprogramme, den Shared Campus.

Im Januar besuchte Hongkongs Regierungschefin, Chief Executive Carrie Lam, die Hochschule. Mit Fotograf Oliviero Toscani und Game-Designerin Philomena Schwab zeichnete die ZHdK am Hochschultag zwei Alumni mit den Ehrentiteln «Honorary Companion» bzw. «Companion» aus. Zum Abschluss der Strategieperiode 2014–2018 wurden die von der Hochschulleitung formulierten strategischen Ziele und Massnahmen der ZHdK evaluiert. Ausserdem entwickelte die Hochschulleitung unter breiter Abstützung durch ZHdK-Angehörige die Strategie 2019–2023. Die neue Strategie sieht die Einführung eines Major-Minor-Modells vor, das das Gesamtangebot der ZHdK einfacher zugänglich machen und Studierende noch besser auf die zunehmend vielfältigen Laufbahnen und Berufsfelder vorbereiten soll. Organisatorische und inhaltliche Voraussetzungen dafür werden seit 2018 geprüft.

Aufgaben

- A1 Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Design sowie Musik, Theater und andere Künste auf Hochschulniveau, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität sowie Weiterbildung
- A3 Angebote im Nicht-Fachhochschulbereich (Museum, Propädeutikum und Tanzakademie)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Studierende gesamt	A1	2067	2076	2 107	31	1.5
L2	Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	1 193	1 170	1 226	56	4.8
L3	Studierende in Masterstudiengängen	A1	874	906	881	-25	-2.8
L4	Anteil erweiterter Leistungsauftrag gesamt (Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung, Dienstleistungen) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	19.9	15.7	19.9	4.2	
L5	Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	4.2	3.1	4.4	1.3	
L6	Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	15.3	12.5	15.3	2.8	
L7	Anteil Dienstleistungen an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	0.4	0.1	0.2	0.1	
B1	Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	42 562	42 436	41 996	-440	-1.0
B2	Anteil Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der ZHdK, in %	A1, A2	62.9	64.1	63.2	-0.9	
B3	Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplomausbildung (ohne Infrastruktur), in %	A1, A2	23.4	22	22.6	0.6	
B4	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten, in %	A1, A2	57.3	56.8	57.3	0.5	
W1	Bachelordiplomabschlüsse	A1	311	342	327	-15	-4.4
W2	Masterdiplomabschlüsse	A1	338	330	299	-31	-9.4
W3	Projekte Forschung und Entwicklung	A2	54	55	60	5	9.1

Bemerkungen

L1, L2, Die Zahl der Studierenden liegt bei den Bachelorstudiengängen über der Planung. Dies ist hauptsächlich auf eine längere Studiendauer bis zum Abschluss zurückzuführen. Es haben sich weniger Studierende als erwartet für ein Masterstudium entschieden.

W1,
W2

L4, L5, Die Projektbeiträge bei der Forschung und Entwicklung konnten gegenüber dem Budget gesteigert werden. Zusätzlich L6, L7, konnten auch mehr Weiterbildungsangebote als geplant angeboten und durchgeführt werden.

B2

B1 Die höheren Studierendenzahlen führen zu einem tieferen Kostenbeitrag der Bildungsdirektion pro Studierende/n als budgetiert.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9720 2a Inbetriebnahme Museum für Gestaltung Ausstellungsstrasse

Das Museum wurde planmässig am 1. März des Berichtsjahres am renovierten Standort an der Ausstellungsstrasse eröffnet. Abgeschlossen 2018

9720 2c Evaluation und Neuausrichtung Bildung und Vermittlung

Der Prozess wird in das strategische Entwicklungsprojekt «Major – Minor» integriert und an den Projektfahrplan angepasst. Verzögert 2019

9720 2g Entwicklung von weiteren Weiterbildungsangeboten, auch für den internationalen Markt

Erste Angebote wurden erfolgreich durchgeführt. Ein MAS-Studiengang wurde in Hongkong akkreditiert. Weitere Angebote sind in Planung. Abgeschlossen 2018

9720 2h Bündelung der internationalen Kooperationen und Partnerschaften und Erhöhung der «Global Competence» für Studierende, Dozierende und Mitarbeitende

Die Aktivitäten in Hongkong wurden seit Herbst 2016 in eine kontinuierliche Programmlogik überführt und werden im Rahmen von «Shared Campus» und gegebenenfalls «Major – Minor» weiterentwickelt. Planmässig 2018

9720 2i Institutionelle Akkreditierung abgeschlossen

Die Peer Reviews für die Hochschulleitung und für die Departemente zur Vorbereitung der institutionellen Akkreditierung sind planmässig unterwegs. Planmässig 2021

9720 2j Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie für die Leistungsbereiche Lehre und Forschung sowie die Verwaltung

Die Digitalisierungsstrategie als Teil der Gesamtstrategie der ZHdK wurde zuhause des Fachhochschulrates erarbeitet. Die Formulierung der Massnahmen ist für 2019 geplant. Planmässig 2019

9720 2k Integration projektgebundene Beiträge des Bundes für PhD-Programme

Alle vom Bund genehmigten PhD-Programme wurden gestartet. Die Programme unterstützen kooperative Promotionsforschungsprojekte zwischen einerseits Schweizer Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen und andererseits ausländischen Hochschulen. Die unterstützten Kooperationsprojekte richten sich an Bereiche und Disziplinen, die nicht an Schweizer Universitäten vertreten sind. Die Promotionen werden von den ausländischen Partnerhochschulen vergeben. Planmässig 2020

9720 2l Systematisierung von Vorstudium-Angeboten zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit des Standorts Zürich

Die Rechtsgrundlage für die Vorbildung ist geschaffen. Die Angebote werden entsprechend gestaltet. Planmässig 2020

9720 2m Ausbau der Forschungsinitiative Creative Economies

Erster Ausbau mit Drittmitteln ist für 2019 geplant. Planmässig 2020

9720 2n Konzipierung und Aufbau Forschungsinitiative Game Creation Center im Hinblick auf Kooperationen mit der ETH Zürich

Die Ressourcen (Finanzen, Infrastruktur, Raum) für den Aufbau eines ZHdK Game Creation Centers konnten bisher nicht realisiert werden. Verzögert 2021

9720 2o Konzipierung und Aufbau Forschungsinitiative Immersive Cinema (Digitalisierung im Kino)

Das Konzept steht. Erste Pilotprojekte (neu unter der Bezeichnung «Immersive Arts Space») wurden erfolgreich durchgeführt. Planmässig 2021

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9720

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	683.4	679.0	694.9	15.9	2.3

Bemerkungen R18 zu B18

- 15.9 Der höhere Beschäftigungsumfang ist vor allem auf die stärker als budgetierte Zunahme von Drittmittelprojekten im Bereich Forschung und Entwicklung sowie des Leistungsbereichs Weiterbildung zurückzuführen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	168.7	166.9	169.7	2.8	1.7
- Beiträge Bund	23.3	22.6	23.0	0.5	2.1
- Beiträge anderer Kantone	18.5	20.1	18.2	-1.9	-9.4
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	106.2	107.0	107.3	0.4	0.3
Aufwand	-169.3	-166.9	-169.8	-2.9	-1.7
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.5	0.0	-0.1	-0.1	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	1.2		0.1	0.1	0.0
Ausgaben	-2.9	-2.4	-2.4	0.0	0.2
- Kreditübertragungen					
Saldo	-1.7	-2.4	-2.3	0.1	3.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.1		Abweichungen total R18 zu B18
1.4	A1, A2	- Mehreinnahmen Schul- und Kursgelder durch höhere Anzahl Studierende Grundständige Lehre und Weiterbildung
1.1	A2, A3	- Höhere Erträge aus internen Verrechnungen für von der ZHdK erbrachte Leistungen an konsolidierte Einheiten, insbesondere durch die Bewirtschaftung des Standortes Ausstellungsstrasse 60
1.0	A1, A2, A3	- Tiefere Mietnebenkosten durch Betriebsoptimierungen und Direktverrechnung (siehe auch höhere Unterhaltskosten) sowie Verschiebung zu «Leistungen von konsolidierten Einheiten» (Miete Internat)
0.9	A3	- Mehrerträge im Museumsbereich durch Eröffnung Museum für Gestaltung an der Ausstellungsstrasse
0.6		- Höhere Mieteinnahmen aus Weitervermietung von Räumen
0.6		- Tiefere Abschreibungskosten infolge späteren Nutzungsbeginns
0.5	A1, A2	- Höhere Grundbeiträge Lehre und Forschung des Bundes (HFKG)
0.4		- Tiefere übrige Sachkosten
0.4	A1, A2, A3	- Höherer Beitrag Kanton Zürich (0.5 Mio.) für Teuerungsausgleich gemäss RRB Nr. 1008/2017, tieferer Kantonsbeitrag für Bereich Berufsbildung Tanz
0.3	A1	- Nicht budgetierte «Durchlaufende Beiträge» des Bundes für Mobilitätsprogramme (Ertrag und Aufwand identisch)
-0.2		- Höhere Beiträge an private Organisationen
-0.3	A1	- Nicht budgetierte «Durchlaufende Beiträge» des Bundes für Mobilitätsprogramme (Ertrag und Aufwand identisch)
-0.5	A1, A2	- Tiefere Baunutzungsbeiträge (HFKG) des Bundes
-0.6		- Höhere Sachkosten im Bereich Unterhalt und Wartung. Ein Teil der Mietnebenkosten wurden direkt als Unterhaltskosten verrechnet (siehe auch Minderkosten Mieten).
-1.1		- Höhere Aufwendungen für Leistungen von konsolidierten Einheiten (Miete Internat, Beratungsleistungen und Deutschkurse ZHAW, Projekt Lehrmittelverlag)
-1.9	A1	- Tiefere Beiträge von anderen Kantonen im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) aufgrund weniger Studierender von ausserhalb des Kantons Zürich
-2.7	A1, A2, A3	- Höherer Personalaufwand aufgrund höheren Beschäftigungsumfangs und Teuerungsausgleich
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B18	R18	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-2.4	-2.3	0.1	
- Übrige	-2.4	-2.3	0.1	

Antrag Verlustdeckung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor. Die Jahresrechnung 2018 der Zürcher Hochschule der Künste schliesst mit einem Verlust von Fr. 92 192.49 (Vorjahr Verlust Fr. 535 805.25). Das Jahresergebnis wirkt sich wie folgt auf die Reserven der ZHdK aus: Entnahme von Fr. 889 057.00 für vom Rektor bewilligte Projekte zulasten der allgemeinen Reserve (Projekt Arts for Change, Projekt reVISITING BLACK MOUNTAIN, Nacharbeiten Umzug Museum Bellerive, Studie-

renden-Initiative «Selbstorganisiertes Lernen», Pilotprojekt Innovation Lab), Einlage von Fr. 796 864.51 für noch nicht angefallene Aufwendungen aufgrund von vakanten Stellen und Projektverzögerungen (u.a. Praxisfeld Sprache Bachelor Kunst und Medien, Dossier und Projekte Internationales). Der Rektor beantragt, den Verlust von Fr. 92 192.49 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) zu belasten:

- Entnahme allgemeine Reserven Fr. 889 057.00
- Einlage allgemeine Reserven Fr. 796 864.51

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9720

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2018	per 31.12.2017	Differenz R 17/18 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	9.3	10.5	-1.2	-11.6
Finanzvermögen¹⁾	9.3	10.5	-1.2	-11.6
Flüssige Mittel	0.3	0.2	0.1	25.3
Forderungen	6.0	5.8	0.1	2.4
Kurzfristige Finanzanlagen	0.0	0.0	0.0	0.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	3.0	4.4	-1.4	-32.0
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	34.0	41.2	-7.2	-17.5
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	34.0	41.2	-7.2	-17.5
Sachanlagen	33.2	40.6	-7.4	-18.3
Immaterielle Anlagen	0.5	0.5	-0.0	-0.4
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen	0.2	-	0.2	100.0
Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	43.3	51.7	-8.4	-16.3
Fremdkapital	-25.1	-33.4	8.3	25.0
Kurzfristiges Fremdkapital	-18.1	-24.6	6.5	26.3
Laufende Verbindlichkeiten	-7.6	-14.6	7.1	48.3
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-6.5	-5.2	-1.3	-24.3
Kurzfristige Rückstellungen	-4.1	-4.8	0.7	14.4
Langfristiges Fremdkapital	-6.9	-8.8	1.9	21.2
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-6.8	-8.7	1.8	21.0
Langfristige Rückstellungen	-0.1	-0.1	0.0	33.0
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-18.2	-18.3	0.1	0.5
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV	-18.3	-18.8	0.5	2.8
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	0.1	0.5	-0.4	-82.8
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-43.3	-51.7	8.4	16.3
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	9.3	10.5	-1.2	-11.6

9740 Pädagogische Hochschule Zürich

Die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) trieb im Berichtsjahr die Umsetzung ihrer Strategie 2018–2021 voran. Sie erarbeitete Teilstrategien, entwickelte Massnahmen und intensivierte ihr Qualitätsmanagement. Ebenfalls schärfte die PHZH ihr fachliches Profil. Dazu konstituierte sie insgesamt neun interdisziplinäre Fachgruppen in den Bereichen Fachdidaktik, Profession und System sowie Bildungswissenschaften. Ausserdem nahm die neu zusammengesetzte Hochschulleitung ihre Arbeit auf. Dies, nachdem zwei Mitglieder der Hochschulleitung in den Ruhestand getreten waren und die beiden Prorektorate Weiterbildung und Dienstleistungen sowie Forschung und Entwicklung ihren Betrieb aufgenommen hatten.

Die Ausbildung war geprägt vom Start neuer Studiengänge und der Weiterentwicklung der Studienmodelle. Erneut stieg die Zahl der Studierenden gegenüber dem Vorjahr leicht an.

Die Weiterbildungen der PHZH für die Volksschule konzentrierten sich auf die Einführung des Lehrplans 21. Die Weiterbildungen für Berufsfachschulen und Hochschulen befassten sich schwerpunktmässig mit digitalen Lehrformaten. Die internationalen Bildungsentwicklungsprojekte der PHZH konnten weitere Mandate gewinnen, und auch die Lehrmittelentwicklung der Hochschule blickt mit fünf prämierten Lehrmitteln auf ein erfolgreiches Jahr zurück.

Ebenfalls positiv verlief das Berichtsjahr in der Forschung und Entwicklung. Namhafte öffentliche und private Institutionen förderten die Forschungsprojekte der PHZH – u.a. der Schweizerische Nationalfonds und die Stiftung Mercator Schweiz. Insgesamt durfte die PHZH für ihre Forschungsaktivitäten rund 2,3 Mio. Franken entgegennehmen. Gleichzeitig schloss die Hochschule 24 Forschungsprojekte erfolgreich ab.

Aufgaben

- A1 Praxisorientierte Diplomstudiengänge für die Lehrpersonenausbildung auf Hochschulniveau, die dem kantonalen Recht unterstehen
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität sowie Weiterbildung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Studierende gesamt	A1	3 158	3 355	3 205	-150	-4.5
L2	Studierende in der Eingangsstufe (Bachelorstudiengänge)	A1	491	468	491	23	4.9
L10	Studierende in der Primarstufe (Bachelorstudiengänge)	A1	1 314	1 287	1 360	73	5.7
L3	Studierende in der Sekundarstufe I (Masterstudiengang)	A1	790	800	883	83	10.4
L4	Studierende in der Sekundarstufe II (Diplomstudiengänge und Master Fachdidaktik)	A1	384	391	373	-18	-4.6
L5	Studierende in den kantonalen Studiengängen (Bachelor Quest, kantonale Stufenumstiege Sek. I, Berufskundeunterricht Sek. II im Nebenberuf)	A1	179	409	98	-311	-76.0
L6	Anteil erweiterter Leistungsauftrag gesamt (Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung, Dienstleistungen) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	32.1	28.3	31.4	3.1	
L7	Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	9.8	6.3	10	3.7	
L8	Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	9.7	9.1	9.2	0.1	
L9	Anteil Dienstleistungen an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	12.7	12.9	12.3	-0.6	
B1	Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	34 065	32 212	33 887	1 675	5.2
B2	Anteil Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der PHZH, in %	A1, A2	73.4	73.8	72.8	-1.0	
B3	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten, in %	A1, A2	55.1	53.1	54.7	1.6	
W1	Bachelordiplomabschlüsse Eingangsstufe und Primarstufe	A1	376	430	507	77	17.9
W2	Masterdiplomabschlüsse Sekundarstufe I	A1	80	80	106	26	32.5
W3	Diplomabschlüsse Sekundarstufe II (einschliesslich Master Fachdidaktik)	A1	176	145	179	34	23.4
W4	Zürcher Lehرداریabschlüsse (Bachelor Quest, KSTS, Sek. II Nebenberuf)	A1	147	117	33	-84	-71.8
W5	Projekte Forschung und Entwicklung	A2	50	65	52	-13	-20.0

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9740

Bemerkungen

- Allg. Die Indikatorwerte beruhen auf der Kostenrechnung 2018 der PHZH.
- L2, L10, L3, L5 Aufgrund der Anerkennung der QUEST-Studiengänge im Bereich Eingangs- und Primarstufe und von weiterentwickelten Studiengängen auf der Sekundarstufe I (vgl. Entwicklungsschwerpunkt 9740 2a) durch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) wurden diese Studiengänge im Berichtsjahr in die betreffenden Bachelorstudiengänge integriert. Die betreffenden Studierenden werden deshalb oben in R18 dort eingezählt, während sie im B18 noch unter L5 eingeordnet waren.
- L7 Aufgrund der grossflächigen Schulungen der Schulleitungen und Lehrpersonen für die Einführung des Lehrplanes 21 ging die PHZH davon aus, dass im Gegenzug weniger Weiterbildungen auf Stufe MAS, DAS und CAS besucht würden, was nicht der Fall war.
- B1 Der Kostenbeitrag pro Studierende/n war höher als budgetiert, konnte aber trotzdem unter den Vorjahreswert herabgesetzt werden.
- W1, W2, W3, W4 Die Anzahl Diplomeabschlüsse stieg gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 46 (rund 6%). Verschiebungen von W4 zu W1 und W2 analog zu den Studierendenzahlen, wie oben begründet.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9740 2a Weiterentwicklung der Studiengänge Eingangsstufe, Primarstufe und Sekundarstufe I unter Orientierung am Lehrplan 21 und Aufnahme von Veränderungen in der Gesellschaft und im Schulfeld. Alle Studiengänge sollen zu einem von der EDK anerkannten Lehrdiplom führen.

Die Entwicklung verläuft planmässig. Erste Studiengänge (Sekundarstufe I) wurden im Herbst des Berichtsjahres durch die EDK anerkannt. Planmässig 2021

9740 2b Weiterbildung und Beratung zur Einführung des Lehrplan 21 im Kanton Zürich für 15'000 Lehrpersonen und 500 Schulleitungen und -teams: Präsenz- und Blended Learning Angebote im Auftrag der Bildungsdirektion (inkl. Nachqualifikationen).

Im Berichtsjahr wurden diese Weiterbildungen laufend erfolgreich durchgeführt. Planmässig 2021

9740 2c Aufbau und Weiterentwicklung der fachdidaktischen Kompetenzen als ein Schwerpunkt in der Lehre und Forschung. Weiterführung und Ausbau der Masterstudiengänge Fachdidaktik und der angewandten Forschung in den Fachdidaktiken mit Unterstützung des Bundes (projektgebundene Beiträge HFKG).

87 Studierende sind in den Studiengängen der Fachdidaktik eingeschrieben. Planmässig 2020

Personal

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	560.6	562.9	590.7	27.8	4.9

Bemerkungen R18 zu B18

27.8 Die Anzahl der Studierenden ist in der Vergangenheit stark gewachsen. Damit das Wachstum der vom Personal geleisteten Mehrzeit begrenzt werden kann, wurde vor allem in der Lehre der Personalbestand erhöht.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	146.6	146.4	149.3	2.9	2.0
- Beiträge anderer Kantone	17.0	16.0	17.2	1.2	7.7
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	107.6	108.1	108.6	0.5	0.5
Aufwand	-144.7	-146.4	-149.9	-3.5	-2.4
- Kreditübertragungen					
Saldo	1.9	0.0	-0.7	-0.7	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-1.2	0.0	-0.1	-0.1	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-1.2	0.0	-0.1	-0.1	0.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

Einnahmen

Ausgaben

- Kreditübertragungen

Saldo

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.7		Abweichungen total R18 zu B18
2.2		- Tiefere Sachkosten
1.2	A1	- Höhere Beiträge von anderen Kantonen im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) aufgrund mehr Studierender von ausserhalb des Kantons Zürich
1.1		- Höhere projektgebundene Beiträge vom Bund
0.5	A1, A2	- Höherer Beitrag Kanton Zürich für Teuerungsausgleich gemäss RRB Nr. 1008/2017
-1.5	A1	- Höhere interne Leistungsverrechnungen zugunsten Universität Zürich
-4.2	A1, A2	- Höherer Personalaufwand aufgrund höheren Beschäftigungsumfangs und Teuerungsausgleich
-0.0		- Übrige Abweichungen

Antrag Verlustdeckung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlusts vor. Die Jahresrechnung 2018 der Pädagogischen Hochschule Zürich schliesst mit einem Verlust von Fr. 678 176.38 (Vorjahr Gewinn Fr. 1 895 331.24). Der Verlust ist auf die höheren Personalkosten aufgrund des Wachstums, namentlich im Bereich der Lehre, zurückzuführen.

Der Rektor beantragt, den Verlust von Fr. 678 176.38 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 FCV) zu belasten:

- Entnahme allgemeine Reserven Fr. 678 176.38

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9740

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2018	per 31.12.2017	Differenz R 17/18 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	44.7	39.3	5.4	13.7
Finanzvermögen¹⁾	44.7	39.3	5.4	13.7
Flüssige Mittel	0.1	0.1	-0.0	-0.3
Forderungen	42.4	36.9	5.5	15.0
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	2.0	2.2	-0.2	-10.1
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.2	0.1	0.1	50.8
Anlagevermögen	1.6	2.2	-0.6	-29.4
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	1.6	2.2	-0.6	-29.4
Sachanlagen	1.6	2.2	-0.6	-29.4
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	46.3	41.5	4.8	11.4
Fremdkapital	-31.6	-26.2	-5.4	-20.8
Kurzfristiges Fremdkapital	-31.1	-26.0	-5.2	-19.8
Laufende Verbindlichkeiten	-10.4	-5.9	-4.5	-77.3
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-10.9	-10.8	-0.1	-1.0
Kurzfristige Rückstellungen	-9.8	-9.3	-0.5	-5.6
Langfristiges Fremdkapital	-0.5	-0.2	-0.3	> 100.0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen	-0.5	-0.2	-0.3	> 100.0
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-14.7	-15.3	0.7	4.4
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV	-15.3	-13.4	-1.9	-14.1
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	0.7	-1.9	2.6	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-46.3	-41.5	-4.8	-11.4
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	44.7	39.3	5.4	13.7

9800 Stiftungen und Legate

Aufgaben

A1 Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind Vermächtnisse Dritter zugunsten des Kantons oder seiner Anstalten. Die Verwendung der Mittel wird in der Regel vom Donator vorgegeben, die bedachte Institution kann nur im Rahmen dieser Vorgaben darüber verfügen.

Bemerkungen

A1 Die Leistungsgruppe wird mangels konkreter Planungsvorgaben nicht geplant. Weiterreichende Informationen können dem Finanzbericht entnommen werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	4.6		13.4	13.4	0.0
Aufwand	-4.5		-14.2	-14.2	0.0
Saldo	0.0		-0.7	-0.7	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9800

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2018	per 31.12.2017	Differenz R 17/18 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	31.7	36.3	-4.6	-12.7
Finanzvermögen¹⁾	31.7	36.3	-4.6	-12.7
Flüssige Mittel	1.7	1.3	0.4	31.6
Forderungen	26.8	25.5	1.3	5.1
Kurzfristige Finanzanlagen	2.9	9.1	-6.2	-67.9
Aktive Rechnungsabgrenzung	0.3	0.4	-0.1	-22.9
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	73.1	80.3	-7.1	-8.9
Finanzvermögen¹⁾	73.1	80.3	-7.1	-8.9
Finanzanlagen	64.1	71.3	-7.1	-10.0
Sachanlagen	9.0	9.0	0.0	0.0
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen				
Sachanlagen				
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	104.9	116.6	-11.7	-10.1
Fremdkapital	-64.3	-75.3	11.0	14.6
Kurzfristiges Fremdkapital	-0.1	-0.1	0.0	7.1
Laufende Verbindlichkeiten	-0.0	-0.0	-0.0	> 100.0
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-0.1	-0.1	0.0	28.9
Kurzfristige Rückstellungen				
Langfristiges Fremdkapital	-64.2	-75.2	11.0	14.6
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-0.5	-0.5	0.0	0.0
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen				
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-63.7	-74.7	11.0	14.7
Eigenkapital	-40.6	-41.3	0.7	1.8
Fonds im Eigenkapital	-40.6	-41.3	0.7	1.8
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-104.9	-116.6	11.7	10.1
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	104.9	116.6	-11.7	-10.1

Nicht konsolidierte Organisationen

9200 Arbeitslosenkasse

Die Arbeitslosenkasse des Kantons Zürich zahlt neben den privaten Kassen die Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus. Von der Arbeitslosenkasse werden Arbeitslosen-, Kurzarbeits-, Schlechtwetter- und Insolvenzentschädigungen sowie kollektive und individuelle Arbeitsmarktmassnahmen

(u. a. Ausbildungszuschüsse, Kursauslagen, Einarbeitungszuschüsse) ausbezahlt. Die Anzahl Abrechnungen sank gegenüber dem Vorjahr um 1.4%.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

	Aufgabe	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl Abrechnungen Arbeitslosenentschädigung	316 183	340 000	311 733	- 28 267	- 8.3
B1	Verhältnis Verwaltungskosten / ausbezahlte Leistungen	2.1 %	2.3 %	2.8 %	0.5 %	

Bemerkungen

L1 Mindermenge aufgrund tieferer Arbeitslosenzahlen

Entwicklungsschwerpunkte 9200a Mehr Nähe zu den Kunden

Stand

bis

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	123.0	135.0	134.6	-0.4	0.0

Bemerkungen B18 zu R18

Im 2018 wurde eine weitere Geschäftsstelle der ALK in Altstetten eröffnet, um die Kundennähe zu verbessern.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Ertrag	680.5	730.0	629.5	-100.5	13.8
Aufwand	-675.6	-730.0	-629.3	-100.7	13.8
Saldo	4.9	0	0.2	0.2	

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R17	B18	R18	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Der Ertrag entspricht hauptsächlich den Vorschüssen des Bundes (ALV-Fonds), die zur Abrechnung aller Versicherungsleistungen und der Verwaltungskosten benützt werden.

Der Aufwand umfasst die Auszahlungen von direkten und indirekten Leistungen der Arbeitslosenversicherung einschliesslich Sozialleistungen sowie die Verwaltungskosten

für den Vollzug. Er wird vollumfänglich vom Bund (ALV-Fonds) finanziert (vgl. oben, Ertrag).

Da die Vorschüsse des Bundes und die Auszahlungen der ALK zeitlich verzögert erfolgen, besteht jeweils temporär ein Saldo, welcher laufend ausgeglichen wird.

Δ abs. A/E

Begründungen

Abweichungen total B18 zu R18

0.2 – Vorschuss des Bundes ist höher als die effektive Abrechnung. Ausgleich erfolgt 2019.

0.0 – Übrige Abweichungen

Nicht konsolidierte Organisationen

9200 Arbeitslosenkasse

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2018	per 31.12.2017	Differenz R 17/18	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	22.5	21.0	1.4	6.7
Finanzvermögen¹⁾	22.5	21.0	1.4	6.7
Flüssige Mittel	16.6	13.2	3.4	25.9
Forderungen	5.8	7.9	– 2.0	–25.6
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung				
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	0.2	0.3	– 0.1	–35.3
Finanzvermögen¹⁾	0.2	0.3	– 0.1	–35.3
Finanzanlagen				
Sachanlagen	0.2	0.3	– 0.1	–35.3
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen				
Sachanlagen				
Immaterielle Anlagen				
kurzfristige Darlehen				
langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	22.6	21.3	1.3	6.2
Fremdkapital	2.1	1.2	0.9	71.2
Kurzfristiges Fremdkapital	2.1	1.2	0.9	71.2
Laufende Verbindlichkeiten	1.0	0.1	0.9	> 100.0
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung		0.1		
Kurzfristige Rückstellungen	1.1	1.1	0.0	0.7
Langfristiges Fremdkapital				
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen				
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	20.5	20.1	0.4	2.1
Fonds im Eigenkapital	20.5	20.1	0.4	2.1
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	22.6	21.3	1.3	6.0
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	22.6	21.3	1.3	6.2

Kreditübertragungen

Die Tabelle zeigt die Kreditübertragungen für verzögerte Vorhaben, die dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht werden. Kann ein Vorhaben innerhalb der Rechnungsperiode nicht abgeschlossen werden, können die im Budgetkredit eingestellten, noch nicht beanspruchten Mittel auf die neue Rechnung übertragen werden (§ 25 Abs. 1 CRG).

- Eine Kreditübertragung ist höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budgetkredit einschliesslich Nachtragskredite im Berichtsjahr und Kreditübertragungen aus dem Vorjahr sowie Rechnung der Leistungsgruppe zulässig (§ 20 Abs. 1 FCV).
- Die Vorgabe «Kreditübertragung höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budget und Rechnung» gilt nicht nur

für die Leistungsgruppe, sondern auch für das einzelne Vorhaben.

- Kreditübertragungen unterhalb von Fr. 50 000 je Vorhaben sind nur in Leistungsgruppen zulässig, deren Budgetkredit des Folgejahres nicht höher als Fr. 100 000 ist (§ 20 Abs. 2 FCV).
- Kreditübertragungen erhöhen das Budget 2019 (§ 21 Abs. 3 FCV).

Insgesamt wurden 207 Kreditübertragungen (Vorjahr: 159) bewilligt, davon 68 in der Erfolgsrechnung mit insgesamt 44,6 Mio. Franken (Vorjahr: 56 Kreditübertragungen über 32,7 Mio. Franken) und 139 in der Investitionsrechnung mit insgesamt 269,2 Mio. Franken (Vorjahr: 103 Kreditübertragungen über 260,3 Mio. Franken).

in Franken (– Aufwand/ Investitionsausgaben)
Leistungsgruppe

Total	Erfolgsrechnung	Vorhaben	Kreditübertragung
			–44 640 000
2201	Generalsekr. JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstl.	Service-Provider-Organisation	– 60 000
		GEVER	– 75 000
		Ablösung GEMRIS (Gemeindeamt)	– 50 000
		Oracle Enterprise Lizenzen (Cluster Version)	– 70 000
		Video-Einvernahme	– 220 000
		Microsoft System Center Operations Manager (SCOM)	– 200 000
		Ausbau Portfoliomanagement	– 100 000
		Defendpoint	– 170 000
		Beschaffung MedienServer	– 100 000
		Testumgebung Netzwerk-Security	– 81 000
		Vertrags-, Software- und Lizenzverwaltung	– 116 000
		Projekt- und Ressourcenplanung	– 210 000
		Personalumfrage	– 80 000
		Fachapplikation Justizvollzug	– 223 000
2207	Gemeindeamt	Abschreibungen auf den IT-Investitionen im Zusammenhang mit dem Melde- und Einwohnerregister (MERG)	– 526 000
		Erarbeitung und Entwicklung eines Grundkenntnistests im Einbürgerungsverfahren samt Lehrmittel	– 100 000
2216	Kantonaler Finanzausgleich	Zusammenschluss der Politischen Gemeinden Wädenswil, Schönenberg und Hütten (Subvention), RRB Nr. 229/2016 und RRB Nr. 765/2018	–7 600 000
4100	Finanzverwaltung	Erneuerung Re-Design SAP	– 400 000
		Automatisierung Reporting Prozess	– 120 000
		Know-How Eigentümerrolle	– 110 000
		Projekt Programmiererweiterung DipsIN/Mammut	– 99 000
		Projekte im Buchungszentrum (Zahlungsverkehr)	– 250 000
		Systemkonzeption zum SAP-Modul Finanz- und Rechnungswesen (FI/CO)	– 250 000
4400	Steuern Betriebsteil	Programm ZüriPrimo	–3 278 000
		Ersatzbeschaffung Server-Virtualisierungslösung	– 50 000
		Einheitliche IT-Plattform im Steuerbereich mit den Gemeinden	– 100 000
		Vorhaben «AP18+» (Ersatzbeschaffung Arbeitsplätze Finanzdirektion), Kreditübertragung in LG 4610, Amt für Informatik	– 402 000
4500	Personalamt	Weiterentwicklung elektronisches Handbuch Personalrecht	– 100 000
		Kontinuierliche Verbesserungsprozesse für Projekte wie E-Dossier, HR Info u.a.	– 500 000
		Betriebliches Gesundheitsmanagement	– 100 000
		Einführung Lernmanagement Software	– 500 000
		Evaluation SAP HCM Mehrfachanstellungsstandard	–1 475 000

Kreditübertragungen

Kreditübertragungen

in Franken (– Aufwand/ Investitionsausgaben)

Leistungsgruppe		Vorhaben	Kreditübertragung
4610	Amt für Informatik	Lösungsdokumentation	– 100 000
		Oberfläche SAP Fiori	– 320 000
		Benutzerprovisionierung	– 157 000
		Projekte des ehemaligen kantonalen IT-Teams (KITT)	– 400 000
		Verbleibende Projekte zur Migration des kantonalen Netzwerks (LEUnet2; Secure Web Access und Secure Remote Access)	– 157 000
7000	Bildungsverwaltung	Lehrmitteleinführungen	– 179 000
		Schulversuch Fokus Starke Lernbeziehungen	– 280 000
		Pilotprojekt Aktive Lernzeit und Lernerfolg für ALLE: Kosten für Unterstützungsleistungen, Weiterbildung und Beratung der Pilotschulen	– 125 000
		Lehrplan 21	–1 258 000
		Bildung und ICT	– 155 000
		Sprachförderung Französisch und Englisch	– 90 000
		Projekt «Anpassungen VSG im Zusammenhang mit der Totalrevision KJG» und damit verbundene Folgeprojekte	– 97 000
		Weiterbildung der Schulischen Heilpädagogen und Heilpädagoginnen	– 54 000
		Förderung der Mehrsprachigkeit; Sprachförderung Deutsch und HSK (heimatliche Sprache und Kultur)	– 72 000
		Qualität in multikulturellen Schulen, Schreibförderung	– 69 000
7301	Mittelschulen	Weiterentwicklung Qualitätsmanagement Sekundarstufe II	– 125 000
7306	Berufsbildung	Projekt Optimierung Übergang 1	– 100 000
		Sensibilisierungskampagne Talentförderung	– 125 000
		Allgemeine Berufsschule Zürich, Automatisierung HR-Prozesse	– 100 000
7406	Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	ZHAW F&E	–1 152 000
		ZHAW Lehre	–1 443 000
		ZHAW Zentrums-, Kompetenzaufbau / Führungsausbildung	– 351 000
		ZHAW Strategie / Kunden DL / Compliance	–5 314 000
		ZHAW Infrastruktur & Systeme	–5 571 000
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Festlegung des Gewässerraums in Siedlungsgebieten (RRB Nr. 977/2016)	–1 000 000
8700	Immobilienamt	Weiterentwicklung Immobilienmanagement (WIM) (RRB Nr. 1125/2017)	–1 265 000
		Entwicklung elektronischer Projektantrag (EIPro II)	– 200 000
		Entwicklung Immobilienamt Personalgewinnung / Change Management (RRB Nr. 207/2018)	– 65 000
		Projektentwicklungen und Portfoliostrategien	–1 000 000
8710	Liegenschaftenerfolg	Langgasse 96 Zürich, Bauliche Massnahmen für Gesamtsanierung	–3 220 000
		Restaurant Schiffflände Maur, Feuchtigkeit/Wasserschaden	– 480 000
		Areal der Chemiefabrik Uetikon AG, Partizipative Gebietsentwicklung	– 710 000
8800	Amt für Landschaft und Natur	Projekt Bodenkundliche Kartierung der Wälder mit sauren Böden	– 838 000
		Projekt Stickstoff-Effizienz	– 170 000
9000	Kantonsrat und Parlamentsdienste	Einführung von Axioma bei den Parlamentsdiensten	– 115 000
9063	Verwaltungsgericht	Neue Geschäftsverwaltungssoftware	– 68 000
Total	Investitionsrechnung		–269 218 000
2201	Generalsekr. JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstl.	Ersatz Druckerflotte	– 600 000
		Service-Provider-Organisation	– 400 000
		Mobilier IT-Arbeitsplätze	– 435 000
		Verordnung über die Datenverarbeitung	–1 500 000
		GEVER	– 450 000
		Beschaffung Medienserver	– 500 000
		Ablösung GEMRIS (Gemeindeamt)	– 500 000
		Oracle Enterprise Lizenzen (Cluster Version)	– 350 000
		Langzeit Archiv	– 150 000
		Rechenzentrum PJZ	– 640 000
		CR Business (Fachapplikation Handelsregisteramt)	– 66 000
		Ersatz Rechenzentrum Bezirksgebäude/Staatsarchiv ZH	–2 720 000
		2. Rechenzentrum Standort Lärmschutzhügel Weiningen	–2 500 000
		Fachapplikation Justizvollzug	–1 560 000
		Wartung, Modernisierung, Rechtsinformationssystem Erhaltungsarbeiten	– 60 000
		JI-Geschäftsverwaltung	

Kreditübertragungen

Kreditübertragungen

in Franken (– Aufwand/ Investitionsausgaben)
Leistungsgruppe

2206	Amt für Justizvollzug	Vorhaben Massnahmenzentrum Uitikon: Umbau und Liftersatz Schreinerei	Kreditübertragung – 900 000
		JVA Pöschwies: USV-Anlagen Ersatz und Ergänzungen	– 400 000
		JVA Pöschwies: Ersatz Zellenfenster	– 500 000
		JVA Pöschwies: Notbeleuchtungsanlagen Ersatz und Ausbau	– 400 000
		JVA Pöschwies: Versorgungsbetriebe und Werkstätten, Modernisierung und Instandsetzung	–3 300 000
		JVA Pöschwies: Teilsanierung Personalrestaurant	– 350 000
		Gefängnis Pfäffikon: Ersatz Videoanlage	– 250 000
		Gefängnis Affoltern am Albis: Ersatz Sicherheitsanlagen	–2 000 000
		Vollzugszentrum Bachtel: Umbau und Erweiterung	–8 700 000
		Massnahmenzentrum Uitikon: Einstellhalle und Parkplätze / Etappe 2	–1 000 000
		JVA Pöschwies: Schliesssysteme Erneuerung und Sanierung	– 900 000
		JVA Pöschwies: Umbau Zentrale	–1 000 000
2224	Staatsarchiv	Staatsarchiv Bau 3	–9 301 000
3000	Generalsekr. / Zentrale Vollzugs- aufgaben und Rekursabteilung	Passbüro: insbesondere schweizweiter Ersatz der Biometrierfassungs- stationen (Bundessystem)	– 100 000
3100	Kantonspolizei	Oberrieden, Gesamtsanierung Seepolizeistützpunkt; Kreditübertragung in LG Nr. 8750*	–6 495 000
		Regensdorf, Ausbildungsanlage Trockenloo; Kreditübertragung in LG Nr. 8750*	– 485 000
		Bülach, Verkehrspolizeistützpunkt, Fahrzeughalle; Kreditübertragung in LG Nr. 8750*	– 912 000
		Weiningen, Lärmschutzhügel, Rechenzentrum; Kreditübertragung in LG Nr. 8750*	– 280 000
		Zürich, PJZ, Nutzerausbauten; Kreditübertragung in LG Nr. 8750*	– 900 000
		Winterthur-Ohringen, Verkehrspolizeistützpunkt, Sanierung und Erweiterung; Kreditübertragung in LG Nr. 8750*	– 71 000
		Hinwil, Verkehrspolizeistützpunkt, Sanierung und Erweiterung; Kreditüber- tragung in LG Nr. 8750*	–2 788 000
		Bülach, Verkehrspolizeistützpunkt, Sanierung; Kreditübertragung in LG Nr. 8750*	– 190 000
		Elgg, Ausbildungszentrum, Sanierung; Kreditübertragung in LG Nr. 8750*	– 781 000
3200	Strassenverkehrsamt	Zürich und Winterthur, neue Schliesssysteme; Kreditübertragung in LG Nr. 8750*	– 221 000
		Zürich, Sanierung Korridor und Büros (EG); Kreditübertragung in LG Nr. 8750*	– 177 000
		Zürich, Verschiebung Kassenräumlichkeiten, Trennung Personenströme, Verbesserung neue Kundenführung (Signaletik); Kreditübertragung in LG Nr. 8750*	– 188 000
3400	Amt für Militär und Zivilschutz	Ersatz Notebooks (Projekt IBIS)	– 100 000
		Zürich, Zeughaus, Fenster- und Fassadensanierung (Gebäude A); Kreditübertragung in LG Nr. 8750*	– 799 000
		Zürich, Zeughaus, Arrondierung/Anpassung Areal; Kreditübertragung in LG Nr. 8750*	– 200 000
3500	Sozialamt	Neue Klientenverwaltungssoftware für IV-Betriebe des Sozialamtes	– 375 000
		Winterthur, Eichwaldstrasse (Gebäudesanierungen); Kreditübertragung in LG Nr. 8750*	–1 300 000
3910	Sportfonds	Sportzentrum Kerenzerberg, Filzbach (Erweiterung und Anpassung; Projekt «Silhouette»)	–5 450 000
4100	Finanzverwaltung	Erneuerung Re-Design SAP	– 131 000
		Mutation Zeichnungsberechtigung Firmenkreditkarte	– 190 000
		Kreditorische Geschäftspartner	– 50 000
		Applikation Serrala zur Zahlungsverkehrsabwicklung	– 101 000
		Anpassung Zahlungsverkehr Software zur Migration auf das neue Zahlungsverkehrssystem Schweiz	– 84 000
4400	Steuern Betriebsteil	Programm ZüriPrimo	–3 505 000
		Ersatzbeschaffung Server-Virtualisierungslösung	– 200 000
		Gebäudeverkabelung, Kreditübertragung in LG 8750 Liegenschaften Ver- waltungsvermögen*	– 368 000
		Vorhaben «AP18+» (Ersatzbeschaffung Arbeitsplätze Finanzdirektion), Kredit- übertragung in LG 4610 Amt für Informatik	–1 928 000
4500	Personalamt	Beschaffung Scanner für E-Dossier	– 100 000
4610	Amt für Informatik	SAP Weiterentwicklung	– 164 000
		SAP Providerwechsels	– 193 000

Kreditübertragungen

Kreditübertragungen

in Franken (– Aufwand/ Investitionsausgaben)

Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung
5920 Verkehrsfonds	Schweizerische Bundesbahnen Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	–1 000 000
	Limmattalbahn	–6 636 000
	Verkehrsbetriebe Zürich Tram Affoltern (Planungsmittel)	–1 458 000
	Verkehrsbetriebe Glattal Stadtbahnverlängerung Flughafen-Kloten (Planungsmittel)	–1 500 000
	Schweizerische Bundesbahnen 4. Teilergänzungen Zürcher S-Bahn; 3. Etappe	–9 691 000
6150 Arzneimittelversorgung	Neubau Kantonsapotheke	– 875 000
7000 Bildungsverwaltung	Hardware-Ersatz Client 2013	– 270 000
	Applikationsentwicklungen BI	– 300 000
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	Zürich, Universität Irchel, Chemische Institute, 5. Ausbaustappe (UZI 5)	–52 100 000
7200 Volksschulen	Investitionsbeitrag Stiftung Schloss Regensburg, Fassadenrenovation und Fensterersatz	– 70 000
	Investitionsbeitrag Stiftung Bühl Wädenswil, Umbau/Umnutzung Haus Sántis	– 70 000
	Investitionsbeitrag Stiftung Buchweid Russikon, Neubau Heizzentrale	–1 472 000
	Investitionsbeitrag Stiftung Bühl Wädenswil, Sanierung Erdgeschoss Haus Sántis	– 328 000
	Investitionsbeitrag Pädagogisches Zentrum Pestalozzihaus Elsau, Sanierung Wohn- und Schulhaus Kastanienhof	– 219 000
	Investitionsbeitrag Pädagogisches Zentrum Pestalozzihaus Elsau, Ersatz Heizung mit Wärmeverbund	– 213 000
7301 Mittelschulen	Kantonsschule Uster, Ausstattung Neubau Bildungszentrum Uster	– 350 000
7306 Berufsbildung	Staatsbeitrag KV Zürich, Ersatz Gebäudeautomation	– 200 000
	Staatsbeitrag KV Zürich, Erneuerung Evakuierung- und AMOK-Anlage	– 270 000
7501 Kinder- und Jugendhilfe	Pestalozzi-Jugendstätte Burghof, Investitionsbeitrag Sanierung Gebäude	–1 000 000
8000 Generalsekretariat	Integrales Daten- und Projektmanagement (IDPM)	– 587 000
	Ablösung Geko Bewilligung und Postlauf	– 250 000
	Dokumentenmanagementsystem (DMS) 2.0	–2 356 000
	Datenmanagement Grundwasser	– 217 000
	Lärm-Datenbank	– 250 000
8300 Amt für Raumentwicklung	ObjektwesenZH	– 350 000
	Digitale Orthofotos 18: Luftbildaufnahmen	– 230 000
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Beiträge im Zusammenhang mit dem kantonalen Förderprogramm Energie sowie für Pilotprojekte	–1 950 000
	Durchlaufende Beiträge im Zusammenhang mit dem kantonalen Förderprogramm Energie sowie für Pilotprojekte	–1 950 000
8750 Liegenschaften Verwaltungsvermögen	Engere Zentralverwaltung, Kaspar Escher Haus Erneuerung Elektrohaupt- und Unterverteilung	–8 100 000
	Polizei- und Justizzentrum (PJZ), Neubau	–70 000 000
	Birmensdorf, Neubau Werkhof AWEL	– 345 000
	Meilen Bezirksverwaltung, Erweiterung Gerichtstrakt	–1 200 000
	Engere Zentralverwaltung, Ersatz Aufzugsanlagen	–1 690 000
	Rheinau, Wärmeerzeugung Insel und Inselvorland	–1 175 000
	Winterthur Bezirksverwaltung, Villa Bühler, Instandsetzung und Übertrag ins Verwaltungsvermögen	–3 955 000
8800 Amt für Landschaft und Natur	Fütterungsfahrzeug	– 250 000
	Containerfahrgestell	– 85 000
	Investitionsbeiträge Landwirtschaftliches Bauen	–1 410 000
	Knickschlepper Alther	– 145 000
	Darlehen Neue Regionalpolitik	– 300 000
	Investitionsbeiträge Meliorationen	–1 655 000
9030 Obergericht und angegliederte Gerichte	Erneuerungsunterhalt Gebäude	–2 501 000
	Anschaffungen Software	–1 100 000
9040 Bezirksgerichte	Umbau/Neubau inkl. Erstmöblierung (Hinwil)	–10 817 000
	Erneuerungsunterhalt Gebäude (Zürich)	–2 720 000
9300 Zürcher Verkehrsverbund	Beteiligung des ZVV an der neuen nationalen Vertriebsplattform	– 300 000

Kreditübertragungen

Kreditübertragungen

in Franken (– Aufwand/ Investitionsausgaben)
 Leistungsgruppe
 9710 Zürcher Hochschule für angewandte
 Wissenschaften

Vorhaben	Kreditübertragung
Digital Services Hub	– 154 000
CBE Competencies Based Education	– 280 000
Software as a Service	– 300 000
Instandhaltung Gastroeinrichtungen	– 260 000
Test- und Versuchsanlage Solar	– 220 000
Enterprise Content Management	– 300 000
Ablösung Campuscard	– 250 000
Arbeitssicherheit Dächer	– 60 000
Migration Drucksysteme	– 150 000
Mobiliar zentral	– 100 000
Nachnutzung Eulachpassage	– 50 000
Entwicklung Campus Reidbach	– 100 000
Hallen Dept. Architektur	– 200 000
Ablösung ZEUS (Zeit- und Leistungserfassungstool)	– 225 000
Workflow Spesen	– 100 000
Ersatz PC-Ausrüstung Hochschulbibliothek	– 50 000
Backup Infrastruktur Redesign	– 150 000
Ersatz und Ausbau Storage	– 55 000
Strategische Applikationseinführung	– 450 000
Zugmaschine (Architektur)	– 100 000
Sicherung Departementsbestand (Linguistik)	– 130 000
Mobiliar (Linguistik)	– 50 000
Erneuerung der Forschungsinfrastruktur	– 150 000
Kühlung Raum RT-149	– 57 000
Rektifikation thermische Trenntechnik	– 72 000
Laborbioreaktoren mit gasförmigen Substraten/Produkten	– 102 000
Solarpergola	– 50 000
Aquakulturanlage Erstfeld inkl. Erneuerbare Energien für Anlage	– 73 000
Ablösung Leistungsplanungs-Tool	– 200 000
PaaS (Platform as a Service)-Infrastruktur	– 150 000
ONLA Lehre (Online-Anmeldung im Leistungsbereich Lehre)	– 60 000
CMDB (Configuration Management Database)	– 100 000
GC/MS (Gas Chromatography/Mass Spectrometry)-System Exelzyme am CCBIO (Competence Center for Biocatalysis)	– 117 000
UPLC/MS (Ultra Performance Liquid Chromatography/Mass Spectrometry) System Exelzyme am CCBIO (Competence Center for Biocatalysis)	– 185 000

* Aufgrund der Reorganisation des kantonalen Immobilienmanagements werden die kantonalen Immobilien seit 1. Januar 2019 beim Immobilienamt in der zentralen Leistungsgruppe Nr. 8750, Liegenschaften Verwaltungsvermögen, geführt. Gemäss RRB Nr. 1078 vom 14. November 2018 sind die Kreditübertragungen aller laufenden Projektkredite in diese Leistungsgruppe zu beantragen.

Bewilligte Kreditüberschreitungen

Bewilligte Kreditüberschreitungen werden dem Kantonsrat im Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht (vgl. § 22 Abs. 3 CRG).

Die Direktionen haben im laufenden Jahr vier Kreditüberschreitungen in der Erfolgsrechnung im Betrag von 19,6 Mio. Franken bewilligt. In der Investitionsrechnung wurde eine Kreditüberschreitung von 0,9 Mio. Franken bewilligt.

in Franken; Abweichung: + besser / – schlechter

Leistungsgruppe	Begründung	Bewilligte Kredit- überschreitung	Abweichung Rechnung vom Budgetkredit 2018
Total Bewilligte Kreditüberschreitungen		-20 518 623	
Total Erfolgsrechnung		-19 618 623	
7050 Hochbauinvestitionen Bildungs- direktion	Mehraufwand für die Gebietsplanung Hochschulgebiet aufgrund einer Projektverzögerung im Vorjahr. Kreditüberschreitung gemäss § 22 Abs. 1 lit. a CRG, weil es sich um ein dringliches Vorhaben handelt, dessen Aufschub für den Kanton nachteilige Folgen hätte.	- 400 000	- 405 375
7501 Kinder- und Jugendhilfe	Bei den Staatsbeiträgen gemäss Gesetz über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge (i.V.m. Zivilgesetzbuch Art. 308/310 sowie Bundesverfassung Art. 11) an beitragsberechtigte Kinder- und Jugendheime (§22 Abs. 1 lit. b CRG) führten Betreuungsschlüsselvorgaben des Bundes, Konzeptanpassungen in einzelnen Institutionen, Besoldungsentwicklung sowie tiefere Auslastungen zu einer nicht bzw. bei den übrigen Staatsbeiträgen nur teilweise kompensierbaren Budgetüberschreitung. Im Stipendienbereich führten steigende Gesuchszahlen und höhere Beiträge an gemäss Stipendienverordnung (i.V.m. Bildungsgesetz i.V.m. Stipendienkonkordat EDK sowie Kantons- und Bundesverfassung) anspruchsberechtigte Personen in Ausbildung (§ 22 Abs. 1 lit. b CRG) zu einer nicht kompensierbaren Budgetüberschreitung von -11.3 Mio. Franken bzw. -8.3 Mio. Franken nach Abzug des vom Kantonsrat genehmigten Nachtragskredits von 3.0 Mio. Franken.	-2 516 165 - 8 302 458	-9 117 248
8510 Altlasten	§ 22 Abs. 1 lit. e CRG: Erhöhung der Rückstellungen für Verursacheranteile und Ausfallkosten im Zusammenhang mit altlastenrechtlich notwendigen Massnahmen gemäss Art. 32d Abs. 3 USG.	-8 400 000	-3 531 505
Total Investitionsrechnung (Investitions- ausgaben)		- 900 000	
8700 Immobilienamt	§ 22 Abs. 1 lit. a CRG: Dringender Ersatz von veralteten und störungsanfälligen Teilnehmervermittlungsanlagen (Telefonie) an verschiedenen Standorten, für deren Bereitstellung auf Antrag der betroffenen Institutionen neu das Immobilienamt bzw. das Amt für Informatik zuständig ist. Das Projekt von Swisscom, die analogen Anschlüsse auf das Internetprotokoll IP umzustellen, erhöhte zusätzlich die Dringlichkeit, an einigen Standorten die Telematik-Infrastruktur zu ersetzen.	- 900 000	- 894 682

Impressum

Herausgeberin

Staatskanzlei des Kantons Zürich, 8090 Zürich

Fotos Umschlag

André Roth und Marc Schmid, Zürich

Druck

Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale kdmz

Auflage

570

Internet

www.gb.zh.ch

Weitere Informationen

info@sk.zh.ch

Bezugsquelle

Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale kdmz

ISSN-Nummer

ISSN 2504-4737

